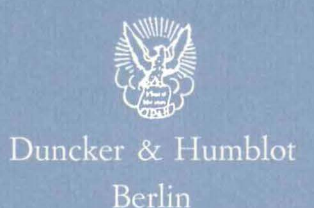
Identità territoriali e cultura politica nella prima età moderna

Territoriale Identität und politische Kultur in der Frühen Neuzeit

a cura di/hrsg. von

Marco Bellabarba - Reinhard Stauber





Società editrice il Mulino
Bologna

Duncker & Humblot
Berlin

Istituto trentino di cultura
Pubblicazioni dell'Istituto storico italo-germanico in Trento

Annali dell'Istituto storico italo-germanico in Trento
Jahrbuch des italienisch-deutschen historischen Instituts in Trient

Contributi/Beiträge 9

Identità territoriali e cultura politica nella prima età moderna

Territoriale Identität und politische Kultur in der Frühen Neuzeit

a cura di/hrsg. von
Marco Bellabarba - Reinhard Stauber





Società editrice il Mulino
Bologna

Duncker & Humblot
Berlin

Istituto storico italo-germanico in Trento; Regione Autonoma Trentino Alto-Adige; Fritz Thyssen-Stiftung; Verein für italienisch-deutsche Geschichtsforschung e.V.

Identità territoriali e cultura politica nella prima età moderna / Territoriale Identität und politische Kultur in der Frühen Neuzeit

Trento, 10-12 aprile 1997

IDENTITÀ

territoriali e cultura politica nella prima età moderna = Territoriale Identität und politische Kultur in der Frühen Neuzeit / a cura di = hrsg. von Marco Bellabarba, Reinhard Stauber. - Bologna : Il mulino ; Berlin : Duncker & Humblot, 1998. - 405 p. : ill. ; 24 cm. - (Annali dell'Istituto storico italo-germanico in Trento. Contributi = Jahrbuch des italienisch-deutschen historischen Instituts in Trient. Beiträge ; 9)

Atti del convegno tenuto a Trento nei giorni 10-12 aprile 1997. - Nell'occh. : Istituto trentino di cultura. Pubblicazioni dell'Istituto storico italo-germanico in Trento. - ISBN 88-15-06874-0 ; ISBN 3-428-09752-1

1. Identità (Politica) - Europa - Sec. XVI-XVIII - Congressi - 1997 2. Nazionalità - Europa - Sec. XVI-XVIII - Congressi - 1997 3. Congressi - Trento - 1997 I. Bellabarba, Marco II. Stauber, Reinhard

320.15

Scheda a cura della Biblioteca ITC-isig

Composizione e impaginazione a cura dell'Ufficio Editoria ITC.

ISBN 88-15-06874-0
ISBN 3-428-09752-1

Sommario/Inhalt

Einleitung

von *Reinhard Stauber*

Im April 1997 fand am Istituto storico italo-germanico in Trento eine dreitägige Konferenz von Historikerinnen und Historikern aus Italien, Deutschland, Österreich und der Schweiz mit dem Leitthema «L'invenzione della tradizione nell'arco alpino: identità territoriali e culturali / Traditionsbildung und Veränderung politischer Identitäten im alpinen Raum» statt. Das Vorbereitungsteam, zu dem neben den Herausgebern dieses Bandes noch Marco Meriggi und Winfried Schulze gehörten, war relativ rasch auf ein Thema gestossen, das für eine internationale, epochenübergreifende Tagung im Rahmen des Trienter Instituts besonders vielversprechend schien: Ins Zentrum rückte das Problem der bewußten Schaffung von Identität politisch und sozial verfaßter Gruppen – zeitlich einsetzend mit den humanistischen Versuchen zur Begründung besonderer nationaler Identitäten im Rahmen eines noch stark als geistige Einheit gesehenen Europa, ausgreifend über die zahlreichen Formen pränationaler Identitätsbildung und die vielfältigen Brüche der «Sattelzeit», hin zur mehr und mehr ausschließlichen Inwertsetzung territorialstaatlicher Identität im 19. Jahrhundert und schließlich zu den aktuellen Problemen der Legitimierung regionalen Sonderbewußtseins in der modernen europäischen Staatenwelt.

Als räumliches Rückgrat für die Durchführung der Thematik wählten wir den alpinen Raum, allerdings sehr «in der Erweiterung» verstanden, das heißt Süddeutschland, die Eidgenossenschaft, den Komplex der österreichischen Länder und auch Oberitalien umfassend, mit einem Ausgriff nach Westen hin, der Burgund und das Elsaß mit einschloß. Die ausgearbeiteten Fassungen des weitaus größten Teils der in Trient gehaltenen Vorträge werden in diesem Band vorgelegt; dazu konnten die Herausgeber den amerikanischen Kollegen Randolph Head, Riverside, für einen zusätzlichen Beitrag zur Geschichte der rhätischen Bünde im 17. Jahrhundert gewinnen.

Vier zentrale Interessenbereiche der historischen Faktenarbeit wie auch der methodischen Reflexion seien herausgestrichen, die im Rahmen unserer Themenwahl besonders zum Tragen kommen sollten. Da war zum

ersten das Problem der Traditionsbildung, der «invention of tradition» in der Formel von Eric Hobsbawm und Terence Ranger[1]. «Invention – Erfindung» ist inzwischen so etwas wie ein Schlüsselbegriff in den Human- und Kulturwissenschaften geworden, weit über die gängige Wortbedeutung der Beschreibung technischer Durchbrüche oder der Unterscheidung verschiedener literarischer Genres hinaus[2]. In den Fokus rückt dabei anstelle essentialistischer Kategorien oder reiner Faktenorientierung die Unübersichtlichkeit der Konstruktion der modernen Welt aus vielen gleichberechtigten Einzelperspektiven vor allem in und durch die Sprache. Bei Hobsbawm und Ranger geht es in diesem Zusammenhang um die bewußte Schaffung historischer Identität durch gezielte, interessengelenkte Konstruktion von Vergangenheit, teleologische Rückprojektion in die Geschichte und Arrangements erinnerungsträchtiger Symbole. Ihr Ziel ist es, den analytischen Gegenstand der «invention», in diesem Fall die Nation, zu erklären und in seiner Perspektivität herauszustellen, anstatt ihn selbstverständlich-affirmativ als Analysekategorie weiterzuverwenden. In diesem Zusammenhang sei nochmals erinnert an den genauen Wortlaut der Definition von «invented traditions» durch Hobsbawm und Ranger als «a set of practices ..., which seek to inculcate certain values and norms of behaviour by repetition, which automatically implies continuity with the past»[3].

Ziel dieser Variante der «invention» ist also eine Antwort auf die Suche nach Beständigkeit und Orientierung vor allem in Zeiten raschen politisch-gesellschaftlichen Wandels, sei es durch die Herstellung von Gruppenzusammenhalt und Gemeinschaftsbewußtsein (z.B. auch der Nation; und im Bereich der Analyse der Nation als «vorgestellter Gemeinschaft»[4] hat das Konzept auch seine größte Karriere gemacht), sei es durch die Begründung einer supremen Autorität oder die Auszeichnung bestimmter Verhaltensweisen und Wertesysteme. Der dabei stets ins Feld geführte Rückgriff auf die Geschichte als Legitimations- und Bindemittel gibt sich aber nur nach außen hin als selbstverständlich und unantastbar, ist in Wirklichkeit stets hochgradig künstlich und selektiv. Es ist also ein sehr

[1] E.J. HOBSBAWM - T. RANGER (edd), *The invention of tradition*, Cambridge 1983, Neudruck 1993, besonders die Einleitung von E.J. HOBSBAWM, S. 1-14.

[2] W. SOLLORS, *Introduction: The invention of ethnicity*, in W. SOLLORS (ed), *The invention of ethnicity*, New York - Oxford 1989, S. VI-XX.

[3] E.J. HOBSBAWM - T. RANGER (edd), *The Invention*, S. 1.

[4] B. ANDERSON, *Imagined communities. Reflections on the origin and spread of nationalism*, London 1983.

problematisches Schauspiel, das uns hier vorgeführt wird: Vergangene Geschichte zu präsentieren, um gemeinsame Zukunft zu provozieren[5].

Einen zweiten Ansatzpunkt für uns bildeten konkurrierende Definitionen, Anmaßungen und Zuweisungen von Identität – eine Problemstellung, die sich gerade angesichts der vielfältigen ethnischen und kulturellen Übergangszonen des alpinen Raums als besonders virulent erwies. Hier war vor allem zu fragen nach den für die frühe Neuzeit typischen Loyalitätsmustern wie Dynastie und Religion, ihrem Weiterwirken über die herrschaftspolitischen Konvulsionen der napoleonischen Zeit hinaus sowie nach dem Spannungsverhältnis von personal, regional und national bezogenen Mustern von Selbstabgrenzung. Besonderes Interesse verdienen die Tendenzen der neueren anthropologisch-ethnologischen Forschung in den angelsächsischen Ländern, die Analyse von Ethnos und Nation stärker zu verbinden und die «ethnie» als Basis nationaler Identität herauszustellen[6].

Ins Gedächtnis zu rufen war, drittens, noch einmal das «composite state»-Konzept Helmut Koenigsbergers als eine der Realität frühneuzeitlicher Staatlichkeit besonders entsprechende Gegenfolie zu allen unitarisch-zentralen Organisationsformen[7]. Von John Elliott wurde dieser Ansatz ausgebaut zu einer Art Leitfaden für die Relektüre des Wegs der europäischen Geschichte zum Endpunkt des nationalstaatlichen Europa[8]. Der Weg zu diesem Endpunkt wurde nach Elliotts Meinung oft zu weit und zu teleologisch in die Vergangenheit zurückverlängert. Vielmehr hätten privilegiengestützte Ordnung, eigenständige Manövrierräume korporativ-intermediärer Gewalten und zwischen König und Ständen geteilte Herrschaft ein System von Antworten eigenen Rechts auf eine der zentralen Fragen der europäischen Geschichte geboten, die Organisation des Zusammenlebens

[5] A. BORST, *Barbarossas Erwachen. Zur Geschichte der deutschen Identität*, in O. MARQUARD - K. STIERLE (edd), *Identität* (Poetik und Hermeneutik, 8), München 1979, S. 17-60, hier S. 18.

[6] Vgl. A.D. SMITH, *National identity*, London 1991, S. 19-42; A.D. SMITH (ed), *Ethnicity and nationalism* (International Studies in Sociology and Social Anthropology, 60), Leiden 1992.

[7] H.G. KOENIGSBERGER, *Dominium regale or Dominium politicum et regale? Monarchies and parliaments in Early Modern Europe* (1975), in H.G. KOENIGSBERGER, *Politicians and virtuosi. Essays in Early Modern History*, London - Ronceverte 1986, S. 1-25; H.G. KOENIGSBERGER, *Composite states, representative institutions and the American Revolution*, in «Historical Research», 63, 1989, S. 135-153.

[8] J.H. ELLIOTT, *A Europe of composite monarchies*, in «Past & Present», 137, 1992, S. 48-71.

in Einheit und Vielfalt. Das Untersuchungsobjekt par excellence für derartige Fragestellungen in unserem Gebiet liefert natürlich die habsburgische Monarchie mit ihrem Grundproblem von «Regionalismus und Staatsintegration im Widerstreit», um nur den aktuellsten von vielen Umschreibungsversuchen der Fachhistorie aufzunehmen[9].

Und viertens: Die «invention of tradition» kann nicht automatisch mit mangelnder Authentizität oder gar bewußter Verfälschung gleichgesetzt werden. Sie ist ein dynamischer, kreativer, vor allem aber real ablaufender, in bestimmten Situationen quasi unvermeidlicher Prozeß[10]. Dennoch kann mit einer Formulierung Anthony Graftons daran erinnert werden, daß jede «invention of tradition» auch in einer «tradition of invention» steht[11], der Begleitung, Verarbeitung und Legitimierung entsprechender Prozesse durch die Historiographie nämlich. Die kritische Methode unseres Faches einerseits und die «Erfindung», wie auch ihre Übersteigerung, die Fälschung, andererseits, kommen als Geschwisterkinder zur Welt: Es sind zwei unterschiedliche, aber nahe beieinander beginnende Wege, geboren aus dem selben Grundproblem, der Sicherung und authentischen Interpretation autoritativer Quellen.

Als unabdingbar erwies sich bei unseren Planungen die Einbeziehung auch des 19. Jahrhunderts, denn bestimmte Basisvorgänge dieses Säkulums können nicht isoliert gesehen werden. Sie scheinen mir vielmehr wichtige Grundagenden der Frühneuzeitforschung, wie Winfried Schulze sie 1993 formuliert hat[12], fortzuschreiben: den Bedarf an neuen Orientierungsangeboten in Zeiten sich überstürzender, fundamentaler Veränderungen – und die Erfahrung, Wahrnehmung und Mechanismen der Verarbeitung dieser Veränderungen. Die Kreation neuer Staatlichkeit und neuer Loyalitätsverhältnisse, das neue, auf die subjektive Einzelentscheidung im Sinne von Ernest Renans «plébiscite de tous les jours»[13] bezogene Nationen-

[9] J. BAHLCKE, *Regionalismus und Staatsintegration im Widerstreit. Die Länder der Böhmischen Krone im ersten Jahrhundert der Habsburgerherrschaft (1526-1619)*, München 1993.

[10] Betont bei N. THOMAS, *The inversion of tradition*, in «American Ethnologist», 19, 1992, S. 213-232, hier S. 213.

[11] A. GRAFTON, *Invention of traditions and traditions of invention in Renaissance Europe. The strange case of Annius of Viterbo*, in A. GRAFTON - A. BLAIR (edd), *The transmission of culture in Early Modern Europe*, Philadelphia 1990, S. 8-38.

[12] W. SCHULZE, *«Von den großen Anfängen des neuen Welttheaters». Entwicklung, neuere Ansätze und Aufgaben der Frühneuzeitforschung*, in «Geschichte in Wissenschaft und Unterricht», 44, 1993, S. 3-18.

[13] E. RENAN, *Qu'est-ce qu'une nation?*, (1882), in *Œuvres Complètes de Ernest Renan*, hrsg. von H. PSICHARI, 1, Paris 1947, S. 887-906, hier S. 904.

verständnis, das politische Ziel der Deckungsgleichheit von Nation und Staat – all dies zielt auf einen Vorgang, auf den sich der Blick der Forschung seit über hundert Jahren vorzüglich richtet: die Konstruktion der Nation und der entsprechenden Zeichen und Symbole mit ihrer substantiell oft recht unscharfen Bündelung von Hoffnungen und Erwartungshaltungen. Für das Funktionieren der Umlenkung existierender Loyalitäts- und Identitätsmuster auf den neuen, großen Rahmen der Nation, für die Ausweitung der Massenbasis war dabei bei unserem Zugriff von besonderem Interesse, ob und wie sich vom 19. Jahrhundert aus direkte Linien zum sogenannten «Protonationalismus» der Frühen Neuzeit ziehen lassen, wo und wie ein Rückgriff auf das «Arsenal» andersgelagerter frühneuzeitlicher Identitätsmechanismen wie Land, Dynastie, Religion sowie die entsprechende kulturelle Erinnerung und lebensweltliche Erfahrung möglich war[14].

Erfreulicherweise waren etliche der Tagungsteilnehmer unserer im Zusammenhang mit einer ersten schriftlichen Vorstellung des Konferenzkonzepts verbundenen Aufforderung zu Anregung und Kritik nachgekommen. Zwei methodisch-thematische Anliegen, die auch in den lebhaften Diskussionen in Trient eine besondere Rolle spielten, seien aus diesen Reaktionen herausgegriffen. Dies betraf zum einen das Verhältnis nationaler und regionaler Bewegungen[15] mit der Grundfrage, ob die Entdekkung und Inwertsetzung der Regionen in unserer Zeit als quasi unausweichliche Reaktion auf das *nation-building* des 19. Jahrhunderts und seinen Weg in die europäische Katastrophe zu werten sei, oder ob es nicht so etwas wie ein Weiterwirken der Loyalität zur Region, zum «kleinen Vaterland/piccola patria» durch die Zeiten hindurch gebe – wobei dann nach den Mechanismen zu fragen wäre, die die Inpflichtnahme zugunsten der größeren Nation ermöglicht haben. Gab es schließlich, so wäre weiter zu fragen, auch so etwas wie eine «Erfindung der Region»? Welche politischen Kräfte konnten in den bi- oder multikulturell geprägten Regionen unseres Untersuchungsraums wirksam werden, um diese für eine bestimmte Nation in Anspruch zu nehmen? Wie funktionierte die Verdrängung ei-

[14] O. DANN (ed), *Nationalismus in vorindustrieller Zeit*, München 1986, S. 7-10; W. HARDTWIG, *Wie deutsch war die deutsche Aufklärung?* (1993), in W. HARDTWIG, *Nationalismus und Bürgerkultur in Deutschland 1500-1914. Ausgewählte Aufsätze*, Göttingen 1994, S. 55-78, hier S. 72: «Frühnationalismus»; E.J. HOBSBAWM, *Nationen und Nationalismus. Mythos und Realität seit 1780*, Frankfurt - New York 1991, S. 59-96.

[15] Dazu zuletzt: L. COLE, *Province and patriotism. German national identity in Tirol 1850-1914*, in «Österreichische Zeitschrift für Geschichtswissenschaft», 6, 1995, S. 61-83, bes. S. 82 f.

nes bestimmten von zwei oder mehreren kulturellen Traditionssträngen aus dem historischen Gedächtnis einer Übergangszone, oder anders: wie vollzog sich die Nationalisierung der Geschichte einer nicht-nationalen Region, wie lief das «nation-making at the village level», wie das zwei amerikanische Kulturanthropologen in ihrer epochemachenden Untersuchung des Nonsberges/Val di Non an der Grenze zwischen Südtirol und Trentino genannt haben[16]?

Besondere Aufmerksamkeit zog, zum zweiten, auch die Diskussion des wichtigen, aber heuristisch alles andere als einfach zu handhabenden Ausgangsbegriffs der «Identität» auf sich[17]. Angesichts der möglichen Pluralität, Gleichzeitigkeit und Wählbarkeit der Identität von Personen oder Gruppen hat Eric Hobsbawm vor kurzem noch einmal betont, nur Druck von außen habe einem Individuum das Annehmen einer einzelnen, besonderen, rangmäßig hervorgehobenen Identität (seit dem ausgehenden 18. Jahrhunderts ist das zunehmend jene des Territorialstaats) aufzwingen können[18]. Fernand Braudels Buch über die «Identität Frankreichs» macht sozusagen den Weg zum Ziel, definiert «Identität» als problemreichen Selbstfindungsprozeß, der nicht auf einen einzigen Diskurs, eine einzige Formel reduzierbar ist[19]. Problematisch an Braudels Durchführung des Themas ist freilich, daß sie ständig teleologisch bezogen bleibt auf die «nation» und das Werden ihrer Einheit. Anders gelagert sind die Anregungen von William Bouwsma und Arno Borst für die Frage nach den Spezifika frühneuzeitlicher Identitätsmuster[20]. Nach dem Aufbrechen des universalen Kultursystems des Mittelalters mit seinen geordneten Sinn- und Strukturzusammenhängen von Mensch und Welt wurde ihren Thesen nach Identität nicht mehr im Kontext der einen Heilsgeschichte, sondern plural, in zeitlich wie räumlich eingeschränkten «Wir-Gruppen» aufgesucht. Gerade weil diese Wir-Gruppen verschieden und voneinander abgegrenzt waren, forderten sie verstärkt Zugehörigkeitserweise ihrer

[16] J.W. Cole - E.R. Wolf, *The hidden frontier. Ecology and ethnicity in an Alpine valley*, New York - London 1974, S. 288.

[17] O. Marquard - K. Stierle (edd), *Identität.*

[18] E.J. Hobsbawm, *Nation, state, ethnicity, religion: Transformations of identity*, in J.G. Beramendi u.a. (edd), *Nationalism in Europe. Past and present*, 1, Santiago de Compostela 1994, S. 35-46, hier S. 35.

[19] F. Braudel, *L'identité de la France*, 1: *Espace et histoire*, Paris 1986.

[20] W.J. Bouwsma, *Anxiety and the formation of early modern culture* (1980), in W.J. Bouwsma, *A usable past. Essays in European cultural history*, Berkeley 1990, S. 157-189, hier S. 170-182; A. Borst, *Barbarossas Erwachen*, S. 29.

Mitglieder ein und stellten gleichzeitig die noch geringe gesellschaftliche Integrationskraft der europäischen Staaten auf die Probe. Mehr und mehr wurde schließlich den zunächst vorzugsweise historisch oder religiös definierten Identitäten die Aufgabe einer Stabilisierungsleistung zugunsten einer bestimmten politischen Identität angesonnen, und mehr und mehr waren es Ordnungsgewalt und Autorität des «Staates», die sich auch hier regulierend in den Vordergrund schoben.

Zuletzt noch zwei Anregungen aus der Fülle möglicher Antworten auf die Frage, in welche Richtungen es sich lohnen könnte, Gegenstandsbereich und Erkenntnisinteressen der Trienter Tagung von 1997 weiterzuentwickeln.

Wichtig sind zum einen sicher genaue Untersuchungen dazu, wie die Verbindung von Konstruktionsprozessen und ihren Inventionen mit realhistorischen Vorgängen funktioniert. Als zielgerichteter, isolierter Prozeß allein, quasi eine *creatio ex nihilo*, darf die Invention nicht verstanden werden – sie wurzelt in einem konkreten sozialen Substrat, ist oft mehr Reaktion als selbständige Aktion. Die angedeutete Aufwertung des «ethnie»-Konzepts zum Schlüsselbegriff für ein reales, früh beobachtbares Zusammengehörigkeitsgefühl, niedergelegt in gemeinsamen politischen Symbolen und Erinnerungen, in neueren kulturwissenschaftlichen Darstellungen weist in diese Richtung[21]: Es gebe weit in der Vormoderne angelegte, realhistorische Muster von Gruppenidentität und -zusammengehörigkeit, auf die die Traditionskonstruktion zurückgreifen könne, ja müsse. Sind neu angesonnene Identitäten, so wäre etwa weiterzufragen, überhaupt steuerbar und wie? Wie steht es um die konkrete Umsetzung in das praktische politische Handeln einzelner oder kollektiver Akteure? Hier müssen nach meinem Dafürhalten neue Perspektiven auf politische, auch und gerade von Konfliktsituationen erzwungene Entscheidungsfindungsprozesse und Legitimationsmechanismen geöffnet werden, denn Denkmals- und Symbolkämpfe alleine bieten eine sicher wichtige, alleine aber nicht hinreichende Erklärung für diese komplexen Prozesse[22].

Zum anderen: Unser Blick auf die Geschichte begnügt sich immer weniger mit der Dimension eines ohne Probleme zugänglichen und eindimensional rekonstruierbaren Faktenlagers. Daneben, ja zunehmend an ihre Stelle tritt das Interesse an der Rezeption und Interpretation historischer

[21] Vgl. neben den oben, Anm. 6, genannten Arbeiten von Smith noch: J.A. ARMSTRONG, *Nations before nationalism*, Chapel Hill 1982; A.D. SMITH, *The ethnic origins of nations*, Oxford - Cambridge 1986.

[22] D. LANGEWIESCHE, *Nation, Nationalismus, Nationalstaat. Forschungsstand und Forschungsperspektiven*, in «Neue Politische Literatur», 40, 1995, S. 190-236, hier S. 219.

Prozesse, an den dabei wirksamen Auswahlmechanismen und deren Konditionierung, jene Dimension also, die man mit der Formel von «Geschichte als (soziales oder kulturelles) Gedächtnis» bezeichnen könnte[23]. Der Ablauf der Ereignisse, das Erinnern daran und dessen Aufzeichnung als Geschichte bilden sich nicht störungsfrei im Maßstab 1:1 aufeinander ab; die Formung des geschmeidigen Stoffs der Erinnerungen unterliegt bewußten wie unbewußten, individuell wie gesellschaftlich bedingten Deutungs- und Auswahlmechanismen. Die Individuen erinnern wohl ihre eigene Geschichte, doch tun sie es nicht unter selbstgewählten Umständen – so lassen sich die zentralen Thesen von Emile Durkheim und Maurice Halbwachs dazu zusammenfassen[24], mit denen sich Marco Bellabarba im zweiten Teil dieser Einleitung eingehender beschäftigen wird. Wo das Bewahren von Erinnerung durch Einspannen in einen fiktiven Sinn-Rahmen zum Versuch führt, konsensfähige Deutungen der Vergangenheit herzustellen, dort kann die «invention of tradition» ansetzen: Sie kann die Unterschiede zwischen Vergangenheit und Gegenwart durch umgedrehte teleologische Wegweiser überbrücken, unbeabsichtigte Folgen zu bewußten Absichten uminterpretieren (z.B. in der Mythifizierung von Gründungsgestalten) und die eher trennend wirkende, starke Schichtenspezifik der vormodernen *memoria* überspielen. Von hier aus ergeben sich auch forschungsstrategische Verbindungen zu ähnlich gelagerten Strukturen des derzeit vieldiskutierten Begriffs der «Kultur» und der kulturellen Gedächtnisfunktion der Geschichte im Zusammenhang von Erinnerungskultur, Identitätsstiftung und Traditionsbildung[25] ganzer Gesellschaften. Zum Aufgabenbereich einer zur historischen Kulturwissenschaft geweiteten Historie[26] wird es gehören, die komplexen Prozesse der Selbstdefinition

[23] J. ASSMANN - T. HÖLSCHER (edd), *Kultur und Gedächtnis*, Frankfurt a.M. 1988; P. BURKE, *Geschichte als soziales Gedächtnis*, in A. ASSMANN - D. HARTH (edd), *Mnemosyne. Formen und Funktionen der kulturellen Erinnerung*, Frankfurt a.M. 1991, S. 289-304; J.R. GILLIS, *Memory and identity. The history of a relationship*, in J.R. GILLIS (ed), *Commemorations. The politics of national identity*, Princeton 1994, S. 3-24; O.G. OEXLE, *Memoria als Kultur*, in O.G. OEXLE (ed), *Memoria als Kultur* (Veröffentlichungen des Max-Planck-Instituts für Geschichte, 121), Göttingen 1995, S. 9-78; J. ASSMANN, *Das kulturelle Gedächtnis. Schrift, Erinnerung und politische Identität in den frühen Hochkulturen*, München 1997^2.

[24] Vgl. zuletzt den Überblick von K. GROSSE-KRACHT, *Gedächtnis und Geschichte: Maurice Halbwachs - Pierre Nora*, in «Geschichte in Wissenschaft und Unterricht», 47, 1996, S. 21-31.

[25] J. ASSMANN, *Das kulturelle Gedächtnis*, S. 16, spannt dieses Dreieck von Themen als wichtigste Fragedimensionen einer historischen Kulturwissenschaft auf.

[26] L. GALL, *Das Argument der Geschichte. Überlegungen zum gegenwärtigen Standort der Geschichtswissenschaft*, in «Historische Zeitschrift», 264, 1997, S. 1-20.

und Selbstidentifizierung des Menschen im Auge zu behalten. Und die Basis dieser Prozesse bildet ein anthropologisches Datum, das mir die tragende Säule unseres Themas abzugeben scheint: Erfahrungen und Erkenntnisse, Wissen und Verhaltensweisen begegnen dem Menschen einerseits als unverfügbare Vorgaben, andererseits hat er selbst immer wieder neu die Chance, diese Vorgaben individuell zu prägen und umzuprägen.

Introduzione: la memoria delle istituzioni

di *Marco Bellabarba*

Nell'Europa della Restaurazione, l'arruolamento degli storici entro gli apparati burocratici dello stato portò a divaricare e a deformare il «rapporto con i morti»[1]. Dalle cattedre delle facoltà universitarie essi si assunsero la missione di scrivere consciamente 'dalla loro parte'[2]: per interpretare ciò che le generazioni scomparse, spesso in maniera inavvertita, avevano voluto davvero e adesso si stava realizzando; per evocare al pubblico dei contemporanei ciò che, compiuto dai loro progenitori, rischiava di essere dimenticato. Dietro questi continui viaggi a ritroso non premeva solo il bisogno di dare profondità cronologica alle nuove comunità nazionali e di scovarne le origini più lontane. Un ricorso paradigmatico al passato volto a «inventare tradizioni» o archetipi spendibili nel presente, apparteneva come risorsa culturale ad altre epoche e contava un'infinità di esempi anteriori a questa data. I modi d'applicazione, tuttavia, e gli scopi dei viaggi non erano più gli stessi[3].

La storiografia medievale e umanistica aveva articolato il concetto di tradizione in quello di 'ricordo' o di 'origine'. Narrando le vicende di un casato nobiliare, di una città, di un monastero, i cronisti non ne avevano descritto la storia ma in prevalenza le 'origini', ne avevano raccolto, ordinato e attualizzato non la 'tradizione', ma la 'memoria'[4]. Questa storiografia delle origini, in cui si specchiavano i valori culturali della società aristocratica e le sue strutture di dominio, aveva dato voce a una presupposizione

[1] A. Prosperi, *Premessa. I vivi e i morti*, in «Quaderni storici», XVII, 1982, 50, p. 396.

[2] B. Anderson, *Comunità immaginate. Origini e diffusioni dei nazionalismi*, Roma 1996, pp. 196 ss.; ed. or. *Imagined Communities*, London - New York, 1983, 1991.

[3] Mi rifaccio alle osservazioni che I. Cervelli fece sulla rivista «Passato e Presente. Rivista di storia contemporanea», VI, 1987, pp. 32-35, recensendo con altri studiosi la traduzione italiana del volume di E.J. Hobsbawm - T. Ranger, *The Invention of Tradition*, Cambridge 1983.

[4] S. Wiedenhofer, *Erinnerte Tradition und tradierte Erinnerung in Humanismus und Reformation*, in A. Assman - D. Harth (edd), *Mnemosyne. Formen und Funktionen der kulturellen Erinnerung*, Frankfurt a.M. 1993, pp. 308-311.

ininterrotta di continuità tra passato e presente[5]. Solo dal tardo Settecento, un'esperienza del ricordo sentita via via come più individuale, un'emozione o uno stato d'animo privato, aveva reciso la dimestichezza tra le società dei morti e dei vivi che avvolgeva i luoghi dell'*ancien Régime*[6]. Da allora il concetto di tradizione aveva acquisito un significato descrittivo (come testimonianza delle azioni umane) e uno normativo, come premessa e norma culturale dei comportamenti. Al tramutarsi della storiografia in disciplina positiva, le soluzioni di continuità risaltarono con maggiore nitidezza e lentamente si prese coscienza di quanto lo scorrere del tempo avesse mutato le istituzioni e avesse rese le società del passato profondamente dissimili da quelle contemporanee.

Nonostante il continuo calarsi all'indietro nel tempo per cercarvi identità nascoste, l'abile manipolazione della memoria intrapresa nei libri di storia politica ottocentesca costruì i propri oggetti di ricerca avvertendo un taglio netto con il passato. I presupposti di continuità, di sviluppo e di identità delle nazioni[7] comportavano l'oblio selettivo e la cancellazione dei ricordi meno edificanti; l'idea di una solida comunità nazionale che si muovesse ordinatamente su e giù per i secoli come un organismo pronto a essere risvegliato dal sonno si adattava poco alla concezione teologica del tempo, incapace di porre una netta separazione tra epoche o di concepire la storia come una catena progressiva di cause ed effetti[8]. Sullo sfondo dei tumultuosi cambiamenti politici e sociali di quel periodo, il senso di distacco temporale si approfondì e il passato assomigliò sempre più a uno spazio vuoto che occorreva riempire di contenuti.

[5] R. BIZZOCCHI, *Genealogie incredibili. Scritti di storia nell'Europa moderna*, Bologna 1995, pp. 213-218 in particolare.

[6] Su un tema che ha conosciuto di recente una crescita esponenziale d'interessi mi limito a segnalare i due saggi di M. SALBER PHILLIPS, *William Goodwin and the Idea of Historical Commemoration: History as Public Memory and Private Sentiment*, in D. CASTIGLIONE - L. SHARPE (edd), *Shifting the Boundaries. Transformations of the Languages of Public and Private in the Eighteenth Century*, Exeter 1995, pp. 196-219 e di O.G. OEXLE, *Memoria als Kultur*, in O.G. OEXLE, (ed), *Memoria als Kultur*, Göttingen 1995, pp. 9-78.

[7] Sono i «three axioms in the thinking of historians» identificati da J. KOCKA, *Defending Social History – German Historians and the Nations*, in «Tel Aviver Jahrbuch für deutsche Geschichte», 26, 1997, p. 508. Più diffusamente G.G. IGGERS, *Geschichtswissenschaft im 20. Jahrhundert*, 1996², pp. 16-25 e J. APPLEBY - L. HUNT - M. JACOB, *Telling the Truth about History*, New York - London 1995, pp. 52 ss.

[8] B. ANDERSON, *Comunità immaginate*, cit., pp. 39-42. Riprende e discute questi passaggi J.R. GILLIS, *Memory and Identity: the History of a Relationship*, in J.R. GILLIS (ed), *Commemorations. The Politics of National Identity*, Princeton 1994, pp. 7 ss.

Accanto alle opere storiche, i giornali e i romanzi ottocenteschi offrirono gli strumenti tecnici per rappresentare quest'idea di tempo «vuoto e omogeneo»[9]. Quando si cominciarono a ricalcare le storie delle nazioni sui modelli delle biografie, il romanzo divenne il tipo di prosa più adatto a rendere un simile parallelismo. L'incontro tra un nuovo genere letterario e un nuovo manufatto politico-sociale fu inevitabile poiché la lealtà politica imposta dallo stato-nazione, «una coercizione inattesa, e diversa dal vecchio potere locale: un dominio più esteso, più astratto, più indecifrabile», poteva appoggiarsi solo a una forma simbolica diversa dal passato e in grado di attribuirgli un senso[10]. Ambientati di norma vicino a ostacoli naturali, comunque lontano dagli ambienti urbani e con protagonisti impegnati a fuggire dalle città capitali, i romanzi storici – ha scritto Franco Moretti – prestarono all'Europa ottocentesca una vera e propria 'fenomenologia della frontiera'. Quei confini tra stati, e più spesso interni ai singoli stati, tra nazione e regione, intorno ai quali si cominciava a dibattere accesamente in sede politica, furono la ragione del loro successo editoriale. Erano confini che la trama narrativa rappresentava e poi scioglieva durante il fluire del racconto mostrando la graduale annessione della periferia all'area centrale dello stato-nazione. Ma, allo stesso tempo, i confini interni come veri e propri «interruttori» del romanzo storico rivelavano la fatica di questo passaggio, e la natura composita, fatta di strati temporali spesso diversi e sedimentati l'uno sull'altro, delle nuove compagini statuali[11].

Per quanto infatti le cronologie degli storici e dei romanzieri ottocenteschi si sforzassero di rompere col passato, l'immersione nel «tempo vuoto» delle nazioni non riusciva a cancellare i molteplici flussi di ricordi che abitavano i loro confini. E l'insieme di pratiche, di riti o di norme che si proponevano di inculcare valori nei quali era implicita un'omogeneità territoriale ampia, finivano per specchiarsi nell'esistenza di memorie secolari addossate a comunità minori o a tradizioni di lealtà politica ostili all'impianto nazionale. Forse all'epoca del *nation building* «gli storici responsabili della creazione di una versione ufficiale del passato si illudevano che il suo significato, almeno nel breve termine, potessere essere tra-

[9] B. ANDERSON, *Comunità immaginate*, cit., p. 42 nota 39 sottolinea che niente «mostra meglio l'immersione del romanzo in un tempo vuoto e omogeneo quanto l'assenza di quelle genealogie introduttive, spesso risalenti alle origini stesse dell'uomo, che sono una caratteristica così tipica degli antichi racconti, leggende e libri sacri».

[10] F. MORETTI, *Atlante del romanzo europeo 1800-1900*, Torino 1997, pp. 19-20.

[11] *Ibidem*, pp. 42-43.

smesso come qualcosa di essenzialmente uniforme, e non filtrato e trasformato attraverso categorie mentali di individui e di gruppi sociali»[12]. Oggi al contrario, lo studio delle realtà politiche a cavallo tra prima età moderna ed età contemporanea fa affiorare nodi complessi di memorie che s'incontrano e si modificano, scansioni e forme di ricordo che si mescolano ad amnesie sociali indotte sapientemente.

Guardata senza l'assillo degli esiti nazionali ottocenteschi, la mappa delle tradizioni politiche europee assume un profilo frastagliato. Entro i confini asburgici, la lunga polisemia di *Staat*, *Monarchie*, *Nation* – ove l'ultimo sostantivo si applica tanto ai regni boemo e ungherese così come ai singoli *Länder* del patrimonio ereditario –, denota una fluttuazione che continua sino a fine Ottocento, allorché ha termine il processo di separazione politica dai destini della Germania imperiale. Tale sovrapposizione trova d'altronde spazio entro la pluralità dei generi storiografici – storie e descrizioni dei territori, cronache, genealogie, biografie dei regnanti – coltivati dagli scrittori austriaci. La trama diseguale degli apologetici *Ehrenspiegel* asburgici, nei quali si proiettano le vicende genealogiche della dinastia, si accoppia con la redazione degli *Annales* composti nei singoli *Länder* della monarchia, che se accettano il legame con la corte viennese non sono comunque disposti a staccare l'impianto narrativo dalle radici regionali. Così nell'Italia centro-settentrionale, in cui alla configurazione degli stati regionali fa da contraltare il carattere costante e pervasivo dell'identità urbana, peculiare connotazione di quei ceti dirigenti, delle loro architetture costituzionali e delle soluzioni legislative realizzate. Caratteristiche ben individuate nella ricerca, che tuttavia non sono aliene da varianti contestuali. L'analisi dei due maggiori stati regionali nell'Italia settentrionale, Venezia e il Piemonte, offre una dimostrazione concreta della variabilità dei criteri da cui si staccano le identità territoriali in età moderna. Al formarsi di un'identità repubblicana negli anni Venti e Trenta del Cinquecento, un mito che si trasforma in duttile linguaggio politico impiegato dal patriziato veneziano per intrattenere un dialogo con le città suddite e offrire a esse una legittimità politica, si contrappone presso il ducato subalpino una politica di creazione dell'identità regionale mossa dalla dinastia e dai funzionari pubblici che fa leva sull'uso della storiografia e della letteratura celebrativa legata alla corte e agli studi universitari.

Mutano i contenuti della tradizione politica come le campiture cronologiche in cui viene racchiusa. La singolarità francese di originale e coesa *Staats-*

[12] J.S. WOOLF, *Vecchi dogmi e nuovi approcci: il nazionalismo in Europa*, in «Passato e Presente. Rivista di storia contemporanea», XIV, 1996, p. 14.

nation fondata sul diritto di cittadinanza non può fare a meno della frattura rivoluzionaria come inizio storico alla propria unità nazionale, mentre i presupposti organicistici su cui il nazionalismo romantico[13] tedesco appoggia l'idea di una *Kulturnation*, in assenza di un territorio amministrativamente definito, affonda in un passato lontanissimo le sue pretese unitarie. Schiacciata tra le due, la Confederazione elvetica è invece l'esempio migliore di una coscienza politica che rifiuta le soluzioni di continuità: il filo rosso della mitologia libertaria e antitirannica si dipana ininterrotto dal tardo medioevo al XIX secolo, di continuo smontato e riassemblato, con significative varianti, in singoli contesti locali, divenendo volta per volta pezza d'appoggio alle grandi insurrezioni rurali seicentesche o, all'opposto, categoria legittimante del potere di oligarchie cittadine che decidono solo con ritardo di affratellarsi alla Confederazione.

Tale pluralità di schemi del ricordo ci riporta alle tesi di Maurice Halbwachs sul carattere socialmente condizionato della memoria[14]. Secondo il sociologo francese, essa non è mai un attributo del singolo, del suo carattere o della sua coscienza, e non è neppure un deposito di materiali inerti al quale attingere di volta in volta in maniera individuale e solitaria; è sempre, al contrario, un fatto sociale. Quando ricordiamo, non facciamo semplicemente rivivere il passato come tale ma lo ricostruiamo in funzione del presente; i modi con cui le immagini del passato sono prodotte e comprese dai diversi gruppi sociali ci guidano sempre a comprendere la loro posizione nella realtà quotidiana. Entro le città della prima età moderna, la debolezza delle definizioni istituzionali lascia spazio all'aggregarsi spontaneo intorno ai confini delle parrocchie o all'appartenenza corporativa che fungono da poli d'identità pubblica[15]. Nei villaggi montani settecenteschi, la scarsa mobilità demografica àncora la tradizione orale della memoria popolare alla cornice immutabile del paesaggio, proprio mentre nelle prime manifatture i ricordi degli operai sradicati dalle campagne tendono a uniformarsi sui tempi più rapidi del lavoro di fabbrica e a

[13] T. NIPPERDEY, *Auf der Suche nach der Identität: Romantischer Nationalismus*, in T. NIPPERDEY, *Nachdenken über die deutsche Geschichte. Essays*, München 1991², pp. 132-150.

[14] M. HALBWACHS, *La memoria collettiva*, Milano 1987, a cura di P. JEDLOWSKI, pp. 20-21; ed. or. *La mémoire collective*, Paris 1968.

[15] J.S. AMELANG, *People of the Ribera: Popular Politics and Neighborhood Identity in Early Modern Barcelona*, in B.B. DIEFENDORF - C. HESSE (edd), *Culture and Identity in Early Modern Europe (1500-1800). Essays in Honor of Natalie Zemon Davis*, Ann Arbor 1993, pp. 126-127.

divenire gradatamente più permeabili alle suggestioni esterne[16]. L'instabile equilibrio tra costrutti culturali, le 'tradizioni inventate' dalla letteratura politica, e lo sfondo oggettivo di cui sono composte, quanto di materiale si afferra nella loro costituzione, marcano dunque in modo indelebile i nodi della costruzione identitaria.

In forme più o meno trasparenti – sostiene l'egittologo Jan Assman, che di recente ha riscoperto e approfondito la lezione di Halbwachs – il principio della memoria agisce in tutte le società: qualsiasi raggruppamento sociale possiede, sebbene debole, una cultura del ricordo, una ricostruzione parziale e selettiva del passato con cui prende forma la sua memoria culturale[17]. È più che mai cruciale per i diversi popoli elaborare immagini concrete e complesse gli uni degli degli altri, anche se nulla garantisce sulla verità di tali tradizioni; eppure, una volta riconosciuto che esse nascono «in specifici rapporti di dominio e di dialogo»[18], è possibile interessarsi alle 'funzioni sociali' della memoria secondo una prospettiva che consideri la memoria stessa un'istituzione, che segua cioè l'affermarsi delle tradizioni politiche ripercorrendo i momenti e le forme con i quali una certa immagine del passato ha raggiunto lo spessore di un'istituzione.

Il potere è certo un forte incentivo al ricordo. Esso «si legittima retrospettivamente e si immortala prospettivamente», vuole essere commemorato al di là della propria scomparsa[19]. Ma per evitare le insidie più comuni nello studio della memoria (la tentazione di ridurla a ideologia politica e quella di astrarla dalla rete della trasmissione sociale e delle rappresentazioni simboliche[20]), occorre tenere a mente – come ammoniva Halbwachs – che il passato è una sorta di 'posta in gioco' fra interessi e gruppi contrapposti, inframmezzato a residui e a zone d'ombra dove si coltivano cocciutamente altre memorie[21]. Allora, non importa determinare se generi d'iden-

[16] J. FENTRESS - C. WICKHAM, *Social Memory*, Oxford (UK) - Cambridge (USA) 1992, pp. 113 ss.

[17] J. ASSMAN, *La memoria culturale. Scrittura, ricordo e identità politica nelle grandi civiltà antiche*, Torino 1997, p. 21; ed. or. *Das kulturelle Gedächtnis. Schrift, Erinnerung und politische Identität in frühen Hochkulturen*, 1992.

[18] J. CLIFFORD, *I frutti puri impazziscono. Etnografia, letteratura e arte nel secolo XX*, Torino 1993, p. 37.

[19] J. ASSMANN, *La memoria culturale*, cit., p. 44.

[20] A. CONFINO, *Collective Memory and Cultural History: Problems of Method*, in «The American Historical Review», 102, 1997, p. 1403.

[21] M. HALBWACHS, *La memoria collettiva*, cit., 28.

tità politica o etnica possano distendersi sino all'età medievale oppure più a monte, ma discernere quali siano i loro contenuti e le loro funzioni[22], quanto gli influssi di pratiche amministrative regolari, di prelievi fiscali, di coscrizioni militari obbligatorie abbiano o meno promosso un senso di appartenenza; occorre chiedersi, in altre parole, se la coscienza di un passato nazionale, di una lingua, di consuetudini e di tradizioni, in altre parole di una cultura politica comune[23], sia divenuta lentamente una risorsa della competizione politica capace di offrire più forti identità alle *élites* territoriali, o di mutarne la percezione del passato magari in disaccordo con le dimensioni del tempo che appartengono alla nobiltà delle province o alle comunità contadine.

Ma quale visione del tempo e quale passato? La ricchezza di tradizioni politiche che la *Staatsbildung* del vecchio continente sopporta lungo i secoli sembra confermare l'impressione che in queste circostanze anche i ricordi, e con essi le identità dei gruppi umani, si disperdano tra più possessori. Con imprevedibile circolarità, il reticolato urbano che ha contraddistinto gli stati regionali della penisola e l'antico impero germanico attraverso tutta l'età moderna riaffiora intatto nell'Ottocento nazional-borghese in Italia e in Germania, a legittimare un solido principio di diversità nei confronti del nuovo stato unitario[24]. E il «revival culturale delle località» percorre un po' ovunque l'Europa dell'Ottocento, anche al

[22] O. RANUM, *Introduction*, in O. RANUM (ed), *National Consciousness, History and Political Culture in Early-Modern Europe*, Baltimore - London 1975, pp. 1-19.

[23] Uso il termine «cultura politica» nell'accezione che a esso dà K.M.BAKER nell'introduzione a *The French Revolution and the Creation of the Modern Political Culture, I, The Political Culture of the Old Regime*, Oxford 1987, secondo il quale, p. xii, se la politica, in senso lato, è l'attività attraverso cui gli individui o i gruppi, in qualsiasi società articolano, negoziano, o danno forza alle proprie richieste, «then political culture may be understood as the set of discourses and practices characterizing that activity in any given community. Political culture comprises the definitions of the relative positions from which individuals and groups may (or may not) legitimately make claims one upon another, and therefore of the identity and boundaries of the community to which they belong (or from which they are excluded). It constitutes the meanings of the terms in which these claims are framed, the nature of the contexts to which they pertain, and the authority of the principles according to which they are made binding. It defines the institutional (and extra-institutional) process by means of which these claims are formulated, the strategies by which they are pressed, and the contestations to which they give rise. It shapes the constitutions and powers of the agencies and procedures by which contestations are resolved, competing claims authoritatively adjudicated, and binding decisions enforced».

[24] M. MERIGGI, *Introduzione* a M. MERIGGI - P. SCHIERA (edd), *Dalla città alla nazione. Borghesie ottocentesche in Italia e in Germania* (Annali dell'istituto storico italo-germanico in Trento. Quaderno 36), Bologna, 1993, pp. 10 ss.

di là delle frontiere degli stati di recente formazione[25]. A volte, un solco inevitabile divide le immagini degli storici ufficiali, i rituali pubblici e i monumenti issati nelle piazze urbane, dal tessuto di quelle fedeltà politiche a base locale che intersecano la costituzione materiale degli stati. Esiste tuttavia accanto all'«epica nazionale» sorvegliata dai cultori delle memorie patrie, un «passato istituzionale» che si ritaglia attorno ai linguaggi e agli atteggiamenti delle istituzioni, una misura del trascorre del tempo prodotta dai depositi delle scritture burocratiche, più fredda di quella prodotta dall'inventiva dei narratori ma non meno efficiente[26]. Lessici d'ufficio o di professioni, in gran parte ricalcati sull'esperienza giuridica, che traducono una stessa propensione agli affondi retrospettivi dei materiali letterari.

Un senso di continuità con il passato può sorgere dunque, oltre che dalle 'tradizioni inventate', dal lessico delle istituzioni politiche e dall'archiviazione dei loro ricordi scritti. Addentrarsi in questo terreno con lo sguardo fisso alle strutture e alla resa istituzionale dei discorsi politici, aiuta a cogliere i campi e le «strutture comunicative» attraverso cui certi termini sono creati, i confini dove si fermano perdendo di senso, e le soglie che invece varcano acquistando un tono di familiarità sempre più consapevole[27].

Nasce dall'intreccio di pratiche giudiziarie, di teorie politiche e di funzioni amministrative quella percezione del territorio in chiave *landesgeschichtlich* che si va scoprendo in tante memorie storico-geografiche scritte in Germania e in Italia all'indomani delle guerre di successione settecentesche. A una tale curvatura regionalistica, anticipatrice del tradizionalismo ottocentesco[28], fa da premessa il più coerente profilo del territorio uscito dalle riforme illuministe, allorché prende corpo il trasferimento della sovranità dal centro del dominio, la corte o la capitale del dominio, ai suoi

[25] C. SORBA, *Identità locali,* in «Contemporanea. Rivista di storia dell'800 e del '900», I, 1998, p. 165.

[26] La distinzione tra «national epos» e «institutional past» è introdotta in due importanti saggi di J.G.A. POCOK, *The Origins of Study of the Past: a Comparative Approach*, in «Comparative Studies in Society and History», 4, 1962, pp. 209-246 e *England*, in O. RANUM (ed), *National Consciousness*, cit., pp. 98-117.

[27] J.G.A. POCOCK, *The Concept of a Language and the «métier d'historien»: some Considerations on Practice*, in A. PAGDEN (ed), *The Language of Political Theory in early-modern Europe*, Cambridge 1987, pp. 19-38.

[28] M. ROSA, *La cultura politica*, in G. GRECO - M. ROSA (edd), *Storia degli antichi stati italiani*, Bari 1995, p. 114.

confini, quei luoghi dove, in attesa dei protagonisti dei romanzi storici, agronomi e ingegneri si sono esercitati nel tracciare i limiti degli stati territoriali settecenteschi dopo la pace di Aquisgrana. In questi contesti la parola 'periferia' smette di essere un puro concetto geometrico, l'insieme dei punti lontani dal centro di una circonferenza, per denotare invece le località poste ai margini di uno spazio territoriale[29], mentre altri termini destinati di lì a poco a tragica fortuna, 'identità', 'onore', 'nazione', 'patria', perdono i vecchi riferimenti alla sfera parentale o cetuale e attraverso silenziose torsioni semantiche si astraggono nell'immaginario politico di nazioni o di popoli[30].

Tra i manufatti creati nelle officine del passato istituzionale e in quelle del passato epico non passa mai una differenza assoluta. Con quali meccanismi e per quali strade entrambi siano divenuti debitori l'uno dell'altro viene descritto dai saggi raccolti nel volume.

[29] M. MERIGGI, *Breve storia dell'Italia settentrionale dall'Ottocento a oggi*, Roma 1996, p. 20.

[30] R. HANDLER, *Is «Identity» a Useful Cross-cultural Concept?*, in J.R. GILLIS (ed), *Commemorations. The Politics of National Identity*, Princeton 1994, pp. 27-40.

Parte I

Appartenenze territoriali e coerenze politiche

Le identità valdostane

di *Marco Cuaz*

In tre momenti della storia, di fronte ad altrettante sfide, l'identità valdostana è stata ridefinita e proclamata. Nell'antico regime, le classi dirigenti valdostane, contro le riforme assolutistiche della corte torinese, pur rimanendo fedeli a casa Savoia, definirono il ducato d'Aosta come «provincia separata», dotata di particolari istituzioni di autogoverno e di larghi privilegi fiscali. Dopo il 1860, di fronte alle delusioni dell'Unità e in contrapposizione ai miti della nuova Italia, essere valdostani significò invece parlare francese, essere un popolo di montanari e coltivare l'orgoglio di una storia di autogoverno e di libertà. Durante la Resistenza e nell'immediato dopoguerra, il particolarismo valdostano rinacque caratterizzandosi in forma marcatamente politica: il bilinguismo e il particolarismo storico e culturale divennero giustificazioni ufficiali della diversità e, dopo la costituzione della Regione autonoma a Statuto Speciale, l'oggetto di una specifica politica culturale[1].

1. *Un'identità giuridica: le «libertés et privilèges» del ducato di Aosta (1536-1770 circa)*

Nel febbraio del 1536, crollato lo Stato sabaudo nel corso del conflitto franco-imperiale, gli Stati Generali del ducato di Aosta si diedero istituzioni politiche, amministrative e giuridiche autonome, una milizia e una diplomazia. Per oltre vent'anni, fino alla pace di Cateau-Cambrésis e alla conseguente rinascita del ducato sabaudo, il ducato di Aosta fu a tutti gli effetti uno Stato sovrano, legato unicamente da un vincolo di fedeltà al duca nominale Emanuele Filiberto. Fu un'esperienza decisiva per la costru-

[1] Per una più ampia trattazione e la bibliografia specifica rinvio a M. CUAZ, *La Valle d'Aosta fra Stati sabaudi e Regno d'Italia (1536-1914)*, in S. WOOLF (ed), *La Valle d'Aosta* (Storia d'Italia. Le regioni dall'Unità a oggi), Torino 1995 pp. 265-362; M. CUAZ, *Alle radici di un'identità. Studi di storia valdostana*, Aosta 1996. Sull'identità valdostana cfr. anche le preziose osservazioni di S. WOOLF, *La Valle d'Aosta: modello di un'identità proclamata*, in S. WOOLF (ed), *La Valle d'Aosta*, cit., pp. 5-47; T. OMEZZOLI, *Lingue e identità valdostana, ibidem*, pp. 139-202, L. CARLE, *Identità trasmessa e identità reale, ibidem*, pp. 221-260.

zione di un'identità valdostana. In quel periodo nacquero il *Conseil des Commis*, la *Cour des Connaisances* e le altre istituzioni di autogoverno valdostane[2] e si consolidarono i privilegi fiscali sanciti dalle antiche franchigie (essenzialmente l'autodeterminazione del donativo) che avrebbero differenziato i valdostani dagli altri sudditi di casa Savoia.

Quando Emanuele Filiberto, nel 1559, tornò in possesso dei suoi Stati, il ducato di Aosta, dopo alcuni anni di aspri conflitti e una delicata politica di compromessi, fu riassorbito all'interno del nuovo Stato, ma nella condizione di «provincia separata» che conservava numerosi privilegi fiscali e le istituzioni politiche nate durante la guerra. La riforma fiscale di Emanuele Filiberto, che mirava a introdurre la taglia ducale in tutti gli Stati di cui era tornato in possesso, si chiuse con un compromesso che lasciava una situazione carica di tensione: introduceva l'odiata gabella sul sale, ma riconosceva alla valle d'Aosta il privilegio dell'autodeterminazione del donativo (anche se questo avrebbe sempre più assunto la forma di un regolare contributo, fissato dalla corte torinese e imposto in tutti i modi, non esclusa la corruzione, alle rituali assemblee degli Stati Generali). Il *Conseil des Commis* venne eretto all'onore di Consiglio di Stato, con il riconoscimento dei diritti di rimostranza e di interinazione e della capacità di emanare decreti con valore legislativo. Per prassi consuetudinaria acquisì tutti i poteri politici e giurisdizionali, con l'unico limite del rispetto dell'autorità sovrana e della presenza alle riunioni del vice-balivo[3].

[2] Le istituzioni di autogoverno della valle d'Aosta nacquero nelle eccezionali circostanze politiche e militari del febbraio-marzo 1536, quando i francesi occupavano la Savoia e i luterani di Berna invadevano il Vallaise. Dopo aver deliberato di essere disposti a vivere e morire «pour déffendre nostre saincte foy catholicque, pour la obéissance de nostre prince et pour la déffense de ses pays», il 6 marzo 1536, gli Stati Generali del Ducato di Aosta deliberarono l'elezione di un consiglio più ristretto, il *Conseil des Commis*, che assunse tutto il potere in materia politica, militare, economica e sanitaria. Con il permesso sovrano, il *Conseil des Commis* prese autonomamente le misure di difesa della valle: rifiutò a tutti gli eserciti il passaggio sul territorio valdostano, costituì una milizia forte di 4.000 uomini, al comando di tre colonnelli locali, stipulò autonomamente trattati di neutralità con la Francia. Negli anni successivi gli Stati Generali nominarono i principali funzionari del Ducato di Aosta: un tesoriere, auditori e revisori dei conti, *un secrétaire du Pays*, svolgente funzione di segretario del *Conseil des Commis* e un avvocato fiscale, difensore del Ducato di Aosta in tutte le contese giudiziarie. Il potere giudiziario era affidato alla *Cour des Connaissances*, un tribunale locale composto da un numero variante di nobili e uomini di legge, che esercitava la giurisdizione di prima istanza in tutti i maggiori processi civili e criminali e di appello nelle cause di minore importanza riservate ai giudici ordinari.

[3] Il vice-balivo era il rappresentante periferico dello Stato. Residente in Aosta, giudice di prima istanza nei domini diretti dei Savoia e presidente della *Cour des Connaissances*, amministrava i domini diretti della Corona, esercitava i diritti di polizia, convocava e assisteva, senza diritto di voto, a tutte le riunioni del *Conseil*. Lo aiutavano nelle sue

Il particolarismo del ducato di Aosta fu accentuato da due decisioni gravide di conseguenze. Nel 1561, prendendo atto della consolidata diffusione del francese come lingua letteraria, Emanuele Filiberto ordinò ai valdostani l'impiego del francese al posto del latino in tutti gli atti pubblici. Da quel momento l'uso del latino si ridusse progressivamente al campo dell'erudizione sacra e profana e il francese rimase, fino alla fine dell'Ottocento, l'unica lingua letteraria utilizzata dai valdostani. Nel 1588, al termine di un lungo e travagliato lavoro di una commissione di giuristi valdostani e ducali, vennero pubblicate a Chambéry le *Coutumes du Duché d'Aoste*, che riordinarono la pluralità di norme consuetudinarie, molte delle quali affidate alla tradizione orale, sulle quali si era fondato per secoli l'esercizio della giurisprudenza valdostana, configurando un'area di «diritto separato» protrattasi fino al 1770.

La condizione particolare del ducato di Aosta, difesa e conservata per tutta l'età dell'assolutismo, fu decisiva per la formazione di un'identità valdostana. Mentre le altre terre appartenenti a casa Savoia, che avevano ereditato un complesso sistema di libertà e di privilegi talvolta anche superiori a quelli valdostani, venivano progressivamente riassorbite all'interno del processo di formazione dello Stato moderno, nella classe dirigente valdostana si diffuse, in due secoli di autogoverno, un sentimento di appartenenza a una collettività fortemente definita da un sistema di «libertés et privilèges», che faceva dei valdostani dei «sudditi leali e fedeli» di casa Savoia, ma coscienti di appartenere a una «provincia separata», un autentico «Stato dentro lo Stato», con una territorialità definita e una condizione di sudditi privilegiati del duca di Savoia.

Questa situazione venne rimessa in discussione alla fine del Seicento dalle riforme di Vittorio Amedeo II che costrinsero i valdostani a ridefinire e a proclamare la propria identità[4]. Di fronte alle riforme amministrative e

funzioni alcuni ufficiali subalterni: un luogotenente al baliaggio, qualche castellano, qualche giudice locale e un procuratore fiscale, incaricato di istruire i processi e difendere in ogni contenzioso gli interessi dello Stato.

[4] La frattura fra la nobiltà valdostana e il governo piemontese si consumò alla fine del Seicento quando Vittorio Amedeo II, nello sforzo di risolvere i drammatici problemi economici posti dalla lunga guerra con la Francia, tentò di introdurre in valle d'Aosta l'ufficio dell'Insinuazione, la carta da bollo e il collegio dei notai, mettendo per la prima volta in discussione il diritto dei valdostani a godere di privilegi fiscali. Il tentativo non ebbe successo, ma il conflitto, destinato inevitabilmente a riesplodere, era soltanto rinviato di qualche anno. Cfr. M. CUAZ, *Il processo ai privilegi valdostani e nizzardi 1697-1700*, in M. CUAZ, *Alle radici di un'identità*, cit., pp. 39-50. Sulla formazione dello Stato sabaudo cfr. P. MERLIN - C. ROSSO - G. SYMCOX - G. RICUPERATI, *Il Piemonte sabaudo. Stato e territori*

fiscali avviate dal sovrano in Piemonte, in Savoia e nella Contea di Nizza, dove progressivamente venivano liquidate le antiche autonomie, i valdostani si trovarono obbligati a dare una risposta teorica convincente, capace di giustificare, sul piano storico e giuridico, il regime particolare di cui la valle d'Aosta godeva da quasi due secoli. Dalla necessità di elaborare una risposta strategica complessiva al progetto assolutista di Vittorio Amedeo II, nacque l'opera di Jean-Baptiste de Tillier che offrì la prima ampia e coerente difesa delle istituzioni di autogoverno e dei privilegi fiscali del «Pays d'Aoste»[5].

Quale tipo di identità caratterizzava la classe dirigente valdostana nell'antico regime? Essere valdostani, nelle opere di De Tillier, nei memoriali e nelle lettere del *Conseil des Commis* e degli Stati Generali, significava appartenere a un'entità territoriale dai confini sostanzialmente stabili, chiamata da secoli «ducato di Aosta»; rivendicare (sempre nell'assoluta fedeltà a casa Savoia) il diritto di possedere istituzioni di autogoverno (il *Conseil des Commis* e gli Stati Generali) e una giurisprudenza specifica (il *Coutumier*) che ne facevano una sorta di Stato nello Stato; non pagare le tasse come gli altri sudditi sabaudi, ma godere del privilegio dell'autodeterminazione del «donativo».

Come ha giustamente rilevato Lin Colliard[6], alcuni di questi elementi, essenzialmente l'identità territoriale e quella fiscale, erano già presenti nel tardo medioevo, almeno sin dalla prima Carta delle franchigie del 1191[7], ma trattavasi allora di una condizione comune a tutti i variegati territori che componevano gli antichi Stati sabaudi. La centralità dell'esperienza

in età moderna (Storia d'Italia, diretta da Giuseppe Galasso), VIII/1, Torino 1994, a cui si rinvia anche per la più specifica bibliografia.

[5] Il testo fondamentale è J.-B. DE TILLIER, *Historique de la vallée d'Aoste*, a cura di A. ZANOTTO, Aosta 1966. Sugli altri manoscritti di De Tillier e sulle reazioni della corte sabauda, cfr. F.-G. FRUTAZ, *Jean-Baptiste de Tillier et ses travaux historiques*, Aosta 1951; L. COLLIARD, *Les manuscripts de Jean-Baptiste de Tillier*, in «Bibliothèque de l'archivum augustanum, Sources et documents d'histoire valdôtaine», II, Aosta 1982, pp. 2-251.

[6] L. COLLIARD, *L'identité valdôtaine: quelques réflexions*, Conferenza del 25 maggio 1996 in occasione dell'inaugurazione degli «Etats Généraux de la culture valdôtaine», in «Le Flambeau», 185, 1996, pp. 5-12.

[7] Sulla Carta delle franchigie e il dibattito sul suo significato cfr. M.A. VENTILATICI, *Le livre rouge de la Cité d'Aoste*, Torino 1956; R. MARIOTTE-LOBER, *Ville et seigneurie. Les chartes des franchises des comtes de Savoie*, Annecy 1973; S. DI TOMMASO, *Comunità cittadina e potere signorile nell'Aosta medievale*, in M. CUAZ (ed), *Aosta. Progetto per una storia della città*, Aosta 1988, pp. 181-199; *Liberté et libertés, VIIIe centenaire de la Charte des Franchises d'Aoste*, Aosta 1993.

cinquecentesca è legata da un lato all'emergere di elementi di identificazione di tipo statale, con tutti le caratteristiche della sovranità (un organo di governo, una burocrazia, una milizia e una diplomazia), dall'altro all'unicità dell'esperienza valdostana che da quel momento sarebbe stata diversa da quella degli altri sudditi degli Stati sabaudi.

Era un'identità, quella dell'antico regime, priva di connotazioni culturali. Come i *pays d'états* francesi, i valdostani intendevano conservare «libertés et privilèges» non in quanto «culturalmente diversi» dagli altri popoli che componevano il composito quadro degli Stati sabaudi, ma per ragioni esclusivamente storiche e giuridiche[8]. Il ricorso alle *traditions* e alle *coutumes*, presente nel pensiero di De Tillier, non era legato alla necessità di conservare i tratti culturali di una comunità, ma soltanto a un criterio di giustificazione del presente. Ogni novità (le famose «redoutables nouveautés»), costituiva un pericolo non per l'identità del popolo valdostano, come si sarebbe detto più tardi, ma soltanto per le istituzioni politiche e per i privilegi fiscali. Anche l'intramontanismo, ovvero la teoria di una valle d'Aosta «nec citra nec ultra montes, sed intra montes», teorizzato dal vescovo gallicano Albert Bailly nel 1661 per motivi esclusivamente fiscali[9], non aveva nulla a che vedere con il riconoscimento (che avrebbe caratterizzato l'identità ottocentesca) di una specificità economica e culturale della montagna (nessuno, a quel tempo, amava ancora le montagne e gli Stati sabaudi settecenteschi erano ancora un territorio eminentemente alpino, eredi degli «Stati di passo» del tardo medioevo).

L'identità valdostana d'antico regime riguardava naturalmente soltanto la stretta élite della classe dirigente signorile, essenzialmente composta da un piccolo gruppo di famiglie dell'antica nobiltà, fusasi con una nobiltà di

[8] Per giustificare la particolarità del Ducato di Aosta e il suo diritto a considerarsi «provincia separata», De Tillier fa appello essenzialmente a ragioni storiche e giuridiche: elabora la tesi di una «dedizione volontaria» dei valdostani a Casa Savoia (di cui sarebbe stata testimonianza la Carta delle franchigie del 1191), fa proprie le tesi dei *Pays d'Etat* francesi sull'opportunità di limitare il potere regio con Stati Generali organizzati su basi provinciali, attribuisce alla tradizione il compito di sancire il diritto. Non troviamo nella sua opera riferimenti a una diversità culturale, a una «specificità» dei valdostani, al di fuori della tradizione di privilegi e di autogoverno. La lingua, ovviamente, non costituiva problema in uno Stato sabaudo che era ancora in maggioranza di lingua francese e che non conosceva conflitti linguistici. La caratterizzazione montana del territorio era anch'essa tipica di tutto il regno, in un'epoca peraltro in cui le montagne avevano connotazioni soltanto negative. Il mito dei Salassi non contiene ancora alcuna delle simbologie politiche che acquisterà nell'Ottocento, quando verranno enfatizzate le origini salasse per contrapporle alla «romanità» di Aosta.

[9] P.-A. BAILLY, *L'état intramontain*, a cura di L. COLLIARD, Aosta 1973.

toga assunta ai vertici dello stato tra Cinque e Seicento, e scomparve con la fine dell'antico regime. Le riforme di Carlo Emaneule III e di Vittorio Amedeo III, nella seconda metà del Settecento, quindi l'arrivo di Napoleone e l'annessione alla Francia, spazzarono senza molte resistenze, insieme agli ultimi residui della feudalità, anche le antiche istituzioni e i privilegi fiscali del ducato di Aosta. Qualche nostalgico del passato non è sufficiente a giustificare la tesi, che ha avuto molta fortuna nella storiografia degli anni settanta, di una «continuità dell'ideale autonomista valdostano»[10]. Per tutta la prima metà dell'Ottocento la cultura locale fu prevalentemente integrazionista: i liberali, e anche una parte consistente del clero, guardarono all'Italia come a una grande opportunità per la valle d'Aosta di uscire finalmente da una lunga età di isolamento e di miseria. L'identità valdostana, nella seconda metà dell'Ottocento, fu ricostruita su basi totalmente nuove.

2. *L'identità culturale: la lingua, la storia e la montagna (1860-1925 circa)*

L'unità d'Italia non portò in valle d'Aosta i vantaggi da molti auspicati e, fin dai primi anni dell'unificazione, apparvero in tutta la loro drammaticità i problemi di una periferia dall'economia marginale e dal peso politico irrilevante, estrema propaggine di una Stato che nasceva con un progetto di accentramento del potere politico e delle risorse economiche. Tutti gli indicatori economici e demografici delineano in maniera concorde un quadro di crisi profonda della valle d'Aosta nel primo cinquantennio dell'unificazione italiana: la popolazione, dopo un secolo di crescita ininterrotta, incominciò a diminuire sensibilmente[11]; la nascente industria metallurgica e mineraria fu stroncata dall'abolizione dei dazi doganali[12]; l'agricol-

[10] L. COLLIARD, *La persistance de l'idéal autonomiste et de la pensée historiographique de J.-B. de Tillier aux XVIIIe et XIXe siècles*, in «Bulletin de l'Académie Saint-Anselme», XLI, 1964, pp. 325-335 (riedito in L. COLLIARD, *Etudes d'histoire valdôtaine*, Aosta 1985); cfr. anche L. COLLIARD, *La culture valdôtaine au cours des siècles*, Aosta 1976. Per una discussione di questa tesi cfr. M. CUAZ, *Alle origini dell'autonomia valdostana*, in M. CUAZ, *Alle radici di un'identità*, cit., pp. 165-182.

[11] La popolazione, che nel 1861 aveva raggiunto gli 85.481 abitanti, scendeva nei primi dieci anni dell'unificazione a 81.260, per scendere ancora, nel 1911, a 80.860. All'origine del calo demografico c'era l'inversione del processo migratorio che aveva caratterizzato la prima metà del secolo. Secondo alcune stime, dal 1862 al 1881, si allontanarono definitivamente dalla valle d'Aosta più di 6.000 persone e, dal 1885 al 1905, circa 22.000.

[12] Nel 1840, al suo apogeo, l'industria metallurgica e mineraria aveva occupato circa 5.000 operai, a cui si aggiungevano 3.568 persone addette al trasporto dei materiali. Nel 1871, dopo l'abolizione dei dazi doganali, le persone impiegate nell'industria metallurgica

tura non resse all'unificazione del mercato nazionale e il basso costo delle derrate alimentari importate dal Piemonte obbligò molti contadini ad abbandonare il lavoro dei campi e prendere la via dell'emigrazione; gli attesi benefici nel campo delle comunicazioni si fecero attendere oltre ogni più pessimistica previsione[13].

Proprio in mezzo ai festeggiamenti dell'Unità d'Italia, l'abolizione della Provincia di Aosta, l'annessione della Savoia alla Francia e i primi attacchi alla lingua francese aprirono un solco profondo fra la classe dirigente valdostana e quella piemontese che diventava italiana.

Il 23 novembre 1859, la legge Rattazzi sul riordinamento dell'amministrazione comunale e provinciale abolì la Provincia di Aosta, trasformandola in Circondario della Provincia di Torino. Invano la classe dirigente valdostana insorse contro il governo torinese chiedendo che fosse restituito alla valle l'antico statuto di Provincia. L'organo della Curia vescovile incominciò a parlare di una valle d'Aosta che diventava italiana, ma «scomparendo dal rango dei popoli»[14].

L'annessione della Savoia alla Francia pose ai valdostani inquietanti interrogativi sulla propria identità. Nel giugno 1860, l'organo dei liberali pubblicò la lettera di un anonimo corrispondente, in cui si sosteneva su basi storiche e linguistiche l'appartenenza culturale della valle d'Aosta alla Francia piuttosto che all'Italia e si individuava il pericolo di una terra di periferia che sarebbe «annegata come un atomo nel vasto regno italiano»[15]. Le reazioni furono vivaci. Il foglio liberal-moderato «La Feuille

erano scese a 324 e 42 nelle miniere. Il censimento industriale del 1890 menziona soltanto tre stabilimenti industriali, mentre quasi tutti i giacimenti minerari erano stati abbandonati per l'eccessivo costo del trasporto dei materiali e la mancanza in loco di capitali da investire.

[13] Fino agli anni settanta era ancora utilizzabile una sola strada carrozzabile, quella che conduceva da Ivrea ad Aosta, con una diligenza che impiegava undici ore per un tragitto di una settantina di chilometri. La carrozzabile per il Piccolo San Bernardo fu conclusa solo nel 1872. Il sospirato prolungamento della linea ferroviaria da Ivrea ad Aosta dovette attendere fino al 1886; la carrozzabile per il Gran San Bernardo fino al 1905. La maggior parte delle strade per le valli laterali furono concluse solo nel primo ventennio del Novecento.

[14] «L'Indépendant», 17 agosto 1860.

[15] «L'impartial», 7 giugno 1860. Secondo l'anonimo lettore, l'annessione della valle d'Aosta alla Francia era «nell'ordine naturale delle cose». La Savoia era sempre stata una provincia essenzialmente francese, non solo per i suoi versanti, ma soprattutto per la lingua dei suoi abitanti, poiché «ce qui forme une nationalité, ce n'est pas le cours des rivières, ce ne sont pas les montagnes, les gisements du sol, les nuages que le vent chasse sur nos têtes ... le fondement de toute nationalité c'est la communauté du langage». I destini della valle

d'Aoste», riprendendo l'interrogativo sull'identità valdostana, rivendicò l'italianità della valle d'Aosta[16], un'affermazione da allora condivisa dalla quasi totalità dei valdostani, ma, come precisava il giornale della Curia, Aosta era italiana quando doveva pagare le imposte, ma era «una Siberia quando si trattava di ottenere qualche favore»[17].

Fu soprattutto la campagna contro il francese a scatenare le più violente reazioni. Nel 1860 un decreto ministeriale deliberò la soppressione dell'insegnamento del francese nel *Collège* di Saint-Bénin suscitando un coro di proteste e di rimostranze che obbligò il governo italiano, due anni più tardi, a ristabilire l'uso strumentale del francese nei programmi ministeriali del ginnasio. Nel 1861 il deputato lucchese Giovenale Vegezzi Ruscalla diffuse un *pamphlet* sul *Diritto e necessità di abrogare il francese come lingua ufficiale in alcune valli della provincia di Torino*, nel quale si sosteneva il dovere di quelle regioni, appartenenti a tutti gli effetti all'Italia, di utilizzare soltanto la lingua di Dante. L'opuscolo chiedeva l'abrogazione delle leggi a protezione delle minoranze francofone, la traduzione in ita-

d'Aosta erano sempre stati uniti a quelli della Savoia. La storia e le tradizioni savoiarde erano «tellement liées à l'histoire et à la tradition de la Vallée d'Aoste que nous ne formons qu'une seule famille ... Enfant de la même monarchie, descendant des mêmes races, vivant au souvenir de la même histoire, parlant la même langue, les Savoisiens et les Valdôtains ne devaient pas être divorcés». Oggi «les conseillers de la Couronne sont tellement occupés à regarder sur la carte de l'Italie tout ce qui est situé inférieurement au Piémont qu'ils perdent de vue ce qui est situé supérieurement. La vallée d'Aoste sera noyée comme un atôme dans ce vaste royaume italien».

[16] *Sommes nous français ou italiens?*, in «La Feuille d'Aoste», 14 e 21 giugno 1860. Confutando il corrispondente de «L'Impartial», la «Feuille» negava che la lingua fosse il fondamente della nazionalità. Lo dimostravano i tedeschi delle regioni renane che unanimamente si consideravano francesi, o gli americani che parlando inglese o spagnolo non si sentivano appartenenti alla nazione inglese o spagnola. La popolazione valdostana era il prodotto di diverse razze che si erano stabilite in valle in tempi diversi: il sangue salasso si era mischiato con quello romano, poi con quello burgundo e con quello dei molti invasori. Lo stesso francese in valle d'Aosta non era la lingua di tutti. Parlata dai ceti colti e nell'alta valle, cedeva il posto al piemontese in tutta la bassa valle, dove i contatti commerciali portavano verso l'Italia. I destini della valle, infine, non avevano mai coinciso con quelli della Savoia, separata da una grande muraglia di diverse migliaia di metri. Verso l'Italia erano invece tutti gli interessi economici e di conseguenza «la cause de l'Italie fut et sera toujours la cause de notre vallée».

[17] «L'Indépendant», 26 giugno 1860. Travolta dalle polemiche, la stessa redazione de «L'Impartial» era costretta a intervenire con una pubblica smentita, ribadendo che «ce journal, organe du Parti libéral dans la Vallée d'Aoste, et fidèle aux principes de l'immense majorité des habitans, sait bien, par des nombreuses preuves, que la vallée d'Aoste est aussi italienne que peut-être n'importe quelle autre contrée de la péninsule». «L'Impartial», 21 giugno 1860.

liano dei nomi dei comuni e, accanto ai mezzi coercitivi, proponeva iniziative che inducessero le popolazioni a lasciarsi italianizzare attraverso incentivi di varia natura. In risposta, il municipio di Aosta decise di far stampare e diffondere a proprie spese un opuscolo del canonico Edouard Bérard, *La langue française en Vallée d'Aoste,* primo di una lunga serie di *pamphlets* dedicati a difendere il diritto dei valdostani all'utilizzazione e all'insegnamento della propria lingua materna. Erano soltanto i primi episodi di un lungo conflitto che avrebbe segnato la storia della valle d'Aosta per quasi un secolo[18].

La nascita e lo sviluppo di sentimenti particolaristici fu la risposta in termini culturali alla crisi della valle d'Aosta post-unitaria. L'alternativa valdostana a quell'immagine unitaria dell'Italia che si cercò di imporre nelle scuole, nell'esercito, nelle associazioni, e nella quale una popolazione francofona di frontiera non riuscì mai totalmente a riconoscersi, si fondò essenzialmente su tre elementi: la lingua, la storia e la montagna. Dapprima fu essenzialmente una lotta per il riconoscimento da parte dello Stato italiano del diritto di una minoranza linguistica di utilizzare e insegnare la propria lingua materna. Quindi, in stretta connessione con la lotta per la difesa del francese, fu un consapevole processo di costruzione di un'identità culturale, fondata anche sulla storia, sugli usi, i costumi, le tradizioni, il dialetto, tutti quegli elementi che potevano dare il senso di appartenenza a una *petite patrie*, una *Heimat* carica di valori simbolici, contrapposta alla *grande patrie* italiana. Non un rifiuto di sentirsi italiani. Dopo l'inquieto interrogarsi del 1860, nessuno mise più in discussione, fino al 1944, l'appartenenza della valle d'Aosta all'Italia; aderendo a una concezione

[18] La questione linguistica riesplose violentemente nel 1882-83, quando il Consiglio scolastico provinciale di Torino deliberò che l'insegnamento del francese si svolgesse soltanto al di fuori del normale orario scolastico. Dopo lunghe e laboriose trattative si giunse all'approvazione, nel 1884, di un *Regolamento per l'insegnamento della lingua francese* che sanciva il principio dell'uguaglianza di trattamento delle due lingue e rispondeva in sostanza all'intenzione di passare gradualmente dal francese all'italiano. Il francese doveva essere insegnato parallelamente all'italiano, con uno stesso numero di ore, e il governo si impegnava a difendere in egual misura le due lingue. La «formula dell'84» poté costituire per alcuni anni lo strumento di difesa contro i ripetuti tentativi del governo italiano e del Consiglio provinciale scolastico di Torino di modificare gli equilibri linguistici della valle, ma congelava un equilibrio molto delicato in un momento di rapide e profonde trasformazioni socio-culturali. Il bilinguismo era infatti destinato in tempi brevi a cedere il passo alla progressiva italianizzazione della valle, frutto non solo di una precisa volontà governativa (che si sarebbe espressa attraverso una più accorta e sottile politica di circolari), ma soprattutto delle trasformazioni economiche e sociali della realtà valdostana. Sulla questione linguistica, oltre ai testi citati nel volume di S. Woolf (ed), *La Valle d'Aosta*, cit., cfr. T. Omezzoli, *Alcune postille sulla lingua dei valdostani*, Aosta 1995.

volontaristica e renaniana della nazione, gli intellettuali valdostani ribadirono continuamente che si poteva essere buoni italiani anche continuando a parlare la lingua francese.

Perché il particolarismo valdostano trovò nella difesa del francese il suo elemento unificante? Fino all'annessione di Nizza e Savoia il problema linguistico non si era mai posto all'interno dello Stato sabaudo, uno Stato da sempre bilingue. La situazione cambiò radicalmente nel 1860 quando la valle d'Aosta venne a trovarsi nella condizione di una piccola minoranza di lingua francese all'interno di uno Stato che faceva della diffusione della lingua italiana uno degli strumenti fondamentale della politica culturale. L'italiano penetrò in valle d'Aosta non solo attraverso le circolari ministeriali ma soprattutto, in modo sommesso e inesorabile, attraverso il treno, le strade, i viaggiatori, i funzionari, gli immigrati, artigiani, commercianti, piccoli industriali. La lingua italiana rappresentava un'irruzione del nuovo, un corpo estraneo alla valle d'Aosta; era il veicolo del sovvertimento dei quadri tradizionali della civiltà contadina, fondati sui valori della famiglia, della comunità, della religione. Ne rimasero sconvolti i modelli comportamentali della *tradition*, alla cui difesa si richiamarono anche i liberali più moderati. L'espropriazione della lingua fu l'aspetto più appariscente di un fenomeno più profondo di espropriazione del territorio e delle risorse: la lingua italiana si presentava come il veicolo di nuovi valori e di nuovi rapporti sociali; era la lingua dell'etica cittadina e borghese, della burocrazia, del laicismo e della massoneria; era la proposta di un modello di vita che modificava l'uso del risparmio, stimolava nuovi consumi, valorizzava lo spirito di imprenditorialità e la capacità di assunzione del rischio, creava rapporti di lavoro più impersonali, scardinando le istituzioni e gli spazi rassicuranti del mondo rurale. L'italiano era la lingua dell'industria, della città, dello Stato; il francese la lingua dell'agricoltura, del villaggio, della Chiesa. Molti intellettuali valdostani vissero la penetrazione dell'italiano come un attentato alla tradizione, un attacco alla stessa esistenza di un popolo. Difendere il francese significò dunque difendere la valle d'Aosta dall'invadenza dello Stato e, non a caso, i più accaniti difensori della lingua materna furono soprattutto esponenti del mondo ecclesiastico.

Accanto alla difesa della lingua, nel clima di tensione e di delusione successivo all'Unità, nacque in alcuni ambienti intellettuali valdostani anche l'esigenza di ripensare globalmente la storia della valle d'Aosta, ricercandone una specificità. Già il volume di Edouart Aubert, *La Vallée d'Aoste*, edito proprio nel 1860, proiettava in età pre-romana sentimenti del presente: quando i pretoriani di Roma avevano preso possesso della valle

d'Aosta, il paese dei Salassi era scomparso «au milieu du grand empire qui l'avait absorbé, et il suivit les fluctuations de l'océan impérial dans lequel, impercettible goutte d'eau, il était venu se perdre». Prima della conquista i Salassi vivevano «libres et se gouvernant eux-mêmes»; furono battuti, ma non soggiogati; i Romani, vinta la guerra attraverso indegne perfidie, distrussero «la nationalité des Salasses», ridussero il territorio a un deserto insanguinato e «c'était là le systhème des romains».

Fu soprattutto la prima edizione dell'opera di De Tillier, progettata nel cuore dei conflitti con il governo centrale, a costruire l'immagine di un paese che aveva sempre lottato per la difesa delle sue libertà[19]. De Tillier venne riletto come il difensore di un'atemporale «libertà valdostana», come un teorico ante litteram del «decentramento» e fu alle origini di un paradigma storiografico dalla lunga fortuna novecentesca, che si sarebbe costruito attorno ad alcuni nuclei tematici ancora vivi in molta parte della memoria contemporanea: l'origine dei valdostani da ricercarsi non tra popolazioni italiche ma tra i Salassi (genti di origine celtica e non ligure come pretendevano alcuni «storici italiani»), popolo «libero e fiero» che difese «la libertà valdostana» contro gli invasori romani; una storia medievale e moderna come storia della lotta di un popolo contro lo Stato per la propria libertà, un popolo fedele al suo re, ma ostile a ogni ingerenza del potere centrale, fiero della sua indipendenza, attaccato alle sue tradizioni, timoroso di ogni novità.

Soprattutto nell'ambito della storiografia clericale, di gran lunga dominante, attenta in particolare alla storia delle parrocchie, delle scuole, delle opere di beneficenza, ovvero di tutte quelle istituzioni sociali che erano nate per iniziativa della Chiesa e della devozione popolare, prima dell'intervento dello Stato, il passato assumeva le idilliache connotazioni di un'età dell'oro alla quale si contrapponevano le insidie della modernità: la burocrazia, la scuola obbligatoria, la libertà di stampa, l'industrializzazione. Raccolto intorno al suo campanile, il villaggio d'un tempo concentrava i sogni di un mondo ideale, rassicurante, dove la Chiesa accompagnava l'uomo dalla culla alla tomba, assicurando le funzioni essenziali del corpo e dell'anima: l'istruzione di base, la pubblica beneficenza, l'assistenza ai poveri e agli ammalati. Era la ricostruzione di un mondo perduto, ben lontano dalla dura realtà di un'economia di montagna, un mondo ideale che serviva al presente per costruire la «nazione valdostana», per dare antichità e nobili origini ai moderni conflitti di potere, per rispondere a

[19] J.-B. DE TILLIER, *Historique de la Vallée d'Aoste*, a cura di E. BÉRARD - S. LUCAT, Aosta 1880-1887.

quella domanda identitaria che divenne centrale dopo la scomparsa dell'antico regno sabaudo.

Nella stessa direzione si mosse anche la ricerca etnografica. Lo studio del franco-provenzale, dei proverbi, dei riti, delle leggende, delle canzoni, la scoperta di un ricco patrimonio etnografico contribuì, seppure in maniera marginale rispetto alla lingua, a definire la valdostanità. Il primo passo fu lo studio del *patois*, il dialetto locale ancora privo di una dignità letteraria e al quale l'abate Jean-Baptiste Cerlogne incominciò a dare una grammatica e una forma scritta[20]. Seguirono i primi tentativi di raccogliere i racconti, le leggende e le canzoni[21]. Infine gli aspetti della vita materiale, dai giocattoli alla casa rustica, dalla maniera di fare la calza all'artigianato del legno[22]. Questa ricerca etnografica sarebbe rimasta un po' ai margini del processo di costruzione di un'identità valdostana, legata prevalentemente alla lingua francese, ma ebbe un ruolo non marginale nel definire il senso di appartenenza a una cultura alpina caratterizzata da una forte specificità e da una valenza dichiaratamente positiva rispetto al mondo della pianura e della città.

Sebbene la valle d'Aosta fosse sempre stata una «civilisation alpestre», l'orgoglio di essere montanari era infatti apparso molto tardi nella cultura locale. Per secoli sui montanari aveva pesato uno stereotipo fortemente negativo: popoli «rozzi e indolenti», «superstiziosi e gozzuti», privi di

[20] J.-B. CERLOGNE, *Premier essai. Petite grammaire du dialecte valdôtain avec une traduction française*, Aosta 1893; dello stesso, *Dictionnaire du patois valdôtain*, Aosta 1907. L'area franco-provenzale fu individuata da G.I. ASCOLI, *Schizzi franco-provenzali*, in «Archivio glottologico italiano», III, 1874.

[21] Sulle leggende e il folklore cfr. G. GIACOSA, *Novelle e paesi valdostani*, Torino 1896 (Milano 1914); M. SAVY LOPEZ, *Leggende delle Alpi*, Torino 1887; J.-J. CHRISTILLIN, *Dans la Vallaise. Légendes de la Vallée du Lys*, Aosta 1901 (trad. it. Milano 1908); T. TIBALDI, *Il diavolo nelle leggende e nella tradizione popolare della Valle d'Aosta*, Torino 1911; dello stesso, *Veillées valdôtaines illustrées. Contes, traditions et légendes*, Torino 1911 e *Serate valdostane illustrate. Le leggende del diavolo e altri saggi di folklore*, Torino 1913; A. CHANOUX, *Contes de ma vallée*, Ivrea 1924; A. RONC DÉSAYMONET, *In Val di Cogne. Usi, costumi, leggende, superstizioni*, Ivrea 1929.

[22] Sulla cultura materiale cfr. G. CASSANO, *Sopra la maniera di fare la calza nella Valle d'Aosta*, Torino 1912; J. BROCHEREL, *Arte pastorale in Valle d'Aosta*, in «Bollettino d'arte del Ministero alla Pubblica Istruzione», 1921; dello stesso, *Le piccole industrie forestali in Valle d'Aosta*, in «Bollettino del Ministero per l'industria e il commercio», 1923; C. JONA, *L'architettura rusticana in Valle d'Aosta*, Torino 1923; J. BROCHEREL, *Unità del giocattolo rustico dei pastori delle Alpi*, in «III Congresso nazionale di arti e di tradizioni popolari», Trento 1934; dello stesso si vedano inoltre, *La casa rustica valdostana*, in «III Congresso nazionale di arti e tradizioni popolari», Trento 1934; *Récits et croquis valdôtains*, Parigi 1935; *Arte popolare valdostana. Catalogo generale della mostra di arte popolare*, Roma 1937.

«alcuna industria». Con rare eccezioni, questa immagine aveva dominato la cultura europea fino alla fine del Settecento, quando la riscoperta scientifica e romantica della montagna aveva gettato una luce nuova anche sulla figura del montanaro. Per la cultura romantica post-rousseauiana il montanaro divenne il modello delle semplici virtù naturali, della fierezza, della saggezza; divenne l'espressione della libertà, della tenacia nel lavoro, della fatica sopportata con rassegnazione, della capacità di conservare le antiche tradizioni e i buoni costumi. Tutto in contrapposizione alla corruzione delle città. L'immagine del «montanaro virtuoso», il riconoscimento di una specificità montana della valle d'Aosta, vissuta con orgoglio, emerse solo nella seconda metà dell'Ottocento quando scomparve l'antico Stato sabaudo a cavallo delle Alpi e l'Italia guardò a Roma, al mare, alle pianure. In pochi decenni, attraverso gli sforzi congiunti di intellettuali valdostani (Carrel, Argentier, Lucat, Mensio, Gorret) e di numerosi «amis de la Vallée d'Aoste» (Aubert, Budden, Correvon, Giacosa, Cassano, De Amicis, Ferrero), la malfamata «valle dei cretini e dei gozzuti» divenne «la perla delle Alpi», abitata da un popolo di montanari saggio e fiero, povero ma ospitale, tenace nel lavoro e sano nei costumi[23]. Un'identità, quella montana, meno definita, territorialmente, di quella storica del ducato di Aosta, capace tuttavia di costruire solidarietà con altre popolazioni alpine, unite dalla frustrante consapevolezza di essere una periferia, pronta a rispondere all'appello delle armi quando occorrevano «vedette» contro i «barbari», ma abbandonata al suo destino quando si distribuivano gli investimenti dello Stato. Ma un'identità che giocherà un ruolo decisivo quando, negli anni venti del Novecento, al tempo delle lotte contro la soppressione delle scuole di villaggio, l'identità e l'orgoglio montanaro, nelle pagine dell'*abbé* Trèves, di Emile Chanoux, di Joseph Bréan, diventeranno elemento di scontro politico con i «cittadini», con coloro che da Torino o da Roma non potevano comprendere il significato di un maestro locale e di una scuola elementare in un villaggio di montagna[24].

L'identità culturale valdostana presentava dunque caratteri del tutto nuovi rispetto a quella dell'*ancien régime*. Sebbene non mancasse la difesa di alcune concrete istituzioni, come la Provincia di Aosta, il Tribunale, il Collegio dei notai, fu la difesa della lingua francese l'elemento centrale dell'identità. In primo piano furono sempre esponenti del clero che univano il richiamo a un mitico passato con la denuncia del liberalismo e dello Stato moderno. Da Bérard a Frutaz, da Réan a Trèves, da Stévénin

[23] M. CUAZ, *Valle d'Aosta. Storia di un'immagine*, Bari - Roma 1994.

[24] M. CUAZ, *Alle frontiere dello Stato. La scuola elementare in Valle d'Aosta dalla Restaurazione al fascismo*, Milano 1988.

a Bréan fino a Chanoux, il cattolicesimo, nutrito di una violenta avversione nei confronti dello Stato, ha sempre costituito la punta più radicale del particolarismo valdostano. Ma non si può ricondurre il complesso fenomeno della nascita di un'identità culturale valdostana esclusivamente all'antistatalismo cattolico. Come troviamo esponenti del clero lontanissimi dal particolarismo, ritroviamo molti laici, liberali e progressisti, delusi dal processo di unificazione italiana, che appartengono a pieno titolo alla cultura del particolarismo e che portarono un notevole contributo di idee per coniugare la salvaguardia delle tradizioni con il progresso economico e culturale della valle. La cultura del particolarismo fu infatti essenzialmente una «koiné ideologica» in cui convissero elementi diversi e il cui massimo artefice fu il medico e banchiere valdostano Anselme Réan, cattolico di matrice modernista, liberale moderato, colui che riuscì a ricomporre all'interno della «Ligue Valdôtaine pour la défense de la langue française», un comitato che dal 1909 al 1926 riunì la quasi totalità della classe dirigente locale, con un'ampia rappresentazione di tutte le forze politiche, le diverse tensioni che percorrevano la valle d'Aosta dopo il fallimento del sogno liberale[25].

A differenza dell'identità nobiliare dell'antico regime, l'identità culturale del secondo Ottocento ebbe una vasta diffusione tra una popolazione altamente alfabetizzata. Fu diffusa dalla stampa, dai manuali scolastici, dall'attività del clero. In particolare alcuni manualetti scolastici del primo Nocevento, largamente utilizzati nelle scuole elementari, disegnarono un'identità culturale diversa dalla *grande patrie* italiana, definirono le frontiere della *petite patrie,* le caratteristiche di colui che doveva essere, come affermava Réan nell'introduzione alle sue *Lectures valdôtaines*, il «valdôtain avant tout», ovvero colui che di fronte all'obiettivo primario di mantenere e di ravvivare la lingua e le tradizioni locali, non era più né prete, né laico,

[25] La «Ligue Valdôtaine», fondata nel settembre del 1909 da Anselme Réan, in occasione di una circolare ministeriale che invitava i sindaci ad abbandonare la lingua francese nella compilazione degli stati civili, riuscì a unificare la classe dirigente valdostana intorno all'obiettivo primario di salvare l'identità linguistica e culturale della valle. Di fronte all'ennesimo attacco al particolarismo linguistico, Réan costituiva un comitato che riuniva la quasi totalità della classe dirigente locale, un organismo «libre et indépendant» che sarebbe stato «l'écho fidèle du mouvement pour la langue française». Organizzazione di corsi serali di lingua francese, pubblicazione di un bollettino periodico, di un *Chansonnier Valdôtain* e di un *Numéro Unique*, firmato da grandi personalità della cultura italiana, fra le quali Benedetto Croce e Arturo Graf, e diretto a portare la questione linguistica al di fuori dei confini valdostani, petizioni al governo per la reintroduzione della lingua francese nelle scuole superiori, vigilanza sul rispetto dell'obbligo dell'insegnamento del francese all'interno dell'orario scolastico nelle scuole elementari, furono alcune delle principali attività della «Ligue» che sarebbe rimasta attiva fino al 1926.

né conservatore né democratico, ma soltanto valdostano. La lingua, la storia e la montagna costituivano lo specifico del valdostano: la valle d'Aosta era una terra «intramontana», abitata da un popolo di montanari fortemente legato alla terra e alle tradizioni, erede dei gloriosi Salassi, sempre fedele a casa Savoia, pronto a sacrificarsi per la *grande patrie*, ma fortemente attaccato alla *petite patrie* e alla sua lingua materna[26].

L'identità culturale incominciò a connotarsi politicamente nel primo dopoguerra con la richiesta di maggiore decentramente amministrativo, di una rappresentanza parlamentare della valle d'Aosta e perfino con l'elaborazione di proposte di riforma dello Stato italiano in senso federale. Proprio dall'interno della «Ligue», nei dibattiti della prima guerra mondiale intorno al principio dell'autodeterminazione dei popoli e nel convulso crogiuolo politico dell'Italia del primo dopoguerra, si sarebbe compiuto il passaggio della cultura particolaristica valdostana dall'ambito della rivendicazione culturale a quello dell'autonomia politica, dall'affermazione di un'identità linguistica e culturale, al principio della rappresentanza politica del popolo valdostano. Ma questo processo di politicizzazione delle rivendicazioni culturali fu interrotto dal fascismo. Sin dal 1924 buona parte della classe dirigente valdostana, compresa la *leadership* della «Ligue», aderì entusiasticamente al fascismo, pur continuando a coltivare la speranza che Mussolini rispettasse la lingua dei valdostani. Questa speranza

[26] Nel clima di confronto sempre più teso fra la scuola valdostana e la politica scolastica nazionale, il Consiglio comunale di Aosta bandì nel 1896 un concorso per un libro di lettura ad uso delle scuole primarie che insegnasse ai giovani la storia, la geografia, la cultura della valle d'Aosta. Per l'occasione vennero presentati tre libri, le *Lectures pour les écoles et les familles valdôtaines*, del segretario comunale di Aosta, storico e giornalista liberale, Sylvain Lucat, le *Lectures valdôtaines* di Anselme Réan, e il *Livre de lecture de l'enfant valdôtain* della «soeur de Saint-Joseph», Flamine Porté, primo di una fortunata serie di manuali, più noti con il titolo di *Chez Nous*, dove si insisteva in particolare sulle virtù religiose del popolo valdostano, sul suo attaccamento al villaggio, luogo natale che nessuno doveva abbandonare, attratto dal miraggio di un'improbabile fortuna in città (bisognava sempre rimanere valdostani, senza lasciarsi «entamer par le cosmopolitisme qui monte, par un faux esprit d'adaptation qui serait la mort du caractère et des traits particuliers de race»). Nella pagine sempre molte volte antologizzate del canonico Vuillermin, il tipico valdostano era il contadino-montanaro, dalla grande capacità di giudizio e dall'alto senso pratico. La sua lontananza dalla città gli dava «un cachet de timidité, d'hésitation, quelque fois même de défiance» che non gli andava tuttavia rimproverato, avendo egli troppe volte appreso a sue spese che era bene fidarsi, ma ancor meglio assicurarsi. In lui la timidezza si confondeva spesso con la dignità. Spirito riflessivo, il valdostano era calmo, riservato, prudente, esitava di fronte alle novità non per testardaggine, ma per prudenza; era essenzialmente conservatore ed eminentemente religioso; riconosceva come vere, belle e buone le tradizioni del suo paese e la sua fede in Dio. Cfr. M. CUAZ, *Alle frontiere dello Stato*, cit., pp. 139-153.

si rivelò ben presto illusoria, ma sorprende la massiccia adesione delle classi dirigenti valdostane al regime mussoliniano e la loro partecipazione al progetto di italianizzazione della valle. La storiografia locale, che ha rimosso le forme di consenso per concentrarsi su poche figure di oppositori, non ha ancora spiegato l'adesione di molti valdostani al progetto di integrazione della valle d'Aosta nella «civiltà italiana». Se si eccettuano i solitari percorsi di alcuni oppositori cattolici riuniti nella «Jeune Vallée d'Aoste», come Chanoux, Trèves, Bréan, sappiamo ancora poco della trasmissione dei valori dell'identità classica alla generazione della Resistenza e alla sua rinascita nel '44 in forme nuove e radicali come l'annessionismo alla Francia, un federalismo sul modello cantonale svizzero o il riconoscimento di una Regione con larga autonomia all'interno di un nuovo Stato repubblicano e decentrato[27].

3. *L'identità statutaria (1945- ...)*

Il particolarismo valdostano, rinato durante la Resistenza, fu sancito ufficialmente dalla Costituzione attraverso la creazione di una Regione Autonoma a Statuto Speciale, discusso e precario punto di equilibrio fra le spinte separatiste di una parte della cultura valdostana e i timori di disgregazione dello Stato presenti in molte forze politiche italiane. Dal febbraio del 1948 il particolarismo storico e linguistico divenne giustificazione ufficiale della diversità, elemento fondante di un sistema di larga autonomia politica, amministrativa e culturale. Alcuni movimenti politici ne fecero la loro bandiera, altri (magari non ufficialmente), la negarono. Fu oggetto, soprattutto a partire dagli anni settanta, di una specifica «politica culturale» della Regione diretta a «fare i valdostani», e sull'ortodossia identitaria si sono costruite le campagne elettorali e le carriere nell'amministrazione regionale. In particolare dopo l'approvazione, il 26 novembre 1981, della legge sulla Revisione dell'ordinamento finanziario della Regione valle d'Aosta, che assegna alla Regione i nove decimi delle entrate tributarie (oltre a diversi trasferimenti dallo Stato), la valle d'Aosta è diventata una delle regioni più ricche d'Italia, con a disposizione una grande ricchezza finanziaria che ha fatto gridare, da parti diverse, a un regime di privilegio economico piuttosto che a un modello di una futura

27 Cfr. F. SOAVE, *Fascismo, Resistenza, Regione*, in S. WOOLF (ed), *La Valle d'Aosta*, cit., pp. 679-742. Tra i lavori successivi al volume di S. WOOLF (ed), *La Valle d'Aosta*, cit., cfr. P. MOMIGLIANO LEVI (ed), *Emile Chanoux et le débat sur le fédéralisme*, Nizza 1997, R. LOUVIN, *La Valle d'Aosta. Genesi attualità e prospettive di un ordinamento autonomo*, Aosta 1997.

riorganizzazione federalista dello Stato italiano[28]. Mancano ancora studi analitici su questa terza fase dell'identità valdostana. Mi limiterò quindi a qualche osservazione. Innanzitutto, gli elementi tradizionali dell'identità (la lingua, la montagna, la storia) sono stati definiti ufficialmente proprio mentre incominciavano a perdere il loro peso reale.

Il bilinguismo è stato ufficialmente riconosciuto mentre il francese arretrava visibilmente nella pratica quotidiana, fin quasi a scomparire. Di qui l'utilizzazione dello Statuto per «rifrancesizzare» il territorio regionale, un progetto politico fatto proprio da alcune forze regionaliste, che non ha mancato di suscitare resistenze (da ultimo soprattutto nel mondo della scuola, in seguito al progetto di applicazione integrale degli articoli 39 e 40 dello Statuto sulla parità dell'insegnamento delle due lingue) e adesioni non del tutto disinteressate, soprattutto nei suoi aspetti di protezione del mercato del lavoro e di monetarizzazione della competenza linguistica (l'esame di francese è obbligatorio per l'accesso a qualunque pubblico impiego e un'indennità di francese è corrisposta a tutti i dipendenti pubblici).

La montagna è stata fatta oggetto di mitizzazione e di valorizzazione simbolica da parte di storici, linguisti, etnografi alla ricerca di una «civilisation alpestre» in cui collocare un'identità alpina, proprio mentre moriva l'economia agro-pastorale, mentre i campi di neve diventavano un parco-giochi, le baite venivano vendute ai turisti o alle imprese di costruzione, i montanari si trasformavano in albergatori e tra i pochi pastori rimasti crescevano i lavoratori.

Soprattutto negli anni cinquanta e sessanta, l'industrializzazione, l'immigrazione, il turismo, la terziarizzazione, i mass media hanno sconvolto quella società ottocentesca in cui l'identità classica era cresciuta. Oggi, circa la metà dei residenti in valle non è di origine valdostana e molti dei nuovi arrivati sono rimasti estranei agli elementi classici dell'identità: non hanno imparato il francese (più facilmente hanno imparato il *patois*), risiedono in città o nel fondo valle (o hanno trasformato in «città» alcune località turistiche che è difficile ancora considerare «alpine»), sono estranei alla mitologia della montagna e della storia «particolaristica».

[28] Secondo i dati del Censis, negli anni ottanta le disponibilità finanziarie complessive della Regione sono aumentate a un tasso reale medio annuo del 16,4%, contro un tasso di sviluppo regionale solo dell'1,8% annuo, un dato che indica un forte aumento del benessere senza sviluppo delle forze produttive locali. Cfr. M. LÉVÊQUE, *L'autonomia al bivio. La Valle d'Aosta fra ricchezza finanziaria e fragilità economica*, Roma 1992; dello stesso, *La Valle d'Aosta. Un modello di sviluppo economico «regionecentrico»*, in S. WOOLF (ed), *La Valle d'Aosta*, cit., pp. 847-901. Cfr. anche L. GILLO, *Ceto regionale e apparato burocratico dal 1946 al 1993*, *ibidem*, pp. 903-980.

A partire dagli anni settanta però, l'attenuazione dei fenomeni migratori, la profonda crisi dell'industria e delle grandi ideologie cosmopolite, la disaffezione verso lo Stato nazionale hanno rilanciato bisogni di appartenenza comunitaria, spingendo, anche in valle d'Aosta, verso un «revival etnico», un ritorno alle radici, alle piccole comunità, politicamente tradotti dalle forze regionaliste nella ricerca di assetti istituzionali federalisti o, più recentemente, indipendentisti. In questa nuova fase del particolarismo valdostano agli elementi classici della valdostanità si sono aggiunti (e talvolta contrapposti) il dialetto, il folklore, le tradizioni, i giochi, la vita materiale e si è fatto largo, soprattutto a partire dalle opere di Guy Héraud e della scuola del «federalismo integrale», quel concetto di «etnia» (un po' oscillante fra un'idea puramente «storico-culturale» di un patrimonio culturale ereditato e trasmesso e un'idea organicista di «discendenza», secondo cui valdostani si nasce e non si può diventare, rimanendo eternamente «ospiti») che ha goduto di una certa fortuna in alcuni ambienti politici e intellettuali della valle.

Oggi ci si interroga vivacemente se le definizioni classiche della valdostanità siano ancora una risorsa per la collettività. L'integrazione europea, la crisi e la riforma dello Stato italiano, il riemergere di etnonazionalismi stanno costringendo in questi anni anche i valdostani (come già durante le riforme di Vittorio Amedeo II, dopo l'unificazione italiana e la caduta del fascismo) a ridefinire la propria identità, a giustificare la propria particolarità. Ci si chiede quale identità valdostana serva di fronte a sfide nuove che si chiamano federalismo, immigrazione, secessione, integrazione europea. Se gli elementi classici dell'identità siano ancora sufficienti a giustificare una «specialità» della valle d'Aosta, oggi costretta a confrontarsi non più con uno stato «colonialista» e centralizzatore, ma con concreti progetti di trasformazione in senso federale dell'Italia, con altre regioni che chiedono più autonomia e maggiori risorse finanziarie. Se, accogliendo la valle d'Aosta una pluralità di culture, possa la valdostanità futura ancorarsi solo a elementi storico-culturali (o addirittura «etnici»), ignorando gli aspetti volontaristici dell'appartenenza a una collettività. Se la crisi dello Stato italiano, la perdita di fiducia verso le grandi ideologie cosmopolite, il vento dei «communitarians», se non quello degli «etnonazionalisti», debba necessariamente spingere verso «politiche identitarie» di chiusura o non possa anche portare a ripensare il ruolo che una piccola terra di frontiera può avere nella costruzione dell'Europa. Ci si chiede, in sostanza, quale sentimento identitario servirà alle nuove sfide del terzo millennio.

La Repubblica nello Stato. L'identità patrizia e il governo veneziano dei Domini 'da terra' e 'da mar'

di *Alfredo Viggiano*

I caratteri salienti della crisi dell'identità patrizia e il definitivo incrinarsi, nel corso del Settecento, del mito di una *societas* politica composta di uguali, sono stati posti recentemente al centro di un'attenzione storiografica che ha soprattutto privilegiato quello che potremmo definire l'angolo prospettico della capitale[1]. Il problema della tenuta e delle modulazioni tematiche attorno al repubblicanesimo veneziano può essere tuttavia indagato anche da un differente punto di vista. Gli spunti di ricerca che seguiranno vogliono considerare il quesito se la pluralità delle rappresentazioni ideologiche e la proposizione del dilemma attorno alla fedeltà della costituzione degli «Avi» – che campeggia al centro delle pagine dei trattatisti del cosidetto 'antimito'[2] – sia in qualche misura condizionata dalla crisi del sistema di governo e delle forme di mediazione tra capitale e domini «da terra e da mar»[3]. Si ha l'impressione che nel discorso critico avviato dai contemporanei e ripreso dalla critica più recente vi sia una continua ed inevitabile sovrapposizione di due modi di concepire l'aspetto statico e l'attuazione pratica dei valori repubblicani. Vi è il problema dello smarrirsi di un'identità patrizia, nel senso di un ceto che ha delle origini comuni, e i cui membri formalmente godono tutti di uguali diritti politici e di identiche opportunità di accesso alle cariche pubbliche, e vi è il problema della frammentazione di una mitica coerenza di pratiche amministrative, ritenute eque e dotate di una superiore saggezza, di fronte alla non

[1] Una rassegna della riflessione politologica interna al patriziato veneziano della capitale in P. DEL NEGRO, *Proposte illuminate e conservazione nel dibattito sulla teoria e prassi dello stato*, in G. ARNALDI - M. PASTORE STOCCHI (edd), *Storia della cultura veneta*, V, 2, Vicenza 1986, pp. 123-145.

[2] *Ibidem*, p. 128.

[3] Su alcuni aspetti della questione, per quello che concerne le province marittime, cfr. A. VIGGIANO, *Lo specchio della Repubblica. Venezia e il governo delle isole Ionie nel corso del Settecento*, Verona 1998.

risolta questione della tenuta e della legittimità dei diritti locali, dei sudditi, accanto a quello 'veneto', della Dominante[4].

Fin dagli esordi tre-quattrocenteschi dell'espansione territoriale, marittima e terrestre, veneziana si era proposta la questione della recezione o del rifiuto, del dialogo o della ripulsa degli *iura* dei sudditi[5]. L'oscillante e precaria definizione del problema aveva prodotto una definzione dei diritti di comando della classe politica veneziana nei termini di una dialettica tra integrazione e separatezza – non solo giuridica, ma anche economica e sociale – nei confronti delle patrie locali. Ambiente veneziano e ambiente veneto, costituivano i poli di una complessa dinamica che si manifestava nella politica matrimoniale delle famiglie nobili della capitale e di quelle eminenti delle città suddite, nelle forme della conduzione agraria, nei modelli architettonici, nelle reti complesse della socialità[6]. Ci soffermeremo dunque su alcuni aspetti che sembrano particolarmenente significativi di una riflessione interna allo stesso ceto patrizio a proposito dell'intreccio che lega costituzione repubblicana e riflessione sugli assetti e sulla natura del governo dei territori.

Paolo Boldù redige nel 1782, al termine del suo mandato di Provveditore generale in Dalmazia ed Albania, un'*Osservazione sopra li modi con cui li Viniziani avrebbero potuto rendere più fermo il loro possesso della Morea*[7]. In questo breve trattato Boldù condensa l'esperienza di oltre un ventennio di occupazione nei gradi di ufficiale della Marina veneziana tra la giurisdizione delle Ionie (Corfù, Zante, Cefalonia), la costa dalmatina e albanese, le Bocche di Cattaro, il Peloponneso. In quest'ambito maturava un contatto continuo con diverse etnie, religioni, ceppi linguistici: i greci, i turchi; ma anche con i vari rappresentanti ufficiali e non, diplomatici, mercanti e pirati, delle nuove potenze del Mediterraneo, quali l'Olanda, l'Inghilterra, la Russia[8]. Per Boldù il ritorno alle virtù degli Avi e quindi la rivitalizzazione

[4] Cfr. G. Cozzi, *Fortuna, o sfortuna, del diritto veneto nel Settecento*, in G. Cozzi (ed), *Repubblica di Venezia e Stati italiani: politica e giustizia dal secolo XVI al secolo XVIII*, Torino 1979.

[5] G. Cozzi, *La politica del diritto nella Repubblica di Venezia*, in G. Cozzi (ed), *Repubblica di Venezia*, cit., pp. 217-288.

[6] Il rimando d'obbligo è al saggio d'insieme di G. Cozzi, *Ambiente veneziano e ambiente veneto*, in G. Cozzi, *Ambiente veneziano, ambiente veneto. Saggi su politica, società, cultura nella Repubblica di Venezia in età moderna*, Venezia 1997, pp. 291-352.

[7] Biblioteca Querini Stampalia, di Venezia, ms cl. IV, cont. 193 (= 447). Per una contestualizzazione di quest'opera cfr. A. Viggiano, *Lo specchio della Repubblica*, cit., pp. 67 ss.

[8] Cfr. l'ampio quadro presentato da F. Venturi, *Settecento riformatore*, V, 2: *L'Italia dei lumi. La Repubblica di Venezia (1761-1797)*, Torino 1990.

del corpo patrizio deve passare attraverso un'analisi dell'esperienza della colonizzazione delle regioni marittime nel corso del Seicento e attraverso una riflessione sui motivi del suo fallimento. Una meditazione storiografica dal tono decisamente *naif* consente al Provveditore generale in Dalmazia e Albania di elaborare una teoria che potremmo definire del governo assente. La rilegittimazione dell'autorità veneziana non si concilia con le esigenze di accentramento amministrativo o di uniformazione delle pratiche giudiziarie, della riduzione delle molteplici fonti di diritto ancora vigenti all'interno dei territori sottoposti. Il controllo della complessità sociale, dell'articolazione cetuale e della coscienza politica dei gruppi egemoni delle città dello stato «da terra», ma anche la capacità di tenuta in vaste aree della Dalmazia, non rappresentano più la via per l'affermazione di un'efficiente sovranità. L'attenzione dei governanti deve spostarsi dalla cura di un governo che sostanzia e disperde la sua funzione in una miriade di atti amministrativi e giurisdizionali alla tutela delle popolazioni di confine. Si allude qui a quelle chiamate – in veste di collegate o di suddite – a presidiare i domini marittimi, così come a quelle diverse aree dello stato «da terra» che potevano rappresentare un antemurale di fronte agli Imperiali o agli altri stati italiani.

Si ripresenta così, tanto il paradigma quattrocentesco della Repubblica 'bene ordinata', che possiamo far risalire a Domenico Morosini, quanto quello che ad esso si sovrappone nella stesura di queste pagine che risale alla teorizzazione di Gasparo Contarini di uno stato composto da «città socie» e non suddite a corona di una capitale. L'evoluzione di una politica dei Principi di segno ben diverso proprio nel settore dell'organizzazione e del controllo territoriale che accompagna la vicenda di altre realtà statali italiane – Toscana lorenese, Piemonte sabaudo, Lombardia asburgica –, ma che anche nel sistema di potere della Serenissima lascia avvertire qualche flebile voce, segna qui un brusco e deciso arresto. I «nostri padri», a detta di Paolo Boldù, anticipando su più ridotta scala la politica dei confini del Turco (sottratto così allo stereotipo di un non ben identificato «dispotismo orientale») che ha costruito la sua fortuna sulla sua debolezza – l'impossibilità di controllare le «provincie semilibere» di Valacchia e Moldavia, Egitto, Tartaria e Barbaria, hanno assicurato prosperità alla Repubblica grazie alla capacità di graduare «vari gradi di privilegi e libertà» alle popolazioni della «Schiavonia veneta posta nelle vicinanze di Cividal di Friuli, della Pontebba, della Chiusa, della Carnia e del Cadore, dei Sette Comuni, delle Valli del Bresciano e del Bergamasco»[9].

[9] P. BOLDÙ, *Osservazione sopra li modi con cui li viniziani avrebbero potuto rendere più fermo il loro possesso della Morea*, 1782, § 13.

È a questo livello che la riflessione sulla natura del privilegio e delle autonomie e sui caratteri del vincolo di sudditanza può ancora costituire per il disegno di un governo non meramente virtuale. La narrazione dell'autore veneziano si nutre di due elementi solo apparentemente contraddittori: la ripulsa nei confronti della diversità (etnica, linguistica, religiosa) e la convinzione che la comunione di interessi economici e politici renda impossibile qualsivoglia forma di comando. Le identità collettive sono tutelabili solo all'interno di regioni limitate e di organizzazioni umane poco articolate. Le montagne e i mari separano, ma facilitano la conservazione dell'unica virtù politica che sola si rende possibile alla Repubblica di San Marco: la sicurezza, la salvaguardia del *limes*. A questo proposito appare significativo quanto Paolo Boldù sostiene intorno all'esperienza di governo veneziano delle isole Ionie:

«Nel dirigere come noi faremo le riflessioni nostre all'oggetto proposto e nell'usare il vocabolo di *Greci* per indicare la popolazione della Morea, noi intenderemo parlare sempre della di lei popolazione, escludendo sempre da essa quella delle isole di Corfù, Santa Maura, Cefalonia e Zante, i di cui abitanti sebbene abbiano i riti loro comuni con quelli del Regno, sono però nelle inclinazioni così differenti da quelli e da così lungo tempo, e per così antica elezione, per matrimoni, per abitazioni communi, e per altri legami connessi coi Veneziani che giustamente e indivisibilmente devono essere considerati come formanti con essi un medesimo corpo»[10].

Il coevo dibattito europeo sulla natura del repubblicanesimo, sulla natura della «piccola patria», sul problema del rapporto tra libertà al plurale e libertà al singolare, sul tema dell'indipendenza dei popoli si era nutrito della vicenda della rivolta della Corsica e della figura di Pasquale Paoli. Arcaismo ed utopia, curiosità etnografia e escogitazioni politologiche – partendo dalla vetta di Rousseau fino a coinvolgere una miriade di comprimari e di gazzettieri[11] – costituiscono i punti cardinali di una riflessione che si muove su diversi livelli, e che obbedisce a scopi diversificati. Si potrebbe rimandare a questo proposito alla episodica evocazione della vicenda corsa – indicativa per il pensatore ginevrino di un possibile tragitto dall'asservimento alla Repubblica genovese, verso l'indipendenza sancita da una costituzione democratico-ugualitaria[12] – e alle sue modalità

[10] *Ibidem*, § 9.

[11] Cfr. su questo tema M. INFELISE, *Professione reportista. Copisti e gazzettieri nella Venezia del Seicento*, in S. GASPARRI - G. LEVI - P. MORO (edd), *Venezia. Itinerari per la storia della città*, Bologna 1997, pp. 193-221.

[12] Per gli echi europei della questione corsa e per il mai edito *Projet de constitution pour la Corse*, il rimando d'obbligo è a F. VENTURI, *Settecento riformatore*, V, 1: *L'Italia dei Lumi (1764-1790). La rivoluzione di Corsica. Le grandi carestie degli anni sessanta. La Lombardia delle riforme*, Torino 1987, pp. 151-157.

di traduzione nella lingua moderata di Boldù. L'evocazione della sapienza di Paolo Sarpi funge da tutela contro qualsiasi interpretazione eversiva della ribellione di Pasquale Paoli, e serve per ricordare l'utilità di un rapporto tra capitale e colonie fondato sopra un modello tutorio e protettivo:

«e perché il celebre fra' Paolo vuole che il Principe della provincia greca non ritragga altro che il dominio utile senza pretendere di più, e perché oltre li piccioli e giornalieri disturbi si dee ancora fare in modo che un Regno così grande e lontano non si possa rendere come la Corsica, in grado di più non sentire il freno e la legge della Repubblica»[13].

È nella messa a fuoco del dilemma tra il rischio di perdere i domini territoriali a causa dell'introduzione di troppe 'mollezze' e la minaccia che può derivare a governanti deboli dal tenere il popolo 'in armi' (non mancano nelle pagine che stiamo scorrendo precise annotazioni di brani della machiavelliana Prima Deca di Tito Livio) che emerge la vocazione elitaria e patrizia di Boldù. L'evocazione di forme istituzionali arcaiche e periferiche si lega e si sovrappone, in un gioco costante di allusioni, alla lettura delle condizioni del patriziato della capitale. L'analisi dei piccoli repubblicanesimi mediterranei rispecchia l'immagine deformata della crisi di legittimità della Repubblica per eccellenza.

La perdita della Morea nel 1718, in seguito alla pace di Passarowitz, deve essere attribuita ad un fondamentale errore della politica del diritto della Repubblica: alla «nuova veneta legislazione, la quale, introducendo l'ordine, volea sottomettere alla istessa morale»[14]. Aver disarmato le popolazioni soggette e riempito di presidi e di fortezze il territorio peloponnesiaco ha infine favorito le scorrerie turche, tollerate da una popolazione che non comprendeva l'utilità delle «molle introdotte consuetudini», «i principi di pace, di arte e di coltivazione». La tradizione delle storie patrie presenta al contrario esempi perspicui, impiantati nelle origini oscure della conquista dello stato «da mar»: «in quale preciso tempo sia stata introdotta quella legislazione con cui attualmente si governano le popolazioni sparse sul litorale delle Bocche di Cattaro non saprei veramente accennarlo»[15]. È in quei litorali, dove nessun Principe è stato in grado di segnare forme di autorità efficaci e non intermittenti, che la «prudenza degli Antichi» ha saputo combinare «l'indole delle genti». Alle popolazioni di Perasto e Dobrota «di nostri maggiori» hanno lasciato «l'esercizio delle proprie leggi, religioni, costumi». L'ossessione per la difesa dei confini giustifica la

[13] P. Boldù, *Osservazione*, cit., § 9.

[14] *Ibidem*, § 7.

[15] *Ibidem*, § 11.

vocazione alla tutela dei privilegi, addirittura ne suggerisce e sancisce l'incremento:

«con infinita cura furono nudriti però quei piccoli branchi di uomini che sparsi su per le falde di alcuni monti formano il circondario del canale di Cattaro. Furono donati a tutte quelle popolazioni privilegi e titoli. Altre furono onorate col nome di fedelissima; ad altre si concesse come onore il diritto di difendere in guerra la Pub.ca insegna; ad altre si distribuirono piccole annuali summe di soldo, di sale, premiando poi le azioni illustri e valorose di ognuno di quei individui che di tempo in tempo si andarano segnalando».

Nella pubblicistica europea una fortuna di grado appena minore rispetto a quella conosciuta dalla colonia francese è goduta dalla regione peloponnesiaca della Maina. Tale fortuna è accompagnata da stereotipi che si ripresentano tradotti anche nelle pagine che stiamo leggendo. La potenza del Turco non riuscì mai a sottomettere la piccola regione: «il principio di conservarsi in libertà è il solo oggetto della legislazione e dei costumi di una popolazione povera in se stessa e montana, non potea e non dovea pensare ad estendere il suo dominio sopra le vicine pianure»[16]. La libertà «al di fuori» non avrebbe potuto conservarsi se la Maina fosse stata «schiava al di dentro»[17]. Il carattere che segna la differenza delle annotazioni che stiamo leggendo rispetto a tante trascrizioni automatiche di funzioni e qualità astratte è determinato dal tono di resoconto personale che le accompagna. La presenza, ribadita da queste carte, dell'ufficiale dell'armata Paolo Boldù tra 1758 e 1759 nelle acque antistanti la «piccola patria» peloponnesiaca consente di appuntare l'osservazione sulla natura dei contrasti fazionari locali, e sulla fluidità delle funzioni di comando. È il problema dell'autogoverno e del suo rapporto con i doveri dell'obbedienza e con la necessità della quiete pubblica che torna, continuamente variato, in queste pagine. La questione della Maina a metà Settecento è qui vista – con una non sempre perspicua sovrapposizione dei due piani – come occasione: a) per costruire un modello ideale e primitivo di un repubblicanesimo autarchico e neutrale, perfettamente capace di coesistere con i diversi sistemi di governo proposti dalla storia; b) per enucleare una elementare teoria del vincolo che potremmo definire di dipendenza tra una potenza esterna (in questo caso la Turchia) e la Maina.

Giacomo Nani, appena portato a termine il suo incarico di Podestà di Padova nel 1782, redige i *Principi d'una amministrazione ordinata e tranquilla*[18]. È alla assai più complessa configurazione dei rapporti istituziona-

[16] *Ibidem*, § 42.

[17] *Ibidem*, § 43.

[18] Biblioteca Civica Padova, CM. 125.

le che avvolge lo stato «da terra» che stiamo rivolgendo l'attenzione. L'impossibilità di stringere tanti poteri eteronomi distanti ed irriducibili con un patto di sudditanza più stretto non è solo determinata da poco definibili psicologie dei popoli. Anche la conformazione demografica ed insediativa del dominio «da terra» congiura nell'obbligare i governanti ad optare per una pratica di governo mediata e dolce. Lo stato 'fisico' del territorio finisce con il determinare la tipologia dei vincoli tra Principe e sudditi. La natura delle classi dirigenti è per buona parte plasmata dalla capacità delle capitale di imporsi sopra la rete dei poteri locali, ma è l'addensamento di questi ultimi a costituire l'elemento decisivo. La «forza attrattiva» dei Regni di Napoli e di Francia, simboleggiata dalla fortuna della Corte, è favorita, a detta di Nani, dal fatto che il loro spazio geofisico «si vedrà quasi tutto deserto, sebbene esso sia, quanto al rispettivo loro clima, felicissimo»[19]. La differenza strutturale con lo stato veneto è tutta qui:

«in essi Regni non si incontra, come tra noi, ogni due o tre miglia un villaggio; non si trova ogni otto o dieci miglia una piccola città; nè ogni venticinque una capitale. Ma abbandonata quasi intieramente si vede la campagna su cui solo qualche rara traccia si trova di quelle case rustiche, di quei palazzi dominicali che in tanta copia e in ogni angolo della campagna si trova tra noi».

Il policentrismo della realtà regionale sottoposta a Venezia costituisce il motivo principale per dimostrare la non contraddittorietà di una situazione in cui le ragioni dell'autorità effettiva e dei poteri di fatto sono distribuite all'interno del mondo dei «signori della Terra Ferma», mentre i detentori della sovranità si limitano a sanzionare gli equilibri che di volta in volta si costituscono nell'ambito dello stato da terra. La piena delega concessa alle *élites* delle città venete nella gestione delle cose politiche e economiche costitusce il principale motivo di legittimazione del patriziato. La fortuna di Venezia, suggerisce Nani, è quella di essere una capitale solo per finta. I sudditi dei Regni di Napoli e Francia accorrono nella capitale «vendendo, alienando, o ipotegando tutto o in parte i loro beni onde supplire alla quantità delle spese che occorrono per tali oggetti»: nessuno dei «signori della Terra Ferma si può lamentare di questo»[20].

L'asimmetria che in tal modo si è prodotta ha cristallizzato il sistema dei rapporti tra principe e governati: ogni tentativo di modificarlo tramite un incremento di poteri autoritativi sollecitato dal centro potrebbe provocare una crisi irreversibile. La crisi del modello politico veneziano nelle province di Terraferma e di Oltremare rende obbligatoria – sia nelle pagine di

[19] G. NANI, *Principi d'una amministrazione ordinata e tranquilla*, 1782, § 125, c. 94r.

[20] *Ibidem*, c. 95r.

Boldù che in quelle di Nani – la ridefinizione della figura e della funzione di chi avrebbe dovuto rappresentare la Repubblica presso le popolazioni soggette. Una lunga tradizione encomiastica e celebrativa aveva imposto alla figura del Rettore – Podestà, Capitano, Provveditore – i caratteri della saggia mediazione per eccellenza. Garante della continuità del flusso di informazioni che dai dominî dovevano pervenire nelle stanze dei consigli sovrani, il Rettore avrebbe dovuto sanare i molteplici conflitti che si aprivano tra le varie componenti istituzionali soggette alla sua giurisdizione: corpi territoriali, comunità rurali, feudi, città[21]. L'immagine ideale del Rettore trasmessa dalla cultura politica patrizia a partire dalla seconda metà del Cinquecento codificava e ipostatizzava virtù di governo sempre più rarefatte: la prudenza, la virtù, lo zelo, la religione. La committenza di cicli pittorici allusivi alla grandezza e al valore delle famiglie di provenienza dei rettori e la pubblicazione di encomi favorivano la costituzione di un patto sottinteso e mai reso esplicito nelle carte amministrative[22]. L'immagine di poteri paralleli eteronomi e mai collidenti che così veniva proposta sottintendeva complesse strategie di legittimazione, ma faticava ad esaurire la crescente complessità di articolazione e le tensioni che si dislocavano all'interno dello stato territoriale[23]. Tra tipizzazione retorica della figura e realtà operativa di una funzione si apriva una divaricazione che gli sviluppi sei e settecenteschi dell'impalcatura istituzionale e l'irrobustimento di legami di natura informale tra sudditi della Terraferma e nobili veneziani tenderanno ad approfondire ulteriormente. Nella seconda metà del XVIII secolo il rifiuto della carica – che nelle podesterie minori della parte territoriale e di quella marittima dello stato finirà coll'assumere dimensioni quasi epidemiche[24] –, il fatto che nello stesso torno di tempo anche le sedi più prestigiose fossero occupate da nobili di secondo piano o di famiglie solo di recente aggregate al patriziato[25], la neutra-

[21] G. SCARABELLO, *Nelle relazioni dei rettori veneti in Terraferma, aspetti di una loro attività di mediazione tra governati delle città sudditi e governo della capitale*, in *Venezia e la Terraferma attraverso le relazioni dei rettori*, Milano 1981, pp. 485-491.

[22] Un argomento da studiare. Sono da vedere a questo proposito alcune indicazioni di G. COZZI - L. COZZI, *Da Mula, Agostino*, in *Dizionario Biografico degli Italiani*, Roma 1986, XXXII, pp. 376-381.

[23] Per gli aspetti di natura giurisdizionale cfr. C. POVOLO, *L'intrigo dell'onore. Poteri e istituzioni nella Repubblica di Venezia tra Cinque e Seicento*, Verona 1997.

[24] Cfr. L. MEGNA, *Riflessi pubblici della crisi del patriziato veneziano nel XVIII secolo: il problema delle elezioni ai reggimenti*, in G. COZZI (ed), *Stato, società e giustizia nella Repubblica veneta*, II, Roma 1985.

[25] Cfr. R. SABBADINI, *L'acquisto della tradizione. Tradizione aristocratica e nuova nobiltà a Venezia*, Udine 1995.

lizzazione delle intenzioni di rettori maggiormente inclini a concepire la loro carica in modo più risoluto, finivano col rendere evanescente la funzione del rappresentante della Serenissima.

Per Boldù e Nani il recupero di una capacità di legittimazione che doveva essere garantita dal rettore passa per il rifiuto della complessa mappa delle *potestates* disseminate nei Domini: il recupero della tradizione del modello contariniano è segnata dalla nostalgia per un'età in cui il patto politico era segnato da una regola tanto elementare quanto efficace. L'autore dell'*Osservazione* rimarca come l'ideale giusto mezzo tra Barbarie e Polizia sia rappresentato dai «costumi della nostra Italia» dei «passati tempi». Qui i principi territoriali concedevano alle città assoggettate l'«apparente governo di sé stesse»: il dialogo tra detentori dell'autorità e «socii» si svolgeva «con il consiglio e con la volontà di pochi, i quali doveano per necessità divenirne li padroni»[26]. Il perfetto stato di mezzo tra la società hobbesiana e il dispotismo degli stati moderni è anacronisticamente identificato da Boldù con la coeva costituzione politica di Zante, di Cefalonia e della Schiavonia. Lo «stato intermedio» vagheggiato dai due autori non sembra essere ravvisabile nelle nerbature della società cetuale-rappresentativa, quanto piuttosto si riallaccia ad uno schema che risale alle origini dello stato territoriale, a quei *pacta* di dedizione, stipulati tra città egemone e patriziati urbani locali, grazie ai quali si erano definiti i settori di intervento propri dei governanti e i margini di autonomia concessi ai sudditi. L'emersione di nuovi soggetti politici tra metà Cinquecento e metà Settecento era messa in tal modo tra parentesi. All'interno di questo quadro si pone il problema di come salvaguardare l'autorità del rettore dalle tempeste della storia.

Di fronte all'acuirsi di un sentimento antiveneziano, diffuso sia nello stato «da terra», che nello stato «da mar» (basti pensare alla profonda attrazione sulle popolazioni grecofone, sia su quelle sottoposte al Turco, che su quelle soggette a Venezia, provocata dal mito della Moscovia e dalle speranze presso le stesse di una nuova unità etnica e religiosa)[27] la funzione anestetica, tenacemente incollata alla costruzione dell'immagine del buon amministratore che abbiamo evocato per sommi capi, di chi era chiamato a governare le podesterie 'di fuori' doveva cambiare di segno, conservando tuttavia, attraverso un'accorta operazione di traduzione semantica, il legame con le 'origini'.

[26] P. Boldù, *Osservazione*, cit., § 25.

[27] Su questo aspetto cfr. F. Venturi, *Settecento riformatore*, cit., V, 2, pp. 45-60.

L'elogio della 'mediocrità' dei Padri, antropologico ancora prima che politico, obbedisce ad una duplice necessità: offrire uno spazio di azione purificato dalle ambizioni e dalle pratiche corrive che avevano contaminato l'attività di troppi rettori, e quindi riattivare l'immagine virtuosa del servizio nello stato territoriale presso un'affollata sezione del patriziato, sospesa pericolosamente sul limite della disoccupazione o inclinata alla sedizione; favorire la riscrittura di un patto di governo con le *élites* locali capace di sanare la carenza di legittimità che dalla figura dei suoi rappresentanti in loco raggiungeva il cuore della Repubblica. La minuziosa microanalisi cui Nani sottopone la funzione del rettore nei *Principi d'una amministrazione ordinata e tranquilla*, a termine del mandato di podestà e vicecapitano di Padova, è giocata sul continuo sovrapporsi di evocazione storiografica, deformazione strumentale, volontarie reticenze. Analogamente a quanto aveva denunciato Boldù per le isole Ionie, le *mésalliances* economiche e familiari tra Veneziani e locali costituiscono una delle cause prime del «vuoto di vera potenza» che ha indebolito «il Principato»[28]. È la natura di questi legami che ha resa obsoleta la forza legittimante che avevano i simboli del potere: indicativa di ciò è, a detta di Giacomo Nani, la quasi scomparsa dei cerimoniali «con cui li rappresentanti sostenevano sé stessi nell'esercizio della loro reggenza». Le città del dominio conoscono ormai troppo bene «le infermità» di Venezia, riescono a manipolare facilmente «i bisogni aristocratici a cui sono stati eccitati di riparare». Lo smarrimento del «pregio» del patriziato veneziano «appresso tutta la nobiltà della Terra Ferma» deve essere addebitato alla proliferazione delle «tante autorità che vi si frammischiano». Autorità che coprono ormai l'intera gamma dell'organizzazione istituzionale.

Le strategie matrimoniali esercitate dalle classi politiche del dominio nei confronti dei componenti della nobiltà della capitale, nel periodo del tardo Settecento in cui Nani redige le sue osservazioni, seguono una logica specularmente opposta rispetto all'esperienza delle generazioni passate, che percepiva nell'ottenimento della qualifica patrizia il massimo raggiungimento: ora invece «nessuno della Terra Ferma ambisce più quel titolo», nessuno aspira a sposare una «Nobil Donna» della Dominante. L'asimmetria sancita dalla politica matrimoniale dei tempi aurei, per cui la nobiltà di terraferma si rendeva disponibile ad un sacrificio finanziario pur di mescolare il suo sangue con quello dei 'Signori' della capitale (risolvendo in realtà, ma di quest'aspetto della questione Nani preferisce sorvolare, problemi non indifferenti di liquidità e di indebitamento di

[28] G. NANI, *Principi*, cit., art. 113, cc. 86r-v.

famiglie patrizie) ora si presentava completamente rovesciata. L'onore dei *cives* della Terraferma faceva aggio su quello dei veneziani. Nelle rare occasioni in cui i primi si dimostrano interessati a coniugarsi con nobildonne della città marciana «non le ricevono più come nel passato secolo», finendo con l'accettarle «nude e con contradote», così come era successo, conclude Nani attingendo al cospicuo repertorio di memorie familiari, ad una sua zia «passata nella Casa Conti di Padova». Anche un nobile del prestigio di Francesco Sagredo che aveva occupato le cariche di Provveditore generale in Dalmazia e Albania e nelle Isole del Levante, per collocare in matrimonio sua figlia con un altro nobile patavino, «il marchese Buzzacarini», si era visto costretto a versare «molti denari»[29].

Analogo rovesciamento della morfologia del prestigio coinvolge anche i rapporti tra il rettore veneziano e i componenti della ridotta burocrazia direttamente soggetta ai suoi ordini. Il rafforzamento della rete degli ufficiali e l'utilizzo del loro sapere tecnico non possono costituire uno strumento di legittimazione dell'autorità, e non devono essere intesi e gestiti come i mezzi più efficaci per attingere il fine del buon governo. Nell'articolo 110 del suo trattato, argomentando sui «ministri cancellieri» della corte pretoria e sulle «qualità» che dovevano promuovere la loro elezione, Nani, attraverso l'artificio retorico dell'encomio del giusto mezzo, afferma la pericolosità, all'interno della cornice istituzionale dello stato veneto, di abilità specifiche e di organizzazioni corporate di tecnici.

> «Rarissimi in Terra Ferma essendo li casi dove un uomo di vaglia sia necessario, sarà meglio che essi siano *mediocri*, ma inclinati al bene, perché essendo tali non avranno la vanità di mostrar di essere o li dispositori o importanti nell'amministrazione, concetto che molti di essi tentano di spargere, per un principio di ambizione quanto d'interesse»[30].

Solo adottando il criterio di preferenza suggerito si eviterà di far nascere quelle deleterie «connessioni», quei «legami» tra gli stessi ministri che «a Roma si chiama il cordone col quale ad essi riesce di rendere il Papa ligio alla volontà di quel tale ministero». Il repubblicanesimo teorizzato in queste pagine non può colloquiare con la tecnica del burocrate. Quando cerca di descriverne l'attività, Nani non può che pescare dal bagaglio degli stereotipi le qualità più deprecabili della curia papale: «l'onore della gloria, la cabala, il raggiro». Tra i tradimenti dell'eredità degli Avi perpetrati nella seconda metà del Settecento va dunque conteggiata anche l'emancipazione di un ceto che in precedenza non aveva immaginato di sottrarsi alle cure paterne dei rappresentanti veneziani. Lo stanno a dimostrare le

[29] *Ibidem*, c. 86v.

[30] *Ibidem*, cc. 94r-v.

biografie istituzionali di Francesco Egidi, Gio. Batta Coccio, Michel Angelo Barbini

«persone tutte d'un genio superiore, padroni e non servi dell'ordine, e atti a far quelle fortune che li precedenti, sebbene adorni d'una grandissima fama e di probità non si avrebbero potuto procurare giammai».

Significativamente l'offuscamento delle facoltà discrezionali ed equitative del rettore, che ha favorito il nuovo protagonismo dei cancellieri è comparato, anche nella riprovazione moralistica, alla deleteria proliferazione dei segni della crescita di un nuovo ceto economico nelle campagne:

«quando le fabbriche di Fattoria sono di maggior apparenza del Palazzo Dominicale, invece di essere di onore a questo lo oscuraranno e anzi terranno luogo del principale».

Lo *jus dicere* del «pubblico rappresentante» si esaurisce in una vaga capacità di tenere a freno le passioni e i risentimenti sociali, in un'opera di attento bilanciamento delle forze[31]. Non la conoscenza delle leggi, delle regole dell'amministrazione e della procedura civile e penale, ma la prudenza e l'intuizione saranno le qualità più adatte a sorreggere la mano del rettore:

«coll'uso di quelle maniere che a suo luogo si renderanno più detagliate, egli diminuirà nei Potenti il peso loro eccedente sopra li minori del Popolo, con queste arriverà a tener tutti nei respettivi cancelli».

Per questo dovrà limitarsi a «giudicare le differenze», determinando «tra le due parti contendenti quale di esse abbia ragione»[32]. L'officio del giudice è pertanto incompatibile con quello del legislatore: il rettore uscirà «dai doveri e dalla natura» delle sue ispezioni, qualora si arrogherà di «correggere qualche cosa *ex offitio* e senza istanza di parte». L'attività del giusdicente veneziano, per vantare qualche possibilità di successo, dovrà mimetizzarsi nelle pieghe di una società litigiosa. Riuscirà nel suo intento se saprà usare la «morbidezza» propria dei pittori. La questione centrale della politica giudiziaria della Repubblica, vale a dire la frizione tra diritto della Dominante e diritti locali, la controversa vicenda della fortuna e della sfortuna dello *jus* veneziano e della sua recezione presso le popolazioni soggette[33], che non poteva non ripresentarsi continuamente all'attenzione dei rettori, viene solo allusivamente sfiorata dal ragionamento di

[31] Emerge a tale proposito una configurazione costituzionale dello stato veneto che lo fa assomigliare per qualche verso a quello descritto da L. MANNORI, *Il sovrano tutore. Pluralismo istituzionale e accentramento amministrativo nel Principato dei Medici (secc. XVI-XVIII)*, Milano 1994.

[32] G. NANI, *Principi*, cit., art. 117, c. 88v.

[33] G. COZZI, *La politica del diritto*, cit.

Nani. Quando presiederà la Camera d'Udienza il rappresentante veneziano dovrà attenersi ai versi di Claudiano: «peragit tranquilla potestas / quod violenta nequit, mandataque fortius urget / imperiosa quies»[34].

Il rinvio ad arbitri delegati della soluzione di controversie in cui si mescolano «diritti parziali, che facilmente sono ignorati dal giudice», si allontana non solo dalla legislazione di altre realtà statali della Penisola che tendeva ad imbrigliare e ad istituzionalizzare una prassi troppo favorevole alla tutela delle prerogative dei *collegia iuristarum* delle città soggette[35], ma anche da quei tentativi quattro e cinquecenteschi miranti a sostituire la procedura prevista – in tema di composizione arbitrale delle liti – dalle fonti statutarie locali con quella sancita dalle leggi veneziane[36]. Irriformabile risulta anche l'«estremo abuso» realizzato dai corpi della Terraferma, con la tolleranza delle istituzioni centrali veneziane, delle procedure d'appello. Queste non servono più per garantire le popolazioni del Dominio dalla «inscienza, seduzione e corruzione dei pubblici rappresentanti»[37], e quindi per allargare, attraverso la pratica di una gustizia equa ed inesorabile e la tutela dei diritti dei governati, la leggittimità del potere della Repubblica. L'appello, in questa peculiare congiuntura epocale, secondo l'opinione di Nani, non può comunque apportare gravi conseguenze «perché lascia ogni cosa nello stato in cui si trova». Nell'anestesia di tutte le funzioni di governo proposta da Nani quale antidoto alla crisi, il non accoglimento delle comprensibili proteste, che campeggiano in tanti dispacci di quegli anni inviati dai rettori al Senato o al Consiglio dei Dieci, contro l'uso estensivo di una procedura che finisce coll'immiserire la funzione del rappresentante veneziano nello stato («... sebbene poi si tocchi con mano che col mezzo loro resta interdetta e sospesa qualunque buona intenzione») è un prezzo da pagare. Per analoghe motivazioni «devono essere ancora delicatamente maneggiati e mai violati li diritti veri e di consuetudine delle giurisdizioni e dei feudi»[38]. Qui «la giustizia criminale non può liberamente esercitare il suo corso». I fattori e gli agenti delle giurisdizioni separate offrono frequenti ricoveri «ai malviventi, agli oziosi, ai contrabbandieri, li quali con piccoli doni e cortesie allacciano l'animo

[34] G. NANI, *Principi*, cit., art. 128, c. 97r.

[35] Cfr. L. MARTONE, *«Arbiter/Arbitrator». Forme di giustizia privata nell'età del diritto comune*, Napoli 1984.

[36] Per alcuni aspetti cfr. A. VIGGIANO, *Governanti e governati. Legittimità del potere ed esercizio dell'autorità sovrana nello Stato veneto della prima età moderna*, Treviso 1993.

[37] G. NANI, *Principi*, cit., art. 127, c. 96r.

[38] *Ibidem*, art. 128, c. 96r.

dei loro protettori», tanto che questi ultimi finiscono con il sostenere «le proprie immunità e diritti con sommo rigore e al di là del ragionevole». Ogni politica di «forza» risulterebbe sconsiderata: anche in questo caso l'arte estenuata della mediazione costituisce l'unica arma rimasta al «rappresentante pubblico»: «non può che far uso delle maniere» se vorrà mitigare l'abuso dimostrato.

La ricerca di un'estrema semplificazione del quadro costituzionale, il risalire, in modo allusivo o indiretto, ad una saggezza degli antichi decisamente inventata, rappresenta l'utopistica e conservatrice ricerca di un fondamento legittimo del potere, di fronte al moltiplicarsi di legami informali e di «amicizia», che proprio la pluralità del quadro istituzionale repubblicano ha reso possibile. Le pagine di Nani, anche quelle più deboli e moralistiche, denunciano il paradosso di un'identità repubblicana che dovrebbe fondarsi sul riconoscimento da parte dei corpi costituiti della Terraferma della giustezza e della legalità del suo governo, ma che nel suo essere 'repubblicana' e cioè di sua natura pluricentrica (anche al di là della barocca moltiplicazione delle istituzioni: tanti principi quanti sono i membri del patriziato) e funzionalisticamente aperta ad accogliere il contagio delle culture e delle ragioni dei sudditi, ha finito coll'incrinare gli stessi fondamenti di legittimità del patriziato. E ha conferito piuttosto potere, prestigio, e insieme una vocazione autonimistica a diversi soggetti – corpi territoriali, burocrazie periferiche, unioni consortili – la cui costituzione era stata promossa dalla nascita dello stato territoriale. Identità repubblicana e identità patrizia – esattamente di fronte al problema del governo della complessità crescente dello stato – non collimano più. La pluralità di modi di concepire l'intervento, non teorizzata ma che emerge dall'esame della pratica quotidiana del potere, non trova, a differenza del passato, momenti ulteriori di mediazione

«non si può tentare di correggere alcun singolare ... senza mettere in movimento i di lui protettori, la riunione de' quali non può certamente che indebolire l'attività di qualunque rappresentante»[39].

È l'amministrazione di importanti risorse economiche e finanziarie che in tal modo viene sottratta alla volontà di controllo (mai comunque a intenzioni di gestione diretta) della Repubblica. Una ricca casistica – derivata in parte da Nani, da una sua diretta esperienza delle cose – comprova l'assunto. Il cancelliere del Corpo territoriale patavino ha trovato modo di scampare l'accusa di un intacco di 100.000 lire alla cassa dell'istituzione da lui rappresentata grazie a «favori che non si poteano nè credere nè

[39] *Ibidem*, art. 121, c. 91r.

immaginare, onde esentarsi da ogni criminalità»[40]. Il principio che «non paga che chi vuol pagare» è estensibile anche alla provincia veronese: qui «l'affar della dissecazione delle paludi ... è già posto intieramente in silenzio per la resistenza legale e secreta che alcuni pochi presentano al ben generale dell'affare». Infine la sistemazione e l'attivazione di nuovi consorzi di bonifica nel Polesine di Rovigo «non viene desiderata perché non conosciuta. Nessuno tenta di semplificare la riscossione delle tasse e dei Pub.ci aggravi o di diminiur la quantità del ministero o di restringere il corso delle procedure forensi» [41].

Anche il fallimento dei tentativi di ispezione dei sindaci inquisitori – la cui rinnovata funzione era stata interpretata, negli anni Quaranta del secolo, da Marco Foscarini, riguardo alla provincia di Dalmazia, come possibile strumento di rinnovamento di virtù civiche scomparse[42] – dimostrava l'assioma dell'inutilità di ogni intenzione autoritativa, che coinvolge sia i rappresentanti ordinari che quelli straordinari:

«inutilmente li sindici inquisitori tentarono di regolare queste e molte altre cose al pubblico e privato vantaggio: la unica opposizione di uno solo fece sempre abortire ogni vantaggioso progetto. Verità che prova con evidenza li Rappresentanti ordinari non possono nè devono tentar alcuna regolazione, poiché essa fece fare naufragio anche a chi era fornito di maggiore autorità e ispezioni»[43].

La discrasia che la crisi tardosettecentesca ha reso evidente tra identità patrizia e identità repubblicana, tra governo del *stado* e tutela di una cultura politica comune all'interno del ceto patrizio costituito formalmente da uguali, segue le fenditure aperte all'interno di quest'ultimo di natura sociale, economica e antropologica e denunciate da un filone di letteratura critica, cui aveva partecipato lo stesso Nani[44]. L'agnizione di fratture che hanno segnato la classe dirigente della Repubblica non può esaurirsi in una disamina autoreferenziale: la formazione all'interno di essa di nuclei isolati e autonomi, incapaci di stabilire gli uni con gli altri forme di comunicazione politica, non può non trasmettere onde lunghe fino alle aree più distanti e periferiche del dominio[45]. La scomparsa di un patriziato di

[40] *Ibidem.*

[41] *Ibidem.*

[42] Cfr. M. FOSCARINI, *Degli Inquisitori da spedirsi in Dalmazia. Orazione di Marco Foscarini*, Venezia 1747.

[43] G. NANI, *Principi*, cit., art. 121, c. 91v.

[44] Cfr. P. DEL NEGRO, *Proposte illuminate*, cit.

[45] Per quanto riguarda lo stato «da mar» rinvio ad A. VIGGIANO, *Lo specchio della Repubblica*, cit.

medie fortune, quello che, nella ricostruzione naniana, rappresentava l'ultimo ricettacolo delle virtù del buon governo, ha lasciato ai contrastanti appetiti degli ottimati e dei patrizi poveri il governo delle città maggiori e minori del dominio. «Il lusso dei Reggimenti» e la corruzione amministrativa, l'ambizione dei ricchi e l'impotenza dei poveri hanno prodotto il tramonto dell'«amor patrio». «La vanità e la pompa» che i primi non si stancano di illustrare è solo il minore dei mali: «ordinariamente sono sciocchi, alcuna volta ebri dei loro cognomi e della loro grandezza, immersi alcun'altra volta nelle dissolutezze e nel vino e quasi tutti ignoranti»[46].

I lemmi e le attribuzioni istituzionali con cui in altre congiunture si era declinato il verbo della sovranità appaiono, collocate in una cornice analitica volutamente rarefatta e metastorica, come i simboli di una pratica della separatezza e dell'estinzione del comando: «... rispetto alle città d'Italia il Rappresentante non dovrà considerarsi che come il Doge e l'Avogador in Venezia. Come il Doge dovrà rappresentare la sovranità e come l'Avogador dovrà impedire le violenze»[47]. Una sovranità sempre più esteriore e una capacità di pacificazione che deve sempre ricordare di rispettare le asimmetrie e le differenze interne ai sistemi politici locali. Nelle cause sommarie, «il giudice può accorrere alla difesa di chiunque, ma egli non può spingere la difesa dell'uno a offesa di qualche altro se prima le cose non gli risultano in modo chiaro e proprio»[48]. «Molta avvertenza» e considerazione alla qualità delle persone, il rettore deve dimostrare anche al momento di emanare un mandato di cattura in seguito al recepimento di una denuncia. Con soggetti del «basso popolo si potrà più facilmente sorpassare quanto all'ordine, ma con quei d'una condizione un poco civile ed onorata convien esser molto delicati ed attenti»[49].

Consideriamo infine un ultimo aspetto della riflessione intorno al repubblicanesimo che sortisce dall'attenzione rivolta alla ragione dei conflitti tra i sudditi e alla capacità regolativa della Repubblica. Piero Franceschi, burocrate di primo piano della Venezia tardo-settecentesca, occupa, tra 1787 e 1797, la carica di consultore *in iure* della Repubblica[50]. In tale

[46] G. NANI, *Principi*, cit., art. 126, c. 95r.

[47] *Ibidem*, art. 113, c. 86r.

[48] *Ibidem*, art. 132, c. 99r.

[49] *Ibidem*.

[50] Sul ruolo e la fortuna dei consultori *in iure* nel corso dell'età moderna, cfr. A. BARZAZI, *I «Consultori in iure»*, in G. ARNALDI - M. PASTORE STOCCHI (edd), *Storia*, cit., pp. 127-145.

veste avrà modo di considerare le profonde fratture che attraversano il corpo dei governati. Diverse magistrature rimandano a Franceschi la soluzione di controversie che vanno dall'attribuzione di benefici ecclesiastici di diversa entità alla legislazione sulle feste popolari; dal potere di punire dei giusdicenti feudali alle prerogative delle confraternite laicali; dalla censura ai casi di divorzio e dalle richieste di divisione che sortiscono da diverse comunità rurali nel corso del secondo Settecento alla definizione degli *iura* della Chiesa greco-ortodossa.

Nella Venezia di fine secolo non solo il pesante ricorso alla tradizione normativa e giurisprudenziale ereditata dalla saggezza degli Avi, ma neppure il tentativo di renderla in qualche modo più aggiornata o per lo meno raffrontabile con la pratica e la teoria della sovranità realizzate in altri paesi europei consentono di inquadrare in una precisa tassonomia la molteplicità delle lingue e degli *iura* delle popolazioni soggette. Il mondo ionio, più arretrato e meno inquadrato in rigide definizioni gerarchiche di status e preminenza rispetto a quello della Terraferma, e la peculiare conformazione giuridica e istituzionale delle comunità minori dello stato «da terra», rappresentano anche nei consulti di Franceschi i termini privilegiati di riflessione. L'equilibrio dei 'padri' depositato in un'aurea legislazione – e quindi il massiccio ricorso alla storia e alla tradizione patrie – diviene lo strumento privilegiato di legittimazione di un'autorità che pretende di ordinare il caos dell'età presente. L'ossessione di un radicamento che vuol risalire con acribia all'origine di settori normativi intesi a regolare i più diversi settori della vita associata. Se si fossero osservate lettere ducali risalenti al 1551 riguardanti la politica da seguire nei confronti dell'intervento di vescovi di «alieno stato» nei territori della Repubblica, in seguito più volte ribadite nel 1663 e 1666, così afferma Franceschi nel corso di un consulto redatto nel 1787[51], si sarebbero evitati gli scompensi resi evidenti dall'attività del vescovo di Caristo, nell'isola di Negroponte, che indebitamente a Corfù sta «esercitando speciali funzioni et il vescovil ministero nel conferire gli ordini», favorendo così deprecati passaggi di 'latini' al «greco rito».

Risulta di primaria importanza tracciare percorsi coerenti, mostrare la fermezza di alcuni principi, che, appena modulati nel loro contenuto, consentono di governare l'imprevedibilità degli accadimenti. La categoria della discontinuità non appartiene alla storia della Repubblica. L'abilità ermeneutica del burocrate radica la sua presenza all'interno dell'ordinamento veneziano. Se l'invenzione della frugalità e della «modestia», quali

[51] ASV, *Consultori in iure*, b. 283, 28 giugno 1787.

capacità necessarie all'esercizio del buon governo, servono, in diverse congiunture e per differenti scopi di legittimazione politica, a patrizi come Giacomo Nani, Paolo Boldù e Marco Foscarini, la negazione delle cesure e delle contraddizioni interne alla classe dirigente è lo strumento costitutivo della fortuna del *civis* e dell'ufficiale a servizio dello stato. Qualsiasi caso particolare può essere sussunto all'interno di prescrizioni generali. A leggi senatorie emanate nel 1412, precisate nel 1451, riprese nel periodo della contesa dell'Interdetto, infine ampliate e rivedute all'interno della politica giurisdizionalistica della repubblica, nel 1767 e 1775, ricorre Piero Franceschi per risolvere uno dei tanti litigi che dividevano la curia arcivescovile latina di Corfù, intorno alla gestione di due cospicui benefici goduti con il «titolo di livello perpetuo» da uno dei canonici della stessa[52]. Il *corpus* normativo che il tempo ha irrobustito prevede una «prescrizione di quarant'anni, passati con pacifico possesso di uniforme pensione senza reclamo alcuno» per poter godere definitivamente i frutti ambiti. Anche il tono di apparente generalità che le leggi sembrano suggerire, inserite in questo contesto, assai più che affermare una volontà di intervento diretto, vuole rimandare alla centralità delle mediazione veneziana.

L'utilizzo della legislazione tramandata segue l'accurata percezione delle diverse forze che entrano in una precisa contesa, e la capacità di soppesare con acutezza il peso degli interessi dei vari corpi locali. Indicativa a questo proposito, in quanto investe una questione insieme politica e sacrale di primaria importanza, è la vicenda della frizione tra il capitolo della cattedrale di Macarsca, in Dalmazia, e i presidenti del locale Collegio di sanità[53]. Questi ultimi avevano accusato il canonico Giuseppe Paolovich Luchic e l'intero corpo capitolare di aver turbato le «peculiari inspezioni» del loro ufficio. Quest'ultimo si era opposto a dar seguito ad alcune sepolture nella chiesa principale «in situazioni contigue ad altri sepolcri dove recentemente erano stati sepolti cadaveri con molesta e fetida esalazione». Franceschi, intervenendo nella questione in seguito ad un mandato del Consiglio dei dieci, sollecitato dal Capitolo, ricordava come il magistrato alla sanità di Venezia fosse intervenuto lodando l'iniziativa del locale collegio, ma aveva lasciata sospesa la soluzione della vicenda. «Parti» risalenti al 1468 e al 1628, prosegue il consultore, avevano affermato la piena potestà del Principe, e specificamente del Consiglio dei dieci, nell'intervenire in materia. La funzione dei provveditori alla sanità di Macarsca non deve essere pensata come manifestazione di attività

[52] ASV, *Consultori in iure*, b. 293, 15 dicembre 1796.

[53] ASV, *Consultori in iure*, b. 288, 3 giugno 1793.

autoritativa da parte di un corpo particolare privilegiato, bensì come pratica propria di «un collegio ed uffizio pubblico che esercita le sue importanti funzioni in nome e comando del principe dal quale soltanto dipende ed al quale solo e non ad altri è responsabile di sua condotta». Se il memoriale redatto dal Capitolo venisse accettato «si instituirebbe la novità che li corpi venissero a scritti di riprensione fra loro, poiché gradatamente andrebbero a terminare in fazioni». Il Consiglio dei dieci valuterà – conclude la sua disamina Franceschi – l'opportunità di «introdurre il ricordo di Maestro Paolo col precettare l'immediata sua (del memoriale) abluzione da ogni registro o filza sicché non ne resti vestigio alcuno né per li viventi né per la loro posterità». La teoria, forzata, di una diretta filiazione di uffici locali dalla costola diretta del potere centrale, a causa di una generica assonanza lessicale/nominativa (istituzioni delegate alla sanità) serve per disconoscere una facoltà rivendicata da autorità settoriali che potremmo definire di autolegittimazione, di attribuzione di specifiche facoltà di comando.

Il ricorso al verbo di Paolo Sarpi può così rappresentare per la classe dirigente veneziana uno strumento che, dietro la severità definitiva del provvedimento, consente di modulare un atteggiamento pragmatico nei confronti di una realtà che i consulti di Franceschi registrano con estrema precisione, quale la costituzione di corpi particolari, nello stato «da terra» e in quello «da mar», che si dotano di statuti, che si inseriscono in nuovi ambiti istituzionali e che si dotano di peculiari di linguaggi politici. Indicativa a questo proposito la soluzione che viene proposta per una serie di questioni che manifestano il problema del diritto di cittadinanza dei sudditi. Il tema della rivendicazione di un'identità civica che nasce sul terreno di una densa conflittualità rinvia il corpo patrizio ad interrogarsi sulla natura della costituzione repubblicana, a chiederso fino a che punto è possibile l'integrazione in essa di *iura* e rivendicazioni particolari. Il gravame della tradizione consente la lucidità dello sguardo, ma impedisce soluzioni politiche realmente capaci di enucleare nuovi equilibri.

Alcuni abitanti dell'isola ionia di Santa Maura nel corso del 1792 hanno invocato la «suprema auttorità» del Consiglio dei dieci affinchè affermi la piena libertà di tutti gli appartenenti al «greco rito» di concorrere alla carica di *protopapas*, nel momento in cui questa si sarebbe resa vacante, «senza restrizione della cittadinanza la qual importa l'esclusione di tutti gli altri che non godono di tale prerogativa»[54]. Fin dai tempi della guerra di Candia si era infatti aperta una questione: alcuni abitanti di Santa

[54] ASV, *Consultori in iure*, b. 287, 23 marzo 1792.

Maura si erano ridotti in località di Amaxichi, attribuendosi il titolo di «corpo di comunità». Vi è dunque un patto fondativo che ha indotto taluni individui ad attribuire ad un sito abitativo la qualifica di *civitas*. La disputa sul diritto di nomina del primate dell'isola che si apre nella seconda metà del Settecento, è dunque parte di un più ampio conflitto di preminenza politica. Nell'isola si sono costituiti due 'partiti', ben localizzati territorialmente. Destinati allo scacco tutti i tentativi operati dai rappresentanti veneziani di introdurre lo «spirito della quiete». A partire dalla metà del Seicento si sono affastellate senza soluzione di continuità – e il consultore le elenca con precisione minuziosa – leggi e ducali del Pregadi, decisioni della stessa comunità approvate dal Provveditore generale, sovente in aperta contraddizione le une con le altre. L'impotenza della Repubblica nell'offrire una risoluzione delle tensioni che si sono prodotte viene giustificata e legittimata attraverso la teorizzazione della vigenza, da tempi immemorabili, di diritti costitutivi e nativi. Il Principe, in tale prospettiva, non può che garantire la quiete ai sudditi e tutelarli nell'autonomia di scelta delle forme di rappresentanza locali:

«Qual diritto dunque da fonti non intieramente dilucidati, generati da altre cause e non dirette allo scopo oggidì implorato dai supplicanti, possa nodarsi per stabilire un'azione certa alla libertà generale del concorso in caso ... non è possibile di pronunciare un parere fondato, trattandosi di metter mano nel diritto altrui, essendo la elezione con regolati metodi spettante alli Corpi di Comunità».

Lokale, regionale, nationale und europäische Identität: Burgund im Zeitalter der Französischen Revolution

von *Wolfgang Schmale*

Bekanntermaßen wurden in der Französischen Revolution [= FR] viele Instrumente geschmiedet, die aus der virtuellen Nation eine reale Nation werden lassen sollten. Der Erfolg ist strittig. Noch heute gehört es zum politischen Alltag, in kritischen Phasen die Franzosen auf die Einheit der Nation einzuschwören, so als sei diese Einheit immer noch eher virtuell denn real. Eine zaghafte Dezentralisierung seit den 1980er Jahren provozierte heftige Diskussionen über das Prinzip des Zentralismus, das zwar nicht in der FR erfunden, aber dort intensiv genutzt wurde, um der Nation auf die Sprünge zu helfen. Separatistische Bewegungen vor allem in den Grenzregionen Frankreichs stellen bis heute das Prinzip der Einheit der Nation ernsthaft in Frage. Die Schaffung der EURO-Regionen bedroht nicht das Prinzip der nationalen Einheit, andererseits erhalten diese Regionen nach und nach einen rechtlich definierten Status bei der EU beispielsweise, wo sie in bestimmten Fällen angehört werden müssen, so daß über die zukünftigen Auswirkungen dieser sich an historische kulturelle regionale Formationen anschließenden Gebilde kühn spekuliert werden kann.

Im 19. Jahrhundert, als sich politische Parteien, Richtungen und Bewegungen nationalen Zuschnitts festigten und der Eisenbahnbau das große Land im Bewußtsein der Menschen allmählich zu einer überschaubaren Größe zusammenschmolz, erlebte die Ausbildung regionaler Identitäten eine Hoch-Zeit. Die Wörterbücher und Grammatiken der regionalen Sprachen wie des Okzitanischen stammen fast ausnahmslos aus dem 19. Jahrhundert (oft der zweiten Jahrhunderthälfte). Die «Macher» der Regionalsprachen bedienten sich dabei des gleichen Arguments wie seinerzeit die Nationalversammlung in der Revolution, nachdem der Abbé Grégoire dokumentiert hatte, in welch geringem Maß das Hochfranzösisch eine wirkliche Nationalsprache darstellte. Die Identität der Nation sollte damals u.a. über die gemeinsame Sprache erzeugt werden. Im 19. Jahrhundert sollte eine provenzalische oder eine bretonische Identität gleichfalls

über die Regionalsprache und eine Regionalliteratur erzeugt werden. Die Regionalliteratur ihrerseits gebar regionale mythosumdampfte Helden, die in Konkurrenz zu den nationalen Helden traten. Roland Mousnier wendet deshalb den Begriff der «nation» auch auf die Regionen an[1].

Region ist nicht gleich Region[2]. Das mag eine Binsenwahrheit ausdrücken, die aber sorgfältig abzuwägen ist. Auf Frankreich bezogen lassen sich mehrere Typen von Regionen unterscheiden. Die Île-de-France als Kernregion der späteren Nation steht im Grunde für sich; ähnlich, nur unter entgegengesetzten Vorzeichen, bewahrt sich die Bretagne einen sehr eigenständigen Charakter, weil die Eingliederung ins französische Königreich im frühen 16. Jahrhundert nie einen fundamentalen Bewußtseinswandel bewirkt hat. Das Baskenland ist durch eine Staatsgrenze geteilt, das Bewußtsein der baskischen Einheit ist nicht geteilt. Das Elsaß steht am ehesten für das, was man sich gemeinhin unter einer Grenzregion vorstellt: eine Region, die sich ihrer wechselhaften Geschichte politischer Dominanzen und ihrer bi-kulturellen Geschichte bewußt ist und vor allem die Bikulturalität nutzt, die den Bedeutungsanteil von «Verbindung» im Wort «Grenze» (französisch *bornes* oder *limites*; englisch *frontier*) hervorhebt und in praktischen Nutzen umsetzt. Ob das Elsaß mit Straßburg als Sitz des Europarats und des Europäischen Parlaments als «europäische Region» zu gelten hat, mag der Selbstdefinition der Elsässer überlassen bleiben. Ich selbst möchte den Begriff der «europäischen Region» als Bezeichnung für einen bestimmten Regionstyp verstanden wissen, der sich nicht nur in Frankreich findet. In den «europäischen Regionen» sind der allgemeinen europäischen Geschichte zuzurechnende Aspekte fokussiert, sie haben kulturgeschichtlich über lange Zeiten eine europäische Ausrichtung und Prägung erfahren, haben ihrerseits Prägungen verursacht, die über den regionalen und 'nationalen' Bezug weit hinausgehen.

[1] R. MOUSNIER, *Vorwort* zu: S. et C. GRAS, *La révolte des régions d'Europe occidentale de 1916 à nos jours*, Paris 1982. Aus der jüngsten Literatur vgl. D. GERDES, *Regionalismus und Regionalisierung in Frankreich. Ansatzpunkte einer vergleichenden Regionalismus-/ Nationalismusforschung*, in «Geschichte und Gesellschaft», 20, 1994, S. 385-401, besonders 393 ff.

[2] Die Literatur zum Thema «Region» schwillt an. Reinhard Stauber hat jüngst einen sehr gründlichen Überblick in vergleichender Perspektive vorgelegt. S.R. STAUBER, *Regionalgeschichte versus Landesgeschichte? Entwicklung und Bewertung von Konzepten der Erforschung von «Geschichte in kleinen Räumen»*, in «Geschichte und Region» / «Storia e regione», 3, 1994, S. 227-260. Wegen der Einbeziehung Frankreichs in einen Dreiländervergleich sei erwähnt: P.C. HARTMANN, *Regionen in der Frühen Neuzeit. Reichskreise im dt. Raum, Provinzen in Frankreich, Regionen unter poln. Oberhoheit: Ein Vergleich ihrer Strukturen, Funktionen und ihrer Bedeutung*, Berlin 1994.

Zu diesem Typ der europäischen Region ist das ehemalige Herzogtum Burgund zu rechnen. Zugleich steht die 'Region' Burgund in einem sehr spezifischen Verhältnis zu Frankreich als Nationalstaat. Michelet schrieb in «Tableau de la France»: «La France n'a pas d'élément plus liant que la Bourgogne, plus capable de réconcilier le Nord et le Midi»[3]. Dies spielt darauf an, daß gewisse Linien, die Frankreich der allgemeinen Überzeugung nach zweiteilen, die Provinz Burgund durchlaufen. Dies gilt für die Linie St. Malo-Genf, die einen im 18. und 19. Jahrhundert deutlich höher alphabetisierten Norden von einem deutlich niedriger alphabetisierten Süden trennt; dies gilt für die Linie, die das Frankreich des *boccage* vom Frankreich des *open field* trennt, dies gilt für die unterschiedliche Intensität der Osterkommunion, die zu den Meßinstrumenten des Entchristianisierungsprozesses gehört, dies gilt für das linke und das rechte-konservative Frankreich, wie es im 19. Jahrhundert an stabilen Konturen gewinnt. Diese Linien verlaufen durch ein Gebiet, das im großen und ganzen in der Frühen Neuzeit im Herzogtum Burgund administrativ zusammengefaßt war und das schon vorher eine gemeinsame politische, administrative, jurisdiktionelle und nicht zuletzt kulturelle Geschichte aufzuweisen hatte. Da diese Region namens Burgund nie eine separatistische Ideologie entwickelt hat, kann Michelets oder anderer Persönlichkeiten wie Lamartines Wertung Burgunds als eines verbindenden Elements in Frankreich Beachtung verlangen, zumal weitere Argumente angefügt werden könnten, die freilich auch auf andere Regionen zutreffen werden. Hält man sich beispielsweise den heftigen Streit um die laizistische staatsbürgerliche Erziehung vor Augen, die mit dem Schulgesetz von Jules Ferry vom 28. März 1882 anstelle des katholischen Religionsunterrichts in den staatlichen Primarschulen eingeführt wurde, so nimmt Burgund innerhalb der drei Reaktionskategorien, auf die Yves Déloye verweist, eine mittlere Position ein: es kam nur zu vereinzelten Zwischenfällen, während es z.B. in der Bretagne, in der Freigrafschaft Burgund und im Elsaß als 'typischen' Grenzregionen zu sehr häufigen Zwischenfällen kam. In Paris und in der Île-de-France hingegen kam es praktisch zu überhaupt keinen Zwischenfällen[4].

Bedeutet dies, daß Burgund keine eigene Identität besitzt, sondern möglicherweise nur in den Augen der Touristen von heute? Die Frage erscheint im Rahmen der Geschichtswissenschaft, die gelegentlich den Be-

[3] Zitiert nach P. LÉVÊQUE, *Une société provinciale. La Bourgogne sous la Monarchie de Juillet*, Paris 1983, S. 9.

[4] Y. DÉLOYE, *École et citoyenneté. L'individualisme républicain de Jules Ferry à Vichy: controverses*, Paris 1994, Karte S. 245.

griff «Nationalismus» schon auf das Spätmittelalter anwendet[5], unbedacht, war es doch Burgund, wo sich eine der ersten «regionalen» Mythographien entwickelte. Aber der geschichtliche Raum namens Burgund variierte vom spätantiken Burgundenreich bis heute doch erheblich. Am Ende des ersten nachchristlichen Jahrtausends reichte das Königreich Burgund, das sogenannte «Königreich Arelat» im Süden bis nach Arles und Aix-en-Provence, das spätmittelalterliche burgundische 'Reich' umfaßte zeitweilig das Herzogtum Geldern als nördlichste Ausdehnung. In diesem burgundischen Mittelreiches stellte zuletzt Brüssel, aber keine der burgundischen 'Metropolen' den politischen Mittelpunkt dar. Nach dem Tod Karls des Kühnen gelangten die beiden Kernprovinzen Burgunds, das Herzogtum und die Freigrafschaft, an verschiedene Herrscher. Der französische König Ludwig XI. beanspruchte das Herzogtum, es dauerte aber rund ein halbes Jahrhundert, bis der französische Herrschaftsanspruch definitiv durchgesetzt worden war. Die Freigrafschaft wurde 1493 kaiserlich, bis sie von Ludwig XIV. nach dessen Selbstverständnis nach Frankreich 'zurückerobert' wurde. Beide Provinzen bezeichneten sich ungeachtet der politischen Trennung im späten 15. Jahrhundert weiterhin als Burgund. Hier geht es um die Provinz, die bis heute den Namen Burgund trägt, also das ehemalige Herzogtum.

Belegbar ist das Burgund-Bewußtsein für die 'Eliten' (Adel und städtische Eliten)[6]. Es spricht aber manches dafür, daß der Name jeweils mit einer gewissen Ausschließlichkeit gegenüber der anderen Provinz beansprucht wurde. So galten die Einwohner des Herzogtums Burgund den Freigrafschaftlern als «Franzosen», während sich die herzoglichen Burgunder als Burgunder bezeichneten, ja, als burgundische Nation[7]. Dasselbe galt nun auch für die Freigrafschaftler, die sich Lucien Febvre und Maurice Gresset zufolge sehr bewußt als Nation definierten[8].

[5] S.C. SIEBER-LEHMANN, *Spätmittelalterlicher Nationalismus. Die Burgunderkriege am Oberrhein und in der Eidgenossenschaft*, Göttingen 1995.

[6] Zur frühneuzeitlichen Mythographie, auf die ich hier nicht ausführlich eingehe, vgl. unter anderem: J. RICHARD, *Au temps de la celtomanie: Comment un historien bourguignon du XVIe siècle voyait les migrations des Burgondes*, in H. DUCHHARDT - E. SCHMITT (edd), *Deutschland und Frankreich in der frühen Neuzeit*, S. 163-186, München 1987. Zur Historio-Mythographie des 15. Jahrhunderts vgl. M. ZINGEL, *Frankreich, das Reich und Burgund im Urteil der burgundischen Historiographie des 15. Jh.*, Sigmaringen 1995.

[7] K.A. EDWARDS, *Families and Frontiers: Urban reaction and re-creation on the Burgundian Border*, Diss. Berkeley; Ann Arbor 1993, Kap. 1 und S. 210 ff.

[8] L. FEBVRE, *Philippe II et la Franche-Comté. Essai d'histoire politique, religieuse et sociale (1912)*, Paris 1970; M. GRESSET, *La Franche-Comté des Habsbourg: une nationalité naissante*,

Während die Freigrafschaft unabhängig von ihrer politischen Zugehörigkeit immer eine Grenzprovinz blieb, wandelte sich das Herzogtum im Lauf der Frühen Neuzeit aufgrund der Gebietsarrondierungen des französischen Königreiches von einer Grenz- zu einer Binnenprovinz. Andererseits war die Provinz heterogen zusammengesetzt. Die Eingliederung des Mâconnais verlief ebenso schwierig wie die der Regionen Gex, Bugey und Bresse. Im Herzogtum wurden folglich im Lauf der Frühen Neuzeit zwei verschiedene Integrationsprozesse betrieben: die Integration Burgunds in das Königreich, in den zentral regierten Staat einerseits, und die Integration von Regionen mit einem eigenständigen historischen und, vermutlich wichtiger, einem eigenständigen gewohnheitsrechtlichen Profil in die Provinz Burgund.

Im späten 18. Jahrhundert, in der Reformphase des Königtums unter Turgot, Vergennes und anderen sowie in der Phase der *Prérévolution* stellte sich die Frage nach dem Stand der Identität der Provinz Burgund in aller Schärfe. Nation oder Region? Ausgangspunkt sind als Quellen die Verwaltungskorrespondenz zwischen den Provinzialständen und der Regierung in Versailles, einige Parlamentsremonstranzen sowie ländliche Beschwerdehefte von 1789, ergänzt durch Gemeindeversammlungsprotokolle. Mit dieser Streuung der Quellen soll in einem sicherlich eng gesteckten Rahmen unterschiedlichen Sozial- und Machtgruppen Rechnung getragen werden, um die Frage der regionalen versus nationalen Identität nicht allein auf die Schicht der Eliten zu begrenzen. Als kritisches Korrektiv zur vorerst als Prämisse unterstellten «Identität» sollen am Schluß die Denunziationen in der ersten Zeit der FR, also vor denen der *Terreur*, in Augenschein genommen werden.

Das Hauptanliegen dieses Beitrages ist es, die Nutzbarmachung solcher Quellen für die Identitätsforschung darzulegen, die bisher nur selten oder gar nicht für diesen Problembereich historischer Forschung eingesetzt wurden. Grundsätzlich werden dabei Diskurse und genauer noch Vokabularien untersucht. Dies erscheint als notwendige Voraussetzung, wenn eines Tages die heute noch breite Lücke zwischen, ganz grob formuliert, den gelehrten Diskursen über Identität und Nation in der Frühen Neuzeit und dem 19. Jahrhundert einerseits und den Vorstellungen des gemeinen Mannes bzw. des Volkes andererseits geschlossen werden soll. Abgesehen von den Phasen umfassender Aufstände oder Volksbewegungen, die entsprechende Quellen produziert haben, ist es im allgemeinen

in H. REINALTER (ed), *Europaideen im 18. und 19. Jh. in Frankreich und Zentraleuropa*, S. 13-22, Frankfurt a.M. 1994.

schwierig, etwas über politisch-kulturelle Gruppenidentitäten der illiteraten oder semi-literaten Bevölkerung auszusagen.

Identitätshorizonte der ländlichen Bevölkerung: Die 'cahiers de doléances' von 1789

Seit der Zerschlagung der Parlamente durch Maupeou 1771, dem sogenannten Staatsstreich Maupeous, und deren Wiederherstellung 1774 durch Ludwig XVI. war die politische Atmosphäre in Frankreich aufgewühlt gewesen und nicht mehr zur Ruhe gekommen. Das Reformministerium Turgots sorgte für weiteren Zündstoff, keinem seiner Nachfolger gelang es, die Wogen zu glätten und das Staatsschiff auf Kurs zu bringen. Schon diese Jahre bis 1788 waren von äußerst regen publizistischen Kampagnen aller Couleur begleitet worden, doch die Ankündigung, daß die Generalstände für 1789 einberufen werden sollten, entfachte ein wahres publizistisches Feuerwerk, das mehr Bevölkerungsschichten denn je in die politischen Debatten mit einbezog. Die stufenweise Ausarbeitung der *cahiers de doléances* tat ein übriges, um die Debatten bis in die kleinsten Dorfgemeinden zu tragen. Fast alle Gemeindehefte, quer durch Frankreich, lassen etwas von dieser allgemeinen 'nationalen' Debatte durchschimmern. Insofern stellen die Beschwerdehefte als Produkt des beschriebenen Kommunikationszusammenhanges eine besonders wichtige Quelle für die Untersuchung von Identitäten dar. Die per Gesetz für alle Gemeinden vorgeschriebene Teilnahme an diesem Kommunikationszusammenhang zwang zumindest indirekt zu Identitätsbekenntnissen. Im Regelfall geschahen diese Bekenntnisse auf Gemeindeebene unbewußt, was sie für den Historiker heute um so interessanter macht.

Die Beschwerdehefte sind quellenkritisch immer wieder unter die Lupe genommen worden. Fest steht, daß sie nur z.T. als 'Volkes Stimme' verstanden werden dürfen, aber ebenso steht fest, daß sie eben über jene Bevölkerungsschichten Auskunft geben können, die nicht zu den Akteuren der publizistischen Kampagnen zählten, sondern auf orale bzw. semiorale (Lesen) Kommunikationstechniken angewiesen waren. All dies wurde ausführlich in den letzten dreißig Jahren untersucht und soll deshalb hier nur in Erinnerung gerufen sein.

Bezüglich Burgund fehlt eine Edition aller überlieferten Beschwerdehefte. Eine Auswahl findet sich bei Régine Robin[9], im Zuge des Bicentenaire

[9] R. Robin, *La société française en 1789: Semur-en-Auxois*, Paris 1970.

1989 wurden sehr verstreut einzelne Hefte publiziert. Die folgenden Überlegungen stützen sich auf die Beschwerdehefte der Grafschaft Charny, etwa 45 Km westlich Dijon gelegen, die seit kurzem in einer gedruckten Version vorliegen[10].

Die Grafschaft Charny bestand im 18. Jahrhundert aus ca. 25 Dörfern und Weilern und einer Reihe von einzelnen Lehensgütern (*fiefs*). Dazu zählten zwei Kleinstädte, Arnay-le-Duc und Mont-St.-Jean, die Verwaltungs- und Gerichtssitze waren. Schon immer hatte die Grafschaft in den Händen großer Adelsfamilien gelegen. Der Rang als Grafschaft ist seit Mitte des 15. Jahrhunderts belegt, um 1540 hatte sie durch Zukauf diverser Seigneurien, insbesondere der Baronnie Pouilly, ihre endgültige Ausdehnung erlangt. 1751 veräußerte der Prinz Charles de Lorraine den Besitz an den Comte de Brionne für 120.000 *livres*. Die Comtesse de Brionne verkaufte sie 1779 für 850.000 *livres* an die *Dames de St. Cyr*. Karl von Lothringen hatte 1722 einen offensichtlich tüchtigen Intendanten eingestellt (François Morlet), der u.a. das Archiv ordnete und die Erträge der Grundherrschaft steigerte. Der Kaufpreis von 1779 dürfte dem 20- bis 25fachen des jährlichen Ertrages entsprochen haben[11]. Zur Zeit der Revolution lebten annähernd 10.000 Menschen in der Grafschaft, davon rund die Hälfte allein in Arnay-le-Duc[12].

Während die Grafschaft aus der Sicht der Besitzer eine wirtschaftliche Einheit darstellte, bei der letztlich der Gesamtjahresertrag zählte, bedeutete sie rechtlich ein heterogenes Gebilde, in dem die Rechtsstruktur der einzelnen früheren Grundherrschaften fortlebte. Die überkommenen grundherrschaftlichen Gerichte arbeiteten weiter; ein Teil der Grafschaft gehörte zum königlichen *bailliage* in Arnay-le-Duc, der andere zum königlichen *bailliage* von Saulieu. Einzelne Dörfer wie Bellenot und Pouilly wurden von überörtlichen Handelswegen durchquert, andere lagen im hügeligen Innern der Grafschaft, fernab der Welt. Noch heute entsteht dieser Eindruck des fernab, sobald die Hauptstraßen rund um das Gebiet

[10] Jetzt abgedruckt bei W. SCHMALE, *Archäologie der Grund- und Menschenrechte in der Frühen Neuzeit. Ein deutsch-französisches Paradigma*, München 1997, S. 513-527.

[11] Archives départementales de la Côte d'Or (im folgenden = ADC), 15F1; 15F20.

[12] Zu Arnay vgl. eine Ortsbeschreibung aus den 1770er Jahren in ADC, 15F20. Zu den weiteren Ortschaften ist zurückzugreifen auf Angaben zur Anzahl der Steuerzahler oder Feuerstellen (*feux*), die sich verstreut in den Akten finden. Diese Angaben wurden mit dem erhöhten Faktor 5 (statt 4,5) multipliziert, um eine Annäherungszahl der Bevölkerung zu erreichen. Der Faktor 5 rechtfertigt sich dadurch, daß in der Grafschaft mehrere Ortschaften dem Recht der *mainmorte* unterlagen. Dies hatte zur Folge, daß überdurchschnittlich viele Familienmitglieder auch im Erwachsenenalter im Haushalt verblieben.

der früheren Grafschaft verlassen werden. Die Zugehörigkeit zu einem Gebilde, das Grafschaft hieß, hatte nicht zwangsläufig Auswirkungen auf die lebensweltlichen Horizonte, im Hinblick auf die Ausbildung von Identitäten dürfte die zusammenbindende Kraft der Grafschaft gering gewesen sein. Damit haben wir es im Fall der Grafschaft Charny mit einer für Frankreich generell typischen Situation zu tun: Aus der Sicht von oben existierten eine ganze Menge überörtlicher 'Einheiten', wie die großen Baronnien, Grafschaften und *marquisats* (letztere wurden oft im 18. Jahrhundert errichtet mit der ausdrücklichen Zielsetzung, einen rechtlich heterogenen grundherrschaftlichen Besitz zu einer Einheit zusammenzufassen) oder die königlichen Verwaltungs- oder Gerichtsbezirke. Im Alltagsleben waren es aber vorzüglich neben der Heimatpfarre nur die Markt- und Gerichtsorte, die eine *verdichtete* überörtliche räumliche Identität bewirken konnten.

Grundsätzlich kommen nur wenige Quellenarten in Frage, wenn es um die Erforschung von Gruppenidentitäten wie in diesem Fall geht. Dazu gehören die Beschwerdehefte von 1789. Soweit Protokolle von Gemeindeversammlungen überliefert sind, bieten diese eine außerordentlich wichtige und ertragreiche Zusatzquelle. Schließlich können Rechtsstreitigkeiten mit Nachbarortschaften oder mit Verwaltungsinstitutionen Aufschlüsse ermöglichen.

In einem ersten Schritt sollen mit Hilfe der Beschwerdehefte einige Pflökke eingeschlagen werden. Für eine ausführliche Quellenkritik ist hier kein Raum. Wenn nichts anderes vermerkt wird, handelt es sich um Hefte, die nicht einem bestimmten Modellheft folgen oder von einer einzelnen, identifizierbaren Person wie beispielsweise dem Pastor verfaßt wurden. Solche Hefte sind weniger wertvoll, wenn Gruppenidentitäten ermittelt werden sollen, obwohl ein Ortspfarrer, -notar oder eine andere mit den lokalen Verhältnissen vertraute Person durchaus Aufschlüsse über die Gruppenidentität der Bevölkerung geben können (*nolens*, *volens*). R. Robin hat die von ihr untersuchten Hefte nach stilistischen, linguistischen und grammatikalischen Merkmalen klassifiziert, an die ich mich anlehne und auf die im Einzelfall zurückzukommen ist. In allen 11 vorliegenden Heften aus der Grafschaft Charny (verfaßt von 17 von rund 25 Ortschaften in der Grafschaft insgesamt)[13] wird in unterschiedlicher Ausführlichkeit auf lo-

[13] Ein zwölftes Heft muß hier aufgrund der oben aufgestellten quellenkritischen Kriterien ausgeschlossen bleiben. Es handelt sich um das Heft von Thorey-sous-Charny, das nach R. Robin vom Pfarrer verfaßt wurde. Vgl. R. ROBIN, *Semur*, cit., S. 287 zur Autorschaft; Abdruck des Heftes, *ibidem*, S. 369-378.

kale Probleme Bezug genommen. Diese selber interessieren weniger, bedeutsam ist das Verhältnis zwischen der Benennung lokaler und überörtlicher Problemstellungen. Es bestätigt sich die Feststellung von R. Robin, daß die Verwendung von Futur und Konjunktiv meistens mit erweiterten Horizonten korrespondiert, während die Beschränkung auf das Präsenz mit einer Beschränkung auf lokale Horizonte korreliert ist. Die Nutzung von Futur und Konjunktiv verweist auf die in der Aufklärungsphilosophie und in der vorrevolutionären Publizistik gängige Fortschritts-, Veränderungs- und Zukunftsperspektive mit gesamtgesellschaftlichen Bezügen. Dieser der Kürze halber als Aufklärungsdiskurs zu bezeichnende Diskurs gelangte leichter in Ortschaften städtischen Charakters oder in solche, die an überörtlichen Straßen gelegen waren, als in abgelegene Dörfer. Dies gibt lediglich eine Durchschnittserfahrung wieder, die nicht den Umstand erfaßt, daß viele Menschen ihre abgelegenen Dörfer verließen und anderswo einen 'Akkulturationsprozeß' durchliefen, in dessen Folge sie am Aufklärungsdiskurs teilhatten und daraus für sich selber Konsequenzen zogen, die zunächst ihre individuelle Identität betreffen. Manche kehrten später als Pfarrer in ihr Dorf zurück und trugen bekanntermaßen den Aufklärungsdiskurs dorthin – mit unsicherem Erfolg und unsicherer Tiefenwirksamkeit. Wir haben es deshalb generell mit einem Geflecht aus lokal verhafteter Gesellschaft einerseits und solchen Einzelpersonen oder Gruppen andererseits zu tun, die ihre Identität aus dem Ganzen der französischen Gesellschaft und des Staates ziehen. Dazwischen ist Platz für unendlich viele Nuancen. Die Gesellschaft ist folglich nur sehr bedingt als 'französische' Gesellschaft integriert. Es bedeutete auch eine Vereinfachung, sie als *peasant society* zu kennzeichnen, dagegen spricht die soziogeographische Divergenz der Orte, die sich sehr gut aus den Versammlungsprotokollen erkennen läßt[14]. Diesen allgemeinen Voraussetzungen entziehen sich die Ortschaften und die Beschwerdehefte der Grafschaft Charny nicht.

Viele Hefte, so auch in der Grafschaft Charny, enthalten auf den ersten Blick eine Reihe von Bezügen auf 'nationale' Probleme wie die Privilegien des ersten und zweiten Standes und die politische Minderberechtigung des Dritten Standes, deren Aufhebung gefordert wird. Vielfach werden wie bei den Privilegien jedoch die konkreten Auswirkungen vor Ort kritisiert, die Verallgemeinerungen entstammen der Publizistik, die über den Weg der Lektüre und der mündlichen Kolportage zum Steinbruch wird. Was entspricht davon einem vertieften Bewußtsein und was nur einem

[14] Näheres dazu bei W. SCHMALE, *Archäologie der Grund- und Menschenrechte*, Kap. 7 («Gemeindeversammlungsprotokolle und ihr Wortschatz»).

'Tagesbewußtsein'? Diese Frage kann allein aus einem Beschwerdeheft heraus nicht beantwortet werden, sondern nur im Zusammenhang einer Mentalitätsgeschichte der jeweiligen Ortschaft. All dies kann aus Platzgründen nur angedeutet werden.

Stellen wir zunächst an die Hefte der Grafschaft die Frage, inwieweit dort der gesamtfranzösische Horizont eine Rolle spielt. Bellenot[15] (1789: 78 *feux*, Handelsstraße) erwähnt einmal am Schluß den gütigsten aller Könige, auf dem die Hoffnungen ruhen. Der «Staat» (*état*) wird im Zuge einer physiokratischen Standardformulierung aufgeführt («les habitants de la campagne, ces individus si utiles et si necessaires a l'agriculture qui fait presque elle seule la richesse et le soutien de l'état»). Eine Reihe von Problemen wird abstrakt auf das Verhältnis der drei Stände bezogen, am Ständegedanken wird festgehalten. Pouilly[16] (ca. 90 Steuerzahler; Handelsstraße) reproduziert wesentlich deutlicher die Wortelemente eines nationalen Diskurses. Der Dritte Stand wird als *corps de la nation* bezeichnet, ebenso ist mehrfach von der *assemblée générale de la nation* wie auch von *la nation* und *tous les citoyens* die Rede. *Général(le)* wird öfters verwendet, z.B. in bezug auf Gesetze. Es wird eine hierarchische Verwaltungsstruktur gefordert, die die Provinzverwaltung der allgemeinen (*générale*) Gesetzgebung und die Provinzialstände den Generalständen unterwirft. Als Besonderheit ist der Hinweis auf die Nachbarprovinz Freigrafschaft Burgund sowie auf die Schweiz zu erwähnen, wo der Salzpreis nicht reglementiert sei. Mimeure, Thoreille-les-Arnay sowie Solonge legten ein gemeinsames Heft vor (1789: 50 *feux*; 12 *laboureurs*, der Rest *manouvriers*)[17]. Während im Heft von Bellenot das Konzept der drei Stände vorrangig erscheint, im Heft von Pouilly das Konzept der Nation, geben sich diese drei Dörfer überwiegend monarchisch, wenn nach der Häufigkeit der Verweise auf den König geurteilt wird: «notre bon Roi, le meilleur et le plus tendre des pères, les bienfaits de notre monarque, le meilleur des rois, ce digne fils d'Henry quatre». Daneben steht das Ständekonzept, gelegentlich heißt es *citoyen(s)*. Während die Begrifflichkeit des Heftes von Pouilly eine strukturierte Vorstellung vom Ganzen, der Nation erkennen läßt, muß die Anlehnung an den König, Vater, Monarchen und «würdigen Sohn Heinrichs IV.», selbst wenn «König» das Ganze symbolisieren

[15] Heft: ADC, $B^2$242/1 (Bailliage Arnay-le-Duc); Druck in W. SCHMALE, *Archäologie der Grund- und Menschenrechte*, S. 513 f.

[16] Heft: ADC, $B^2$242/1 (Bailliage Arnay-le-Duc); Druck in W. SCHMALE, *Archäologie der Grund- und Menschenrechte*, S. 514 f.

[17] Heft: ADC, $B^2$242/1 (Bailliage Arnay-le-Duc); Druck in W. SCHMALE, *Archäologie der Grund- und Menschenrechte*, S. 515 f.

kann, nicht über das traditionelle Bild vom guten Vater hinausgehen, der die Mißstände richtet. Der Raum dazwischen erscheint zwar als «d'inintelligence de l'administration de Bourgogne» oder auch als «le Tier Etat de la ville de Dijon», bleibt aber inhaltlich unstrukturiert. Ein weiteres Heft wurde von vier Ortschaften gemeinsam verabschiedet, von Créancey, La Lochère, Beaume und Panthier (für 1789 liegen keine Zahlen vor, 1673 hatten die Ortschaften zusammen 124 *feux*)[18]. Bis auf die Erwähnung der jungen Leute, die nach Paris zögen, um dort bei den Bäckern zu arbeiten, da sie zu Hause kein Auskommen fänden, finden sich keine 'nationalen' Bezüge. Alles bleibt auf die örtlichen Verhältnisse, die regionale Nachbarschaft (*voisinage*) und die Provinz (Verwaltung und Provinzialstände) beschränkt. Nun lagen diese Ortschaften an derselben Straße wie Bellenot und Pouilly; während diese beiden unterschiedlich deutlich einen auf das Ganze bezogenen Horizont erkennen ließen, läßt sich dies für die vier Nachbarorte nicht sagen.

Aus dem *bailliage* Saulieu liegt zunächst ein gemeinsames Heft von Charny und Villeneuve vor (Charny 1789: 60 *feux*, darunter sechs *laboureurs*; Villeneuve keine Angabe)[19]. Die eigentlichen Beschwerden haben rein lokalen Charakter; am Schluß, jedoch vor den Unterschriften, folgt ein Zusatz von anderer Hand, der einem weiteren Horizont verpflichtet ist: erstmals wird die Grafschaft wie eine Einheit behandelt (der *Comté de Charny* bezahle jährlich mehr als 1500 *livres* an religiöse Orden). Dieses Geld sei besser in der Geldtruhe des Königs aufgehoben; eine Grundsteuer verschaffe dem Monarchen den doppelten Ertrag. Desweiteren wird *peuple* benutzt («le roy ... est obligé de soutenir ses peuples; le peuple seroit soulagé»); die Wortzusammenhänge verweisen auf eine traditionelle Bedeutung und nicht auf *peuple* als Synonym für *nation*. Das Heft von Noidan[20] (1789: ca. 60 *feux*) bezieht sich auf den König (*Roy; majesté*), auf das Königreich (*Royaume*) und das Herzogtum (*Duché de Bourgogne*). Erstmals fällt *France*, jedoch im Zusammenhang eines *terminus technicus*: «receveurs et tresoriers de France». Die Steuern sollten nicht mehr von diesen Leuten eingesammelt, sondern von den Gemeinden direkt nach *Paris* an den königlichen Schatz gezahlt werden. Der Getreidehandel im

[18] Heft: ADC, $B^2$242/1 (Bailliage Arnay-le-Duc); Druck in W. SCHMALE, *Archäologie der Grund- und Menschenrechte*, S. 516 f.

[19] Heft: ADC, $B^2$254/1 (Bailliage Saulieu); Druck in W. SCHMALE, *Archäologie der Grund- und Menschenrechte*, S. 517 f.

[20] Heft: ADC, $B^2$254/1 (Bailliage Saulieu); Druck in W. SCHMALE, *Archäologie der Grund- und Menschenrechte*, S. 518 f.

Landesinnern solle zwischen den Provinzen frei sein, in Jahren mit guten Ernten solle der Export außerhalb des Königreiches (*Royaume*) erlaubt sein. Ausgerechnet ein regionalspezifisches Seigneurialrecht (*droit d'indire*) wird als «fort à la charge de la nation» aufgeführt, während die im selben Satz erwähnte *mainmorte*, die ja eine nationale Diskussion hervorgerufen hatte, nur zur Familie (als Institution) in Bezug gesetzt wird. *Nation* heißt hier vielleicht soviel wie die traditionelle Wendung vom armen gedrückten Volk, das sich Linderung erhofft. Auf jeden Fall zeugt das Heft von einem klaren Bewußtsein von der hierarchischen Struktur des französischen Raumes längs der Verwaltungseinheiten und damals viel diskutierter Probleme (z.B. Getreidehandel). Marcilly, eine Pfarre bei Mont-St.-Jean (keine Zahlen für 1789; die 25 Unterschriften dürften der Zahl der *feux* entsprechen, wie eine ältere Ortsbeschreibung vermuten läßt)[21], überrascht durch sein Vokabular: «établissement d'un ordre fixe et durable dans toutes les parties de l'administration», was soviel bedeutet wie «Verfassung» (*constitution*); «prospérité generalle du Royaume et le Bien de tous; ce doit être (le voeu) de toute la nation». Das Gerichtswesen wird scharf kritisiert, vor allem wird eine Vereinfachung gefordert: «de cette idée de simplification doit naître necessairement celle d'un nouveau code à l'instar du prussien». Daß gerade Preußen im Beschwerdeheft eines kleinen burgundischen Dorfes als Modell erscheint, wird noch zu untersuchen sein. Das Heft von Ogny[22] (1789: ca. 22 *feux*) lehnt sich bei wenigen Zusätzen oder Änderungen an jenes von Mont-St.-Jean an. Villiers[23] (1789: 33 *feux*) beschränkt sich überwiegend auf die örtlichen Probleme. Ein Begriff, der Identität andeutet, ist *pays*, also das zum Dorf gehörige Gebiet mit der nächsten Nachbarschaft. Das Losverfahren bei der Aufstellung der Miliz wird kritisiert, der *service militaire* allerdings für die *deffense de l'etat* nicht grundsätzlich in Frage gestellt. Missery[24] (1789: 83 *feux* zusammen mit *Saizeray*) pflegt einen aufklärerischen juristischen Diskurs, der möglicherweise aus der Feder eines Notars namens Angely Potot (auch: Patot) stammt. «La nouvelle Constitution, le bonheur de la nation» usw. sind dem Schreiber ebenso vertraut wie sie in dörflichen

[21] Heft: ADC, B²254/1 (Bailliage Saulieu); Druck in W. SCHMALE, *Archäologie der Grund- und Menschenrechte*, S. 519 f.

[22] Heft: ADC, B²254/1 (Bailliage Saulieu); Druck in W. SCHMALE, *Archäologie der Grund- und Menschenrechte*, S. 520.

[23] Heft: ADC, B²254/1 (Bailliage Saulieu); Druck in W. SCHMALE, *Archäologie der Grund- und Menschenrechte*, S. 520 ff.

[24] Heft: ADC, B²254/1 (Bailliage Saulieu); Druck in W. SCHMALE, *Archäologie der Grund- und Menschenrechte*, S. 522 f.

Heften ungewöhnlich sind. Für die Beschreibung des Ganzen verwendet der Autor gerne die Körpermetapher. Im Heft von *Mont-Saint-Jean*[25] (keine Angabe für 1789; 1673: 220 *feux*) sticht die mehrfache Verwendung von *Staat* (Etat) hervor, ein Begriff, der *royaume* gleichgestellt erscheint. Ähnlich ist stringent von *la Province* die Rede, die das Hauptanliegen des Heftes darstellt. Es geht um eine Optimierung der Provinzverwaltung und der ständischen Vertretung, und wenn die Not des Staates gewiß groß ist, so soll sie doch mit Mitteln und auf Wegen gelöst werden, die die Provinz möglichst wenig belasten (Art. 13). Artikel 15 beschäftigt sich mit der vermeinten Nutzlosigkeit der Orden für Staat und Kirche. Deren Einkommen dürfe ohne weiteres um Dreiviertel gekürzt werden, ohne daß diese wirklich Grund haben könnten, sich darüber zu beklagen, und ohne daß deshalb der König verdammt werden könne «ainsi que l'assure le roy de Prusse». Die Bezeichnung *France* taucht wiederum nur im Zusammenhang mit einem *terminus technicus* auf («Monsieur de Vauban marechal de France»). Der Ort war einer der Verwaltungs- und Gerichtssitze der Grafschaft, Juristen aller Art und Verbindungen nach Dijon prägten die Stadt.

Die Identitätshorizonte, die in den Heften deutlich werden, sind eng mit der Einbindung der Ortschaften in die vorhandenen Kommunikationskanäle und die Infrastruktur verbunden. Die entsprechenden Verbindungen haben im Fall von Mont-St.-Jean ihren Schwerpunkt bei der Provinz und der Provinzhauptstadt Dijon, aus der die Referenz auf den Preußenkönig herstammt. Von Mont-St.-Jean scheint sie in den Nachbarort Marcilly gelangt zu sein. Diese Referenz darf sicher nicht als sehr tiefschürfend interpretiert werden, aber sie bezieht sich historisch zurück auf den Besuch des preußischen Prinzen Heinrich in Dijon im Jahr 1784. Dessen Frankreichreise damals und 'wiederholt' kurz vor der Revolution hatte ihren Niederschlag in den Medien gefunden und außerdem Spuren in der Korrespondenz zwischen den burgundischen Ständen und Vergennes hinterlassen. Insoweit stärkt gerade diese nicht zufällige Referenz die Überlegung zur Abhängigkeit der Identitätshorizonte von der Teilhabe an den Kommunikationskanälen.

Es fällt auf, daß eigentlich nur im Fall von Mont-St.-Jean die Provinz Burgund als Identitätshorizont verstanden werden kann. Im Fall von Missery spiegelt das Heft eher den individuellen Identitätshorizont eines Notars wider, der mit *nouvelle constitution* und *bonheur de la nation* zukunftsge-

[25] Heft: ADC, B²254/1 (Bailliage Saulieu); Druck in W. SCHMALE, *Archäologie der Grund- und Menschenrechte*, S. 523-527.

richtet ist und sich auf einem relativ abstrakten, aber offensichtlich 'nationalen' Niveau bewegt. In den übrigen Fällen wird die Strukturiertheit des staatlich-rechtlichen Raumes als solche mal mehr, mal weniger reflektiert, aber die versammelten Einwohner machen sie sich nicht wirklich zu eigen. Ein wichtiger Fingerzeig ist dabei, daß die Benennung mit den Namen *France* bzw. *Bourgogne* kaum eine Rolle spielt, während diese Namensgebung im gelehrten juristischen Diskurs beispielsweise gang und gäbe ist[26].

Schlußfolgerungen: Jedes Heft unterscheidet sich von den anderen, hat einen individuellen Charakter. Das könnte auf die Individualität der Verfasser von Entwürfen für die Gemeindeversammlungen zurückgeführt werden, die über die Hefte abstimmten. Allerdings waren diese Versammlungen keine Akklamationsmaschinen, sondern es konnte dort sehr heftig und kontrovers zugehen, zumal ein guter Teil der Teilnehmer und Teilnehmerinnen das gemeindepolitische Geschäft gewohnt war, also Erfahrung besaß und sich nicht schüchtern zurückhielt. Die Individualität der Hefte spiegelt etwas von den Individualitäten der Ortschaften wieder. Deshalb ist die sehr individuelle sprachliche Ausformulierung der überörtlichen Bezüge in dem Sinn ernst zu nehmen, daß sie tatsächlich ein sehr heterogenes überörtliches Vorstellungsvermögen bezeichnet. In der Regel sind weder eine nationale noch eine regionale Identität vorrangig. Daraus sollte vielleicht nicht der unmittelbare Schluß gezogen werden, daß es solche Identitäten im Untersuchungsgebiet nicht gegeben habe, aber die Notwendigkeit, eben diese Identitäten in der schon revolutionär aufgewühlten Stimmung zu äußern, scheint nicht drängend empfunden worden zu sein. Das heißt, daß ein Bekenntnis sei es zur Provinz Burgund (regionale Identität), sei es zur Nation (nationale Identität) anders als bei anderen sozialen Gruppen und Schichten zur genau derselben Zeit keinem drückenden Bedürfnis entsprochen hätte.

Identitätshorizonte der Parlamentsmagistrate

Die burgundischen Parlamentsmagistrate beteiligten sich ebenso wie ihre Kollegen an den anderen Parlamenten an dem Kampf des Pariser Parlaments um die monarchische Verfassung und die Einhaltung der Grundgesetze. Aus der Sicht der französischen Parlamentsmagistrate verstießen

[26] Ich beziehe mich auf eine Sammlung von über 2.000 rechtsanwaltlichen Schriften des späten 17. bis 19. Jahrhunderts, den Fonds Saverot N. 16, in der Bibliothèque municipale von Dijon.

der König und seine Regierung permanent gegen wesentliche Verfassungsprinzipien. Das burgundische Parlament machte sich dabei die Definition der Monarchie durch Montesquieu ausdrücklich zu eigen[27]. Die Parlamente vertraten die Auffassung, daß die königlichen Gesetze erst dann in der Provinz Geltung erlangen könnten, wenn das Parlament sie registriert habe. Die Registrierung hing davon ab, ob das Parlament juristische Bedenken geltend machte oder nicht. Machte es juristische Bedenken in Form der *protestations* oder der gewichtigeren *remontrances* geltend, wurde die Registrierung von der Berücksichtigung jener Einwände durch den König abhängig gemacht. Die Parlamente, und so auch das burgundische, verstanden sich als Sachwalter der Interessen ihrer jeweiligen Provinz, insbesondere der Privilegien der Provinz, die wie ein Filter vor die königlichen Gesetze geschoben wurden, die auf die Provinz niederprasselten. Schon von Amts wegen mußten sich die Parlamentsmagistrate andauernd mit dem Verhältnis von Provinz und Gesamtstaat auseinandersetzen.

Der Gesamtstaat erhält vor allem in einem verfassungsrechtlichen (constitution de l'État; droits de la nation; bien publique; inamovibilité de la magistrature) und fundamentalrechtlichen (Grundrechte liberté, propriété, sûreté) Diskurs Gestalt. Zur Staatsverfassung gehört der Grundsatz, daß die Provinzverfassung zu respektieren sei. Es entsteht häufig der Eindruck, ohne daß dies von den Magistraten so formuliert worden wäre, als gehe Provinzrecht vor Königsrecht und nicht umgekehrt. Einen einheitlichen Maßstab, mit dem die Dichotomie von Provinz und Gesamtstaat überbrückt wird, bilden im Diskurs der Magistrate immerhin die individuellen Grundrechte (Freiheit, Eigentum, Sicherheit vor allem) und das Gemeinwohl aus.

Die Konfrontation zwischen Parlament als Sachwalter der Interessen der Provinz einerseits und dem König andererseits fand aber nicht nur auf der Schiene Dijon-Paris/Versailles, sondern auch innerhalb der Provinz mit dem Intendanten statt. Die Intendanten hatten im Lauf der Zeit immer umfassendere jurisdiktionelle Kompetenzen erhalten. Die Parlamente sahen sich in ihrer ureigenen Zuständigkeit beeinträchtigt. Noch im März 1789 attackierten sich das Parlament und der Intendant gegenseitig sehr heftig im Rahmen eines solchen Kompetenzkonflikts. Um Prozesse führen zu können, benötigten die politischen Gemeinden die Autorisierung des Intendanten, der sich dabei in aller Regel auf einen Gutachterausschuß

[27] Parlament Dijon, Remonstranz vom 20. Juni 1786, S. 6, ADC, B 12073. Eine Edition der Remonstranzen, *protestations* und der Korrespondenz des Parlaments existiert nicht. Solche Schriftstücke sind auf verschiedene Akten verteilt; benutzt wurde ADC, B 12073; C 3349, C 3350.

von Juristen und nicht auf sein persönliches Urteil stützte. Die Einholung einer besonderen Autorisierung sollte die Gemeinden vor unnötigen Prozeßkosten bewahren. Das Parlament warf dem Intendanten vor, er mißbrauche das Autorisierungsgebot, um Rechtskonflikte zu evozieren und der Zuständigkeit des Parlaments zu entziehen: «Il est une loi protectrice de la Bourgogne, qui défend de distraire ses habitans de la jurisdiction de leurs Juges naturels ...»[28].

Der Begriff des *juge naturel* wurde auf allen jurisdiktionellen Ebenen verwendet und bezeichnet die gesetzmäßige Zuständigkeit des jeweiligen Gerichts. Er stellt folglich einen Schlüsselbegriff im Zusammenhang der Unabhängigkeit der Gerichte dar. Der Begriff ist in den Quellen in der gesamten frühen Neuzeit belegt, im Diskurs der Parlamente scheint er die Montesquieusche Gewaltenteilung im Hinblick auf die jurisdiktionelle Gewalt zu evozieren. Im konkreten Fall wird die jurisdiktionelle Verfassung der Provinz, gewissermaßen die jurisdiktionelle Gewalt der Provinz, der des Königs, den der Intendant repräsentiert, gegenübergestellt. Anders formuliert: die jurisdiktionellen Kompetenzen des Intendanten werden nicht als verfassungsmäßiger Bestandteil der jurisdiktionellen Gewalt angesehen.

Auch in anderen Zusammenhängen rekurriert das Parlament immer wieder auf das Partikularrecht der Provinz. Im Diskurs der Parlamentsmagistrate erhält die Provinz sehr eindeutige konstitutionelle und rechtliche Konturen, für deren Auszeichnung auch die universalistische Sprache des Naturrechts bemüht wird. 1765 wehrten sich die *gens du roi* des Parlaments gegen die Evokation von Prozessen – immer wieder dieser Punkt! –, hier vor eine Instanz außerhalb der Provinz (Grand Conseil in Paris):

«[eine wesentliche juristische Überlegung] nous indique la nécessité de prendre de justes mesures pour assurer aux Citoyens de cette Province le droit de ne pouvoir être distraits de leur Ressort; droit naturel à la liberté, précieux à la Justice, fondé sur les premiers régles de l'économie législative, souvent confirmé comme l'un des plus beaux privilèges de la Bourgogne, toujours maintenu contradictoirement lorsqu'il a été contesté, & que tant de titres réunis n'ont encore pu mettre à l'abri des fréquentes entreprises des Ordres Religieux de cette Province»[29].

Daß es sich hier um eine Gegnerschaft zur Zuständigkeit des Grand Conseil in Paris handelt, hat fast symbolischen Wert, denn dieses 'Verwal-

[28] ADC, B 12073, Schreiben des Intendanten an den König, eine Remonstranz des Parlaments Dijon vom 31.3.1789 paragraphenweise kopierend und kommentierend; hier S. 25 f.

[29] ADC, C 3341 (1765).

tungsgericht' wurde Ende des 15. Jahrhunderts, fast zeitgleich mit dem Reichskammergericht (RKG) im Heiligen Römischen Reich, gegründet mit dem Anspruch einer gesamtfranzösischen Kompetenz. Was genau diesen Punkt angeht, verlief sein Schicksal noch kläglicher als das des RKG, soweit es um die Ausweitung der «privilegia de non appellando» gegenüber dem RKG geht.

Die Macht des Parlaments beruhte auf seiner Verbindung zur Provinz. Die Magistrate waren in ihrer Provinz verwurzelt, sie waren Protagonisten der literarischen Kultur der Aufklärung. Trotz aller 'nationalen' Elemente in ihrem Diskurs spricht sehr vieles dafür, daß die Provinz ihren wichtigsten Identitätshorizont darstellte, selbst wenn dies verbal nicht so überlaut deutlich gemacht wurde wie beispielsweise im Fall des Parlaments der Bretagne.

Am Beispiel des Parlaments zeigt sich, wie Identität über den räumlichen Geltungsbereich von Recht, des burgundischen Rechts, hergestellt wird. Dies ist eine für das Ancien Régime charakteristische Haltung, die in der zweiten Hälfte des 18. Jahrhunderts noch lange nicht aufgegeben wird. So findet sich auch in den Schriftsätzen der Rechtsanwälte die Technik, für Burgund spezifische Rechtsnormen in den Mantel der naturrechtlichen oder wenigstens einer fundamentalrechtlichen Begrifflichkeit einzukleiden.

Dieser Umstand erhält besondere Bedeutung auf dem Hintergrund des Umstandes, daß die Zentralregierung bemüht war, Recht und Verwaltung zu vereinheitlichen sowie die vielen konkurrierenden Kompetenzen als Folge der frühneuzeitlichen Kompromißtechnik abzubauen. Ideell ruhten die Reformvorhaben besonders auf physiokratischem und allgemein aufklärerischem Gedankengut auf. Aufklärer und Physiokraten bewegten sich mit ihren konkreten politischen Plänen im nationalstaatlichen Raum. Die praktische und diskursive Konfrontation zwischen der Zentralregierung und den Repräsentanten der Provinz drehte sich im Kern um die Konfrontation zwischen regionaler und nationaler Identität. Dies läßt sich anschaulich mittels der Konfrontation zwischen burgundischen Ständen und Regierung in Versailles/Paris zeigen.

Der Identitätshorizont der Burgundischen Stände

Die Provinzialstände versahen umfangreiche Verwaltungsaufgaben in der Provinz. An Kompetenzkonflikten mit den Intendanten, dem Parlament und anderen Institutionen mangelte es nicht. Die Stände verhandelten die Steuersumme der Provinz, vor allem aber waren sie für die Umlage der

Steuersumme auf die Provinz zuständig. Die Stände bemühten sich im Rahmen ihrer Aufgaben, die Provinz zu einem einheitlichen Rechtsraum auszugestalten. Grundsätzlich taten sie damit nichts anderes in bezug auf die Provinz als der französische König und die Regierung in bezug auf das Königreich. Dies unterstreicht, wie sehr die Provinz einen vorrangigen Identitätshorizont bedeutete. Einige charakteristische Konflikte sollen dies verdeutlichen.

Burgund war ein *pays d'États* und kein *pays d'élections*. Auxerre und der Comté de Bar-sur-Seine waren ursprünglich *élections* gewesen, die Inkorporation nach Burgund bedeutete aber, daß nunmehr die Stände verwaltungsmäßig für die einschlägigen Steuern und Zölle zuständig waren. Die Stände hoben in einem Konflikt 1761 hervor

«que ces deux Comtés Etoient réünis aux Etats du Duché de Bourgogne, pour ne composer ensemble à perpétuité qu'un seul et même corps, pour être régis et gouvernés par même ordre, et jouir en commun des mêmes avantages et privilèges»[30].

Ähnliche Probleme ergaben sich wiederholt gegenüber dem Mâconnais, wo es noch eine regionale Ständeversammlung unterhalb der Ebene der Provinz Burgund gab. Ein Konflikt um die Verwaltung der Straßen und der Gelder, mit denen das Manufakturwesen gefördert wurde, veranlaßte die Burgundischen Stände zu folgender Meinungsäußerung über die Ständeversammlung des Mâconnais:

«contraire au bien du service du Roy, et à l'utilité même des habitans du Maconnois, et enfin qu'elle ne tend qu'à soustraire les Etats particuliers du Maconnois, de la dépendance ou ils ont toujours été et toujours dû être, des Etats Généraux de Bourgogne».

Noch deutlicher heißt es im selben Zusammenhang:

«une de leurs [Etats de Bourgogne] prérogatives la plus essentielle, est la conservation de la subordination qui a toujours été et toujours être entre les Etats particuliers du Maconnois avec les Etats Généraux de Bourgogne[31].

Vergleichbare Argumente wenden die Burgundischen Stände gegenüber denen des Mâconnais im Zusammenhang mit der Frage ein, wer das Salz wo zu kaufen habe[32]. Die Stände setzen sich gegenüber dem König für den Erhalt der Kreditwürdigkeit der Provinz ein. Der König hatte am 25. Februar 1770 im Königreich die Rückzahlung von Krediten für vier Jahre

[30] ADC, C 3354, Nr. 216, Brief vom 13. August 1761 der Elus généraux de Bourgogne an den Procureur général de la cour des aides, Paris.

[31] ADC, C 3355, Correspondance des Elus, registre 1765-1774, Nr. 47-49, 3. September 1767.

[32] ADC, C 3355, Nr. 54, 5. Oktober 1767.

unterbrochen. Die Stände bitten darum, daß Burgund von dieser *loi générale* ausgenommen werde. Man wolle die Kreditgläubiger ohne Unterbrechung der Rückzahlungen zufriedenstellen, um die Kreditwürdigkeit der Provinz für Notzeiten zum Wohle des ganzen Königreiches aufrecht zu erhalten[33].

Wiederum aus Anlaß einer Steuerstreitigkeit zwischen dem König und der Stadt Auxerre bemerken die Stände:

«La ville et le Comté d'Auxerre ont été mis et incorporés aux Etats de Bourgogne en 1668 quant aux finances pour être lesdits pays unis, régis et gouvernés par même ordre que le reste de la Province et jouir en commun des avantages et priviléges dudit duché»[34].

Das Urteil eines Seigneurialrichters anläßlich der *grands jours* (jährliches Rügegericht) in Vitteaux vom 28. November 1770 führte aufgrund eines Kompetenzstreites mit dem Stadtrat (*corps municipal*) zu einer weiteren Integration der heterogenen Provinz mittels der Burgundischen Stände. Diese hatten bereits die königlichen städtischen Ämter aufgekauft und besaßen mithin das Recht, diese Ämter zu besetzen. 1773 ließen sie sich vom König per Gesetz autorisieren, in den Städten, in denen die Stände die städtischen Funktionsträger ernannten und in denen Policeyrechte bei einem Seigneur verblieben waren, letztere gleichfalls aufzukaufen[35]. Eine wachsende Machtkonzentration und 'Zentralisierung' in den Händen der Stände war in Burgund nicht zu übersehen.

Als ein Urteil des Staatsrats vom 28. Juli 1776 drei Beschlüsse der Stände (der Elus) annullierte, wandten sich die Stände bittstellend an den Prince de Condé, Schutzherr der Provinz:

«... l'arrêt porte les atteintes les plus considérables aux droits de l'administration et à la constitution de la Province; ... les trois délibérations que cet arrêt annulle, sont non seulement justes et utiles, mais ... elles sont conformes aux loix du Royaume, à celles qui sont particulières à la Bourgogne et aux réglemens et délibérations des précédens Elus»[36].

Im rechtlichen und verfassungsrechtlichen Kontext stehen Königreich und Provinz nebeneinander und nicht hierarchisch zueinander. Wie die Parlamentsmagistrate versuchen die Ständevertreter diskursiv eine völlige Harmonie zwischen Interessen des Königreichs und Interessen der Provinz herzustellen.

33 ADC, C 3355, Nr. 85, 4. April 1770.

34 ADC, C 3355, Nr. 97, Elus an den Abbé Terray, 11. Juli 1770.

35 ADC, C 3355, Nr. 132 (3. Dezember 1771) und Nr. 226 (30. Juni 1774).

36 ADC, C 3356, Nr. 30, Brief der Elus an den Prince de Condé, 30. September 1776.

Auf das Staatsratsurteil antworteten die Stände mit einem Gutachten, das sie drucken ließen. Sachlicher Bezug des Konflikts waren wiederum Steuerfragen. Die Stände warfen dem Staatsrat einen *coup d'autorité* vor. Ohne Rücksprache mit den Elus und deshalb gegen alle bisherige Übung seien die Beschlüsse annulliert worden, das Urteil sei sofort nach Dijon verschickt und dort in einer Auflage von 4.000 Exemplaren gedruckt und in der ganzen Provinz, ja in ganz Frankreich verbreitet worden. Die Elus hätten jedoch nichts anderes getan als was sie tun mußten, nämlich die «privilèges de la Province, la constitution des Etats, le bon ordre et la justice dans la répartition des imposts et l'administration des finances de la Bourgogne» zu verteidigen. Es folgt eine Geschichtsstunde für Ihre Majestät: Als *pays d'Etats* verwalte Burgund sich selber. Ludwig XI. habe im Januar 1476 (1477 neuer Stil) anläßlich der Besitzergreifung der Provinz die «droitures, franchises, libertés, prérogatives et priviléges» Burgunds bestätigt «sans qu'aucune nouvelleté leur y fût faitte». Der Artikel 17 des Privilegienbriefes vom März 1476 (1477) (keine Steuern ohne Zustimmung der Provinz) wird als «en quelque sorte la base de la constitution de la Province» bezeichnet. Seitdem gelte dieser Rechtszustand unverändert. «C'est dans le corps des trois Etats que réside, sous l'autorité de votre Majesté le pouvoir oeconomique qui appartient au Duché de Bourgogne». Weiter wird erinnert: «Les Droits des Etats et les pouvoirs des Elus se trouvent si nettement exprimés dans les lettre patentes d'Henry deux, du 10. May 1555, qu'il est indispensable d'en mettre un extrait sous les yeux de v. Majesté». Es folgt dieser Auszug:

«Les Etats exposent d'abord au Roy que 'suivant l'ancienne et immémoriale institution du Duché de Bourgogne ..., on n'y peut mettre ou lever aucuns aides, ou subsides, soit au profit du Roy, ou d'autres, sans le consentement des gens desdits trois Etats ... auxquels est par ce moïen délaissée la totale et entière disposition des Biens de ses sujets Manans et habitans desdits pays ...'».

Entscheidungen der Elus könnten selbstverständlich angefochten werden, aber nur gegenüber den *supérieurs naturels* der Elus, und das sei die Ständevollversammlung, die alle drei Jahre tage. Diese habe die Aufgabe, die Arbeit der Elus zu kontrollieren und gut oder schlecht zu heißen. Auch der König könne erst dann intervenieren, wenn die Versammlung von diesen ihren Rechten Gebrauch gemacht habe, denn «tel est l'ordre ancien et l'immémoriale institution du Duché de Bourgogne, et cet ordre ancien confirmé de Regne en Regne á été inviolablement observé jusqu'à ce jour»[37].

[37] ADC, C 3350.

Die Regierungsseite antwortete mit einem ebenfalls gedruckten anonymen Gutachten. Die Geltung der erwähnten Gesetze des 15. und 16. Jahrhunderts wird bestätigt, das Recht der Steuerbewilligung wird als «constitution fondamentale, non seulement des Etats de Bourgogne, mais de tous les autres pays d'Etats» anerkannt. Die Interpretationen der Burgundischen Stände seien jedoch irrig. Es werden die Eingriffsrechte des Königs ausgebreitet. Im 17. Jahrhundert hätten die Elus mehrfach den König um Bestätigung ihrer Beschlüsse gebeten, bevor die Ständeversammlung zusammengetreten sei. Und dann werden Argumente aus der Feder der Elus aus einem gedruckten Gutachten von 1761 gegen diese selbst gewendet:

«'Il est de Notoriété publique', y ont ils dit, «que dans toutes les parties de l'Administration qui, en Bourgogne, sont confiées aux Elus Généraux, et dans les Pays d'Election, aux Intendans et commissaires départis, les Elus Généraux ont les mêmes droits, se gouvernent par les mêmes principes, et suivent les mêmes Loix et les mêmes Réglements, qui sont donnés spécialement par les Commissaires départis. D'où il résulte avec pleine évidence, que les Elus se trouvant par une suite de la constitution des Etats de Bourgogne, chargés des mêmes opérations que font ailleurs les Intendants et Commissaires départis, la qualité de commissaire du Conseil, leur est aussi nécessairement commune avec eux. Or comme il est incontestable que l'administration des Commissaires Départis est immédiatement soumise au Roi et à son Conseil, cette dépendance immédiate et sans milieu ne sauroit etre moins certaine, relativement aux Elus Généraux»[38].

Während die Elus 1761 vermutlich im Kompetenzkampf mit dem Intendanten eine ehrenhafte Gleichstellung zu erreichen suchten, werden nun ihre Argumente zur Waffe gegen sie geschmiedet. Das hatte die Zentralregierung schon immer gerne erreichen wollen: die Ständevertreter so zu kontrollieren wie die Intendanten. Dies traf ins Mark der Identität der Provinz – aus der Sicht der Ständevertretung, während die Öffentlichkeit, so heißt es im regierungsseitigen Gutachten, die Beschlüsse des Staatsrates erleichtert aufgenommen habe. Es deutete sich in der Tat eine wachsende Kluft zwischen Teilen der Bevölkerung und der Ständevertretung an, der später in manchen Beschwerdeheften 1789 'Tyrannei' vorgeworfen wurde. Der Vorwurf entzündete sich besonders an Steuerfragen, an der Erhebung von Steuern. Ob er berechtigt war oder ob nicht die Falschen attackiert wurden, bleibe dahingestellt.

Weniger im Rampenlicht der öffentlichen Konflikte stand die Arbeit der Elus und der Ständeversammlung hinsichtlich der Außenbeziehungen der Provinz. So intervenierten die genannten bei Vergennes im November 1783, um den Verkauf burgundischer Weine in Bayern und in England zu

[38] ADC, C 3350.

befördern; in beiden Fällen ging es um die Umsetzung von Meistbegünstigungsklauseln im Rahmen bayerisch-französischer bzw. französisch-englischer Handelsverträge. Zum Alltagsgeschäft gehörte die Zusammenarbeit mit den Nachbarprovinzen, da die vielen Straßenbauprojekte schlechterdings nicht an den Provinzgrenzen eingestellt werden konnten und sollten.

Und dazwischen platzten wieder leidige Streitigkeiten um die Grafschaften Bar-sur-Seine und die Stadt Auxerre. Ein Gutachten der Cour des Aides in Paris beantworteten die Stände mit einem neuerlichen Plädoyer für die Einheit der Provinz an die Adresse des Contrôleur général in Paris (9. Juli 1786):

«Sous la fausse apparence d'une Modération affectée, on [= cour des aides] propose comme moyens de Conciliation, Le renversement des principes constitutifs des Etats [= Stände], Le transport aux officiers inférieurs de Bar-sur-Seine et d'Auxerre des droits essentiels des Elus Généraux, La dérogation aux Lois et aux conditions solemnelles de l'union des deux comtés á la Bourgogne, en un mot le mémoire ne tend rien moins qu'à détruire cette unité de Régime qui a été dans Le tems le motif de l'union de ces Pays et qui est et sera toujours le Voeu invariable des Etats»[39].

Diese sehr nachdrückliche Bewahrung der Einheit (*union*), die offensichtlich keine ist, nimmt auf die regionalen Identitäten innerhalb Burgunds wenig Rücksicht. Umgekehrt versäumten die Stände möglichst keine Gelegenheit, um ihre Dienstbereitschaft für das Ganze des französischen Königreiches unter Beweis zu stellen. Im Oktober 1786 sprachen sich die Elus für eine Zollermäßigung auf Eisenprodukte aus der Schwesterprovinz, der Franche-Comté, aus, weil ihnen der *commerce national*, die Verbesserung der Konkurrenzfähigkeit und die *intérêts du commerce général* am Herzen lägen. Es gelte jedoch, einen finanziellen Ausgleich zu schaffen, da der Einnahmeverlust immerhin 55.000 *livres* im Jahr ausmache. Die Verminderung des Zolls liege bestimmt im *intérêt de l'Etat*[40]. Eine gewiß lobenswerte Haltung, von der aber 1789, im Juli, am 24., zehn Tage nach dem Großereignis des Bastillesturms, wenig zu spüren war. Mit Bezug auf die Absichten des Königs im Zusammenhang mit Steuern und Truppen in Burgund schrieben die Elus an Necker: «Nous souhaitons que celles [=les vues] dont il [= sa Majesté] désire l'accomplissement pour le bien Général de son Royaume, puissent s'effectuer. Mais nous ne pouvons compromettre les Intérêts d'une Province dont l'Administration nous est confiée»[41]. Und

[39] ADC, C 3357, Correspondance des Elus Généraux, 1784-86, registre, Nr. 154.

[40] ADC, C 3357, Nr. 174, 5. Oktober 1786.

[41] ADC, C 3359, Nr. 45, 24. Juli 1789.

wenige Zeit später wurde wieder ganz dem nationalen Diskurs Tribut gezollt (12. Dezember 1789). Die Elus berichten an den Finanzminister, daß zwei Gemeinden der Provinz aus den Rücklagen, die durch den Verkauf von Holz 1774 gebildet worden waren (5.000 *livres*), Steuerrückstände (4140 *livres*) aus den Jahren 1786-89 begleichen wollten.

«... ils offrent, en même tems, l'excédent de cette somme, à la patrie. Votre ame est faite, Monsieur, pour apprécier ces généreux sacrifices, pour distinguer les sentiments qui inspirent ces élans patriotiques et pour protéger une demande, au succès de laquelle les droits de la justice et de l'humanité, sont également intéressés»[42].

Die Elus hatten keine Mühe, die patriotisch-revolutionäre Sprache zu verwenden, ebensowenig wie sie vor und während der Revolution Mühe hatten, den fundamentalrechtlichen Diskurs der Zeit zu übernehmen und auf die Provinz anzuwenden.

Identität: Geständnis- und Bekenntniszwang

Als Nachfolger der Elus und der Stände können in der Revolution das Departement-Direktorium und die Assemblée administrative der Departements angesehen werden. Der Diskurs dieser Einrichtungen des Departement Côte d'Or hat erwartungsgemäß fast nichts mehr mit jenem der Elus zu tun. Von den besonderen Interessen der Provinz zu reden, war gewissermaßen tabu, es gab sie vielmehr nicht, weil es definitionsgemäß überall in Frankreich nur noch eine Gemeinschaft der Interessensgleichgerichteten gab, die sich gewisser «ennemis de la constitution» zu erwehren hatten. Folgt man den Protokollen des Departement Côte d'Or im Jahr 1790, so waren es zunächst die Menschen- und Bürgerrechtserklärung, sodann die *constitution* (soweit sie schon Gestalt angenommen hatte), die das nationale Interesse verkörperten[43]. Für die Akteure waren diese Dokumente von einer solchen Plastizität, wie sie der Aufklärungsdiskurs vor der Revolution nicht hatte erreichen können. Eine dauerhafte Verlagerung der Provinzidentität auf eine nationale Identität bewirkte dies ausweislich der Studien zu Burgund im 19. Jahrhundert nicht. Allerdings erzwang die Revolution eine Individualisierung der Identitätsfrage. Schon 1790 setzten im Departement Denunziationen der vermeinten Feinde der Verfassung ein. Es waren dies Denunziationen von Individuen, die für eine individuelle politisch nonkonforme Identität zur Rechenschaft gezogen wurden. Das war neu: vor 1789 wurde niemand gezwun-

[42] ADC, C 3359, Nr. 75.

[43] ADC, L 24 ff.

gen, sich öffentlich und ausdrücklich sei es mit der Provinz, sei es mit der Nation oder dem französischen Staat zu identifizieren. Die Frage der individuellen Identitäten stellte sich nicht im Sinne eines öffentlichen Problems. Dies erklärt, warum die Beschwerdehefte von 1789 zwar implizit durch die Analyse ihrer Sprache und Inhalte Ausblicke auf Identitäten freigeben, diese aber nicht ausdrücklich thematisieren. Die Zentralregierung des Ancien Régime hatte unzählige Versuche unternommen, Maßnahmen durchzusetzen, die eine nationale Integration vorangetrieben hätten, aber im Vergleich zur massiven Integrationspolitik schon der Nationalversammlung war dies nichts gewesen. Auch das Ancien Régime kannte die Aufforderung zu Identitätsbekenntnissen vor sich selbst oder in der Öffentlichkeit, aber es sind doch erhebliche Unterschiede zur Revolutionszeit festzustellen.

Es wäre an die Schandstrafen zu denken oder an die politische Zensur sowie an die Bespitzelung, die in Paris besonders ausgeprägt war. Während die Bedeutung der Schandstrafen immer mehr nachgelassen hatte und die Möglichkeiten sowie der Wille zur politischen Zensur immer weiter zurückgegangen waren, bewegte sich das Phänomen der Bespitzelung, und zwar keineswegs nur politischer Meinungen, sondern auch der Initimität und sexueller Identitäten, erst noch seinem Höhepunkt zu. Foucault nannte letzteres einen Geständniszwang, dem vermutlich der politische Bekenntnis- und Geständniszwang der FR als Phänomen gleichzustellen ist. Geständnis- und Bekenntniszwang schaffen Identitäten, insofern sich Menschen durch Denunziation, Verhör, Verurteilung und Zwang zur Verhaltensänderung als politisch oder sexuell pervers (Beispiel der Pariser Homosexuellen) klassifiziert finden. Erst diese vierphasige Prozedur führt ihnen vor Augen, daß das, was sie bisher als normale politische oder sexuelle Denk- und Verhaltensweise angesehen haben, nach Meinung der Behörden, der Obrigkeit, der Ärzte usw. «anormal» und deshalb verfolgungswürdig ist.

Der entscheidende Punkt bei der Ausbildung politisch-kultureller Identitäten in Frankreich seit und nach der Revolution liegt meines Erachtens in dem Problem, ob der Geständnis- und Bekenntniszwang mit dem dazugehörigen Zwangssystem aufrechterhalten wird bzw. in welchem Ausmaß er aufrechterhalten wird. Hinsichtlich der politischen Identitäten konnte der Denunziations- und Zwangsapparat der Revolution nicht lange aufrechterhalten werden. Nach 1815 geschah dies schubweise gegenüber den Re-Emigranten bzw. allgemein gegen politische Gegner nach einem Regimewechsel. Von einer besonderen nationalen Euphorie kann zumindest in der ersten Hälfte des 19. Jahrhunderts in Frankreich kaum die Rede sein.

So auch nicht in Burgund, jedenfalls nach dem gegenwärtigen Erkenntnisstand. Aber es kam dort ja auch zu keiner separatistischen Ideologie wie andernorts, vielmehr galt Burgund, wie eingangs erwähnt, notablen Zeitgenossen als eine Art versöhnender Spiegel Frankreichs. Es wäre genauer zu erforschen, ob nicht die jahrhundertealte Rolle Burgunds als europäische Region den Schlüssel zum Verständnis liefert. Eine Polarisierung zwischen regionaler Identität hier und nationaler dort konnte sich kaum ausbreiten. Die Beschwerdehefte wie auch die Protokolle von Gemeindeversammlungen enthielten eine Reihe von Hinweisen auf die Rezeption nicht-burgundischer sowie nicht-französischer, also ausländischer, Verhältnisse und Personen. Der Verdacht, daß solche Hinweise eher zufälliger Natur sind, weil Entsprechendes von jemandem irgendwo aufgeschnappt und bei Gelegenheit einer Gemeindeversammlung mitgeteilt wurde, ist nicht ganz von der Hand zu weisen, andererseits hat die europäische Einbindung Burgunds viel zu tiefreichende Folgen bis in die Dörfer gehabt, als daß einfach von Zufälligkeit ausgegangen werden könnte. Dies wäre in einem breiter angelegten Quellenstudium nachzuprüfen. Spannend wäre dabei der Vergleich mit anderen Regionen, die als europäisch eingestuft werden können, hinsichtlich der Frage, ob zusätzlich als dritte oder vierte Identität (zusätzlich zu ggf. lokal, regional, national) eine nichtregionale und nicht-nationale Identität nachgewiesen werden kann, die eine Polarisierung der Identitäten hat vermeiden helfen. Ob diese Identität «europäisch» zu nennen ist, wie diffus zusammengesetzt auch immer, oder wenigstens supra- oder transnational, muß hier dahingestellt bleiben.

Eine lokale, regionale und nationale Identität schließen sich überhaupt nicht gegenseitig aus, und für viele ist zusätzlich eine europäische oder 'Weltbürger'-Identität denk- und lebbar. Für nicht wenige Menschen gilt dies aber nicht. Daß Menschen in der Geschichte mit einer differenzierten Identität oder, wie es oft heißt, mehreren *Loyalitäten* leben konnten, hat die Forschung schon öfters gezeigt. Dies gilt besonders für Grenzregionen. Daß Menschen mit nur einer Identität und Loyalität lebten und leben können oder wollen, haben die Forschung und die Gegenwart mehrfach gezeigt. In welchem Verhältnis diese Alternativen zueinander stehen, was die historisch ggf. vorherrschende Variante ausmacht, bleibt jedoch noch sehr im Dunkeln.

Identità sabauda tra Cinquecento e Settecento*

di *Patrizia Delpiano*

Affrontare la questione dell'identità sabauda in Antico Regime significa fare i conti con una realtà complessa, caratterizzata non tanto da un'unica identità, quanto piuttosto da identità molteplici. Lo Stato sabaudo si era infatti costituito, a partire dall'inizio del 1400, sulla base di un'aggregazione progressiva di diverse entità territoriali[1]. Nel Cinquecento, nel Seicento e per gran parte del Settecento, non presentava certo quegli elementi di compattezza sui quali può fondarsi una coscienza unitaria, almeno nel senso ottocentesco della definizione.

Esteso sui due versanti delle Alpi, lo Stato non era omogeneo sul piano geografico, considerati i confini naturali per nulla evidenti; non lo era a livello politico, giuridico e amministrativo, data l'esistenza del ducato di Savoia, del principato di Piemonte, della contea di Nizza ecc., dotati di propri ordinamenti, e data la dualità tra Savoia, con capitale Chambéry, e Piemonte, con capitale Torino, nonché i contrasti sempre vivi tra savoiardi e piemontesi[2]; né lo era, infine, dal punto di vista linguistico, tenuto conto che il bipolarismo italiano-francese continuò a contraddistinguere la regione per molti secoli. L'assenza di una precoce epopea nazionale, in un paese frazionato, appare la logica conseguenza[3].

* Abbreviazioni: BAST = Biblioteca dell'Accademia delle Scienze di Torino; BNT = Biblioteca Nazionale di Torino; BRT = Biblioteca Reale di Torino; *DBI* = *Dizionario biografico degli italiani*, Roma 1960-.

[1] Sulla formazione dello Stato sabaudo cfr. G. SYMCOX, *Vittorio Amedeo II. L'assolutismo sabaudo 1675-1730*, Torino 1989 (1983), pp. 1-78 e P. MERLIN - C. ROSSO - G. SYMCOX - G. RICUPERTI (edd), *Il Piemonte sabaudo. Stato e territori in età moderna* (Storia d'Italia, diretta da Giuseppe Galasso), VIII/1, Torino 1994.

[2] Cfr. L. MARINI, *Savoiardi e piemontesi nello Stato sabaudo (1416-1601)*, I, Roma 1962.

[3] Sulla mancanza di una precoce mitologia sabauda cfr. V. CASTRONOVO, *Alle origini della mitologia sabauda*, in V. CASTRONOVO (ed), *Storia illustrata di Torino*, II: *Torino sabauda*, Milano 1992, pp. 441-460.

Se la costruzione di una vera e propria identità regionale sabauda risale all'Ottocento, quando fu sorretta da una forte scuola storiografica[4], non si può d'altra parte affermare che sia mancato in precedenza lo sforzo di creare un'identità; un'identità che, in uno Stato composito di Antico regime, non si basava però sul concetto ottocentesco di comunanza di lingua, religione e storia.

La tradizione storica «nazionale» fu piuttosto debole in età moderna[5]: fallirono i tentativi di costruire una memoria collettiva, tentativi che vennero attuati, attraverso gli storici di corte, in particolare nelle fasi di debolezza politica (sensibili alla storia furono, non a caso, soprattutto le reggenze)[6]. Dalla maggior parte delle opere cinque-secentesche non emerge affatto l'idea dell'unità storica degli spazi sabaudi. Per Giovanni Botero, ad esempio, autore delle *Relazioni universali* (1591), il Piemonte, ossia uno dei territori degli Stati sabaudi, non era che un'appendice della Lombardia, e la Savoia veniva assimilata alle regioni alpine francesi[7]. Se si vuole cogliere un abbozzo di storia nazionale bisogna semmai guardare alla *Historia del Piemonte* (1618) di Lodovico Della Chiesa, in cui si scorge l'immagine di un destino comune ai popoli dominati dai Savoia[8];

4 Cfr. M. Fubini Leuzzi, *Gli studi storici in Piemonte dal 1766 al 1846: politica culturale e coscienza nazionale*, in «Bollettino storico bibliografico subalpino», LXXXI, 1983, 1, pp. 113-192; L. Moscati, *Da Savigny al Piemonte. Cultura storica-giuridica tra la Restaurazione e l'Unità*, Roma 1984; G.P. Romagnani, *Storiografia e politica culturale nel Piemonte di Carlo Alberto*, Torino 1985.

5 Sulla storia degli Stati sabaudi di Antico Regime cfr. G. Claretta, *Sui principali storici piemontesi e particolarmente sugli storiografi della R. Casa di Savoia*, Torino 1878 e A. Garosci, *Storiografia piemontese tra il Cinque e il Settecento*, Torino 1971.

6 Senza soffermarsi in questa sede su tutte le opere scritte tra Cinque e Seicento da storici di corte, è infatti chiaro che esisteva un uso politico della storia in momenti di crisi dello Stato. Francesco Agostino Della Chiesa, ad esempio, autore della *Relazione dello stato presente del Piemonte* (1635), scrisse per rivendicare il titolo regio e diffondere una storia della casa Savoia, durante il regno di Vittorio Amedeo I e la successiva reggenza. Così, la polemica tra Pierre Monod, che nel *Trattato del titolo regio dovuto alla Serenissima casa di Savoia* (1633) sosteneva le origini sassoni della dinastia e la sua dignità al titolo regio, ed Emanuele Tesauro, autore dei *Campeggiamenti, ovvero Istorie del Piemonte*, stampati in folio nel 1640-1643 e uniti in volume nel 1674, si inserì in una fase estremamente delicata per gli Stati sabaudi, che vedeva uno scontro tra l'indirizzo francese dei madamisti e quello italiano dei principisti. E, ancora, Samuel Guichenon pubblicò l'*Histoire généalogique de la Royale Maison de Savoye* (1660) durante la reggenza di Cristina e la minorità di Carlo Emanuele II. Su Agostino Della Chiesa cfr. la voce di E. Stumpo, in *DBI*, XXXVI, pp. 748-751.

7 Su Botero cfr. la voce di L. Firpo, in *DBI*, XIII, pp. 352-362.

8 Su Lodovico Della Chiesa cfr. la voce di F. Paglieri, in *DBI*, XXXVI, pp. 756-757.

all'*Histoire généalogique de la Royale Maison de Savoye* (1660) di Samuel Guichenon, che impostava la ricostruzione su basi unitarie, sottolineando l'assenza di vuoti di potere[9]; e alla grande impresa editoriale del *Theatrum Sabaudiae* (1661-1682), sorta di manifesto politico rivolto alle corti europee per avallare le pretese della dinastia alla dignità regia[10].

Tuttavia, una storia «nazionale» non nacque nella prima età moderna (significativa, del resto, è la ricchezza di storie cittadine, che testimoniano l'esistenza di memorie locali). Nel Settecento, poi, prevalse da parte dello Stato una grande diffidenza nei confronti della storia, come mostra, ad esempio, la vicenda dell'*Histoire de la maison de Savoye* di Bernardo Andrea Lama, commissionata dal sovrano all'inizio del secolo, ma rimasta inedita[11]. Anche a fine Settecento, allorché un ruolo attivo non l'avrebbe più avuto la dinastia, ma élite intellettuali radunate intorno ad accademie letterarie, l'opera di rivalutazione storica si concentrò su una parte degli Stati sabaudi, ossia sul Piemonte[12]. Così, nel 1783, Gian Francesco Galeani Napione poteva giustamente sottolineare la mancanza di una storia «colta e popolare», mentre le altre nazioni e gli altri Stati italiani avrebbero avuto le loro storie e i loro storici ufficiali[13].

[9] Cfr. V. CASTRONOVO, *Samuel Guichenon e la storiografia del Seicento*, Torino 1965.

[10] L. FIRPO (ed), *Theatrum Sabaudiae (Teatro degli stati del duca di Savoia)*, 2 voll., Torino 1983. Cfr. I. RICCI MASSABÒ, *Il Theatrum Sabaudiae*, in V. CASTRONOVO (ed), *Torino sabauda*, cit., pp. 581-600.

[11] Sull'*Histoire de la maison de Savoye*, composta da Lama tra il 1722 e il 1729, cfr. G. RICUPERATI, *Bernardo Andrea Lama professore e storiografo nel Piemonte di Vittorio Amedeo II*, in «Bollettino storico bibliografico subalpino», LXVI, 1968, 1, pp. 11-101 e dello stesso, *Dopo Guichenon: la storia di casa Savoia dal Tesauro al Lama*, in G. IOLI (ed), *Da Carlo Emanuele I a Vittorio Amedeo II*, Atti del Convegno nazionale di studi, San Salvatore Monferrato, 20-22 settembre 1985, Alessandria 1987, pp. 3-24.

[12] Nell'ambiente della Sampaolina nacquero i *Piemontesi illustri* (1781-1787), che contenevano, tra gli altri, l'elogio di Pietro Micca, figura simbolo della forza militare come fattore di coesione intorno alla dinastia. Nell'ambito della Filopatria, durante gli anni Ottanta, maturarono il *Dizionario storico-geografico degli Stati sardi*, avviato nel 1783, e l'incompiuta *Storia della letteratura in Piemonte*, nonché i tre volumi degli *Ozi letterari*, editi dal 1787, e la *Biografia piemontese* (1784-1792) di Carlo Tenivelli. Sull'attività di queste accademie cfr. G. RICUPERATI, *I volti della pubblica felicità. Storiografia e politica nel Piemonte settecentesco*, Torino 1989, pp. 203-232. Sul *Dizionario* cfr. G.P. ROMAGNANI, *Un secolo di progetti e tentativi: il «Dizionario storico-geografico degli Stati sardi» da Carena a Casalis (1765-1856)*, in «Rivista storica italiana», XCV, 1983, 2, pp. 451-502.

[13] GIAN FRANCESCO GALEANI NAPIONE, *Discorso intorno alla storia del Piemonte*, in *Dell'uso e dei pregi della lingua italiana libri tre con un discorso intorno alla storia del Piemonte*, 2 voll., Torino 1791, I, pp. 169 ss.

Non è dunque alla storia che bisogna rivolgersi per cogliere il tentativo di creare un senso di appartenenza negli Stati sabaudi di Antico Regime. Fu piuttosto il ruolo aggregante della dinastia sabauda ad agire come fattore di coagulo. I Savoia, infatti, utilizzarono la devozione alla casa reale come cemento per dare unità e compattezza ad una realtà di frontiera tutt'altro che uniforme[14]. Una fase fondamentale in tal senso fu l'inizio del Settecento quando, in seguito al trattato di Utrecht del 1713, che assegnava a Vittorio Amedeo II la corona di Sicilia, il ducato si trasformò in monarchia. Questa trasformazione coincise con l'avvio del processo di fondazione dello Stato assoluto, che cercava di fondere le diverse popolazioni sulla base dell'unità legislativa, nutrendo nuove aspirazioni riguardo al rafforzamento dell'immagine pubblica[15]. Alla riorganizzazione politico-amministrativa si affiancò la nascita di una coerente politica culturale, che trovò espressione innanzi tutto nella riforma universitaria degli anni Venti. Attraverso l'istruzione dell'élite si tentò di creare un apparato ideologico in grado di fornire tanto legittimazione al potere monarchico, quanto un senso di appartenenza ad una «patria» comune. Come affermava nel 1756 un docente del tempo, Carlo Sebastiano Berardi, è proprio all'università, dove «concorre gran studio di gioventù di diverse province» che lo «spirito di nazione viene ispirato, nudrito, allevato e confermato colla educazione»[16]. Ed è indubbio che uno degli scopi assegnati alla nuova università fu quello di forgiare il suddito sabaudo, di forgiare, cioè, una classe dirigente fedele al sovrano, sulla base di un'opera di acculturazione che passasse attraverso l'apprendimento delle singole discipline e nel contempo attraverso l'adesione ad un preciso sistema di valori[17].

Se per tradizione s'intende una serie di pratiche e di riti, ripetitivi e regolati da norme, che hanno l'obiettivo di inculcare modelli richiamandosi ad un passato selezionato[18], non si può ignorare la nascita, nei primi

[14] G. RICUPERATI, *Cultura di frontiera e identità italiana nelle vicende del Piemonte settecentesco*, in C. OSSOLA - C. RAFFESTIN - M. RICCIARDI (edd), *La frontiera da Stato a nazione. Il caso Piemonte*, Roma 1987, pp. 147-170.

[15] Come ha notato G. RICUPERATI, *Dopo Guichenon*, cit., p. 12, l'acquisizione del titolo regio rinnovò nello Stato sabaudo «una vecchia aspirazione alla preminenza fra le dinastie italiane».

[16] CARLO SEBASTIANO BERARDI, *Idea del governo ecclesiastico*, a cura di A. BERTOLA - L. FIRPO, Torino 1963, p. 128.

[17] Su questi aspetti mi permetto di rinviare a P. DELPIANO, *Il trono e la cattedra. Istruzione e formazione dell'élite nel Piemonte del Settecento*, Torino 1998.

[18] Cfr. le riflessioni di E.J. HOBSBAWN - T. RANGER, *L'invenzione della tradizione*, Torino 1994 pp. 3-17; ed. orig. 1983.

decenni del XVIII secolo, di una letteratura celebrativa legata al mondo universitario, una letteratura che arricchì l'editoria sabauda con una continuità senza dubbio sconosciuta fino ad allora. Costituita da orazioni per il compleanno del re, da componimenti di vario genere recitati in occasione di battesimi, matrimoni, morti di membri di casa Savoia, tale letteratura fu un efficace strumento per fondare una tradizione sabauda. Ricca di stereotipi e piuttosto immobile nel tempo, essa è interessante proprio perché volta a trasmettere valori ufficiali, che servivano a organizzare il consenso dell'élite intorno alla casa reale[19]. Sostituendo la storia come strumento di celebrazione, questa letteratura, incoraggiata dallo Stato e chiaro esempio di subordinazione della cultura alla politica, venne d'altra parte a configurarsi, ormai al di là di ogni singolo rapporto di committenza, come il frutto di una carica pubblica[20]. A partire dal Settecento, infatti, con la riorganizzazione degli studi, i professori universitari, in quanto pubblici funzionari, ricoprirono un ruolo fondamentale nella glorificazione del potere.

Era soprattutto con le orazioni recitate ogni anno per festeggiare il compleanno del sovrano che l'ateneo pagava il suo tributo. La consuetudine – che riprendeva, cristianizzandolo, il rito pagano con cui gli antichi Romani avevano celebrato la natività degli imperatori, e da esso traeva la sua legittimazione[21] – risale al 1733, anno in cui Carlo Caissotti, capo del Magistrato della riforma, affidò tale compito alternativamente ai due insegnanti di eloquenza, e fu rispettata con puntualità nel corso del secolo[22]: segno che l'orazione era un compito obbligatorio connesso alla cattedra di eloquenza, ossia parte integrante del mestiere di docente.

[19] Che in tali occasioni l'ateneo si presentasse pronto ad esaltare le magnificenze della famiglia reale e il pubblico benessere di cui tutti sembravano godere non risulta un fatto inconsueto in una società di Antico Regime. Cfr. S. BERTELLI - G. CRIFÒ (edd), *Rituale cerimoniale etichetta*, Milano 1985. Sulle feste di corte in Piemonte si vedano i contributi presenti in E. CASTELNUOVO - M. ROSCI (edd), *Cultura figurativa e architettonica negli Stati del re di Sardegna 1773-1861*, 3 voll., Torino 1980, II, pp. 800 ss.

[20] Sugli storici di corte in Francia cfr. O. RANUM, *Artisans of Glory, Writers and Historical Thought in Seventeenth-Century France*, Chapel Hill 1980. Sull'eloquenza e sulla sua importanza nel dare all'unità politica del regno una lingua e uno stile comuni che la rafforzino cfr. M. FUMAROLI, *L'age de l'eloquence. Rhétorique et «res literaria» de la Renaissance au seuil de l'époque classique*, Genève 1980, in particolare pp. 647 ss., relative all'Académie française durante l'età di Richelieu.

[21] GIUSEPPE BARTOLI, *Orazione recitata nel dì natale di sua sacra maestà*, Torino 1747, p. XXIX; CARLO DENINA, *Panegirico primo alla maestà di Vittorio Amedeo re di Sardegna recitato nel giorno della sua nascita XXVI giugno 1773 da Carlo Denina professore d'eloquenza italiana, e di lingua greca nella regia università di Torino*, Torino 1773; BRT, Misc.

Autori e destinatari tendevano ad identificarsi in questo genere letterario, che era opera di docenti e a questi ultimi in primo luogo si rivolgeva. Tenute nell'aula magna dell'ateneo alla presenza del Magistrato della riforma, dei singoli professori e dei collegi dei dottori, le orazioni per il compleanno del re cercavano però altri interlocutori. Oltre che agli allievi presenti alla cerimonia, si rivolgevano al «fior della corte»[23], coinvolgendo un uditorio estraneo alla vita universitaria. Inoltre, pur essendo destinate in primo luogo alla recitazione e dunque all'ascolto, le orazioni talvolta venivano stampate, e quindi lette, dilatando ulteriormente il loro pubblico in direzione di un ceto mediamente colto e interessato alle vicende della dinastia. Una volta date alle stampe, le orazioni avevano del resto anche una diversa funzione, contribuendo a costruire e a serbare la memoria storica: esse si indirizzavano infatti non più soltanto ai contemporanei, che – come scriveva Girolamo Tagliazucchi – già conoscevano le doti del re, ma anche ai posteri[24].

Al di là degli ovvi stereotipi usati dai vari professori che si susseguirono alla cattedra di eloquenza nel corso del secolo, vale la pena di non liquidare questa produzione definendola *tout court* il parto di cortigiani, per dirla con Vittorio Alfieri, «esecutori venduti delle principesche volontà»[25]. Gli stessi autori ben conoscevano l'uso politico della letteratura celebrativa: come affermava Giuseppe Bartoli, professore all'università, le orazioni «mentre dall'un de' lati acquistan gloria alla nazione, e fanno immortali i nomi de' re, dall'altro imprimono ossequio ne' sudditi, e rispetto negli stranieri»[26].

97.43, ms, GIOVANNI BATTISTA MAZZUCCHI, *Nel giorno natalizio di s.m. per l'anno 1780 Orazione del S.D. Mazzucchi professore di eloquenza italiana, e di lingua greca, condirettore del Regio Museo di Antichità.*

[22] Cfr. T. VALLAURI, *Storia delle università degli studi del Piemonte*, 2 voll., Torino 1875, *passim.*

[23] Come annotava Giuseppe Bartoli, autore di alcune orazioni, «il fior della corte è venuto ad ascoltarmi» (cfr. P.A. PARAVIA, *Della vita e degli studi di Giuseppe Bartoli*, Torino 1842, p. 18).

[24] G. TAGLIAZUCCHI, *A Carlo Emmanuele re di Sardegna, di Cipro, di Gerusalemme, duca di Savoia, principe di Piemonte, Orazione panegirica detta dall'abate Tagliazucchi professore d'eloquenza nel faustissimo giorno della reale sua nascita*, Torino 1735, pp. 4-5.

[25] VITTORIO ALFIERI, *Del principe e delle lettere*, a cura di G. BARBERI SQUAROTTI, Milano 1983, p. 7.

[26] G. BARTOLI, *Orazione per le nozze delle altezze reali di V.A. duca di Savoia e di Maria Antonia Fernanda infanta di Spagna, recitata in Torino nel giorno natalizio di Carlo Emanuele III*, Verona, D. Ramanzini, 1751, p. XVIII. Un'analisi volta a individuare i messaggi

Sin dalle origini, le orazioni si presentavano nella veste di genere letterario che presupponeva una continuazione. Ogni docente contribuiva a scrivere piccoli paragrafi di una lunga storia a puntate dei sovrani settecenteschi, con molte incursioni nelle plurisecolari vicende dei duchi sabaudi. Simile e ripetitiva era la struttura delle orazioni: partendo da un accenno alla consuetudine di declamare l'elogio, presentata quale compito grato per l'autore, l'orazione proseguiva con un riferimento alla pubblica felicità di cui il regno godeva e con la trattazione di argomenti legati alle vicende dell'anno in corso. Lungi dal nutrirsi di temi avulsi dalla realtà, le orazioni traevano ispirazione dagli eventi contemporanei. Scopo principale era quello di esaltare e legittimare precise azioni e scelte del principe, ancora prima che quello di evocare genericamente le sue indubbie virtù. L'orazione doveva rimanere ancorata al presente, giacché soltanto in tal modo sarebbe riuscita nella sua funzione di presentare il re come una presenza costante e sollecita del bene pubblico: far partecipare la classe dirigente attuale e futura alle vicende della dinastia diveniva lo strumento per legarla a sé.

Legittimare il conflitto in corso, ad esempio, fu lo scopo di alcune orazioni tenute da Giovanni Domenico Chionio durante la guerra di successione polacca, in cui il Piemonte era stato coinvolto con il trattato di Torino del settembre 1733. L'avanzata dell'esercito sabaudo verso la Lombardia, intrapresa nell'ottobre del 1733 e conclusa con il trionfale ingresso a Milano nel dicembre dello stesso anno, dava modo all'oratore di soffermarsi su tutti i «tormenta bellica» che era indispensabile sopportare e sulle doti guerriere di Carlo Emanuele III; doti che dovevano convincere della sua forza militare volta a garantire la sicurezza dei sudditi. In anni in cui il rischio dell'invasione e della sconfitta aveva messo in pericolo la solidità del regno, l'orazione assolveva il compito di persuadere circa la forza militare sabauda e il benessere di cui godeva la popolazione, malgrado gli impegni bellici[27].

'altri' della letteratura celebrativa è stata offerta, ad esempio, per quanto riguarda la Russia dell'Ottocento, da R. WORTMAN, *Rule by Sentiment: Alexander II's Journeys through the Russian Empire*, in «The American Historical Review», 95, 1990, 3, pp. 745 ss.

[27] Cfr. GIOVANNI DOMENICO CHIONIO, *Oratio habita 1734*, in *Joannis Dominici Chionii latinae eloquentiae professoris in sacrum theologorum collegium adscripti Orationes de laudibus Caroli Emmanuelis et de ratione studiorum habitae in regio taurinensi athenaeo*, 2 voll., Taurini, ex Typographia regia, 1775 (il testo fu curato dai fratelli Giacomo Francesco Domenico e Placido Ignazio Chionio, e contiene tutte le orazioni recitate da Chionio durante la sua carriera accademica). Le imprese militari della guerra di successione polacca indirizzavano anche l'orazione del 1735 di G. TAGLIAZUCCHI, *A Carlo Emmanuele*, cit.

Al di là dei riferimenti alle vicende contemporanee, la letteratura celebrativa si nutriva nel contempo di tematiche del tutto avulse dalla realtà del tempo e ricorrenti nelle opere celebrative di ogni luogo ed epoca. Molti gli argomenti scontati: la prosperità della nazione, la liberalità del sovrano, il suo zelo per la giustizia, la sua grande oculatezza nella scelta dei ministri, la sua attenzione al bene pubblico e, ancora, la protezione da lui accordata alle arti e alle scienze. Consueti, inoltre, i confronti con gli eroi della mitologia, e altrettanto consueti gli accenni ad imperatori romani, quali Cesare, Augusto o Vespasiano[28]. Neppure il mito dell'impero romano era estraneo ad una cultura che nel Piemonte scorgeva una delle terre eredi dell'antico «valor latino»[29]. A caratterizzare in modo specifico la letteratura celebrativa sabauda furono invece altri *topoi*. Vediamo allora su quali stereotipi si costruì il mito della 'sabaudità'.

Come in passato, quando il motto di casa Savoia era «omnis in unum»[30], il ricordo degli antenati rappresentava il nucleo delle orazioni. L'antichità dei Savoia appariva la prova evidente delle loro virtù, poiché l'ininterrotto succedersi, nel corso dei secoli, di principi dello stesso sangue era considerato sicura garanzia di buon governo. Amalgamata e identificata con il paese stesso, la famiglia reale pareva madre per diritto di natura. Attraverso l'ereditarietà della virtù, i Savoia sembravano possedere peculiarità uniche, e non a caso il panegirico del sovrano si traduceva in lode di tutta la dinastia[31]. L'antichità di quest'ultima era inoltre importante in quanto

[28] G.D. CHIONIO, *Oratio habita anno 1764*, in *Orationes*, cit., pp. 367 ss. Uguale il tema in G. TAGLIAZUCCHI, *A Carlo Emmanuele*, cit., p. 40.

[29] G. BARTOLI, *Orazione*, 1751, cit. Sul mito imperiale cfr. anche C. DENINA, *Delle lodi di Carlo Emanuele re di Sardegna. Orazione recitata nel dì di natale di sua maestà*, Torino, Stamperia reale, 1771, p. 4 e FRANCESCO REGIS, *Nel faustissimo giorno della nascita di sua maestà Poemetto lirico*, Torino, Stamperia reale, 1778, p. 5. Sulla tradizione sabauda e sulla ripresa del mito romano cfr. B. BONGIOVANNI - F. LEVI, *L'università di Torino durante il fascismo. Le facoltà umanistiche e il Politecnico*, Torino 1976. Sul mito dell'impero, come fondamento del potere della monarchia inglese, cfr. F.A. YATES, *Astrea. L'idea di impero nel Cinquecento*, Torino 1990 (1975).

[30] *Il cilindro oration panegirica del conte e cavalier Gran Croce D. Emanuel Tesauro nelle solenni esequie del serenissimo principe Maurizio di Savoia celebrate nel duomo alli 24 di ottonre 1657*, Torino, per Gio. Sinibaldo, 1657, p. 11. Sul ruolo della dinastia nella letteratura celebrativa secentesca cfr. M.L. DOGLIO, *Da Tesauro a Gioffredo. Principe e lettere alla corte di Carlo Emanuele II*, in G. IOLI (ed), *Da Carlo Emanuele I a Vittorio Amedeo II*, cit., pp. 37 ss. Sui fondamenti del potere sabaudo cfr. L. FIRPO, *La dinastia: immagine e potere*, in L. FIRPO (ed), *Gente di Piemonte*, Milano 1983, pp. 99-109.

[31] Cfr. G.D. CHIONIO, *Oratio habita 1736*, in *Orationes*, cit., pp. 34-35; GOFFREDO FRANZINI, *Victorii Amedei augustissimi Sardiniae regis natali die qui est VI cal. jul. Oratio habita in*

apparìva garanzia del saldo vincolo tra i Savoia e la popolazione sabauda. Duplice era lo scopo dell'orazione, fondata su una rassicurazione reciproca: essa doveva da un lato tranquillizzare i sudditi riguardo alla perfezione del re, dall'altro garantire al sovrano che egli era a capo di un popolo fedele, ossia ricordare agli uni e all'altro la loro stretta unione[32]. Le orazioni si basavano programmaticamente sulla difesa della tradizione, e nulla appariva altrettanto pericoloso del cambio di dinastia[33]. Soltanto la fedeltà agli avi, in questo processo di valorizzazione del passato, era sicura promessa di stabilità, mentre ogni innovazione politica veniva esclusa dalla ricostruzione letteraria, essendo essa fatta rientrare in un processo di continuità. La dinastia sabauda non aveva bisogno di cercare esempi di buon governo altrove, dato che trovava «ella in se stessa ... i più rari e splendidi esempj d'ogni virtù»[34]. Si trattava, insomma, di una sovranità strettamente dinastica, che accentuava il legame e l'identità naturale tra i Savoia e l'autorità regia[35].

Il rispetto della religione e la fedeltà ai principi cattolici costituivano due ricorrenti *topoi*[36]. Era la dinastia, anche in questo caso, ad offrire la continuità necessaria o, meglio, una vera e propria tradizione circa i rapporti

regio athenaeo anno 1774 a sacerdote Jophredo Franzini regio latinae eloquentiae professore, Taurini, ex Typographia regia, 1774. Significative sono inoltre le riflessioni di C. DENINA, *Panegirico primo*, cit., pp. 3-4, circa l'uniformità nel tempo del valore sabaudo.

[32] Cfr. G. BARTOLI, *Orazione*, 1747, cit., p. XXXIII; cfr., inoltre, BAST, ms 661 (1), F. REGIS, *Orazione pel faustissimo giorno natalizio di sua maestà Vittorio Amedeo re di Sardegna recitata nella regia università addì 26 giugno 1784 dal sacerdote Francesco Regis prefetto di filosofia e di eloquenza nel real Collegio delle province*; dello stesso autore, BAST, ms 663 (4), *Orazione per l'anno natalizio di S.R.M. detta nella nella regia università degli studi*, 1792.

[33] G.D. CHIONIO, *Oratio habita anno 1752*, in *Orationes*, cit., pp. 229 ss., pp. 244-245; BAST, ms 665 (5), F. REGIS, *Orazione per l'anno natalizio di S.R.M. recitata nella regia università degli studi celebrandosi il 15° anno di regno* (1788).

[34] G. BARTOLI, *Orazione*, 1747, cit., p. XLVI. Cfr. anche G. TAGLIAZUCCHI, *Prose, e poesie dell'abate Girolamo Tagliazucchi professore d'eloquenza nella regia università di Torino consacrate all'altezza reale di Vittorio Amedeo duca di Savoia*, Torino, Mairesse, 1735, p. XV.

[35] Per l'individuazione di questo modello di sovranità cfr. M. VALENSISE, *La dottrina giuridica della regalità nella Francia dell'Ancien Régime*, in «Rivista storica italiana», XCVI, 1984, 2, pp. 622-636.

[36] Cfr. G. TAGLIAZUCCHI, *A Carlo Emanuele*, cit., pp. 10-11; G. FRANZINI, *Oratio*, 1774, cit.; C. DENINA, *Panegirico secondo alla maestà di Vittorio Amedeo re di Sardegna recitato nel giorno della sua nascita XXVI giugno 1775 da Carlo Denina professore d'eloquenza italiana, e di lingua greca nella regia università di Torino*, Torino, Stamperia reale, 1775, p. XVIII.

con il cattolicesimo, per essersi sempre distinta nella difesa della Santa Sede. Non si trattava soltanto di richiamare genericamente l'attenzione sulla tutela della religione, bensì di presentare casa Savoia come vero e proprio baluardo posto a tutela della Chiesa cattolica[37].

La sacralità del potere – intesa come origine divina del potere – appare un tema scontato: già utilizzata per legittimare l'autorità ducale, essa si rintraccia in tutte le orazioni settecentesche. Al sovrano si guardava senza dubbio come ad una persona sacra per l'origine del suo potere, e a quest'ultimo come ad un mandato che soltanto Dio poteva togliere. Non bisogna però farsi ingannare dai continui cenni all'intervento di Dio, presenti in questa letteratura[38]. In Piemonte – dove tra l'altro neppure i secoli precedenti sembrano offrire prove circa l'esistenza di una pratica della sacralità quale il tocco delle scrofole studiato da Marc Bloch per la Francia e per l'Inghilterra[39] – il re, per rappresentare un punto di riferimento, doveva nel contempo mantenere un volto decisamente umano. Perciò si richiamava l'attenzione del pubblico sulle azioni più semplici del sovrano, su quelle abitudini che egli aveva in comune con il resto della popolazione: molti gli accenni ai «dispiaceri [che] si nascondono sotto la porpora»[40], ad esempio, oppure alla sua sofferenza per le figlie in terre lontane[41]. Di qui l'immagine del re-padre, che si rintraccia in tutte le orazioni. Solo in quanto uomo il sovrano poteva diventare un vero modello per tutti, e

[37] È questo un tema sviluppato nel 1754 da Chionio: la dinastia – come mostravano, secondo l'autore, gli attacchi mossi all'eresia valdese – aveva sempre operato al fine di evitare i pericoli insiti nell'esistenza di culti differenti e nell'intento di assicurare la completa uniformità religiosa. Cfr. G.D. CHIONIO, *Oratio habita anno 1754*, in *Orationes*, cit., pp. 253 ss.; in particolare pp. 254, 256-258. Analogo tema era sviluppato da DOMENICO REGOLOTTI *(Oratio de die natali Caroli Emmanuelis III Sardiniae regis, Cypri habita in archigymnasio taurinensi V kal. majas 1733*, Augustae Taurinorum, ex Typographia Jo. Francisci Mairesse, 1733) e da C. DENINA, *Panegirico primo*, cit.

[38] Cfr. S. BERTELLI - C. GROTTANELLI (edd), *Gli occhi di Alessandro. Potere sovrano e sacralità del corpo da Alessandro Magno a Ceausescu*, Firenze 1990. Sulla finzione della sacralità, da intendere come costruzione teorica e non come credenza, cfr. le riflessioni di A. BOUREAU, *Le simple corps du roi. L'impossible sacralité des souverains français XVe-XVIIIe siècles*, Paris 1988.

[39] M. BLOCH, *I re taumaturghi. Studi sul carattere sovrannaturale attribuito alla potenza dei re particolarmente in Francia e in Inghilterra*, Torino 1989 (1924).

[40] BAST, ms 662 (2), F. REGIS, *Orazione pel faustissimo giorno natalizio di S.M. Vittorio Amedeo di Sardegna recitata nella regia università addì 26 giugno 1786 dal sacerdote Francesco Regis professore di eloquenza italiana e lingua greca*; G.D. CHIONIO, *Oratio habita 1756*, in *Orationes*, cit., p. 309.

[41] C. DENINA, *Panegirico secondo*, cit., pp. XXXVI ss.

perciò, se egli era padre dei sudditi, era in primo luogo padre-modello dei suoi figli, «figliuolo sì riverente ed ossequioso», fratello e marito esemplare[42].

La monarchia sabauda possedeva però una carta vincente per dimostrare il suo legame con il cielo. Fu senza dubbio la presenza della Sindone uno degli elementi più originali usati al fine di legittimare il potere della dinastia. Una legittimazione, questa, che affondava le sue radici in una tradizione plurisecolare. La reliquia, trasferita a Torino fin dal 1578, costituì da allora in poi la prova tangibile del favore accordato da Dio ai governanti sabaudi, la prova, cioè, che l'autorità del ducato era avallata dal cielo non soltanto in modo astratto, bensì attraverso una testimonianza concreta. A partire dalla fine del Seicento, in concomitanza con l'avvento al trono di Vittorio Amedeo II, la Sindone divenne uno strumento politico adoperato con straordinaria oculatezza dal duca prima e dal re poi. Innanzi tutto va ricordato che, malgrado gli sforzi dei precedenti sovrani per dare una degna sede al lenzuolo, soltanto durante il regno di Vittorio Amedeo II venne portata a compimento la costruzione dell'attuale cappella, iniziata sotto Carlo Emanuele, e che soltanto nel 1694 la Sindone, dopo essere stata traslocata, il 10 giugno 1685, da Palazzo Reale all'altare di Santo Stefano, trovò una collocazione definitiva. Mentre dal 1456, quando fu portata in Savoia, la reliquia aveva viaggiato[43], con l'acquisto di una sede stabile rimase strettamente legata alla funzione di capitale della città. Da quel momento essa fu l'elemento intorno a cui si svolgeva il cerimoniale in circostanze solenni: dal 1685, ad un ventennio dall'ultima esposizione, la Sindone rappresentò lo scenario di ogni festa reale[44].

Che la riorganizzazione dello Stato sabaudo in senso assolutistico compiuta da Vittorio Amedeo II trasformasse anche il ruolo della Sindone lo dimostra inoltre la volontà da parte del sovrano di regolamentare dall'alto il culto della reliquia. Il diffondersi della devozione, grazie alla nascita di confraternite dedicate al Sudario (la prima fu creata a Chambéry nel 1598), fu notevole fin dal Cinquecento, ma essa si potenziò a partire dal 1694, con la collocazione nella cappella costruita dal Guarini. Un ruolo

[42] C. DENINA, *Panegirico primo*, cit., pp. 24-25. Sulla familiarità della figura del re in Francia durante la prima età moderna cfr. Y.-M. BERCÉ, *Il re nascosto. Miti politici nell'Europa moderna*, Torino 1996, pp. 389-399, ed. orig. 1990.

[43] M.T. BOUQUET-BOYER, *Itinerari musicali della Sindone. Documenti per la storia musicale di una reliquia*, Torino 1981.

[44] M.L. MONCASSOLI TIBONE, *La Casa Savoia e la presenza della Sindone in Piemonte*, in *La Sindone di qua dai monti. Documenti e testimonianze*, Torino 1978, pp. 17-41.

di primo piano nella diffusione del culto fu svolto da Sebastiano Valfrè[45], che, confessore di Vittorio Amedeo II, ebbe tra l'altro una parte di rilievo nell'educazione religiosa della nobiltà di corte. Valfrè, di cui l'agiografia avrebbe consacrato l'immagine di estirpatore di ogni eresia e di grande patriota per avere egli sollecitato la popolazione torinese alla difesa durante l'assedio della città nel 1706, compose un'opera sulla Sindone, destinata alle due principesse Maria Adelaide e Maria Luigia Gabriella, figlie di Vittorio Amedeo II. L'opera manoscritta, *Dissertazione istorica della S.S. Sindone*[46], aveva uno scopo essenziale: quello di mostrare la stretta unione tra la dinastia e la reliquia.

Ma ben più significativa del carattere strettamente politico che venne ad assumere la Sindone risulta l'intenzione del sovrano di pubblicarne una storia ufficiale, intenzione che pare legata alla trasformazione del culto da ducale in reale. Non è un caso che Vittorio Amedeo II, nell'epoca di rafforzamento dello Stato, abbia affidato questo compito ad un docente universitario quale Giuseppe Pasini. Nell'opera, *Storia della Santissima Sindone di Torino*, stesa negli anni Venti e curiosamente rimasta inedita, Pasini offriva una puntuale ricostruzione delle vicende relative al sacro lenzuolo[47]. Nell'intento di dimostrarne l'autenticità, l'autore ne ripercorreva le plurisecolari traversie che una letteratura agiografica aveva già ampiamente ricostruito per dimostrare l'inscindibile legame tra la reliquia e la dinastia sabauda. Il fatto che la Sindone fosse stata donata ai Savoia era una chiara manifestazione della volontà della «divina Provvidenza [la quale] destinato avea questo carissimo pegno del suo amore a' reali Principi di Savoia»[48].

L'ostensione della Sindone era il momento in cui la tradizione militare e la tradizione religiosa, i Savoia e Cristo giungevano al loro punto d'incontro, se non proprio ad una fusione completa. Testimonianza palpabile dell'esistenza di Cristo o, per dirla con Goffredo Franzini, «immagine del Dio invisibile», il sacro lenzuolo pareva rendere Torino il centro della

[45] Su Valfré cfr. A. Dordoni, *Un maestro di spirito nel Piemonte tra Sei e Settecento. Il padre Sebastiano Valfré dell'oratorio di Torino*, Milano 1992.

[46] Al riguardo cfr. G.M. Zaccone, *Una composizione del Beato Sebastiano Valfré sulla Sindone*, in «Studi piemontesi», XIII, 1984, 2, pp. 379-386.

[47] Giuseppe Pasini, *Storia della Santissima Sindone*: l'opera è conservata manoscritta alla BRT, St. p. 715. È lo stesso autore, nella prefazione – datata 23 maggio 1723 e rivolta al sovrano – a ricordare l'incarico ricevuto.

[48] Dio aveva eletto la reggia sabauda «custode, e guardatrice del più prezioso dono, che Cristo redentore in partendo al Padre lasciò sulla Terra», *ibidem*, p. 24v.

cristianità e i sudditi sabaudi il popolo eletto[49]. Che la capitale subalpina fosse la dimora del creatore non era un fatto estraneo alla rappresentazione di un certo volto del potere. Quanti si trovassero sotto la potestà di casa Savoia godevano di una straordinaria prerogativa: quella di vivere all'ombra di re «santi» e «probi». La monarchia, nella Sindone, trovava un baluardo anche militare contro i nemici: la reliquia – insegna che compariva come simbolo centrale nella bandiera di combattimento dei Savoia[50] – era infatti venuta ad annunciare la salvezza e ad allontanare i nemici. Prova dell'umanità di Cristo e dell'unione tra i Savoia e la provvidenza, il Sudario garantiva che la politica sabauda fosse approvata e guidata dal cielo[51].

Malgrado il suo trasferimento al di fuori di Palazzo Reale sin dalla fine del Seicento, la reliquia continuò ad essere pensata nel corso di tutto il Settecento quale possesso non tanto di una regione, quanto piuttosto della famiglia reale[52], tanto è vero che anche il momento dell'ostensione restava una concessione fatta dal re al popolo[53].

[49] G. FRANZINI, *Per la SS.ma Sindone. Orazione*, Torino, Stamperia reale, 1758, p. 18.

[50] Cfr. il dipinto riprodotto in A. BO SIGNORETTO, *Profilo iconografico della Sindone negli Stati sabaudi. Ritratti di membri di casa reale con la Sindone*, in *La Sindone*, cit., pp. 43 ss., tav. XI, che è conservato presso la Chiesa di San Domenico, sacrestia invernale. Sullo sfondo della croce e delle teste d'angelo che si affacciano dalle nuvole è raffigurata la Madonna che mostra distesa la Sindone.

[51] Si veda anche GIANBERNARDO VIGO, *Per la SS.ma Sindone. Sonetti, ed un'orazione detta nella chiesa metropolitana addì XXVII marzo 1761 alla presenza di S.S.R.A.*, in *De sindone taurinensi libro duo Johannis Bernardi Vigi rhetoricae professoris*, Augustae Taurinorum, ex Typographia regia, 1768.

[52] Lo testimonia già la pittura di inizio secolo. Nel dipinto *Vittorio Amedeo II ed Anna d'Orléans, sposi venerano la Sindone*, Anonimo, Torino, collezione privata (la riproduzione si trova in A. BO SIGNORETTO, *Profilo iconografico della Sindone negli Stati sabaudi*, cit., tav. XIII), non compare soltanto il celebre *Proclama di Rivoli*, ma anche la Sindone, che con la scritta «in hoc signo vinces» promette una sicura vittoria, una Sindone a cui Vittorio Amedeo II chiede la protezione della città.

[53] Durante la cerimonia del 4 maggio, mentre i cappellani del re aprivano la prima grata di protezione della Sindone, spettava proprio al sovrano consegnare loro le chiavi per il completo accesso alla reliquia. Cfr. BNT, R. IV.93 ms, *Relazione autografa di quanto è praticato per la solenne esposizione della Santa Sindone a dì 14 ottobre 1775 a 1776* (l'opera risulta attribuita a Carlo Denina, stando allo schedario, ma nel manoscritto non compare il nome dell'autore), che contiene anche il *Memoriale per la funzione dell'esposizione del SS.mo Sudario assegnata da S.M. ai 15 di ottobre, ed annunziata da monsignor ecc.mo e rev.mo arcivescovo Grande Elemosiniere*. Per la bibliografia sulla Sindone cfr. L. FOSSATI, *Breve saggio critico di bibliografia e di informazione sulla Sacra Sindone. Dal primo Convegno Nazionale di Studi (1939) al Secondo Congresso Internazionale (1978)*, Torino 1978.

Meccanismo per nulla secondario e, anzi, strumento adoperato assai efficacemente a supporto della dinastia era poi la vantata tradizione militare. Posta al centro dell'intesa tra re e popolo, fattore di coagulo tra sovrano e sudditi, tale tradizione, antico fondamento del potere[54], era legata ad una dinastia, il cui pregio era quello di essere a capo di una «nazione avvezza a guerreggiare», unica in ciò dopo tanti secoli[55] e, proprio per questo, «tanto ... rispettata ognora, e temuta»[56]. Ma la forza militare non era finalizzata alla sola difesa dei confini sabaudi, ché i sovrani subalpini, come in passato, sentivano «l'obbligazione di sostenere delle italiche contrade la vacillante libertà, e sicurezza»[57]. Lo Stato sabaudo era un baluardo posto a difesa dell'intero territorio italiano, e per la sua illustre missione non poteva che essere appoggiato dal «Dio degli eserciti, che le giuste cause difende»[58].

Lo sforzo attuato nel corso del Settecento, attraverso la letteratura celebrativa universitaria (ma sarebbe interessante estendere l'analisi alle cerimonie di corte), fu dunque quello di creare un forte senso di devozione alla dinastia: la «patria» tendeva a identificarsi proprio con la dinastia e, se l'identità veniva intesa come fedeltà a quest'ultima, essa appare un concetto assimilabile a quello di sudditanza. Grande fattore di aggregazio-

Per la liturgia e le ricerche sulla diffusione del culto cfr. P. SAVIO, *Ricerche storiche sulla Santa Sindone*, Torino 1957.

[54] Sulla tradizione militare sabauda cfr. W. BARBERIS, *Le armi del principe. La tradizione militare sabauda*, Torino 1988.

[55] G. TAGLIAZUCCHI, *Prose, e poesie*, cit. (cfr. la dedica «All'altezza reale», pp. III ss.; pp. VIII-IX).

[56] G. BARTOLI, *Orazione*, 1747, cit., p. XLVII.

[57] *Ibidem*, p. LXXIII: le armi di Carlo Emanuele III «a senno aggiunte immenso, speme, e difesa dell'Italia sono» (p. XIX). Si veda anche D. REGOLOTTI, *Oratio*, 1733, cit., p. 39, secondo il quale la difesa da parte dell'esercito sabaudo si rivolgeva «non ad cives tantum subditosque verum et ad Italiam universam»; C. DENINA, *Panegirico secondo*, cit., p. XVI, ove emerge l'idea del Piemonte «a guardia d'Italia»; e G. FRANZINI, *Oratio*, 1774, cit. L'idea del Piemonte quale «scudo, e difesa d'Italia in terra» si ritrova già nella letteratura dei secoli precedenti: cfr. DOMENICO FILIBERTO AGOSTINO BUCCI, *Il solenne battesimo del serenissimo prencipe di Piemonte Filippo Emanuele [...] celebrato in Turino l'anno 1587*, Torino, Antonio de' Bianchi, 1587. «Donna dell'Alpi e arbitra d'Italia» veniva definita madama rale nell'orazione di GIACINTO FLAMINIO BALBIATO, *Per il giorno natalizio di madama reale Maria Giovanna Battista*, Torino, Zappata, 1676.

[58] G. TAGLIAZUCCHI, *A Carlo Emmanuele*, cit., p. 35. Cfr. anche PIETRO REGIS, *Alla sacra reale maestà di Vittorio Amedeo III re di Sardegna ec. pel faustissimo suo annuo giorno natalizio composizione nella prima lingua orientale colla traduzione latina letterale 1790*, Torino, s.e., 1790.

ne, il mito dei Savoia, del resto, sarebbe sopravvissuto nell'Ottocento con il tentativo di stimolare l'aggregazione nazionale proprio intorno a tale mito[59].

Che poi la casa reale sia riuscita a creare un senso di fedeltà, e dunque di appartenenza, rimane un problema aperto, per affrontare il quale occorrebbe intraprendere una ricerca diversa. È chiaro che le ideologie ufficiali, costruite dall'alto, non sempre coincidono con le credenze diffuse tra l'élite e le classi subalterne[60].

Nel Settecento l'opera di accentramento compiuta a partire dalle riforme di Vittorio Amedeo II doveva portare a uno Stato più compatto in campo politico e culturale, che poteva porre le premesse per una maggiore compattezza. Se la legge dei Pubblici del 1775 rese uniformi le amministrazioni locali[61], nel settore culturale il rigido controllo sulla censura riuscì a imporre, almeno formalmente, un'uniformità all'insegna dell'ortodossia cattolica. Sul piano linguistico la scelta ufficiale dell'italiano ebbe un fondamentale aspetto aggregante, spostando definitivamente lo Stato sabaudo verso l'area italiana. E, malgrado l'esistenza del dialetto con cui si esprimeva il popolo e del bilinguismo di corte, fu condivisa da intellettuali come Galeani Napione, il quale individuava nella lingua «uno dei più forti vincoli, che stringa alla patria»[62].

Ma questo discorso riguarda la fondazione di uno Stato unitario. Se l'attenzione si sposta invece al senso di appartenenza ad una «patria», la questione è diversa. Vittorio Alfieri, ad esempio, testimonia anzi che ancora nel tardo Settecento lo Stato sabaudo non era percepito come unitario dal punto di vista geografico. Nella *Vita*, parlando della madre, egli accennava alla sua origine savoiarda e ai suoi cognomi che definiva «barbari», ossia stranieri[63]. D'altra parte, il suo essere piemontese, ma non sabaudo, era essenzialmente un costume morale: alle sue origini egli imputava infatti quella sorta di «rusticità e ritrosia», quel «misto di ferocia e di genero-

[59] Sul rapporto tra la casa Savoia e il processo di unificazione italiana cfr. U. LEVRA, *Fare gli italiani. Memoria e celebrazione del Risorgimento*, Torino 1992.

[60] E.J. HOBSBAWM, *Nazioni e nazionalismi dal 1780. Programma, mito, realtà*, Torino 1991; ed. orig. 1990.

[61] Cfr. G. SYMCOX, *Vittorio Amedeo II*, cit. e G. RICUPERATI, *Il Settecento*, in *Il Piemonte sabaudo*, cit., pp. 441 ss. (sulla legge dei Pubblici cfr. pp. 598 ss.).

[62] GIAN FRANCESCO GALEANI NAPIONE, *Dell'uso e dei pregi della lingua italiana*, cit., I, p. 3.

[63] V. ALFIERI, *Vita*, a cura di G. DOSSENA, Torino 1981, p. 9.

sità»[64]. Soltanto in seguito all'invasione francese, Alfieri avrebbe mostrato un diverso senso di appartenenza al Piemonte, che definiva «straziato» dagli eserciti francesi[65]. Poteva così parlare non più di un Piemonte da cui voleva fuggire, perché non si sentiva che «vassallo», bensì di un «mio Piemonte, celtizzato»[66]. È vero, d'altra parte, che nella sua visione il Piemonte tendeva ad identificarsi con l'Italia: «Nel *Misogallo* – scriveva Alfieri – io aveva riposto la mia vendetta e quella della mia Italia»[67]. Non mancano altre testimonianze di un fondersi dell'immagine del Piemonte con quella dell'Italia. Così, il conte Benvenuto Robbio di San Raffaele alle riunioni della Sampaolina affermava: «Noi siamo cattolici; noi siamo Italiani; noi siamo Piemontesi»[68]. Riguardo alle opere storiche, poi, Carlo Denina in età napoleonica inventava la categoria di Italia occidentale[69], di cui il Piemonte faceva parte con la Savoia, la Liguria e parte della Lombardia, intrecciando identità piemontese e identità italiana.

[64] *Ibidem*, p. 126: «Questo reciproco misto di ferocia e di generosità ..., non si potrà facilmente capire da chi non ha esperienza dei costumi e del sangue di noi Piemontesi».

[65] *Ibidem*, p. 269.

[66] *Ibidem*, pp. 181 e 287.

[67] *Ibidem*, p. 269.

[68] C. CALCATERRA, *Il nostro imminente Risorgimento. Gli studi e la letteratura in Piemonte nel periodo della Sampaolina e della Filopatria*, Torino 1935, p. 151.

[69] C. DENINA, *Storia dell'Italia occidentale*, 6 voll., Torino 1809.

Nationales Erwachen der Deutschen nach 1756. Reichisches gegen territoriales Nationalbewußtsein

Imitation eines Schweizer Vorbildes oder Inszenierung des kaiserlichen Hofes?

von *Wolfgang Burgdorf*

«Wir sind das Volk!». Dieser Satz ist seit der Friedlichen Revolution, die 1989 das Ende der sogenannten «DDR» einleitete, im neuen Deutschland zu einem Protestgemeinplatz geworden. Im März 1997 z.B. konnte man sowohl die Atomkraft-Gegner bei Gorleben, als auch die streikenden Bergarbeiter in der Bannmeile des Bundestages «Wir sind das Volk!» rufen hören. Während der Friedlichen Revolution bekam der Satz aber bekanntlich sehr bald eine nationale Konnotation und lautete dann: «Wir sind *ein* Volk!».

Hiermit war – wie sich sehr schnell zeigte – ein tragfähiges Identitätsprogramm formuliert worden. Aber die Menschen in der «DDR» waren keinesfalls die Erfinder dieser griffigen Formel. Mit den Worten «Wir sind ein Volk» begann bereits 1765 eine der aufsehenerregendsten deutschen Flugschriften des 18. Jahrhunderts, die Schrift *Von dem deutschen Nationalgeist*[1].

Die von dieser Flugschrift ausgelöste öffentliche Diskussion belegt, daß die Zeit seit Beginn des Siebenjährigen Krieges, ab 1756, von entscheidender Bedeutung für die Entwicklung des deutschen Nationalbewußtseins war. Diese These wendet sich gegen die übliche Datierung dieses Vorganges in die Zeit der Revolutions- und Befreiungskriege von 1792 bis 1815 sowie gegen die These, die Entwicklung der «Idee eines deutschen Nationalstaates» sei erst in der Mitte des 19. Jahrhunderts, im Kontext der Märzrevolution von 1848-49 zu beobachten[2]. Es wird sich zeigen, daß

[1] F.K. von Moser, *Von dem deutschen Nationalgeist*, Frankfurt a.M. 1766²; Neudruck Selb 1976.

[2] H. Angermeier, *Deutschland zwischen Reichstradition und Nationalstaat. Verfassungspolitische Konzeptionen und nationales Denken zwischen 1801 und 1815*, in «Zeitschrift für Rechtsgeschichte. Germanistische Abt.», 107, 1990, S. 19-101. Ders., *Nationales Denken*

die Entwicklung eines deutschen nationalen Bewußtseins im modernen Sinne in einen gesamteuropäischen Diskurs eingebettet und insbesondere von Schweizer Vorbildern beeinflußt war. Darüber hinaus war es insbesondere der kaiserliche Hof in Wien, der das Entstehen eines gesamtdeutschen Nationalbewußtseins förderte.

Ein nationales Bewußtsein gab es in Deutschland bereits vor dem Siebenjährigen Krieg. Flugschriften aus den Zeiten kriegerischer Auseinandersetzungen mit dem osmanischen Reich und mit Frankreich belegen dies für die gesamte Frühe Neuzeit. Mit einem nationalen Bewußtsein im modernen Sinne ist hier ein Bewußtsein gemeint, das auf aktive Partizipation an den politischen Angelegenheiten der Nation zielt. Partizipation konnte in der zweiten Hälfte des 18. Jahrhunderts durch das Medium der Publizistik oder durch eine verfassungsmäßige Vertretung zustande- kommen. Immanuel Kants Vorstellung einer republikanischen Staatsverfassung und einer repräsentativen Regierung, wie sie in seinem Traktat *Zum ewigen Frieden* von 1795 zu finden ist, kam ohne verfassungsmäßige Volksvertretung, nicht jedoch ohne Publizistik aus[3].

Die bereits erwähnte Schrift *Von dem deutschen Nationalgeist* war eine Reaktion auf den Siebenjährigen Krieg und mahnte die Deutschen an ihre gemeinsame Sprache, Kultur, Geschichte und Verfassung. Diese zunächst

und Reichstradition am Ende des alten Reiches, in W. BRAUNEDER (ed), *Heiliges Römisches Reich und moderne Staatlichkeit*, Frankfurt a.M. 1993, S. 169-186. Zur Datierung zwischen 1789 und 1815 zuletzt H.-U. WEHLER, *Nationalismus und Nation in der Deutschen Geschichte*, in H. BERDING (ed), *Nationales Bewußtsein und kollektive Identität. Studien zur Entwicklung des kollektiven Bewußtseins*, Frankfurt a.M. 1994, S. 163-175. Auch die Mehrzahl der Beiträge in U. HERRMANN (ed), *Volk - Nation - Vaterland*, Hamburg 1996. Hier neben Wehler besonders Ernst Weber, Etienne Franáois, Hans Jürgen Lüsebrinck, Heinrich Bosse. Sehr pointiert: Hans Peter Herrmann, in U. HERMANN. - H.M. BLITZ - S. MOSSMANN (edd), *Machtphantasie Deutschland. Nationalismus, Männlichkeit und Fremdenhaß im Vaterlandsdiskurs deutscher Schriftsteller des 18. Jahrhunderts*, Frankfurt a.M. 1996, S. 8. Wirkungsmächtig ist der erste Satz von Thomas Nipperdeys *Deutsche[r] Geschichte* (München 1983) «Am Anfang war Napoleon», *ibidem*, S. 11. Der von R. KOSELLECK mitverfaßte Artikel *Volk, Nation, Nationalismus, Masse* in R. KOSELLECK - O. BRUNNER - W. CONZE (edd), *Geschichtliche Grundbegriffe*, 7, Stuttgart 1992, S. 141-431 erklärt das Phänomen des modernen nationalen Bewußtseins aus der Epoche der Revolution und der Befreiungskriege. Zu der Annahme, der «moderne deutsche Nationalismus» sei besonders auf Herder zurückzuführen: O. DANN, *Herder und die Deutsche Bewegung*, in G. SAUDER (ed), *Johann Gottfried Herder 1744-1803*, Hamburg 1987, S. 308-340, S. 308, mit weiteren Literaturangaben. Dann vertritt die Auffassung, von einer nationalen Bewegung könne man «in Deutschland eigentlich erst ab 1806 sprechen», *ibidem*, S. 316, ähnlich S. 339 f.

[3] I. KANT, *Zum ewigen Frieden. Ein philosophischer Entwurf*, Königsberg 1795; Neudruck Berlin 1995.

anonym erschienene Flugschrift wurde zum Anlaß einer bis dahin nicht gekannten Politisierung der deutschen Öffentlichkeit[4]. Die öffentliche Debatte wurde zum nationalen Diskurs, in dem sich die Gelehrten Deutschlands mit der Identität ihrer Nation auseinandersetzten. Im Verlauf der Diskussion zeigte sich ein fundamentaler Konflikt um Identifikationsmuster: Sollte das Reich oder sollten die Territorien des Reiches, z.B. Preußen, der Bezugsrahmen sein, indem sich die Einwohner als Nation konstituierten?

Diese Debatte war einerseits der ideologische Niederschlag des preußisch-österreichischen Dualismus im Alten Reich und andererseits Teil des europaweit geführten Diskurses um die «Nationalcharaktere». Dieser stand im Zusammenhang mit der Antikenrezeption der Humanisten und Aufklärer und ging letztlich auf die Charakterzeichnungen des Theophrast zurück. Für die Frühe Neuzeit grundlegend war Juan Huartes medizinische Nationentypologie von 1575, die 1752 von Gotthold Ephraim Lessing ins Deutsche übersetzt worden war[5]. Von Aristoteles ausgehend, vertrat Huarte die Ansicht, daß das Klima, neben anderen Faktoren, die Charaktere der Menschen beeinflußt[6]. Auf Huartes Ausführungen beruhte letztlich auch die von Johann Kaspar Lavater ab 1772 entwickelte Physiognomik[7], welche später zur Rassenlehre ausgebaut wurde. Die *Encyclopédie*, Montesquieu, Voltaire, Gibbon und Robertson folgten der Ansicht, daß es feste Nationalcharaktere gäbe[8]. Claude Adrien Helvétius hingegen fand diese Vorstellung lächerlich und falsch. David Hume betrachtete den Glauben an Nationalcharaktere als geistige «Seuche»[9]. Der später berühmt

[4] [JOHANN HEINRICH EBERHARD], *Freie Gedanken über einige der neusten Staats-Streitigkeiten, geschrieben im H.R. Reich Deutscher Nation*, o.O. 1767, S. 14.

[5] J. HUARTE, *Prüfung der Köpfe zu den Wissenschaften. Übersetzt von Gotthold Ephraim Lessing. Neudruck der Ausgabe Zerbst 1752 mit einer Einleitung und Bibliographie von Martin Franzbach*, München 1968. Das Werk erlebte die für ein wissenschaftliches Buch dieser Zeit beispiellose Karriere von 77 Ausgaben mit 81 Titelvarianten in sieben Sprachen, *ibidem*, S. VII.

[6] *Ibidem*, S. 154, 270, 401 u. 415.

[7] J.K. LAVATER, *Von der Physiognomik*, Leipzig 1772; DERS., *Physiognomische Fragmente zur Beförderung der Menschenkenntnis und Menschenliebe*, 4 Bde., Leipzig 1775-78; Neudruck Zürich 1969.

[8] N. HAMMERSTEIN, *Heiliges Römisches Reich deutscher Nation und Europa*, in A. BUCK (ed), *Der Europagedanke*, Tübingen 1992, S. 132-146, S. 142.

[9] D. HUME, *Vermischte Schriften*, T. 4, Hamburg - Leipzig 1756, S. 333. Ebenfalls im Jahr des Kriegsausbruchs beteiligte sich Voltaire mit seinem *Essai sur les mœurs et l'esprit des nations*, an der Diskussion; vgl. *Œuvres completes de Voltaire*, 16, Paris 1785. Dazu: T. VON LADIGES, *Herders Auffassung von Nation und Staat*, Diss. München 1922, S. 14.

gewordene Schweizer Arzt Johann Georg Zimmermann wandte sich, als er 1758 erstmals sein vielbeachtetes Buch *Vom Nationalstolz* veröffentlichte, zunächst gegen die Vorstellung, daß es feste Nationalcharaktere gäbe[10]. Nicht zufällig beteiligte sich Zimmermann später auch an dem medizinischen Diskurs um die sogenannte «Krankheit der Schweizer», dem Heimweh, einem Begriff, der 1765 unübersetzt als «Hemvé» ins Französische bzw. in die *Encyclopédie* übernommen wurde[11]. Wie Zimmermann wandte sich Gotthold Ephraim Lessing – gemeinhin als Wegbereiter der klassischen deutschen Nationalliteratur bekannt – in weltbürgerlichem Sinne gegen die Ausschließlichkeit des Nationalstolzes und warnte 1758 vor einem Patriotismus, der die Verpflichtung zum Weltbürgertum vergesse[12]. Der sächsische Gelehrte Karl Renatus von Hausen, vormals ein Mündel des Helvétiusübersetzers Johann Christoph Gottsched, gab 1773 in Frankfurt sogar eine Wochenschrift «Ueber die Nationalvorurtheile» heraus.

Dies ist der ideengeschichtliche Kontext der deutschen Nationalgeistdebatte, in dem der Schrift Zimmermanns eine Schlüsselstellung zukam. Zimmermann hatte 1758 eine kritische Haltung zu dem Phänomen Nationalstolz eingenommen und nur wohleingerichteten Republiken einen berechtigten Nationalstolz zugestanden[13], da nur dort alle Bürger an den Angelegenheiten der Nation teilnähmen. Mit dieser Auffassung wandte sich Zimmermann gegen Montesquieus Charakterisierung der Monarchie. In der zweiten Auflage 1760 nahm Zimmermann jedoch entscheidende Änderungen vor. Unter dem Eindruck der preußischen Kriegsführung zeichnete er ein begeistertes Bild von Friedrich II. als Philosophenkönig und sah – wie Montesquieu – den Nationalstolz nun auch in Monarchien gerechtfertigt. Davon war auch Thomas Abbt überzeugt, der im folgenden Jahr mit seiner Schrift *Vom Tode für das Vaterland* den reichszersetzenden Katechismus des dynastisch orientierten preußischen Landespa-

[10] J.G. ZIMMERMANN, *Vom Nationalstolz*, Zürich 1758. Eine Aneinanderreihung «geschichtlicher und völkerpsychologischer Kenntnisse», so Konrad Beste, der 1937 die Erstausgabe als Faksimiledruck herausgab: K. BESTE, *Einleitung* zu: J.G. ZIMMERMANN, *Nationalstolz*, Braunschweig 1937, S. II (unpaginiert). Bereits in seinem ersten literarischen Versuch, dem *Leben des Herrn Haller* von 1755 hatte sich Zimmermann gegen nationale Vorurteile gewandt, siehe J.G. ZIMMERMANN, *Vom Nationalstolz*, Zürich 1980, S. 144 f. [Anm.].

[11] J.G. ZIMMERMANN, *Von der Erfahrung in der Arzneikunst*, Zürich 1764. Zur Übernahme des Begriffes «Heimweh» siehe J.G. ZIMMERMANN, *Nationalstolz*, (1980), S. 144 [Anm.].

[12] J. ZIMMERMANN, *Nationalstolz*, S. 145 [Anm.].

[13] *Ibidem*, (1937), S. V, zum Zusammenhang zwischen republikanischer Verfassung und berechtigtem Nationalstolz *ibidem*, S. 177-210.

triotismus veröffentlichte[14]. Abbts Schrift ist der Grundtext des deutschen Blut-und-Boden-Kultes und des spezifisch deutschen Mutterkultes, in dem sich die Mutterschaft im Gebären künftiger Helden erfüllt, die jedoch erst durch den Tod fürs Vaterland zu Helden werden[15]. Die von Abbt gezeichnete hingebungsvolle Heldenfigur ist der patriotische Vertreter der in der Sturm-und-Drangperiode entworfenen Geniefigur, an deren Gestaltung Zimmermann wesentlich beteiligt war[16].

Der persönlich irreligiöse Abbt ersetzte die Offenbarungsreligion durch einen Kult um das Vaterland und forderte, daß die «Diener der Religion» den Tod fürs Vaterland predigen[17]. Dies geschah dann auch, wurde von Friedrich Nicolai literarisch verklärt[18], und noch in der Weimarer Republik mehrheitlich als normal angesehen[19]. Abbt griff auch auf den älteren Reichspatriotismus zurück, entkleidete ihn jedoch seiner reichischen Elemente und versuchte ihn für die Herstellung von Loyalität gegenüber dem preußischen Monarchen zu instrumentalisieren[20].

[14] T. ABBT, *Vom Tode für das Vaterland*, Frankfurt a.M. 1761. Die am besten aufbereitete Edition des Textes findet sich in J. KUNISCH (ed), *Aufklärung und Kriegserfahrung. Klassische Zeitzeugen zum Siebenjährigen Krieg*, Frankfurt a.M. 1996, S. 589-650. Abbt hatte die Erstausgabe der Nationalstolzschrift von 1758 gelesen und versuchte Zimmermanns These zu widerlegen, daß ein berechtigter Nationalstolz nur in Republiken möglich sei.

[15] T. ABBT, *Vom Tode*, S. 597, 610, 612. Zum Mutterkult *ibidem*, S. 594, 595 u. 605.

[16] Die Herausstellung des Geniebegriffes findet sich erstmals in Zimmermanns *Betrachtungen über die Einsamkeit* (1756), einer Vorstudie zu *Von der Erfahrung in der Arzneikunst* (1764), in welcher der Geniebegriff weiter ausgearbeitet wurde. Das «Genie» war für Zimmermann die Verkörperung von größter Phantasie und größtem Verstand, J.G. ZIMMERMANN, *Nationalstolz*, (1937), S. VIII. Bei Gleims und Abbts Helden tritt die Hingabe an die Stelle des Verstandes.

[17] T. ABBT, *Vom Tode*, S. 594.

[18] F. NICOLAI, *Leben und Meinungen des Herrn Magisters Sebaldus Nothanker*, 3 Bde., Berlin 1773-1776.

[19] 1928 sprach der Berliner Pfarrer Günther Dehn in Magdeburg über das Thema «Kirche und Völkerversöhnung» und betonte die Notwendigkeit, den Krieg zu entmythologisieren, ihm seine «romantisch-idealistische Aureole zu nehmen; der Tod fürs Vaterland könne nicht mit der Aufopferung des Lebens für Christus gleichgesetzt werden». Daraufhin wurde Dehn bei seinen kirchlichen Vorgesetzten denunziert und mußte einen Pressefeldzug über sich ergehen lassen; man verweigerte ihm einen Lehrstuhl in Heidelberg, und noch Jahre später wurde seine Berufung nach Halle von gewaltsamen Zwischenfällen begleitet, S. FRIEDLÄNDER, *Kurt Gerstein oder die Zwiespältigkeit des Guten*, Gütersloh 1968. Nach: M. GEIGER, *Der deutsche Kirchenkampf 1933-1945*, Zürich 1965, S. 16.

[20] So zitierte Abbt z.B. aus einem Gedicht, um an den Ruhm der alten Germanen zu erinnern, die einst über die Legionen des römischen Kaisers gesiegt hatten. T. ABBT, *Vom Tode*, S. 620 f. und S. 1000. Er verschwieg jedoch sowohl den Namen des Verfassers,

Sowohl das Motiv des ethisch wertvollen Todes für das Vaterland wie das der Freiheit fand Abbt in antiken Vorbildern und in der germanophilen Bardendichtung der Frühaufklärung, die zwar antiaufklärerische Züge trug, jedoch als «Bardenmode» eine «gewisse Breitenwirkung beim gebildeten Publikum» erzielt hatte[21]. Ihr Erfolg erklärt sich daraus, das sie Teil der populären Antikenrezeption war, und diese mit einem nationalen Identifikationsangebot verbinden konnte. Hier sind insbesondere die beiden ersten großen Herrmanns-Dramen des 18. Jahrhunderts anzusprechen, Johann Elias Schlegels *Herrmann. Ein Trauerspiel* und Justus Mösers *Arminius*, die während des Österreichischen Erbfolgekrieges entstanden waren[22]. Sie tradierten einen Motivkomplex, der seit Ulrich von Huttens Arminius-Dialog besonders im protestantischen Deutschland Bestandteil des vaterländischen Denkens war. Ihr Stoff bot für das protestantische Deutschland die Möglichkeit, die Konfliktstrukturen der eigenen Gegenwart im historischen Gewand zu betrachten und mit der Vision eines überwältigenden, befreienden Sieges zu verbinden. Die Interpretation des Stoffes konnte sich sowohl gegen den äußeren Feind, Frankreich und das Papsttum, wie auch gegen den inneren Feind, den Katholizimus und das römisch-deutsche Kaisertum richten. Die Herrmanns-Dramen stellten den

Johann Peter Uz (1720-1796), wie den Titel des Gedichtes *Das bedrängte Deutschland* und den Bezug der Verse, den Österreichischen Erbfolgekrieg; auch zitierte er nicht jene Strophen, die die beständigen Bürgerkriege im Reich bedauerten. Abbts Zitat war insofern delikat, als sich Uz bereits 1757 öffentlich gegen die Heroisierung der menschenverzehrenden Kriegsführung Friedrichs II. gewandt hatte, siehe U. HERRMANN, *Individuum und Staatsmacht: Preußisch-deutscher Nationalismus in Texten zum Siebenjährigen Krieg*, in U. HERRMANN, *Machtphantasie*, S. 66-79, S. 73.

[21] U. Herrmann, in U. HERRMANN, *Machtphantasie*, S. 28 f. Grundlegend zur Rezeptionsgeschichte des Motives: E.H. KANTOROWICZ, *Pro Patria Mori in Medieval Political Thought*, in «The American Historical Review», 56, 1951, 472-492.

[22] Schlegels Drama entstand 1740-41 und wurde 1743 gedruckt, Mösers *Arminius* wurde 1749 veröffentlicht. U. HERRMANN, *«Ich bin fürs Vaterland zu sterben auch bereit». Patriotismus oder Nationalismus im 18. Jahrhundert? Lesenotizen zu den deutschen Arminiusdramen 1740-1808*, in U. HERRMANN, *Machtphantasie*, S. 32-65, S. 34. Die Gleichsetzung von Arminius mit Herrmann erfolgte um 1530 im Wittenberger Kreis um Luther. Zur Rezeption des Mythos: H. CALLIES, *Arminius – Held der Deutschen*, in G. ENGELBRECHT (ed), *Ein Jahrhundert Herrmannsdenkmal. 1875-1975*, Detmold 1975, S. 33-42. J. RIDÉ, *Arminius in der Sicht der deutschen Reformatoren*, in R. WIEGELS - W. WOESLER (edd), *Arminius und die Varus-Schlacht. Geschichte - Mythos - Literatur*, Paderborn 1995, S. 239-248. Zur Popularität der Arminius-Opern im 18. Jahrhundert: U. HERRMANN, *Arminius und die Erfindung der Männlichkeit im 18. Jahrhundert*, in U. HERRMANN, *Machtphantasie*, S. 160-191, S. 162. Zum Germanendiskurs des 18. Jahrhunderts: K. VON SEE, *Deutsche Germanen-Ideologie vom Humanismus bis zur Gegenwart*, Frankfurt a.M. 1970, S. 19-33. H. ZIMMERMANN, *Freiheit und Geschichte. F.G. Klopstock als historischer Denker*, Heidelberg 1987, S. 90-147.

Lesern und Zuschauern ein aggressives, fremdenfeindliches und machtbetontes Vaterlandsdenken vor, das sich im Inneren auch gegen jene wandte, die diese Anschauungen nicht teilten[23]. Sie popularisierten darüber hinaus die Vorstellung des ersehnten Todes fürs Vaterland. Mösers Arminius versichert, «mein Blut ist ewiglich dem Vaterland geweiht», Sigest beschwört «die Asche deutscher Väter,/Die ihr geheiligt Blut dem Vaterland geweiht», und Sigismund, sein Sohn, beeilt sich zu antworten: «Ich bin fürs Vaterland zu sterben auch bereit»[24]. In Klopstocks damals vielbeachtetem *Kriegslied* heißt es «Willkommen, Tod fürs Vaterland!» Das *Kriegslied* hat formal und inhaltlich, bis hin zum Titel, Johann Wilhelm Ludwig Gleims *Preußische Kriegslieder* stark beeinflußt. Bei Gleim heißt es dann: «Unsterblich macht der Heldentod/Der Tod fürs Vaterland!»[25].

Anders als die Vertreter des Reichspatriotismus zeigten Abbt, Gleim, Justus Möser, Friedrich Gottlieb Klopstock und die Mitglieder des Göttinger Hain-Bundes in ihren patriotischen Äußerungen ein erhebliches Aggressionspotential[26]. Gleim und Abbt banden die in den Herrmanns-Dramen entwickelte Vorstellung vom Kampf und Opfertod fürs Vaterland an eine konkrete zeitgenössische Führergestalt, an Friedrich II. von Preußen. Eigentlich paßte die Vorstellung des freiwilligen Todes für das Vaterland überhaupt nicht in das Zeitalter der durch Werbung zustandegekommenen Soldheere. Am wenigsten paßte sie zu Preußen, da Friedrich II. bekanntlich überzeugt war, daß sich sein Heer nur schlagkräftig erhalten ließ, solange die Soldaten ihre Offiziere mehr fürchteten als den Feind[27]. Es

[23] In den Arminius-Dramen erhielten üblicherweise negativ bewertete Affekte als Bestandteil des Patriotismus eine positive Konnotation. Bei Schlegel gehört der Haß auf die Römer zu den Tugenden, die Herrmann als nationalen Helden legitimieren. Bei Möser wird die Rache, die geplante Eroberung Roms, zum Leitmotiv der Schlußszene. Gefürchtet wird hier nur «des Friedens Hinterhalt» und die «verfluchte Friedenslust», U. HERRMANN, *«Ich bin fürs Vaterland zu sterben auch bereit»*, S. 35-37.

[24] Zit. nach *ibidem*, S. 44.

[25] Bei Eröffnung des Feldzuges 1756, zit. nach: U. HERRMANN, *Individuum*, S. 70. In der Tradition Klopstocks stand auch Friedrich Leopold von Stolbergs *Lied eines deutschen Knaben* (1774): «Ich stürb', o Vater, stolz wie du, / Den Tod fürs Vaterland». Zit. nach: H.-M. BLITZ, *«Gieb Vater mir ein Schwert!». Identitätskonzepte und Feindbilder in der 'patriotischen' Lyrik Klopstocks und des Göttinger «Hain»*, in U. HERRMANN, *Machtphantasie*, cit., S. 80-122, S. 103.

[26] U. Herrmann, in U. HERRMANN, *Machtphantasie*, cit., S. 14.

[27] W. DEMEL, *Vom aufgeklärten Reformstaat zum bürokratischen Staatsabsolutimus*, München 1993, S. 4. Während des Siebenjährigen Krieges desertierten rund 80.000 Mann, was der Stärke einer kompletten Armee entspricht. Noch während der «Völkerschlacht» bei

handelt sich um eine bewußte Verzerrung der Realität, die durch die Darstellung ihrers Gegenteils verklärt wird. Gleim und Abbt überwanden aber mit dieser Übertragung die Rezeptionshürden des gelehrten Germanendiskurses.

Eine zentrale Stelle scheint sowohl in den Herrmanns-Dramen wie in Abbts Schrift *Vom Tode für das Vaterland* der Freiheitsbegriff einzunehmen. Die Analyse zeigt jedoch, daß die Freiheitsforderung hier jede Bindung an die Aufklärungsdiskussion um die Begründung der politischen Ordnung verloren hat. Welchen Inhalt die «Freiheit» hat, für die es gegen angebliche Feinde zu kämpfen gilt, wird nicht deutlich. Freiheit wird hier negativ bestimmt, als Abwehr von Gefahren, die die Herrschaft des Kampfgegners vermeintlich mitsichbringen. Freiheit ist für Abbt letztlich nichts anderes als die Selbstbehauptung Friedrichs II., unabhängig vom Recht. Abbt Freiheitsbegriff hat keinen Bezug zu religiösen, moralischen, philosophischen oder politischen Werten. Damit verwarf Abbt eine Reihe von Vorstellungen, die bis dahin zum Kernbestand patriotischer Moralität gehört hatten und innerhalb des Reichspatriotismus auch weiterhin gehörten[28].

Die Herrmanns-Dramen Schlegels und Mösers sind als der Beginn eines aggressiven deutschen Nationalismus interpretiert worden[29]. Hierbei wurden jedoch ihr norddeutsch-protestantischer Hintergrund und ihre Entstehungszeit, der Österreichische Erbfolgekrieg, vernachlässigt[30]. Die Her-

Leipzig desertierten die Landwehrmänner zu Tausenden, W. PAPE, *Männerglück. Lyrische Kriegsagitation und Friedenssehnsucht zur Zeit der Bürgerkriege*, in J. DÜLFER (ed), *Kriegsbereitschaft und Friedensordnung in Deutschland 1800-1814*, Münster 1995, S. 101-126, S. 108.

[28] U. HERRMANN, *Individuum*, S. 76. Hans Erich Bödecker und Klaus Bohnen vertreten die schwer nachvollziehbare Auffassung, daß Abbt in dieser Schrift aufklärerische Positionen vertritt, was von Sahmland bestritten wird. H.E. BÖDECKER, *Thomas Abbt: Patriot, Bürger und bürgerliches Bewußtsein*, in R. VIERHAUS (ed), *Bürger und Bürgerlichkeit im Zeitalter der Aufklärung*, Heidelberg 1981, S. 221-253. BOHNEN, *Von den Anfängen des «Nationalsinns». Zur literarischen Patriotismusdebatte im Umfeld des Siebenjährigen Krieges*, in H. SCHEUER (ed), *Dichter und ihre Nation*, Frankfurt a.M. 1993, S. 121-137. I. SAHMLAND, *Ein Weltbürger und seine Nation. Christoph Martin Wieland*, *ibidem*, S. 88-102.

[29] U. HERRMANN, *«Ich bin fürs Vaterland zu sterben auch bereit»*, S. 32-65.

[30] Die Verbindung von Herrmannskult und einem spezifisch protestantischen Nationalbewußtsein zeigt sich noch Jahrzehnte später, am 2. Juli 1773, bei der Geburtstagsfeier des Göttinger Hain-Bundes für Klopstock, bei der es zu der berüchtigten Verbrennung der Schriften Wielands und seines Bildnisses kam. Johann Heinrich Voß plante den Tag zu «feiern, wie ein deutscher Bund das Fest eines der größten Deutschen, mit Herrmann, Luther und Leibniz, feiern muß». Das Fest nahm seinen Anfang mit der Rezitation von Klopstock-Oden und Toasten mit Rheinwein auf Klopstocks Gesundheit, Luthers und Herrmanns Andenken und die Gesundheit des Bundes. H.-M. BLITZ, *Gieb Vater*, S. 99.

rmanns-Dramen stellen den Sieg eines deutschen bzw. germanischen Fürsten über die von Varus geführten kaiserlichen, römischen Armeen dar. Geschrieben wurden sie, während der mächtigste deutsche Fürst, der König des protestantischen Preußen, Krieg gegen den katholischen, römisch-deutschen Kaiser führte. Die in den Herrmanns-Dramen entwikkelten Patriotismuskonzeptionen sind separatistisch und antikaiserlich. Das Gleiche gilt für die Texte von Gleim und Abbt. Die Gleichsetzung der antiken Römer mit den zeitgenössischen Franzosen wurde erst verstärkt, als Frankreich nicht mehr mit Preußen, sondern mit Österreich verbündet war. Wenn Klopstock in seiner *Hermanns Schlacht* (1769) den Römern und damit indirekt den Franzosen die Korrumpierung der «guten Deutschen» sowie Tyrannei vorwarf, traf dies indirekt auch wieder ihren Verbündeten, den römisch-deutschen Kaiser[31]. Erst mit dem Untergang des alten Kaisertums 1806 konnte die Herrmannsfigur zu einem wirklichen nationalen Symbol werden. 1808 mit Heinrich von Kleists *Herrmannsschlacht* werden dann die von Möser, Gleim, Abbt und anderen entwikkelten aggressiven Feindvernichtungsphantasien Teil des gesamtdeutschen Patriotismus, der sich zum Nationalismus moderner Prägung entwickelte.

Die Herrmanns-Dramen des 18. Jahrhunderts, Gleims *Grenadierlieder*, und Abbts Schrift bilden auch insofern eine Grundlage des modernen deutschen Nationalismus, als sie einen Wendepunkt in der neuzeitlichen Bewertung des Krieges darstellen. War die poetische und literarische Reflexion des Dreißigjährigen Krieges noch ganz von den Schrecknissen des Krieges geprägt, so wird nun der Krieg positiv gewertet, die Teilnahme am Krieg heroisiert und das konkrete, blutige Kampfgeschehen ästhetisiert[32]. Die Kriegslyrik der Befreiungskriege und des Krieges von 1870-71 griffen ausdrücklich auf Gleim und Abbt zurück.

Abgesehen von den antiken Vorbildern und den Herrmanns-Dramen ist für Abbts Schrift eine weitere Vorlage zu nennen[33]. Nach der Fertigstellung seines Traktates schrieb Abbt an Zimmermann:

Johann Martin Millers Gedicht *An meine Freunde in Göttingen*: «Ihr, Freunde, seid noch Deutsche, wert des Lands, / Das Herrmanns Schwert befreit, und Luthers Donnerwort / Vom Joche Roms befreit, und Klopstock sang», zit. nach *ibidem*, S. 118.

[31] Bereits 1752 aktualisierte Klopstock in seiner Ode *Fragen* die in der deutschen Tacitusrezeption übliche Antithese Römer-Germanen mit Bezug auf die Schlacht von Höchstedt (1704) zur Feindschaft zwischen Deutschen und «Galliern». H.-M. BLITZ, *Gieb Vater*, S. 89.

[32] U. HERRMANN, *Individuum*, S. 69.

[33] Die Fremd- und Selbststilisierung des bei Kunersdorf gefallenen Dichters Ewald von Kleist als für das Vaterland geopferter Held geht m.E. einschließlich der Grabinschrift zu

«Im Jahre 1759 las ich Ihre Schrift vom Nationalstolz und fand an ihr das erste Modell im Deutschen, wie ich etwas zu schreiben wünschte. Im folgenden Jahre versuchte ich mich nach meinem Muster mit dem Tode fürs Vaterland»[34].

Anders als Zimmermann in der ersten Auflage seiner Schrift *Vom Nationalstolz* versuchte Abbt zu beweisen, daß auch Monarchien Nationalstolz bis hin zur persönlichen Opferbereitschaft verdienen können. Der große Vorteil von Monarchien, gegenüber Republiken schien ihm darin zu bestehen, daß sie es ermöglichen, den abstrakten Begriff des Vaterlandes zu personifizieren, was jenen, die im «niedrigsten Stand geboren sind», die Liebe zum Vaterland erleichtere[35].

Was Abbt zu seiner Schrift motivierte, ist noch nicht hinlänglich geklärt. Vom Inhalt her gesehen ist es jedenfalls unzulässig, den Text als Ausdruck bürgerlichen Freiheitsbewußtseins oder gar der bürgerlichen Emanzipation zu interpretieren, wie es in der Regel geschieht. Wahrscheinlicher ist, daß Abbt nicht zuletzt schrieb, um jene, die das Monopol der Stellenbesetzung hatten, auf sich aufmerksam zu machen. Bereits während seines Studiums in Halle hatte man ihm vorgeschlagen, eine Schrift über Taktik zu schreiben, um die Aufmerksamkeit Friedrichs II. zu erregen[36].

Die Publizistik des Siebenjährigen Krieges und jene, die nach dem Krieg auf diese reagierte, hatte nicht nur zur Intensivierung des patriotischen Denkens geführt, sondern auch zu sich ausschließenden Patriotismus- und Vaterlandskonzeptionen. Es war die preußische Kriegspublizistik, in der erstmals in der Geschichte des politischen Denkens in Deutschland eine erklärtermaßen antireichische Haltung eingenommen und eine Alternative zum Reich angeboten wurde. Gegen diese Publizistik, in der teilweise die Auflösung des Reiches verlangt worden war, wandte sich die anfangs zitierte Schrift *Von dem deutschen Nationalgeist*[37].

einem erheblichen Teil ebenfalls auf diese Vorbilder zurück. Abbt verweist mehrfach, direkt oder indirekt, zuweilen nicht ohne Neid, auf Kleist; T. ABBT, *Vom Tode*, S. 610, 615, 621, 649.

[34] Zit. nach: J. KUNISCH, *Aufklärung*, S. 975.

[35] *Ibidem*, S. 602, 605 f., 614, 625, 633, das Zitat S. 636.

[36] H.E. BÖDECKER, *Thomas Abbt*, S. 228.

[37] Z.B. in Philipp Bogislaus von Chemnitz, Hippolithi a Lapide Abriß der Staats-Verfassung, Staats-Verhältniß, und Bedürfnis des Römischen Reichs Deutscher Nation: Nebst einer Anzeige der Mittel zur Wiederherstellung der Grund-Einrichtung und alten Freiheit nach dem bisherigen Verfall, Mainz 1761. Die Zeitgenossen hatten den Propagandakrieg deutlich wahrgenommen, [J.H. EBERHARD], *Gedanken*, S. 8.

Ihr zunächst unbekannt gebliebener Verfasser, war Friedrich Karl von Moser, Vertreter der Aufklärung und einer der bedeutendsten Publizisten seiner Zeit[38]. Er trat in diesem ideologischen Kampf zwischen Reichs- und Landespatriotismus für das Reich als Identifikationsrahmen ein und forderte eine entsprechende Erziehung der Jugend. Nach den apodiktischen ersten Worten «Wir sind ein Volk» beschrieb er die Befindlichkeit des deutschen Volkes[39] und stellte fest: Wir sind «ein in der Möglichkeit glückliches, in der Tat selbst aber sehr bedauernswürdiges Volk»[40]. Diesen Zustand galt es nach Moser zu überwinden, wenn die Deutschen als Volk überleben wollten. Ein erster Schritt dazu sollte sein Aufruf an die Nation sein[41].

Dabei ließ sich Moser, wie Abbt, von einem Schweizer Vorbild inspirieren. Wiederholt bezog er sich auf den patriotischen Aufschwung, den die 1762 gegründete Helvetische Gesellschaft in der Schweiz ausgelöst hatte. Zu den Gründungsmitgliedern der Helvetischen Gesellschaft gehörte neben Isaak Iselin auch Zimmermann. Ziel der Gesellschaft war es, die Bildung zu heben, den eidgenössischen Geist zu beleben und die entfremdeten Glieder des schweizerischen Bundes wieder zu vereinen. Moser hoffte, dieses Konzept auf das Reich übertragen zu können, welches ähnlich der Schweiz in viele heterogene Territorien gegliedert war.

«Wie glücklich», schreibt Moser, «wie ruhig würde Deutschland alsdann sein, wenn in der Sprache jenes würdigen Eidgenossen ein Berliner Wien, ein Wiener Hannover, ein Hesse Mainz als sein Vaterland achten, lieben und ehren lernte»[42].

[38] Zu Moser (1723-1798) siehe B. RENNER, *Die nationalen Einigungsbestrebungen Friedrich Karl von Mosers 1765-1767*, Diss. Königsberg 1920. H.-H. KAUFMANN, *Friedrich Karl von Moser als Politiker und Publizist*, Darmstadt 1931. Beide Monographien sind durch eine borussische Perspektive geprägt. H. REHDER, *Fromme Politik: Zu den Essays von Friedrich Carl von Moser*, in «Monatshefte. A Journal Devoted to the Study of German Language and Literature», 67, 1975, S. 425-431. N. HAMMERSTEIN, *Das politische Denken Friedrich Carl von Mosers*, in «Historische Zeitschrift», 212, 1971, S. 316-338 sowie *Allgemeine Deutsche Biographie*, 22, S. 764-782.

[39] F.K. VON MOSER, *Nationalgeist*, 1766, S. 5.

[40] *Ibidem*, S. 6.

[41] Der Nationalgeistschrift war bereits ein Aufruf Mosers an die Reichstagsgesandten vorausgegangen, die Reform der Reichsverfassung auszuarbeiten und ihre Dienstherren zur deren Umsetzung zu bewegen, siehe F.K. VON MOSER, *Neu-Jahrs-Wunsch an den Reichs-Tag zu Regensburg*, Frankfurt a.M. 1765, Neudruck als: *(Ein aufgewärmter alter) Neu-Jahrs-Wunsch an den Reichs-Tag zu Regensburg vom Jahre 1765*, in «Neues Patriotisches Archiv für Deutschland», 1, 1792, S. 293-308.

[42] F.K. VON MOSER, *Nationalgeist*, 1766, S. 54 u. 56.

Mit Bezug auf Zimmermann erinnerte Moser daran, daß die Gründung der Helvetischen Gesellschaft nicht von «den Häuptern des Staates», sondern von einem «Arzt, der ein schöner Geist und Patriot» sei, ausgegangen war. In der Schweiz hätten die Obrigkeiten jedoch seinen Ratschlägen ihre Ohren und Herzen geöffnet und wer wisse, «ob nicht in unserem Karlsbad oder Schlangenbad, unserem Schwalbach oder welch anderem Winkel deutscher Erde eine gleich heilbringende Erscheinung, als dem helvetischen Schinznach, aufgehoben ist»[43]. Als Motto war der Nationalgeistschrift folgerichtig ein zur Einheit mahnendes Zitat von Iselin vorangestellt.

Der im deutschen Sprachgebrauch neue Begriff «Nationalgeist» war wahrscheinlich durch französische Vorbilder wie Voltaires «esprit des nations», Montesquieus «esprit de la nation» oder den englischen Begriff «public spirit» inspiriert. Auf den Zusammenhang mit der politischen Kultur Westeuropas verweist Mosers Klage, daß die nationalen Angelegenheiten in Deutschland, anders als bei Briten, Schweizern, Niederländern und Schweden, wo sie sogar von Bauern erörtert würden, kein Gegenstand der öffentlichen Diskussion seien[44]. Nach Mosers Ansicht waren die Untertanen an dieser Situation mitschuldig, da sie sich dem reichsständischen Absolutismus zu leicht beugten und so zur Erosion der Reichsverfassung beitrügen[45].

Moser übte harte Kritik an den deutschen Schriftstellern und distanzierte sich von einer Form des Reichspatriotismus, der keine Ansätze für die Überwindung der gravierenden Verfassungsmängel bot[46]. Ohne sie im

[43] *Ibidem*, S. 46. Ein weiterer Hinweis auf das Schweizer Vorbild *ibidem*, S. 55. In Schinznach war die Helvetische Gesellschaft gegründet worden.

[44] *Ibidem*, S. 9. Noch 20 Jahre später, 1787, schrieb Johannes von Müller zu dem Begriff «Gemeingeist», er sei «für public spirit ein in der Tat nicht angemessenes Wort; aber wo die Sache nicht ist, muß der Ausdruck wohl auch fremd sein», F.K. VON MOSER, *Darstellung des Fürstenbundes*, Leipzig 1787; Abdruck d. 2. verb. Aufl. 1788, in J. VON MÜLLER, *Sämtliche Werke*, hrsg. von J.G. MÜLLER, 27 T., Tübingen 1810-1819, T. 9, S. 13-310, S. 68.

[45] Er klagte sie geradezu an, F.K. VON MOSER, *Nationalgeist*, 1766, S. 38. Diese Ausführungen waren gegen Abbts Besprechung der «Beherzigungen» gerichtet, der behauptet hatte, es gebe kein deutsches Interesse, an dem die Untertanen teilnehmen könnten. *Ibidem*, S. 23, zitiert Moser Abbt. Vgl. T. ABBT, *Briefe, die neueste Literatur betreffend*, 180. Brief, T. 11, Berlin 1761, S. 3-32, S. 28. C. PRIGNITZ, *Vaterlandsliebe und Freiheit. Deutscher Patriotismus von 1750 bis 1850*, Wiesbaden 1981, S. 25.

[46] «Die besten begnügen sich, Deutschland vorzustellen, wie es sein sollte, gleich als ob dem Kranken mit der Beschreibung eines vollkommen gesunden Menschen ... geholfen wäre», F.K. VON MOSER, *Nationalgeist*, 1766, S. 13.

Detail zu benennen, wünschte Moser konkrete Reformschritte, die, wie bereits im Neujahrswunsch geäußert, durch Mehrheitsentscheidungen auf dem Reichstag herbeigeführt werden sollten, um die Verfassungsrealität dem Verfassungsideal anzunähern[47]. Von daher ist es verständlich, daß er «die Freiheit des Stimmrechts», auch der Mindermächtigen, als das «größte Kleinod» verteidigte[48]. Freilich erwartete er keinen einmaligen, umfassenden Reformakt, sondern glaubte vielmehr, daß, wie sich «die Verderbnis einer politischen Verfassung nur stufenweise» vollziehe, sich auch ihre «Verbesserung» nur allmählich über einen Bewußtseinswandel erreichen lasse[49]. Das wichtigste Mittel dazu sei die Erziehung der Jugend, insbesondere der Erbprinzen[50].

Als ersten Schritt schlug Moser den deutschen Staatsmännern vor, «Bekanntschaft» mit «Gelehrten von ausgezeichneten Fähigkeiten» zu suchen und mit ihnen einen Briefwechsel über die «Grundsätze unserer gemeinsamen Wohlfahrt, die Ehre der Gesetze,» und «die allgemeine Freiheit» zu führen[51]. Doch könne der patriotische Aufbruch nicht wie ein Kreiskonvent oder eine Akademie angeordnet werden, «das deutsche Herz» müsse in freier und ungezwungener Art dazu geleitet werden, die Gelegenheit lasse sich «nicht erzwingen, nicht einmal suchen, sondern nur finden; die Patriotenstunde muß gekommen sein»[52]. Er hatte jedoch bereits zuvor mehrfach darauf hingewiesen, daß der Zeitpunkt des Handelns nun gekommen sei[53].

Den Reichsfürsten warf Moser vor – dies war ein alter Topos der deutschen Fürstenkritik –, daß sie die Reichstage nicht mehr selbst besuchten, um sich mit den Geschäften, ihren Mitständen und ihrem Oberhaupt bekannt zu machen. Es sei ein Unglück, daß sie nicht mehr in die Dienste des Kaisers träten und ihre Söhne nicht mehr an den kaiserlichen Hof

[47] *Ibidem*, S. 23 f. Moser sah es jedoch schon für einen großen Gewinn an, wenn nur die bestehenden Reichsgesetze eingehalten würden, *ibidem*.

[48] *Ibidem*, S. 32.

[49] *Ibidem*, S. 41.

[50] Moser zitierte in diesem Sinne Friedrich II. und kommentierte süffisant: «Welch ein Zeugnis aus diesem Munde?», *ibidem*, S. 42. H.-H. KAUFMANN, *Moser*, S. 22.

[51] F.K. VON MOSER, *Nationalgeist*, 1766, S. 44 f.

[52] *Ibidem*, S. 46.

[53] F.K. VON MOSER, *Neujahrs-Wunsch*, S. 5: «Wir haben sie erlebt, Gott hat sie uns geschenkt, die goldene, die lang erwartete Stunde», vgl. F.K. VON MOSER, *Nationalgeist*, 1766, S. 53.

schicken, damit sie lernen, «was Gottes, des Kaisers und der Stände sei»[54]. Das «militärische Staatsrecht» habe alle Sorgen dieser Art verschlungen[55]. Das Schwert, nicht die Pflicht regiere nun im Reich, die Fürsten forderten «blinden und unumschränkten Gehorsam» vom Edelmann bis zum Bauern[56]. Das Räsonieren über Recht und Unrechtmäßigkeit eines Krieges, über die Grade des Gehorsams und über die Vereinbarkeit der Kabinettsentschlüsse mit den Gesetzen des Reiches habe «ein Ende» und werde sogar bei freigeborenen Edelmännern als Verrat angesehen[57]. Wie viele Gelehrte des 18. Jahrhunderts war Moser der Ansicht, daß die «militärische Regierungsart» die Menschenwürde verletze[58]. Da auch das Verhältnis der Reichsstände untereinander durch Gewaltanwendung bestimmt wurde, mahnte Moser eindringlich zur Umkehr, da anderenfalls nur die mächtigsten Stände ihre Selbständigkeit behaupten würden[59].

Außerdem bezweifelte Moser, ob unter hundert Staatsmännern, von deren Rat oft die Ruhe oder Erschütterung des ganzen Reiches abhänge, zwanzig seien, welche die Reichsgesetze gelesen und sich «mit deren Geist und Sinn» bekannt gemacht hätten[60], zumal sie, von Göttingen abgesehen[61], nur tendenziös gelehrt würden[62]. Die «überhand nehmende Unwissenheit» in bezug auf die «unsere Freiheit bestimmenden Gesetze» habe die «Gleichgültigkeit in deren Befolgung» und die «Sorglosigkeit um deren

[54] *Ibidem*, S. 10.

[55] «Sein Vaterland zu lieben ist keine Ehre mehr», aber «es zu verheeren und zu verwüsten», *ibidem*, S. 10 f.

[56] *Ibidem*, S. 24. Diese Position vertrat auch sein Vater, der ebenfalls den Begriff «militärisches Staatsrecht» gebrauchte, F.K. VON MOSER, *Von der Landeshoheit derer Teutschen Reichsstände überhaupt*, Frankfurt a.M. 1773, S. 251, 254, 257 f. Der jüngere Moser sprach später vom «Gespenst der Trommel», F.K. VON MOSER, *Politische Wahrheiten*, 2 Bde., 1, Zürich 1796, S. 105. N. HAMMERSTEIN, *Denken*, S. 322. Am Wiener Hof bediente man sich in bezug auf Preußen einer ähnlichen Terminologie, J. KUNISCH, *Der Ausgang des Siebenjährigen Krieges*, in «Zeitschrift für historische Forschung», 2, 1975, S. 174-222, S. 220.

[57] F.K. VON MOSER, *Nationalgeist*, 1766, S. 24 f.

[58] H.H. KAUFMANN, *Moser*, S. 18. Das Ziel dieser Regierungsart wurde Moser von Ludwig IX. von Hessen-Darmstadt erläutert, *ibidem*, S. 149.

[59] F.K. VON MOSER, *Nationalgeist*, 1766, S. 27, 32 u. 37.

[60] *Ibidem*, S. 11 f.

[61] *Ibidem*, S. 13, mit Bezug auf Montesquieu.

[62] *Ibidem*, S. 14, S. 16 werden noch die Universitäten von Leipzig, Gießen und Tübingen genannt. Ein Gegenkonzept hatte Moser von 1749 bis 1751 in der von seinem Vater in Hanau gegründeten Staatsakademie zu verwirklichen versucht.

Erhaltung immer allgemeiner» werden lassen[63]. Die Hochschullehrer, die das Reichsstaatsrecht zugunsten ihrer Landesherren verzerrt an die Jugend weitergaben, betrachtete Moser als Hochverräter, die durch keinen Befehlsnotstand zu rechtfertigen seien[64]. Sie machte er dafür verantwortlich, daß Deutschland allmählich ein neues Staatsrecht bekommen habe[65]. Ständische Publizisten wie Leibniz[66] stellten die Existenz der deutschen Nation in Frage, da sie die Bewohner der verschiedenen Regionen einander entfremdeten und «dieses Fremdsein, diese Flucht voreinander» alle Ansätze für eine Besserung gefährde[67].

Um der negativen Entwicklung entgegenzusteuern, forderte Moser, daß nur «wahre Patrioten» an den Universitäten unterrichten sollten, fragte jedoch verzweifelnd: «Wo sollte man sie aber für 25 Universitäten suchen? und wie lange würden sie bestehen? da die Universitäten in Deutschland überhaupt von den Reichsständen abhängen»[68]. Dies implizierte, daß eine Besserung nur von den Fürsten kommen konnte. Moser wünschte, daß sie fähige junge Männer durch Deutschland reisen ließen, damit sie dessen Teile kennenlernen und mit richtigen Begriffen und ohne Vorurteile in den Dienst des Staates träten[69]. Junge Katholiken sollten nicht nur katholische Länder kennenlernen, sondern auch Berlin, Dresden, Hannover oder Kassel, Protestanten aus Nord- und Ostdeutschland auch die militärisch schwachen, aber wohlhabenden Territorien des Südwestens, wo die Reichsverfassung noch funktionierte und es «noch Spuren des Nationalgeistes» gäbe. Angehende Reichsjuristen sollten nicht nur nach Wetzlar und Regensburg reisen, sondern sich auch über die Ansichten der Höfe informieren[70]. Bitter klagte Moser auch über die negativen Folgen der konfessionellen Spaltung[71], die Kontroversliteratur bewirke, daß bereits der Jugend der «verkehrte und schädliche Begriff von einem ge-

[63] *Ibidem*, S. 35. Ähnlich, *ibidem*, S. 29, 52 f. u. 49.

[64] *Ibidem*, S. 27.

[65] *Ibidem*, S. 22.

[66] Leibniz hatte er schon im *Neujahrswunsch* angegriffen, F.K. VON MOSER, *Ein aufgewärmter*, S. 304.

[67] F.K. VON MOSER, *Nationalgeist*, 1766, S. 28 f., ähnlich S. 7.

[68] Er zitierte Gundling: «In Deutschland ist zwar vieles kontrovers, aber es geht alles wider den Kaiser», *ibidem*, S. 15.

[69] *Ibidem*, S. 48.

[70] *Ibidem*, S. 47-52.

[71] *Ibidem*, S. 17-20.

doppelten Vaterland, einem katholischen und evangelischen» eingeprägt werde[72].

Eine weitere Ursache für den mangelnden Nationalgeist sei, daß einige «deutsche Provinzen» mittlerweile so mächtig und in sich geschlossen seien, daß sie das «schwächere Interesse des Ganzen» mißachten könnten[73], so daß man nun zwischen dem eigentlichen Reich und den größeren Ständen unterscheide und brandenburgische Edelleute nichts mehr von einem gemeinsamen deutschen Vaterland wissen wollten. Zu dieser «separatistischen» Einstellung habe beigetragen, daß einige Stände auswärtige Kronen erlangt hätten[74]. Der so entstandene «monarchische Geist» habe bei vielen Gelehrten die «Kenntnis» verwischt, daß ihre Herren, ihrer «jetzigen Riesenmacht ungeachtet», «noch in Deutschland» und «unter dessen Verfassung leben, an dessen Gesetze gebunden, dem Vaterland, ihren Mitständen und Mitdeutschen mit Nationalpflichten verwandt» seien[75]. Angesichts dieser Situation sei allein der Reichstag der «schwache Faden», mit dem manche Länder noch «an das gemeinschaftliche Band» der Verfassung geknüpft seien; sollte er zerreißen, so gliche Deutschland einer Landkarte vieler vom festen Land abgerissener Inseln, deren Bewohnern Fähren und Brücken fehlten, um die Kommunikation aufrechtzuerhalten[76].

Mosers mahnende Erinnerung, daß man «seit 25 Jahren», also seit 1740, höre, es hänge allein vom Belieben eines Monarchen ab, ob er sich vom Reich trenne, konnte nicht nur auf Preußen, sondern auch auf Österreich bezogen werden. An dieser Stelle griff er die Drohung auf, daß dann die Reichslehen dieses Standes eingezogen werden müßten, betonte allerdings auch die damit verbundenen Schwierigkeiten[77].

Angesichts dieser Gefahren pochte Moser unermüdlich auf die Einhaltung der Reichsgesetze, die er für die beste «Kur» des Reiches hielt[78],

72 *Ibidem*, S. 19. Später trat Moser, in der Beantwortung der Preisfrage des Fuldaer Regierungspräsidenten von Bibra, wie die Verfassung der geistlichen Territorien zu bessern sei, für die Trennung von geistlicher und weltlicher Verfassung ein, F.K. VON MOSER, *Über die Regierung der geistlichen Staaten*, Frankfurt a.M. 1787.

73 F.K. VON MOSER, *Nationalgeist*, 1766, S. 20.

74 *Ibidem*, S. 21.

75 *Ibidem*, S. 22 f.

76 *Ibidem*, S. 35.

77 *Ibidem*, S. 34 f.

78 Auch hinsichtlich des Wohlergehens der Untertanen, *ibidem*, S. 39.

dessen Heilung allein eine Frage des Willens sei[79]. Mosers Appell an den Nationalgeist gipfelte in der Aufforderung, an das Vaterland wie an eine Kirche zu glauben[80]. Konzeptionell beschritt er hier den gleichen Weg wie Thomas Abbt. Am Ende des 20. Jahrhunderts schrieb ein deutscher Historiker: «Die Nationalbewegung – und dies macht den entscheidenden Teil ihrer Wirkung aus – war eine Glaubensbewegung»[81].

Die Schrift vom *Nationalgeist* war keine staatsrechtliche oder historische Untersuchung, sondern ein politisches Manifest, dessen Ziel es war, das Reich in zeitgemäßen Formen wiederzubeleben[82]. Immerhin hatte Moser konkrete Vorschläge unterbreitet, wie die zunehmende Entfremdung der Deutschen überwunden werden könne. Durch sein Konzept der Ausbildung reichsständischer Funktionäre sowie der Mitglieder der Reichsadministration und -justiz, das eine Neustrukturierung der Bildungsreisen beinhaltete, sollte die gesamtdeutsche Funktionselite einen gemeinsamen Bildungshintergrund und einen gemeinsamen «Geist» erhalten, der als Fundament verständnisvoller und fruchtbarer Interaktion zugunsten des Reiches hätte dienen sollen.

Die berühmtesten Kritiker besprachen das Werk[83], der dänische Minister Bernstorff und der hannoversche Minister Münchhausen beglückwünschten ihn, und auch der kaiserliche Gesandte Graf Pergen und der Reichsvizekanzler Fürst Colloredo hielten ihren Beifall nicht zurück[84].

Aus dem partikularistischen Lager erhoben jedoch die reichsständischen Patrioten, die Anwälte des Landespatriotismus, ihre Stimmen gegen Mosers Konzept des deutschen «Nationalgeistes». Sie bezweifelten, daß es eine Identität zwischen dem Reich und der Nation gebe bzw. daß überhaupt eine deutsche Nation und von daher die Möglichkeit eines deutschen

[79] *Ibidem*, S. 40. Die «größte Kunst» und das «noch nicht endeckte Heilmittel» sei jedoch, «die Herren und Häupter unseres Vaterlandes zu bewegen, das zu wollen, was sie wollen sollten», *ibidem*, S. 40.

[80] *Ibidem*, S. 41.

[81] H. SCHULZE, *Der Weg zum Nationalstaat*, München 1985, S. 7.

[82] H.-H. KAUFMANN, *Moser*, S. 174. Der Vorwurf, daß Moser die Mängel der Reichsverfassung nur «durch eine alle Deutschen verbindende Vaterlandsliebe» verdecken wollte, vernachlässigt Mosers Aufgabenbeschreibung für die Patrioten, vgl. *ibidem*, S. 169.

[83] *Ibidem*, S. 125. J.G. GAGLIARDO, *Reich and Nation*, Bloomington 1980, S. 57. Zusammenfassung der Kritiken bei B. RENNER, *Die nationalen Einigungsbestrebungen*, S. 44-63.

[84] H.-H. KAUFMANN, *Moser*, S. 127.

«Nationalgeistes» existiere[85]. Einen sicheren Existenzrahmen und Entwicklungsmöglichkeiten für das Bürgertum wollten sie nur in den Territorien sehen[86].

Trotz einer Vielzahl von Gegenschriften hatte Mosers Versuch das deutsche Nationalbewußtsein zu beleben, langfristig Folgen: Seine Ansicht, daß das Reich und seine Verfassung Gegenstand des deutschen Patriotismus sein müsse und daß die zeitgemäße Reform der Reichsverfassung zu den Zielen dieses Patriotismus gehören müsse, wurde bis zum Ende des Reiches oft wiederholt[87]. Noch am Ende der napoleonischen Epoche beriefen sich nationalgesinnte Publizisten auf seine Konzeption und verbanden damit, wie Moser[88], die Forderung nach Partizipation des Bürgertums an politischen Entscheidungsprozessen. Wie zügig der Konstituierungsprozeß der deutschen Nation nach der Nationalgeistdebatte voranschritt, zeigte sich, als Friedrich II. 1780 in seiner Schrift *De la littérature allemande* den Versuch unternahm, die Entwicklung der deutschen Literatur auf die ästhetischen und inhaltlichen Vorgaben der französischen Literatur zu verpflichten. Ein letztes Mal ging es hier um die Bühnen-, Literatur- und Wissenschaftsfähigkeit der deutschen Sprache. Friedrich II. stieß auf den massiven Widerspruch Mösers, Wielands, Hamanns und anderer, die sich übereinstimmend zur Brauchbarkeit und zum Wert der deutschen Sprache bekannten und sich teilweise sogar anschickten, den Wert der von Friedrich II. geschätzten französischen Sprache in Frage zu stellen. Der preußische König konnte sich in diesem antideutschen «Kulturkampf» nicht durchsetzen[89].

[85] F.C.K. VON CREUZ (ed), *Versuch einer pragmatischen Geschichte von der merkwürdigen Zusammenkunft des deutschen Nationalgeistes und der politischen Kleinigkeiten auf dem Römer in Frankfurt nebst angehängten Anmerkungen, Gegenanmerkungen und Repliken sämtlich den berühmten Nationalgeist betreffend*, Frankfurt a.M. 1767, S. 4, 23 f. u. öfter. J. MÖSER, in «Allgemeine Deutsche Bibliothek», 6, 1768, 1, S. 4.

[86] J.A. EBERHARD in «Allgemeine Deutsche Bibliothek», 9, 1769, 1, S. 228-230.

[87] F.K. VON MOSER in «Neues Patriotisches Archiv für Deutschland», 1, 1792, S. 304. DERS., *Nationalgeist*, 1766, S. 6, ähnlich, *ibidem*, S. 54. DERS., *Beherzigungen*, S. 241. *Kritik der deutschen Reichsverfassung*, 1.: *Kritik der Regierungsform des deutschen Reiches, Germanien 1796*, S. V u. 73: Denn «welcher deutscher Mann, der nur um der Reichsverfassung willen deutscher Patriot sein» könne, wünsche nicht die Fehler «in der allgemeinen Gesetzgebung» gehoben zu sehen.

[88] Moser hatte ein «Unterhaus» bzw. eine Vertretung des dritten Standes gefordert, F.K. VON MOSER, *Patriotische Briefe*, Frankfurt a.M. 1767, S. 62-64.

[89] Der vollständige Titel: *De la littérature allemande; des défauts qu'on peut reprocher; quelles en sont les causes; par quels moyens on peut les corriger.* Am besten zugänglich in FRIEDRICH DER GROSSE, *De la littérature allemande*, Französisch-Deutsch, mit der Möserschen

In diesem Zusammenhang ist auch die 1783 von der Berliner Akademie der Wissenschaften gestellte Preisfrage zu sehen: «Was hat die französische Sprache zu einer Universalsprache gemacht, warum verdient sie diesen Vorzug? Darf man vermuten, daß sie ihn bewahrt?» Da die französische Kultur im Deutschland des ausgehenden 18. Jahrhunderts zunehmend als Kultur des Adels und der Höfe verstanden wurde, erhielt die antifriderizianische Verteidigung der deutschen Sprache und der spätere Kampf gegen das Welschtum eine entschieden bürgerliche Note. Der Nationalgedanke wurde so bereits im 18. Jahrhundert zum «ideologischen Konstrukt» des Bürgertums. Damit gewann auch der Gedanke an die Verwirklichung eines Nationalstaates Kontur.

Den Zusammenhang zwischen deutscher Sprache, deutscher Identität und deutschem Staat bzw. Reich hatte Moser, schon lange bevor Friedrich II. die oben geschilderte Diskussion auslöste, hervorgehoben. Im ersten Satz der Nationalgeistschrift hatte Moser den gemeinsamen Besitz der Sprache, des Namens, der Geschichte, des Oberhauptes, der Verfassung und der Gesetze sowie von Rechten und Pflichten und das daraus resultierende gemeinsame Interesse der Freiheit als jene Eigenschaften benannt, die die Einheit des deutschen Volkes konstituierten[90]. Von daher erscheint es nicht verwunderlich, daß Moser in der modernen deutschen Historiographie stets «als publizistischer Wortführer der bürgerlichen Emanzipationsbewegung» angeführt wird[91].

Mosers Schrift scheint somit allein ein Phänomen der Geistesgeschichte zu sein, des gesamteuropäischen Diskurses über die Nationalcharaktere und jenes der deutschen Gelehrten über ihre nationale Identität. Der Ursprung der Schrift liegt jedoch woanders; abgefaßt wurde sie im Auftrage des kaiserlichen Hofes, der sie auch korrigierte und den Verfasser bezahlte[92]. Das Ziel der Aktion bestand darin, die deutsche Nation nach

Gegenschrift, kritische Ausgabe hrsg. von C. GUTKNECHT - P. KEMER, Hamburg 1969. W. WOESLER, *Die Idee der deutschen Nationalliteratur in der zweiten Hälfte des 18. Jahrhunderts*, in K. GARBER (ed), *Nation und Literatur im Europa der Frühen Neuzeit*, Tübingen 1989, S. 716-733.

[90] F.K. VON MOSER, *Nationalgeist*, 1766, S. 5.

[91] Stellvertretend: U.A. BECHER J., *Politische Gesellschaft. Studien zur Genese bürgerlicher Öffentlichkeit in Deutschland*, Göttingen 1978, S. 13.

[92] Am 20. Dezember 1764 war es Johann Anton Graf von Pergen, dem kaiserlichen Gesandten am oberrheinischen Kreis, gelungen, Moser gegen eine jährliche Pension von 1500 Gulden – sie wurde später erhöht – als Informanten und Publizisten für den kaiserlichen Hof zu gewinnen, H.-H. KAUFMANN, *Moser*, S. 108-112. Dieser Zusammenhang ist von der späteren Forschung ignoriert worden. Vgl. O. DANN, *Herder*, S. 316: «Jeder, der

dem Siebenjährigen Krieg, der auch auf der ideologisch-propagandistischen Ebene eine bislang unbekannte Intensität erreicht hatte, unter ihrem kaiserlichen Oberhaupt, Kaiser Joseph II., zu einen. Man wollte einen Begriff von der eigenen Nation zum Leben erwecken, der die Wirkungen der reichszersetzenden, die Autorität des Kaisers untergrabenen, antikaiserlichen Publizistik zu paralysieren vermochte. Es war ein Versuch, den Partikularismus zu überwinden und den Deutschen das Bewußtsein von einer die Landesgrenzen und die Eigeninteressen der Fürsten überwindenden Einheit ihrer Nation und Verfassung zu vermitteln. Kaunitz war der Überzeugung, daß die Schriftsteller zu allen Zeiten einen großen Einfluß auf «den Geist und die Denkungsart» der Nation hatten. Als Beleg führte er den Erfolg der großen antikaiserlichen Publizisten des 17. und 18. Jahrhunderts, Monzambano, Hippolithus a Lapide, Thomasius und Ludewig an, die sogar akademische Schulen gegründet hätten, während an vielen katholischen Universitäten das Reichsstaatsrecht nicht gelehrt würde. Da in allem, was die «Meinungen» beträfe, nicht Gewalt, sondern nur Überzeugung etwas ausrichten könne, gäbe es kein anderes Mittel als die «so allgemein ausgestreuten und so tief eingewurzelten Irrlehren nach und nach» auf demselben Wege, wie sie entstanden sind, mit Hilfe der Publizistik, auszurotten[93].

Im Siebenjährigen Krieg waren von preußischer Seite konfessionelle Argumente massiv propagandistisch instrumentalisiert worden. Daher war man nach dem Krieg in Wien bemüht, jeden Anschein konfessioneller Absichten zu vermeiden. Aus diesem Grunde hatte man sich gezielt unter den protestantischen Schriftstellern Deutschlands umgesehen und schließlich Moser ausgewählt[94]. Die in Wien auf höchster Ebene zwischen dem

sich mit der deutschen Literatur und Publizistik um 1770 befaßt, ist beeindruckt von der so betont 'deutschen', nationalen Akzentuierung der Diskussion, die damals aufbrach. Hier von einer 'Bewegung' zu sprechen, drängt sich dem Beobachter auch heute noch auf. Die näheren Umstände und Hintergründe sind nur wenig erforscht». Ähnlich, *ibidem*, S. 324 f., 331 u. 326: «Bei Moser selbst wäre anzusetzen, der bei diesem Thema blieb». Zu Zeitschriften mit nationaler Ausrichtung und zur Gründung der verschiedenen Nationaltheater, *ibidem*, S. 329 u. 330 f.

[93] KAUNITZ, *Beantwortung der 21 Fragen Kaiser Josephs II. zum künftigen System der Reichspolitik*, in J.J. FÜRST VON KHEVENHÜLLER-METSCH, *Aus der Zeit Maria Theresias. Tagebuch des Fürsten Johann Josef Khevenhüller-Metsch 1742-1778*, hrsg. von H. SCHLITTER, 6: *1764-1767*, Wien 1917, S. 502-518, S. 515. Auch Colloredo wies auf die Bedeutung der Universitäten hin, *ibidem*, S. 493.

[94] Als Kaiser Joseph II. im November 1766 seinen wichtigsten Mitarbeitern, Reichsvizekanzler Colloredo, Staatskanzler Kaunitz und dem kaiserlichen Spitzendiplomaten Graf Pergen, 21 Fragen zu den künftigen Grundsätzen der Reichspolitik vorlegte, erkundigte er sich auch nach der Möglichkeit, protestantische Publizisten zu gewinnen, um die

Kaiser und seinen wichtigsten Mitarbeitern entwickelte und von Moser umgesetzte Konzeption nahm Bemühungen vorweg, die der Freiherr vom Stein ein halbes Jahrhundert später im Kontext der Befreiungskriege unternahm[95].

Die Vorbereitung der Nationalgeistagitation in Wien enthüllt ihren engen Zusammenhang mit der unmittelbar bevorstehenden Reichskammergerichtsvisitation[96]. Es handelte sich um die publizistische Einstimmung auf eine kaiserliche Politik, die darauf zielte, die Position des Kaisers zu stärken. Hierzu sollten zunächst die verfassungsmäßigen Möglichkeiten des Reichsoberhauptes voll ausgeschöpft werden, darüber hinaus strebte man in Wien jedoch auch die Führung der deutschen Nation an, die es aber erst noch zu schaffen galt. Dies hoffte man durch eine Integrationsideologie zu erreichen, deren Bestandteile neben dem Kaiser als Oberhaupt der Nation und dem Reich als ihrem Rahmen der Rechts- und Freiheitsschutz für die nichtadligen Einwohner des Reiches waren. Der Kaiser und seine wichtigsten Berater glaubten, dieses Programm während der Reichskammergerichtsvisitation in eine für alle Reichseinwohner sichtbare Politik umsetzen zu können. Von daher liegt die Vermutung nahe, daß die in der zweiten Hälfte der 1770er Jahre beobachtete «Abschwächung der nationalen Akzentuierung»[97] unmittelbar mit dem endgültigen Scheitern der Reichskammergerichtsvisitation 1776 zusammenhing. Denn mit ihrem Scheitern brach die seit dem Regierungsantritt Josephs II. anhaltende patriotische Hochstimmung, die von der Person des jungen Kaisers inspiriert war und eine Reform der Reichsverfassung erhoffte, vorerst zusammen.

Einheit im Reich zu fördern und die Position des Kaisers, speziell sein Richteramt, zu sichern sowie die «gefährlichen Lehrsätze der meisten protestantischen Publizisten zu entlarven», 11. Frage, J.J. FÜRST VON KHEVENHÜLLER-METSCH, *Aus der Zeit Maria Theresias*, 6, S. 481.

[95] Stein versammelte 1806 in Königsberg einen Kreis von Schriftstellern wie Arndt, Körner, Arnim und Kleist um sich, da er überzeugt war, daß nur sie die bislang unzureichend entwickelte Vorstellung eines gesamtdeutschen Vaterlandes propagieren und in breiteren Schichten verankern konnten. «Auf den Deutschen wirkt Schriftstellerei mehr als auf andere Nationen, wegen ihrer Leselust und der großen Menge von Menschen, auf die die öffentlichen Lehranstalten einen Einfluß» haben, KARL FREIHERR VOM STEIN, *Briefe und amtliche Schriften*, hrsg. von E. BOTZENHARDT - W. HUBATSCH, 3, Stuttgart 1961, S. 818. S. MOSSMANN, *Das Fremde ausscheiden. Antisemitismus und Nationalbewußtsein bei Ludwig Achim von Arnim und in der «Christlich-deutschen Tischgesellschaft»*, in U. HERRMANN, *Machtphantasie*, S. 123-159, S. 127.

[96] K.O. VON ARETIN, *Kaiser Joseph II. und die Reichskammergerichtsvisitation 1766-1776*, in «Zeitschrift für Neuere Rechtsgeschichte», 13, 1991, S. 129-144.

[97] O. DANN, *Herder*, S. 331.

Somit ist die Nationalgeistdebatte Teil eines zunächst gescheiterten Versuches des «nation-building»[98]. Die Übertragung des Schweizer Vorbildes auf das Reich war nicht zuletzt an den begrenzten finanziellen Möglichkeiten des kaiserlichen Hofes gescheitert, obwohl einer der berühmtesten Schriftsteller Deutschlands für den Versuch gewonnen worden war.

Betrachtet man das Verhältnis der drei deutschsprachigen Schlüsseltexte zum nationalen Bewußtsein in der zweiten Hälfte des 18. Jahrhunderts, die Schriften von Zimmermann, Abbt und Moser, so ist festzustellen, daß ihnen die seit dem Humanismus gepflegte Antikenrezeption gemeinsam war. Gemeinsam war ihnen auch ein neuer Stil, der nicht mehr mit Verweisen auf die Geschichte, auf Autoritäten und mit Anmerkungen überfrachtet war, wie es bislang im älteren Traktatenstil bei der Behandlung politischer Angelegenheiten üblich war. Alle drei Schriften hatten einen ausgesprochen appellativen Charakter. Dabei waren die Texte von Abbt und Moser von Schweizer Vorbildern inspiriert. Mosers Text befindet sich sogar in einer doppelten Abhängigkeit, weil er auch eine Entgegnung auf Abbts Arbeit darstellt. Abbt nahm zudem Elemente des Reichspatriotismus auf und versuchte sie, unter Abstreifung des gesamtdeutschen Gedankens, für die Loyalität gegenüber dem preußischen König zu instrumentalisieren. Abbts Text nimmt durch sein hohes Aggressionspotential eine Ausnahmeposition ein. Berücksichtigt man, daß die entsprechenden Motive bereits 1749 in Mösers Arminius-Drama entwickelt waren und bedenkt ihre weitere Rezeption, zeigt sich, daß das chauvinistische, fremdenfeindliche Vaterlandskonzept zunächst von Verfassern fiktionaler Literatur entwickelt, dann in die politische Publizistik Eingang fand und auf die Gegenwart bezogen wurde und erst anschließend zu einem Massenphänomen wurde.

Der Reichspatriotismus wiederum wurde mit Mosers Text, durch den Freiheitsgedanken und die Idee der politischen Partizipation, die sich zwar bei Zimmermann, aber nicht bei Abbt findet, auf ein neues zukunfts-

[98] Damit sollen andere Erklärungsmodelle für das Entstehen eines qualitativ neuen nationalen Bewußtseins nicht bestritten, sondern nur ergänzt werden. Wichtig sind die Modelle von E. SCHULIN (*Identitätssuche nach dem Verfall der feudalen Gesellschaft*), E. GELLNER (*Übergang zur Industriegesellschaft*), H.A. WINKLER (*Religionsersatz*), U. HERRMANN (*Verbindung von gesellschaftlichen und persönlichen Umbruchssituationen; Individualisierung, Universitäts- und Nachuniversitätszeit*). Vgl. E. SCHULIN, *Weltbürgertum und deutscher Volksgeist. Die romantische Nationalisierung im frühen 19. Jahrhundert*, in B. MARTIN (ed), *Deutschland in Europa. Ein historischer Rückblick*, München 1992, S. 105-125; E. GELLNER, *Nationalismus und Moderne*, Berlin 1991; H.A. WINKLER, *Nationalismus und seine Funktionen*, in H.A. WINKLER, *Nationalismus*, Königstein/Ts. 1978, S. 5-48; U. HERRMANN, in U. HERMANN, *Machtphantasie*, S. 21. U. HERMANN, *Individuum*.

weisendes Niveau gehoben. Dem Reichspatriotismus blieben die im norddeutsch-protestantischen Kulturraum entwickelten chauvinistischen Motive bis zum Untergang des Reiches fremd, er blieb patriotisch im Sinne der Tugendlehre der Aufklärung. Erst während des Kampfes gegen die napoleonischen Truppen wurden die martialischen Argumentationsmuster, die ursprünglich gegen die reichische, nationale Gesamtstaatsidee gerichtet waren, auch Teil des gesamtdeutschen Patriotismus. Vorraussetzung dafür war, daß der Dualismus zwischen dem katholischen Kaiser und den protestantischen Reichsständen bzw. zwischen Österreich und Preußen in dieser Situation aufgehoben war.

Die Nationalgeistdebatte verdeutlicht somit paradigmatisch, wie wichtig Traditionskonstruktionen und Integrationsideologien für die Legitimation oder Nichtlegitimation von Herrschaft und damit für die geographische Ausdehnung staatsrechtlich-politischer Ordnungen sind.

Der Slogan «Wir sind ein Volk» erscheint somit rückblickend als ein in verschiedenen Zeiten tragfähiges Identitätsprogramm. Eine Formel, die man in verschiedene Gleichungen bzw. in unterschiedlichen politischen Konstellationen einsetzen kann. Es handelt sich um die Einforderung von Gruppeninteressen als nationales Interesse. Und zumindest für das 18. Jahrhundert läßt sich zweifelsfrei belegen, daß das, was als nationale Selbstfindung des Volkes erscheint, in Wirklichkeit eine Inszenierung der konkurrierenden deutschen Obrigkeiten war[99]. In der Schweiz hatte sich die nationale Selbstfindung des Bürgertums vollzogen, dieses Vorbild wurde in Deutschland von Publizisten aufgegriffen, die im Dienste konkurrierender Obrigkeiten standen und die Politik dieser Obrigkeiten legitimieren wollten und sollten. Hierbei läßt sich beobachten, wie zunächst innerhalb einer schmalen Bildungselite konkurrierende Konzepte der nationalen Identität entwickelt wurden, die spätestens in der Propaganda der Befreiungskriege verschmolzen und eine große Breitenwirkung erzielten.

Damit eine Gemeinschaft, eine Nation, sich als solche vorstellen konnte[100], mußte ihr diese Vorstellung selbst erst vorgestellt werden. Die interessierten Zeitgenossen in der zweiten Hälfte des 18. Jahrhunderts waren sich dessen bewußt. Dies zeigen die intensiven Beratungen des Kaisers

[99] Es ist nicht zwangsläufig, daß «ein Bedürfnis nach Information und Diskussion» am «Beginn jeder Politisierung» steht. Am Beginn kann auch Agitation stehen, ihre Erfolgsaussichten sind jedoch umso größer, wenn sie auf eine entsprechende Disposition trifft. Insofern möchte ich Danns Ausführungen ergänzen, vgl. O. DANN, *Herder*, S. 330.

[100] B. ANDERSON, *Die Erfindung der Nation. Zur Karriere eines erfolgreichen Konzepts*, erweiterte Neuaufl., Frankfurt a.M. 1996, S. 15.

mit seinen wichtigsten Mitarbeitern zu Beginn der Nationalgeistdebatte. Aber auch Abbt hat es klar formuliert. Für das Vaterland sterben zu wollen, war für ihn eine Disposition, die vermittelt werden kann. Es gebe «gewisse Stempel», so schrieb er,

«die jeder Seele können aufgedrückt werden, wenn sie nur nicht ganz von Kot ist. Sie braucht eben nicht die Polierung zu haben, dadurch der Abdruck glänzend wird. Und wenn es einmal 12.000 gibt, die dieses Zeichen an sich tragen: wer wird sich wohl so sehr beschimpfen, daß er nicht gleiches Verlangen danach zeigte?»[101].

Hier wird ein weiteres Element deutlich, das Schema von Inklusion und Exklusion. Goethe kommentierte 1811 rückblickend, daß der Siebenjährige Krieg die größten Auswirkungen auf die deutsche Literatur gehabt habe. Es sei deutlich geworden, daß es für die Entstehung eines Nationalepos solcher Ereignisse bedürfe, in denen die Völker und ihre Hirten «für einen Mann stehen». Durch die Heroisierung Friedrichs II. hätten die Preußen und mit ihnen das protestantische Deutschland einen Schatz für ihre Literatur gewonnen,

«welcher der Gegenseite fehlte und dessen Mangel sie durch keine nachherigen Bemühungen hat ersetzen können. An den großen Begriff, den die preußischen Schriftsteller von ihrem König hegen durften, bauten sie sich erst heran, und um so eifriger, als derjenige in dessen Namen sie alles taten, ein für allemal nichts von ihnen wissen wollte»[102].

Daß man sich am kaiserlichen Hof bemühte, nicht exkludiert zuwerden, sondern selbst die Inklusion der Nation betreiben wollte, zeigen die Dokumente der intensiven Beratungen zur Lage der Nation nach dem Siebenjährigen Krieg sowie Mosers Schrift *Von dem deutschen Nationalgeist.*

[101] T. ABBT, *Vom Tode*, S. 612 f.

[102] Goethe im siebten Buch von *Dichtung und Wahrheit*, hier zit. nach: J. KUNISCH, *Einleitung*, in J. KUNISCH, *Aufklärung*, S. 737-751, S. 742.

Kommunikationswesen und territoriale Identität in der Frühen Neuzeit*

von *Wolfgang Behringer*

Zu den Gemeinplätzen der polizeiwissenschaftlichen Literatur gehört im 18. Jahrhundert, daß man ein Staatswesen an seinem Kommunikationssystem erkennen könne[1]. In der ersten Nummer des «Wissenschaftlichen Magazins für die Aufklärung» schrieb Ernst Ludwig Posselt (1763-1804):

> «Der philosophische Ursprung der Posten ist tief in die Entstehung der Staaten eingeschlossen. Menschen, die sich keine Nachrichten, Personen und Sachen zu schicken haben, weil sie in keiner Verbindung leben, das heißt Wilde, brauchen keine Post. Aber sobald sie in einen Staat zusammen treten, sobald ein Eroberer sich mehrere Länder unterwirft, sobald wegen Lieferungen, schneller Einziehung von Nachrichten, Reisen der Statthalter etcpp. *Communication* erfordert wird, muß nothwendig auch Post entstehen. Der Monarch hat Befehle in seine Provinzen zu schicken, und wenn dies häufig kommt, wenn es geschwind geschehen soll, so müssen unterlegte Pferde gehalten werden, und hieraus wird nachher eine ordentliche Anstalt»[2].

Nicht zufällig klingt hier der Behördenbegriff Max Webers an, denn mit den oft verstaatlichten Postanstalten des Zeitalters der Aufklärung war nichts anderes gemeint als ein rationales Herrschaftsinstrument: «Die bureaukratische Verwaltung bedeutet: Herrschaft kraft Wissen: dies ist ihr spezifisch rationaler Grundcharakter»[3].

* Vgl. dazu meine Habilitationsschrift: «'Die Welt in einen anderen Model gegossen'. Der Strukturwandel des frühneuzeitlichen Kommunikationswesens am Beispiel der Reichspost», Bonn 1995. Ein Abriß daraus: W. BEHRINGER, *Die Frühe Neuzeit als Epoche des Kommunikationswesens*, in «Geschichte und Gesellschaft», 1999, in Vorbereitung.

[1] J.E. VON BEUST, *Versuch einer ausführlichen Erklärung des Post-Regals, und was deme anhängig, überhaupt und ins besondere in Ansehung des Heiligen Römischen Reichs Teutscher Nation ... verfasset*, 3 Bde., Jena 1747-48, I, S. 44 f.

[2] E.L. POSSELT, *Über das Postwesen, besonders in Deutschland, dessen Geschichte, Rechte und Mängel*, in «Wissenschaftliches Magazin für die Aufklärung», 1785, hier zitiert nach: Fürstliche Hofbibliothek Thurn und Taxis, Regensburg, P 515 «Collectanea von dem Postwesen», 10 Bde., 3, Nr. 9. E.L. POSSELT, *Über das Postwesen*, in E.L. POSSELT, *Kleine Schriften*, Nürnberg 1795, S. 305-374.

[3] M. WEBER, *Wirtschaft und Gesellschaft. Grundriß einer verstehenden Soziologie*, Tübingen 1972[5], hrsg. von J. WINCKELMANN, Studienausgabe, Tübingen 1976, S. 125 ff., insbesondere S. 129.

Die Wechselwirkung zwischen Herrschaftsstrukturen und Kommunikationsweisen bildete seit den 1950er Jahren einen Untersuchungsschwerpunkt der amerikanisch-kanadischen Soziologie[4]. Mit dem Namen Marshall McLuhan (1911-1980) ist die These verbunden, daß nicht die Inhalte, sondern die Art der Kommunikationsmöglichkeiten die Organisation einer Gesellschaft und die Psyche ihrer Mitglieder prägte[5]. Peter Burke reduzierte McLuhans *The Medium is the Message* zu der wahrscheinlicheren Aussage, «that the medium ... is part of the message», um fortzufahren: «Even so the claim is one which historians have to take into account whenever they examine a piece of evidence»[6]. Die doppelte Faszination durch die Manipulationsmöglichkeiten, die sich durch die neuen Massenmedien Kino, Radio und TV ergaben, andererseits die Vision einer verbesserten Kontrollmöglichkeit durch eine entwickelte Öffentlichkeit, mündete bei dem kanadischen Kommunikationssoziologen Garth S. Jowett in ein makrohistorisches Entwicklungsmodell, demzufolge der Fortschritt in der Geschichte geprägt sei durch Versuche der Machthaber, Kommunikation zu kontrollieren, und neue Kommunikationstechniken, die überkommene Herrschaftsverhältnisse infragestellten[7].

Kommunikation und Herrschaft erscheinen bei solchen theoretischen Versuchen – wie schon bei Max Weber – als komplementäres, sich gegenseitig bedingendes Kategorienpaar. Wendet man sich im Lichte solcher Überlegungen dem realen frühneuzeitlichen Kommunikationswesen zu,

[4] H. DWIGHT LASSWELL, *The Structure and Function of Communication in Society*, in L. BRYSON (ed), *The Communication of Ideas*, New York 1948, S. 37-51, nachgedruckt in B. BERELSON - M. JANOWITZ (edd), *Reader in Public Opinion and Communication*, New York 1950, 1967[6], S. 178-192. H.A. INNIS, *Empire and Communications*, Toronto 1972, revised by M.Q. INNIS. S.N. EISENSTADT, *Communication Patterns in Centralized Empires*, in H. DWIGHT LASSWELL - D. LERNER - H. SPEIER (edd), *Propaganda and Communication in World History*, 3 Bde. (I: *The Symbolic Instrument in Early Times*; II: *Emergence of Public Opinion in the West*; III: *A Pluralizing World in Formation*), Honolulu 1979-1980, I, S. 536-551. R. BRENTANO, *Western Civilization: The Middle Ages*, in H. DWIGHT LASSWELL - D. LERNER - H. SPEIER (edd), *Propaganda*, I, S. 552-595. P. GAY, *The Enlightenment as a Communication Universe*, *ibidem*, II, 1980, S. 85-112. W. BOUWSMA, *Renaissance and the Broadening of Communication*, *ibidem*, II, 1980, S. 3-40.

[5] H. MARSHALL MCLUHAN, *Understanding Media*, New York 1964; dt., *Die magischen Kanäle*, Düsseldorf - Wien 1968. J.W. CAREY, *Harold Adam Innis and Marshall McLuhan*, in «The Antioch Review», 27, 1967, S. 5-39.

[6] H. MARSHALL MCLUHAN - Q. FIORE, *The Medium is the Message*, New York 1967. Dazu: P. BURKE, *History and Social Theory*, Ithaca - New York 1993, S. 99.

[7] G.S. JOWETT, *Toward a History of Communication*, in «Journalism History», 1, 1975, S. 34-37; G.S. JOWETT, *Communication in History: An Initial Theoretical Approach*, in «Canadian Journal of Information Science», 1, 1976, S. 5-13.

so kann man feststellen, daß die Auswirkungen auf «Traditionsbildung und Veränderung politischer Identitäten» weit weniger eindeutig waren, als man angesichts der frühneuzeitlichen Diskussionen über das *Ius instituendi cursus publicos* oder der kameralistischen Traktate des 18. Jahrhunderts hätte vermuten können. Zweifellos gab es Versuche, Kommunikationssysteme in jener Weise nationalen bzw. territorialen Interessen nutzbar zu machen, wie wir dies heute noch kennen: Staats- und Postgebiet stimmten überein, königliche Symbole, Uniformen und systemspezifische Hilfsmittel konnten zur Identitätsbildung beitragen, beispielsweise 'Postroutenkarten', die nur das eigene Postgebiet visualisierten, wie dies Frankreich seit 1632 in einer ganzen Serie konkurrierender Karten vor-, und Preußen und Kursachsen als erste deutsche Territorialstaaten ab 1700 nachgemacht haben. Kurbrandenburg/Preußen bietet mit seiner nachholenden Modernisierung das Beispiel einer autoritären und wenig serviceorientierten Postbehörde, deren sich auswärtige Passagiere wie der Heidelberger Theologe Johann Friedrich von Abegg nur «mit dem größten Widerwillen» erinnern[8]. Staatsrechtler wie der spätere preußische Staatskanzler Johann Peter von Ludewig (1668-1743) oder Johann Stephan Pütter (1725-1807) sangen aus politischen Gründen das Hohe Lied dieser Behörde[9], und beeinflußten damit die preußisch-deutsche Geschichtsschreibung des 19. Jahrhunderts, auf deren Darstellungen bis in jüngste Zeit zurückgegriffen wird[10]. Die Legende wird von den ehemals

[8] J.F. ABEGG, *Reisetagebuch von 1798*, hrsg. von W. u. J. ABEGG, Frankfurt a.M. 1987.

[9] [ANDREAS OCKEL] EMERAN ACKOLD, *Gründlicher Unterricht Von dem Aus Landes-Fürstlicher Hoheit herspringenden Post-Regal Derer Chur- und Fürsten des H[eiligen] R[ömischen] R[eichs], Kürtzlich für-gestellet, Und Herrn Ludolff von Hörnicks irrigen Meinungen entgegen gesetzet*, Halle [Christian Friedrich Mylius], 1685. SBM, Res. 4 J.publ.g.1233,19; 4 Diss. 291, Beibd. 3, nachgedruckt in CHRISTIAN LEONHARDI, *Scriptores et excerpta juris postarum, sive Miscellanea et Collectanea juris publici curiosa, de Regali Postarum Jure, ubi non solum integra scripta et disputationes, sed et verba passim ex scriptorum juris publici, quotquot haberi potuerunt, omnium voluminibus, de postis earumque jure excerpta iveniuntur*, Leipzig 1710, S. 1-34. A. OCKEL, *Dissertatio de regali postarum jure electorum principumque imperii ...*, Halle 1698, nachgedruckt in CHRISTIAN LEONHARDI, *Scriptores*, S. 34-76]. JOHANN PETER LUD[E]WIG [PRAES.] - JACOB CHRISTIAN SCHÖNBECK, Potsdamiensis [Resp.], *Dissertatio juris publici et feudalis de jure postarum hereditario, Vom Recht des General-Erb-Post-Amts*, Halle 1704 [BTTR Diss. jur. 219]. [Nachgedruckt in LEONHARDI (1710), Teil 3, S. 1-18]. J.S. PÜTTER, *Kurzer Begriff des Teutschen Staatsrechts*, Göttingen 1764, S. 162-167: «Vom Postwesen». J.S. PÜTTER, *Erörterungen und Beyspiele des Teutschen Staats- und Fürstenrechts*, 1. Heft: *Vom Reichspostwesen*, Göttingen 1790, S. 1-126.

[10] W.H. MATTHIAS, *Darstellung des Postwesens in den K. Preussischen Staaten*, Anhang: *Widerlegung einiger Behauptungen des Herrn Staatsrathes Klüber in seiner Schrift: Das Postwesen in Teutschland*, 3 Bde., 1. u. 2. Berlin 1812; 3. Berlin 1817. [W.H. MATTHIAS], *Widerlegung einer Schmährede des Professors Mannert in München auf das Preußische Post-*

preußischen, dann deutschen Postmuseen weiterhin gepflegt, ein Fall von Traditionsbildung, hoffentlich nicht von politischer Identität[11].

Freilich gibt es andere Beispiele aus dem komplexen Universum der frühneuzeitlichen Kommunikation. Auch wenn der Trend zur «Verstaatlichung der Postunternehmen» seit dem 17. Jahrhundert unverkennbar war, hatte diese doch nicht überall dieselben Auswirkungen. Überdies verblieben geographische Gebiete, wo es vor dem Ende des Ancien Régime nie zur Verstaatlichung kam, etwa in den Niederlanden, zentralen Gebieten des Reiches, der Schweiz oder in Teilen Italiens. Das österreichische Postwesen schließlich war auch nach seiner Verstaatlichung einer absolutistischen Staatspost nicht zu vergleichen, wie eine Beschreibung des Wiener Postsekretars Johann Christian Olearius verdeutlicht:

> «§ 28 Italien. Der Schlüssel zu den ganzen Italienischen Postwesen aus, und durch Deutschland ist Tyrol, welches nebst den Mantuanischen, Mayländischen und Toskanischen dem Haus Oesterreich gehörig. Zu Venedig und Rom seynd kaiserl[ich] königl[iche] Oesterreichische Oberpostämter»[12].

Die Post im habsburgischen Einflußbereich blieb so fragmentiert, daß übergreifende Aufgaben wie die Einführung der Fahrposten an eine leistungsfähige Nachbarorganisation vergeben wurden. Die durch das Fürstenhaus Thurn und Taxis als Lehen des Reiches auf private Rechnung organisierte *Reichspost* stellte in den 1740er Jahren ihren fähigsten Mann nach Wien ab, den Nürnberger Reichsoberpostmeister Florence Michael Freiherr von Lilien (1696-1776), der als Generalintendant Maria Theresias ab 1749 in allen habsburgischen Ländern Postkutschen nach dem Muster der Reichspost einführte[13]. Die reguläre Fahrverbindung zwischen Deutschland und Italien wurde in den 1760er Jahren direkt vom Reichs-

wesen [Berlin 1831].- W.H. MATTHIAS, *Über Posten und Post-Regale mit Hinsicht auf Volksgeschichte, Statistik, Archäologie und Erdkunde*, 2 Bde., Berlin 1832 [BTTR P 306]. H. VON STEPHAN, *Geschichte der preußischen Post von ihrem Ursprunge bis auf die Gegenwart*, Berlin 1859, Neudruck Heidelberg 1987. H. VON STEPHAN, *Das Postwesen*, in ROTTECK - WELCKER, *Staats-Lexikon*, Leipzig 1865[3] [Sonderdruck in BTTR 4/K P 1865, aus: Fürstliches Zentralarchiv Thurn und Taxis, Regensburg (von nun an: FZATTR), PA 7581]. H. VON STEPHAN, *Geschichte der preußischen Post (bis 1858)*, neubearbeitet und fortgeführt bis 1868 von K. SAUTTER, Berlin 1928.

[11] G. NORTH, *Die Post. Ihre Geschichte in Wort und Bild*, Heidelberg 1988.

[12] J.C. OLEARIUS, *Allgemein-nützliche Postnachrichten, oder summarischer Auszug eines vollständigen Post-Systems ...*, Zweyter Theil, Wien 1779, § 28.

[13] H.M. KRUCHEM, *Die Freiherren von Lilien und die Post des Heiligen Römischen Reiches Deutscher Nation*, in H.M. KRUCHEM, *Die Brücke der Erbsälzer. Europäische und westfälische Postdokumentation 1600-1900*, Werl 1975, S. 7-79.

oberpostamt Augsburg in Verbindung mit dem kaiserlichen Postamt Venedig eingeführt und geleitet, da sich das Innsbrucker Hofpostamt[14] weder vor, noch nach seiner Verstaatlichung im Jahr 1769 dazu in der Lage sah. Umfangreiche Verträge sicherten die Nutzung der tiroler Posteinrichtungen, auch in Bozen, Trient, etc. für diese internationale Fahrpost-linie, die ab 1764 funktionierte[15], und noch im selben Jahr auf der 'Postroutenkarte' und in den mehrsprachigen Posttabellen des Mainzer Fahrpostkommissars der Reichspost Franz Joseph Heger (ca. 1700-1769) verzeichnet wurde[16].

Die Struktur, die sich hier als so leistungsfähig erwies, war älter als die Staatsposten des 17. und 18. Jahrhunderts. Die Wurzeln der *Reichspost* lagen in einer dynastischen Reiterstafette, die König Maximilian (1459-1519, König 1486, Kaiser 1508) 1490 nach italienischem Muster zwischen Innsbruck und Brüssel bzw. seinen jeweiligen Aufenthaltsorten hatte anlegen lassen. Ziel dieser kostspieligen Maßnahme war die politische Verbindung der über dynastische Heiraten zusammengekommenen, aber weit auseinanderliegenden Territorien. Der Zweck dieser Maßnahme war sicher nicht die Veränderung der politischen Identitäten, schon gar nicht der im Alpenraum. Dennoch konnte es nicht ohne Auswirkungen bleiben, daß die Niederlande kommunikationstechnisch plötzlich nahe an Tirol heranrückten, und dieses wiederum bald nahe an Rom. Im Grunde zeichnet sich hier bereits der spätere Kosmos des katholischen Europa ab: Wie anders könnte man es deuten, wenn eine reguläre Nachricht von

[14] G. RENNERT, *400 Jahre Taxis in Tirol und in den vorderöster-reichischen Landen*, in «Union Postale Universelle», 59, 1934, S. 339-369; R. WURTH, *Die Post in Tirol und Vorderösterreich - Erblehen der Tiroler Thurn und Taxis*, in R. WURTH (ed), *Zwei Jahrtausende Postwesen. Vom cursus publicus zum Satelliten*, Ausstellungskatalog Schloß Halbturn, Halbturn 1985, S. 117-123; M. RUNGG, *Die Post in der Geschichte Tirols 1740-1858. La posta nella storia del Tirolo*, Brixen 1986.

[15] FZATTR, Bestand Postakten Nr. 1215; FZATTR, PA 1216; M. DALLMEIER, *Quellen zur Geschichte des europäischen Post-wesens 1501-1806*, 3 Bde., Kallmünz 1977-1987, I: *Quellen - Literatur - Einleitung*, Kallmünz 1977; II: *Urkunden - Regesten*, Kallmünz 1977; III: *Register*, Kallmünz 1987, hier II, S. 502 f.

[16] FRANZ JOSEPH HEGER, *Nouvelle Carte Geographique des Postes d' Allemagne et des Provinces limitrophes. Neue und vollständige Postkarte durch ganz Deutschland*, verfertiget von Johann Jacob von Bors zu Ovren, des H.R. Reichs Graenz Ober Postmeistern zu Maseyck, und nach seinem Ableben übersehen von Franz Joseph Heger, Churfürstlich Maynzischen und Fürstlich Taxischen Hofrath, auch der Kayserl. Reichs Post Commissario, Nürnberg 1764; F.J. HEGER, *Post-Tabellen oder Verzeichnuß deren Post-Straßen in dem Kayserlichen Römischen Reich, verfaßt durch den Churf. Maynzischen und Fürstlich Taxisschen Hofrath, auch des kayserlichen Reiches Post Commissarium*, Mainz 1764; F.J. HEGER, *Tablettes des Postes de l' empire d' Allemagne et des provinces limitrophes*, Mainz 1764.

Innsbruck nach Berlin weiterhin etwa drei Wochen benötigte, der Weg nach Brüssel jedoch bereits um 1505 durch das System der Raumportionierung auf fünf Tage schrumpfte. Der Kameralist Johann Heinrich Gottlieb von Justi (1717-1771)[17] betrachtete in seinem «System des Finanzwesens» die territoriale Integration nach dem Anfall der burgundischen Niederlande an das Haus Habsburg als *prima causa* für die Enstehung der Posten, da jetzt «zwischen der Österreichischen Residenz Wien und den Niederlanden eine beständige *Communication* nöthig war»[18].

Da ständige Posten durch die Innsbrucker Hofkammer nicht finanziert werden konnten, ging diese habsburgische Stafettenpost zunächst an Maximilians Sohn Philipp (1478-1506) in den Niederlanden über, den burgundischen Thronfolger, der eine breitere Nutzung dieser Stafetten gestattete, dann an den Enkel Karl (1500-1558), der nach der Erbfolge in Burgund und in Spanien 1519 als Karl V. zum Kaiser gewählt wurde. Bereits Jacob Strieder hat darauf aufmerksam gemacht, daß die Öffnung des Postwesens für die Allgemeinheit auf das Drängen der Kaufleute zurückzuführen war, deren *Porti* seither das Kommunikationssystem rentabel machten, und die in den Betreibern der Posten, der Familiengesellschaft der Tassis, willige Komplizen fanden[19]. Diese *compagnía de Tassis* ähnelte in vielfacher Hinsicht anderen zeitgenössischen Familiengesellschaften, etwa denen der Fugger. Den Taxis gelang es im 16. Jahrhundert, wichtige Postämter zwischen Madrid und Antwerpen, Prag und Venedig mit Familienmitgliedern zu besetzen, denen teilweise die Gründung lokaler Postmeisterdynastien gelang. Am dichtesten besetzt wurde dabei die wichtigste transkontinentale Strecke, nämlich die zwischen den Niederlanden und Venedig. Lokale Taxisdynastien saßen in Antwerpen, Brüssel, dem Rheinübergang Rheinhausen bei Speyer, Augsburg, Füssen, Innsbruck, Kollmann, Bozen, Trient, Verona und Venedig. Die Verhandlungen über die

[17] M. STOLLEIS, *Juristen*, München 1995, S. 330-331.

[18] JOHANN HEINRICH JUSTI, *Von dem Postregal*, in JOHANN HEINRICH GOTTLIEB VON JUSTI, *System des Finanzwesens, nach vernünftigen, aus dem Endzweck der bürgerlichen Gesellschaften und aus der Natur aller Quellen der Einkünfte des Staats hergeleiteten Grundsätzen und Regeln ausführlich abgehandelt*, Halle 1766, S. 172-200: «Von dem Postregal», Neudruck Aalen 1969, (SBM 70.4190). Zitiert nach: Fürstliche Hofbibliothek Thurn und Taxis, Regensburg, P 515 «Collectanea von dem Postwesen», 1, Nr. 1.

[19] J. STRIEDER, *Finanznot des Staates und Entstehung des neuzeitlichen kapitalistischen Wirtschaftslebens*, in «Neue Jahrbücher für Wissenschaft und Jugendbildung», 8, 1932, S. 447-463. Konkreter: W. BEHRINGER, *Fugger und Taxis. Der Anteil Augsburger Kaufleute an der Entstehung des europäischen Kommunikationssystems*, in J. BURKHARDT (ed), *Augsburger Handelshäuser im Wandel des historischen Urteils*, Berlin 1996, S. 241-248.

Einführung der transalpinen Fahrpost im 18. Jahrhundert wurden also – mit unterschiedlichen Rechtstiteln – zwischen diversen Taxis-Linien geführt[20].

Andrea Alciati (1492-1550) hatte als erster einer Reihe von Juristen das System der transeuropäischen Raumportionierung durch Poststationen in seinem Kommentar zum *Codex Justinianus* als kaiserliches Vorrecht bezeichnet, obwohl sich die zeitgenössische *posta* vom antiken *cursus publicus* durch privatwirtschaftliche Leitung und allgemeine Zugänglichkeit gravierend unterschied[21]. Als kaiserliche und habsburgische Post war sie prinzipiell übernational ausgerichtet, als öffentliche Post war sie keineswegs an den Grenzen irgendwelcher Nationalstaaten orientiert. Die zunehmende 'Abschließung der Territorien' um 1600 schuf für dieses Kommunikationssystem Probleme, zusätzlich zu den Kriegen des ausgehenden 16. Jahrhunderts. Ein wichtiger Bestandteil der Verhandlungen zur sogenannten «Postreformation», einer grundlegenden Strukturreform des internationalen Postwesens, die mit den spanischen Staatsbankrotten und dem Ausbruch der Kriege in den Niederlanden notwendig wurde[22], war daher der Abschluß internationaler 'Postverträge', welche den Transit bzw. die Brief- und Paketübergabe an bestimmten Postämtern an eine andere Postorganisation bei regelmäßiger gegenseitiger Abrechnung der Portoeinnahmen bzw. Festlegung von Pauschalvergütungen regelten[23].

Die privat organisierte Reichspost suchte seit den 1620er Jahren einen Kompromiß zwischen obrigkeitlichem Auftrag, privatem Gewinnstreben und öffentlicher Serviceeinrichtung. Im Ergebnis fuhrte dies zum langfristigen und kontinuierlichen Aufbau einer leistungsfähigen Infrastruktur. Während die skandinavischen Länder, Österreich, Italien und die Schweiz nach dem Vorbild der Reichspost eher ein übernationales Kommunikationsnetz anstrebten und England aufgrund seiner Insellage einen Sonderfall darstellt, kann man beobachten, wie Kommunikationsnetze nach

[20] W. BEHRINGER, *Thurn und Taxis. Die Geschichte ihrer Post und ihrer Unternehmen*, München 1990.

[21] A. ALCIATI, *Adnotationes in tres posteriores libros Codicis*, in *Opera omnia*, 4 Bde., Basel 1546-1549, IV, 1549. Danach: J. MENOCHIUS, *De arbitrariis iudicum quaestionibus et caussis libri duo*, Venedig 1569, fol. 253v.; und C. KLOCK, *Tractatus nomico-politicus de contributionibus in Romano-Germanico Imperio et aliis Regnis ...*, Bremen 1634, fol. 45 (N. 26).

[22] L. KALMUS, *Weltgeschichte der Post*, mit besonderer Berücksichtigung des deutschen Sprachgebietes, Wien 1937, S. 109-148.

[23] M. DALLMEIER, *Quellen zur Geschichte des europäischen Post-wesens 1501-1806*.

dem Westfälischen Frieden zur strikt an Landesgrenzen orientierten territorialen Integration benutzt wurden. Entgegen dem kontinuierlichen Aufbau des Reichpostnetzes stand in der zweiten Hälfte des 17. Jahrhunderts der schlagartige Aufbau von Postsystemen in einigen protestantischen deutschen Territorien wie Kursachsen, eine Art nachholende Modernisierung unterentwickelter Gebiete im Osten des Reiches, die das deutsche Postnetz zu Beginn des 18. Jahrhunderts auf eine dem entwickelteren Nachbarland Frankreich vergleichbare Stufe heben halfen[24].

Der wesentliche Effekt der Kommunikationseinrichtung des frühneuzeitlichen Postwesens lag jedoch mehr in der Förderung europäischer Identität. Die rationale Organisation des Raumes in der Frühen Neuzeit, so die These, führte nicht nur zu einer Beschleunigung des Nachrichten- und Personentransports, sondern darüber hinaus zu einer Veränderung der subjektiven Raumvorstellung. Die Übertragung einer fixen Raum/Zeit-Relation als standardisierter Einheit – nämlich der Etappe zwischen zwei Poststationen – auf den gesamten Raum des Kontinents machte diesen tendenziell in einheitlicher Weise verfügbar. Von den *Itinerari delle Poste* des 16. Jahrhunderts, welche die Poststation «Brenner» genau als Mitte (nr. 48) der 96 Stationen zwischen Rom und Brüssel zeigen, führt ein direkter Weg zu den ausgeklügelten 'Fahrplänen' des 18. Jahrhunderts, mit deren Hilfe der gesamte Kontinent in kalkulierter Form bereist werden konnte, und die in zahlreiche Reise- und 'Posthandbücher' integriert wurden. Es entsprach der kosmopolitischen Philosophie der Aufklärung, daß Grenzen in dieser Raumwahrnehmung allenfalls als zeitraubende Hindernisse erscheinen, nicht als Bollwerke einer Nation, Sprache oder Religion[25].

[24] K. KREBS, *Das Kursächsische Postwesen zur Zeit der Oberpostmeister Johann Jacob Kees I und II*, Leipzig - Berlin 1914; W. LOTZ (ed), *Deutsche Postgeschichte. Essays und Bilder*, Berlin 1989.

[25] Vgl. etwa die Einleitungen zu CHRISTIAN FRIEDRICH GOLDSCHADT, *Sammlung nöthiger Nachrichten oder deutliche Beschreibung derer Marktflecken, Flecken, Stifter, Klöster, Schlösser, Ämter und dergleichen in Deutschland, mit einer Vorrede von Gottlieb Stolle*, Jena 1735; JOSEPH HECHT, *Einleitung zum Universal Europaeischen Post-Recht, worinnen der Post-Stand ... untersucht ... Anbey ein Post-Straßen-Schema von dem Römisch-Kayserlichen bis zu denen Europaischen Hof-Laageren ...*, Preßburg 1749; CHRISTOPH LUDWIG EBER, *Geographisches Reise-, Post- und Zeitungslexikon von Teutschland, oder gesammlete Nachrichten von denen in Teutschland liegenden Städten, Marktflecken, Flecken, Schlössern, Klöstern, Dörfern u.s.w. in alphabetischer Ordnung, samt deren Lage, Herrschaft, Gerichtsbarkeit, Merkwürdigkeiten, Distanzen, Poststraßen, Postberichten u.d.m., zum allgemeinen Nutzen derer Postämter, Reisenden, Kauf- und Handelsleute und überhaupt aller Correspondenten herausgegeben. Mit Röm. Kaiserl. und Königl. Pohln. und Kurfürstl. Sächs. allerhöchsten Privilegiis*, 2 Bde., Jena 1756; JOSEPH EFINGER, *Vorwort*, in *Geographisches Hand- und*

Das raumportionierende Kommunikationswesen des Postsystems, das als Infrastrukturmaßnahme von Großreichen erfunden worden[26], und zu diesem Zweck zu Beginn der Neuzeit auch in Europa eingeführt worden war, stand mit seiner Leistungskraft in Systemwiderspruch zu den sich seit dem 16. Jahrhundert verstärkt herausbildenden Nationalstaaten[27]. Die von ihrem Bauprinzip und ihrer Funktion her zu unbegrenzter Expansion fähigen Kommunikationswesen standen in einem unauflöslichen Gegensatz zu der auf die Definition fester und möglichst undurchlässiger Grenzen angewiesenen frühneuzeitlichen Staatlichkeit. Die grenzüberschreitende Merkur-Symbolik des frühneuzeitlichen Kommunikationswesens, die in Titelkartuschen ständig präsent ist und auch im Titel von Reisebüchern oder Zeitungen auftaucht, erscheint insofern symptomatisch[28]. Die kausal mit der Vernetzung des öffentlichen Postwesens verknüpfte Erfindung der Zeitung, die seit dem frühen 17. Jahrhundert programmatisch über die Grenzen ihres Druckortes und seines Territoriums hinausblickt und Nachrichten von Postorten aus ganz Europa und darüber hinaus enthält[29], ist vielleicht das sympathischste Produkt einer Epoche, die in den

Postbuch, welches alle Länder der Welt, ihre Gränzen, Größe, Flüsse, Eintheilung, Beschaffenheit ... enthält, nebst allgemein nützlichen Postnachrichten, oder summarischer Auszug eines vollständigen Post-Systems ... Ingleichen dem gesammten Publiko nöthige und nützliche Postcours- und Speditionsnachrichten ..., 3 Teile, Wien 1779; JOHANN CHRISTIAN OLEARIUS, *Allgemein-nützliche Postnachrichten*; JOHANN CHRISTIAN OLEARIUS, *Nöthige und nützliche Post-Cours und Speditions-Nachrichten mit denen Haupt Post-Coursen oder Post-Routen in gantz Europa, wie solche mit und untereinander in der Post-Combination stehen ..., zum Nutzen ... des gesammten Publicums und des Poststands verfertiget*, Wien 1779.

26 H.A. INNIS, *Empire and Communications*, Oxford 1950, revised by M.Q. INNIS. Foreword by H. Marshall McLuhan, Toronto 1972.

27 C. TILLY (ed), *The Formation of National States in Western Europe*, Princeton 1975.

28 CASPAR LAUDISMANN, *Mercurius apodemicus, continens praxin exquisitissimam linguae Gallicae & Italicae*, Frankfurt a.M. 1623; JOHN WILKINS, *Mercury, or The Secret and Swift Messenger*, London 1641; [GEORD GREFLINGER], *Des Nordischen Mercurij Verbesserter VVegvveiser, von Zehen Haupt-Reisen aus der Stadt Hamburg*, Hamburg 1674; *Der verkleidete Götter-Both Mercurius, welcher durch Europa wandernd, einige wichtige Discoursen, Muthmassungen und Meynungen ... warhafftig der Welt zur Nachricht entdecket und verlässt*, Leipzig 1674-1675. W. DUCHKOWITSCH, *'Mit couriosem Raisonnement und politischen Reflexionen untermenget'. Der 'Post-tägliche Mercurius' (1703-1724)*, in «Medien & Zeit. Forum für historische Kommunikationsforschung», 4, 1989, 4, S. 1-11; J. WEBER, *Götter-Both Mercurius. Die Urgeschichte der politischen Zeitschrift in Deutschland*, Bremen 1994.

29 Relation: «Aller Fürnemmen und gedenckwürdigen Historien, so sich hin und wider in Hoch und Nieder Teutschland/ auch in Franckreich/ Italien/ Schott- und Engelland/ Hisspanien/ Hungern/ Polen/ Siebenbürgen/ Wallachey/ Moldaw/ Türckey/ etc. Inn diesem 1609. Jahr verlauffen und zutragen möchte, Straßburg [Johann Carolus] 1609.- Aviso, Relation oder Zeitung. Was sich begeben und zugetragen/ in Deutsch: und Welschland/

Geschichtsbüchern unter dem Titel der Religionskriege und des Absolutismus verzeichnet wird. Die neue europäische Identität, die weniger als je zuvor nur auf dem Papier bestand, dürfte nicht unwesentlich durch die Verläßlichkeit und Beständigkeit eines gemeinsamen überstaatlichen Kommunikationsnetzes gefördert worden sein. Das Auftauchen des Begriffs *Europa* bei den Vorläufern der modernen Zeitungen, der Meßrelation und der Monatsschrift[30], bei den einschlägigen Traktaten sowie zahlreichen Produkten der Reiseliteratur hatte durchaus programmatischen Charakter[31]. Die Verfügbarmachung des Raumes durch das kalkulierbare Kommunikationswesen des frühneuzeitlichen Postsystems führte zu einer veränderten Wahrnehmung von Raum und Zeit[32].

Das Weltbürgertum der Aufklärer stand in einem unverkennbaren Zusammenhang mit der von ihnen so sehr geschätzten Infrastruktur, die

Spannien/ Niederlandt/ Engellandt/ Franckreich/ Ungern/ Osterreich/ Schweden/ Polen/ und in allen Provintzen/ in Ost: und West Indien etc., o.O. [Wolfenbüttel bei Julius Adolph Söhne] 1609».

[30] SAMUEL DILBAUM, *Historische Relatio, oder Erzehlung der fürnembsten handlungen und Geschichten/ so sich im Jenner/ des 1597 Jars/ hin und wider/ fast im gantzen Europa, Schrifftwirdiges verlauffen*, Rohrschach 1597. [ANDREAS STRIEGEL], *Relationis Historicae/ Oder /Warhafftige, und in vier/ unterschiedliche abgetheilte Partes, gründtliche/ Beschreibung aller gedenckwürdigen Sachen, so sich hin/ und wider in gantz Europa ... von der Franckfurter Herbst Mess Anno 1601 und etliche Wochen dar/ vor biss auff die Oster Mess dieses 1602. Jahrs eigentlich und glaubwürdig, von Monat zu Monat zugetragen und begeben haben/ Alles aus dem Keyserlichen Postampt zu Franckfurt am/ Mayn, durch Andream Striegel, Postschreiber daselbst, zusammen/ colligirt und beschrieben ...*, Oberursel 1602.

[31] GIUSEPPE MISELLI, *Il Burattino veridico o'vero instruzione Generale per chi viaggia con la Descrizione dell' Europa ... e con la Tavola delle Poste nelle vie più regolate, che al presente si trovano ... dedicata all' illustriss. Sig. Marchese Filippo Nerli Generale delle Poste della Santità di N. Sig. Papa Innozenzio XI.*, Roma 1682 (zahlreiche Auflagen). *Accurate Post/ und Boten-Carten der vornehmsten Städte Europae, denen Reisenden/ Kauff-Leuten und curieusen Liebhabern/ zu Nutz und Bequemlichkeit*, Hamburg 1700 (zahlreiche Auflagen). *Der fliegende Passagier durch Europa, Welcher die remarquabelsten Staats- und Privat-Händel, nebst einigen darüber geführten Raisonnements mittheilet*, Leipzig 1698-1702. *Der Europäische Postillion, mit sich bringend allerhand Curieuse Begebenheiten/ so sich in Europa hin und wider zu Wasser und Land zugetragen; mit Geographischen/ Politischen/ Historischen und Genealogischen Anmerckungen erläutert/ Auch mit gehörigen Kupffern ausgezieret, 14 Jahrgänge*, Augsburg 1723-1736. HEINRICH AUGUST OTTOKAR REICHARD, *Handbuch für Reisende aus allen Ständen. Nebst zwey Postkarten, zur großen Reise durch Europa ...*, Leipzig 1784.

[32] W. BEHRINGER, *Veränderung der Raum-Zeit-Relation. Zur Bedeutung des Zeitungs- und Nachrichtenwesens während der Zeit des Dreißigjährigen Krieges*, in H. MEDICK - B. VON KRUSENSTERN (edd), *Zwischen Alltag und Katastrophe. Der Dreißigjährige Krieg aus der Nähe*, Göttingen 1998, S. 25-68.

nicht nur die berühmte Briefkultur des 18. Jahrhunderts hervorbrachte, sondern es mit ihren Nachrichtenverbindungen und Reisemöglichkeiten auch erlaubte, über den Tellerrand der eigenen Stadt oder Provinz hinauszublicken. Manche von ihnen waren dem Reise- und Zeitungswesen so zugetan, daß sie es wie August Ludwig Schlözer (1735-1809) gar auf den universitären Lehrplan setzten[33]. Der Göttinger Historiker war es auch, der in seinen «Stats-Anzeigen» durch permanente Berichte über den Straßenbau und den Zustand des Postwesens an einer Verbesserung dieser Infrastruktur mitarbeitete[34]. Freilich übersah Schlözer, daß die Freiheit des Kosmopoliten niemals für das eigene Territorium galt: Seine erste kurze und drastische Kritik des unverschämten kurhannoverischen Posthalters Dietzel in Northeim führte zum unmittelbaren Verbot seiner berühmten «Stats-Anzeigen» durch den absolutistischen Landesherrn[35]. Auch derartige Erfahrungen mögen dazu beigetragen haben, daß sich die Aufklärer jenseits territorialstaatlicher Enge nach einer neuen Identität umsahen.

[33] AUGUST LUDWIG VON SCHLÖZER, *Entwurf zu einem Reise-Collegio ... nebst einer Anzeige seines Zeitungs-Collegii*, Göttingen 1777; AUGUST LUDWIG VON SCHLÖZER, *Entwurf eines Zeitungs-Collegii*, Göttingen 1777.

[34] AUGUST LUDWIG VON SCHLÖZER, *Straßenbau in Lothringen*, in *Briefwechsel, meist historischen und politischen Inhalts*, 5. Teil, 1779, Heft 27, S. 169-173 (SBM H.Un. 516,5); AUGUST LUDWIG VON SCHLÖZER, *Gesammlete Nachrichten von den Chausseen in Kur-Hannover*, in *Briefwechsel, meist historischen und politischen Inhalts*, 4. Teil, 1779, S. 323-340; AUGUST LUDWIG VON SCHLÖZER, *Klagen zweier Reisenden über das Postwesen in einigen Gegenden Deutschlands*, in «Stats-Anzeigen», 12, 1788, S. 229-233; AUGUST LUDWIG VON SCHLÖZER, *Über Mängel und Gebrechen bei den Kaiserl. taxischen Reichs Posten in Deutschland*, in «Stats-Anzeigen», 13, 1789, S. 486-503.

[35] AUGUST LUDWIG VON SCHLÖZER, *Dietzels Besserung*, in «Stats-Anzeigen», 18, 1793, Heft 72, S. 504-505.

Parte II

Storiografia, cultura politica, istituzioni: la monarchia asburgica

Interpretationen, Stufen und Alternativen politischen Gemeinschaftsbewußtseins in der Frühen Neuzeit

Österreichische Gesamtstaatsidee und ständische Versammlungen im sechzehnten Jahrhundert

von *Winfried Schulze*

Geben wir es ruhig zu: Wir Historiker wissen viel in Einzelheiten, wenig in großen Zusammenhängen. Was einzelne Menschen getan und gelassen haben, vermögen wir wohl aus den Quellen zu erschließen und zu beschreiben, aber Unsicherheit befällt uns, wenn wir den Lauf der großen Entwicklungen nachzeichnen müssen, wenn wir die leitenden Tendenzen eines Zeitalters bestimmen, den großen Gang der historischen Bewegung erschließen wollen. Alles, was sich über den Köpfen der konkreten Menschen vollzieht, bleibt unsicher. Diese zweiflerische Bemerkung trifft auch auf den Gegenstand zu, der hier zu behandeln ist, die Frage nach einer beginnenden nationalen Bewußtseinsbildung in den frühneuzeitlichen Territorien. Was wir aber sicher wissen: Als Historiker sind wir in hohem Maße abhängig vom allgemeinen Gang der Ideen und der Entwicklung und Veränderung von Begriffen und Konzepten in der zeitgenössischen Diskussion. Ja man könnte sagen, daß in der Verbindung von drängender aktueller Frage und relativierendem Rückgriff auf das historische Material ein guter Teil des intellektuellen Reizes der Geschichtswissenschaft liegt. Diese Voraussetzung gilt auch für das Problem der Erforschung nationalen Denkens, das uns die gegenwärtig geschehende Geschichte anempfiehlt, ja geradezu aufdrängt. Daneben aber lasten auf uns die nationalstaatlichen Teleologien des 19. und frühen 20. Jahrhunderts.

Überblicken wir die neuere Forschungsgeschichte zum Begriff der Nation mit dankenswerter Hilfe der jüngsten Literaturberichte[1] und fragen wir

[1] D. LANGEWIESCHE, *Nation, Nationalismus, Nationalstaat: Forschungsstand und Forschungsperspektiven*, in «Neue Politische Literatur», 40, 1995, S. 190-236 und R. STAUBER, *Nationalismus vor dem Nationalismus? Eine Bestandsaufnahme der Forschung zu «Nation» und «Nationalismus» in der Frühen Neuzeit*, in «Geschichte in Wissenschaft und Unterricht», 47, 1996, S. 139-165.

nach den Formen und Stufen nationalen Bewußtseins vor dem eigentlichen Nationalismus, dann ergeben sich einige wesentliche Denkvoraussetzungen für eine historische Analyse des alpinen Raums in der Frühen Neuzeit: Der Alpenraum – so kann der erste Befund lauten – ist ein staatlich stark segmentierter Raum, der keine einheitliche und dauerhafte politische Gestaltung erfahren hat. Die naturräumlichen Voraussetzungen bedingen geradezu eine kleinräumige politische Entwicklung. Wenn wir ferner nach Vorformen nationalen Bewußtseins vor der Wende vom 18. zum 19. Jahrhundert fragen, dann überschreiten wir eindeutig den Zeitraum der klassischen Erscheinungsform des Nationalismus, der im allgemeinen erst seit dem Ende des 18. Jahrhunderts als bedeutendes historisches Phänomen angesehen wird.

Auf der anderen Seite legen uns die Fortschritte der Forschung zu den mittelalterlichen *nationes* dieses Vorgehen durchaus nahe, den Begriff der Nation nicht alleine als eine Ordnungskategorie der späteren Neuzeit zu betrachten[2]. Nation ist ganz offensichtlich schon im Mittelalter eine Ordnungsvorstellung, die bestimmte Integrationsleistungen erbringt und vor allen Dingen die Sicherung von Elementen gemeinsamen Bewußtseins garantiert, die besonders gegen andere konkurrierende Nationen eingesetzt werden – was immer dies konkret etwa im universitären oder im Konzilskontext bedeuten mochte. In seiner mittelalterlichen Form finden wir den Begriff aber noch bis ins 18. Jahrhundert verwendet, wo er – wie Grete Klingenstein feststellt –, «im höfisch-ständischen Milieu» «nichts anderes als Landsmannschaft» bedeutet[3]. Hierbei ist freilich stets relativierend festzuhalten, daß der frühe Nationsbegriff in all seinen belegbaren Versionen ein durch die Schichtung der ständischen Gesellschaft geprägter und begrenzter Begriff ist und insofern für die vornationale Welt des späten Mittelalters und der Frühen Neuzeit auch nur von eingeschränkter Erkenntnismöglichkeit zu sein scheint.

[2] Vgl. dazu zuletzt den Beitrag von J. EHLERS, *Sentiment impérial, monarchie et régions en Allemagne et en France pendant le Haut Moyen Age*, in R. BABEL - J.-M. MOEGLIN (edd), *Identité régionale et conscience nationale en France et Allemagne du moyen âge à l'époque moderne.* Actes du colloque organisé par l'Université Paris XII - Val de Marne, l'Institut Universitaire de France et l'Institut Historique Allemand à l'Université Paris XII et à la Fondation Singer-Polignac, les 6, 7 et 8 octobre 1993 (Beihefte der Francia, 39), Sigmaringen 1997, S. 15-25.

[3] G. KLINGENSTEIN, *Was bedeuten «Österreich» und «österreichisch» im 18. Jahrhundert? Eine begriffsgeschichtliche Studie*, in R.G. PLASCHKA - G. STOURZH - J.P. NIEDERKORN (edd), *Was heißt Österreich? Inhalt und Umfang des Österreichbegriffs vom 10. Jahrhundert bis heute* (Archiv für österreichische Geschichte, 136), Wien 1995, S. 149-220, hier S. 166.

Immerhin ist zu bemerken: Der französische Gesandte im Heiligen Römischen Reich – Jacques Bongars – spricht um 1590 vom französischen Königreich und vom Reich als «notre deux nations»[4], und der kurpfälzische Rat Volrad von Plessen schreibt diesem Bongars im Juli 1604: «L'affection qui vous portez a votre seconde patrie qui est l'Allemaigne ...»[5]. Trotz einer fortlaufenden mittelalterlich-landsmannschaftlichen Bedeutung entwickelt sich seit dem 16. Jahrhundert offensichtlich eine darüber hinausgehende Deutung des Begriffs.

Von daher liegt es nahe, auf einer Tagung, die sich in besonderer Weise um die Prozesse staatlicher Integration und deren Widerspiegelung in geistesgeschichtlichen und mentalen Befunden bemüht, nicht nur im engeren Sinne nach den Vorformen des Nationsbegriffs zu fragen, sondern zugleich die Analyse offen zu halten für jene Ordnungsvorstellungen, die parallel zum Begriff der Nation und in gleicher Funktion als Integrationskonzepte für politische Vergemeinschaftungsprozesse verwendet wurden. Diese Strategie wird auch nahegelegt durch einen Essay des Franzosen Michel Morineau, der am Ende eines neuen Bandes über die Entstehung regionaler und nationaler Identität in Mittelalter und Neuzeit die Bilanz von drei Kolloquien zu dieser Thematik zusammenfaßte. Er empfahl genauere Untersuchungen von Arbeitsgruppen zu dieser Frage, die den offensichtlichen vielfachen Überlagerungen von regionalem und «nationalem» Bewußtsein gerecht würden[6]. Aber er resümierte: «Il y a donc eu une conscience de communauté – comment l'appeler autrement que nationale? – avant l'existence d'une nation formée ou d'un Etat»[7].

Die Untersuchung von Begriffen, die die Integration des Gemeinwesens in der Frühneuzeit zu leisten vermochten, ist insofern von besonderem Reiz, als sie auf das zentrale Problem der historischen Bedeutung und der Genese der frühneuzeitlichen Staatsbildungsprozesse verweist. Ohne Zweifel ist die Frage der modernen Staatsbildung, ihrer Stufen und Faktoren der in den letzten Jahrzehnten am intensivsten behandelte Gegenstand der frühneuzeitlichen europäischen Geschichte gewesen. Ich erinnere nur an das Projekt der European Science Foundation (ESF), «The

[4] J. Bongars.

[5] Brief Plessens an Bongars, Heidelberg, 28. Juli 1604 (Staats- und Universitätsbibliothek Hamburg, Sup. ep. 31, fol. 295).

[6] M. Morineau, *Régions et nations entre trois colloques*, in R. Babel - J.-M. Moeglin (edd), *Identité*, S. 445-453.

[7] *Ibidem*, S. 450.

Origins of the Modern State in Europe, 13th to 18th Centuries»[8]. Zwar haben die neueren anthropologischen und mikrohistorischen Fragestellungen eine gewisse Relativierung dieser Basisproblematik bewirkt, doch läßt sich insgesamt feststellen, daß der frühmoderne Staatsbildungsprozeß weiterhin als zentrale Frage gesehen werden muß. Selbst dann, wenn die Forschung nach der Rolle und Bedeutung von Individuen und kleineren sozialen Einheiten fragt, dann steht unüberhörbar die Frage nach der Reaktion dieser Individuen oder kleineren sozialen Einheiten auf den frühmodernen Staat zur Diskussion. Gerade in der neuen Forschung intensiv diskutierte Probleme wie etwa das der Sozialdisziplinierung lassen sich nach meinem Dafürhalten nicht als sinnvolle Frage bezeichnen, sofern man nicht den Prozeß der Staatsbildung berücksichtigt.

Welche Möglichkeiten der Ordnung des historischen Materials im Kontext der neueren Nationalismusforschung stehen uns heute zur Verfügung? Folgen wir einmal dem von Reinhard Stauber entwickelten Konzept der «Nationalisierungsschübe» zwischen dem Mittelalter und dem Beginn des 19. Jahrhunderts[9], dann können wir in einem ersten Zugriff drei dieser analytisch leistungsfähigen Schübe genauer benennen.

– Zum einen handelt es sich um ein erstes Erkennen des Begriffs der Nation als basale politische Ordnungsvorstellung, die im 9. und 10. Jahrhundert als solche Gestalt annimmt (Die Nation als ethnisch-politische Ordnungseinheit).

– Ein zweiter Schub wird in den Jahrzehnten um 1500 gesehen, also am Beginn der Frühneuzeit. Hier taucht der Begriff des Heiligen Römischen Reiches Deutscher Nation auf und wird binnen kurzem sprachlich fixiert[10].

[8] Aus den zwischen 1988 und 1993 stattgefundenen Treffen namhafter europäischer Historiker gingen bislang die folgenden Veröffentlichungen hervor: W[illem Pieter] BLOCKMANS - J.-P. GENET (edd), *Visions sur le développement des états européens. Théories et historiographies de l'état moderne. Organisé par la Fondation européens de la science et l'École française de Rome*, Rome, 18-31 mars 1990 (Collection de l'École française de Rome, 171), Paris 1993; Wi[lle]m BLOCKMANS, u.a. (edd), *The heritage of the pre-industrial European state. The origins of the modern state in Europe, 13th to 18th century.* Second plenary conference, Lisbon, Arquivo da Torre do Tombo, 8-11 April 1992, Lisbon 1992; R. BONNEY (ed), *Economic Systems and State Finance* (The origins of the Modern State in Europe 13th to 18th Centuries, Theme B), Oxford 1995; W. REINHARD (ed), *Power Elites and State Building* (The Origins of the Modern State in Europe 13th to 18th Centuries, Theme D), Oxford 1996; J. COLEMAN (ed), *The Individual in Political Theory and Practice* (The Origins of the Modern State in Europe 13th to 18th Centuries, Theme F), Oxford 1996.

[9] R. STAUBER, *Nationalismus*, S. 142-148.

[10] Zur Wortgeschichte siehe A. SCHRÖCKER, *Die deutsche Nation. Beobachtungen zur politischen Propaganda des ausgehenden 15. Jahrhunderts* (Historische Studien, Heft 426),

Karl Ferdinand Werner sprach in diesem Zusammenhang vom «Humanismus-Schub» in Deutschland[11]. Parallel dazu können wir aber auch erkennen, daß der Begriff der Nation von den Humanisten historisch entdeckt und überhöht wird. In der bewußten Abgrenzung von einer italienischen Kulturdominanz formulieren die deutschen Humanisten, gestützt auf die Wiederentdeckung historischer Texte (hier vor allem die *Germania* des Tacitus[12]), einen kulturellen Nationsbegriff, der sich um historische Dignität, den Aufweis kultureller und sittlicher Überlegenheit, schließlich um die sprachliche Einheit der so definierten Nation bemüht. Dies ist jedoch keineswegs ein deutsches Spezifikum. Alle europäischen Länder konstruieren im Lauf des 16. Jahrhunderts – wenn auch in zeitlicher Staffelung – ihre eigene kulturelle Identität in Abgrenzung von Italien. Die deutschen Bemühungen um Selbstdefinition sind nur insofern bemerkenswert, als die «barbarischen» Deutschen nicht auf den gemeineuropäischen Trojanermythos als imaginärer Wiege der europäischen Völker zurückgreifen können[13]; vielmehr sind sie gehalten, ihr individuel-

Lübeck 1974, S. 58-95; U. NONN, *Heiliges Römisches Reich Deutscher Nation. Zum Nationen-Begriff im 15. Jahrhundert*, in «Zeitschrift für Historische Forschung», 9, 1982, S. 129-142; P. MORAW, *Reich* (III.4: Das späte Mittelalter), in O. BRUNNER - W. CONZE - R. KOSELLECK (edd), *Geschichtliche Grundbegriffe. Historisches Lexikon zur politisch-sozialen Sprache in Deutschland*, 5, Stuttgart 1984, S. 446-456, bes. S. 454 f.; E. ISENMANN, *Reich und deutsche Nation am Ausgang des 15. Jahrhunderts*, in J. EHLERS (ed), *Ansätze und Diskontinuität deutscher Nationsbildung im Mittelalter* (Nationes. Historische und philologische Untersuchungen zur Entstehung der europäischen Nationen im Mittelalter, 8), Sigmaringen 1989, S. 145-246, hier S. 155-163; R.A. MÜLLER, *Heiliges Römisches Reich Deutscher Nation. Anspruch und Bedeutung des Reichstitels in der Frühen Neuzeit* (Eichstätter Hochschulreden, 75), Regensburg 1990.

[11] K.F. WERNER, *Volk, Nation, Nationalismus, Masse* (IV.: Volk / Nation als politischer Verband), in O. BRUNNER - W. CONZE - R. KOSELLECK (edd), *Geschichtliche Grundbegriffe*, 7, Stuttgart 1992, S. 186-245, hier S. 235.

[12] Siehe hierzu P. JOACHIMSEN, *Tacitus im deutschen Humanismus* [zuerst 1911], in P. JOACHIMSEN, *Gesammelte Aufsätze. Beiträge zu Renaissance, Humanismus und Reformation; zur Historiographie und zum deutschen Staatsgedanken, ausgewählt und eingeleitet von Notker Hammerstein*, Aalen 1970, S. 275-295; L. KRAPF, *Germanenmythus und Reichsideologie – Frühhumanistische Rezeptionsweisen der taciteischen «Germania»* (Studien zur deutschen Literatur, 59), Tübingen 1979; H. KLOFT, *Die Germania des Tacitus und das Problem eines deutschen Nationalbewußtseins*, in «Archiv für Kulturgeschichte», 72, 1990, S. 93-114, ferner U. MUHLACK, *Die Germania im deutschen Nationalbewußtsein vor dem 19. Jahrhundert*, in H. JANKUHN - D. TIMPE (edd), *Beiträge zum Verständnis der Germania des Tacitus. Bericht über die Kolloquien der Kommission für die Altertumskunde Nord- und Mitteleuropas im Jahr 1986*, Teil I (Abhandlungen der Akademie der Wissenschaften in Göttingen, Philologisch-Historische Klasse, Dritte Folge, Nr. 175), Göttingen 1989, S. 128-154.

[13] Zur Verwendung der Trojanermythen für Abstammungsgeschichten in jeweils nationaler Dimension liegen zahlreiche Einzelstudien vor, vgl. etwa für das Beispiel Frankreich

les Profil durch die Vorstellung historischer Unbesiegtheit und ihren indigenen Status im eigenen Land herzuleiten[14]. Offensichtlich muß die Herausbildung der modernen europäischen Staatenwelt mit dem Preis der kulturellen Differenzierung und Abgrenzung bezahlt werden (Die Nation als exklusive historische Einheit, als Sprach- und Kulturgemeinschaft). Auf diese Phase wird noch zurückzukommen sein.

– Ein dritter Schub ist schließlich seit dem späten 18. Jahrhundert auszumachen, als sich nicht nur der Neologismus «Nationalismus» durchsetzt, sondern sich auch die politisch-sozialen Umwälzungen anbahnen, die zur Grundlage des modernen nationalen Staates werden sollen. Dies ist hier nur als Markierung festzuhalten, denn die Schübe (1) und (3) begrenzen lediglich unser eigentliches Thema, das meines Erachtens durch die Bestimmung eines «Humanismus-Schubes» alleine nicht zu behandeln ist.

Ich will nur kurz darauf hinweisen, daß hier – bezogen auf andere Länder – auch andere Ansätze denkbar sind: Für Frankreich legen neuere Untersuchungen zumindest vier Deutungen nahe: Colette Beaune hat wie Ernest Renan die Bedeutung der französischen Könige für die Nationswerdung betont[15], eine republikanische Schule hat die Rolle der Französischen Revolution herausgestellt[16], Fernand Braudel hat die verkehrsmäßige Er-

zuletzt T. MAISSEN, *Von der Legende zum Modell. Das Interesse an Frankreichs Vergangenheit während der italienischen Renaissance* (Basler Beiträge zur Geschichtswissenschaft, 166), Basel 1994, bes. S. 327-350. Eine überblicksartige Sichtung solcher nationaler Varianten innerhalb eines europäischen Spektrums liefern G. MELVILLE, *Troja: Die integrative Wiege europäischer Mächte seit dem ausgehenden Mittelalter*, in F. SEIBT - W. EBERHARD (edd), *Europa 1500. Integrationsprozesse im Widerstreit: Staaten, Regionen, Personenverbände, Christenheit*, Stuttgart 1987, S. 415-432 und J. GARBER, *Trojaner – Römer – Franken – Deutsche. «Nationale» Abstammungstheorien im Vorfeld der Nationalstaatsbildung*, in K. GARBER (ed), *Nation und Literatur im Europa der Frühen Neuzeit.* Akten des I. Internationalen Kongresses zur Kulturgeschichte der Frühen Neuzeit (Frühe Neuzeit. Studien und Dokumente zur deutschen Literatur und Kultur im europäischen Kontext, 1), Tübingen 1989, S. 108-163.

[14] H. MÜNKLER - H. GRÜNBERGER, *Nationale Identität im Diskurs der Deutschen Humanisten*, in H. BERDING (ed), *Nationales Bewußtsein und kollektive Identität.* Studien zur Entstehung des kollektiven Bewußtseins in der Neuzeit 2, Frankfurt a.M. 1994, S. 211-248, hier S. 220-231.

[15] C. BEAUNE, *Naissance de la nation France* (Bibliothèque des Histoires), Paris 1985. Zu Renan vgl. M. ZENNER, *Die Nation im Denken Ernest Renans*, in K. KLUXEN - W.J. MOMMSEN (edd), *Politische Ideologien und nationalstaatliche Ordnung. Studien zur Geschichte des 19. und 20. Jahrhunderts.* Festschrift für Theodor Schieder zu seinem 60. Geburtstag, München - Wien 1968, S. 219-238, hier S. 230 f.

[16] Siehe dazu M. OZOUF, *La fête révolutionnaire, 1789-1799* (Bibliothèque des Histoires), Paris 1976; M. VOVELLE, *Breve storia delle rivoluzione francese*, Roma 1979, deutsch: *Die*

schließung Frankreichs durch das Eisenbahnnetz hervorgehoben[17] und der amerikanische Historiker Eugene Joseph Weber hat in *La fin des terroirs* gar erst im späten 19. Jahrhundert und im Ersten Weltkrieg den entscheidenden Schub für die patriotischen Gefühle einer Mehrheit erkennen wollen[18].

Hans-Ulrich Wehler hat die komplizierte Vorgeschichte des nationalen Bewußtseins dadurch klären wollen, daß er die Meinung, «daß die Entwicklung zur Nation keimhaft in den europäischen Völkern angelegt gewesen sei und sich gewissermaßen unabänderlich entfaltet habe», deutlich ablehnt und großen Wert darauf legt, aus historisch guten Gründen die älteren Formen der Loyalität wie Landes- und Reichspatriotismus scharf vom modernen Nationalismus abzugrenzen[19]. Dem gleichsam biologisch notwendigen Zusammenhang zwischen älteren Formen des Zusammengehörigkeitsgefühls und dem neueren nationalen Bewußtsein will er dezidiert entgegentreten. Er behauptet, «daß der moderne Nationalismus und die moderne Nation in den großen westlichen Revolutionen in England, Amerika und Frankreich geboren werden»[20]. Natürlich gebe es auch dort ältere Traditionen, die Gemeinsamkeit von Sprache, Kultur der politischen Erfolge und militärische Glanztaten. Dies seien integrierende Leistungen, eine Art kultureller Verfügungsmasse. Erst die spezifische Erschütterung des sozialen Gefüges durch demographisches Wachstum, die ökonomische Veränderung der Gesellschaft durch den modernen Kapitalismus, der Zerfall der ständischen Sozialordnung und der Aufstieg der modernen Klassengesellschaft, schließlich auch die Erosion der traditionalen Formen der politischen Herrschaft und letztlich die Auflösung

Französische Revolution – soziale Bewegung und Umbruch der Mentalität. Mit einem Nachwort des Autors zur deutschen Ausgabe und einer Einführung von R. Reichardt (Ancien régime, Aufklärung und Revolution, 7), München - Wien 1982, bes. S. 109-132 («Die gelebte Erfahrung der Revolution: die Entdeckung der neuen Welt»); L. HUNT, *Politics, Culture and Class in the French Revolution*, Berkeley - Los Angeles 1984; deutsche Ausgabe: *Symbole der Macht, Macht der Symbole. Die Französische Revolution und der Entwurf einer politischen Kultur*, Frankfurt a.M. 1989.

17 F. BRAUDEL, *L'identité de la France*, 1: *Espace et Historie*, Paris 1986; deutsche Ausgabe: *Frankreich*, 1: *Raum und Geschichte*, Stuttgart 1989.

18 E.J. WEBER, *La fin des terroirs. La modernisation de la France rurale (1870-1944)*, Paris 1983.

19 H.-U. WEHLER, *Nationalismus und Nation in der deutschen Geschichte*, in BERDING (ed), *Nationales Bewußtsein*, S. 163-175, das Zitat S. 163.

20 *Ibidem*, S. 164.

der alten sozio-kulturellen Muster haben die Voraussetzungen für den modernen Nationalismus geschaffen[21].

Auf diesen Voraussetzungen habe sich dann auch die neue soziale Trägerschicht für den modernen Nationalismus entwickeln können, das Bürgertum. Wenn dies so dezidiert behauptet wird, dann stellt sich desto dringender die Frage, wie die unzweifelhaft existierenden pränationalen Bewußtseinselemente der frühneuzeitlichen Kultur gesehen werden müssen. Zunächst ist darauf zu verweisen, daß Wolfgang Hardtwig ein ebenso deutliches Gegenmodell dazu entwickelt hat[22]. Er hat vor allem die starke Zäsur des späten 18. Jahrhunderts relativieren wollen, und er hat dies besonders dadurch unternommen, daß er wesentliche Elemente eines modernen Nationalismus schon seit dem Humanismus erkennt und für die Wende vom 15. zum 16. sowie für das 17. Jahrhundert gar schon frühe Spielarten eines «organisierten Nationalismus» feststellen zu können glaubt[23]. Ohne hier so weit wie Hardtwig gehen zu wollen, widerspricht es auch meinem Verständnis vom genetischen Charakter der Erscheinungen der modernen Welt, eine derart scharfe Trennung vornehmen zu können, wie Hans-Ulrich Wehler sie empfiehlt. Die Entwicklungen des 19. Jahrhunderts müssen auf den Voraussetzungen der vorangehenden Jahrhunderte aufbauen. Selbst wenn tatsächlich mit den eben genannten Faktoren eine neue Qualität des nationalen Denkens definiert werden kann, dann besteht umso größerer Bedarf an der differenzierten Betrachtung jener frühen nationalen Elemente, die die politische Welt der Vormoderne bestimmt haben.

Von daher liegt es nahe, zumindestens tentativ jene Faktoren zu bestimmen, die in der Frühen Neuzeit den Prozeß politischer Vergemeinschaftung begleitet haben. Nur so läßt sich eine befriedigende Analyse der Vorformen des nationalen Denkens entwickeln, die auch nicht dem von Wehler zurecht beklagten Fehler unterliegt, die Entwicklung zum modernen Nationalstaat alleine teleologisch zu interpretieren.

Ausgehend von den meines Erachtens grundlegenden und zugleich weiterführenden Beobachtungen, die von Hans Lemberg schon in den

[21] *Ibidem*, S. 164 f.

[22] W. Hardtwig, *Vom Elitebewußtsein zur Massenbewegung. Frühformen des Nationalismus in Deutschland 1500-1840*, in W. Hardtwig, *Nationalismus und Bürgerkultur in Deutschland, 1500-1914. Ausgewählte Aufsätze*, Göttingen 1994, S. 34-54.

[23] *Ibidem*, S. 45.

fünfziger Jahren formuliert worden sind[24], lassen sich folgende Überlegungen entwickeln.

Als prinzipielle methodische Einsicht sollte vorweg anerkannt werden, daß der Prozeß der Ausbildung von Nationen nicht auf objektive Merkmale gegründet werden kann (ethnische, sprachliche, kulturelle etc.), sondern daß vielmehr nationales Bewußtsein als die Existenz der Vorstellung von gemeinsamen und verbindenden Merkmalen gesehen werden muß. Hier liegt der heuristische Wert des Konzepts der «imagined communities» von Benedict Anderson[25]. Wir haben davon auszugehen, daß über den lokal-regionalen Ordnungssystemen offensichtlich «Erfahrungsgemeinschaften» existieren, die appellationsfähig sind: Wenn sich der Florentiner Machiavelli an seine italienischen «Landsleute» wendet und deren landsmännisches Ressentiment gegen die drohenden «Barbaren» mobilisiert[26], wird dieses Moment in ähnlicher Weise sichtbar wie in den Aufrufen Martin Luthers «an den christlichen Adel deutscher Nation»[27].

Ein solcher, letztlich ideologischer Charakter nationalen Bewußtseins setzt freilich großräumige politische Rahmenbedingungen voraus, in denen staatlich organisierte Großgruppen über den regionalen Einheiten in einem konkurrierenden Verhältnis zueinander stehen. Diese Bedingung lenkt unser Interesse unwillkürlich auf den Zeitraum der Frühen Neuzeit, als sich das europäische Staatensystem herausbildete und damit der Raum entstand, in dem sich eine spezifische «Kultur der Wahrnehmung» zwischen politischen Einheiten entfalten konnte[28].

Damit möchte ich die Frage nach den Vorformen politischen Gemeinschaftsbewußtseins stärker jener Forschungsrichtung anempfehlen, die sich

[24] E. LEMBERG, *Geschichte des Nationalismus in Europa*, Stuttgart 1950, bes. S. 86-107 («Vom Territorialstaat zum Nationalstaat»).

[25] B.R. ANDERSON, *Imagined Communities. Reflections on the Origin and Spread of Nationalism*, London 1983, überarbeitete Ausgabe 1991; deutsch: *Die Erfindung der Nation. Zur Karriere eines folgenreichen Konzepts*, Frankfurt a.M. - New York 1988, erweiterte Neuaufl. 1996.

[26] N. MACHIAVELLI, *Il Principe*, XXVI: «Exhortatio ad capessendam Italiam in libertatemque a barbaris vindicandam» (*Opere*, hrsg. von M. BONFANTINI, Milano - Napoli 1954).

[27] Vgl. dazu H. THOMAS, *Die Deutsche Nation und Martin Luther*, in «Historisches Jahrbuch», 105, 1985, S. 426-454.

[28] Vgl. zu dieser Thematik die Überlegungen und Befunde in W. SCHULZE, *«Sua cuique nationi discrimina». Nationales Denken und nationale Vorurteile in der Frühen Neuzeit*, in S. KRIMM - W. ZIRBS (edd), *Die Deutschen und die andern: Patriotismus, Nationalgefühl und Nationalismus in der deutschen Geschichte* (Acta Ising 1996), München 1997, S. 32-66.

mit der Entwicklung des Staatensystems als eines ausgesprochenen Konkurrenzsystems befaßt. Wenn ich es richtig sehe, hat sich in den letzten Jahren ein neuer Blick auf die spezifischen Elemente frühmoderner Staatlichkeit ergeben, seit stärker als früher die Rückwirkungen des europäischen Konkurrenzsystems auf die Binnenentwicklung der Staaten gesehen werden[29]. Die Fähigkeit, im europäischen Mächtezusammenhang einen Platz zu behaupten oder zu gewinnen, wurde zum entscheidenden Kriterium. Kaum jemand hat diesen Grundgedanken fürstlichen Machtstrebens besser ausgedrückt als Karl V. in einer Instruktion für den Gesandten Ferry Beaurain, als es um seine Wahl zum römischen König ging:

«Si ledit Empire vient à tumber en noz mains avec les grandz royaumes et seigneuries que nous avons, nous serions beaucoup plus craingt et extimé entre tous les roys, princes et potentaz chrestiens, qui ne ouseroient si facilement entreprendre contre nous une nouvelleté ou esmotion de guerre comme ils feroient contre ung moindre, dont ilz en seroient en meilleur repoz et tranquillité»[30].

Ein solches Prinzip der Machtakkumulation bestimmte letztlich – wenn auch in einem sehr weiten Rahmen – die Binnenstruktur der staatlichen Einheiten. Von daher scheint auch ein Zusammenhang zu bestehen zwischen dem Konkurrenzverhältnis im machtpolitischen Bereich und der Selbstdefinition der eigenen Identität bzw. der Wahrnehmung fremder Identitäten[31]. Die Nationalismusforschung hat darauf schon reagiert, indem die konstitutive Bedeutung des Krieges für die Herausbildung der Kohärenz von Nationalstaaten betont wurde (zu erinnern wäre an die Arbeiten von Linda Colley für England[32] sowie die vergleichenden Aussagen von Günther Lottes und von Anthony Smith[33]). Eine solche Per-

[29] Als Überblick zu dieser Richtung der Forschung siehe D. LANGEWIESCHE, *Nation*, S. 195 f.

[30] Zitiert nach A. LHOTSKY, *Das Zeitalter des Hauses Österreich. Die ersten Jahre der Regierung Ferdinands I. in Österreich (1520-1527)* (Österreichische Akademie der Wissenschaften, Veröffentlichungen der Kommission für Geschichte Österreichs, 4; Schriften des DDr. Franz Josef Mayer-Gunthof-Fonds, Nr. 7), Wien 1971, S. 80.

[31] Zu erinnern ist hier etwa an E. L[ionel] JONES, *The European Miracle. Environments, economies, and geopolitics in the history of Europe and Asia*, Cambridge - New York - Port Chester 1981, 1990^2; deutsche Ausgabe: *Das Wunder Europa. Umwelt, Wirtschaft und Geopolitik in der Geschichte Europas und Asiens* (Die Einheit der Gesellschaftswissenschaften. Studien in den Grenzbereichen der Wirtschafts- und Sozialwissenschaften, 72), Tübingen 1991.

[32] L. COLLEY, *Britons. Forging the Nation, 1707-1837*, New Haven - London 1992.

[33] A.D. SMITH, *National Identity*, London 1991; G. LOTTES (ed), *Region, Nation, Europa. Historische Determinanten der Neugliederung eines Kontinents* (Schriftenreihe der Europa-Kolloquien im Alten Reichstag, 1), Heidelberg 1992.

spektive entzieht das Problem des nationalen Bewußtseins seiner Vereinzelung als nur ideologisches Problem und ordnet es in den größeren Kontext einer im Werden begriffenen europäischen Staatenordnung ein. Danach ist die Herausbildung von Nationalbewußtsein eng mit der Artikulation eigener Interessen und deren gewaltsamer Durchsetzung verbunden. Methodisch erscheint mir also die Kombination von «imagined communities» und europäischer Systemkonkurrenz hilfreich zu sein. Sie bietet die Möglichkeit, die offensichtlichen mentalen und intellektuellen Vorleistungen für nationales Bewußtsein in einen historischen Bedingungsrahmen einzufügen.

Bevor nun gemäß dieser methodischen Vorgaben verfahren werden soll, möchte ich noch auf einen theoretischen Entwurf zur Entwicklung frühneuzeitlichen nationalen Denkens eingehen, der nicht unmittelbar in den hier erörterten Kontext hineingehört, aber gleichwohl als lohnende Theorie in unsere Diskussion einbezogen werden muß. In einem vor kurzem erschienenen Sammelband des Deutschen Historischen Instituts Paris hat Bernd Roeck die These entwickelt, daß es erst des Zusammenbruchs der Vorstellung von einem «Gottesstaat» im Diesseits bedurfte, um den Weg für Nationalismen moderner Prägung freizumachen. «Das Nationale» – so sagt er – «wird Surrogat für den Verlust an Metaphysik, die ihren gewichtigen Anteil an der relativen Stabilität frühneuzeitlicher Gesellschaften gehabt hatte»[34]. Um es mit einem Argument zu verdeutlichen, das Roeck selbst nicht anführt, könnte man sagen, daß die Existenz der biblischen Vier-Reiche-Lehre in Deutschland eine moderne nationale Idee überflüssig machte. Damit ließe sich zugleich veranschaulichen, daß ein Gemeinwesen wie das französische Königreich nur umso früher eine nationale Idee entwickeln konnte, ja mußte. Bodins Kritik am *inveteratus error* der Vier-Reiche-Lehre spricht jedenfalls dafür[35]. Seine Kritik wurde wiederum von deutschen Theologen als *bellum contra Germanicum romanorum Imperium* verstanden[36], ein Hinweis darauf, daß in dieser Art

[34] B. ROECK, *Der Untergang des Heiligen Reiches. Die Säkularisierung des Gottestaates der Frühen Neuzeit als Voraussetzung nationaler Identitätsbildung*, in R. BABEL - J.-M. MOEGLIN (edd), *Identité*, S. 177-191, das Zitat S. 181.

[35] J. BODIN, *Methodvs, ad facilem historiarvm cognitionem*, Paris 1566, VII: *Confvtatio eorvm qui quatuor monarchias aureáque secula statuunt*, S. 346. Vgl. dazu A. SEIFERT, *Der Rückzug der biblischen Prophetie von der Neueren Geschichte. Studien zur Geschichte der Reichstheologie des frühneuzeitlichen deutschen Protestantismus* (Beihefte zum Archiv für Kulturgeschichte, Heft 31), Köln - Wien 1990, S. 65-69.

[36] A. FRANCKENBERGER, *De amplitvdine et excellenti historiae propheticae dignitate: De cavsis ad lectionem illius nos impellentibus: et adminiculis in meditatione: in quibus pleraque*

von ideologischen Auseinandersetzungen wichtige Grundlagen zur Herausbildung eines je exklusiven nationalen Denkens gelegt werden konnten.

Für das Alte Reich und seine Randzonen bedeutet die oben angesprochene Einsicht in die Struktur des europäischen Mächtesystems zugleich, sich seiner konkurrierenden Teileinheiten bewußt zu werden, die in dieser Epoche politisch von Bedeutung waren. Damit geraten die dynastischen Territorialstaaten des Alten Reichs in das engere Blickfeld der Untersuchung. Auch wird damit der Tatsache Rechnung getragen, daß die bedeutendsten politischen Gebilde im Europa der Frühen Neuzeit sogenannte «composite monarchies» waren, d.h. Staaten, die unter einer gemeinsamen monarchischen Spitze mehrere Teilstaaten vereinigten. Diese «zusammengesetzten Staaten», die durch Helmut Georg Koenigsberger und John Huxtable Elliott – also zwei Spanienspezialisten – wiederum in das Blickfeld gerieten[37], sind für unseren Zusammenhang deshalb besonders interessant, weil sie uns auf das Problem einer entweder endo- oder exogenetischen Herleitung von pränationalem Bewußtsein verweisen. Entsteht demnach frühes nationales Bewußtsein im Prozeß herrschaftlicher Staatsbildung, also durch die Etablierung einer Dynastie, durch eine Großreichsbildung, einen vom Herrscher geleiteten Verteidigungskampf und vergleichbare Vorgänge, oder bildet sie sich durch gesellschaftliche Entwicklungen, Interessenkonstellationen, ständische Zusammenschlüsse, vielleicht sogar durch wirtschaftliche Interessen heraus[38]?

in hoc genere accuratè excutiuntur, quæ studiosis sacræ antiquitatis et historiarum scitu necessaria sunt, Wittenberg o.J. [um 1585], S. 191. Vgl. A. SEIFERT, *Rückzug*, S. 67.

[37] J.H. ELLIOTT, *A Europe of Composite Monarchies*, in «Past and Present», 137, 1992, S. 48-71; sinngemäß bereits H.G. KOENIGSBERGER, *Dominium regale or dominium politicum et regale? Monarchies and Parliaments in Early Modern Europe*, in K. BOSL (ed), *Der moderne Parlamentarismus und seine Grundlagen in der ständischen Repräsentation*, Berlin 1977, S. 43-86; neuerdings H.G. KOENIGSBERGER, *Zusammengesetzte Staaten, Repräsentativversammlungen und der amerikanische Unabhängigkeitskrieg*, in «Zeitschrift für Historische Forschung», 18, 1991, S. 399-423.

[38] Nur am Rande sei daran erinnert, daß bereits Otto Brunner von Fällen einer «monarchischen Union von Ständestaaten» ausging, um das Phänomen einzelner Länderkonglomerate im frühneuzeitlichen Europa in ihrer dynastischen Verklammerung zu kennzeichnen. Siehe O. BRUNNER, *Das Haus Österreich und die Donaumonarchie*, in «Südost-Forschungen», 14, 1955, S. 122-144, hier S. 126 sowie O. BRUNNER, *Land und Herrschaft. Grundfragen der territorialen Verfassungsgeschichte Österreichs im Mittelalter*, Wien 1965[5] (Nachdruck Darmstadt 1970), S. 441-463. Zu diesem Gegenstand vgl. zuletzt T. FRÖSCHL (ed), *Föderationsmodelle und Unionsstrukturen. Über Staatenverbindungen in der frühen Neuzeit vom 15. zum 18. Jahrhundert* (Wiener Beiträge zur Geschichte der Neuzeit, 21/1994), München - Wien 1994.

Historiographisch ist diese Frage von besonderer Bedeutung, weil bekanntlich die ältere Ständeforschung (der 50er und 60er Jahre) die staatsbildende Kraft des Ständewesens verneinte bzw. stark relativierte und den Anteil des Landesfürstentums herausstellte. Ich erinnere etwa an die Debatte zwischen Fritz Hartung, Werner Näf, Francis Ludwig Carsten und Gerhard Oestreich[39]; im Gegensatz dazu neigt die jüngere Forschung eher zu einer angemessenen Würdigung des ständischen Regionalismus, der sowohl als notwendiges soziales Substrat als auch als Gegengewicht zum fürstlichen Absolutismus gesehen wird[40]. Hier ist auch darauf hinzuweisen, daß Elliotts Konzept der «composite monarchy» ebenfalls den Versuch unternimmt, die staatlichen Integrationsprozesse der Frühen Neuzeit wieder in ihr Recht zu setzen und sie von einer einförmigen Entwicklung zum Nationalstaat abzusetzen. Damit sind wir unmittelbar bei dem speziellen Gegenstand des Beitrages angelangt. Er greift ein Thema auf, das – wählt man eine großzügige Forschungsperspektive –, zwischen «ständischem Regionalismus» im Sinne von Dietrich Gerhard[41] und fürstlichem Absolutismus oder – in den Worten Helmut Koenigsbergers – im Spannungsfeld von *dominium regale* und *dominium politicum et regale* angesiedelt werden kann[42].

[39] Als Bilanzen dieser Auseinandersetzung siehe H. HASSINGER, *Die Landstände der österreichischen Länder. Zusammensetzung, Organisation und Leistung im 16.-18. Jahrhundert*, in «Jahrbuch für Landeskunde von Niederösterreich», NF, 36, 1964, S. 989-1035; G. BIRTSCH, *Die landständische Verfassung als Gegenstand der Forschung*, in D. GERHARD (ed), *Ständische Vertretungen in Europa im 17. und 18. Jahrhundert* (Veröffentlichungen des Max-Planck-Instituts für Geschichte, 27), Göttingen 1969, S. 32-55, bes. S. 33-38 sowie W. SCHULZE, *Landesdefension und Staatsbildung. Studien zum Kriegswesen des innerösterreichischen Territorialstaates (1564-1619)* (Veröffentlichungen der Kommission für Neuere Geschichte Österreichs, 60), Wien - Köln - Graz 1973, S. 24-30.

[40] Vgl. U. LANGE, *Der ständestaatliche Dualismus – Bemerkungen zu einem Problem der deutschen Verfassungsgeschichte*, in «Blätter für deutsche Landesgeschichte», 117, 1981, S. 311-334; V. PRESS, *Formen des Ständewesens in den deutschen Territorialstaaten des 16. und 17. Jahrhunderts*, in P. BAUMGART (ed), *Ständetum und Staatsbildung in Brandenburg-Preußen. Ergebnisse einer internationalen Fachtagung* (Veröffentlichungen der Historischen Kommission zu Berlin, 55; Studies presented to the International Commission for the History of Representative and Parliamentary Institutions, LXVI), Berlin - New York 1983, S. 280-318; V. PRESS, *Vom «Ständestaat» zum Absolutismus. 50 Thesen zur Entwicklung des Ständewesens in Deutschland, ibidem*, S. 319-326; V. PRESS, *Absolutismus, Regionalismus und Ständetum im Heiligen Römischen Reich*, in R. BABEL - J.-M. MOEGLIN (edd), *Identité*, S. 89-99.

[41] D. GERHARD, *Regionalismus und ständisches Wesen als ein Grundthema europäischer Geschichte*, in «Historische Zeitschrift», 174, 1952, S. 307-337, wieder in D. GERHARD, *Alte und neue Welt in vergleichender Geschichtsbetrachtung* (Veröffentlichungen des Max-Planck-Instituts für Geschichte, 10), Göttingen 1962, S. 13-39.

[42] H.G. KOENIGSBERGER, *Dominium regale*.

«Das Werden der Großmacht Österreich» – so der historiographische Topos – mutet in der Rückschau wie ein sich mit Notwendigkeit durchsetzender Prozeß staatlicher Konzentration unter der Leitung der Krondynastie an, demgegenüber die retardierend wirkenden Elemente, die einzelnen Länder und die Sonderinteressen ihrer Stände, eher zurücktreten. Für Oswald Redlich war es die «zähe, zielbewußte und konsequente Arbeit des absolutistischen Zentralismus», die «seit 1526 die so verschieden gearteten Bestandteile der österreichisch-habsburgischen Machtgebiete nach und nach zu der Monarchie Maria Theresias und Josefs II. ausgestaltet» hat[43]. Der berühmte Vorschlag des Prinzen Eugen an Kaiser Karl VI. vom 21. Januar 1726, aus seiner «herrlichen und weitläufigen Monarchie ein Totum zu machen»[44], muß insofern als eine nachträgliche Anweisung verstanden werden, die aus der bisherigen Integrationsleistung der Dynastie vor allem seit ihrem Ausgreifen auf Böhmen und Ungarn die erforderlichen Konsequenzen zog.

Seit der keineswegs unproblematischen Trennung zwischen der spanischen und der deutschen Linie des Hauses Habsburg 1521-22 hatten sich die österreichischen Erbländer als wichtige Teile der Monarchie etabliert. Schon die offene Situation nach dem Tode Maximilians hatte ihre Stellung gestärkt, vor einer Huldigung an den neuen Herrscher betrachteten sich die Landschaften als Inhaber der öffentlichen Gewalt[45].

Erzherzog Ferdinand sah sich nach der de-facto-Übernahme der Herrschaft in den österreichischen Ländern von seinen Untertanen wenig geliebt, da ihnen die wahren Herrschaftsverhältnisse nicht bekannt seien[46]. Erst nach dem Wiener Neustädter Gerichtstag («Blutgericht») vom Sommer 1522,

[43] O. REDLICH, *Das Werden einer Großmacht. Österreich von 1700 bis 1740* (Geschichte Österreichs, 7), 2. und 3. durchgesehene Aufl., Brünn - München - Wien 1942, S. VI (Vorwort zur Erstauflage 1938).

[44] Zitiert nach O. BRUNNER, *Land und Herrschaft*, S. 446.

[45] Zum gesamten Komplex jetzt G.R. BURKERT, *Landesfürst und Stände. Karl V., Ferdinand I. und die österreichischen Erbländer im Ringen um Gesamtstaat und Landesinteressen* (Forschungen und Darstellungen zur Geschichte des Steiermärkischen Landtags, 1), Graz 1987.

[46] «... que les subgectz n'ont envers nous l'amour et affection qu'ilz devroient avoir à leur seigneur naturel, pensant, que si pour le present sont en nostre gouvernement que ciaprès pourront devenir en cellui d'aultri» (Instruktion Ferdinands für Henri de Hemricourt und Martin de Salinas an Karl, Nürnberg, November 1522, in W. BAUER (Bearb.), *Die Korrespondenz Ferdinands I.*, I: *Familienkorrespondenz bis 1526* (Veröffentlichungen der Kommission für Neuere Geschichte Österreichs, 11), Wien 1912, S. 21-30, hier S. 22 f.

als Ferdinand persönlich über die Widerstandspartei von 1519-20[47] Gericht hielt, änderte sich diese Situation, der erhoffte *effect* war eingetreten[48]. Unmittelbar nach dem Tode Maximilians hatten die fünf niederösterreichischen Länder – Österreich beiderseits der Enns, Kärnten, Krain und Steiermark – in Bruck einen gegenseitigen Schutzvertrag vereinbart (sog. Brucker Libell vom 27. März 1519). Die Stände reagierten so auf die relative Schwäche Karls und Ferdinands, die beide durch die Rivalität mit Frankreich, die Glaubensspaltung im Reich sowie die osmanische Bedrohung belastet waren[49]. In dieser Phase konnten sich die Stände der Erbländer starke Positionen aufbauen, die auch durch die Übernahme des ungarischen und böhmischen Königtums nach 1526-27 nicht geschwächt worden war. Gerade das ungarische Königtum verpflichtete Ferdinand zu größerem Einsatz im kroatisch-slawonischen Grenzraum, der aber ohne finanzielle Hilfen der Stände der Erbländer nicht zu sichern war. Das böhmische Königtum war dazu ein durchaus prekäres Herrschaftssystem, das durch den Anspruch der böhmischen Stände auf die freie Wahl des Monarchen ein Element der Schwächung der Rolle des Hauses Habsburg barg. Ferdinand hielt sich mit seiner Sorge um die Geringschätzung seiner Stellung in Ungarn und Böhmen keineswegs zurück: «Le roy y est moings obei et extimé ...»[50]. Noch das erste – später allerdings geänderte – Testament Ferdinands von 1532 sah im Falle der Minderjährigkeit seiner Kinder bei seinem Ableben einen 14köpfigen Ausschuß aus den Erblanden vor, der abwechselnd in Wien, Prag und Preßburg tagen sollte[51]. Dem

47 Siehe K. OBERLEITNER, *Die Parteikämpfe in Nieder-Oesterreich insbesondere in Wien in den Jahren 1519 und 1520. Nach bisher unbenützten handschriftlichen Quellen*, Wien 1864 und A. LHOTSKY, *Zeitalter*, S. 85-90.

48 «Laquelle condempnacion j'ai fait sortir effect et ont esté executéz dont vous en ai monsieur bien voulu avertir». (Ferdinand an Karl, Linz, 2. September 1522, in W. BAUER [Bearb.], *Korrespondenz Ferdinands I.*, 1, S. 15-21, hier S. 17). Zum Wiener Neustädter Gericht vgl. A. LHOTSKY, *Zeitalter*, S. 123-131 und G.R. BURKERT, *Landesfürst*, S. 139-143.

49 Vgl. A. LHOTSKY, *Zeitalter*, S. 87-90; G.R. BURKERT, *Landesfürst*, S. 55-59 sowie ausführlich G. RILL, *Fürst und Hof in Österreich von den habsburgischen Teilungsverträgen bis zur Schlacht von Mohács (1521/22 bis 1526)*, 1: *Außenpolitik und Diplomatie* (Forschungen zur Europäischen und Vergleichenden Rechtsgeschichte, 7), Wien - Köln - Weimar 1993, S. 12-110.

50 Ferdinand an Karl, Linz, 2. September 1522, in W. BAUER (Bearb.), *Korrespondenz Ferdinands I.*, 1, S. 15-21, hier S. 17 (bezogen auf das ungarische Königtum). Siehe ferner W. EBERHARD, *Monarchie und Widerstand. Zur ständischen Oppositionsbildung im Herrschaftssystem Ferdinands I. in Böhmen* (Veröffentlichungen des Collegium Carolinum, 54), München 1985.

51 Siehe H.I. BIDERMANN, *Geschichte der österreichischen Gesammt-Staats-Idee 1526-1804*, 2 Abtheilungen, Innsbruck 1867-1889 (Nachdruck in 1, Wien 1972), Abt. 1, S. 6 f.

standen Versuche des Hauses Habsburg gegenüber, den dynastischen Verbund zu stärken, nicht zuletzt durch die Hofstaatsordnung von 1527, die Hofrat, Geheimen Rat, Hofkanzlei und Hofkammer errichtete. In der Bestätigung der österreichischen Freiheiten hatte Karl V. den Anspruch des Hauses auf Einheit der von der Casa d'Austria beherrschten Länder herausgestellt:

«Alles, so der Erzherzog zu Oesterreich besitzet und innehat, das soll sein und heissen das Erzherzogthumb zu Oesterreich»[52].

Parallel zu diesen landesfürstlichen Bestrebungen waren es die Stände der habsburgischen Länder, die ebenfalls prinzipielle Überlegungen zur politischen Organisation entwickelten. Aufbauend auf der Erfahrung des österreichischen Defensionslibells von Innsbruck 1518[53] baten die steirischen, aber auch andere Landstände 1538 König Ferdinand um eine Zusammenkunft «aller Königreiche und Länder», was mit der besonderen Gefahr durch die Osmanen begründet wurde. Dahinter standen freilich schon frühere, freilich meist ergebnislose Versuche Ferdinands, seine niederösterreichischen Länder zu Münztagen (Prag 1528) und Defensionstagen (Linz 1529) zusammenzurufen. Auch die zuvor erwähnten vorsorglichen Bestimmungen in Ferdinands Testament von 1532, nach seinem Tode eine für diese Königreiche und Länder gemeinsame Regierung zusammenzuberufen, unterstreicht diese Neigung zur Kooperation. 1537 waren es ungarische Anstöße, die Ferdinand zu einem Ausschußtag seiner Länder anregten[54].

Das Bemerkenswerte an jenem Vorschlag für einen Ausschußtag aller «Königreiche und Länder», den der steirische Landeshauptmann Hans Ungnad im Sommer 1541 König Ferdinand vortrug, bestand darin, daß hier traditionelle Begrenzungen ständischen politischen Denkens teilweise überschritten wurden[55]. So riet Ungnad zu einem Gesamtlandtag der

[52] Konfirmationsbrief Karls V., Brüssel, 28. März 1522, § 37, zitiert nach H.I. BIDERMANN, *Gesammt-Staats-Idee*, Abt. 1, S. 27. Zur archivalischen Überlieferung vgl. G.R. BURKERT, *Landesfürst*, S. 131.

[53] Dazu die älteren Arbeiten von H[artmann] J[oseph] ZEIBIG, *Der Ausschuss-Landtag der gesammten österreichischen Erblande zu Innbruck 1518*, in «Archiv für Kunde österreichischer Geschichts-Quellen», 13, 1854, S. 203-316 (nebst Anhang: *Urkunden und Actenstücke zur Geschichte österreichischer Landtage aus den Jahren 1509 bis 1540*, S. 317-366) und A. NAGL, *Der Innsbrucker Generallandtag vom Jahre 1518*, in «Jahrbuch für Landeskunde von Niederösterreich», NF, 17-18, 1918-19, S. 12-36.

[54] Vgl. H.I. BIDERMANN, *Gesammt-Staats-Idee*, Abt. 1, S. 8 f.

[55] Das Folgende nach J. LOSERTH - F. FREIHERR VON MENSI, *Die Prager Ländertagung von 1541/42. Verfassungs- und finanzgeschichtliche Studien zur österreichischen Gesamtstaats-*

Länder, um die vielen aufwendigen Einzellandtage überflüssig zu machen. Die Bewilligung einer Summe von rund 3 Mio. Goldgulden jährlich zur Türkenabwehr werde einen wohltuenden Effekt auf die Zahlungen des Reiches und anderer Länder haben. Vor allem aber verband Ungnad mit diesem Plan bestimmte Absichten zur Sicherung der habsburgischen Herrschaft in Böhmen, Tirol und den übrigen Erblanden:

«Wo solche vergleichung bescheche und die cron Beham E. kgl. M[t] andern landen vermugen erkennte, möcht ursach geben, das die cron Beham von dem hause Österreich in langen zeiten nicht gewendt wurdt. Dadurch möchte, wie zu hoffen, die grafschaft Tirol und die andern obern und vordern E. kgl. M[t] erblande in ain trostliche hoffnung kumben, wann sy ain not von iren nachpern anstiesse, das sy von den andern E. kgl. M[t] kunigreichen und landen mit hilf und rettung mit gelt und volk nach irer gelegenhait nicht verlassen sonder muglichen beystand finden wurden»[56].

Der Prager Ausschußtag des Jahres 1541-42, der daraufhin zustande kam, spielt eine besondere Rolle, weil hier die Anregungen der steirischen Stände im Vordergrund standen, wenn auch das Ergebnis dieser Bemühungen um eine koordinierte Verteidigungs- und Steuerpolitik gewiß nicht vollständig den erhofften politischen und finanziellen Erfolg zeigte. Gleichwohl kann die besondere Haltung der innerösterreichischen Stände nicht übersehen werden[57]. Für die Entwicklung politischen Gemeinschaftsbewußtseins ist die Vorgeschichte der Prager Ländertagung von Interesse, weil hier die einzelnen Teile der «composite monarchy» aus sich selbst heraus die übliche Landesperspektive überschritten und – gegen den widerstrebenden Landesherren – politisch-administrativ den fürstlichen Herrschaftsanspruch ergänzten, ja teils sogar (durch ständische Teilhabe) zu stabilisieren suchten[58]. Unterstrichen wird diese transregionalistische Verantwortung durch die Bemühungen der Stände, sich mit eigenen Ge-

idee, in «Archiv für österreichische Geschichte», 103, 1913 (dass. auch als Einzelveröffentlichung, Wien 1913), S. 435-546, hier S. 445-448 und S. 469-505.

[56] Gutachten Hans Ungnads über die Frage, wie eine gleiche unbeschwerte Anlage in allen Königreichen und Ländern wider die Türken gemacht werden könnte. Den Ständen der böhmischen Krone zu Prag am 12. Dezember 1541, in J. LOSERTH - F. FREIHERR VON MENSI, *Prager Ländertagung*, S. 513-524, hier S. 522.

[57] G. PFERSCHY, *Gemeinschaftssinn und Landesbewußtsein in der innerösterreichischen Ländergruppe*, in R.G. PLASCHKA - G. STOURZH - J.P. NIEDERKORN (edd), *Was heißt Österreich?*, S. 51-64, hier S. 60 f.

[58] Vgl. zur Einordnung in die österreichisch-böhmische Politik jetzt die Studien von Joachim Bahlcke, vor allem J. BAHLCKE, *Regionalismus und Staatsintegration im Widerstreit. Die Länder der Böhmischen Krone im ersten Jahrhundert der Habsburgerherrschaft (1526-1619)* (Schriften des Bundesinstituts für ostdeutsche Kultur und Geschichte, 3), München 1994, bes. S. 85-107.

sandtschaften nicht nur an die Stände des Reiches, sondern auch an andere europäische Potentaten zu wenden, um die Verteidigung des eigenen Landes zu sichern. Schließlich muß darauf verwiesen werden, daß die österreichischen Stände im 16. und 17. Jahrhundert auch die eigenen Interessen bewußt vertraten, wenn es um die weitere Ordnung der habsburgischen Ländergruppe ging[59].

Analysiert man die unterschiedlichen Loyalitäten und Bindungen in den innerösterreichischen Ländern[60], dann wird man im 16. Jahrhundert nach folgenden Ebenen differenzieren können, in deren jeweiligem Rahmen sich zugleich unterschiedliche Forderungen artikulieren ließen:

– Ein starkes partikulares Landesbewußtsein der Steiermark, Kärntens oder Krains, gegründet auf Privilegien, historische Leistungen und Vorrechte. Hierauf gründeten sich Forderungen wie etwa diejenige nach Berücksichtigung des adeligen Indigenats bei der Besetzung von Hof- und Landesämtern[61].

– Ein Bewußtsein der innerösterreichischen Gemeinsamkeit, das durch die Erfahrung der Türkenbedrohung und deren Abwehr gefördert wird und dem seit der Erbteilung von 1564 ein eigener Landesherr vorsteht: «das liebe vatterlandt». Dieses Vaterland umfaßte verschiedene ethnische Gruppen, in ihm realisierten sich die Forderungen nach äußerem Schutz, rechtlichem Frieden, gerechter Verwaltung und wirtschaftlicher Vorsorge im Sinne «guter Policey». Hieraus resultierten Forderungen zur effektiven Organisation militärischer Abwehr[62].

[59] Vgl. W. SCHULZE, *Hausgesetzgebung und Verstaatlichung im Hause Österreich vom Tode Maximilians I. bis zur Pragmatischen Sanktion*, in J. KUNISCH (ed), *Der dynastische Fürstenstaat. Zur Bedeutung von Sukzessionsordnungen für die Entstehung des frühmodernen Staates* (Historische Forschungen, 21), Berlin 1982, S. 253-271, bes. S. 260-262.

[60] Zur Geschichte des Begriffs «Innerösterreich» für den Verbund der Herzogtümer Kärnten, Krain und Steiermark samt der Grafschaft Görz, der als offizielle Bezeichnung erstmals 1619, am Ende der territorialstaatlichen Existenz der Ländergruppe erscheint, siehe V. THIEL, *Zur Geschichte des Begriffes Innerösterreich*, in «Carinthia I. Mitteilungen des Geschichtsvereines für Kärnten», 103, 1913, S. 130-137 und W. SCHULZE, *Landesdefension*, S. 36-45.

[61] Weiterführend hierzu demnächst H. NOFLATSCHER, *Politische Führungsgruppen in den österreichischen Ländern 1480-1530* (Veröffentlichungen des Instituts für Europäische Geschichte Mainz, Abt. Universalgeschichte, 161; Beiträge zur Sozial- und Verfassungsgeschichte des Alten Reiches, Nr. 13), im Druck.

[62] Dazu J. LOSERTH, *Innerösterreich und die militärischen Maßnahmen gegen die Türken im 16. Jahrhundert. Studien zur Geschichte der Landesdefension und der Reichshilfe* (Forschungen zur Verfassungs- und Verwaltungsgeschichte der Steiermark, XI, Heft 1), Graz 1934 sowie W. SCHULZE, *Landesdefension*, S. 215-242.

– Ein Bewußtsein der Zugehörigkeit zum Hause Habsburg als dem angestammten Erbherrn, ein habsburgisch-dynastisches Bewußtsein. Hieraus erwuchs der Anspruch auf Mitbestimmung der Landespolitik im Sinne des *dominium politicum et regale.*

– Ein Bewußtsein der Zugehörigkeit zur «deutschen nation» und zum Heiligen Römischen Reich, als dessen *antemurale* oder *Vormauer* man sich bezeichnete[63]. Hieraus ergaben sich Ansprüche auf besondere Hilfen des Reiches angesichts der osmanischen Bedrohung, aber auch die Forderung nach Unterstützung des protestantischen Adels durch die protestantischen Reichsstände.

– Ein Bewußtsein der Zugehörigkeit zur europäischen Christenheit. Hierdurch sollten Hoffnungen und Möglichkeiten zur Unterstützung der Länder durch die «christlichen Potentaten» motiviert sein. Diese christliche Gemeinschaftsidee wurde freilich seit der Mitte des 16. Jahrhunderts auf die Probe gestellt. Die Reformation und der Prozeß der Konfessionalisierung fügte den eben genannten Bindungen eine weitere, konfessionelle hinzu[64], die aber insgesamt nicht in der Lage war, die Bindung an das gemeinsame Land zu überlagern. Gerade angesichts der krisenhaften Zuspitzung der Lage am Beginn des 17. Jahrhunderts muß betont werden, daß die landespolitisch-dynastischen Bindungen sich letztlich stärker erwiesen als die konfessionellen.

So zeigt diese Bestandsaufnahme umrißhaft ein ganz unterschiedlich geflochtenes Netz von Zugehörigkeiten regionaler, dynastischer und kultureller Art, dessen Entwicklungspotential noch als ganz offen angesehen werden muß. Damit ist zugleich generell die Rolle der Landschaften bei

[63] Zur Begrifflichkeit der «antemurale», «Vormauer» etc. in zeitgenössischer politischer Lesart siehe A. SCHRÖCKER, *Deutsche Nation*, S. 31-41; K. NEHRING, *Matthias Corvinus, Kaiser Friedrich III. und das Reich. Zum hunyadisch-habsburgischen Gegensatz im Donauraum* (Südosteuropäische Arbeiten, 72), München 1989², S. 23-42. Zu analogen Begriffsbildungen im osteuropäischen Raum siehe etwa W. WEINTRAUB, *Renaissance Poland and Antemurale Christianitatis*, in «Harvard Ukrainian Studies», 3-4, 1979-80, S. 920-930, ferner U. BORKOWSKA, *The ideology of «antemurale» in the sphere of Slavic culture (13th-17th centuries)*, in *The Common Christian Roots of the European Nations*. An International Colloquium in the Vatican, 2: *Written contributions to the twelve carrefours*, Florenz 1982, S. 1206-1221.

[64] Vgl. G. SCHOLZ, *Ständefreiheit und Gotteswort. Studien zum Anteil der Landstände an Glaubensspaltung und Konfessionsbildung in Innerösterreich* (Europäische Hochschulschriften, Reihe III: Geschichte und ihre Hilfswissenschaften, 358), Frankfurt a.M. - Berlin - Bern 1994 sowie F.M. DOLINAR - M. LIEBMANN - H. RUMPLER - L. TAVANO (edd), *Katholische Reform und Gegenreformation in Innerösterreich 1564-1628*, Klagenfurt - Ljubljana - Wien 1994.

der Sanktionierung des staatlichen Konzentrationsprozesses angesprochen. Die österreichische Gesamtstaatsidee hatte ihren Ursprung nicht allein in der fürstlichen Machtakkumulation, sondern auch in den ständischen Kooperationen dieser Länder. Wenn ein Historiker wie Hans Sturmberger darin eine durchaus alternative und lebensfähige Entwicklungsmöglichkeit gesehen hat[65], dann entspricht dies der Tendenz der neueren Forschung[66]. Der Gedanke einer breiten ständischen Zustimmung zu diesem Prozeß war auch die Grundlage zu dem Vorschlag des Wiener Hofkammerrates Christian Julius Schierl von Schierendorfs, der um 1705 eine *General-Convocation* der Deputierten aller habsburgischen Erbländer zur *Regulierung der Erb-Succession* erwog und dabei sogar dem «gemeinen Mann» eine Vertretung einräumen wollte[67].

Diese exemplarische Analyse von fürstlichem und ständischem Anteil am habsburgischen Staatsbildungsprozeß legt die Vermutung nahe, daß die ideologische Absicherung dieses Prozesses nicht ohne enge Anbindung an den realen Prozeß politischer Machtakkumulation gesehen werden darf.

[65] H. STURMBERGER, *Vom Weißen Berg zur Pragmatischen Sanktion. Der Staat Österreich von 1620 bis 1740* [zuerst 1961], in H. STURMBERGER, *Land ob der Enns und Österreich. Aufsätze und Vorträge* (Mitteilungen des Oberösterreichischen Landesarchivs, Ergänzungsbd. 3), Linz 1979, S. 211-245, hier S. 236-238; ferner H. STURMBERGER, *Der absolutistische Staat und die Länder in Österreich* [zuerst 1969], *ibidem*, S. 273-310.

[66] Literatur bei J. BAHLCKE, *Regionalismus*, S. 1-17; siehe auch DERS., *Die Böhmische Krone als Forschungsfeld. Ansätze und Aufgaben in der deutschen Frühneuzeit-Historiographie*, in «Folia Historica Bohemica», 15, 1991, S. 21-40. Siehe in vergleichender Perspektive H. TIMMERMANN (ed), *Die Bildung des frühmodernen Staates – Stände und Konfessionen* (Forum: Politik), Saarbrücken-Scheidt 1989 (dort die Beiträge von J. Bérenger, G. Vogler und C. Fürbringer); J. BAHLCKE - H.-J. BÖMELBURG - N. KERSKEN (edd), *Ständefreiheit und Staatsgestaltung in Ostmitteleuropa. Übernationale Gemeinsamkeiten in der politischen Kultur vom 16.-18. Jahrhundert* (Forschungen zur Geschichte und Kultur des östlichen Mitteleuropa), Leipzig 1996.

[67] A. FISCHEL, *Christian Julius von Schierendorf, ein Vorläufer des liberalen Zentralismus unter Josef I. und Karl VI.*, in A. FISCHEL, *Studien zur österreichischen Reichsgeschichte*, Wien 1906, S. 139-305 (darin abgedruckt: «Ohnmaßgebige Materialia zu Convocation deren Deputierten von Böheimb, Mähren, Schlesien und den österreichischen Erblanden ...», S. 257-288). Vgl. dazu auch H.I. BIDERMANN, *Gesammt-Staats-Idee*, Abt. 2, S. 38 f. mit Anm. 48 und 49 (S. 186-194) sowie H. STURMBERGER, *Vom Weißen Berg*, S. 236-238.

'Staat' und 'Nation' in der politischen Sprache Österreichs in der Frühen Neuzeit

von *Heinz Noflatscher*

Für die habsburgischen Territorien gibt es einen großen Bestand an Devisen, Symbolen und Metaphern[1]. Vielmehr werden wir behaupten können, daß ihr Reichtum geradezu ein Indikator für die besondere Komplexität dieses Staatswesens war. Hierzu können wir etwa Hinweise von Staatsmännern zu erwähnen über die Schwierigkeiten, die österreichischen Erbländer zu regieren[2], oder die Äußerung eines altgedienten Kanzlers in Brüssel 1521 zur neuen, nun noch viel komplexeren Territorialstruktur des Hauses Österreich: «Das ist uber unnsern verstandt»[3]. Auch die Metapher zum Reich Karls V., in dem die Sonne nicht untergehe, oder die Beschreibung seines Kolonialbesitzes als ein Reich der tausend Inseln verweisen in dieselbe Richtung. Vor allem müssen wir die außerordentliche Vielzahl der Interpretationen des AEIOU[4] nennen, deren einfallsreicher Reichtum an Deutungen sowohl für die Problemstellung als auch gerade für die Diffusion in weite Bevölkerungskreise der Vormoderne

[1] W. EUCHNER - F. RIGOTTI - P. SCHIERA (edd), *Il potere delle immagini. La metafora politica in prospettiva storica. Die Macht der Vorstellungen. Die politische Metapher in historischer Perspektive*, Berlin 1993.

[2] Staatskanzler Kaunitz betonte 1766 gegenüber Joseph II., daß die Regierung der österreichischen Monarchie «vielleicht eine der kompliziertesten und mühsamsten in ganz Europa» sei; G. KLINGENSTEIN, *Was bedeuten «Österreich» und «österreichisch» im 18. Jahrhundert? Eine begriffsgeschichtliche Studie,* in R.G. PLASCHKA - G. STOURZH - J. NIEDERKORN (edd), *Was heißt Österreich? Inhalt und Umfang des Österreichbegriffs vom 10. Jahrhundert bis heute*, Wien 1995, S. 192 f.

[3] Zyprian v. Serntein, vordem Hofkanzler Maximilians I., an Michael v. Wolkenstein, Worms 21. Februar 1521, Nürnberg, Germanisches Nationalarchiv, Archiv Wolkenstein, K. 47.

[4] Über 300, davon anscheinend der größte Teil vor 1806; A. LHOTSKY, *Die «Devise» Kaiser Friedrichs III. und sein Notizbuch*, in H. WAGNER - H. KOLLER (edd), *Alphons Lhotsky, Aufsätze und Vorträge*, II, Wien 1971, vor allem S. 171-178. Zuletzt H. KOLLER, *Zur Bedeutung des Vokalspiels AEIOU*, in «Österreich in Geschichte und Literatur», 39, 1995, S. 162-170.

sprechen. Sie verweisen nicht nur auf die Größe, ja programmatische Dominanz kaiserlich-österreichischer Herrschaft, sondern gerade auch auf ihre besondere Vielgestaltigkeit. Diese wurde von ihren Inhabern bewußt zur Schau getragen, etwa im großen Titel Karls[5], aber auch in den geradezu staatstragenden Wappentürmen des 15. Jahrhunderts in Wiener Neustadt und Innsbruck.

Ein wesentliches Ziel unseres kurzen Beitrags wird eine diachrone Untersuchung der zentralen Begriffe «Staat» und «Nation»[6] in einem territorialpolitisch besonders komplexen Bereich des vormodernen Europa sein: in den österreichischen Erbländern der Frühen Neuzeit[7]. Wir werden dabei die Begriffe unter den spezifischen Prämissen eines *composite state*[8] in ein breiteres semantisches Feld stellen und als ihre Träger die politische Elite, dabei weniger die Stände und deren initiiertes Gemeinschaftsbewußtsein[9] als mehr die Sprache des politischen Zentrums, insbesondere von Juristen und Historiographen heranziehen.

Im Unterschied zu West- und Südeuropa beobachten wir auch in den Erbländern eine verspätete Rezeption des theoriefähig gewordenen mo-

[5] B. MOELLER, *Deutschland im Zeitalter der Reformation*, Göttingen 1988³, hier nach 1981², S. 64.

[6] R. KOSELLECK - W. CONZE - G. HAVERKATE - D. KLIPPEL - H. BOLDT (edd), *Staat und Souveränität*, in O. BRUNNER - W. CONZE - R. KOSELLECK (edd), *Geschichtliche Grundbegriffe: historisches Lexikon zur politisch-sozialen Sprache in Deutschland*, VI, Stuttgart 1990, S. 1-154, hier S. 1-64. Zu «Nation» vgl. vor allem das von O. DANN entwickelte Begriffsrepertoire: *Nation und Nationalismus in Deutschland 1770-1990*, München 1996³.

[7] A. H. BENNA, *Kaiser und Reich, Staat und Nation in der Geschichte Österreichs. Ein Versuch zur Klärung der Begriffe*, in G. WAGNER (ed), *Österreich. Von der Staatsidee zum Nationalbewußtsein*, Wien 1982, S. 377-393, vorwiegend mit Bezug auf das Hl. Römische Reich. Zahlreiche Hinweise vor allem zum österreichischen Staatsbegriff im 18. Jahrhundert finden sich bei G. KLINGENSTEIN, *«Österreich»*, S. 150-220. R.R. HEINISCH, *Patriotismus und Nationalismus in den österreichischen Ländern im konfessionellen Zeitalter und im Hochbarock (1521-1713)*, in E. ZÖLLNER (ed), *Volk, Land und Staat. Landesbewußtsein, Staatsidee und nationale Fragen in der Geschichte Österreichs*, red. von H. MÖCKER, Wien 1984, S. 23-41, intendiert weniger eine begriffsgeschichtliche als vor allem eine Faktorenanalyse von Staatsbildung und Nationalismus.

[8] J.H. ELLIOTT, *A Europe of composite monarchies*, in «Past & Present», CXXXVII, 1992, S. 48-71.

[9] Dazu insbesondere der Beitrag von W. Schulze in diesem Band. Außerdem eröffnet für das 18. Jahrhundert völlig neue Perspektiven – wiederum aus der Sicht der sogenannten Peripherie (vor allem der Länder der ungarischen und böhmischen Krone) und im Spannungsfeld zwischen Landes- und Gesamtstaatspatriotismus und Kosmopolitismus – der Sammelband von M. CSÁKY - R. HAGELKRYS (edd), *Vaterlandsliebe und Gesamtstaatsidee im Österreichischen 18. Jahrhundert*, Wien 1989.

dernen Staatsbegriffs vom lateinischen *status*[10]. Allerdings hatte hier die Sprache der politischen Eliten frühzeitig einen spezifischen Bedeutungszuwachs erfahren, der über den von «Zustand» oder «Lage» hinausging. «Stat» intendierte in Österreich wie in Burgund frühzeitig auch Hofstaat in seiner Gesamtheit oder in Teilen[11] desselben. Weiter wurde «Stat», bezogen auf die gesamten Erbländer, wiederum wie in Burgund auch im Sinn von Ausgabenplanung, des Staats-Budgets, in Form von Jahresvoranschlägen, Sonderetats oder Schuldentilgungsplänen verwendet[12]. Zudem müssen wir hier auch die fremdsprachliche Ebene beachten: Die österreichischen Zeitgenossen kannten *stato* etwa im Italienischen durchaus und haben den Begriff in der Konversation offensichtlich verwendet[13]. Interessant ist auch das Feld der Staatsmetaphern. Hier waren die Sprachbilder des Hauses (auch im territorialen Sinn), des Körpers und seiner Glieder, und bemerkenswert: des Staates als Acker[14] in Gebrauch.

Gerade die Leibmetapher[15], die in den nächsten Jahrhunderten immer wieder verwendet wurde, erschien für das politische System des Hauses Österreich als besonders treffend. Dazu kongruent und ebenfalls von langer

[10] R. KOSELLECK - W. CONZE - G. HAVERKATE - D. KLIPPEL - H. BOLDT (edd), *Staat und Souveränität*, S. 1.

[11] Der Schwabe Johann Löble erwähnt 1527 in seiner Jahresrechnung des Hofpfennigmeisteramts einen «Wällischen stadt» Ferdinands I.; Wien, Hofkammerarchiv, *Niederösterreichische Herrschaftsakten, W 61/A/37*, fol. 9v.

[12] H. WIESFLECKER, *Kaiser Maximilian I. Das Reich, Österreich und Europa an der Wende zur Neuzeit*, II, Wien 1975, S. 191; A. WIESFLECKER, *Die «oberösterreichischen» Kammerraitbücher zu Innsbruck 1493-1519. Ein Beitrag zur Wirtschafts-, Finanz- und Kulturgeschichte der oberösterreichischen Gruppe*, Graz 1987, S. 56 f. Mehrere Beispiele, auch für Hofstaat, bringt K. GEIERSBERGER, *Georg Gossembrot im Dienste Maximilians I.*, Ungedr. Lehramtsprüfungshausarbeit Graz 1973-1974, S. 26, 34.

[13] Wie in einer vom venezianischen Gesandten Zaccaria Contarini offensichtlich beinahe wörtlich wiedergegebenen Rede Maximilians (1495): «stato nostro de Austria»; «del stato et dele zente nostre». Auszugsweise gedruckt bei G. WAGNER, *Österreich – Profil zweier Jahrtausende*, in G. WAGNER (ed), *Österreich. Von der Staatsidee zum Nationalbewußtsein*, Wien 1982, S. 226 f.

[14] «Ad ipsos Austriae nostrae faecundissimos agros orationem convertamus» bzw. «Ager Austriae ... in provintiae formam redactus», so Lazius im zweiten Buch seiner bisher ungedruckten *Dekaden österreichischer Geschichte.* Zitate bei M. MAYR, *Wolfgang Lazius als Geschichtsschreiber Österreichs*, Innsbruck 1894, S. 32; vgl. auch *ibidem*, S. 21. Mayr zitiert häufig und ausführlich aus dem handschriftlichen Nachlaß des Lazius.

[15] Zur anthropologisch begründeten, «jahrtausendalten» Körpermetapher vgl. R. KOSELLECK - W. CONZE - G. HAVERKATE - D. KLIPPEL - H. BOLDT (edd), *Staat und Souveränität*, S. 28.

Dauer waren die Begriffe «landt» oder später «Länder» vom Spätmittelalter bis zum Ende der Monarchie[16], im Lateinischen der verstärkt von den Humanisten aus der Antike rezipierte Begriff der *provincia*[17]. Dabei vermochten sich offensichtlich nicht das ältere *terra*, sondern erst im 18. Jahrhundert als Lehenswort die österreichischen «Territorien» durchzusetzen[18].

Staatlichkeit kreierte sich um 1500 gerade auch durch symbolhafte Zeichen, vor allem durch Wappen. Ihre hierarchische Kombination erschien für die visuelle Präsentation von komplexen Staatswesen als besonders geeignet, nicht zuletzt für die nichtalphabetisierte Bevölkerung. Von ihnen verlief eine wichtige Entwicklungslinie zu den Länderkunden des 16. Jahrhunderts. Ein bedeutender Vertreter dieser neuen, beschreibenden und historisierenden Textgattung war Wolfgang Lazius[19]. Die Neuerung vollzog sich gegenüber dem vorangegangenen Jahrhundert vor allem in zwei Bereichen: in der staatskongruenten Gruppierung mehrerer oder besser: aller Länder (nicht mehr eines einzelnen Landes) und in ihrer kartographischen Abbildung. Das bedeutete bereits eine De-finition des Staates.

In diesem Sinn treten uns die *Typi chorographici provinciarum Austriae* des Lazius von 1561[20], quasi ein erster Atlas der österreichischen Länder, entgegen. Er umfaßte die österreichischen Territorien mit Ungarn (ohne Böhmen und Mähren) von Freiburg bis Wien. Über die *Typi* war das erbländische Österreich mit Ungarn sozusagen kartographisch auf den

[16] Zur Genese der österreichischen Länder und der Ausbildung der Landesherrschaft wurde wegweisend die Arbeit von O. BRUNNER, *Land und Herrschaft. Grundfragen der territorialen Verfassungsgeschichte Österreichs im Mittelalter*, Brünn - Leipzig - Prag 1938[1] (Wien 1965[5], ND Darmstadt 1981), die eine außerordentlich rege wissenschaftliche Diskussion ausgelöst hat; vgl. dazu O. HAGENEDER, *Der Landesbegriff bei Otto Brunner*, in «Annali dell'Istituto storico italo-germanico in Trento», XIII, 1987, S. 153-178.

[17] Belege für Lazius bei M. MAYR, *Lazius*, S. 10, 16, 35 und *passim*.

[18] Wie bei Christian August Beck, dem Staatsrechtslehrer Josephs II. Abdruck von dessen Vorträgen bei H. CONRAD (ed), *Recht und Verfassung des Reiches in der Zeit Maria Theresias. Die Vorträge zum Unterricht des Erzherzogs Josephs*, unter Mitarbeit von G. KLEINHEYER - TH. BUYKEN - M. HEROLD, Köln - Opladen 1964, hier S. 477 und *passim* (betreffend die Reichsterritorien).

[19] Zu ihm vgl. vor allem M. MAYR, *Lazius*; A. LHOTSKY, *Österreichische Historiographie,* Wien 1962, S. 85 f.

[20] Kommentierte Neuausgaben von E. OBERHUMMER - F. v. WIESER, *Wolfgang Lazius' Karten der österreichischen Lande und des Königreiches Ungarn aus den Jahren 1545-1563*, Innsbruck 1906 (jedoch ohne dazugehörige Texte seiner *Commentarii*), und W. LAZIUS, *Austria*, mit einer Einleitung von E. BERNLEITHNER, Wien 1561, Amsterdam 1972 (Facsimile).

Begriff gebracht. Der identitätsstiftende Charakter der *Typi* steht (wie auch bei zeitgleich erschienenen Landschaftsbeschreibungen der Eidgenossenschaft) außer Frage. Bereits 1538 hatte der Glarner Aegidius Tschudi ein Analogon für die Eidgenossenschaft, eine von ihm entworfene Karte der Schweiz, herausgebracht[21].

Im Werk des Lazius verschmolzen zwei Interpretationen: zum einen eine flächenhafte Darstellung Österreichs, und zwar als Summe seiner Länder mit zonalen Grenzen (etwa Istrien wurde nur teilweise aufgenommen); zum anderen ein gentiles und historisierendes Verständnis von Staat, zumal in das Album der Karten und Texte auch Bayern aufgenommen wurde. Lazius vermittelte aus der Antike den Staat als Summe von *provinciae*, als Regionen mit herrschaftlichen Strukturen, in denen eine *administratio* bestand und die durch *redactio* in den Staat integriert worden waren[22].

Lazius kam vom Wiener Bürgertum. Sein österreichisches Staatsbild war nach Publikationen zu Griechenland und dem Römischen Reich von der Antike geprägt. Er sprach nicht nur von einer *Res publica Romana*[23] oder von einer *Res publica Francorum*[24], sondern auch von einer *Hungarorum respublica*[25]. Insofern interpretierte er auch die Erbländer als eine *Res publica*. Den Begriff verwendete er in einem weiteren Sinn, der sowohl republikanische als auch monarchische Verfassungsformen umfaßte. Zur Dynastie, der *Austriadum gens*[26] hielt er gewisse Distanz, sprach von *domus vestra*, jedoch im territorialen Sinn von *Austria nostra*[27]. Der konfessionspolitische Dissens der Zeit wurde auch im Rahmen der Leibmetapher deutlich, in die auch die Tyrannendiskussion mit einfloß. Nannte Lazius Ferdinand und Maximilian II. im Titel seiner *Typi chorographici* «Heroen»[28], so der Täufer Jakob Huter jenen einen «gottlosen Tyrannen»[29].

[21] Ebenso mit historischem Begleittext: *Die uralt warhafftig Alpisch Rhetia*, Basel 1538 (1560²).

[22] Zitate bei W. MAYR, *Lazius*, S. 6, 32, 35 (Anm. 4); vgl. auch *ibidem*, S. 14. E. OBERHUMMER - F. VON WIESER, *Lazius*, S. 43.

[23] W. MAYR, *Lazius*, S. 8-10.

[24] *Ibidem*, S. 6.

[25] E. OBERHUMMER - F. VON WIESER, *Lazius*, S. 43.

[26] *Ibidem*, S. 33.

[27] W. MAYR, *Lazius*, S. 18, 32.

[28] «Concinnati ad Heros suos»; E. OBERHUMMER - F. VON WIESER, *Lazius*, S. 27; vgl. auch M. MAYR, *Lazius*, S. 18.

[29] R. WOLKAN (ed), *Geschicht-Buch der Hutterischen Brüder*, Wien 1923, S. 111 f.

Lazius pflegte die Kontakte auch zu den Ständen, die sich mehr für einzelne Länderkarten interessierten. Noch 1620 erschien posthum, nunmehr unter wesentlich veränderten politischen Konstellationen, in Straßburg auf Initiative eines emigrierten Hallstätters, Matthias Berneggers, eine Karte des Lazius zum Land beidseits der Enns, die er mehreren evangelischen österreichischen Adeligen und seinen Kollegen des Straßburgers Gymnasium illustre widmete[30]. Gegen die zeitgenössische ständische Opposition und deren alternatives Verfassungsmodell einer Ständeunion ohne das Haus Habsburg setzte die Dynastie Gegensymbole der Einheit auf dynastischer Grundlage: die Hauskrone und den Erzherzogshut. Auch das Testament Ferdinands II. schuf erstmals eine Staatsideologie aller Territorien im Sinn der «einigkeit und einhelligkeit»[31].

Eine solche gesamtstaatliche Sichtweise unter konfessionspolitischen Vorzeichen fand Unterstützung nicht zuletzt von der staatsrechtlichen Diskussion des benachbarten Italien und aus Spanien. In der Korrespondenz des Grazer Nuntius mit Rom war der Neobegriff *Ragion di stato* 1596[32] bald nach Erscheinen von Giovanni Boteros[33] Buch geläufig. In Tirol rezipierte man nach 1600 Robert Bellarmin[34] und Luys de Malvenda[35], wogegen der Salzburger Erzbischof Wolf Dietrich von Raitenau mit Heinrich IV. den Standpunkt der Politiques vertrat[36]. In der Mitte des 17. Jahrhunderts argumentierte das Tiroler Regiment mit dem Staatsrecht des Bolognesers Virgilio Malvezzi[37].

[30] *Austriae chorographia, autore Wolfg. Lazio Viennensi Austrio M.D. consiliar. et Historico Regio*, Straßburg: Jakob v. d. Heyden 1620. Zu Bernegger vgl. E. OBERHUMMER - F. VON WIESER, *Lazius*, S. 25; verkleinerte Abbildung der Karte *ibidem*, Taf. II.

[31] F. HURTER, *Geschichte Kaiser Ferdinands II.*, IX, Schaffhausen 1858, S. 636.

[32] Archivio Vaticano, *Fondo Borghese III*, 92A, fol. 23r-25r (12. Februar 1596); *ibidem*, fol. 92r-94r (8. Juli 1596).

[33] G. BOTERO, *Della ragion di Stato*, a cura di CH. CONTINISIO, Roma 1997 (Venetia 1589[1]).

[34] J. HIRN, *Maximilian der Deutschmeister. Regent von Tirol*, I-II, Innsbruck 1915-1936 (um Teil II/2 erweiterter Nachdruck Bozen 1981, hrsg. von H. NOFLATSCHER), hier I, S. 376 f., und II, S. 551.

[35] Leopold V. besaß Malvendas *Spiegel eines christlichen Fürsten* (München 1604, aus dem Spanischen) in seiner Privatbibliothek (Bücherkatalog von 1623); K. MUSSAK, *Hofleben und Kulturpflege in Tirol unter Erzherzog Leopold V. (1619-1632)*, Phil. Diss., Innsbruck 1962, S. 329.

[36] J. HIRN, *Maximilian*, II, S. 551.

[37] *Il ritratto del privato politico cristiano*, hrsg. von M.L. DOGLIO, Palermo 1993 (Bologna 1935[1]). Auf den Einfluß Malvezzis verwies erstmals J. BÜCKING, *Frühabsolutismus und*

Eine neue Variante staatlicher Integration über den ökonomischen Machtstaat eröffneten im späteren 17. Jahrhundert die Kameralisten. Johann Joachim Becher[38] verfaßte 1674 eine Denkschrift: «Wie die Commercien auch gemeiner Handel vnd wandel gegenwärtig in Ihro Kay. May. Erblanden beschaffen»[39]. Becher warb darin nicht nur für die Erneuerung des Kommerzkollegs, sondern lieferte auch eine umfassende Analyse des gesamten Staates aus ökonomischen und verwaltungstechnischen Gesichtspunkten. Becher wie sein Schwager Philipp Wilhelm von Hörnigk[40] waren von außen, vom Rheinland gekommen. Offensichtlich wirkte das politische und wirtschaftliche System Österreichs nicht nur als Hausmacht des römisch-deutschen Kaisers sondern auch wegen seiner Vielfalt gerade auf Vertreter des Merkantilismus attraktiv. Becher setzte sich gegen die Pragmatiker am Wiener Hof freilich nicht durch. Sein Ideal eines Staates als totalen Unternehmers zu Lasten des freien Handels war in der Tat wenig realistisch. Becher war ein staatenloser Ideenlieferant mit wenig Sensibilität für existentielle Randlagen des Gemeinen Mannes.

Auch Hörnigk lieferte eine Beschreibung und Analyse der Monarchie als Wirtschaftssystem in ihrer Gesamtheit, weniger staats- oder hoheitsrechtlich (Grenzen), sondern über ihre Ressourcen. Er beschrieb Österreich nach innen als ein kommunizierendes System mit länderweise verschieden ge-

Kirchenreform in Tirol (1565-1665). Ein Beitrag zum Ringen zwischen 'Staat' und 'Kirche' in der Frühen Neuzeit, Wiesbaden 1972, S. 194 und 226 f.

[38] L. SOMMER, *Die österreichischen Kameralisten in dogmengeschichtlicher Darstellung*, II, Wien 1925, S. 1-78. Zu seinen Jahren am Wiener Hof und der Wirtschaftspolitik Leopolds I. unter seinem Einfluß seit 1666 vgl. H. HASSINGER, *Johann Joachim Becher 1635-1682. Ein Beitrag zur Geschichte des Merkantilismus*, Wien 1951, S. 138-204. Seither nur: der Kommentar von J. KLAUS, *Johann Joachim Bechers Universalsystem der Staats- und Wirtschaftspolitik*, Düsseldorf 1990, zum Facsimile-ND von Bechers *Politischer Discurs*, 1668[1], und G. FRÜHSORGE- G.F. STRASSER (edd), *Johann Joachim Becher (1635-1682)*, Wiesbaden 1993; darin für unsere Belange vor allem der Beitrag von W. BRAUNEDER, *Bechers Lehre vom Staat*, S. 41-67 (betont das mehr verwaltungs- als staatstheoretische Interesse Bechers). – Zur Rolle der Kameralisten für die wirtschaftliche Integration der Monarchie vgl. den Beitrag von H. HEISS in diesem Band.

[39] Österreichische Nationalbibliothek, *Handschriftensammlung*, Hs 12467.

[40] Für unsere Fragestellung vgl. unter der umfangreichen Literatur vor allem L. SOMMER, *Kameralisten*, II, S. 124-149, und H. GERSTENBERG, *Philipp Wilhelm v. Hörnigk*, in «Jahrbücher für Nationalökonomie und Statistik», 133, 1930, S. 813-872, und H.-J. BRAULEKE, *Leben und Werk des Kameralisten Philipp Wilhelm von Hörnigk. Versuch einer wissenschaftlichen Biographie*, Frankfurt a.M. u.a. 1978. Eine Neuausgabe seines Hauptwerkes (mit Biographie S. 11-43) erfolgte durch G. OTRUBA (ed), *Philipp Wilhelm von Hörnigk, Österreich über alles, wenn es nur will*, Wien 1964, und durch H. MATIS (Facsimile-ND

lagerten Ressourcen, die sich ergänzten: Einer helfe des andern Mangel und Notturft durch seinen Überfluß[41], nach außen quasi als ein Großunternehmen, das in Konkurrenz mit «anderen Nationen»[42] in Europa stand. Insofern waren Hörnigks *Österreich über alles* oder später die Staatenkunde eines Ignaz de Luca[43] tatsächlich keine Utopien mehr wie eine Christianopolis, ein Sonnenstaat oder eine Nova Atlantis, sondern eine Analyse auf realer Grundlage, die auf Veränderung eines konkreten Staates intendierte.

Sowohl Becher wie Hörnigk interpretierten die Erbländer in ihrer Gesamtheit. Dabei gebrauchten sie mitunter auch den Begriff des Staates oder der *Res publica*[44]. *Salus Rei publicae suprema Lex esto*[45] war die Devise. Hörnigk zog zudem territoriale Grenzen[46] vor allem ökonomischer Natur, die den Kapitalabfluß verhindern sollten. In den internationalen Staatenkontext übertrugen sie vertrags- und völkerrechtliche Theorien der Zeit: Alle Staaten, Königreiche und Republiken der Welt seien ursprünglich aus zwei Gründen gestiftet, um sicher und um bequem zu leben[47] – das war das seit Machiavelli, Grotius und Hobbes bekannte Argument der Sicherheit und Wohlfahrt. In diesem Sinn wurde der abstrakte Staatsbegriff in der politischen Sprache Österreichs eher früh rezipiert, wobei die Praxis auch mit der Nähe der Erbländer zu Italien und dem dortigen staatsrechtlichen Diskurs zusammenhing. Hörnigk verwendete den pluralen

von 1684¹) mit einem dazugehörigen Kommentarband: *Philipp Wilhelm von Hörnigk. Leben, Werk und ökonomisches Umfeld*, Düsseldorf 1997.

[41] G. OTRUBA (ed), *Österreich*, S. 51 f. Das Argument der wirtschaftlichen Interessengemeinschaft, nunmehr unmittelbar an die ungarischen Magnaten gerichtet, findet sich noch bei Kaunitz - Ungarn wurde wirtschaftlich freilich vorwiegend als Lieferant von agrarischen Rohstoffen de-finiert. Dazu F.A.J. SZABO, *Wenzel Anton Kaunitz-Rietberg und seine Zeit: Bemerkungen zum 200. Todestag des Staatskanzlers*, in G. KLINGENSTEIN - F.A.J. SZABO (edd), *Staatskanzler Wenzel Anton von Kaunitz-Rietberg 1711-1794. Neue Perspektiven zu Politik und Kultur der europäischen Aufklärung*, unter Mitwirkung von H. BEGUSCH - M. RAFFLER, Graz 1996, S. 24; vgl. auch L. SOMMER, *Kameralisten*, II, S. 147, 149.

[42] G. OTRUBA (ed), *Österreich*, S. 54.

[43] I. DE LUCA, *Oesterreichische Staatenkunde im Grundrisse*, I-III, Wien, Van Ghelen, 1786-1789.

[44] Der Begriff wurde – aus evidenten Gründen – auch im 18. Jahrhundert für die *Monarchia Austriaca* nur selten verwendet; G. KLINGENSTEIN, «*Österreich*», S. 199.

[45] G. OTRUBA (ed), *Österreich*, S. 150

[46] «Inner unser Gränzen»; *ibidem*, S. 62.

[47] *Ibidem*, S. 185.

Staatsbegriff gerade gegenüber Italien, das «in so viel unterschiedliche Staat geteilt»[48] sei – die Provenienz des Begriffes wird deutlich.

Auch Hörnigk gebrauchte für Österreich die verbreitete anthropomorphe Körpermetapher. Die «weiterstreckten Erbkönigreich und Länder», deren Komplexität ihn offensichtlich faszinierte, seien einem Haupt mit gleicher Unterwürfigkeit zugetan und formierten gleichsam einen Leib[49]. Vor allem sei der Staatsrat die Seele des «politischen Leibes»[50]. Eine Globalisierung der politischen Metapher des Körpers beobachten wir im 18. Jahrhundert. Dem Staatsrechtslehrer Josephs II., Christian August Beck, erschienen nun nicht mehr nur das Reich und die Erbländer, sondern die gesamte «Welt» als Organismus, ein großer «Körper», die verschiedenen Staaten als seine «Glieder»[51].

Nunmehr setzte sich auch für die österreichischen Erbländer und deren Historiographie[52] stärker der Staatsbegriff durch. «Staat» war noch nicht *per definitionem* mit dem Souveränitätsbegriff verknüpft. Beck sprach von des Kaisers «Erbreichen und Staaten» oder synonym von den «österreichischen Staaten und Ländern»[53]. Für die Monarchie insgesamt verwendete er den Ausdruck Staat nicht – wohl aber für das Reich oder Deutschland[54]. Dagegen sprachen die politische Elite – auch der Monarch – im Alltag abkürzend schon von dem «Staat»[55]. Hier hatte von außen bereits

[48] *Ibidem*, S. 152.

[49] *Ibidem*, S. 51. In der Auflage von 1753 steht «formieren gleichsam einen einigen natürlichen Leib».

[50] G. OTRUBA (ed), *Österreich*, S. 185.

[51] H. CONRAD (ed), *Recht und Verfassung*, S. 302. Bei R. KOSELLECK - W. CONZE - G. HAVERKATE - D. KLIPPEL - H. BOLDT (edd), *Staat und Souveränität*, S. 24, wird die Metapher im Kontext des Staats- und Völkerrechts gesehen.

[52] Seit 1771 erschienen *Staatsgeschichten* einzelner Erbländer, wie sogar für die territorial besonders inhomogenen Vorlande: F. KREUTTER, *Geschichte der K.K. Vorderösterreichischen Staaten*, Teil I-II, St. Blasien 1790. – Der Begriff «Staatsgeschichte» war in Österreich seit den 1740er Jahren in Verwendung; A. CORETH, *Österreichische Geschichtsschreibung in der Barockzeit (1620-1740)*, Wien 1950, S. 66.

[53] H. CONRAD (ed), *Recht und Verfassung*, S. 581.

[54] *Ibidem*, S. 330, 417, 430 und *passim*. Wohl in Anlehnung an Samuel Pufendorf bezeichnete er das Reich als «vornehmsten Staat in Europa»; *ibidem*, S. 418.

[55] Vgl. etwa A. VON ARNETH, *Geschichte Maria Theresia's*, IV, Wien 1870, S. 4, 9 f., 32, und B. SCHIMETSCHEK, *Der österreichische Beamte. Geschichte und Tradition*, Wien 1984, S. 92 f.; für die überlasteten Beamten des Hausarchivs erfand Maria Theresia das Kompositum «Staatsmärtyrer». – Üblicher war allerdings die neue Kurzform «Monarchie». Dazu

Samuel Pufendorf 1667 in seiner Reichsverfassungsschrift Österreich aufgrund seiner Privilegien den Charakter eines Staates zuerkannt[56].

Beck, der auch Vorträge zur Verfassung der österreichischen Erbländer hielt[57], vertrat insgesamt den monarchischen Standpunkt, keine Frage; er warb einerseits in seinem Sinn für staatliche Effektivität: Anders als in aristokratischen und demokratischen Staaten laufe in einer Monarchie «alles behender»[58]. Andererseits verwies er, ohne die Erbländer zu erwähnen, auf Verfassungsmängel eines Staatswesens, das unter Personalunion regiert werde, gerade was das Recht betraf:

«Wenn mehrere Staaten und Reiche zwar unter einem Regenten stehen, aber nach verschiedenen Gesetzen regiert werden ... so machen sie dennoch kein Systema Civitatum aus, weil sie weiter nichts als den König gemein haben»[59].

Das war ein eindeutiger Appell an die Vereinheitlichung des Rechts als einer Grundprämisse moderner Staatsbildung, der spätere Monarch setzte ihn um. Beck gebrauchte nicht nur für die Erbländer den pluralen Begriff «Staaten», sondern konnte überhaupt bereits aus einem reichen Repertoire an Komposita mit «Staat» schöpfen[60]. Daneben verwendete er mit dem Vokabular der römischen Antike mitunter für die Territorien des Reichs wie auch für Böhmen und Österreich den Ausdruck «Provinz»[61].

Die Lehrzeit Becks bei Joseph II. fiel in die Zeit der ersten großen Bevölkerungserhebungen in den Erbländern[62]. Jedenfalls wußte man seit 1753 über den Staat wesentlich besser Bescheid als noch wenige Jahre zuvor.

A. WANDRUSZKA, *Maria Theresia und der österreichische Staatsgedanke*, in «Mitteilungen des Instituts für österreichische Geschichtsforschung» («MIÖG»), 76, 1968, S. 184; R.R. HEINISCH, *Patriotismus*, S. 29 f.; vor allem G. KLINGENSTEIN, *«Österreich»*, S. 187-194.

56 S. PUFENDORF, *Die Verfassung des deutschen Reiches*, Übersetzung, Anmerkungen und Nachwort von H. DENZER, Stuttgart 1976, S. 30

57 Sie wurden in der Edition Conrads leider nicht abgedruckt; vgl. H. CONRAD (ed), *Recht und Verfassung*, S. V und 20: «innerer Zustand hiesiger Erbkönigreiche und Länder».

58 H. CONRAD (ed), *Recht und Verfassung*, S. 217.

59 *Ibidem*, S. 215 f.

60 Hier sind etwa zu nennen: Staatist (im Sinn von Staatsmann), Staatsgriff (Staatsstreich), Staatskörper, Staatskunst, Staatsmann, Staatsruder, Staatsverbrechen oder Staatsverfassung; *ibidem*, S. 296, 299, 318, 417, 429.

61 *Ibidem*, S. 419, 471 und *passim*.

62 A. GÜRTLER, *Die Volkszählungen Maria Theresias und Josephs II. 1753-1790*, Innsbruck 1909, und CH. DURDIK, *Bevölkerungs- und Sozialstatistik in Österreich im 18. und 19. Jahrhundert*, in H. HELCZMANOVSZKI (ed), *Beiträge zur Bevölkerungs- und Sozialgeschichte Österreichs*, Wien 1973, S. 225-266.

Die demographischen Erhebungen leiteten in den folgenden Jahrzehnten eine Revolution in der publizistischen Präsentation des österreichischen Staates ein. Erstmals beobachten wir im späteren 18. Jahrhundert Versuchen, die gesamte Monarchie, von den Vorlanden bis nach Galizien vor allem «statistisch», wie es nun hieß, darzustellen.

Hier setzte der Statistiker und Topograph[63] Ignaz de Luca (1746-1799) neue Maßstäbe. De Luca war seit 1794 in Wien Inhaber der ersten Lehrkanzel für Statistik in Österreich. Im Anschluß an August Ludwig Schlözer hatte er bereits 1782 in Innsbruck mit der Herausgabe des «Journals der Literatur und Statistik»[64] begonnen. Vier Jahre später veröffentlichte er seine *Österreichische Staatenkunde im Grundrisse*[65]. Der neue Typus der «Staatenkunde» entsprach dem von oben geförderten Bedürfnis gerade von Beamten, die gesamte Monarchie in ihrer Vielfalt[66], «ihre Lage, ihre Producte, Einwohner, Gesetze und Verwaltung»[67] kennenzulernen. Auch dafür war De Lucas publizistisches Werk indikatorisch. Hieß seine Länderbeschreibung 1786 noch *Staatenkunde*, so erschien 1791-92 im Singular – markant und ohne attributiven Zusatz – sein Handbuch *von dem oesterreichischen Staate*[68]. Hier erschien der neue Zielbegriff «Staat» nun in der Tat als eine Persönlichkeit *per se*, als ein handelndes Individuum im Sinn des philosophischen Idealismus.

Ein vergleichbares Kompendium, wenn auch 'nur' auf die Verfassung und Verwaltung vorwiegend der deutschen Erbländer beschränkt, war schon 1776 erschienen[69]. Die wenigen Bogen wurden, wie Samuel Vogel (1717-1794)[70] einleitend bemerkte, vor allem «wegen einer Pruefung» verfaßt:

[63] A. GRÜNBERGER, *Ignaz de Luca. Sein Leben und Werk*, Diss. phil. Wien 1953; A. GRÜNBERGER, *De Luca und Wien*, in «Wiener Geschichtsblätter», 10, 1955, S. 81-86.

[64] Bd. 1, Innsbruck, Wagner.

[65] I. DE LUCA, *Oesterreichische Staatenkunde*.

[66] Wie das bereits J.J. BECHER in seinem *Politischen Discurs*, 1688^3 (wenn auch ohne Staatsverfassung) skizziert hatte.

[67] *Ibidem*, Vorrede, S. V f.

[68] I. DE LUCA, *Geographisches Handbuch von dem oesterreichischen Staate*, I-VI, Wien, Degen, 1790-1792, und wenig später I. DE LUCA, *Historisch-statistisches Lesebuch zur Kenntniß des oestreichischen Staates*, I-II, Wien, Rehm, 1797-1798. Bereits in seiner *Oesterreichische Staatenkunde*, Vorwort, S. VII: «Der östreichische Staat».

[69] S. VOGEL, *Grundriß der Staatskunde ueber das Erzherzogthum Oesterreich und die demselben einverleibten deutschen Erblaender*, Wien, Trattner, 1776.

[70] Er stellt sich auf dem Titelblatt als «weltlicher Priester und Lehrer» vor; zu ihm vgl. C. VON WURZBACH, *Biographisches Lexikon*, LI, S. 196.

die Schrift gewinnt insofern als Grundwissen und dem damit verbundenem intendierten Staatsbewußtsein zeitgenössischer Prüfungskandidaten für uns besondere Relevanz. Die Publikation war eine Art Repetitorium der «Staatskunde», sozusagen das alltägliche Studienbrot künftiger (vor allem adeliger) Beamter. Vogel gab seiner Hoffnung Ausdruck, daß in Bälde ein ähnlicher Grundriß auch über die Staatskunde Ungarns und Böhmens und zuletzt eine ausführliche tabellarische Darstellung der «ganzen oesterreichischen Monarchie»[71] folgen werde. Die Schrift brachte nach einem Überblick über die «Staatsgeschichte» – vorwiegend eine Geschichte der Dynastie – eine konzentrierte Darstellung der Verfassung und Verwaltung der altösterreichischen Länder. Der Autor erweiterte sie am Schluß zu einem Ausblick auf die gesamte österreichische Monarchie, die aus mehreren Ländern und Reichen «zusammen gesetzet ist». Dabei wollte er deren jeweilige Geschichte vor allem aufgrund deren markanten Wendepunkte, der «Revolutionen» wie er sie nennt, konzipiert sehen, die mit dem «ganzen Staate zu verbinden» sei[72]. Das Bewußtsein eines *composite state* erscheint in dem kurzen Leitfaden als besonders präsent.

Gegenüber der nunmehr dominierenden Verwendung des Staatsbegriffs trat die Rede von der Nation[73] bis zur nationalen Erweckung Anfang des 19. Jahrhunderts im Dienst der antinapoleonischen Bewegung vorerst in den Hintergrund[74]. Insgesamt war «Nation» in Österreich wie im zentralen Europa die Frühe Neuzeit relativ zu «Staat» ohnehin im Hintergrund gestanden. Dabei war in den Erbländern noch mehr als beim Staatsbegriff deren agglomerative Struktur zum Tragen gekommen.

Erstmals hatte es nationale Ansätze im Spätmittelalter in der Sprache der Bildungselite, der Universität, gegeben. Die Wiener Matrikel gliederte die Studenten seit dem Wintersemester 1385-86 in vier Nationen, wovon sich eine neben den Rhein, Sachsen und Ungarn auf die *Australes*[75] bezog. Den Ausdruck *nacio Australium*[76] treffen wir bereits im folgenden Som-

[71] S. VOGEL, *Grundriß*, S. 54.

[72] *Ibidem.*

[73] Das Konzept der Kreation historischer Identität erwies sich bei der Erforschung der Nationsbildung als besonders erfolgreich; E. HOBSBAWM - T. RANGER (edd), *The Invention of Tradition*, Cambridge 1983.

[74] O. DANN, *Nation*, S. 68-71.

[75] W. SZAIVERT - F. GALL (Bearb.), *Die Matrikel der Universität Wien*, I, Graz - Köln - Wien 1956, S. 18.

[76] *Ibidem*, S. 20.

mersemester an. Deren Einzugsgebiet war bemerkenswert. Die Nation der *Australes* war anders als jene der Rheinländer und Sachsen gegen Norden hin territorial definiert und umfaßte die österreichischen Herrschaften bis an den Oberrhein[77]. Insofern haben wir hier ein sehr frühes Beispiel eines politisch-territorialen Nationsbegriffs. Damit orientierte sich auch die Praxis der Matrikelführung an den 1384 erneuerten Statuten, die nach dem Territorialprinzip von der österreichischen Nation Bayern, Schwaben und das (nichthabsburgische) Elsaß abgetrennt hatte[78]. Die Gliederung gab man im Wintersemester 1617-18 auf[79], wohl weniger wegen eines neuen universitären Nationsbewußtseins[80], als vielmehr aufgrund reduzierter Frequenzen, die in der Matrikel eine Aufteilung nach Nationen nicht mehr lohnten.

Zunehmend wurden nunmehr einzelne Erbländer als Nationen bezeichnet. Den Nationsbegriff hatte im 16. Jahrhundert auch Lazius verwendet und aufgrund seiner Forschungen zur Antike und zum frühen Mittelalter eine multinationale oder besser: multiethnische Sichtweise von Österreich vertreten. Seine zeitgenössische Geschichte Österreichs entwickelte er von den *gentium ... immigrationes*[81] her. Der Nationsbegriff besaß bei Lazius einen überwiegend vorstaatlichen Charakter. Im historisierenden Rückgriff auf die Antike erscheint der Begriff semantisch im Wortfeld der Ureinwohner. Er habe, schreibt er, bei seiner Länderkunde nicht nur die Berge, Wälder, Seen und Flüsse perlustriert (*perlustravimus*), sondern auch die Nationen und dortigen Ureinwohner, «nationes et veteres quondam eorum locorum incolas»[82].

Lazius applizierte damit auf die Länder einen ethnisch fundierten Nationsbegriff, den er staatsrechtlich mit dem Monarchen überwölbte. Er vertrat den Begriff nicht nur theoretisch, sondern füllte ihn auch mit den ihn interessierenden Eigenheiten der Nationen, die er nicht nur beschrieb

77 Mit gewissen Unschärfen zugunsten der Australes: neben Italien waren auch Brixen, Trient und Chur miteinbezogen.

78 F. GALL, *Alma mater Rudolphina 1365-1965. Die Wiener Universität und ihre Studenten*, Wien 1965[3], S. 78 f.

79 F. GALL (Bearb.), *Die Matrikel der Universität Wien*, IV, Graz - Köln - Wien 1961, S. 102 f.

80 Die Korporationen der Nationen blieben bestehen.

81 Das Zitat aus M. MAYR, *Lazius*, S. 28, Anm. 4; vgl. auch *ibidem*, S. 31 f.

82 In seiner *Interpretatio chorographiae utriusque Austriae* (1546, ungedruckt); zit. *ibidem*, S. 6.

und kartographisch erfaßte, sondern auch graphisch durch Tracht und Attribute individualisierte. In diesem Sinn sind in den 1561 erschienenen *Typi chorographici* Ländervertreter, etwa ein Kärntener mit einer Rübe abgebildet, teils sind sie mit ihren typischen Berufen oder Gewerben kombiniert, wie der Tiroler Knappe oder der bayerische Flößer[83]. Länder erschienen insofern unter mehr mentalitären Aspekten als Nationen, die unter der schon erwähnten *redactio*[84] des Staates zu Provinzen wurden.

Lazius appellierte an ein österreichisches Wir-Gefühl, an eine *Austria nostra*, die er allerdings nicht statisch, sondern unter den Bedingungen historischen Wandels, der *successio* im allgemeinen Sinn, der *immigrationes* betrachtete[85]. Eine solche Sehweise war im weiteren Sinn humanistisch, jedenfalls nicht eng national intendiert. Bereits Georg Tannstätter und Johannes Cuspinian hatten auf einer Legende zur Ungarnkarte (1528) vom «sterben und verderben»[86] auch der Nationen gesprochen. Lazius' Sichtweise der österreichischen Länder als Nationen wurde traditionsbildend. Hier bestanden neben ihrer älteren Bezeichnung als «Land» langlebige Kontinuitäten bis in das 19. Jahrhundert. So sprach man seit dem 17. Jahrhundert von einer «Tirolischen Nation»[87], wobei der Zeitpunkt, das Ende einer eigenen habsburgischen Linie seit 1665, nicht zufällig war. Die Rede von einer regionalen Nation entsprach wie bei Lazius einer zentralen Perspektive, die über den Nationsbegriff eine Redintegration des Landes versuchte.

Die Rede von Landsmannschaften[88] als vormodernen Regionsnationen war in Österreich seit dem 16. Jahrhundert durchgängig und ging jener von der Monarchie als Nation voran. Überraschenderweise setzte mit den

[83] E. OBERHUMMER - F. VON WIESER, *Lazius*, S. 31 und 33 f.

[84] M. MAYR, *Lazius*, S. 32, 35 (Anm. 4).

[85] *Ibidem*, S. 28, 32; E. OBERHUMMER - F. VON WIESER, *Lazius*, S. 43. Oder eine leichte Variation: *gentes, quae in Austriacas passim provintias migrarant*; W. MAYR, *Lazius*, S. 32.

[86] Die Karte war unter dem Druck der osmanischen Bedrohung entstanden: «Also wie der mensch myessen auch mit der zeyt alle Nation sterben vnnd verderben». Abbildung der Karte bei E. OBERHUMMER - F. VON WIESER, *Lazius*, S. 39.

[87] M. PIZZININI, *Die «Tiroler Nation» und das «Heilige Land Tirol»*, in R. PALME (Red.), *Klischees im Tiroler Geschichtsbewußtsein. Symposium anläßlich des zehnjährigen Bestehens des Tiroler Geschichtsvereines*, Innsbruck 1996, S. 52. Als Elitennation: E. ZLABINGER, *«Natio Tyrolensis». Bemerkungen zur Matrikeledition Tiroler Studenten am Kollegium Germanicum in Rom 1552-1798*, in «Römisch Historische Mitteilungen», 18, 1976, S. 95-101.

[88] Zur Synonymie von «Landsmannschaft» und «Nation» vgl. G. KLINGENSTEIN, *«Österreich»*, S. 165 f.

Kameralisten eine Benennung des gesamten Staates als Nation ein – dabei wirkte offensichtlich das Operieren mit Bevölkerung als ökonomischem Potential und mit Bevölkerungsgrößen begriffsbildend. Allerdings war die begriffliche Abgrenzung von «Nation» zu «Staat» (wie auch zum Terminus «Volk» als Grundlage einer Nation) nicht immer eindeutig, die Unschärfe des zeitgenössischen Nationsbegriffs war typisch. Wie Lazius sah auch Hörnigk Nation im demographischen Kontext, wenn er von «Erblandinwohnern»[89] sprach. Auch Hörnigk zelebrierte in Wien ein starkes Wir-Gefühl, wenn er patriotisch an «meine Österreicher»[90] und an die Wohlfahrt der eigenen Nation, des Vaterlandes appellierte, wobei er vor allem ökonomische Grenzen zog.

Dagegen gebraucht der Rechtslehrer Josephs II., Beck, in seinen Vorträgen den Nationsbegriff selten. Er unterschied in der Regel zwischen Staat und Nation. Falls ein Krieg nicht nur gegen den Regenten, sondern gegen eine «ganze Nation» geführt werde, stehe es dem Sieger frei, die Gesetze des Volkes vorzuschreiben[91]; das Verständnis von Nation mit ihrer Aufgabe zu nationaler Verteidigung klingt durch. Und weiter: es gebe Nationen, die man insgeheim für rohe Barbaren halte[92] – hier wird bereits aufgeklärte Kritik gegen alte nationale Stereotype[93] spürbar. Zeitlich gesehen bestand nach Beck, wie bereits bei Lazius angedeutet, «Nation», die ihren Staat errichte und durch gewisse Grundgesetze befestige, vor dem «Staat»[94].

Bedingt durch die territoriale Komplexität Österreichs wirkte erst die Entfaltung des Staatsbegriffs mit einer damit verbundenen Abstraktion des Staates von der Dynastie im späteren 18. Jahrhundert identitätsstiftend. Dafür war die Eigenbezeichnung auch Josephs II. als Diener oder «ersten Beamten» des Staates[95] symptomatisch. Unter den genannten Abstraktions-

[89] G. OTRUBA (ed), *Hörnigk*, S. 90. *Ibidem*, S. 118: die «Erblandgesessenen».

[90] *Ibidem*, S. 119.

[91] H. CONRAD (ed), *Recht und Verfassung*, S. 236.

[92] *Ibidem*, S. 318.

[93] W. SCHULZE, *Die Entstehung des nationalen Vorurteils. Zur Kultur der Wahrnehmung fremder Nationen in der europäischen Frühen Neuzeit*, in «Geschichte in Wissenschaft und Unterricht», 46, 1995, S. 642-665.

[94] H. CONRAD (ed), *Recht und Verfassung*, S. 229.

[95] B. SCHIMETSCHEK, *Beamte*, S. 96. Grundsätzlich zum neuen Herrschaftsideal des Fürsten (und Beamten) als Diener des Staates: R. KOSELLECK - W. CONZE - G. HAVERKATE - D. KLIPPEL - H. BOLDT (edd), *Staat und Souveränität*, S. 21. Für Österreich wurde hierfür

prozessen kam es auch zu Ansätzen einer Nationsbildung. Da die Wegrichtung vom Staat zum Beginn eines modernen nationalen Bewußtseins und nicht umgekehrt verlief, handelte es sich in der Österreichischen Monarchie an der Wende zum 19. Jahrhundert allenfalls und in erster Linie um eine Staatsnation. In ihrem Sinn hatten die Wiener Akademie der Bildenden Künste (vor allem die Klasse der Kupferstecher) unter dem Protektor Kaunitz[96] und das Nationaltheater seit der zweiten Hälfte des 18. Jahrhunderts Aufgaben erfüllt – wurden staatstragend und erfanden Tradition, wirkten an der Gestaltung eines österreichischen Nationalmythos mit. Daß dabei wiederum vorwiegend männliche Staats- und Nationalinteressen[97] propagiert wurden, liegt auf der Hand.

Hier war es nach Beck nicht zuletzt Joseph von Sonnenfels (*Ueber die Liebe des Vaterlandes*[98]), der auf patriotischem und nationalem Weg nach Lösungen für eine weitere Stabilisierung des österreichischen Staates suchte. Die dem «Staat» begrifflich übergeordnete «Nation» war nach ihm durch «ihre Regierungsform, durch ihre Religion, durch ihre Sitten, durch ihre Vorurtheile»[99] definiert. Für den staatstragenden Patriotismus, mehr: für die Wohlfahrt und das Glück seiner Untertanen, waren nach ihm wie später für Erzherzog Johann vor allem eine gute Gesetzgebung und die Bildung[100] entscheidend. Die guten Gesetze betrafen nicht zuletzt den agrarischen Bereich, die ländlichen Untertanen, zumal den «Ackersmann», der allein «der versicherte Bürger seines Staates» sei. Die physiokratisch beeinflußten Grundsätze sollten später vor allem bei der Propagierung

der sogenannte 'Hirtenbrief' Josephs II. (1783) *Grundsätze für jeden Diener des Staats* programmatisch; vgl. J. HANISCH, *Beobachtungen zur Geschichte der österreichischen Bürokratie*, in «Zeitgeschichte», 14, 1986, S. 4. M. BLOCH, *Die seltsame Niederlage: Frankreich 1940. Der Historiker als Zeuge*, Frankfurt a.M. 1995², hier nach 1992¹, S. 239, hat dem 1940 die Grundbedingung: «Der Staat im Dienst von Menschen» vorangesetzt.

96 Sein Gutachten (25. Mai 1770) zur Reform der Akademie begann er – mit Blick auf die «Nation» Frankreich – mit einer ausführlichen Darlegung des Nutzens der Künste für den Staat; W. WAGNER, *Die Geschichte der Akademie der Bildenden Künste in Wien*, Wien 1967, S. 37 f. Sekretär der Akademie war 1769-1811 Joseph v. Sonnenfels.

97 Zur entsprechenden Rolle der Historiographie prägnant: B. MAZOHL-WALLNIG, *Männer Macht Geschichte*, in «L'Homme. Zeitschrift für Femministische Geschichtswissenschaft» 7, 1996, S. 6-33, vor allem S. 12 f., 16 f.

98 Wien, Kurzböck, 1771.

99 H. HAIDER-PREGLER, *Die Schaubühne als «Sittenschule» der Nation. Joseph von Sonnenfels und das Theater*, in H. REINALTER (ed), *Joseph von Sonnenfels*, Wien 1988, S. 215.

100 Vgl. dazu die sehr treffenden Zitate bei E. WANGERMANN, *Joseph von Sonnenfels und die Vaterlandsliebe der Aufklärung*, in H. REINALTER (ed), *Joseph von Sonnenfels*, Wien 1988, S. 164 f.

nationalen Bewußtseins in den napoleonischen Kriegen, der Organisation der Landwehr zum Tragen kommen. Für die «Bildung der Nation»[101] erkannte Sonnenfels dem «Nationalschauspiel»[102] eine zentrale Rolle zu. Das 1776 gegründete Nationaltheater sollte eine Schule der «Nationalsitten»[103] sein; insofern maß Sonnenfels der Theaterzensur einen wichtigen, staatspolitischen Stellenwert bei. Das Theater war gegen die *Commedia dell'Arte*, die italienische Oper und das französische Schauspiel gegründet (Sonnenfels geriet damit in Gegensatz zu Kaunitz) und sollte sich einer untadeligen Hochsprache bedienen. Von daher interpretierte Sonnenfels die Monarchie als eine primär deutsche Nation, verwendete einen bereits mehr sprachlichen Nationsbegriff, wobei er allerdings eine gemeinsame Sprache vor allem als allgemeines Verständigungsmittel[104] verstand. Wurde der zaghaft verwendete Begriff «Österreichische Nation»[105] noch mehr auf die altösterreichischen Erbländer bezogen, so weitete ihn Sonnenfels (wie später Josef Frh. von Hormayr) auf die Bewohner der Österreichischen Monarchie aus. Im gesamten wird man im späteren 18. Jahrhundert von einer österreichischen Nationalbewegung wohl kaum sprechen können.

Worin lagen, können wir uns abschließend allenfalls fragen, nach 1814 immanent gesehen Entwicklungsperspektiven für das österreichische Staatensystem, eine Nation Österreich als Vielvölkerstaat, wenn wir uns mit den Zeitgenossen mögliche Nationstypen vor Augen halten?

Der süddeutsche Katholizismus des Barock, die «undeutschen Katholiken»[106], waren mit Ausnahme einer betont patriotischen Phase um 1700[107]

[101] H. HAIDER-PREGLER, *Schaubühne*, S. 230.

[102] *Ibidem*, S. 233.

[103] *Ibidem*, S. 229.

[104] G. KLINGENSTEIN, *Sonnenfels als Patriot*, in *Wolfenbütteler Studien zur Aufklärung*, IV, Bremen 1977, S. 220.

[105] A.K. MALLY, *Der Begriff «österreichische Nation» seit dem Ende des 18. Jahrhunderts*, in «Der Donauraum», XVII, 1972, S. 51-54; A.H. BENNA, *Kaiser und Reich*, S. 385; E. BRUCKMÜLLER, *Nation Österreich. Kulturelles Bewußtsein und gesellschaftlich-politische Prozesse*, Wien u.a. 1996^2, S. 227 f., 336 f.

[106] G. LITZEL GEN. MELISSUS, *Der Undeutsche Catholik*, Jena - Leipzig 1730; zitiert bei D. BREUER, *Deutsche Nationalliteratur und katholischer Kulturkreis*, in K. GARBER (ed), *Nation und Literatur im Europa der frühen Neuzeit*, Tübingen 1989, S. 702.

[107] Zur Person des Hans Jakob Wagner von Wagenfels († 1702), des Erziehers Kaiser Josephs I., vgl. W. BAUER, *Der «Ehren-Ruff Teutschlands» von Wagner von Wagenfelds*, in «MIÖG», 41, 1926, S. 257-272; A. CORETH, *Geschichtsschreibung*, S. 23 f.

supranational gewesen[108]. Andererseits hatten sich in Österreich nach 1620 durch die Kongruenz von religiöser Identität und Staat, freilich zum Preis religiöser Intoleranz, mittelfristig Chancen nicht nur für den werdenden Einheitsstaat, sondern auch für eine gesamtösterreichische Identität eröffnet. Insofern können wir – den Begriff des Konfessionsstaates erweiternd – von einer österreichischen Religionsnation sprechen. Spätestens seit der Aufklärung waren eine staatliche Legitimation durch die geschlossene Konfession, damit auch eine Religionsnation Österreich allerdings überholt.

Eine Geschichtsnation wie in der Schweiz[109] hatte sich in Österreich in den Grenzen nach Mohács jedenfalls bis zu den napoleonischen Kriegen nicht etablieren können. Aber auch die Idee einer pragmatischen Wirtschaftsnation, für die erstmals die Kameralisten geworben hatten, vermochte sich im «Universalkommerz» der zweiten Hälfte des 18. Jahrhunderts (wie auch später nur bedingt) nicht zu realisieren. In Frankreich war die zeitgenössische moderne Nation zunächst vor allem als politische Gemeinschaft definiert[110]. Im zentralen Europa war die Option auch aufgrund territorialer Zersplitterung nicht realisierbar, aber auch längerfristig vermochte sich eine die österreichischen Länder überwölbende Staatsnation mit einem überwiegend politischen Nationsbegriff in Österreich nicht zu verwirklichen (in Frankreich war sie zudem um eine kulturelle und sprachliche erweitert). Offensichtlich wurde gerade hier die nationale Idee auf einsprachlicher Grundlage zu dominierend[111]. Die politischen Ableitungen zeitgenössischer Vertreter des Ideals von Sprach- und Kulturgemeinschaften waren mit der Österreichischen Monarchie nicht kompatibel.

[108] D. BREUER, *Nationalliteratur*, S. 701 f., 706 f. Hierzu vor allem J.R.W. EVANS, *Das Werden der Habsburgermonarchie 1550-1700. Gesellschaft, Kultur, Institutionen*, Wien - Köln - Graz 1986. H. SCHILLING, *Nation und Konfession in der frühneuzeitlichen Geschichte Europas. Zu den konfessionsgeschichtlichen Voraussetzungen der frühmodernen Staatsbildung*, in K. GARBER (ed), *Nation und Literatur im Europa der frühen Neuzeit*, Tübingen 1989, S. 87-107, leider ohne nähere Analyse eines Funktionszusammenhangs zwischen katholischer Konfessionalisierung und insbesondere österreichischer Staats- oder Nationsbildung.

[109] Vgl. den Beitrag von A. Suter in diesem Band.

[110] H. SCHULZE, *Staat und Nation in der europäischen Geschichte*, München 1994, S. 170 f.

[111] Zu den Übergängen vom politischen zum sprachlich-ethnischen Nationsbegriff etwa in Böhmen im früheren 19. Jahrhundert vgl. die dichte Fallstudie von A. M. DRABEK, *Der Nationsbegriff in Böhmen an der Grenze von Aufklärung und «nationaler Wiedergeburt»*, in M. CSÁKY - R. HAGELKRYS (edd), *Vaterlandsliebe und Gesamtstaatsidee im Österreichischen 18. Jahrhundert*, Wien 1989, S. 43-61.

Aber auch die bereits existente Idee eines globalen Staatenbundes, wie er national seit längerem bereits in der Schweiz existierte, vermochte sich auf Österreich nicht zu übertragen. Im Gegenteil: Beck hatte die Vision des Abbé de Saint-Pierre einer «Union der vornehmsten Staaten in der Welt» als ungereimt verworfen[112]. Zwar hatten gerade in Österreich die Modernisierungen[113] der zweiten Hälfte des 18. Jahrhunderts und das Allgemeine Bürgerliche Gesetzbuch (wenn auch ohne Ungarn) wichtige Voraussetzungen einer modernen Nationsbildung geschaffen. Sie wurden dann jedoch im Sinn einer gemeinsamen politischen Kultur und Willensbildung wie in einer gemeinsamen Verfassung nicht konsequent weiterentwickelt. Stattdessen kam faktisch der Staat Metternichs, dessen neues Kaisertum seit 1804 erstmals die Monarchie unter einem einzigen Titel zusammenfaßte und sich auf das «Complexum»[114] aller Erbländer gründete – ein Staat auf dynastischer Grundlage, der sich freilich nach innen mit Staats-Gewalt etablierte und sich nach außen durch eine Allianz mit den konservativen Mächten Europas aufrecht erhielt.

Hier arbeitete im 19. Jahrhundert die Historiographie verstärkt zu. Bereits in den Staatenkunden des späteren 18. Jahrhunderts hatten historische Abrisse einen wichtigen Teil gebildet und einen damals noch anderen Staat historisch legitimiert. In Übereinstimmung mit dem «Kaisertum Österreich» des Vormärz bildeten sich nunmehr eine großösterreichische Staatsgeschichtsschreibung aus[115]. Die Erforschung ihrer Aufgaben und ihres Selbstverständnisses bei der Erfindung von Tradition in Hinblick auf die Staats- und Nationsbildung ist ein Desiderat.

[112] H. CONRAD (ed), *Recht und Verfassung*, S. 323 f. Insbesondere zu seinem Projekt einer «Europäischen Republik» vgl. K. VON RAUMER, *Ewiger Friede. Friedensrufe und Friedenspläne seit der Renaissance*, Freiburg - München 1953, S. 127-150 und 343-368.

[113] Grundsätzlich O. DANN, *Nation* (1993^1), S. 15, und mit verändertem Schwerpunkt S. 13, 16 f. (1996^3).

[114] Mémoire des Staatsvizekanzlers Johann Ludwig Graf v. Cobenzl, 8. August 1804, aus: G. MRAZ, *Das Kaisertum Österreich. Die Vollendung der Gesamtstaatsidee*, in: *Kaisertum Österreich 1804-1848. Ausstellung Schallaburg 1996*, Wien 1996, S. 9.

[115] E. HÜNDLER, *Die österreichische Historiographie des Vormärz*, Phil. Diss. Wien 1951; A. LHOTSKY, *Österreichische Historiographie*, Wien 1962, S. 147-152, 155 f.

Im Spiegel des Hauses Österreich. Zur Stiftung historiographischer Einheit zwischen den habsburgischen Ländern im 17. Jahrhundert

von *Markus Völkel*

1. *Das Problem*

Eine Geschichte der Historiographie der österreichischen, d.h. der unmittelbar von der Dynastie der Habsburger beherrschten Länder in der Frühen Neuzeit ist bislang nicht geschrieben worden. Aus diesem Grund können Fragen wie die jetzt folgenden nur hypothetisch beantwortet werden: Wie bilden sich im Zentrum der habsburgischen Macht die einzelnen, so unterschiedlichen Landesteile historisch ab? Wie wird die eigene Geschichte im Hinblick auf den Übergang an das Haus Österreich und in den Gesamtstaat gedeutet; – d.h., wie bildet sich seinerseits das Zentrum historiographisch in der Peripherie ab?

Die Darstellung der Geschichtsschreibung der österreichischen Monarchie hingegen stand bislang im Zeichen der Funktionen, welche die Dynastie in einem von anderen Staaten der Frühen Neuzeit stark abweichenden Ausmaß in ihr ausübte. Nicht Staatsgeschichte konnte nachvollzogen werden, sondern allein Herrscher- und Herrschaftsgeschichte. Was so entstand, bildete die historiographisch auffälligsten Formationen gleichsam nur noch einmal ab: Genealogie der Habsburger, habsburgische *pietas*, Regentenbiographie, chronikale und pragmatische Haus- und Staatsgeschichte, Zeitgeschichte. Dabei wurde aber meistens übersehen, daß es auch eine breite Lokal- und Landesgeschichtsschreibung gab, die in die zentral gesteuerte Geschichtsschreibung Eingang fand und hier ihre Spuren hinterließ. Umgekehrt suchten auch die an der Peripherie entstandenen Werke im Rahmen ihrer Belange und Möglichkeiten nach Bezügen zum ganzen Land[1].

[1] In den immer noch als Standardwerken zu nennenden Arbeiten von A. CORETH, *Österreichische Geschichtsschreibung in der Barockzeit (1620-1740)*, Wien 1950 und A. LHOTSKY, *Österreichische Historiographie*, München 1962 ergibt sich als so unnötiges wie unlösbares Problem der undifferenzierte Gebrauch des Begriffs 'Österreich'. Auf der

Zwei Thesen seien deshalb gleich zu Anfang als Begründung für diese gegenseitige Befruchtung und Deutung angeführt:

– Die lokalen historischen Bezüge wollten sich auch welt- bzw. universalhistorisch ausdeuten.

– Die vom Hof kontrollierte Geschichtsschreibung konnte und wollte die Vor- und Eigengeschichte der dynastisch verbundenen Länder nicht leugnen, sondern versuchte bereits sie in Bezüge jenseits der bloßen Personalunion zu bringen.

Zwei Kurzanalysen bedeutender Geschichtswerke stellen die jeweils konvergierenden historiographischen Tendenzen vor.

2. *Sigmund von Birkens «Spiegel der Ehren des Ertzhauses Oesterreich oder Ausführliche GeschichtsSchrift ... in Sechs Bücher eingetheilet», Nürnberg 1668*

In Hieronymus Nicolaus Gundlings *Discours über den ietzigen Zustand der Europäischen Staaten*, Frankfurt und Leipzig 1733-34, findet sich in Sectio 1, «Von Oesterreich», folgende Bemerkung[2]: «Wie es ferner Cärnthen, Tyrol, Pfirdt, Sundgau, Brisgau, etc. bekommen?» mit Hinweis auf die Fußnote S. 39:

> «Wer von Oesterreichischen Sachen recht will instruiret sein, der muß dieses Buch lesen, es ist alles darinnen, was die Oesterreicher selbst wissen. Sigismundus von Bircken, ein Nürnberger, ein guter Poet, hat es verbessert, und in einen guten stylum gebracht, weil Fugger eben kein gutes Teutsch konnte».

Gundling faßte damit die Entstehungsgeschichte des Fuggerischen Ehrenspiegels knapper und präziser, als dies späteren Historikern gelungen ist. Doch damit nicht genug: Seine Bemerkung trifft Charakter, Zuschnitt und Bedeutung des Werkes weitaus deutlicher als dies die Urteile späterer Leser tun. Woran liegt das? Sowohl die klassische Quellenkritik als auch

Grundlage dieses an Polysemie und anachronistischer Verwendung leidenden Begriffs ist es unmöglich, a) das Selbstverständnis des jeweiligen Erbländer, b) ihr Verhältnis zueinander und zum Haus Habsburg, c) ihre Beziehungen sowie die des Hauses Habsburg zum Hl. Römischen Reich und schließlich d) die Bezüge zur allgemeinen europäischen Historiographie im Zeitraum 1500-1800 klar herauszuarbeiten. Gerade die heutige Historiographiegeschichtsschreibung sollte sich der retrospektiv-suggestiven Kraft von Kollektivbegriffen, die sich politisch-mentalen Bedürfnissen des späten 19. Jhs. verdanken, rigoros entziehen.

[2] HIERONYMUS NICOLAUS GUNDLING, *Discours über den ietzigen Zustand der Europäischen Staaten*, 2 Bde., Frankfurt - Leipzig 1733-1734, 1, S. 29-95, § 3, in Margine.

ihre erzählend-individualiserte Darstellungsmethode prallen an diesem Erzeugnis ab[3]. Das gleiche gilt aber auch für den Versuch einer – im übrigen korrekten – Rekonstruktion der Bedingungen, unter denen Birken seine Umarbeitung vornahm[4]. Der Ehrenspiegel ist das Erzeugnis einer Epoche, die Quellenkritik zwar kannte, sie aber in der Regel literarischen wie gedächtnismäßigen Praktiken unterordnete, die den darstellerischen Mitteln und ethischen Zielen historistischer Geschichtsschreibung zutiefst widerstreitet. Es bedarf schmerzlicher Revisionen am gängigen Geschichtsbegriff und schwierig zu erlangender Kenntnisse über die rhetorisch-literarischen Gepflogenheiten des 17. Jhs., um ein Werk wie den *Spiegel der Ehren* mit seinen mehr als 1400 Seiten überhaupt in den Blick zu bekommen.

Die nachfolgenden knappen Bemerkungen können die noch fehlenden Grundlagenarbeiten nicht leisten: durchgängiger Vergleich der beiden fuggerischen Manuskripte quellenmäßig, sprachlich und illustrativ mit der Druckfassung von 1668 sowie die Eingliederung des *Ehrenspiegels* in Birkens Gesamtwerk, d.h. seine Redaktionspraxis, Dichtung und Dichtungstheorie. Stattdessen müssen hier, auf sehr schmaler Beobachtungsgrundlage, einige Aussagen zur Charakteristik dieser Habsburgergeschichte genügen, wobei ich mich vor allem auf die historiographische Darstellung und Vermittlung der «Region», d.h. der einzelnen Erbländer konzentrieren will.

Der *Ehrenspiegel* ist in der Tat die vollständige Umarbeitung einer im Auftrag von Hans Jacob Fugger (1516-1575) durch Clemens Jäger verfaß-

[3] Zur Kritik vgl. L. VON RANKE, *Über eine ungedruckte Lebensbeschreibung Maximilians I. von Hans Fugger*, in «Geschichte des deutschen Volkes im Zeitalter der Reformation», Beilage, 1867[4], 1, S. 344 sowie DERS., *Zur Kritik neuerer Geschichtsschreiber: Spiegel der Ehren des Erzhauses Österreich*, in *Sämtliche Werke*, 33-34, München 1884; zur Beurteilung der Persönlichkeit Birkens der Aufsatz von W. HAUSENSTEIN, *Der Nürnberger Poet Siegmund von Birken in seinen historischen Schriften*, in «Mitteilungen des Vereins für Geschichte der Stadt Nürnberg», XVIII, 1908, S. 197-235, an dem der Abstand zur aktuellen literarischen Barockforschung besonders fühlbar wird.

[4] Vgl. I. FRIEDHUBER, *Der «Fuggerische Ehrenspiegel» als Quelle zur Geschichte Maximilians I*, in «Mitteilungen des Instituts für österreichische Geschichtsforschung», LXXXI, 1973, S. 101-138. Während Friedhuber die Textüberlieferung und Zusatzquellen, auf die Birken Zugriff hatte, einwandfrei aufklärt, versagen die sprachlichen Kriterien, mit denen sie Birkens literarische Überarbeitung zu beschreiben versucht, vgl. S. 115-119. Fragwürdig erscheint auch die Behauptung, daß die Untersuchung von Buch VI (Kaiser Maximilian I.) für sich allein schon eine Charakteristik des Werkes erlaube. Hierzu müßte die «prophetische Funktion» von Buch I (Kaiser Rudolf I.) für den gesamten *Ehrenspiegel* und die vielfältigen Symmetrien, die es aufbaut, beschrieben werden.

ten Chronik durch einen modernen Poeten/Rhetor gemäß den damals geltenden wissenschaftlichen Maßstäben unter intensiver Mitarbeit Kaiser Leopolds I. und seiner Umgebung[5]. Die Modernisierung des Textes durch Birken war durchgreifend und erlaubte es erstmals, alle habsburgischen Länder, und zwar auf ganz verschiedenen Ebenen, vorzustellen und miteinander zu verklammern. Hier die Veränderungen am Fugger-Text im Auszug[6]:

– aus «alten und neuen GeschichtSchriften über die hälfte erweitert».

– Von VII. in VI. Bücher verändert, nach den sechs Kaisern und innerhalb jedes Buches dann erstmals konsequente «Jahrordnung».

– Erstmals Landesbeschreibungen der nach und nach hinzukommenden Länder eingearbeitet.

– Neue Sukzessionsfolgen der Herrscher und Regenten sowie fünf Geneaologien im neuen wissenschaftlichen Stil eingefügt.

– Wappen des Orginals beibehalten.

– Allegate der Quellen und Autoren, die «man selbst gesehen».

– Einfügen passender «Sonderbarer Welt = Geschichten».

– Fünf neue Stammtafeln und ein «Oesterreichischer Geschichtskalender» beigefügt.

– Neue Reden nach Thukydides-Muster eingefügt[7].

– Neue Kupferbildnisse und Ereignisbilder angebracht.

[5] Die Zensurmaßnahmen nach F.X. WEGELE, *Geschichte der deutschen Historiographie*, München 1885, S. 693-696 in folgender Schrift behandelt: *Historische Nachricht von des löblichen Hirten = und Blumen = Ordens an der Pegnitz Anfang und Fortgang* etc., *von Aramantes* (i.e. JOHANN HERDEGEN), Nürnberg 1744, S. 123-152. Brief des Verlegers Endter vom 1.3.1660 aus Wien nach Nürnberg, *Historische Nachricht*, S. 124: «Die Beschreibung ist gar kahl gestellet, altvätterisch, gleich denen gemeinen Historien = Büchlein, werde derowegen, mit Sendung der Prob, Herrn Cantzler *(= Zinzendorf und Suttinger)* schreiben, daß es eine Nothdurfft seye, die ganze Chronik auf jetzige Art zu stilisieren / und daraus Marginalia zu ziehen/». (kursiv des Autors).

[6] Vgl. unpag. «Vorerinnerung An den Edlen Leser».

[7] So kommt es zu einer doppelten nationalen sprachlichen Richtigstellung: a) in der «richtigen» Prosasprache, die sich grundsätzlich an alle Deutschen wendet und b) in einer «Verdeutschung» der Vergangenheit, wenn z.B. Birken Kaiser Sigismund 1437 seine Rede an die böhmischen Stände auf Hochdeutsch halten läßt; vgl. *Ehrenspiegel*, S. 460 f.

– Jede Seite gibt Buch, einen Inhalt, das Kapitel, die Seite und das Jahr an, schließlich gibt es Randkurzangaben, also systematisierte Seite.

– Übersetzung in «Teutsche ungemängte Red-art».

– Hinweis auf die *Directores* der Arbeit, d.h. die kaiserlichen Räte: Johann Baptista Suttinger zum Thurnhof, Matthäus Mauchter, Johann Wilhelm Mannagetta, Petrus Lambeck.

– Die letzten Bemerkungen der Vorrede ergänzen gleich die Stammbäume, die «sich theils fortgezweiget, theils ein = und andern Zweig verlohren».

Am Umfang dieser Maßnahmen läßt sich ablesen, warum Birken, ein stets fleißiger Arbeiter, mehr als sechs Jahre zum Abschluß dieses Auftrags benötigte[8]. Erkennbar wird auch, daß, wäre der *Ehrenspiegel* in der Urfassung auch nur eine einfache chronologische Erzählung gewesen, er mit der Überarbeitung zu einem höchst anspruchsvollem Kunstprodukt geworden wäre. Doch bereits die Fassung von Fugger/Jäger setzt sich aus vielfältigen, ihrerseits verschiedenste Materialien überliefernden Quellen zusammen, wobei allein der erste Manuskriptband über 100 Miniaturen und mehrere tausend Wappen aufweist[9]. Damit verglichen wirkt die Druckfassung optisch «ärmlich», wenngleich der Index immer noch «LVIII Figuren» aufweist, zusammen mit den bereits vorhandenen Wappen. Insgesamt ist der Reichtum der in beiden Fassungen erscheinenden Textsorten so verwirrend wie überwältigend:

– Sinnsprüche (deutsch, lateinisch), Grabsprüche, Motti und Embleme.

– Vatizinien und Prophezeiungen;

– Privilegien, Akten, Urkunden und Briefe;

– Anekdoten, Apophtegmata, Novellen als Einschübe (*digressiones*);

[8] Über den faktischen Arbeitsablauf sind wir durch die erhaltenen Tagebücher des Dichters gut unterrichtet, vgl. J. KRÖLL (Bearb.), *Die Tagebücher des Sigmund von Birken*, 2 Bde., Würzburg 1971-1974. Die auf den Arbeitsvorgang bezogenen Notizen reichen vom 21.6.1660 bis zum 20.3.1667. Über die inhaltlichen Probleme der Revision erfährt man in den Aufzeichnungen allerdings so gut wie nichts. Hier könnten nur die bislang unedierten Briefwechsel Birkens in seinem Nachlaß bzw. dem des *Pegnesischen Blumenordens* im Germanischen Nationalmuseum weiterhelfen, vgl. K. GARBER, *Private und literarische Gebrauchsformen im 17. Jh.: Autobiographika und Korrespondenz Sigmund von Birken*, in H.-H. KRUMMACHER (ed), *Briefe deutscher Barockautoren. Probleme ihrer Erfassung und Erschließung* (Wolfenbütteler Arbeiten zur Barockforschung, 6), Hamburg 1978, S. 107-138. Aufschlußreich könnten die Briefe an und von Adam Volkmann (1616-1664), Jurist in Bayreuth, sein.

[9] Vgl. Österreichische Nationalbibliothek in Wien, mss 8613 und 8614.

– Gedichte[10] (Birkens sowie fremde, etwa Opitz, S. 358).

Als Bildtypen finden Verwendung:

– Realistisches und imaginäres Porträt;

– Ereignisbilder;

– Landkarten;

– allegorische Landschaftsbilder;

– «antiquarische Beweistümer» bzw. Rekonstruktionen (Grablegen, etc.) (Abb. 1)[11];

– Wappen in dokumentarischer und allegorischer Anordnung.

Die These sei gewagt, daß Birken aus der Urfassung so gut wie nichts weggelassen, im Gegenteil die Revision vor allem durch die Ergänzung neuerer Text- und Bildformen erweitert hat. Seine Arbeit weist damit sowohl kompilatorischen wie enzyklopädischen Zuschnitt auf. Der *Ehrenspiegel* ist eine Enzyklopädie der habsburgischen Geschichte, ihrer Quellen und Darstellungsformen, gleichzeitig aber auch der für den Dichter und Historiker Birken statthaften literarischen Praktiken. Es handelt sich um ein Werk, das «maximal» ausfallen mußte, da der Gegenstand nicht zu übertreffen war. Ein «größeres Haus» als Habsburg war kaum vorstellbar, eine Verankerung in einem «edleren Reich» als in der Vierten Weltmonarchie undenkbar und der Glaube an die providentielle Stellung dieses Geschlechts ungebrochen[12]. Birken setzte also auf die Totalität der vorhandenen Medien, Materialien und Formen und war folglich durch die «wissenschaftlich» motivierte Kritik seines letzten Zensors, des kaiserlichen Bibliothekars Peter Lambeck (1628-1680), zutiefst irritiert[13]. Er

[10] Manche Vorgänge und Ereignisse wirken bei Birken wie *loci*, d.h. Orte, die diesbezügliches Wissen organisieren. Das Schießpulver wird erfunden, und Birken teilt dazu auf S. 358 *Martin Opitzens Gedanken hiervon* mit, d.h. dessen *Lob des Kriegs = Gottes Teutscher Nation*. Damit gehört auch das Dichterwort selbst, mag es auch um Hunderte von Jahren später erfolgen, zur «Materie der Geschichte».

[11] *Ehrenspiegel*, S. 63, römisches Denkmal für Kaiser Rudolf I. in Straßburg.

[12] Zur maximalen Interpretation der Habsburger, etwa durch die neuen Wissenschaften, siehe W.B. ASWORTH, *The Habsburg Circle*, in B. MORAN (ed), *Patronage and Institutions. Science, technology and Medicine at the European Court, 1500-1750*, Rochester 1991, S. 137-167.

[13] Lambecks Tadel gilt die einzige emotional geprägte Bemerkung (20.11.1666) überhaupt, die Birken zur Fugger-Revision macht, vgl. J. KRÖLL (Bearb.), *Tagebücher*, 1, S. 258: «Schreiben von dem Lappacio (sic), mit et[lichen] censirten Capp[iteln] darunter die

wollte gewiß nichts Falsches sagen, aber einen *Spiegel der Ehren* schreiben, d.h. Geschichte mit panegyrischen Mitteln darstellen[14]. Zielpunkt eines solchen Unternehmens war weniger eine wahrheitsgetreue Erzählung als eine Memorial-Landschaft, d.h. «Gedechtnus».

Birken steht mit dieser Auffassung, wie zu Recht bemerkt wurde, in der Tradition dynastischer Selbstdarstellung, wie sie Maximilian I. in seinem Kreis ausgeprägt hatte (Abb. 2)[15]. In ihr übernimmt die Genealogie die wichtigste Funktion, nämlich Kontinuität von Zeit und Raum herzustellen. Auch Birken ist als Dichter vorwiegend Genealoge, d.h. die Geschlechterfolge gehört für ihn zu den unverzichtbaren Materien von (Gelegenheits-)Dichtung[16]. Der *Ostländische Lorbeerhäyn* von 1657, sein erster Erfolg in Wien, war bereits als genealogisches Lobgedicht ... *in XII. Sinnbildern und eben so vielen Keyser- und Tugend-Bildnissen* ausgeführt. Gleich nach dem *Ehrenspiegel* setzte Birken diese Linie 1669 mit der *GUELFIS oder NiderSächsicher Lorbeerhayn* für die Welfen und noch 1677 mit dem *Chur- und Fürstliche[n] Sächsische[n] Helden-Saal* für die Wettiner fort. Über den Fuggerischen *Ehrenspiegel*, obwohl er nicht von den Habsburgern selbst initiiert wurde, steht Birkens Fassung auch in direkter Verbindung mit der genealogischen Geschichtsauffassung.

Genealogie, dies sollte allerdings klar sein, bedeutet mehr als bloße Stammbäume. Die Geschlechterfolge stellt die Linien zur Verfügung, an denen man auch die gesamte materielle Überlieferung – und dazu gehören in gewissem Sinn auch auch die Territorien – anhängen kann.

Zwey vom Schweitzer Krieg grausam gehechelt, ich vor einen Schweitzer[freund] u. Nürnberger Ketzer ausgebracht worden».

[14] Birken besaß wahrscheinlich J. Bodins *Methodus ad facilem cognitionem historiae*, vgl. J. Kröll (Bearb.), *Tagebücher*, 1, S. 154.

[15] Vgl. E. Rohme, *Die Hirten in der Grotte. Zur Funktion genealogischen Wissens in den Schriften des Sigmund von Birken*, in J.R. Paas (ed), *Der Franken Rom. Nürnbergs Blütezeit in der zweiten Hälfte des 17. Jhs.*, Wiesbaden 1995, S. 276-288, bes. S. 278 und J.-D. Müller, *Gedechtnus. Literatur und Hofgesellschaft um Maximilian I.*, München 1982. Abb. 1. *Ehrenspiegel*, S. 1122: «K. Maximilians / Historien-Dictatur». Der Stich geht auf eine aquarellierte Federzeichnung in dem von Marx Treitzsaurwein verfaßten «Verzeichnis der von Maximilian I. verfaßten und geplanten Werke», Wien 1521 zurück, vgl. Katalog, *Hispania - Austria. Die Katholischen Könige. Maximilian I. und die Anfänge der Casa de Austria in Spanien*, Mailand 1992, Abb. Kat. nr. 121, vgl. auch die Minaturhandschrift zum *Freydal*, Katalog, Maximilian I. 1459-1519, Wien 1959, Abb. Kat. nr. 66.

[16] S. von Birken, *Teutsche Rede- bind- und Dicht Kunst*, Nürnberg 1679 (Nachdruck Hildesheim 1973), S. 203-204.

Es entsteht ein kompliziertes Netz, in dem sich die Sammlung der habsburgischen Länder vollendet, deren Beschreibung e i n Hauptzweck des *Ehrenspiegels* ist[17].

3. *Analyse des Einbaus eines Erblandes: Tirol*

Im III. Buch des *Ehrenspiegels* findet sich das VIII. Kapitel mit der schlichten Überschrift: «Tirol / an Oesterreich». Was so einfach klingt, ist tatsächlich nur ein kleiner Stein in einem Mosaik von Bezügen, die von der Goldenen Bulle bis zum Einfall englischer Truppen im Hundertjährigen Krieg ins Elsaß reichen[18].

Für Tirol heißt es knapp (S. 340):

«Im jahr 1363 / kam die herliche geFürstete Gravschaft Tirol an Oesterreich: welche / und deren alte Regenten / wir kürzlich in etwas besehen wollen / bevor wir vernehmen / auf was weise sie sey herzugekommen».

[17] In seiner unpaginierten Vorrede äußert sich Birken dezidiert zur Landeseinheit, vgl. *Spiegel der Ehren des Ertzhauses Oesterreich* ..., Nürnberg 1668: «Die Beschreibung der Königreiche / Fürstentum = und Länder / so nach und nach durch Heurat = Erb = und Glücksfälle / dem Erzhaus zugewendet worden / und gleichfalls im Register unter einem Titel beysammen zu finden sind / hat man iederzeit dem jahr in welchem sie an Oesterreich gelanget / eingerücket / und auch solche aus ganzen hiervon geschriebenen Chroniken in eine Kürze / iedoch mit allen Umständen / ohne sparung der Mühe und Zeit / zusammengezogen. Inmassen (da Herr Fugger allein Oesterreich und Habsburg / und zwar unvollkommen / beschrieben/) überdas von den Königreichen Hispanien / Hungarn und Böheim / von den Herzogtümern Burgund / Steyer / Kärnten / und Crain / von der Graffschaft Tirol / und von allen niderländischen Provinzen / mit erwähnung deren vornehmsten Geschichten / genaue Nachricht dem Werk einverleibet / auch die Succession oder Erb = und Nachfolge der Könige und Regenten / iedesmal von anfang biß auf die Erzherzogen her = und ausgeführet worden. daß solche Länder-Beschreibungen / einer Historie nützlich und nothwendig seyn / wird niemand leugnen. Wie dann / "auch ein Besitzer nur eines schlechten Wonhauses und Feldgutes / seine Haus = und Kaufbriefe fleissig beyleget: um nicht allein zu wissen / wer vor ihm dieselben besessen / was es für Zugehör und was er etwan deswegen für Ansprüche habe; sondern auch auch dadurch / wider ungerechte Anmassere / und wider die ienigen / so ihm den Markstein verrucken = auch seine Gränzen und Gerechtigkeiten schmälern wollen / sein Erb = und Besitzungs = Recht zu behaupten"».

[18] Die ausführliche Kapitelangabe, *Ehrenspiegel*, S. 333: «(1) K. Carolus richtet zu Nürnberg die Güldne Bulle auf, (2) Dessen herrlicher Reichstag zu Metz. (3) Verderbliches Erdbeben zu Basel. (4) Türken/kommen in Europa. (5) Herz.Albrechts Absterben/und Kinder. (6) Herz. Rudolf III. tritt in die Regierung. (7) Herz. Friedrich III. wird erschossen. (8) Erste Regenten der Gravschaft Tirol: (9) die wird / durch Fr. Maultasch / an Oesterreich übergeben. (10) Stammreihe / der alten Graven zu Tirol. (11) Beschreibung

Daraufhin geht der Bericht beschreibend und zeigend dergestalt fort: Den Anfang machen die Andechser Grafen, dann die beiden weiteren Linien, dann Margarete Maultasch, die Tirol an die Habsburger verlieren sollte. Eingeschaltet wird ein Bericht mit Kupferstich über das Grab des «Riesen Haimon» bei Innsbruck mit seinem Wappen, als vermeintlichem andechsischen Wappen. Es folgt nun auf S. 342 eine «Stammreihe der alten Graven von Tirol und Görz», d.h. ein ausführlicher, die vorhabsburger Fürsten zusammenfassender Stammbau. Birken benutzt dabei eine besondere Form der Darstellung. Als zeitliche Achse dient die Regierung Albrechts III., als des Herrschers, der Tirol erwerben konnte. Die letzten Vertreter der alten Häuser, die «später kommen», sind jedoch ebenfalls vermerkt, so daß sie buchstäblich vom stärkeren «Stamm Österreich» überwuchert werden, der auf S. 344 seinerseits bis zu Sigmund Franz weitergeführt ist. Auf das Jahr 1363 gemünzt und an dieser Stelle der Erzählung eingeführt, wirken die Stammbäume in Richtung Zukunft wie eine Prophezeiung, in Richtung Vergangenheit wie eine genealogische Deduktion.

Als nächste Stufe bringt der Text eine ausführliche Chorographie, d.h. Landesbeschreibung Tirols. Hinweise auf Trient und Brixen wegen der «Schirmvogteylichkeit» schließen sich an. Auch die Vorlande, von Burgau bis zum Sundgau, werden säuberlich durchgezählt. Daran schließt sich ein weiterer Stammbaum an, nämlich der der habsburgischen Grafen von Tirol bis hin zum 1662 angetretenen Siegmund Franz. Den Abschnitt beendet ein Kupferstich mit dem «Wappen der gefürsteten Gravschaft Tirol samt Görz».

Als Reaktion auf den Erwerb Tirols, so will es der *Ehrenspiegel*, soll Herzog Rudolph IV. (1358-1365) St. Stephan zur «Thumprobstey» und zu ersten wirklichen Grablege der Habsburger gemacht haben. Daraufhin wird der selige Stifter (S. 364) in einem seitengroßen Porträt gezeigt. Daß nun allerdings eine Landesteilung bald alles wieder auftrennt, wird gleichsam kommentarlos nachgeschoben[19].

dieser geFürsteten Gravschaft. (12) Die Stefanskirche in Wien / wird eine Thumprobstey. (13) Herz. Rudolfs / Absterben und Bildnis. (14) Erster Einfall der Engelländer / in teutschland».

[19] Der Neubergervertrag wird ganz familienfreundlich geschildert, vgl. *Ehrenspiegel*, S. 363: « Als Herz. Leopold aus Wälschland wieder zurücke kam / beschwerte er sich abermals gegen Herz. Albrechten seinen Bruder / wegen Theilung der Oesterreichischen Erblande / und brachte viel ursachen vor / wie er mehr KInder hätte /auch jenes Landantheil viel fruchtbarer sey / als das seine. Herz. Albrecht / der nur einen einigen Sohn hatte / liesse sich bewegen / und überliesse Leopoldo alle Lande / bloß Unter und

Der Fall Tirol zeigt exemplarisch, wie viele Darstellungstechniken Birken und seine Helfer anwenden, um Tirol zugleich darzustellen und an Habsburg anzuschließen: dynastische Vorgeschichte, lokale Sage, genealogische Forschung, Wappenkunde, Landeskunde, Herrscherbiographie, -panegyrik und -physiognomik[20]. Die Grafschaft ist dadurch historisch, gegenwärtig und zukünftig, allegorisch wie materiell erfaßt und mit Habsburg verbunden. Das Medium der Darstellung erweist sich dabei selbst als ein Kompendium historischer Traditionen in ihren gattungsmäßigen Ausprägungen[21]. Auffällig ist dabei, wie bewußt bruchlos der *Ehrenspiegel* versucht, die vorhabsburgische Geschichte an die des Erzhauses anzuschließen. Fast immer gehen Verwandtschaftsbeziehungen voraus, aber sie bilden nur einen von vielen «natürlichen» Faktoren, die auf den legitimen Besitz durch die Habsburger vorausdeuten, so etwa, wenn diese den Begriff des *regnums* oder urzeitlicher geschlossener Landschaften zur Erfüllung bringen. Dynastiebezogene und regional ausgerichtete Geschichtsschreibung kommen übrigens in hohem Maße in der – humanistisch – vorgedeuteten Urgeschichte überein[22].

Die Beschreibung Kärntens beispielsweise beruft sich direkt auf die Topographie des Tacitus, die in Buch II für ganz Österreich gegeben wird[23]. Das Alpengebiet erweist sich nur als Provinz des deutschen Urgebietes, in dem zur römischen Zeit auch Kaiser, Marc Aurel vor allem, residierten.

Ober-Oesterreich vor sich behaltend. Diß geschahe / eben zehen jahre hernach / da er das Herzogtum Steyr ihm abgetretten hatte».

[20] Daß dies nicht übertrieben ist, beweist die Sorgfalt, die Kaiser Leopold den Porträts seiner Vorfahren widmete, vgl. den Brief des Bibliothekars Managetta an Birken vom 17.2.1665, *Historische Nachricht*, S. 136: «Die Continuation des Ehren = Werks verlangen Ihro Kaiserliche Majestät zu sehen: alldieweil die Bildniß Friderici III. niemanden gefallen will, habe ich solche durch den Kaiserlichen Kupffer = stecher, den von Stain, wie auch Kaiser Maximiliani gefährliches Gemsen = steigen, allhie zu verfertigen angeordnet».

[21] Hier wäre nach der Fülle überlieferter Formen von Geschichtsschreibung im *Ehrenspiegel* in ihrem Verhältnis zu den daran gebundenen Inhalten zu fragen. Dieses Problem kann hier nur aufgeworfen, nicht gelöst werden.

[22] Die Urzeit mit autochtonen Königreichen zu auszustatten, ist gängige Praxis. In der großen Vorrede zum *Sächsischen Heldensaal* erzählt Birken viel von einem altsächsischen, vorchristlichen Königreich. Dem Erwerb Burgunds durch die Habsburger schickt der *Ehrenspiegel* eine lange Erzählung über «sechshundert Jahre Königreich Burgund» voran. Bis hin zu der geduldigen Vorbereitung der preußischen Königskrönung 1701, kann man das *regnum* als unverwüstliches Paradigma für genealogisch-regionale Geschichtskonstruktionen bezeichnen.

[23] Vgl. *Ehrenspiegel*, S. 151, S. 307 und S. 312.

Auf diese römischen Kaiser beruft sich seinerseits der *Ehrenspiegel*, indem er die Habsburger bald als legitime Erben einer Monarchia im Reich ausgibt, bald ihre Territorien als zugleich germanisches Siedlungsgebiet und einheitliche römische Provinz. Die urgeschichtliche Selbstinterpretation der Regionalgeschichte verfährt analog. In logische bzw. strikt historische Bezüge gesetzt, müßten diese Legitimationen in erheblichen Widerstreit miteinander geraten. Birken verwendet sie schlicht additiv, zur gleichen Zeit übrigens, in der Hermann Conring (1606-1681) eine deutsche Reichsgeschichte begründete, die Deutschland von der Vierten Weltmonarchie abzusetzen begann, d.h. seinen eigentümlichen Rechtscharakter zunächst durch Reduktion des Traditionsbestandes erhellte.

4. *Die Schweizer Memoriallandschaft im «Ehrenspiegel»*

Die Eidgenossenschaft stellte für jede prohabsburgische Geschichtsschreibung ein Ärgernis dar, denn sie widersprach allein schon durch ihre Entstehung dem genealogischen Prinzip. Herrschaftsübernahme erfolgt durch Erbgang, Kauf und Zwang, und hier waren über 400 Jahre immer nur Zuwächse, niemals endgültige Fehlschläge zu verzeichnen, – bis auf die Schweiz. Die Schweiz bedeutete die Grenze des österreichischen Prinzips, war aber als Ursprungsland der Dynastie unmöglich auszuklammern. Wie bewältigte nun Birken dieses Problem?

Er fand eine doppelte Lösung. Er behandelte das Land als Anfang, und Anfänge verlieren sich oft sehr rasch, und er errichtete in Buch III, Kap. XI ein «Gedechtnus» in Form eines Monumentes. In Form und Inhalt ist dieses Denkmal sehr vielschichtig und konnte, wie die Reaktion Lambecks bewies, wohl auch mißverstanden werden[24]. Im Folgenden sollen nur die Umrisse dieses Kapitels gegeben werden.

Birken widmet der Sempacher Schlacht von 1386 nur verhältnismäßig wenig Raum. Sie war eine Niederlage, eine selbstverschuldete dazu, und da gebot es die *Pietas Austriaca*, vor allem vor und nach ihr innezuhalten und die Schlacht nur als Schnittpunkt verschiedener Memorialtechniken zu benutzen. Vor der Schlacht stellt Birken Überlegungen zur *superbia* an, die er mehr der Umgebung Herzog Leopolds III. (1365-1386) als seiner Person zurechnet. Nach der Schlacht spricht Birken ausführlich über das Andenken der Niederlage. Es ist wohl kein Zufall daß der *Ehrenspiegel* in keinem Kapitel derart dicht bebildert ist wie im Schweizerkrieg von 1386.

[24] Vgl. Anm. 13.

Die Abfolge beginnt mit einer schematisierten Darstellung der Schlacht selbst (S. 369), die aber auch irgendeine andere Schlacht zeigen könnte. Damit wird, was kein Zufall ist, weder individualisiert noch viel erklärt. Als nächstes finden sich (S. 370-371) 100 Namen erschlagener habsburgischer Gefolgsleute. Dieser namentliche Hinweis wird auf der anschließenden doppelten Folioseite 48 noch bekräftigt, indem die meisten Wappen dieser Getreuen in alphabetischer Reihung gezeigt werden (Abb. 3). Das Zentrum der Seite gibt jedoch eine Ansicht von Sempach wieder, mit dem Schlachtfeld, jedoch nicht als wirkliches, sondern nur als «gewesenes» mitsamt der Gedächtniskapelle für Herzog Leopold an seinem Sterbeort. Das Sempacher Gedenken wird aufgenommen und fortgeführt in der umfassenden Memoria der Dynastie in ihrer Grablege im nahen Königsfelden bei Baden im Aargau (S. 374), zunächst als Abbildung des Baues mit Sinnsprüchen. Daran schließt sich eine epitaphähnliche Auflistung der dort befindlichen elf Habsburger-Begräbnisse an (S. 374). Danach kehrt das Andenken nach Sempach zurück, denn für Königsfeld findet sich auch eine Abbildung von 27 Wappen in der Schlacht gefallener Ritter mit dem Prototyp eines knienden Helden. Es folgen nochmals 20 Namen vornehmer Opfer (S. 376). Zum Abschluß darf der Leser/Beschauer sich endlich dem Bildmonument Leopolds III. *Probus* selbst zuwenden (S. 377); entlassen wird er aber erst mit Stammbaum und Wappenschilden von Leopolds Nachkommen. Am Ende steht also wieder Genealogie, sie überwindet diese Walstatt und führt weiter in eine bessere Zukunft.

Mit dem XI. Kapitel des III. Buches ist die Schweiz nur in der seltsamen Form der Beschreibung der Opfer zugegen, die nicht zureichend waren, ihren Verlust zu verhindern. In dieser Form ist die Schweiz kein reales Land, sie ist ein bloßer Gedächtnisort der Dynastie, und die habsburgische Prinzessin Agnes († 1364), die ihre Mitgift auf das Familiengrab verwendete, handelte wie eine Prophetin[25].

Birken kennt jedoch, vor allem im I., rudolfinischen Buch auch andere positivere Mittel, die Schweiz als habsburgischen Ort zu zeigen. Sie mußten allerdings, weil die Eidgenossenschaft eben kein Erbland werden wollte, teilweise bewußt «historische Züge» annehmen. Dies ist allerdings ein Umstand der, weil für den Dichter Erinnerung ohnehin Lob- und Tugendspiegel ist und somit Vergangenheit und Gegenwart zugleich, erst auf den

[25] Stellvertretend für die nunmehr schon breit entwickelte Memoria-Forschung sei auf die Arbeiten von O.G. OEXLE verwiesen, vgl. *Memoria in der Gesellschaft und Kultur des Mittelalters*, in J. HEINTZLE (ed), *Modernes Mittelalter*, Frankfurt a.M. 1994, S. 297-323 und die dort ausführlich zitierte Literatur.

zweiten Blick wahrnehmbar ist. So bringt Birken als erste seiner wenigen Landkarten auf S. 19 ein «Habsburgische[s] Ankunfftgelände», das, ohne historische Markierungen, die Wiege des Hauses als zeitlose Landschaft darbietet. Es folgt auf S. 36 ein «Territorium Habsburgense/Habsburgische Land-Tafel (Birkens höchsteigene Invention), welches natürlich Helvetien vorstellt (Abb. 4). Alle Wappen der habsburgischen Schweiz finden sich in einer gemeinsamen Anordnung in Rosettenform auf der Doppelseite vor S. 48. Als heraldisch-genealogische Blüte ist die Eidgenossenschaft somit durchaus gegenwärtig, hier finden sich kaum Unterschiede zu den Wappenfeldern, mit denen etwa die großen Neuerwerbungen wie Burgund, Niederlande und Spanien eingeführt werden. Daß mit der Schweiz etwas a n d e r s ist, wird erst mit dem unscheinbaren Kupferstich auf S. 39 merklich (Abb. 5). Auf ihm werden vor allem Zeitsymbole plaziert und untereinander in Beziehung gesetzt. Die älteste Ebene bezeichnen die antikisierenden Ruinen des alten Bischofssitzes «Windisch» im linken Vordergrund. Es folgt der Ort *Bruck* (Brugg), dann die Grablege Königsfelden, hinter dem sich das alte Schloß Habsburg erkennen läßt, zusammen mit einem Hinweis auf die Aare. Der Ursprung des Geschlechtes spiegelt sich somit in dem Begräbnis, und beide zusammen erhalten durch die römischen Ruinen eine imperiale Herkunft. Mit Hilfe der Trümmer läßt sich auch das Abgeschlossene und Entschwundene dieser Herrschaftsorte zeigen, ohne sie selbst beschädigt oder versunken darstellen zu müssen. Der ehemals habsburgische Aargau wird so zum Spiegel der Ursprünge der Dynastie, er hält sie ihr vor, ohne daß ein anderer Zugang als durch das Gedächtnis möglich wäre. Schon 1415 war Königsfelden an Bern gekommen. Aus der Schweiz wurde kein Erbland, aber als Gedächtnisort ist sie in Birkens *Ehrenspiegel* so präsent wie kaum ein anderer Reichsteil[26].

5. *Der Einbau der übrigen Erblande: die heraldische Technik*

Auf den Ein- und Anschluß der übrigen Erblande an das Haus Österreich möchte ich an dieser Stelle nur eingehen, um die innere Systematik des *Ehrenspiegels* als Instrument historiographisch vollzogener Einheit mit einem besonderen Aspekt abzuschließen[27].

[26] Bei Fugger-Birken wird durchaus deutlich, daß die langfristige Politik der habsburgischen Herzöge eine solche «Konstruktion Helvetien» als «Erbland» anstrebte.

[27] Neben der Heraldik wäre hier noch auf die zeremonielle Präsenz der Regionen zu verweisen, etwa bei der Beerdigung Kaiser Friedrichs III., vgl. *Ehrenspiegel*, S. 1077 f. Zur habsburgischen Heraldik äußern sich zusammenfassend K. VOCELKA - L. HELLER, *Die*

Das Verfahren der Integration im *Ehrenspiegel* wird im gesamten Werk – abgesehen von der Schweiz – nur wenig variiert. Die Territorien Österreichs in der vorhabsburgischen Zeit treten bereits als Vorstufen ihrer aktuellen Form auf. Es regieren sie noch fremde, sogar legitime Geschlechter, doch schon im habsburgischen Sinn. So werden denn auch die Erbfälle bzw. der Erwerb von Steiermark und Krain an die Babenberger historiographisch genauso dargestellt wie der Tirols an Habsburg[28]. Das gleiche gilt für Kärnten 1335, Böhmen 1438, Cilli 1457. Auch für die Sukzessionen in den Niederlanden 1477 und Spanien 1516 ist das Schema elastisch genug: Landesbeschreibung, Etymologie, Landesgeschichte, Gesamtgeneaologie aller Herrscherhäuser, schließlich die Wappen und Allianzwappen[29]. Kleinere Gebiete wie Freiburg oder Triest erfahren nicht so große Aufmerksamkeit, doch eine der erwähnten historiographischen Techniken findet mindestens auf sie Anwendung.

Man kann zwar nachweisen, daß Birken sprachlich bei der Bearbeitung seiner Vorlage neue Wege ging, bei den erwähnten historiographischen Memorialverfahren blieb er jedoch ein Erbe des 16. Jhs. Dies gilt in besonderem Maße für die Verwendung von Wappen. Mehr als 1000 von ihnen hatte bereits die Urfassung von Fugger-Jäger aufgeboten. 100 Jahre später nimmt Birken nur die allzu häufig vorkommenden Widerholungen von Wappen aus dieser Masse heraus.[30] Warum das so ist und bleibt, führt

Lebenswelt der Habsburger. Kultur- und Mentalitätsgeschichte einer Familie, Graz - Wien - Köln 1997, S. 153-160 sowie die Bibliographie, S. 342.

[28] *Ehrenspiegel*, S. 175 (*Steyr*) und S. 179 (*Krain*): «Die Craneir-Landstände wurden durch diese sieghafte dapferkeit Herz. Fridrichs bewogen / weil ihr Landesfürst / der letzte Markgrav von Crainburg / ohne Erben abgegangen ware / daß sie sich unter seinen Gehorsam begaben / und ihn zum Fürsten annahmen».

[29] Es liegt nahe, bei diesem Verfahren an die eingeführte Praxis rhetorischer *amplificatio* zu denken. Ihre ingeniöse Tendenz, so könnte man dies verkürzt andeuten, besteht darin, daß der Anhäufung historisch-moralisch-politischer-panegyrischer Prädikate im Falle der Habsburger auch auf eine Anhäufung von Städten, Ländern und Regionen hinausläuft. Die *amplificatio* ist sozusagen ein rhetorisches Prinzip, das in der *casa austriaca* in Politik umschlägt.

[30] J.R. Paas zeigt, daß Birken auch die gesamte illustrative Ausstattung des *Ehrenspiegels* eigenverantwortlich überwachte; vgl. J.R. PAAS, *Zusammenarbeit in der Herstellung illustrierter Werke im Barockzeitalter: Sigmund von Birken (1626-1681) und Nürnberger Künstler und Verleger*, in «Wolfenbütteler Barocknachrichten» XXIV, 1997, Deutscher Buchdruck im Barockzeitalter, Teil I, S. 217-239. Ausführender der Wappen war Peter Troschel, Fleischberger und Schurtz befaßten sich mit den vielen Habsbuger Porträts. Leider beschränkt Paas sich völlig auf die technische Herstellung und klammert alle Fragen nach einem übergeordneten, womöglich rhetorisch gesteuerten Zusammenhang der Illustrationen aus.

sofort zu der Frage nach den Gründen für die exorbitante Bedeutung der Heraldik bei der Gedächtnisstiftung. Da eigentliche Forschungen zum Gebrauch von Wappen in erzählenden Kon-Texten fehlen, kann ich hier nur erste Überlegungen anstellen, noch dazu eingeengt auf das Verhältnis Region-Dynastie im *Ehrenspiegel*.

In Innsbruck, wo Erzherzog Ferdinand II. (1529-1595) die Münchner-Exemplare der fuggerischen Urfassung zweimal abschreiben ließ, wirkte auch sein Hofhistoriograph, der Niederländer Gerard van Roo[31]. Es ist nicht unwahrscheinlich, daß van Roo oder sein Herausgeber Fugger-Jäger kannten und benutzten, beispielsweise beim Gebrauch von Wappen. Seinen *Annales* steht ein kolorierter Stammbaum voran, der bis zum Philipp den Schönen führt (1482-1506). Ihn begleitet eine gereimte Genealogie, welche auf die Ländererwerbungen anspielt und dabei jeweils die Landeswappen vorweist[32]. Für Kärnten und sein Wappen lautet der Vierzeiler so:

«Maximus ingenio, ingenii qui nomine gaudet,
Atque potens valido Marte Rudolphus erat.
Austriacas cumulavit opes, gentemque iugavit,
Quam medius rapido perluit amne Dravus».

Es handelt sich hier, der Dichtungstheorie der Epoche entsprechend, um ein ingeniöses Dictum, das sich in der Beschreibung von Verbindungen auslebt: Herzog Rudolf vereinte Genie mit dem Namen des Genies, was mehr ist als dessen bloßer Besitz, aber weniger als ihre Vereinigung mit der Kriegskunst, die dem Fürsten ebenfalls zu Gebote stand. Er steigerte Österreichs Macht und vereinte das Volk, durch dessen Mitte die Drau fließt. Gefeiert wird also die Kombinationsfähigkeit des Habsburgers, die vom Talent auf dessen Wirkung, von der Tapferkeit zum Reichtum, vom Volk auf sein Land übergreift. Wäre der Begriff damals eingeführt gewesen, so könnte man von einer Panegyrik der Kohäsion, der Synthesen sprechen.

Für ihren bildlichen Ausdruck kommt in der Regel das Wappen auf, das Synthesen in ungeahnter Dichte erlaubt. Wappen standen zunächst nur für Personen, dann für Familien, später auch für territorialen Besitz jeg-

[31] Vgl. I. FRIEDHUBER, *Der «Fuggerische Ehrenspiegel»*, S. 107.

[32] GERHARD VAN ROO, *Annales rerum belli domique ab Austriacis Habspurgicae gentis principibus a Rudolpho I, usque ad Carolum V. gestarum*, Innsbruck 1592. Der Titel zum genealogischen Wappensaal lautet: »Nomina et imagines insigniorum, in Arbore Austriaca compraehensorum; apposito unicuique Tetrastichio explicante sub quo Principe et quibus rationibus quaelibet Provincia, Dominium, Comitatus, Ducatus, Regnum huic inclytae Domui accesserit».

licher Art. Wappen lassen sich vererben, teilen-doppeln, kumulieren, plazieren, gewichten und an verschiedenen Orten in verschiedene Kontexte einbringen. Am wichtigsten ist wohl ihre Fähigkeit, genealogische und territoriale Informationen chronologisch aufzubauen; und, – zusammen mit dem Verweis auf die Sache gibt das heraldische Zeichen immer auch seine Memoria an. Wer das Wappen führte, der besaß die Sache also zusammen mit ihrer Geschichte, und mehr war zum Ausdruck des betreffenden Anspruchs auch nicht nötig[33]. Es versteht sich von selbst, daß der Ausbau des semiotischen Vorrats der Heraldik (gemeine Figuren, Standeszeichen, Devisen, etc.) seinerseits sowohl bildliche als auch sprachliche (metaphorische) Anknüpfungspunkte liefert, also Materie für (Gelegenheits-)Dichtung werden kann.

Aus Birkens Tagebüchern geht hervor, wie intensiv er sich im Zusammenhang mit seinen Auftragsarbeiten mit Genealogien beschäftigt hat: kein Ehrengedicht ohne Ahnenlob. Die Möglichkeiten der Heraldik müssen ihm also auch schon vor der Begegnung mit Fugger-Jäger bekannt gewesen sein. Im *Ehrenspiegel* können Wappen folglich in den verschiedensten Funktionen auftreten:

– als Geschichtlot, mit dem man die mythische Urzeit auslotet, so etwa auf S. 8, wo die Wappen des «Königreichs Troja» und die der «Iulier, Anicier, Perleoni und Frangepanier zu Rom» zu sehen sind. So wird ein Kontinuum von der reinen historischen Imagination bis zum realen Familienwappen hergestellt;

– als Familienwappen, die die Basis für Ursprungserklärungen abgeben (so S. 25 das Stammwappen der Habsburger);

– als Illustrationen zu Stammbäumen wie bei van Roo;

– als geschlossene Repräsentationen von Territorien, zusammen mit Sinnsprüchen und Devisen;

– als Wappenkarten großer Territorien, die damit historisch heterogen gemacht werden;

– als historische Synopsen bei großen Zäsuren, wobei die Wappen gleichsam als Abbreviaturen nochmals an die vorhergehend besprochenen historischen Akteure erinnern.

Während mit einem derartigen semiotischen System einerseits jede Familie und jedes Territorium bzw. Herrschaftseinheit (Städte, Klöster, etc.)

[33] Vgl. Anm. 27.

berührt werden kann, darf man sich von seiner Ordnungsleistung wiederum keine zu hohen Vorstellungen machen. Die Verwendung der Wappen folgt einerseits der Chronologie der Erzählung zusammen mit ihren Kausalverknüpfungen und andererseits einer immer erneuerten Ausrichtung auf die jeweiligen Vertreter des Hauses Österreich. Es wirken also stets mehrere Organisationsprinzipen nebeneinander: Zeit - Verursachung - Territorium - Dynastie. Kommt es zu Reibungen zwischen diesen Faktoren, so obsiegt im Zweifelsfall die Dynastie. Am Beispiel der Niederlande läßt sich das treffend darstellen, denn sie werden chronologisch zwar als Einheit thematisiert, dann aber vermittels der Stammreihen der alten Herrscherfamilien sofort aufgespalten und unmittelbar über die burgundische Heirat von 1477 an Österreich gebunden[34]. Es ist also die österreichische Geschlechterfolge, die den eigentlichen Zusammenhang der erzählten Geschichte abgibt, ja oft sogar rückwirkend als einigendes Band für die Territorien dient, wenn beispielsweise die Valois-Herzöge nur noch als Vermittler zwischen Österreich und den partikularen niederländischen Häusern auftreten.

6. *Regionalgeschichte und ihre überregionale Tendenz: Christalnick-Megiser und die «Annales Carinthiae» von 1612*

Eine im Vergleich zum *Ehrenspiegel* seitenverkehrte Perspektive bieten die Kärntner Annalen des Stuttgarter Protestanten Hieronymus Megiser (Stuttgart 1553 - Linz 1618), die dieser auf der Grundlage von Vorarbeiten des evangelischen Predigers Michael Gotthard Christalnick († 1595) herausgab[35]. Er ließ sie in Leipzig drucken, nachdem ihm als überzeugten Lutheraner die Lehrtätigkeit in Graz unmöglich gemacht worden war. Obwohl die äußerst umfangreichen *Annales* von ihm klar unterschiedene historiographische Prinzipien verfolgen, dienen einzelne Verfahren dem *Ehrenspiegel* auch als Vorbild. Die Übereinstimmung beginnt bei der Gestaltung der Folioseiten und setzt sich in vielen inhaltlichen Entlehnungen

[34] Vgl. *Ehrenspiegel*, S. 859-874.

[35] Den besten Abriß zu Megisers Leben und Werk bietet immer noch M. DOBLINGER, *Hieronymus Megisers Leben und Werke*, in «Mitteilungen des Instituts für österreichische Geschichtsforschung», XXVI, 1905, S. 432-478, hier findet sich S. 477 ff. auch ein Druckverzeichnis. Die Abhängigkeit Megisers von Christalnick wurde erstmals nachgewiesen von K. GROSSMANN, *Megiser, Christalnick und die Annales Carinthiae*, in «Mitteilungen des Instituts für österreichische Geschichtsforschung», LVII, 1949, S. 359-373 und dann ausführlich untersucht bei W. NEUMANN, *Michael Gotthard Christalnick, Kärntens Beitrag zur Geschichtsschreibung des Humanismus* (Kärntner Museumsschriften, 13), Klagenfurt 1956.

fort, vor allem bei der Chorographie. Überdies ist der *Oesterreichische Geschicht-Calender*, der den *Ehrenspiegel* abschließt, nichts anderes als eine oberflächliche Bearbeitung von Megisers eigenem Habsburg-Kalendarium[36]. Zwar war Megiser auch Hofhistoriograph Herzog Karls II. (1564-1590) von Innerösterreich, aber die Widmung seines Werkes bevorzugt den Landesfürsten nicht vor dem Land[37].

Als eine Art regionaler Universalchronik erstrecken sich die *Annales Carinthiae* von der Schöpfung bis in die Gegenwart, d.h. bis zur konfliktreichen Erbhuldigung von 1596. Die vorhabsburgische Geschichte erfährt durch Christalnick/Megiser freilich eine außerordentliche Aufwertung.

Von 1796 Seiten Gesamtumfang sind allein 955 Seiten, acht von zwölf Büchern, dieser Vorzeit gewidmet. In der habsburgischen Epoche nimmt die Breite der Erzählung zwar zu, aber die Inhalte werden vom Land und seinen Strukturen, nicht von der Dynastie vorgegeben. Ein kurzer Überblick über Buch IX, «Wie Khärndten an das Haus Habspurg und Oesterreich kommen», mag das verdeutlichen.

Megiser schreibt kleinteilig und bringt es bei etwa 150 Seiten dieses Abschnittes auf über 50 Kapitel, die ein klares Erzählsystem ergeben, die wiederum wenig mehr tun, als die von seinem Vorgänger Christalnick verwendeten Quellenschichten sukzessiv wiederzugeben[38]. Der Wechsel der Herzöge bietet nur den äußeren Rahmen, in ihm geht es um Kärntner Belange in genau festgelegter Folge: Veränderungen bei den für Kärnten wichtigen Bischöfen von Bamberg bzw. Patriarchen von Aquilea, das Kloster in Ossiach, neue Landeshauptleute und ihre Taten, Ereignisse in den großen Städten, schließlich Adelsfehden und seit Beginn des 15. Jahrhunderts die osmanischen Raubzüge. In diese Abfolge sind universalhistorische Schneisen gelegt, etwa über Kaiser Karl IV. in Prag.

Kärntens historische Entwicklung ist die seiner ständischen Bestandteile. Bischöfe und Klöster stehen für die Geistlichkeit, der Adel zeigt sich mit

[36] HIERONYMUS MEGISER, *Diarium Austriacum, seu Kalendarium historicum Serinissimae Domus Austriacae et Habsburgiae*, Augsburg 1614, 134 S.

[37] HIERONYMUS MEGISER, *Annales Carinthiae*, Leipzig 1612, unpag. Vorrede: «Den Hochwürdigsten Fürsten / auch Hoch = und Ehrwürdigen / Wolgeborenen / Edlen / Gestrengen / Vesten und Ehrnvesten / Fursichtigen / Ersamen und Weisen Herrn / Herrn N. allgemeiner Landschafft des Ertzherzogsthumbs Khärndten: Meinen Gnädigsten / Gnädigen / Geb: Günstigen Herrn».

[38] Vgl. M. DOBLINGER, *Megiser*, S. 362 f., dort eine Quellenübersicht.

den Landeshauptleuten, und die Städte erlauben immerhin einige wirtschaftsgeschichtliche Bemerkungen; von den Bauern ist kaum die Rede. Dies gilt bis auf eine Ausnahme, die sogenannte «Kärntnische Huldigung». Christalnick-Megiser schildern diese einmalige Fürsteninvestition durch einen slowenischen Bauern sehr breit, und in der gleichen Ausführlichkeit, mit passender Abbildung, wird dieser individuelle kärntnerische Zug auch noch in Birkens *Ehrenspiegel* überliefert (S. 310)[39].

Obwohl Megiser bewußt kärntnerische Geschichte schreibt, nimmt er die Außenbezüge des Territoriums kirchenpolitisch, innerhabsburgisch und auf der gesamteuropäischen Ebene sehr deutlich wahr. Seine mikroskopische regionale Erzählweise unterbricht er regelmäßig mit weiträumigen Skizzen von Kärntens Umfeld. Kärnten hat auch ohne diese Dynastie Weltbezüge. Die Habsburger als Gesamthaus sind zwar sichtbar, aber sie dominieren das Geschehen im Land nicht. Ihr schwaches Profil verstärkt sich erst im letzten, zeithistorischen Buch, in dem der Historiker bei Erzherzog Karl erstmals Techniken der Herrscherbiographie gebraucht. Bei den Religionsverhandlungen streicht er die Stände und ihre Verhandlungsposition, durch seitenlange Protokollzitate, zwar heraus, aber es entscheidet dann doch letztlich der Landesherr.

Es erscheint darum als zwangsläufig, daß Christalnick-Megisers *Annales Carinthiae* um 1600 abbrechen. Zusammen mit der siegreichen Gegenreformation ändert sich auch das Gewicht der Landstände, d.h., Megiser hätte mit seiner landesbezogenen historiographischen Technik nicht mehr weiterschreiben können. Das Land trat nun hinter dem Fürsten zurück und konsequenterweise wandelte sich auch der Typ regionaler Historiographie zur Abfolge von Herrscherporträts[40]. Megiser hat diesen Übergang teilweise noch selbst vollzogen, indem er illustrierte Vitenbücher veröffentlichte[41]. Für Kärnten hielt er allerdings an seiner «veralteten» Konzeption fest, wie die verspätete Veröffentlichung der Annalen und

[39] Vgl. U. STEINMANN, *Die älteste Zeremonie der Herzogseinsetzung und ihre Umgestaltung durch die Habsburger*, in «Carinthia I. Zeitschrift für geschichtliche Landeskunde von Kärnten», CLVII, 1967, S. 469-497.

[40] Als eindeutiges Beispiel mag gelten: P. SCHEZ, S.J., *Historia ducum Styriae. In tres partes divisa*, Graz 1728. Hier wird jeweils ein Herzog behandelt, d.h. 22 Herzöge bis Kaiser Jospeh I. Jeder Herzog wird mit einem ganzseitigen Stichporträt eingeführt. Kirchen- und Fürstengeschichte dominieren. Das «Land» kann höchstens noch als Topographie erscheinen, wie bei JOHANN WEIKART FR. VON VALVASOR 1688; vgl. A. LHOTSKY, *Österreichische Historiographie*, S. 101-113.

[41] HIERONYMUS MEGISER, *Icones Vitae Paparum*, Frankfurt a.M. 1602.

ihre Weiterfinanzierung durch die Stände noch im sächsischen Exil des Bearbeiters deutlich zeigt[42].

Für Megiser läßt sich das Verhältnis von Landes- zu Dynastiegeschichte, verglichen mit Birkens *Ehrenspiegel* gleichsam umkehren. Geschichte, d.h. dominierende Epoche Kärntens ist in den *Annales* die Landesgeschichte, dagegen wird die Vorherrschaft der Dynastie zur nicht mehr geschriebenen Nachgeschichte[43]. Sie zu schreiben hätte eine Abkehr vom bewährten chronikalen Muster bedeutet, ja in gewisser Weise, wie sich bei dem selben Autor ablesen läßt, eine Art Verzicht auf Schreiben und den Übergang zu allegorischen oder panegyrischen Darstellungsformen (Kalender, Porträtreihen)[44].

7. *Schlußbemerkung*

Megisers abbrechende Tradition freilich, die, das soll hier betont sein, teilweise selbst universalistische Züge trug, konnte in vielen Teilen in die enzyklopädische Darstellungsform des *Ehrenspiegels* übernommen werden. In ihm repräsentiert sie nach wie vor das Land Kärnten und seine Außenbezüge. Das heißt, die Geschichten der Erblande, so wie sie in dem größeren Werk magaziniert werden, bilden die Region ab. Man könnte gleichsam von einem individuellen historiographischen Abdruck sprechen, den sie hinterlassen dürfen.

Daß die habsburgischen Länder im *Ehrenspiegel* als eigene und unverwechselbare historische Größen eingegangen sind, beruht also weitgehend auf der Verwendung von Werken vom Zuschnitt der *Annales Carinthiae*. Der Preis für diese Integration bestand freilich in der Festle-

[42] Er veröffentlichte sein Werk zusammen mit der *Landshandvest des löblichen Erztherzogthumbs Khärndten.*

[43] K. VOCELKA - L. HELLER, *Habsburger*, S. 132: «Grundsätzlich besteht seit dem späten Mittelalter in der österreichischen Landesgeschichtsschreibung eine Spannung zwischen der Weigerung, die Geschichte der Habsburger mit der Geschichte Österreichs zu identifizieren, und der Idee, die Habsburger seien von der Vorsehung bestimmt, Österreich zu beherrschen». Diese zutreffende Aussage sollte noch beim Begriff 'Österreich' verändert werden, d.h., statt dieses in seinen anachronistischen Wirkungen schwer beherrschbaren Begriffs sollte man an Erb- oder Länder unter habsburgischer Herrschaft denken.

[44] Es handelt sich sozusagen um den Übergang zu einer unpolitischen Geschichtsschreibung, die sich den Varianten der höfischen Panegyrik annähert. Birkens Arbeitsgeschichte am *Ehrenspiegel* ist der beste Beweis dafür, welche Probleme die Wiener Zentrale damit hatte, klar definierte historiographische Aufträge zu vergeben und für sie gar noch Autoren zu finden.

gung fortwährender Identität der Region auf den Moment des Übergangs an Habsburg. Die historische Zukunft verlegte der *Ehrenspiegel* in die Dynastie, ohne freilich, und das sollte deutlich werden, dabei deren regionalen Wurzeln zu unterschlagen. Jeder Landesteil durfte und mußte dem Haus Habsburg Ahnen zuliefern.

Für die Einzelterritorien hat dieses universale kompilatorische Verfahren Vor- und Nachteile. Als Hauptvorteil erscheint die komplexe Auffassung einer Region als unverwechselbares und dauerhaftes historisches «Subjekt»; und zwar immer dann, wenn sie in den Kreis der habsburgischen Länder tritt. Als Hauptnachteil muß man den Umstand werten, daß Birkens Werk die Geschichte der Erbländer mit diesem Zeitpunkt auch immer abbrechen läßt. Im Rahmen des Erbfalls oder der Eroberung hatte das Land eine eigene Geschichte, danach tritt es sie an die Dynastie ab. Vom Einzelterritorium führt im *Ehrenspiegel* kein Weg zur Geschichte des Gesamtterritoriums, – hier werden die universalen Bezüge der Vorgängerhistoriographie ausgeschieden. Regionalgeschichte, das klingt paradox und läßt Birkens Adaptation aber doch viel mehr sein als bloße Herrschergeschichte, ist einzig und allein als Vorgeschichte möglich, – dort allerdings in erstaunlicher Breite und Tiefe. Birken, dies sei zum Abschluß bemerkt, ist keineswegs der einzige Vertreter dieser enzyklopädisch-kompilatorischen Gattung. Kaum fünf Jahre nach dem Nürnberger Fürstenspiegel erschien der *Fürsten = Spiegel / oder Monarchia Deß Hochlöblichen Ertz = Hauses Oesterreich* des Prager Syndikus' Johann Jacob von Weingarten[45]. Dieser Autor, der Titel beweist es, geht einen ähnlichen

[45] Johann Jacob von Weingarten, *Fürsten = Spiegel / Oder Monarchia Deß Hochlöblichen Ertz = Hauses Oesterreich. Worinnen Im Ersten Theil Nit allein alle Römische Kayser und Könige von Rudolpho I. sondern auch alle Hertzog = Ertz Hertzog = und Graffen auß dem Hochlöblichen Ertzhauß Oesterreich / so viel deren bießhero von denen Historicis vorgebracht worden / bieß auf die jetzt Glorwürdig Regierende Maytt: Leopoldum I. Was vor Röm:Päbste in ein = und anderer Herrschung gefolget/ Alle Böhmische/polnische = und Hungarische respective Hertzog = und Könige/ Türckische Kayser / unterschiedliche Hertzoglich / Fürstlich / Grafflich / Freyherrlich / und andere Hoch = und Adeliche Häuser, Unterschiedliche Extracten auß mannig = fältigen Chronicis und merckwürdigen Antiquitäten; Alle deß Hochlöbl: Ertz = Hauses / Erb = Königreiche / und andere Lande = Im Andern Theil Alle An Ihro Kayserlichen Majestät Leopoldo Per Metamorphosim lebhafft gemachte Hertzog/ErtzHertzog / und Röm:Kayser aus dem Hochlöbl: Ertz = Haus Oesterreich / Wie auch Alle aus diesem Hochlöbl: ErtzHauß Roemischbe Kayserin / Hertzog = und Hertzoginne / und wie diese vermählet worden; von denenn die Posterität bieß auff diese zeit annoch lebet / mit Nahmen benennet; Wie ingleichen alle Römischen Kayser / von Julio Caesare an / biß auff hochermeldeten Kayser Rudolphum I. mit Ihren Geschichten compensiose eingeführet / und von vielfältigen alt = und neu approbirten Scribenten / mit einem außführlichen Register auß = und zusammen gezogen / Durch Johann Jacob von Weingarten. Gedruckt in der Königl. Residentz Kleinern Stadt Prag / bey Johann Arnolten von*

Weg wie sein Landsmann Birken, doch er geht ihn vom alten Königreich Böhmen aus[46]. Es müssen nicht die Erbländer sein: Viele Wege führen also nach Wien, und ihre Ausgangspunkte bleiben bestehen.

Dobroslawina. Im Jahr Christi M.DC.LXXIII (gewidmet Ignatius Carl Graf von Sternberg). A. Coreth, *Österreichische Geschichtsschreibung im Barock*, S. 53, Anm. 88, weist besonders auf das Titelkupfer hin, in dem Kaiser Leopold I. sich im Spiegel betrachte, dieses Frontispiz ist allerdings in dem benutzten Exemplar der Herzog August Bibliothek (176. 13 Hi 2°) nicht zu finden.

46 Es mag zum Abschluß ein Abriß des Inhalts nach den Kapitelüberschriften genügen, um diese Übereinstimmung aufzuzeigen; die Klammern stammen vom Autor: «Kayser Rudolphi I. Geschichte Stamm = rechnung der H.H. Graffen von Habspurg Oesterreichischer Stammbaum / (Habsburgische Familie) Kurtzer Begriff der Geschicht des Königreichs Bohmen (Rückgriff ins 8. Jh.) / Stammreih der Hertzog = und Könige in Böhmen von Wratislao II. Ersten König in Böhmen biß auf Kayserl: Maytt: Leopoldum I / (böhmisch-habsburgische Kontinuität) / Königs Wenceslai Primislai Ottocari Lusci Herrschung (die Premysliden) / Caroli IV. rühmliche Geschicht / Kaysers Sigismundi Herrschaft / Sachsische Geschicht Kaysers Alberti II. Geschicht / Hungarische Geschicht (ab 1000 n. Chr.) / Vorstellung etwelcher Böhmischen Geschlechter / Kaysers Frederici IV. Geschicht / Oesterreichische Geschicht (wieder ab Antike) / Von einig = Oesterr: und des Röm: Reich Geschlechtern / Von Marggraffthumb Mähren / Von Kaysers Maximiliani I. Herrschung / Spannische Geschicht (kurze Landesbeschreibung nach Sabuco, Bonfini, *Ehrenspiegel*, Philipp Clüver, etc. ab den Gotenkönigen) / Von Königen aus Franckreich / Kayser Carls des V. Herrschafft / Niederländische Geschichte (nur ab 1520) / Siebenbürgische Geschichte (ab 1560) / von der Löbl: Appellations Cammer ob den Königl: Prager Schloß / Kaysers Ferdinandi I. Regierung / Kaysers Maximiliani II. Herrschung / Böhmen wohlgedeuliche Regierung Kaysers Matthiae / Herrschaft Kaysers Ferdinandi II. / Sieghaffte Regierung Kaysers Ferdinandi III. / Regierung. Register des ersten Theils Anderer Theil: Von Kayserl: Maytt: Leopoldo I. (Panegyrik nach Tugenden, – hier wird schon Gualdo Priorato genutzt) / Von Heydnisch = Röm: Kaysern / oder: Von Röm: Kaysern Constantino Magno biß Kayser Rudolphum I. Habspurgicum / Von Römisch Christlichen Kaysern. / Von Kayser Rudolpho biß K. Leopoldum I.».



ANNO 1263.

renbild oder Statuam in ihrer Stadt auf- richten / nämlich / die gekrönte Bildnuß eines Ritters zu Pferd / mit gezucktem Schwerd / aus Stein gehauen / samt einer Unterschrifft / wie solches in nachfolgender Figur zusehen ist.

Rudolphi Ehrenseule zu Straßburg.

Nil juvat Heroem, si stet de marmore totus:
Marmora non memorant disperitura viros.
Conditor *Austriacæ Gentis*, *statuam* ipse, *Rodulphus*,
æternam, sibimet *Pegasus*, *hanc* statuit.

Diß hält nicht des Helden Ruhm / wann er steht in Stein gehauen:
Marmor kan die zeit zermalmen / Steine stehen ewig nicht.
Rudolf eine Ehrenseule ihm hat selber zugericht:
weil sein ewigs Gistenhaus seine Tugend noch lässt schauen.

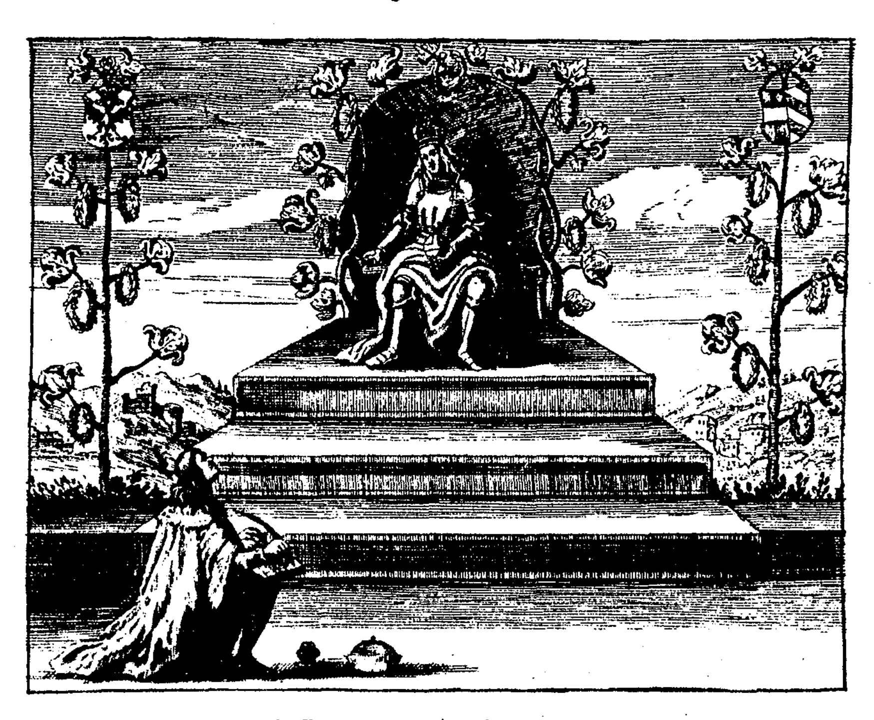
In diesem stuck haben der löbliche Raht und Bürgerschafft zu Straßburg den Römern nachgeahmet / welche ihren wolverdienten Kriegsfürsten dergleichen Statuas Equestres oder Ritterseulen offentlich zu widmen pflegten: wovon beym Lazio und Rosino zulesen ist. Sie haben aber auch dadurch / indem sie unsern Rudolphum auf Römisch geehret / unwissend gleichsam ein Vorzeichen aufgestellet / daß die Römi- sche

Laz. de Republ. Rom.

Abb. 1. Römisches Denkmal für Kaiser Rudolf in Straßburg, in *Ehrenspiegel*, S. 63.

K. Maximilians/Hiſtorien-Dictatur.

Maximus, in Gallos armaverat agmina *Ductor*,
Majorum factis æmulus, *Æmilius*;
Factorum ipſe ſuam doctus *Dictator* adornat
Hiſtoriam: *Cæſar Julius* alter erat.



Der Gallien beſiegt/Held MAXIMILIAN;
der ſeine Thaten auch uns ſelbſt beſchreiben kan:
Soll andrer Julius/ein zweyter Cæſar heiſen.
So/kan Germanien uns Römer-Keyſer weiſen.

Abb. 2. *K. Maximilians Historien - Dictatur*, in *Ehrenspiegel*, S. 63.

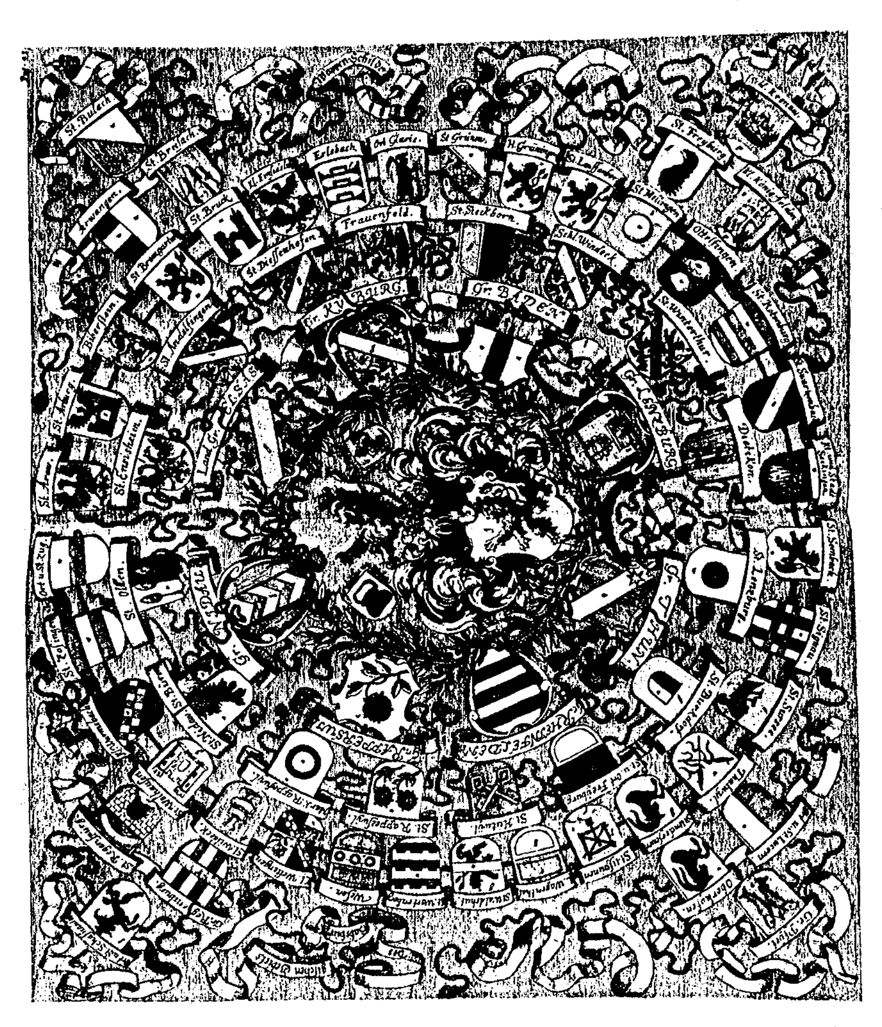
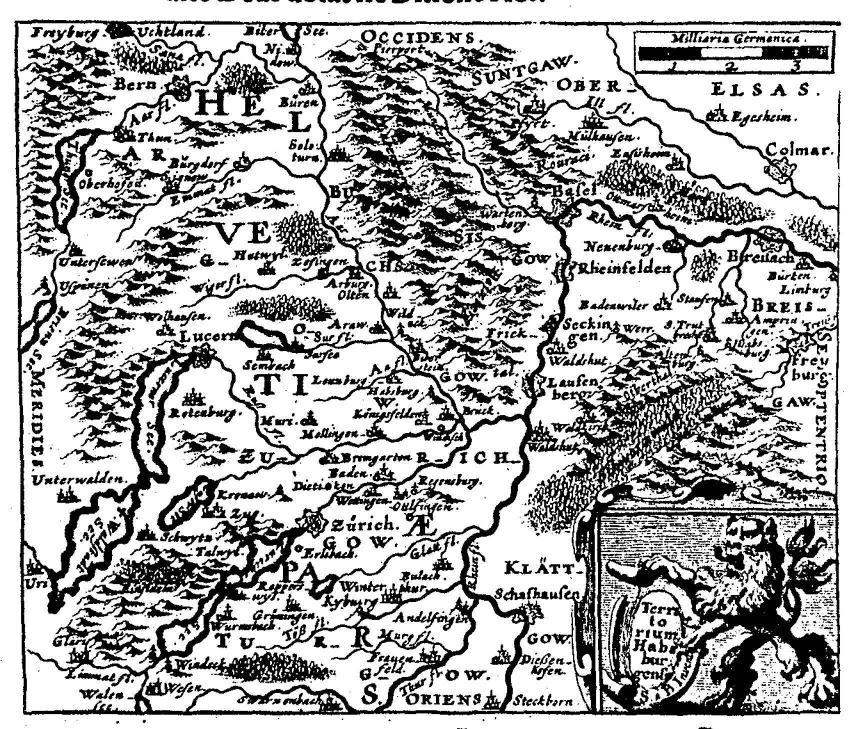


Abb. 3. Gedächtnisblatt für die Schlacht bei Sempach 1386, in *Ehrenspiegel,* S. 48 f.

Habsburgischen Land-Tafel.

Habsburgum, certo quàm felix omine Nomen!
audit *habens Castrum:* tanta *habuisse* vides.
Plus *habitura*, Austri, Domus hæc migravit, ad oras.
dite Deus dotat sic Ditione Pios.



Wie glücklich ward genennt/das Habsburg/von dem Haben!
schau dessen grosse Haab/auf einem kleinen Blat.
Vom Ostland/dieses Haus itzt weit ein mehrers hat.
So kan/die Gottes-Lieb/der gute GOtt begaben.

Abb. 4. S. VON BIRKEN, *Territorium Habsburgense*, Habsburgische Land-Tafel, in *Ehrenspiegel*, S. 36.

Gelände der Stadt Windisch.

Vindonissa Fuit: sed clarent rudera fœtu,
Heroas mundo quæ peperisse queunt.
Augustos Augusta tulit, post funera mater.
Vindonissa viret, germine *Vindobonâ*.



Zwar Windisch ligt verstört: doch ehrt die Welt ihr Grab/
die / Mutter ward im Tod/ ein Heldenhaus gebahre.
die edle Keyser Stadt/ dem Reich viel Keyser gab.
Wien/ ist das Teutsche Rom/ das vormals Windisch ware.

Abb. 5. Die Urheimat der Habsburger, in *Ehrenspiegel*, S. 39.

Ökonomie und Österreichbewußtsein. Zur Rolle der Kameralisten des 17. Jahrhunderts

von *Hans Heiss*

I.

Obwohl bereits oft und unter vielfachen Aspekten behandelt, weckt der interdisziplinäre, über die ökonomische Sphäre ausgreifende Themenstrang «Merkantilismus» immer wieder neues Interesse[1]. Dies liegt an seiner grundsätzlichen und epochenübergreifenden Problemstellung, die das Spannungsfeld «Staat» und «Ökonomie» zentral berührt. Merkantilistische Theorie und Wirtschaftspolitik setzten sich seit dem 16. Jahrhundert erstmals eindringlich mit jenen Zusammenhängen und Problemfeldern auseinander, die aus der krisenhaften und zeitgleichen Entstehung von Flächenstaaten und territorial übergreifenden Volkswirtschaften hervorbrachen. In welchem Verhältnis sich Staat und Wirtschaft zueinander verhalten sollten, ja wie sie denn überhaupt zu denken seien, war jene Kernfrage, vor der merkantilistische Denker und wirtschaftspolitische Akteure in allen Staaten und Regionen Europas seit dem 16. Jahrhundert zunehmend standen[2]. Volkswirtschaftlich ging es dabei um nichts weniger als um die Transformation vorwiegend naturalwirtschaftlicher und subsistenzorientierter, erst in geringem Umfang von monetären Impulsen ge-

[1] Der nationalökonomische und historische Diskurs setzt sich immer wieder – in deutlicher Abgrenzung, aber auch mit Offenheit für seine vielfältigen Positionen – mit «dem Merkantilismus» auseinander. Grundlegend bereits G. SCHMOLLER, *Das Merkantilsystem in seiner historischen Bedeutung. Städtische, territoriale und staatliche Wirtschaftspolitik*, Leipzig 1879; sodann J.A. SCHUMPETER, *Geschichte der ökonomischen Analyse*, 2 Bde., Göttingen 1965 und E. HECKSCHER, *Der Merkantilismus*, 2 Bde., Jena 1932. Vgl. in jüngerer Zeit F. BLAICH, *Die Epoche des Merkantilismus*, Wiesbaden 1973 und F. BLAICH, *Merkantilismus*, in *Handwörterbuch der Wirtschaftswissenschaft*, Stuttgart - New York - Tübingen 1988, 5, S. 240-251. Vgl. auch L. BAUER - H. MATIS, *Geburt der Neuzeit*, München 1988, S. 249-297, sowie K. PRIBRAM, *Geschichte des ökonomischen Denkens*, 2 Bde., Frankfurt a.M. 1992, 1, S. 99-108.

[2] Hierauf zielt etwa die klassische Formulierung von Schmoller, wonach der Merkantilismus «in seinem innersten Kern Staats- und Volkswirtschaftsbildung zugleich» sei, vgl. G. SCHMOLLER, *Merkantilsystem*, S. 37.

leiteter Produktions- und Distributionsverhältnisse in flächenhafte, weiträumige Territorien umfassende Ökonomien. Kapitalistisches Wirtschaften löste sich seit dem 16. Jahrhundert von seinem bislang vorwiegend auf die Stadt und den innerstädtischen Austausch bezogenen Handlungsraum, griff in territoriale Dimensionen aus und suchte gleichzeitig die koloniale Expansion.

Dies hatte erhebliche Konsequenzen für die anlaufenden Staatsbildungsprozesse Europas: In noch ungefestigten staatlichen Organisationen, in denen dynastische, ständische und feudale Herrschaftsformen in personenzentrierter Machtausübung den neuen Postulaten institutioneller Verfestigung und bürokratisch-rationaler Herrschaft entgegenstanden, schien der wirtschaftlichen Dynamik und ihrer Nutzung ein neuer, zentraler Part zuzuwachsen. Eine Stärkung der Wirtschaftskräfte sorgte für wachsende Kohäsion von Territorien, sie erschloß dem Finanzbedarf von Regenten und Staaten neue Einkünfte und führte sie dadurch aus dauernden Engpässen heraus, zugleich konnte die Entstehung neuer, einkommensstarker Steuersubjekte aus dem Bereich von Gewerbe und Handel die Abhängigkeit der Herrscher von Adel und Ständen lockern. Eine gestärkte Volkswirtschaft konnte schließlich als außenpolitischer Machtfaktor erhebliche Zugkraft entfalten, die Interdependenz zwischen Staaten und Regionen entscheidend fördern und die machtstaatliche Expansion über die jeweiligen Kernterritorien hinaus in koloniale Dimensionen überführen. Die synchrone Verfestigung von Staatlichkeit und Formierung territorialer Ökonomien griff schließlich naturgemäß auch in soziale Beziehungen auf den Ebenen von Herrschaft und Vergesellschaftung ein[3]. Trotz langfristigen Fortwirkens «alter» Leitwerte sozialer und herrschaftlicher Beziehungen, die sich mit den Formeln von Sitte und Tradition, öffentlichem Dienst und häuslicher Bindung, persönlichen Treueverhältnissen und religiöser Bindung umschreiben lassen, erforderten die neuen Rahmenbedingungen flächenstaatlicher und volkswirtschaftlicher Ausweitung eine neue Konformität der Individuen und sozialen Gruppen in einem anderen Regelsystem.

Die Protagonisten merkantilistischer Theorie und Wirtschaftspraxis agierten in Europa von Territorium zu Territorium stark unterschiedlich, in der abwägenden Formulierung des österreichischen Historikers Srbik «je nach den Bedürfnissen und dem materiellen Zustande des Landes, nach der Individualität der leitenden Persönlichkeiten, nach zahlreichen poli-

[3] K. POLANYI, *Ökonomie und Gesellschaft*, Frankfurt a.M. 1979, S. 137.

tischen und ökonomischen Momenten»[4]. Die konträren Prinzipien Handelsfreiheit, Protektion und nationale Autarkie wurden in England, Frankreich und Zentraleuropa ebenso realisiert wie die Bildung bzw. die Bekämpfung von Monopolen, wirtschaftliche Innovationen wurden gefördert, aber auch Innovationsverbote erlassen[5]. In letzter Hinsicht dienten die differenzierten Strategien jedoch immer einem übergeordneten Ziel: der Formierung und Machtkonzentration von Staaten im Sinne territorialer Arrondierung, Machtsteigerung ihrer Regenten und Zentralisierung von Herrschaft. Weniger beachtet blieb bisher, daß der merkantilistische Diskurs auch in erheblichem Maß nationale Stereotypen hervortrieb[6]. Der Rekurs auf die je eigenen Wirtschaftsformen, -kreisläufe, Produkte und Konsumptionsweisen der entstehenden Flächenstaaten, ihrer Regionen und Individuen förderte unter den Akteuren von Politik und Wirtschaft die verstärkte, oft emphatische Abgrenzung und Exklusion nationaler Konkurrenten. In diesem Zusammenhang vertieften sich bereits bestehende Heterostereotypen wie der Topos der gewerbsfleißigen, mittelständisch-genügsamen «Deutschen», der luxurierenden, modischem Raffinement ergebenen «Franzosen» und der wenig produktiven, im Handelsstand jedoch unübertroffenen, über die eigenen Möglichkeiten hinaus konsumierenden «Italiener». Als einprägsames Beispiel markanter Stereotypierung sei hier nur ein Johann Joachim Becher zugeschriebener Spruch anläßlich des Einfuhrverbots französischer Waren aus den Jahren um 1670 wiedergegeben:

«Die Spanisch Chocolade,
Frantzösische Favor,
Die Welsche Limonade,
Der Schweitzerische Flor,
Holländische Specereyen,
Uns Deutschen nicht gedeyen,
Drum brauch, Du deutsches Blut,
Doch nur Dein eigen Gut»[7].

[4] H.R. VON SRBIK, *Der staatliche Exporthandel Österreichs von Leopold I. bis Maria Theresia. Untersuchungen zur Wirtschaftsgeschichte Österreichs im Zeitalter des Merkantilismus*, Wien - Leipzig 1907, S. XXIII.

[5] Hierzu J.A. SCHUMPETER, *Konjunkturzyklen. Eine theoretische, historische und statistische Analyse des kapitalistischen Prozesses*, 2 Bde., Göttingen 1961 (1939[1]), vor allem 1, S. 245.

[6] Zusammenfassend W. SCHULZE, *Die Entstehung des nationalen Vorurteils. Zur Kultur der Wahrnehmung in der europäischen Frühen Neuzeit*, in «Geschichte in Wissenschaft und Unterricht», 46, 1995, 11, S. 642-665.

[7] Zit. nach F. BLAICH, *Die Wirtschaftspolitik des Reichstags im Heiligen Römischen Reich. Ein Beitrag zur Problemgeschichte wirtschaftlichen Gestaltens* (Schriften zum Vergleich von Wirtschaftsordnungen, 16), Stuttgart 1970, S. 124.

Aber auch innerhalb des Selbstverständnisses von Nationen wirkten ökonomische Handlungsformen konstitutiv, so etwa im Falle der Englands, wo der «politischen Idee des Handels» große Bedeutung für die Selbsteinschätzung und das Zusammengehörigkeitsgefühl der «trading nation» zukam[8].

Unter diesen Gesichtspunkten ökonomisch forcierter Ausprägung nationaler Stereotypen in der zweiten Hälfte des 17. Jahrhunderts ist danach zu fragen, ob die etwa von Reinhard Stauber vorgeschlagene Periodisierung von Schüben nationalen Bewußtseins um 1500 und um 1800 nicht um differenzierte Zwischenetappen ergänzt werden sollte[9].

Der vorliegende Beitrag befaßt sich mit den «österreichischen» Kameralisten Becher, Schröder und Hörnigk. Der Begriff «Kameralismus» hat sich zur Kennzeichnung der zentraleuropäischen Variante merkantilistischer Konzeption und Praxis eingebürgert, um jene Tendenz von Wirtschaftstheorie und -politik zu charakterisieren, die auf umfassender Steuerung der Staatswirtschaft mit besonderer Berücksichtigung von Verwaltung, Justiz und Finanzverwaltung beruht. Obwohl der Kameralismus in Österreich erst im späten 18. Jahrhundert unter seinen Vertretern Johann Heinrich Gottlob von Justi und Joseph von Sonnenfels zu voller Ausformung gelangte, blieb die Pionierfunktion von Becher, Schröder und Hörnigk unbestritten[10].

8 Vgl. E. SCHULIN, *Handelsstaat England. Das politische Interesse der Nation am Außenhandel vom 16. bis ins frühe 18. Jahrhundert* (Veröffentlichungen des Instituts für Europäische Geschichte Mainz, Abt. Universalgeschichte, 52), Wiesbaden 1969.

9 Vgl. R. STAUBER, *Nationalismus vor dem Nationalismus? Eine Bestandsaufnahme der Forschung zu «Nation» und «Nationalismus» in der Frühen Neuzeit*, in «Geschichte in Wissenschaft und Unterricht», 47, 1996, 3, S. 139-165, vor allem S. 142-148.

10 Vgl. L. SOMMER, *Die österreichischen Kameralisten in dogmengeschichtlicher Darstellung*, Aalen 1967 (Neudruck der Ausgabe Wien 1920-1925) sowie letzthin mit ausführlichen Literaturangaben G. KLINGENSTEIN, *Between mercantilism and physiocracy. Stages, modes and functions of economic theory in the Habsburg Monarchy, 1748-1763*, in C.W. INGRAO (ed), *State and society in early modern Austria*, West Lafayette (Indiana) 1994, S. 181-214. Im deutschen und englischen Sprachraum kaum je zur Kenntnis genommen wurde die grundlegende Studie von P. SCHIERA, *Dall'arte di governo alle scienze dello Stato. Il Cameralismo e l'assolutismo tedesco*, Milano 1968. Bemerkenswert auch T. FANFANI, *Problemi teorici e aspetti economici del mercantilismo in Austria nel XVIII secolo*, in C. MOZZARELLI - G. OLMI (edd), *Il Trentino nel Settecento fra Sacro Romano Impero e antichi stati italiani* (Annali dell'Istituto storico italo-germanico in Trento, Quaderno 17), Trento 1985, S. 85-107. Das konstante Interesse am österreichischen Merkantilismus in der italienischen Wirtschaftsgeschichte belegt auch die neue Studie von A. LEONARDI, *Un «economista» italiano al servizio dell'Imperatrice Maria Teresa. L'opera di Antonio Pellegrini: Os-*

Nach einer Kurzpräsentation zeitgenössischer Wirtschaftstheorie und der Situation der österreichischen Erbländer und «Neoacquisita» – der neu hinzugewonnenen Territorien – ausgangs des 17. Jahrhunderts werden ihre theoretischen Schwerpunkte und die praktischen Konsequenzen ihrer Konzeption vorgestellt. Von besonderer Bedeutung ist ihre langfristige Nachwirkung in der österreichischen Wirtschaftspolitik und das kontinuierliche historiographische Interesse an Becher, Schröder und Hörnigk. Nach dem Scheitern der Monarchie wurden ihnen wiederholt in wichtigen, unterschiedlich angelegten Forschungsarbeiten zentrale Positionen als Vordenker eines «Wirtschaftsraums Österreich» zuerkannt.

II.

Vor allem seit Ausgang des Dreißigjährigen Krieges schob sich in Europa die bereits erwähnte Grundströmung theoretisch fundierter Wirtschaftspolitik in den Vordergrund, die mit dem vagen Begriff des «Merkantilismus» nur unzureichend etikettiert ist. Ihre vielfältigen Wirtschaftslehren erreichten niemals den Rang eines kompakten Theoriegebäudes, sondern artikulierten sich in einer unübersehbaren Vielfalt unterschiedlicher Konzeptionen, praktischer Rezepte und Empfehlungen, die jedoch von bestimmten theoretischen Grundfiguren angeleitet waren. Nahezu alle Merkantilisten gingen von der Grundhypothese aus, daß das Produktionspotential der Flächenstaaten längst nicht ausgelastet sei und starker Entwicklungsimpulse bedürfe[11]. Ein unabdingbares Stimulans erblickten sie in der Akkumulation von Edelmetall, sodann in einer Ausweitung der Geldmenge und der Erhöhung des Geldumlaufs. Diese Hochschätzung des «guten Geldes» war die Begleiterscheinung der sich allmählich auflösenden Naturalökonomie, der Expansion von Märkten und des wachsenden Bedarfs an Zirkulationsmitteln. Für den «Fürstenstaat» des aufsteigenden Absolutismus war vor allem die Höhe des «Schatzes» Ausdruck staatlichen Reichtums.

Ein weiterer klassischer Topos war die Erzielung einer aktiven Handelsbilanz. Der Außenhandel sollte vorwiegend aus der Ausfuhr eigener Erzeugnisse bestehen, um so möglichst viel Geld ins Land zu holen, auch im

servazioni sopra lo stato attuale del commercio della Monarchia Austriaca (1759-1761) (Società di studi trentini di scienze storiche. Monografia LII), Trento 1995.

[11] Zusammenfassend jüngst R. GÖMMEL, *Die Entwicklung der Wirtschaft im Zeitalter des Merkantilismus 1620-1800* (Enzyklopädie Deutscher Geschichte, 46), München 1998, S. 41-56.

Sinne der Erweiterung des Staatsschatzes. Vor allem in England zeigte dieses Argument im späten 16. Jahrhundert große Wirkung, verfügte die Insel doch über keine Edelmetallvorkommen, sodaß der Außenhandel die wichtigste Voraussetzung war, um ihren «Schatz» an Edelmetallen zu vergrößern. Der Staat sollte hierbei nur notwendige Rahmenbedingungen setzen, während die Initiative im Außenhandel privater Initiative, vor allem den Handelskompanien, überlassen bleiben sollte.

In Frankreich standen hingegen – anders als in England und Holland – die Gewerbeförderung und der Aufbau produktiver Ressourcen durch den Staat im Vordergrund. Auf dem ausgedehnten französischen Territorium war es vordringlich, vor allem einen territorial einheitlichen Markt zu schaffen. Priorität hatte demnach auch die Substitution ausländischer Fertigwaren durch eigene Erzeugnisse, gefördert durch die Gründung eigener *Manufactures royales* und die staatliche Reglementierung der Zünfte.

Die Vorliebe für bestimmte merkantilistische Argumentationsfiguren war also in hohem Maße durch den Interessenhorizont der Träger und Akteure der Wirtschaftspolitik bestimmt. So lag innerhalb des Reiches das Primärinteresse der Städte vor allem im Warentausch, der stärker als das langsam und durch zünftische Fesseln gehemmte Gewerbe ihre wirtschaftliche Existenzbasis bildete. Mochte auch die Politik der die Reichsstädte umgebenden Landesherrschaften bisweilen Rohstoffbeschaffung und Warenabsatz hemmen, so förderte doch das Interesse der Territorialstaaten an gesicherten Versorgungs- und Transferleistungen den städtischen Warenumschlag und sicherte die zumindest überregionale Bedeutung der meisten süd- und westdeutschen Städte. Nur vereinzelt wurden sie – wie etwa Braunschweig, Regensburg und Ulm – durch Restriktionen der angrenzenden Landesfürsten empfindlich getroffen.

Der Reichstag in seiner Funktion als Akteur der Wirtschaftspolitik suchte durch zahlreiche ordnungspolitische Maßnahmen eine generelle Dynamisierung – meist freilich mit wenig Erfolg[12]. Bekanntlich hemmten die Partikularinteressen der Reichsstände zumeist eine zügige Beschlußfassung und Durchsetzung von verabschiedeten Gesetzeswerken. Die Beseitigung territorialer Zoll- und Handelsschranken gelang nicht, ebensowenig gelangte die Reichshandwerksordnung von 1731 über den Status einer wenig verbindlichen Rahmengesetzgebung hinaus, obwohl sie das Er-

[12] Hierzu F. BLAICH, *Wirtschaftspolitik* und die ältere Arbeit von I. BOG, *Der Reichsmerkantilismus. Studien zur Wirtschaftspolitik des Heiligen Römischen Reiches im 17. und 18. Jahrhundert*, Stuttgart 1959.

gebnis jahrzehntelanger Beratungen gewesen war. Immer wieder hatte sich der Reichstag mit drängenden Reformen des Münzwesens zu befassen, die als akut zu lösende Agenden langfristige Strukturprobleme zurückdrängten.

Oberste Priorität territorialer Wirtschaftspolitik im 17. und 18. Jahrhundert war die Sicherung und Mehrung der Staatsfinanzen durch Einnahmeerhöhung. Konkrete Unterziele waren diesem Hauptziel zugeordnet: Im Bereich der Bevölkerungspolitik sollte das demographische Wachstum gefördert werden, mit dem erhofften Doppelresultat erhöhten Arbeitspotentials und wachsender Binnennachfrage. Mittelfristig sollte sich daraus eine Verbesserung der Steuerkraft ergeben. Mit den Instrumenten der Handels- und Zollpolitik wurde eine aktive Handelsbilanz angesteuert. Auch die Gewerbeförderung zielte auf Ausweitung der Produktion und ausreichende Grundversorgung der Bevölkerung. Mit besonderem Eifer, zumeist aber mit geringem Erfolg, förderten die Landesherren eine Substitution ausländischer Fertigwaren durch inländische Produkte, die sich auf der Ebene des Reichstags zeitweise zu globalen Einfuhrverboten oder Handelsblockaden, gespeist durch massiven «Gefühlsprotektionismus» (F. Blaich) – vor allem gegen Frankreich – ausweiteten.

Für die Territorien, die in der zweiten Hälfte des 17. Jahrhunderts durch die Herrschaft des Hauses Österreich verbunden waren, galt die Entwicklung gemeinsamer oder komplementärer wirtschaftspolitischer Grundoptionen zwar als dringendes Desiderat, obwohl sie noch weit von einer Verwirklichung entfernt war. Wichtigste Zielprojektionen waren zunächst nicht hochaktiver Außenhandel oder intensive Gewerbeförderung, sondern schlichtweg die staatliche Integration einer überaus heterogenen Gemengelage von Territorien.

Die habsburgischen Kernländer, das Erzherzogtum Österreich mit dem weiteren Komplex der Territorien in den Alpen, an Donau und Oberrhein, waren erst zu Beginn der Neuzeit, 1526, um die großen Königreiche Böhmen und Ungarn erweitert worden. Die Bindung der Neuerwerbungen an Österreich hatte sich durch Umwandlung in Erbkönigreiche gefestigt; sie erfolgte für Böhmen und Mähren 1627-28, für Ungarn 1687. Auch die starke Position habsburgischer Nebenlinien in Inner- und Vorderösterreich 1564 bis 1665 im Rahmen der Länderteilung zwischen Wien, Graz und Innsbruck stand einer Vereinheitlichung von Herrschaft und Ökonomie entgegen. Allein die Durchsetzung eines Integrationsbegriffs «Österreich», der sich über die Vielheit der durch die Dynastie verbundenen Erbländer und Königreiche legte, zog sich bis ins späte 18. Jahr-

hundert hin, wie von Grete Klingenstein jüngst dargelegt[13]. Die Vorstellung, daß die territoriale und staatsrechtliche Vielheit auf einen gemeinsamen Deckungsbegriff «Österreich» hinauslaufen könnte, entfaltete erst seit dem frühen 18. Jahrhundert prospektive Kraft. Hierzu schuf der politische Erfolgskurs Leopolds I. und seiner Nachfolger wichtige Grundlagen, denen nach dem Sieg über die Osmanen eine Ausweitung ihrer Herrschaftsräume bis weit über die Karpaten gelang. Auch die mühsame Behauptung in Ungarn (Reichstag von 1687, Beendigung des Rakoczi-Aufstandes 1711, Unterstützung gegen Preußen 1741) und schließlich die mit letzter Kraft gelungene Abwehr der Ambitionen Preußens und seiner Verbündeten (1748 und 1763) ebneten der Vorstellung einer «österreichischen Monarchie» allmählich den Weg. Dieser mühsame, im Vergleich zu den übrigen Territorien des Reiches schleppende Staatsbildungsprozess war von wirtschaftspolitischen Integrationsvorstellungen flankiert, da ökonomische Akteure und Theoretiker allmählich das komplementäre Potential der österreichischen Wirtschaftsräume entdeckten.

Diese Komplementarität war freilich prekär und ließ sich nur mühsam realisieren: Obwohl Erbländer und Königreiche der Monarchie Regionen mit extensiver, aber marktorientierter Landwirtschaft (Ungarn, z.T. auch Böhmen) und Gebiete mit leistungsstarker Gewerbeproduktion umfaßten, stand der Austausch zwischen ihnen im Vergleich zu den Wirtschaftsverflechtungen mit nicht-erbländischen Wirtschaftsräumen im 17. und frühen 18. Jahrhundert weit im Hintergrund[14].

So waren im Textilbereich Leinenproduktion und -verarbeitung seit dem Spätmittelalter besonders in Vorarlberg und in Oberösterreich (Mühl-

[13] G. WALTER-KLINGENSTEIN, *Was bedeuten «Österreich» und «österreichisch» im 18. Jahrhundert? Eine begriffsgeschichtliche Studie*, in R.G. PLASCHKA - G. STOURZH - J.P. NIEDERKORN (edd), *Was heißt Österreich? Inhalt und Umfang des Österreichbegriffes vom 10. Jahrhundert bis heute* (Archiv für Österreichische Geschichte, Bd. 136), Wien 1995, S. 149-220.

[14] Zusammenfassend, allerdings nur auf das Gebiet der späteren Republik Österreich beschränkt: R. SANDGRUBER, *Ökonomie und Politik. Österreichische Wirtschaftsgeschichte vom Mittelalter bis zur Gegenwart* (Österreichische Geschichte, hrsg. von H. WOLFRAM), Wien 1995, S. 103-141. Konzise Übersicht der interregionalen Beziehungen bei M. CERMAN, *Proto-Industrielle Entwicklung in Österreich*, in M. CERMAN - S.C. OGILVIE (edd), *Proto-Industrialisierung in Europa. Industrielle Produktion vor dem Fabrikszeitalter* (Beiträge zur historischen Sozialkunde, Beiheft 5), Wien 1994, S. 161-175. Immer noch zentral: H. HASSINGER, *Der Außenhandel der Habsburger Monarchie in der 2. Hälfte des 18. Jahrhunderts*, in *Die wirtschaftliche Situation in Deutschland und Österreich um die Wende vom 18. zum 19. Jahrhundert* (Forschungen zur Sozial- und Wirtschaftsgeschichte, 6), Stuttgart 1964, S. 61-98.

viertel) verbreitet. Vorarlberg, das sich vorwiegend auf die Produktion von Rohleinen verlegt hatte, war jedoch auf Kontakte mit der Schweiz und dem Bodenseeraum beschränkt. Im Mühlviertel, dem österreichischen Zentrum der Leinenverarbeitung, lag der Leinenhandel bis zum Beginn des Dreißigjährigen Krieges fest in Händen von Salzburger und deutschen Kaufleuten, die den Export nach Deutschland und Italien vermittelten. Ergänzend trat die 1672 gegründete Linzer Wollzeugmanufaktur in den Textilsektor ein. In Böhmen, Schlesien und Mähren, den Hauptzentren der erbländischen Textilproduktion, waren Leinen- und Wollverarbeitung bereits im 17. Jahrhundert leistungsstark (etwa in Nordböhmen und Schlesien-Mähren), vor allem dort, wo sie sich – wie in Westböhmen und im Erzgebirge – im 16. und 17. Jahrhundert als Ersatz für den stagnierenden Erzbergbau entwickelt hatten. Auch für Böhmen, Mähren und Schlesien hatte die Exportorientierung Vorrang vor dem Austausch mit anderen Erbländern: Ihre Leinwand wurde über Vermittlung Lausitzer und schlesischer Kaufleute von Nürnberger Handelshäusern vermarktet, aber auch via Wien in Richtung Spanien. Wolltuche gingen nach Polen, Rußland, Siebenbürgen und in die Balkanländer, erst in weiterer Hinsicht hingegen nach Ungarn[15].

Ähnliche Verhältnisse bestimmten den zweiten Schwerpunkt erbländischer Gewerbeproduktion, die Metallverarbeitung. Die Produktion des steirischen Erzbergs wurde in oft weit entfernten Hammerwerken mit gesicherter Energieversorgung verarbeitet, vor allem zu Sensen und Waffen. Hauptabnehmer waren wiederum bis zum Dreißigjährigen Krieg Nürnberger und Augsburger Handelshäuser, die etwa 50% der Produktion nach Deutschland, den Rest nach Italien und Westungarn vertrieben[16].

Haupthindernisse wirtschaftlicher Integration waren neben der schwierigen Binnenkommunikation (geringer Nutzungsgrad der Donau, unzulängliche Straßenbauten), die zwischen den Erbländern fortbestehenden Zollbarrieren und die nicht auf «Österreich» zielenden Absatzinteressen; erst im späten 18. Jahrhundert setzte eine engere Verflechtung von östlichen und westlichen Territorien ein[17], vor allem dank der Vereinheitlichung des Zollgebiets 1775, von der jedoch Tirol-Vorarlberg ausgespart blieben.

[15] Hierzu M. MYSKA, *Proto-Industrialisierung in Böhmen, Mähren und Schlesien*, in M. CERMAN - S.C. OGILVIE (edd), *Proto-Industrialisierung in Europa*, S. 177-191.

[16] Vgl. M. CERMAN, *Proto-Industrielle Entwicklung in Österreich*, S. 169.

[17] Vgl. H. HASSINGER, *Außenhandel*, S. 97 f.

III.

Unter dem Eindruck dieser politischen und ökonomischen Voraussetzungen formierte sich im späten 17. Jahrhundert in der Habsburgermonarchie ein «Dreigestirn» ökonomischer Denker, die sich als volkswirtschaftliche Theoretiker und politische Publizisten wirkungsvoll profilierten. Johann Joachim Becher (1635-1682), Wilhelm von Schröder (1640-1688) und Bechers Schwager Philipp Wilhelm von Hörnigk (1638-1712) entwickelten Basiselemente eines ökonomischen Diskurses, der bis in den österreichischen Vormärz nicht an Attraktivität verlor und der das Handeln wirtschaftspolitischer Akteure nicht unerheblich beeinflußte.

Die theoretischen Grundfiguren von Becher, Hörnigk und Schröder entfalteten grundsätzlich das Problem des wirtschaftlichen Zusammenhanges der Erbländer. Sie stellten erstmals prägnant die Frage, welche Chancen dafür bestanden, die geographisch, ethnisch und kommunikativ disparaten Territorien zu einem einheitlichen Wirtschaftsraum zusammenzufassen. Darüberhinaus zielte vor allem Hörnigk darauf, über ökonomische Bestimmungselemente hinaus ein Österreichbewußtsein zu lancieren, das innerhalb der schmalen Führungsschicht zu erheblicher Wirkung gelangte.

Der wirtschaftliche Horizont, vor dem Becher, Schröder und Hörnigk ihre Ansätze formulierten und konkrete Maßnahmen der Wirtschaftsförderung setzten, war für Österreich trotz der politischen Erfolge nicht günstig[18]. Leopold I. führte im letzten Drittel des 17. Jahrhunderts finanziell überaus belastende Kriege gegen Schweden und Türken und hatte zugleich der aufstrebenden Konkurrenz des von Colbert ökonomisch potenzierten Frankreich zu begegnen. Einen weiteren Kernpunkt unter den wirtschaftlichen Agenden Leopolds bildete der ökonomische Wiederaufbau Ungarns nach den Türkenkriegen. Die vorgegebene Aufgabenstellung – Sanierung der Staatsfinanzen und Schaffung eines kohärenten Wirtschaftsraums – waren jedoch klassische Aufgaben merkantilistischer Politik[19]. Zum gleichen Zeitpunkt waren seit 1665 alle nieder-, inner-, ober- und vorderösterreichischen Erblande, die sich seit 1564 auf drei habsburgische Linien verteilt hatten, wiederum in einer Hand vereinigt. In diesem Kontext wachsender Integrationsimpulse und -zwänge der öster-

[18] Als vorzügliche neuere Gesamtdarstellung J. BÉRENGER, *Die Geschichte des Habsburgerreiches 1273 bis 1918*, Wien - Köln - Weimar 1996², S. 360-404.

[19] Zum Zusammenhang von Staatshaushalt und Herrschaftstechnik vgl. P. BERGER, *Finanzwesen und Staatswerdung. Zur Genese absolutistischer Herrschaftstechnik in Österreich*, in H. MATIS (ed), *Von der Glückseligkeit des Staates. Staat, Wirtschaft und Gesellschaft in Österreich im Zeitalter des aufgeklärten Absolutismus*, Berlin 1981, S. 105-136.

reichischen Monarchie entfalteten die aus Territorien des Reichs nach Wien zugezogenen Becher, Schröder und Hörnigk ihre wirtschaftspolitischen Grundprinzipien und -aktivitäten, die sich gleichwohl nicht zu einem kohärenten Theoriegebäude des österreichischen Kameralismus verdichteten.

Der dem protestantischen Speyerer Stadtbürgertum entstammende Johann Joachim Becher hatte eine Ausbildung als Arzt erfahren und war zunächst als kurfürstlicher Leibarzt in Mainz tätig, ehe er 1664 in bayerischen Dienst trat und nach München übersiedelte[20]. Neben seinem Arztberuf begründete er eine Seidenmanufaktur und verfaßte 1667-1669 seine Hauptwerke: Die Naturlehre der *Physica subterranea*, 1668 die pädagogisch-philosphische *Methodus didactica* und den *Politischen Discurs* (jeweils Frankfurt 1668), dem ein Jahr später der *Moral Discurs* folgte. 1670 schaffte Becher den Sprung nach Wien, nachdem er schon 1666 zum kaiserlichen Kommerzienrat ernannt worden war[21]. Hier erlebte Becher bis 1677 den Höhepunkt seiner Laufbahn und entwickelte bei der Gründung von Manufakturen und Handelskompanien unmittelbare Wirksamkeit im kaiserlichen Dienst. Leopold I. stand Becher neben seiner Position als wirtschaftlicher Berater auch als Alchemist nahe, freilich wurde er wegen dieses Vertrauensverhältnises bald stark angefeindet. Die Errichtung wirtschaftspolitischer Leitungsgremien wie des 1666 errichteten und bis 1678 bestehenden «Kommerzienkollegs» ging gleichfalls auf Bechers Einfluß zurück. Das Gremium sollte für die Zunahme von «Handel und Wandel, rohen Waren und Manufakturen» in den Erbländern Sorge tragen, eine Begrenzung des Rohstoffexports und des Fertigwarenimports herbeiführen, den Valutenabfluß nach auswärtigen Staaten wirksam blokkieren, die Ursachen von Preisschwankungen erheben sowie schließlich die Gründung und Aktivität von Handelskompanien steuern[22]. Zugleich mit der Installierung des Kommerzkollegiums erfolgten durch Gründung einer Seidenmanufaktur in Walpersdorf/Niederösterreich (1666-1678) und der ersten Orientalischen Handelskompanie (1667-1683) erste Maßnahmen des «frühleopoldinischen Merkantilismus»[23]. Becher bemühte sich

[20] Als biographische Übersicht vgl. H. HASSINGER, *Johann Joachim Becher*, in «Neue Deutsche Biographie», 1, Berlin 1953, S. 689 f. sowie H. HASSINGER, *Johann Joachim Becher*, in «International Encyclopedia of the Social Sciences», 2, New York - London 1968, S. 38 f.

[21] Zu Becher grundlegend H. HASSINGER, *Johann Joachim Becher 1635-1682. Ein Beitrag zur Geschichte des Merkantilismus* (Veröffentlichungen der Kommission für Neuere Geschichte Österreichs, 38), Wien 1951.

[22] Vgl. *ibidem*, S. 146-154.

[23] Vgl. H.R. VON SRBIK, *Der staatliche Exporthandel*, S. 68.

auch um die Konstitution einer nach Westen orientierten Handelskompanie, die sich vor allem in die Handelsbeziehungen zwischen den Erbländern und Holland einschalten sollte, galten doch die Niederlande als das ökonomische Musterland schlechthin.

Bechers ungemein heterogene, auf Integration philosophischer, naturwissenschaftlicher, theologischer wie auch nationalökonomischer Prinzipien gerichtete Publizistik zielte auf eine umfassende Lenkung von Binnen- und Außenwirtschaft. Flankierend dazu setzte Becher auf eine Stimulierung des erbländischen Binnenmarkts, wobei er vorab großen Wert auf die Anregung der «Konsumtion» legte. In diesem Zusammenhang formulierte er – immerhin 90 Jahre vor Quesnays *Tableau économique* – die Einsicht, daß Ausgaben für den Konsum Einkommen schaffen. Folgerichtig legte Becher großen Wert auf populationistische Maßnahmen des Staates, aufgrund deren demographischer Schubwirkung, Binnenkonsum und Produktionsniveau der Erbländer nachhaltig wachsen sollten. Eine namhafte Steigerung der Produktionskapazitäten erhoffte sich Becher auch von der Beschränkung der Zunftmonopole, von der Ruralisierung der Gewerbeproduktion und von Betriebsgründungen wie der erfolgreichen Linzer Wollzeugmanufaktur. Zahlreichen Vorhaben und Vorschlägen Bechers blieb – wiewohl er von Leopold I. unterstützt wurde – freilich ein dauernder Erfolg versagt. Nicht zuletzt aus diesem Grund, vor allem aber wegen offenkundiger Veruntreuungen wanderte der rastlose «Projektenmacher» nach England aus.

Die Analyse Bechers erreichte besondere explanatorische Plausibilität in der Bewertung der «societas civilis» und der sozialen Hauptträger einer «volckreichen nahrhafften Gemein»: Neben dem «Bauernstand» als erstem Stand, dem er im Sinne überlieferter Ökonomik alle Zweige der Urproduktion unter Einschluß des Bergbaus zurechnete[24], schien Becher vor allem die Kaufmannschaft den eigentlichen Motor der «Konsumtion» zu repräsentieren[25]. Aus seiner Sicht war die «Konsumtion» das Lebenselixier von Wirtschaft und Gesellschaft, jener integrative Bereich, der über den Verbrauch hinaus auch die Distribution und die «Gesamtheit der marktwirtschaftlichen Beziehungen»[26] in sich schloß. Aus dieser Sicht war für ihn die Kaufmannschaft «negst der Natur diejenige Säuge-Mutter,

[24] J.J. BECHER, *Politische Discurs von den eigentlichen Ursachen des Auf- und Abnehmens der Städt, Länder und Republicken*, Frankfurt a.M. 1673², S. 5.

[25] *Ibidem*, S. 101 f.

[26] H. HASSINGER, *Becher*, S. 97.

welche das noch junge Aufnehmen auch der desertesten Länder zum Sprossen ... bringet»[27].

Im Einklang mit seiner Wertschätzung der produktiven «Klassen» der Gesellschaft stand Bechers kritischer Blick auf Hofbedienstete und Adelige, die er nicht der «societati civili als nahrhaffte gesessene Glieder ... zuschreiben»[28] mochte. Im Gesellschaftsbild des Aufsteigers Becher, dessen Laufbahn im Umfeld der Höfe Münchens und Wiens auf nachhaltigen Widerstand stieß, war der bürgerliche Stand unter den sieben Ständen als Kerngruppe sozialen Aufstiegs und gesellschaftlichen Fortschritts präfiguriert, weshalb er prononciert für eine Gesellschaft «mittlerer Existenzen» eintrat. Exemplarisch für Bechers Theoriebildung war – wie Hassinger nachweist – das holländische Vorbild, vorab Pieter de la Courts «Interest van Holland»[29]. Obwohl Becher auch persönlich als wirtschaftspolitischer Mittler zwischen den Wiener Hofstellen und den Niederlanden fungierte, scheiterte sein konkreter Versuch, eine Partie niederösterreichischen Weins in Amsterdam zu vermarkten – bei der Ankunft war das Gewächs sauer und trüb geworden[30].

Das Interesse an der Förderung der mittleren Stände charakterisierte auch Bechers Aktivitäten am kaiserlichen Hof: Von Leopold I. beauftragt, der Kammer neue Einkünfte zu erschließen, entwickelte er das Konzept einer Besteuerung der Handwerksmeister. Die Wahl dieses fiskalischen Zugriffs ist für unsere Fragestellung von erheblichem Interesse[31]:

1. Der Vorschlag einer Veranlagung der Handwerksmeister verdeutlicht Bechers Hochschätzung des Sekundärsektors, da er darin den gewerblichen Erzeugern der Erbländer erhebliche Leistungsstärke beimaß. Der Ausweg aus der krisenhaften Finanzsituation sollte sich primär auf die bürgerlichen Stände, erst in zweiter Hinsicht auf adelige und andere Steuerträger gründen.

2. Voraussetzung der neuen Gewerbesteuer war eine umfassende Zählung des erbländischen Handwerks, die bisher noch niemals vorgenommen worden war. Der Vorschlag einer Gewerbestatistik, die über die Grenzen der einzelnen Territorien hinaus ein zusammenhängendes Bild des Wirt-

27 J.J. BECHER, *Politische Discurs*, S. 107.

28 *Ibidem*, S. 297-321.

29 H. HASSINGER, *Becher*, S. 114 f.

30 *Ibidem*, S. 167 f.

31 Vgl. H. HASSINGER, *Becher*, S. 177-196.

schaftsraums Österreich liefern konnte, war eine wichtige Etappe auf dem Weg zu einer Gesamtschau der Erbländer, eine Vorleistung zu ihrer Imaginierung als patriotische Einheit produktiver Subjekte.

Mit der Aufgabe, den Stand des erbländischen Handwerks zu erheben, wurde Bechers Schwager Philipp Wilhelm Hörnigk betraut, dem es nur unter großen Schwierigkeiten und unter strikter Geheimhaltung gelang, einen Teil seiner Mission zu vollziehen. Obwohl durch Pässe der österreichischen Hofkanzlei und Hofkammer autorisiert, wurde Hörnigk Ende Dezember 1673 bei Mährisch-Trübau als Spion angehalten und seine Reise sistiert. Für den jungen Hörnigk war die blockierte Reise jedoch eine wichtige Einführung in die inneren Verhältnisse der Erbländer, die späterhin in seinem Aufruf *Österreich über alles, wenn es nur will* plastisch zum Ausdruck kam. In dieser Streitschrift erwies sich der Jüngere als weitaus besserer Kenner der österreichischen Territorien als der doktrinäre Becher.

Becher selbst konstatierte als wichtiges Hindernis seiner gescheiterten Bemühungen – und dies gewiß nicht zu Unrecht – die fehlende Abstimmung der Wiener Hofstellen untereinander, ihre innere Rivalität und ihre Abneigung gegen seine Initiativen. Vor allem die Parallelität ökonomischer Aktivitäten von Hofkammer und Hofkanzleien schätzte Becher überaus negativ ein, insbesondere im Vergleich zur französischen Monarchie, wo er innere Divergenzen dieser Art weitgehend ausgeschlossen sah. In einem Brief an Becher äußerte sich dessen Vertrauter, der Kapuziner Christoph Rojas y Spinola, daß die Stärke Frankreichs genau in dieser Ablehnung eines institutionellen Plurizentrismus liege und in der Fähigkeit seiner Regierung, einem «Colbert und dergleichen oeconomische Subiecta»[32] den notwendigen Freiraum zur Realisierung einer effizienten Wirtschaftspolitik einzuräumen.

Wilhelm von Schröders Staats- und Wirtschaftslehre, die er in seinem Hauptwerk, dem Buch *Fürstliche Schatz- und Rentkammer* ausformulierte, bezog starke Impulse von England, wo sich Schröder lange Zeit aufhielt[33]. Seine ökonomische Theorie verdankte wichtige Elemente vorwiegend Thomas Mun (*Englands treasure by foreign trade*, 1664) und Josiah

[32] Zit. *ibidem*, S. 153.

[33] Vgl. die ältere Arbeit von H.R. VON SRBIK, *Wilhelm von Schröder. Ein Beitrag zur Geschichte der Staatswissenschaften* (SB der Akademie der Wissenschaften in Wien, phil.-hist. Klasse 164), Wien 1910.

Child (*A new discourse of trade*, 1690). Schröders Vorschläge zielten demnach vor allem auf eine Stärkung des fürstlichen Camerale durch Bildung starker Edelmetallreserven, durch eine daraus resultierende Hartwährungspolitik gegen jede Form der «Münzverschlechterungen», flankiert durch ein konstant hohes Zinsniveau. Ferner schlug Schröder eine direkte Intervention der Regierungen in den Wirtschaftsprozeß durch Gründung von Manufakturhäusern vor, denen er einen erheblichen Demonstrationseffekt gegen zünftische Monopole beimaß. Auf staatliche Kontrolle wirtschaftlichen Wachstums durch das Instrument von Manufaktur- und Kommerzialtabellen legte Schröder besonderen Wert. Ein «General-Intelligentzwerk» und die Einführung eines «Manufaktur-Inventariums» sollte den Regierungen die nötige Transparenz ermöglichen, um die Steuerkraft der Untertanen zu erheben, die Ströme des Warenexports und -imports zu registrieren sowie insgesamt den Wirtschaftsprozeß zu kontrollieren.

Stärker als Becher und Hörnigk erblickte Schröder in «Reichtum und Macht des in der Person des Fürsten verkörperten Staates das unbestrittene Objekt der Politik» (J.A. Schumpeter). Seine axiomatische Behauptung der göttlichen Einsetzung und absoluten Position des Fürsten war deutlich von Hobbes' Staatslehre beeinflußt.

Eine gemeinsame praktische Realisierung von Becher und Schröder war das «Kunst- und Werkhaus», das als Modellmanufaktur auf dem Tabor in Wien durch Bechers Initiative 1676 eröffnet wurde[34]. Neben regulären Produktionsstätten umfaßte es auch eine Lehrwerkstatt (etwa zur Erzeugung von Majolika), ein chemisches Labor, eine Apotheke, eine Woll- und Seidenmanufaktur, eine Eisen- und Glasschmelzerei, sodaß es mithin als zentrales Innovationszentrum für die Erbländer konzipiert war. Da Becher kurz nach Eröffnung Wien verlassen mußte, übernahm Schröder die Kontrolle des Werkhauses und bemühte sich um Anwerbung englischer und holländischer Experten. Während der türkischen Belagerung Wiens 1683 ging das Kunst- und Werkhaus in Flammen auf; spätere Wiederaufbaupläne Schröders scheiterten.

Der aus Frankfurt gebürtige, nur zeitweilig in kaiserlichem Dienst stehende Philipp Wilhelm von Hörnigk erreichte schließlich dank seiner Programmschrift *Österreich über alles, wenn es nur will* (1684, mindestens 20 Auflagen bis 1784) einen außerordentlichen publizistischen Er-

[34] H. HASSINGER, *Becher*, S. 196-204.

folg[35]. Die intensive Rezeption der Flugschrift resultierte vorab aus dem Entstehungszeitpunkt: Im Jahr nach der abgeschlagenen Türkenbelagerung Wiens traf der Grundton panegyrischer Aufwertung Österreichs eine breite öffentliche Stimmung. Wie niemand anderer zuvor formulierte Hörnigk in *Österreich über alles* eine publikumswirksame Programmatik für den österreichischen Gesamtstaat, formierten doch die Erbkönigreiche und Länder nach seiner Darstellung «gleichsam einen einzigen natürlichen Leib» und könnten «wie eine kleine Welt in sich bestehen». Bemerkenswert war, daß Hörnigk als einer der ersten den Begriff «Österreich» territorial drastisch ausweitete. Verstand man im allgemeinen darunter bis weit ins 18. Jahrhundert vor allem das Erzherzogtum ob und unter der Enns, also die Erbländer Ober- und Niederösterreich, so bezeichnete Hörnigk selbst in aller Entschiedenheit mit «Österreich» nicht «bloßer Dinge das weltbelobte, zu beiden Seiten des Donaustroms erstreckte Erz-Herzogtum dieses Namens, sondern anbei alle und jede des Deutschen Österreichischen Erzhauses, sei es innerhalb und außerhalb des Röm. Reichs gelegene Erbkönigreich und Länder, demnach Ungarn mit darunter begriffen»[36].

Hierfür lägen beste ökonomische Grundlagen vor: Zunächst ein hinreichender Stock von Edelmetallen, deren Zirkulation zu fördern sei. Sodann entfaltete Hörnigk ein klares Konzept wechselseitiger Arbeitsteilung der Erbländer, die im Osten einen agrarischen, im Westen einen industriellen Schwerpunkt ausbilden sollten. Ein scharfer handelspolitischer Protektionismus schien Hörnigk zur Verstärkung der «Independenz» der Erbländer besonders geeignet. Nach dem unvermeidlichen Verweis auf das notwendige Bevölkerungswachstum aus militärischen und ökonomischen Notwendigkeiten gipfelte *Österreich über alles* in der Feststellung, die Erbländer überträfen in ihrer Independenz alle anderen Staaten Europas[37]. Damit bot Hörnigk eine wirtschaftspolitische Antizipation der Vorstellung eines österreichischen Gesamtstaates, wie sie seit Beginn des 18. Jahrhunderts staatsrechtlich ausformuliert wurde. Vor allem aber erzielten seine programmatisch formulierten, von satter Polemik gegen Frankreich getragenen Grundgedanken jene Breitenwirkung, die den ungleich differenzierteren, aber auch weitaus abstrakteren Konzeptionen von Be-

[35] Biographischer Aufriß in der Edition: P.W. von Hörnigk, *Österreich über alles, wenn es nur will*, hrsg. von G. Otruba, Wien 1964, S. 11-43, daraus auch die folgenden Zitate. Kurzbiographie von G. Otruba in *Neue Deutsche Biographie*, 9, Berlin 1972, S. 359-361.

[36] P.W. von Hörnigk, *Österreich*, S. 49.

[37] *Ibidem*, S. 187.

cher und Schröder versagt blieb. Hörnigks Flugschrift stand in einem größeren Kontext eines sich verbreiternden Österreichbewußtseins an der Schwelle zum 18. Jahrhundert und übernahm auf dem Weg zu einer «Territorialisierung» (G. Klingenstein)[38] der Monarchie wichtige propagandistische Funktionen.

Daß die Erwägungen von *Österreich über alles* vor allem den westlichen Erbländern galten und damit eine Leitfunktion der deutschsprachigen Führungsschichten unterstellten, blieb auch für die Zukunft folgenreich. Im Rahmen der österreichischen Nationalstaatsbildung «von oben», im Wege des dynastisch-bürokratischen Obrigkeitsstaates, blieb Hörnigks Programmschrift ein bemerkenswerter Basistext.

Grete Klingenstein hat bereits 1975 darauf hingewiesen, wie sehr Positionen der Kameralisten bereits in der Endphase der Regierungszeit Leopolds I. in zentralen Regierungspositionen verankert waren[39]. Besonders in der einflußreichen «böhmischen Partei» um den böhmischen Hofkanzler Franz Ulrich von Kinsky, dem aus Mähren stammenden Reichsvizekanzler Dominik Andreas von Kaunitz, dem Vizekanzler der Hofkammer Gundaker Thomas von Starhemberg, dem Hofkammerrat Johann David Palm sowie Prinz Eugen sei um 1700 die Auffassung verbreitet gewesen, für die gedeihliche Entwicklung der Monarchie sei es die beste Option, «einen flächenmäßig arrondierten Territorialstaat in Mitteleuropa»[40] zu festigen, mit den böhmischen und österreichischen Territorien als Kernländern. Dagegen stand die böhmische Partei nach den Erfolgen im Südosten einem weiteren Ausgreifen nach Westen offenbar skeptisch gegenüber und schien einer Verständigung mit Frankreich nicht abgeneigt. Eigene unternehmerische Aktivitäten waren ein weiteres Kennzeichen dieser «Merkantilpartei»[41], so etwa Kaunitz' Gründung einer Textilmanufaktur auf seinem Besitztum Austerlitz[42].

Unter direktem Rekurs auf Klingensteins Forschungen hat Raffaella Gherardi den Einfluß kameralistischer Positionen am Beispiel des aus Bolo-

[38] G. Klingenstein, *«Österreich» und «österreichisch»*, S. 218.

[39] G. Klingenstein, *Der Aufstieg des Hauses Kaunitz. Studien zur Herkunft und Bildung des Staatskanzlers Wenzel Anton* (Schriftenreihe der historischen Kommission bei der Bayerischen Akademie der Wissenschaften, 12), Göttingen 1975.

[40] *Ibidem*, S. 51.

[41] Der Begriff *ibidem*, S. 69.

[42] *Ibidem*, S. 62-65.

gna stammenden Luigi Federico Marsilli (1658-1730) herausgearbeitet[43], der am kaiserlichen Hof in wichtigen militärischen und administrativen Funktionen tätig war. Vor allem in seinem *Discorso generale sopra del traffico* (1699) entwickelte Marsilli eine umfassende Perspektive für den Ausbau der Handelsbeziehungen zwischen Erbländern und den «Neo-Acquisita», den neu eroberten bzw. zurückgewonnenen Territorien, unter Rückgriff auf bewährte kameralistische Positionen.

IV.

Im Blick auf die österreichischen Kameralisten der «ersten Generation» wurde *ex post*, vornehmlich aus wirtschaftshistorischer Sicht, immer wieder die Frage formuliert, ob einem ökonomisch stark vereinheitlichten Großraum Österreich ein Zerbrechen erspart geblieben wäre. Schon kurz nach der Jahrhundertwende hatte von Srbik in seinen frühen Arbeiten 1907 und 1910 die österreichische Wirtschafts- und Handelspolitik der leopoldinischen Zeit ausführlich auf ihre Entwicklungspotentiale hin untersucht und erstmals eine ausführliche Studie über Schröder vorgelegt. Seine Arbeiten wurden genau zu einem Zeitpunkt realisiert, als das Kabinett von Ministerpräsident Körber (1900-1904) die nationalen Problemzonen und Blockaden der Monarchie durch eine massive Angebotspolitik und einen für österreichische Verhältnisse außerordentlichen Investitionsschub im Infrastrukturbereich (Errichtung von Eisenbahnen und Kanälen) aufzulösen suchte – allerdings nur mit temporärem Erfolg[44].

Rückblickend äußerte sich Srbik in einem Schreiben an den prominenten deutschen Wirtschaftshistoriker Aloys Schulte grundlegend über das Forschungsprogramm am Beginn seiner wissenschaftlichen Laufbahn: «Die Auffassung des alten Österreich lediglich als habsburgischen Dynastenstaates kann ich nicht teilen. Hausmacht- und Heiratspolitik, wie man nun in Österreich so oft hört, können doch allein einen Großstaat nicht

[43] R. GHERARDI, *Potere e costituzione a Vienna fra Sei e Settecento. Il «Buon ordine» di Luigi Ferdinando Marsilli* (Annali dell'Istituto storico italo-germanico in Trento. Monografia 2), Bologna 1980.

[44] Zusammenfassend vgl. R. SANDGRUBER, *Ökonomie und Politik*, S. 306-308 sowie die neuere Studie von H. BINDER, *Die Wasserstraßenvorlage und die wirtschaftlich-politische Lage Österreichs im Jahre 1901*, in «Österreichische Zeitschrift für Geschichtswissenschaften», 3, 1992, S. 34-62. Die These, der «Koerber-Plan» von 1901 sei Österreichs letzte Chance gewesen, pointiert bei A. GERSCHENKRON, *An Economic Spurt that failed. Four Lectures in Austrian History*, Princeton 1977, S. 71.

bilden und Jahrhunderte lange zusammenhalten: so hoch gewiß das dynastische Moment zu beurteilen ist, zu solchen Resultaten kann es nur kommen, wenn es durch natürliche, geographische und wirtschaftliche Momente gefördert und nachträglich fundiert wird ... dieses 'Aufeinanderangewiesensein' der verschieden-nationalen Länder in einem natürlichen Einheitsgebiete ... erklärt nach meinem bescheidenen Dafürhalten neben dem dynastischen Bande die Lebensdauer des Staates», der – so fügte Srbik als zeitgenössischen Kommentar an, «seine ebenso dumme wie grausame Abschlachtung nicht verdient hätte»[45].

40 Jahre nach Srbiks frühen Arbeiten kehrte sein Schüler Herbert Hassinger in seiner Wiener Habilitationsschrift über Becher 1951 eindringlich auf die Kernfrage «staatliche Integration durch Wirtschaftspolitik» zurück. Ein deutlich sichtbares Leitmotiv in seiner Biographie des Speyrers und Konvertiten Becher war zweifellos auch die Frage nach dem Zusammenhang zwischen Reich und Österreich, in unverkennbar deutschnationaler Stilisierung Bechers, der – in Hassingers Worten – «stets die allgemeinen Nöte des aus den Wunden des dreißigjährigen Ringens blutenden deutschen Volkes und Vaterlandes im Auge hatte und die grundsätzlichen Mittel zu ihrer Heilung zeigte»[46]. Hassingers Versuch, Becher kurz nach dem Zweiten Weltkrieg in den Rang eines «der bedeutendsten Deutschen seines Jahrhunderts»[47] zu erheben, blieb freilich ohne Nachfolge.

Eine Neubewertung der Kameralisten setzte seit den siebziger Jahren unter wirtschaftshistorischer Perspektive ein, als in Forschungen vornehmlich US-amerikanischer Historiker wie David F. Good und John Komlos die lange Zeit vorherrschende Auffassung vom wirtschaftlichen Versagen der Habsburgermonarchie in Frage gestellt wurde[48]. Die pessimistische Ein-

[45] Schreiben ddo. Graz, 12. März 1921, in J. KÄMMERER (ed), *Heinrich Ritter von Srbik. Die wissenschaftliche Korrespondenz des Historikers 1912-1945* (Deutsche Geschichtsquellen des 19. und 20. Jahrhunderts, Bd. 55), Boppard 1988, S. 177. Zur gesamtdeutschen Geschichtsauffassung von Srbik und ihren Konsequenzen vgl. G. HEISS, *Von Österreichs deutscher Vergangenheit und Aufgabe. Die Wiener Schule der Geschichtswissenschaft und der Nationalsozialismus*, in G. HEISS u.a. (ed), *Willfährige Wissenschaft. Die Universität Wien 1938-1945* (Österreichische Texte zur Gesellschaftskritik, 43), Wien 1989, S. 39-76.

[46] H. HASSINGER, *Becher*, S. 1.

[47] *Ibidem*, S. 9. In ähnliche Richtung zielt Hassingers Gesamturteil, Becher habe «keinen 'österreichischen' Merkantilismus [ge]predigt, sondern einen deutschen» (*ibidem*, S. 120).

[48] Der wirtschaftshistorische Diskurs jüngst in vorzüglicher Zusammenfassung mit ausführlichen Literaturangaben bei R. PICHLER, *Die Wirtschaft der Lombardei als Teil Österreichs. Wirtschaftspolitik, Außenhandel und industrielle Interessen 1815-1859* (Schriften des Italienisch-Deutschen Historischen Instituts in Trient, 9), Berlin 1996, S. 30-37. Kur-

schätzung hob vor allem auf das angebliche Unvermögen der österreichischen Wirtschaft im 19. und frühen 20. Jahrhundert ab, anhaltendes Wirtschaftswachstum zu erzielen; sie betont den Rückgang der wirtschaftlichen Kommunikation unter den habsburgischen Ländern und dramatisiert das Zurückbleiben hinter anderen Volkswirtschaften, besonders jener des deutschen Kaiserreiches. Sie postuliert schließlich als unausweichliche Konsequenz die Zerstörung der politischen Grundlagen der Monarchie.

Seit etwa 1975 zogen jedoch die Wachstumsphasen der österreichischen Wirtschaft verstärkt die Aufmerksamkeit der Forschung auf sich, die nunmehr verstärkt wirtschaftswissenschaftliche Methode, unter US-Historikern als «Kliometrie» bezeichnet, verwendete. Vor allem unter dem Einfluß von Nachum T. Gross wurde der eher gleichmäßig verlaufende, nur kurzfristig rapide expandierende Wachstumsprozeß der österreichisch-ungarischen Wirtschaft hervorgehoben[49], der bereits im Vormärz eingesetzt habe, wie die Schätzungen von Richard L. Rudolph und John Komlos betonten. Anstelle dramatisch rasch expandierender Volkswirtschaften wie im Falle Deutschlands sei der «österreichische Weg» langsamer verlaufen, habe aber gleichfalls zu nachhaltigem Wachstum geführt.

Vor allem David F. Good befaßte sich dann mit dem von ihm durchwegs optimistisch beurteilten ökonomischen Fortschritt Österreich-Ungarns und widmete sich mit besonderer Eindringlichkeit der Frage nach der wirtschaftlichen Verflechtung seiner Regionen, wobei er «die herrschende Lehre vom wirtschaftlichen Versagen der Habsburgermonarchie»[50] in Frage stellte. Entscheidende wirtschaftliche Strukturänderungen würden auch in einem längeren Zeitraum realisiert («telescoped in time»), ein ruckartiger «take off» sei keine unabdingbare Voraussetzung. Rudolph, Komlos und Good orteten dementsprechend die frühe Industrialisierungsphase bereits im Vormärz (seit ca. 1830), wobei sie Komlos sogar ins 18. Jahrhundert zurückverlegte. David Good stellte dem Szenario einer unaufhaltsamen Dekomposition der Habsburgermonarchie drei Argumente entgegen: Erstens verwies er auf die grundlegende und irreversible Bedeutung der

sorisch die Ausführungen von F. BALTZAREK, *Integration im Habsburgerreich*, in E. SCHREMMER (ed), *Wirtschaftliche und soziale Integration in historischer Sicht* («Vierteljahresschrift für Sozial- und Wirtschaftsgeschichte», Beiheft 128), Stuttgart 1996, S. 213-220.

[49] N.T. GROSS, *Die Industrielle Revolution im Habsburgerreich 1750-1914*, in C.M. CIPOLLA - K. BORCHARDT (edd), *Europäische Wirtschaftsgeschichte*, 4: *Die Entwicklung der Industriellen Gesellschaften*, Stuttgart - New York 1977.

[50] D.F. GOOD, *Der wirtschaftliche Aufstieg des Habsburgerreiches 1750-1914*, Graz - Wien - Köln 1986, S. 12-15.

strukturellen Reformen als Basis eines modernen Wirtschaftswachstums[51], zweitens interpretierte er den relativen Rückstand der Monarchie als normalen Ausdruck eines west-östlichen Entwicklungsgefälles und damit einer unvermeidlichen zeitlichen Verzögerung[52]. Schließlich habe drittens in den westlichen Regionen («Alpenländer», Böhmen, Mähren) anhaltendes Wachstum bereits im Vormärz begonnen und von da an kontinuierlich angedauert[53].

Für die Wirtschaftspolitik der Monarchie wurde in diesem Szenario vor allem die langfristige Wirkung kameralistischer Tradition erkannt und insbesondere auf das aggressive Autarkieprogramm von Philipp Wilhelm Hörnigk verwiesen[54]. Die von ihm postulierte Auslandsunabhängigkeit äußerte sich im extremen Protektionismus des österreichischen Zollystems (des sog. «Prohibitivsystems»), das nur den Export von als «überflüssig» betrachteten Waren und die Einfuhr von unbedingt notwendigen, nicht substitutionsfähigen Gütern gestattete[55]. Erst nach der Revolution von 1848 setzte sich für drei Jahrzehnte eine entschiedene Freihandelspolitik durch[56].

In der wirtschaftshistorisch immer wieder neu aufgerollten Frage «How well did the Habsburg economy perform?»[57] (D.F. Good) äußert sich das große Interesse an den Entwicklungsperspektiven der Monarchie insgesamt und der energische Versuch, die Analyse der ökonomischen Situation des späten Habsburgerreiches vom teleologisch getrübten Blickpunkt nationalen Zerfalls zu lösen. Daher blieb das Interesse an den frühen ökonomischen «Schutzpatronen» des Wirtschaftsraumes Groß-Österreichs, den Kameralisten Becher, Schröder und Hörnigk, bis in die Gegenwart konstant ausgeprägt.

[51] *Ibidem*, Kap. 1.

[52] *Ibidem*, S. 211 f.

[53] *Ibidem*, Kap. 2.

[54] *Ibidem*, S. 32 f.

[55] Vgl. nun die gründliche Untersuchung des österreichischen «Prohibitivsystems» am regionalen Beispiel Tirols bei A. BONOLDI, *Aspetti della politica commerciale asburgica nel Tirolo del secondo Settecento*, ungedr. wirtschaftswiss. Dissertation, Milano 1998 (im Druck voraussichtlich 1999) und für die Lombardei, R. PICHLER, *Wirtschaft der Lombardei*, S. 140-163.

[56] Vgl. J. KOMLOS, *Die Habsburgermonarchie als Zollunion. Die Wirtschaftsentwicklung Österreich-Ungarns im 19. Jahrhundert*, Wien 1986.

[57] D.F. GOOD, *Austria-Hungary*, in R. SYLLA - G. TONIOLO (edd), *Patterns of European Industrialization. The Nineteenth Century*, London - New York 1991, S. 232.

Parte III

Modelli d'aggregazione: tradizione urbana, tradizione comunitaria, tradizione cetuale

Udine capitale della Patria del Friuli: la costruzione di un'identità cittadina per un ruolo di governo

di *Roberta Corbellini*

Il fenomeno delle città-stato, sviluppatosi nel XII secolo entro il quadrilatero Vercelli-Treviso-Asti-Bologna, è avvenimento ben noto[1] e noto di conseguenza il limite geografico oltre il quale il fenomeno non dilagò perché frenato da strutture castellane, da presenze feudali e signorili. Oltre questo limite, infatti, si era sviluppata una cultura della dominanza collegata alla tradizione d'oltralpe. Un mondo diverso, contrassegnato da un «reticolo di feudi, di piccoli centri murati, di città sommerse da giurisdizioni signorili» che a est iniziava nella Patria del Friuli[2].

Al centro di questa regione nel XII secolo si era appena ingrandito un borgo rurale a corona di un colle sovrastato da una rocca. Il suo nome, *terra Utini*, non prevedeva ancora dimensioni urbane[3]. Solo più tardi i patriarchi, titolari del vasto territorio agganciato all'Impero, le concedevano privilegi di mercato, rendite di dazi e prerogative giurisdizionali tali da trasformarla in una città protetta, centro amministrativo dell'autorità pubblica e assieme comunità governata con propri statuti e organismi[4].

[1] G. CHITTOLINI, *Centri minori e città tra medioevo e rinascimento nell'Italia centro-settentrionale,* in P. NENCINI (ed), *Colle di Val D'Elsa: diocesi e città tra '500 e '600,* Castel Fiorentino 1994; G. CHITTOLINI, *Organizzazione territoriale dei distretti urbani nell'Italia del tardo medioevo,* in G. CHITTOLINI - D. WILLOWEIT (edd), *L'organizzazione del territorio in Italia e Germania: secoli XIII-XIV* (Annali dell'Istituto storico italo-germanico in Trento. Quaderno 37), Bologna 1994, pp. 7-26; G.M. VARANINI, *L'organizzazione del distretto cittadino nell'Italia padana dei secoli XIII-XIV,* in *L'organizzazione del territorio,* cit., pp. 133-234.

[2] Sulla Patria del Friuli restano fondamentali gli studi di P.S. LEICHT (ed), *Parlamento friulano,* Bologna 1917, in particolare vol. I, parte I, pp. XVII-LXIII; P. PASCHINI, *Storia del Friuli,* Udine 1990[4].

[3] Per la storia di Udine in età patriarcale ed età veneta si vedano le due opere di sintesi: C.T. ALTAN, *Udine in Friuli,* Udine 1982; A. TAGLIAFERRI, *Udine nella storia economica,* Udine 1982.

[4] *Statuti e ordinamenti del comune di Udine,* Udine 1898, in particolare la premessa storica ed istituzionale di V. JOPPI, pp. I-XCIII.

Udine dunque era cresciuta per diventare città, ma, per quanto analizzeremo, la funzione di capitale della Patria del Friuli le sarebbe stata contesa da circostanze territoriali che avrebbero mantenuto il suo ruolo sempre oscillante, talmente contrastato da impegnare gli udinesi in un intenso lavoro politico per la qualificazione di una valenza primaria all'interno del proprio carattere urbano. E questo non tanto in età patriarcale quanto e soprattutto in età veneta. Si tratta di una costruzione incessante per una identità, che tra il XVI e il XVIII secolo, finiva per coinvolgere il gruppo delle famiglie dominanti impegnandole in strategie mirate persino ad una progressiva autodefinizione. Costruzione di identità che, va detto subito, fino alla fine del Settecento restava impigliata nella storia medievale. Tesi pubbliche e convinzioni private, istituzioni e figure emergenti, tutto insomma veniva costantemente attratto da un centro originario – gli antichi statuti della Patria, i privilegi imperiali, il retaggio patriarcale – dove, nonostante il trascorrere dei secoli, sembravano germinare ancora i principali diritti territoriali. Solo la caduta della Repubblica veneta (1797) avrebbe troncato il nodo di una città in risalita sempre bifronte, cioè mai affrancata da quel passato da cui voleva emanciparsi.

Udine e il Parlamento della Patria del Friuli

Nel 1753 uno storico udinese, Francesco Beretta, dava alle stampe, con dedica ai deputati della città, l'opera divenuta subito celebre dal titolo *La Patria del Friuli descritta e illustrata colla storia dei monumenti di Udine sua capitale e delle altre città e luoghi della Provincia*[5]. Un viaggio di un erudito tra figure ed episodi, tra luoghi e ambienti su cui svetta la città descritta in questi termini:

> «Udine, città metropoli della vasta provincia del Friuli, è tra le nobili e illustri città d'Italia. Giace in mezzo alla provincia, bagnata da antichi canali di acque perenni i quali servono a una gran quantità di mulini. È circondata da alte mura che girano attorno per cinque miglia dopo che gli antichi patriarchi di Aquileia cominciarono ad ampliare la sua antica circonferenza. Da più di cinque secoli è la città primaria e capitale del Friuli dove risiedevano in tempi passati i patriarchi principi ed ove al presente siede il Luogotenente che ha la sovranità di cotesta Patria. Vi risiede per le cose spirituali anche il patriarca arcivescovo che in essa ha la fissa e determinata abitazione».

[5] *La Patria del Friuli descritta ed illustrata con la storia dei monumenti di Udine sua capitale e delle altre città e luoghi della Provincia,* Venezia 1753. Sull'opera del Beretta A. STEFANUTTI, *Vecchia e nuova nobiltà nella Udine di metà Settecento. Gli scritti di Francesco Beretta* in *Arte, storia, cultura, musica in Friuli nell'età del Tiepolo*, Udine 1998, pp. 39-51.

Una descrizione apparentemente blanda e stringata, un accenno appena ai caratteri urbani, ai monumenti, alle autorità, mentre più avanti, nel terzo capitolo, Udine riappare in un intenso affresco storico, poche pennellate per ricordare avvenimenti accaduti tra il duecento e il trecento, l'età d'oro del patriarcato. Tutto finisce al 1440 col primo patriarca di nomina veneziana.

Sembrerebbe incolore, eppure spiace di non poterla commentare riga per riga, questa descrizione, perché è una *summa* delle identità conquistate e pertanto non è neutra né neutrale. Come tutte le descrizioni di questa natura le parole sono architetture sapienti ed è bene precisare che ogni volta che si entra in possesso di testi analoghi, editi tra il Seicento e il Settecento, va attivata una legittima *suspicione* verso il testo e l'autore, per come l'uno o l'altro si pongano in relazione alle forze istituzionali dominanti e alla loro conflittualità: il partito del Parlamento e il partito della Città di Udine. Nella descrizione del Beretta nulla è casuale, né l'attributo di nobile capitale assegnato a Udine fin nel titolo, né l'insistenza sulle sedi delle autorità pubbliche alloggiate nei palazzi cittadini, tanto meno il richiamo storico a quella medievale volontà patriarcale che la destinò a città primaria, né la pennellata paesaggistica fermata sugli antichi canali su cui si affaccia una comunità popolosa e attiva[6]. L'opera del Beretta usciva in un momento positivo per gli udinesi. Celebrava l'importante istituzione della sede arcivescovile attribuita a Udine per sanare un antico conflitto tra Repubblica veneta, Austria e Papato riguardo alla dipendenza politica del patriarcato di Aquileia, alla nomina del titolare, all'esercizio delle funzioni, alla sede dei sinodi e della residenza ufficiale. Una questione molto complessa che si era trascinata dalla caduta del patriarcato risolvendosi solo nel 1752-1753 con l'istituzione di due arcivescovadi, a Gorizia e a Udine[7]. La decisione aggiungeva un tassello indispensabile alla pretesa centralità udinese rispetto a un vasto contesto territoriale e dava nuovi argomenti alla candidatura di Udine a capitale politica della Patria del Friuli. Dunque finalmente e ufficialmente sede vescovile, oltre a quanto già si evidenziava agli occhi dei contemporanei: città viva, residenza del Luogotenente veneto, punto aggregante per famiglie di buona nobiltà, di capacità intellettuale e disponibilità patrimoniale per il governo della cosa

[6] La popolazione all'epoca era di circa 14.000 abitanti. Il dato corrisponde alla generale tendenza di ripresa demografica. La città nel 1548 registrava 12.000 abitanti. Cfr. A. TAGLIAFERRI, *Udine nella storia economica*, cit., pp. 57-58.

[7] P. PASCHINI, *Storia del Friuli*, cit., pp. 843-861; A. BATTISTELLA, *I prodromi della spartizione del patriarcato d'Aquileia negli ultimi anni del secolo XVI*, in «Memorie Storiche Forojuliesi» (d'ora in poi «MSF»), IX, 1913, pp. 39-76.

pubblica. Tutti attributi che la classe dirigente cittadina, nobile e aristocratica, aveva concretamente conquistato attraverso più generazioni, seppur nella perenne conflittualità con il Parlamento della Patria, cioè con la società dei nobili castellani.

Il conflitto tra città e Parlamento, che senz'altro il Beretta aveva visto e giudicato, fu una delle maggiori preoccupazioni di Venezia verso la provincia friulana tanto che ogni Luogotenente nella relazione annuale si sentì di darne conto come si fa per un corpo in cui periodicamente si risvegliano i sintomi di un male incurabile. E non a caso parliamo di un corpo perché proprio il corpo fu assunto dalle parti in conflitto come propria metafora o argomentazione all'inizio di questa contrastata convivenza. E si vedrà il perché. Intanto è bene precisare che i due partiti, città e Parlamento, sono di fatto le principali istituzioni friulane sopravvissute all'eclissi dello stato patriarcale (1420). Il Parlamento era stato l'organo rappresentativo della feudalità giusdicente laica ed ecclesiastica, delle terre e città titolari di prerogative su grandi e piccoli spazi per investitura[8].

Diviso in tre stati, prelati, castellani, comunità, il Parlamento si era riunito quasi ininterrottamente da quando Pagano della Torre (1318-1331) ne aveva fatto un'istituzione permanente che si convocava nel castello udinese per provvedere alle necessità della patria, dalla difesa ai provvedimenti fiscali, dalla stesura di testi legislativi all'amministrazione della giustizia[9]. Anche in età veneta questa assemblea aveva continuato a riunirsi per trovare i modi attraverso cui calare nei territori di ciascuna giurisdizione le richieste dell'autorità. Un'assemblea dunque dotata di ampi poteri, che comunque si sentiva penalizzata. In effetti al Parlamento, Venezia aveva lasciato le competenze connesse con il potere legislativo, fiscale, della difesa, ma in una dimensione più rarefatta e ridotta e comunque indiriz-

[8] P.S. LEICHT (ed), *Parlamento*, cit., I, parte I, cap. IV.

[9] *Ibidem*, I, parte I, cap. V: i poteri del Parlamento sono: difesa dello stato (determinazione del contigente armato diviso in «talea» cioè obbligo dei vassalli di servire a cavallo e obbligo per il resto della popolazione di portare le armi), provvedimenti finanziari e tributari (determinazione delle imposte e prestazione di opere, nomina dei deputati per gli adempimenti connessi), legislazione (l'assemblea approvava norme ed elaborava leggi su tutte le materie che non erano di esclusiva prerogativa del Patriarca. La principale raccolta delle leggi viene promulgata nel 1366 con la redazione delle *Constitutiones Patriae Forii Julii,* volute dal Patriarca Marquardo), funzioni giudiziarie (giudizio di 1° grado per cause contro il Patriarca e contro i giusdicenti, di 2° grado sulle cause trattate dalla curia patriarcale, di 3° grado per cause già trattate in prima istanza da podestà, gastaldi e altri giudici e in seconda istanza dalla curia patriarcale).

zata dal Luogotenente e dalle magistrature centrali[10]. Il Parlamento comunque si configurava anche sotto Venezia come un corpo pubblico con una identità giuridica propria, espressa attraverso un codice di leggi – gli statuti della Patria del Friuli – mai tramontato, diplomi e titoli preveneziani significativamente posti nella propria effigie, che riconosciuti, dalla Serenissima, avevano trasferito anche nel nuovo corso della storia il messaggio della pregnanza pubblica parlamentare. E se è vero che il Parlamento era dilaniato all'interno da rivalità tra famiglie giusdicenti, è anche vero che esso si presentava all'esterno compatto, come un indivisibile organismo federativo, le cui parti erano cementate da un sentimento di comune appartenenza alla nobiltà di derivazione imperiale, parti unite nella difesa della Patria che il tempo aveva conservato come valore comune oltre che come bene territoriale per ciascuno dei suoi membri. Erano questi il ruolo e l'identità percepiti. In tutto l'entroterra veneto non esisteva un organismo simile. Lo stato marciano lo aveva conservato nonostante i chiari segni della sua difficile governabilità perché questo era l'indirizzo nelle altre province: mantenere gli assetti come si presentavano al momento dell'assimilazione territoriale.

Pertanto, la presidenza dell'assemblea parlamentare affidata al Luogotenente sin dagli inizi non aveva avuto il significato di una cancellazione quanto di una legittimazione e di un coinvolgimento. La fedeltà giurata da ciascun giusdicente e feudatario nell'atto di dedizione a S. Marco e di rinvestitura avrebbe dovuto infatti riprodursi nel Parlamento sotto forma di una collaborazione vassallatica.

Avversaria del partito parlamentare la città. Sebbene essa da sempre abbia fatto parte dell'assemblea votando tra le comunità alla pari degli altri membri, Udine rivendicava per sé sola, cioè per il proprio ceto dirigente, un nuovo ruolo, una autorevolezza e una superiorità che le sembravano dovute soprattutto in età veneta[11]. Nelle circostanze generali, nella trasfor-

[10] Sul passaggio dall'età patriarcale all'età veneta e sulla trasformazione del parlamento cfr. R. CESSI, *Venezia e la preparazione della guerra friulana (1381-1385)*, in «MSF», X, 1914, ristampa 1970, pp. 414-473; A. TAGLIAFERRI, *L'amministrazione veneziana in terraferma: deroghe e limitazioni al potere giudiziario dei Rettori,* in «MSF», LVI, 1976, pp. 111-134; G. SCARABELLO, *Aspetti dei rapporti tra Venezia e i gruppi sociali di terraferma,* in *Venezia e la feudalità*, Udine 1993, pp. 53-61; S. ZAMPERETTI, *I piccoli principi: Signorie locali, feudi e comunità soggette nello Stato regionale veneto dall'espansione territoriale ai primi decenni del '600,* Venezia 1991; R. GIUMMOLÈ, *I poteri del Luogotenente nella Patria del Friuli nel primo cinquantennio, 1420-1470,* in «MSF», XLV, 1962-1964, pp. 57-124; P.S. LEICHT, *Parlamento,* cit., II, parte I, pp. IX-XCVII.

[11] C.T. ALTAN, *Udine in Friuli,* cit., capp. III e IV, pp. 73-192; L. CARGNELUTTI, *Gli uomini e le istituzioni dalla caduta dello stato veneto al Regno d'Italia,* in L. CARGNELUTTI -

mazione seppur lenta della società pubblica, Udine sentiva di doversi appropriare di occasioni e progetti, istituzioni e compiti[12], a cui la Patria non poteva rinunciare, che né il Parlamento né i giusdicenti presi singolarmente potevano assumere e che proprio il Parlamento respingeva, autoriconoscendosi in quella dimensione su cui ci siamo già soffermati, «risultante dalla unione degli stati della provincia» «giammai abbassata a riconoscere nel suo seno un corpo emulo non che superiore»[13].

Territorialmente Udine era poca cosa. Il Beretta ci ha fatto vedere una città chiusa dentro mura medievali. Le nove ville infatti, su cui esercitava giurisdizione, erano uno straccetto di territorio, stretto e interrotto da altre giurisdizioni[14]. Le mancava dunque un distretto che sorreggesse la sua preminenza, come era avvenuto per altre città fuori dalla Patria del Friuli. E le mancavano anche gli altri requisiti universalmente affermati. Gerolamo da Porcia nel 1567 aveva già spiegato alla Santa Sede che Udine non era città per non essere «forte» e per non avere vescovado[15]. Anche Jacopo Valvasone di Maniago, un anno prima, aveva dovuto riconoscere che le mancavano le principali qualità pertinenti alla città ben fondata: un porto marittimo, un fiume navigabile fino al mare, una strada di grande comunicazione[16]. Udine così aveva dovuto cercare altrove i propri caratteri fondanti, articolando il discorso su più piani. Investendo energie e talento per una candidatura a città capitale avrebbe dunque «costruito» gli udinesi, le famiglie nobili cittadine, gli uffici e le pubbliche istituzioni, in una progressiva delineazione di identità contrapposta all'identità parlamentare.

R. CORBELLINI, *Udine napoleonica. Da metropoli della Patria a capitale della provincia del Friuli*, Udine 1997, pp. 15-41; L. CARGNELUTTI, *Riflessi della guerra di Candia in Friuli: vecchia e nuova nobiltà*, in C. FURLAN (ed), *Antonio Carneo nella pittura veneziana del Seicento*, Portogruaro 1995, pp. 11-22.

[12] Cfr. l'analisi di queste trasformazioni nel corso del Settecento in L. CARGNELUTTI - R. CORBELLINI, *Udine napoleonica*, cit., pp. 15-306.

[13] Biblioteca Comunale di Udine (d'ora in poi BCU), *Fondo principale*, ms 928, *Memoriale del Parlamento al Generale Wallis contro la città di Udine.*

[14] La giurisdizione si estendeva sulle ville di Bressa, Carpenedo, Galleriano, Paderno, Pozzuolo, Vissandone e sui villaggi fuori le mura di Laipacco, Vat, Casamatta.

[15] J. DA PORCIA, *Descrizione del sito,costumi e governi della Patria del Friuli,* BCU, ms 641.

[16] J. VALVASONE DI MANIAGO, *Della città di Udine. Discorso. (1566)* in *Monografia friulana,* Udine 1847, rist. anast. Udine 1977, pp. 37-43.

Nell'orto fecondo della storia: un'autorappresentazione all'origine di un conflitto

Nel 1561 la città affidava all'intelligenza e alla capacità oratoria di un giurisperito rimasto anonimo la redazione di un testo a propria difesa, una tesi decisamente controcorrente esposta in un manoscritto dal titolo *Anatomia della Patria del Friuli*[17]. Il documento destinato all'autorità centrale è scritto per una controversia sul diritto dei deputati udinesi ad affiancare da soli il Luogotenente nelle pubbliche riunioni, se tenute nello spazio urbano. È una prerogativa contestata dai deputati del Parlamento che, essendo eletti da un organismo a cui Udine appartiene come membro votante, ritengono di rappresentarla e di esserne voce alla pari degli altri soggetti votanti. La questione delle precedenze verrà portata spesso in giudizio analogamente ad istanze simili, come l'invio di ambasciatori ad altre corti, o la posizione da occupare tra i seggi nel salone del Parlamento, o la scelta tra un nobile cittadino e un nobile castellano nelle missioni fuori patria. Questioni di forma che per Udine diventano sostanza nel secolo XVI, quando la struttura parlamentare, voluta da Venezia inizia a soffocare dinamiche di relazione nella società friulana.

Nell'*Anatomia* gli udinesi presentano a Venezia e al Parlamento una tesi che sovverte l'ordine delle tradizionali argomentazioni con cui fin qui i due contendenti si erano tenuti testa. Il manoscritto si apre con un'immagine inaspettata. La Patria non è luogo geografico ma un corpo di donna nudo adagiato in un mare azzurro. Dal capo alla punta dei piedi simboleggia un organismo territoriale che come tutti gli organismi ha un centro vitale da cui traggono forza e spirito le membra e gli organi accessori. Al Parlamento, che dubita e vuole l'equivalenza delle parti, Udine mostra le regole della Natura che ha imposto gerarchie per ben funzionare. Una allegoria, ma anche una tesi, che imputa ai suoi detrattori l'eresia di un'abiura verso una legge superiore. In questo corpo esiste un capo, un cuore, braccia e gambe, mani e piedi. Su ogni organo sorge una città o un castello. Aquileia è la testa, Udine il cuore, da cui anatomicamente irradia lo spirito vitale[18].

[17] BCU, *Fondo Joppi*, ms 134. Il volumetto, legato in pergamena di cc. 35, porta questa annotazione sul *recto* della prima carta «Desumesi scritta l'anno 1561 sotto il Luogotenente N.H. Gabriel Moresini, p. 31 a 43 t. Scritta da un udinese contro la preminenza che i Deputati della Patria tendevano di esercitare in Udine».

[18] C. 4v, «et il chore solo è principale. Dal quale ogni virtù vitale, animale e materiale di questa illustrissima matrona dipende».



Fig. 1. L'immagine simbolica del manoscritto *Anatomia de la Patria del Friuli* (sec. XVI), Biblioteca Civica di Udine, *Fondo Joppi*, ms 134.

Non è una riscrittura del sermone di Menenio Agrippa. Qui la città condivide l'identità che si dà il Parlamento ma assume il principio che il tutto non può essere preferito alla parte. La Patria è un tutto ma per aggregazione di parti principali e parti accessorie[19].

A Venezia, che analizzerà il testo, Udine parla invece con le regole del diritto e della storia e con lucida fermezza chiama a testimoniare in proprio favore gli episodi vissuti e quell'onore conquistato negli eventi tramite qualità civili che altri non possono vantare: la devozione, la gratitudine, la fedeltà alla signoria, la ricchezza, la nobiltà, la fermezza delle proprie famiglie che hanno dato sostegno al principe in pace e in guerra, con armi e danaro. E se Venezia dubita, ecco il ricordo preciso di un accadimento: se nel 1420 Udine non si fosse arresa, e avesse resistito, altre città l'avrebbero seguita. Venezia dunque deve alla città la sottomissione di molti luoghi e castelli e l'attribuzione al doge della sovranità superiore[20].

La figura non salvifica ma onorevole degli udinesi, l'identità di città-capitale morale si sviluppa nel testo passando attraverso scenari storici e affermazioni di principio, brani di autori come Paolo Diacono, il Candido e il Sabellico e versetti del Vangelo[21] che finiscono per fornire solide basi alla teoria e avvalorano l'autodefinizione della città: Udine è metropoli per sito[22] e per nobiltà degli edificatori, è capitale spirituale perché vicaria di Aquileia, metropoli di autorità a partire dal riconoscimento concessole dal patriarca Popone[23], metropoli per nobiltà, ricchezza e moltitudine delle sue famiglie[24], metropoli di virtù conquistate con il valore guerriero[25], metropoli per liberalità dei suoi cittadini[26], dunque degna del diritto e del privilegio chiesti come parte maggiore a confronto delle parti minori e

[19] C. 3r.

[20] C. 5v.

[21] Vengono più volte riportate a partire da c. 3v, dalla parabola della vigna, le parole con cui Gesù risponde alla madre dei figli di Zebedeo la quale aveva chiesto di farli sedere l'uno a destra e l'altro a sinistra, cfr. S. Matteo, cap. XX.

[22] Cc. 12 e ss.

[23] C. 17v, «Udene solo signori clarissimi a gli tempi di Pepone quinquagesimo primo Patriarca sovra tutte le terre della Provincia come seconda Aquileia era aggradita».

[24] C. 20r.

[25] Cc. 20v e ss.

[26] C. 36r. Si riportano esempi concreti di liberalità degli udinesi i quali hanno più volte finanziato le guerre veneziane contro i turchi.

sussidiarie. Quindi, alla luce della silloge, come per i corpi in natura o per gli uomini nella società che ottengono rispetto per le virtù delle lettere, delle scienze, delle armi e del civil governo[27], così i deputati di Udine devono precedere i deputati del Parlamento della Patria.

L'eredità patriarcale

Il punto di attrito tra città e Parlamento sta nella rivendicazione prioritaria del legame con lo stato patriarcale a più riprese invocato nel manoscritto. Tutti sentono di averne un cromosoma. Il Parlamento è convinto e lo sarà sempre di esserne il principale erede. Solo nella somma delle sue parti infatti è rappresentata la Patria nell'originale interezza sia per territorio che per facoltà di governo. Il Parlamento si sente depositario insomma di un mandato di perpetuazione di una norma e di una sovranità composita. È sopravvissuto alla distruzione politica del patriarcato e dunque ne serba i caratteri di dominio, prolungandoli nel tempo e nello spazio. L'originario legame vassallatico col *dominus* si è trasferito nell'assemblea dei vassalli. Accettare un'alterazione e introdurre una gerarchia interna dando a una comunità un nuovo ruolo significherebbe intaccare il nucleo storico e l'identità dei principali soggetti giusdicenti.

Udine, invece, nel rappresentarsi figlia di Aquileia intende far emergere dalla storia la volontà dei patriarchi di creare un nuovo corpo pubblico cui affidarsi, confidando nelle doti delle famiglie cittadine più garanti e fedeli delle castellane. Venezia, guarda all'uno e all'altro cercando di rinsaldarne l'alleanza al solo fine di soggiogarne la fedeltà. Un triangolo in cui media e tenta la conservazione delle cose perché a sua volta è erede patriarcale nei poteri amministrativi e giurisdizionali apicali[28]. Le ampie facoltà temporali su tutta la Patria, sui feudi, sulla difesa, sulle popolazioni sono in sua mano. L'indennizzo concesso agli sconfitti sotto forma di

[27] Cc. 40v e 41v.

[28] I poteri esercitati attraverso il Luogotenente sono: esercizio della giustizia in appello sulle sentenze dei giusdicenti, esercizio della giustizia in civile e criminale sui territori non soggetti ad altra giurisdizione, nomina dei magistrati che presiedono ai tribunali di particolari giurisdizioni (capitano di Udine, gastaldi etc.) ed inoltre tutti i provvedimenti connessi all'amministrazione del territorio: controlli sulla Camera fiscale e Monti di Pietà, stabilità dei confini, organizzazione delle milizie locali, buon funzionamento del fontico delle biade, stato della sanità e servizi di protezione della popolazione durante carestie e pestilenze, cfr. A. TAGLIAFERRI, *Relazioni dei rettori veneti in terraferma,* in *La Patria del Friuli,* Milano 1973, pp. XVII -XLVIII.

un ampio e ragguardevole feudo con seggio in Parlamento[29], testimonia non solo la dissoluzione ma la sostituzione di quella antica autorità. Quanto al potere spirituale, alla guida dei cattolici e del clero di un vasto distretto ecclesiastico, rimasto intoccato, Venezia se ne assicura la «discendenza» con l'elezione di elementi tratti dalle maggiori famiglie del suo patriziato[30].

Nobiltà delle famiglie udinesi

Ma la contesa città-Parlamento non era tutta e solo istituzionale.

L'aver indicato le proprie famiglie e le loro qualità morali, l'aver citato la loro generosa fedeltà come valore di equilibrio e di garanzia per lo stato, significava candidare la nobiltà udinese al vertice della gerarchia politica affermata nell'*Anatomia*.

La nobiltà udinese nel secolo XVI era altra cosa rispetto alla nobiltà castellana. Quell'attitudine alla liberalità e alla fedeltà, chiamata in causa nel manoscritto a fronte di una sottintesa reticenza castellana, aveva solide radici nella tradizione, o meglio, nello sviluppo della città patriarcale.

Famiglie toscane, lombarde, o dell'entroterra friulano, già nel Duecento erano state richiamate in questa terra murata dalle opportunità che essa offriva. Si era costituita così una comunità di banchieri, commercianti, avvocati, notai, medici che avevano contribuito al decollo economico udinese e, assieme, al prestigio politico[31]. L'aristocrazia castellana era rimasta fuori assistendo da una posizione privilegiata e distante, che allora non sembrava marginale, alla trasformazione del piccolo borgo in polo urba-

[29] P.S. LEICHT (ed), *Parlamento,* cit., II, parte I, cap. III, «si deve inoltre, quanto a questi mutamenti dell'assetto territoriale della patria, tenere conto delle convenzioni intervenute il 31 maggio 1445 tra la Signoria e il patriarca d'Aquileia Ludovico Trevisan Cardinale Camerlengo di Santa Romana Chiesa, colle quali la Signoria, assegnando al Patriarca la giurisdizione su tre comuni friulani cioè Aquileia, S. Vito al Tagliamento e S. Daniele ne fu calcolato per convenzione il reddito in 2.000 ducati d'oro all'anno che vennero versati dalla Repubblica».

[30] P. PASCHINI, *Storia del Friuli,* cit., nota 7.

[31] Vari studi sulla composizione della classe dirigente udinese in età patriarcale. Si veda: C.T. ALTAN, *Udine in Friuli,* cit.; A. TAGLIAFERRI, *Ruolo dei Toscani nell'economia friulana,* in *I Toscani in Friuli,* Firenze 1992; L. CARGNELUTTI, *I toscani nell'Archivum Civitatis Utini: le aggregazioni alla cittadinanza,* in *I toscani,* cit. ed inoltre A. BATTISTELLA, *Udine nel XVI secolo*; dello stesso autore, *I toscani in Friuli e un episodio della guerra degli otto santi,* Bologna 1898; e ancora dello stesso si veda *I lombardi in Friuli,* Milano 1891.

no. Solo alla fine del trecento i da Castello, i Pers, i Colloredo, i Villalta, i di Prampero, gli Zucco, i Fontanbona avevano chiesto di entrare in città per risiedervi. La paura degli *habitatores* di venir sopraffatti da costoro, sancita nel 1348 sotto il patriarca Bertrando con l'esclusione dei castellani dal diritto di cittadinanza, si veniva dunque attenuando[32]. A questi e agli altri che via via si aggiungevano veniva concesso il diritto di vicinanza con l'accesso alle cariche pubbliche, uno dei principali vantaggi. Nelle contrade, accanto a botteghe e studi notarili, sorgevano i luoghi urbani di questa prestigiosa nobiltà feudale. Palazzi con corti, braide e orti circondati da muraglie, «addossati gli uni agli altri e comunicanti tra loro attraverso cortili e accessi interni, quasi dei ridotti fortificati»[33].

Tali luoghi nel 1511 si sarebbero macchiati di sangue, di terrore. L'intera città sarebbe stata trascinata nella famosa guerra delle due faide filoveneziane e filoimperiali, nel nero conflitto tra gli «zamberlani» dei Savorgnan e gli «strumieri» dei della Torre, pagando a caro prezzo la propria espansione. E sono così note le pagine che hanno descritto la «crudel zobia grassa», quelle scene di incendi e di fumo, di urla e di corpi trafitti, quel dilagare della violenza faidale da risparmiarcene la rievocazione[34].

Udine usciva da quell'orrore elaborando l'esperienza dapprima sul piano istituzionale. Per volontà della Serenissima nel 1513 l'arengo veniva soppresso. Nasceva un Consiglio maggiore composto da 230 membri di cui 150 nobili e 80 popolari. Veniva nominato un organo esecutivo composto da 7 deputati a maggioranza nobiliare e più tardi nel 1518 la città si dotava di una *Conscriptio nobilum*, la matricola delle famiglie eleggibili alle alte cariche, che giustamente può essere considerata il gene dello status nobiliare cittadino[35]. Con la matricola la parte nobile della comunità urbana iniziava a selezionare il proprio corpo elettorale, chiudeva le maglie di una società troppo larga e promiscua, approfondiva il privilegio della separatezza e dava inizio ad una autodefinizione. Attraverso una

[32] C.T. ALTAN, *Udine in Friuli,* cit., pp. 49 e 60.

[33] F. BIANCO, *1511, «La crudel zobia grassa». Rivolte contadine e faide nobiliari in Friuli tra '400 e '500,* Pordenone 1996, p. 33.

[34] *Ibidem*, è l'opera più recente sugli accadimenti; rilegge e reinterpreta la cronaca dell'Amaseo «Historia della crudel zobia grassa ...», Venezia 1884-1885, confrontandola con fonti archivistiche che testimoniano l'ondata di rivolte contadine tra XV e XVI secolo. Vedi anche L. CARGNELUTTI, *Antonio Savorgnan e l'insurrezione del 1511*, in *I Savorgnan e la Patria del Friuli dal XII al XVIII,* Udine 1984, pp. 121-124.

[35] C.T. ALTAN, *Udine in Friuli,* cit., p. 124.

prerogativa normata[36] – la concessione della nobiltà – il ceto più potente iniziava insomma a determinare lentamente l'identità del proprio simile sulla base di attributi pubblicamente riconosciuti nei quali Udine stessa si riconosceva e si sarebbe fatta riconoscere ovunque.

Nell'epoca in cui si scriveva l'*Anatomia* nuove famiglie erano entrate nella *Conscriptio*. La nobiltà non risultava inaccessibile e anzi la città in molti tratti della sua esistenza si era dimostrata aperta e accogliente, incline a favorire un certo dinamismo sociale al proprio interno. Il libro d'oro si era più volte aperto per famiglie di origine «popolare» che con l'esercizio dell'attività di prestito, della mercatura, delle arti liberali e del notariato avevano guadagnato una posizione ormai onorevole e decorosa. Tant'è che nel 1685 la nobiltà udinese assommava a circa 200 famiglie, molte di più delle 107 elencate nel 1518. Altre sarebbero entrate nel settecento, con l'esibizione di titoli e prove ormai di routine[37]. Il privilegio di nobiltà costituiva dunque per molti un punto d'arrivo cui si perveniva attraverso strategie di lunga durata, con l'obbedienza alle regole degli statuti cittadini, la residenza entro la cerchia urbana per almeno otto anni, il regolare pagamento delle imposte e di altri obblighi, una condotta morale acclarata, uno status patrimoniale apprezzabile[38]. Tuttavia il filtro aveva una trama sottile e se non appariva come la biblica cruna dell'ago era comunque fortemente selettivo su alcuni requisiti da accertare.

Al forestiero veniva chiesto di presentare le prove genealogiche della propria discendenza; se già nobile, gli attestati del titolo dichiarati da altra città o da un ordine sovrano, spesso l'atto di matrimonio con una nobildonna udinese, condizione diffusa e praticata che dimostrava l'intenzione del dichiarante di far crescere qui i propri figli e soprattutto di concentrare qui il meglio delle proprie sostanze. Non era inconsueto ascoltare, attra-

[36] Sull'aggregazione alla cittadinanza nobile cfr. L. CARGNELUTTI, nota introduttiva in *Archivum Civitatis Utini*, II, lettere CH-DA, Udine 1991, pp. IX-XIII, ed inoltre della stessa, *Jacopo Marinoni e l'ambiente udinese attraverso gli epistolari (1728-55)*, in *Arte, storia, cultura*, cit., pp. 53-61.

[37] C.T. ALTAN, *Udine in Friuli*, cit., pp. 131-146. La matricola o libro d'oro è conservata in BCU, *fondo Joppi*, ms 963. Lo stato delle famiglie iscritte nel 1685 si trova in Archivio di Stato di Udine (d'ora in poi ASU), *Archivio comunale di Udine, parte antica* (d'ora in poi *ACA*) b. 32. *Famiglie nobili della Magnifica città di Udine* altrimenti chiamato *Indice*. Il numero delle famiglie è stato stabilito con approssimazione sulla base di un riscontro tra famiglie annotate al momento della redazione del manoscritto e famiglie inserite nell'elenco successivamente. Il documento infatti è stato aggiornato e scritto a più mani.

[38] Nel 1751 la rendita viene fissata a 1.500 ducati, nel 1754 il Senato stabilisce che tali rendite vengano provate da documenti di possesso.

verso la formula di rito, parole di dedizione alla nuova «madre e patria» con una promessa di eterna gratitudine per il riconoscimento concesso, fino alla vita, «financo il sangue»[39].

Per il popolare, già udinese, l'accesso alla nobiltà era condizionato invece dalla legge emanata dal Consiglio dei X nel 1555 mantenuta fino al 1797. Un popolare «onorevole» poteva essere proposto e «ballottato al numero di consiglier nobile», quindi accedere alle cariche e uffici riservati all'ordine, solo se lui e il padre erano nati in città e né l'uno né l'altro avevano esercitato «arte meccanica manual, né saranno stati nel numero di consiglieri populari»[40]. Ed anche in questo caso attraverso la domanda formale, testimoni e «pieggi» convocati, il rito si colorava di parole generose per rimuovere ogni dubbio ed esporre con tutta intensità la gratitudine del richiedente.

Talvolta era la città che promuoveva l'aggregazione al proprio ordine nobile, perché fosse visibile la reciprocità di una promessa di gratitudine. Un paio di esempi soltanto. Nel 1523 i decani dei borghi chiedevano al Consiglio della città di considerare la generosità dimostrata da Rizzardo di Valvasone che aveva operato «ferventemente si con parole, dove s'ha trattato dell'onore, come con denari, subvenendo lo fontico et subministrando alli poveri largamente dimostrazioni in affetto degne di perpetua memoria»[41]. Il riconoscimento perveniva anche a questo ramo della famiglia dei Valvasone che sebbene non a lungo (un atto del 1749 ne dichiarava l'estinzione)[42], avrebbe fatto parte del Consiglio nei ruoli nobili della città.

Elargizioni e gratitudine si saldavano anche per la famiglia Marchesi nel 1588. Ancora una carestia, ancora una elargizione di frumento e cereali, ancora un gesto verso la popolazione a rischio. Così Antonio diventava nobile. Ne aveva largamente i requisiti, essendo già ricchissimo, coltissimo e proprietario di un palazzo che dava lustro alla città. Ma mancava quella donazione, l'atto di liberalità che rendeva un uomo e la sua famiglia benemeriti. I Marchesi, già mercanti di ferro e metalli, fornitori dei granai pubblici di Udine e Cividale, appaltatori del dazio della seta di Conegliano

[39] Cfr. le petizioni conservate in ASU, *ACA*, b. 32. Altre notizie sui nomi delle famiglie aggregate in *Annali* della città di Udine in BCU. Sui singoli registri ogni anno venivano riportati gli atti di aggregazione.

[40] BCU, *Archivum Civitatis Utini* (d'ora in poi *ACU)*, ms P XXIII, cc. 268r-282v.

[41] BCU, *ACU*, ms CXXI, c. 215 r-v.

[42] ASU, *ACA*, b. 32.

e della Patria del Friuli, attendevano infatti l'aggregazione con un'investitura solenne e coronata da un discorso di proclamazione[43].

Il titolo ovviamente era la chiave d'accesso per un apprezzabile *cursus honorum*. La città attraverso un'elezione periodica nel Consiglio maggiore affidava le principali attività politiche e amministrative a persone che sapessero ricoprire tali cariche. Alcuni uffici erano destinati esclusivamente alla nobiltà: «l'Aggiunta, i 4 Giudici astanti, i 16 Centurioni, il Cassiere del Monte di Pietà, i 9 Procuratori dei monasteri delle monache di S. Chiara, S. Nicolò, S. Bernardino, i 3 Giudici dei confini, i 3 Giudici dei pupilli e delle vedove, i 4 Giurati, il Cameraro della fabbrica del Duomo, l'Esattore al sussidio, i 3 Provveditori alla sanità, i 3 Soprastanti alle fabbriche pubbliche, la nunziatura a Venezia» costituivano il fulcro dell'attività pubblica alla pari delle magistrature dei 7 Deputati, dei 3 Contraddicenti dei Sindaci e Conservatori del Monte di Pietà dei Provveditori e Sopraprovveditori del Fontico, in cui la nobiltà aveva comunque la maggioranza dei membri[44]. L'onorabilità, la aggiudicazione delle cariche, l'apporto di dignità urbana promesso e garantito, erano quindi valori da conquistare, principale campo sul quale i deputati e il Consiglio maggiore esercitavano il diritto alla selezione e le famiglie il proprio diritto alla competizione sociale. E pare scontato che, una volta ottenuto il titolo, fosse fondamentale conservarlo, mantenendosi in vetta da generazione a generazione. Giovavano le buone scelte matrimoniali, la numerosa discendenza, l'incremento dei patrimoni, la stima attribuita con gli studi o la carriera ecclesiastica, e di seguito, il decoro del palazzo, i servi in livrea, la carrozza a quattro cavalli, il posto al teatro, il banco nel duomo, la villa in campagna, la amicizia di illustri personaggi[45].

E così come la città dava immunità e privilegi tramite la carriera, la nobiltà cedeva alla città una quota dell'accrescimento ottenuto, persino una parte della ricchezza, se non altro con l'opera gratuita prestata negli uffici e con le elargizioni di rito alle chiese, ai luoghi pii, agli istituti del soccorso.

I due sistemi finivano per compenetrarsi. Ne nasceva un corpus civico nuovo e diverso dal corpus castellano e parlamentare che aveva guardato al processo udinese con distacco e persino con disprezzo per quella macchia

[43] R. CORBELLINI, *Le dimore dei Torriani tra presenza e assenza,* in *Fortificazioni e dimore nel Friuli centrale attraverso i secoli,* Udine 1990, pp. 11-24.

[44] M.A. FIDUCIO, *Del modo di governo della comunità di Udine,*Venezia 1862; A. BATTISTELLA, *Udine nel secolo XV, in* «MSF», XVIII, 1922, pp. 149-192.

[45] ASU, *ACA*, b. 32, come specificato per l'aggregazione della famiglia Mangilli (1749).

borghese incisa nella genealogia delle famiglie cittadine giunte al governo. Nobiltà pura contro nobiltà impura. Nobiltà maggiore, legittima, di elezione, contro nobiltà minore.

Nel Settecento la distanza tra i due ambienti si approfondiva in una ripresa delle ostilità. I motivi erano sempre gli stessi: la questione delle precedenze in Parlamento (1613), il diritto di inviare ambasciatori a principi e sovrani (1675-79), il diritto di giuspatronato sul duomo (1739), la titolarità dell'ufficio dei deputati alle cause pie (1768), dell'ufficio alla sanità per tutta la Patria (1771), persino la costruzione di una nuova strada postale in collegamento con Vienna (1775)[46]. Ognuno di questi casi diventava occasione per riaffermare ruoli e identità e nel contempo per affrettare il processo di separazione istituzionale. Le difese scritte in favore di Udine, le prove contro i parlamentari assumevano allora una nuova forza e intonazione pubblica. Era il modo per precisare, passo dopo passo, il senso di un'implicazione percepita ormai come necessaria tra le virtù civiche del ceto nobiliare e il potere delle istituzioni cittadine verso l'intera Patria. Sulle pagine e nei carteggi ritrovavano linfa e vigore le argomentazioni sedimentate e come per gemmazione dalle vertenze rinasceva l'antica tradizione. La pretesa discendenza patriarcale, le antiche concessioni, il medioevo generatore di privilegi intoccabili risbocciavano. Vecchia tradizione e nuovi meriti si univano dando materia a avvocati, giuristi, compilatori di storia udinese.

Tra questi il Beretta che nel 1753 ne esprimeva progetti e convinzioni. Aveva condiviso la costruzione dell'identità come membro di quel gruppo di nobili cittadini che l'avevano materialmente costruita, e ora la sua Udine non poteva che essere capitale[47].

[46] le vertenze qui elencate sono state analizzate attraverso lo spoglio degli atti originali conservati in BCU, *ACU*, e in ASU, *Fondo Caimo*, b. 62 e b. 64 di cui si da conto in L. CARGNELUTTI - R. CORBELLINI, *Udine napoleonica*, cit.

[47] Sulla figura di Francesco Beretta oltre al contributo di A. STEFANUTTI, *Vecchia e nuova nobiltà*, cit. si veda R. CORBELLINI, *Un trattato sul matrimonio di Francesco Beretta,* in R. CORBELLINI (ed), *Interni di famiglia: patrimonio e sentimenti di figlie, madri, mogli, vedove*, Udine 1994, pp. 175-176. I Beretta, originari del bergamasco, emigrano a Udine nei primi anni del '600. Nel 1648 acquistano beni feudali in Colloredo di Prato con investitura della Repubblica nel 1686. Altro acquisto nel 1715: Venezia vende la villa di Colugna e 5 carati della giurisdizione di Lauzacco con il titolo di conte. Nel 1731 la famiglia viene aggregata alla nobiltà udinese. L'archivio dei Beretta, in ASU, e in BCU, *Fondo Joppi*, ms 1688, lettere Beretta Muratori.

Freiheit als Element der politischen Traditionsbildung in der Eidgenossenschaft im 15. Jahrhundert*

von *Peter Blickle*

'Freiheit' als konstitutives und legitimierendes Argument für den politischen Verband der Eidgenossenschaft wurde im 15. Jahrhundert geschaffen. Als ausgearbeitete Tradition in Form einer kohärenten Erzählung findet sie sich verschriftlicht erstmals im *Weißen Buch von Sarnen*[1]. Dabei handelt es sich um ein vom Landschreiber Obwaldens um 1470 angelegtes Buch von Urkundenabschriften, das in seinem zweiten, sehr knappen Teil mit der Herkunft (dem 'Herkommen', wie die zeitgenössische Redeweise heißt) der Urner, Unterwaldner und Schwyzer einsetzt und mit der Beschreibung der Ereignisse des frühen 15. Jahrhunderts endet.

«Zum ersten – so heißt es im *Weißen Buch von Sarnen*[2] – so ist Vrẹ das erst land, das von eim Roͮmschen Rych enpfangen hat, das innen goͮnnen ist, da ze ruͥten vnd da ze wånen. Dem nach sọ sind Roͮmer koͮmen gan Vnderwalden, den hat das Roͮmsch Rych oůch da gọnnen ze ruͥten vnd ḍa ze wånen, des sind sy *gefryet* [Hervorhebung P.B.] vnd begabet. Dar nach sind komen luͥt von Sweden gan Swytz, das dera da heim ze vil was, die enpfiengen von dem Roͮmschen Rych di *fryheit* [Hervorhebung P.B.], vnd wůrden begabet da ze bliben, ze ruͥten vnd da ze wånen».

Die Freiheit der Waldstätte, die der Obwaldner Landschreiber deutlich mit Anspielung auf die Römer und Schweden implizit und mit der Privi-

* Als Abkürzungen werden verwendet: *Geschichtsfreund* = *Der Geschichtsfreund. Mitteilungen des Historischen Vereins der Fünf Orte Luzern, Uri, Schwyz, Unterwalden ob und nit dem Wald und Zug*, zitiert mit Bandnummer (und Erscheinungsjahr). *QW* = *Quellenwerk zur Entstehung der Schweizerischen Eidgenossenschaft*, hrsg. von der Allgemeinen Geschichtsforschenden Gesellschaft der Schweiz; Abteilung 1: *Urkunden*, 3 Bde., Aarau 1933-1964; Abteilung 2: *Urbare und Rödel*, 4 Bde., Aarau 1941-1957; Abteilung 3: *Chroniken*, 4 Bde., Aarau 1947-1975. Eine italienische Übersetzung des vorliegenden Beitrags findet sich in «Annali dell'Istituto storico italo-germanico in Trento», XXIII, 1997, S. 11-28.

[1] Das *Weiße Buch von Sarnen* ist mehrfach ediert und kritisch behandelt worden. Hervorzuheben sind die Bearbeitungen und Kommentare von H.G. WIRZ in *QW* 3/1 und von B. MEYER, *Weisses Buch und Wilhelm Tell*, Weinfelden 1985[3], S. 187-195.

[2] Wegen der leichteren Lesbarkeit wird hier nach der Edition von B. MEYER, *Weisses Buch und Wilhelm Tell*, S. 187-194 zitiert. Auf Einzelnachweise wird im folgenden verzichtet.

legierung durch das Reich explizit in den Vordergrund stellt, wird jedoch von den habsburgischen Vögten schließlich bedroht.

«Sy beschatzten ein hie, den andern da vnd triben grŏssen můtwillen vnd anders, denn sy gelŏpt vnd verheissen hatten vnd giengen tag vnd nacht da mit ymb, wie sy die lender vom Rich bringen mŏchten gantz in iren gewalt. Sy liessen ŏuch bůrg vnd hůser machen, dar vs sy die lender fůr eigen lůt beherschen mochten etc. vnd twůngen also fråm lůt vnd tåten innen vil ze leide etc.».

Von den Burgen geht unrechte Gewalt aus: aber nicht nur die Freiheit ist bedroht.

«Wa einer ein hůbsche frowen ŏder ein hubsche tŏchter hat, die namen sy imm vnd hatten sy vf den hůsern, die sy gemacht hatten, so lang innen das åben was vnd (wa) dar zů jeman vt rett, den viengen sy vnd beschatzten inn vnd namen imm das er hat».

Unbescholtene Frauen werden geschändet, Männer willkürlich gefangengesetzt und den Leuten ohne Recht ihre Güter entzogen[3], klagt der Chronist. Die Geknechteten, «der Stŏupacher von Switz vnd einer der Fůrsten von Vre vnd der vsser Melche vŏn Vnderwalden», finden sich schließlich zusammen, «vnd klagt jeklicher dem andern sin nŏt vnd sin kůmber vnd wurden ze rat vnd swůren ze semmen». Die Verschwörung, die Eidgenossenschaft, erweitert sich durch Werbung rasch. «Vnd brach ir jeklicher lůt an sich, denen sy mŏchten getrůwen, vnd triben das eben lang vnd alwend heimlich vnd tagten der zyt niena anders denn im Růdli».

Der Chronist schließt daran die Erzählung, wie einer der Eidgenossen, Wilhelm Tell, dem vom Landvogt Geßler aufgepflanzten Hut als Symbol der Herrschaft die Reverenz verweigert und aus einer Laune heraus vom Landvogt gezwungen wird, seinem Sohn einen Apfel vom Kopf zu schießen. Der Mord an Geßler ist die Folge, und er ist auch das Fanal zum Bruch der Burgen um den Vierwaldstättersee. Auf diese Weise, schließt der Bericht,

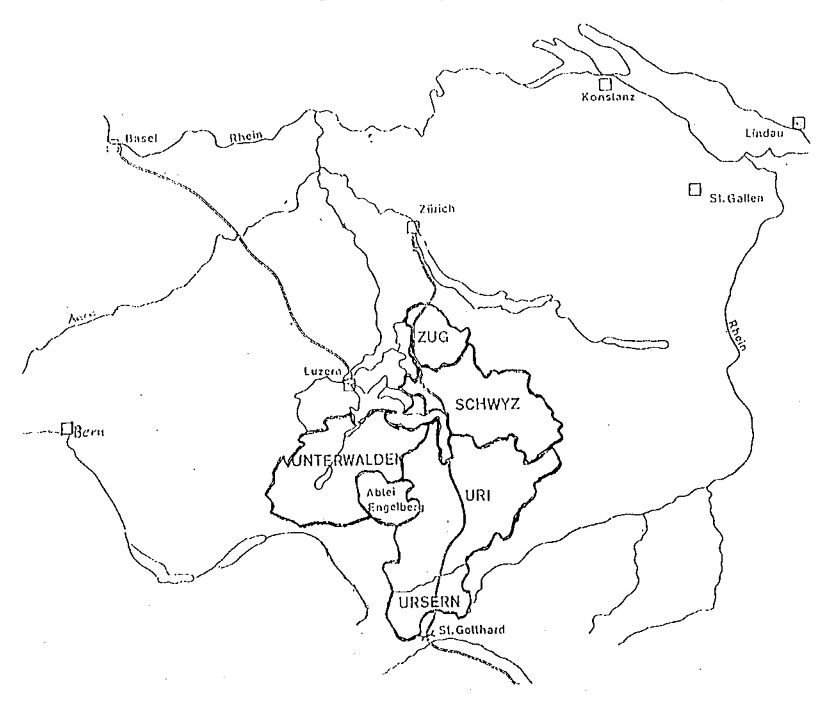
«hand die drů lender sich mit den eiden, so die heimlich zů sammen geswŏrn hatten, sich so vast gestergt, das der so vil was wŏrden, das sy meister wůrden. Dů swůren sie zů semmen vnd machten ein bůnd, der den lendern vntz har wŏl hat erschŏssen, vnd erwerten sich der herren, das sis nůmmen also hert hatten».

Der Text besteht aus vier deutlich unterscheidbaren Teilen, dem Freiiheitsmotiv (1), dem Tyrannenmotiv (2), dem Verschwörungsmotiv (3) und dem Tellmotiv (4). Die nötige Integration und die hohe Konsistenz gewinnt er durch seinen Ausgangs- und Fluchtpunkt. Weil die Freiheit von tyrannischen Herren mit Füßen getreten wird, kommt es zur Verschwörung.

[3] Die Motive breit ausgemalt, *ibidem*, S. 189 ff.

Die Verschwörung dient der Wiederherstellung der Freiheit. Nur durch den Tyrannenmord kann die Freiheit wiedergewonnen und nur durch den eidlich beschworenen Bund dauerhaft gesichert werden.

Abb. 1. *Die Vierwaldstätte Zug, Uri, Schwyz und Unterwalden im 15. Jahrhundert*



Der Konflikt wird in Tell personalisiert und so dem Vorgang eine zusätzliche Dramatik gesichert. Doch fehlt dem Tellmotiv die Stringenz, die Freiheitsmotiv, Tyrannenmotiv und Verschwörungsmotiv ineinander verschachtelt. Apfelschuß und Mord stehen sachlich und zeitlich in keiner einsichtigen Beziehung. Um so überzeugender hingegen ist der Nachweis der Germanistik, das Tellmotiv sei Teil einer schon im Hochmittelalter weitverbreiteten Sage in Nordeuropa, vornehmlich in Dänemark, England und Norwegen[4]. Damit kann es für die vorliegenden Überlegungen ausgeklammert werden.

[4] Grundlegend H. DE BOOR, *Die nordischen, englischen und deutschen Darstellungen des Apfelschußmotivs*, in *QW* 3/1, S. 1-53. Ergänzend G.P. MARCHAL, *Die «Alten Eidgenossen» im Wandel der Zeiten. Das Bild der frühen Eidgenossen im Traditionsbewußtsein und in der Identitätsvorstellung der Schweizer vom 15. bis ins 20. Jahrhundert*, in H. ACHERMANN - J.

Die Gründungsgeschichte, wie sie das *Weiße Buch von Sarnen* erzählt, dient, wie im folgenden zu zeigen ist, legitimatorischen Zwecken[5]. Das Verfahren, das zu belegen, ist die Analyse der Motive mittels der Möglichkeiten und Kriterien des heute erreichten Standes der Geschichtswissenschaft. Bei der Kritik soll und muß es allerdings nicht bleiben: das analytische Verfahren erlaubt es schließlich auch, die Teile anders zusammenzusetzen und als kohärente Gründungsgeschichte neu zu erzählen.

1.

Die 'Freiheit' steht nicht am Anfang der Eidgenossenschaft, sondern an ihrem Ende. Von einer von den Römern oder den Schweden herstammenden Freiheit kann keine Rede sein. Wie solche Überzeugungen zustandekommen können, hat Guy Marchal beispielhaft an der angeblichen Freiheit der Schwyzer gezeigt[6]. Während des Basler Konzils pilgerten Schweden im Gefolge des Erzbischofs von Uppsala über Schwyz nach Einsiedeln. Daraus ergab sich eine etymologische Verschränkung der Wörter Schweden und Schwyzer. In Schwyz wurde damit das «Herkommen» begründet, die Schwyzer seien Freie aus Schweden, ja ein von Gott besonders auserwähltes Volk, weil sich der Gotenkönig als erster germanischer Fürst zum Christentum bekannt habe[7].

BRÜLISAUER - P. HOPPE (edd), *Innerschweiz und frühe Eidgenossenschaft. Jubiläumsschrift 700 Jahre Eidgenossenschaft*, 2 Bde., Olten 1990, hier II, S. 320. Dort auch die einschlägige Literatur zum Stand der Tell-Forschung. Unter ihr verdient besonders herausgehoben zu werden die materialreiche Arbeit von B. MEYER, *Weisses Buch und Wilhelm Tell.*

[5] Verwiesen sei generell auf die ausführliche Auseinandersetzung mit Sagen und historiographischen Traditionen zur Geschichte der Schweiz durch G.P. MARCHAL, *Die «Alten Eidgenossen»*. Interpretatorisch gewinnt er seinen Bezugspunkt aus dem sozialgeschichtlichen Konzept der 'Ständegesellschaft'; er unterlegt dem *Weißen Buch von Sarnen* eine dichotomische Gegenüberstellung von Adel-Bauern (*ibidem*, besonders S. 325). Eine solche ist im Blick auf die Eidgenossenschaft in elaborierter Form allerdings erst zur Zeit Maximilians I. (*ibidem*, S. 313-317) entwickelt worden.

[6] G.P. MARCHAL, *Die frommen Schweden in Schwyz. Das «Herkommen der Schwyzer und Oberhasler» als Quelle zum schwyzerischen Selbstverständnis im 15. und 16. Jahrhundert* (Basler Beiträge zur Geschichtwissenschaft, 138), Basel - Stuttgart 1976. Die Freiheitstradition römischen Ursprungs wird wenig später im Urner Tellenspiel noch deutlicher herausgearbeitet. Das Material zur Tell-Tradition neulich nochmals zusammengestellt bei H. STADLER-PLANZER, *Geschichte des Landes Uri*, 1. Teil, Schattdorf 1993, S. 301-311.

[7] Das «Herkommen» wird später durch einen Landsgemeindebeschluß in Schwyz befestigt. Anläßlich ihres Zusammentritts wurde «bedacht vnd Betrachtet vnser fromen altvordern harkommen, Wie die vß Schwedyen von Hungersnott wegen mitt dem Loß

Um den Vierwaldstättersee waren viele Klöster begütert: Engelberg, Im Hof in Luzern, Einsiedeln, Wettingen und nicht zuletzt das Fraumünster in Zürich, um nur die bedeutenderen zu nennen. Deren Besitz wurde in Form von Höfen gegen jährliche Abgaben zur Bewirtschaftung an Bauern vergeben. Solche Bauern waren mehrheitlich nicht frei, als Gotteshausleute oder Eigenleute standen sie Leibeigenen näher als Freien. Bei allen Differenzierungen im Detail war ihre Rechtsstellung sehr ähnlich. Üblich war allerorten der Todfall, der in Form des besten Stücks Vieh im Stall von den Erben des oder der Verstorbenen entrichtet werden mußte. Damit sicherte sich der Herr oder die Herrin einen Teil des Arbeitsertrags, denn im Viehbesatz (in der Regel drei Stück Großvieh nach den heute vorliegenden groben Schätzungen[8]) drückt sich der Fleiß des Bauern aus. Belastend waren auch die Sanktionen, die Eheleute zu erdulden hatten, die eine ungenoßsame Ehe eingingen, das heißt außerhalb der klösterlichen Untertanenschaft ihren Ehepartner fanden. Nicht selten zogen die Klöster im Todesfall die gesamte Hinterlassenschaft ein und enterbten damit die Kinder. Beschränktes Erbrecht und eingeschränkte Heiratsfähigkeit sind (neben anderen) Merkmale eines personalen Status, mit denen auch Leibeigene definiert werden[9].

Einen Nukleus von Freien hat es freilich um den Vierwaldstättersee gegeben, sonst hätten die Kaiser nicht 1231 Uri, 1240 Schwyz und 1309 Unterwalden die Reichsfreiheit bestätigen können[10]. Über ihre Zahl indessen weiß man so gut wie nichts. Mit an Sicherheit grenzender Wahrscheinlichkeit waren sie gegenüber den klösterlichen Eigenleuten und den adeligen Unfreien (*servus*) in der Minderheit. Der Transformationsprozeß der Eigenleute und Unfreien in Freie ist eines der faszinierendsten Kapitel der Schweizer Geschichte, das bis heute noch nicht geschrieben wurde. (Ich kann ihn nur skizzieren.)

vßgetryben. Unnd alls sy von dem Lannd Schwedyen usgangen, hatt man Inen beuolchen, das sy sich theinem Irdischen herren vnderwerffen noch eygen machen, Sunder allein sich dem herren gott, der sy erschaffen, vnd dem waren gottessun Christo Jhesu, der vns mit sinem Bitteren Liden, Blut vergiessen vnd sterben erlößt, Ergeben». Deswegen sind täglich vorgeschriebene Gebete zu sprechen. Druck bei M. KOTHING (ed), *Das Landbuch von Schwyz in amtlich beglaubigtem Text*, Zürich - Frauenfeld 1850, S. 172.

[8] A. HAUSER, *Bäuerliche Wirtschaft und Ernährung in der Schweiz vom 15.-18. Jahrhundert*, in «Zeitschrift für Agrargeschichte und Agrarsoziologie», 19, 1971, S. 173.

[9] Vgl. zuletzt R. BLICKLE, *Leibeigenschaft*, in J. PETERS (ed), *Gutsherrschaft als soziales Modell* (Historische Zeitschrift, Beiheft 18), München 1995, S. 53-79.

[10] Verfassungsgeschichtliche Selbstverständlichkeiten werden nicht eigens belegt. Sie lassen sich über Handbücher mühelos verifizieren, beispielsweise H.C. PEYER, *Verfassungsgeschichte der alten Schweiz*, Zürich 1978.

Nachweislich seit der zweiten Hälfte des 13. Jahhrhunderts wächst die Zahl der Freien in der Innerschweiz ständig. Das ist zunächst offenkundig für Schwyz, wo in den 1260er Jahren Freikäufe quellenmäßig ziemlich zweifelsfrei nachgewiesen sind[11].

Ein weniger bequemer, wohl aber recht häufig begangener Weg in die Freiheit führte über die Erlangung des Rechts eines Gotteshausmannes oder einer Gotteshausfrau des Fraumünsters in Zürich. Solche Prozesse lassen sich besonders gut an Uri belegen.

Aus Urkunden des 13. Jahrhunderts ist bekannt, daß offensichtlich viele Menschen in Uri im Status von Unfreien oder Leibeigenen lebten, vor allem soweit sie unter adeliger Herrschaft standen. *Servi* werden sie in den lateinischen Quellen genannt[12]. Sie waren zu schwerer körperlicher Arbeit für ihren Herrn verpflichtet und unterstanden dessen *ius patronatus*, waren folglich nicht rechts- und geschäftsfähig[13]. Gelang es ihnen, durch Schenkung oder Kauf an das Fraumünster in Zürich zu kommen, blieb nominell zwar der Status eines *servus* oder einer *ancilla* bestehen, doch waren damit weitergehende Rechte verbunden. Als Gotteshausleute sollten Männer und Frauen das Recht haben, «das Ihre zu verwalten und berechtigt sein zu kaufen, zu verkaufen, zu schenken, zu übertragen, zu tauschen, vor Gericht zu erscheinen, Testamente zu errichten und alles und jedes zu tun, was jeder Zürcher Bürger, der dem genannten Kloster zugehört, tun kann, als stamme er von einer Magd desselben Klosters ab», «si de ancilla ipsius monasterii natus esset», heißt es in der lateinischen, originalen Fassung[14].

Gotteshausleute des Fraumünsters Zürich um den Vierwaldstättersee gleichen in ihrer Rechtsstellung Gotteshausleuten des Fraumünsters Zürich in der Stadt Zürich, und letztere sind Bürger Zürichs. Offenbar hatten die gewerblichen, handwerklichen und kaufmännischen Tätigkeiten der in

[11] *QW* 1/2 Nr. 546, S. 263 und Nr. 831, S. 424 ff.

[12] «Cum iure servitutis» werden Leute 1275 an Zürich tradiert (*QW* 1/1 Nr. 1185, S. 537); «servum meum proprium» übergibt ein Adeliger an das Kloster Seedorf (*QW* 1/1 Nr. 1212, S. 554). Vgl. ergänzend auch *QW* 1/1 Nr. 958, S. 434.

[13] Als 1289 Lutold von Regensberg seinen Leibeigenen Johannes an das Fraumünster in Zürich überträgt, wird dieser von der Leibeigenschaft befreit. «A mea potestate, manu, dominio ac ab omni conditione et gravamine operis et operarum penitus libero et eximo, remittens ei omne ius patronatus». J. ESCHER - P. SCHWEIZER - P. KLÄUI - H. NABHOLZ, *Urkundenbuch von Stadt und Kanton Zürich*, 13 Bde., Zürich 1888-1957, hier VI, Nr. 2075, S. 57.

[14] *Ibidem.*

Zürich lebenden Gotteshausleute des Fraumünsters eine Verbesserung des Unfreienstandes erzwungen: Geschäftsfähigkeit und Rechtsfähigkeit waren Voraussetzungen für eine aktive Betätigung in der städtischen Wirtschaft.

Wie oft der Eintritt in das Recht des Fraumünsters durch Freikauf oder Schenkung erfolgte muß offenbleiben. Selten war er nicht[15], möglicherweise sogar häufig[16]. Über das Recht des Fraumünsters erfolgt der soziale Aufstieg eines Unfreien ins Zürcher Bürgerrecht oder einen quasi gleichen Zustand, auch wenn man nicht in Zürich lebte. Damit waren die Gotteshausleute des Fraumünsters Zürich in Uri unbeschränkt geschäfts- und rechtsfähig und vermutlich den Freien rechtlich gleichgestellt. Denn wenn das Recht des Fraumünsters den Weg ins Bürgerrecht der Stadt ebnete, dann muß es auch den Weg ins Landrecht von Uri freigegeben haben.

Zu einem Abschluß scheint der hundertjährige Prozeß der Verbesserung der persönlichen Rechtsstellung der Bauern in der Innerschweiz in der zweiten Hälfte des 14. Jahrhunderts gekommen zu sein. 1359 urkundeten der Abt und der Konvent des Klosters Wettingen, «das wir all die Lüt in den Lendern ze Vre, ze Switz, ze Vnderwalden, vnd ze Vrsserren, die von Eigenschaft des libes vns vnd vnserm Gotzhus zuo gehorten, Es syen Man, Wip, oder Kint, wie si geheissen oder genemt sint, Ledig vnd los verkovft haben, vnd von ir bett wegen vf geben Der Ebtyschin vnd dem Cappittel gemeinlich des Gotzhus der Abtey zurich, ze der seligen Lieben Heilgen wegen sant felix vnt Sant Regulen»[17]. Auskunftsreicher ist der Revers, den die Äbtissin des Fraumünsters in Zürich über dieses Rechtsgeschäft ausstellt. Sie versichert, «das wir die selben Lüt vnd alle ir nachkomen vns vnd vnserm Gotzhus behalten vnd behaben sülent, mit aller rechtung, friheit vnd ehafti, Als wir vnd vnsers Gotzhus vordern ander Lüt in den vorbenemten Lendren, die von Eigenschaft des Libes vnserm Gotzhus zugehorent, vntz her gehept vnd Bracht haben, ane alle geuerd,

[15] *Ibidem*, Nr. 2077, S. 60 f.; Nr. 2135, S. 115 f.; VIII, Nr. 3060, S. 320 f.

[16] Naturgemäß ist die Überlieferung bei geistlichen Institutionen, die ihre Bedeutung in einer Stadt früh verloren haben, recht lückenhaft. Für Augsburg beispielsweise, für das angenommen wird, daß der soziale Aufstieg gleichfalls durch Ergebung oder Schenkung an eine geistliche Institution erfolgte, ist der Urkundenbestand noch erheblich schmäler. Vgl. K. Bosl, *Die wirtschaftliche und gesellschaftliche Entwicklung des Augsburger Bürgertums vom 10. bis zum 14. Jahrhundert* (Sitzungsberichte der Bayerischen Akademie der Wissenschaften, philosophisch-historische Klasse. Jahrgang 1969. Heft 3), München 1969, S. 14.

[17] *Geschichtsfreund*, 8 (1852), S. 60 f.

won ovch die selben Lüt alle vnd alle ir nachkomen gentzlich beliben sülent by der friheit vnd aller rechtung, als ander Lüt die vnser Gotzhus inn dem selben Lant ze Vre her Bracht hat ane alle geuerd»[18].

Mindestens für die ehemaligen Eigenleute Wettingens galt jetzt das nämliche Recht wie für Fraumünsterer Gotteshausleute, und zwar unterschiedslos in Uri, Schwyz, Unterwalden und Ursern. Rücksichtlich des personenrechtlichen Status war das, um es mit Nachdruck hervorzuheben, Zürcher Bürgerrecht.

In der zweiten Hälfte des 14. Jahrhunderts verloren alle Klöster ihren Besitz an die Länder und damit verloren sie auch die Menschen, die ihn bewirtschafteten – Einsiedeln und Engelberg an Schwyz, Wettingen, Rathausen, Kappel, Frauental und das Zürcher Fraumünster an Uri[19]. Nidwalden verbot 1363, Obwalden 1382 jeden Verkauf von Gütern an Klöster[20] und verhinderte damit auch jede Revitalisierung eines unfreien Status von Bauern, der sich mittels der Grundherrschaft immer wieder hat herstellen lassen.

2.

Die Tyrannei der habsburgischen Vögte liegt dem *Weißen Buch von Sarnen* zufolge zeitlich vor der Verschwörung. Da sie, die *coniuratio*, urkundlich belegt durch den sogenannten Bundesbrief, 1291 stattfand, müßten sich die tyrannischen Vögte vor 1291, also während der Regierungszeit Rudolfs von Habsburgs nachweisen lassen.

Es ist unstrittig, daß Rudolf von Habsburg, seit 1240 Senior des Hauses und seit 1273 deutscher König, seine Herrschaftsrechte nicht nur in der Schweiz, sondern im Südwesten des Reiches generell ausgeweitet hat, aber politisch bedeutender war gewiß sein Ausgreifen nach Osten. In der militärischen Auseinandersetzung zwischen ihm und seinem Gegner Ot-

[18] *Geschichtsfreund*, 5 (1848), S. 261.

[19] *QW* 2/2, S. 110 und QW 1/3. Nr. 879, S. 550-556 [für Einsiedeln]. *QW* 2/4, S. 339. P. Kläui, *Bildung und Auflösung der Grundherschaft im Lande Uri*, in «Historisches Neujahrsblatt [Uri]», NF, 12-13, 1957-1958, S. 40-89, hier S. 78. P. Kläui, *Die Meierämter der Fraumünsterabtei in Uri, ibidem*, NF, 10-11, 1955-1956, S. 7-34, hier S. 8 ff.

[20] T. Graf, *Das Nidwaldener Landesgesetz von 1363 gegen die Tote Hand*, in «Beiträge zur Geschichte Nidwaldens», 17, 1944, S. 7-19, hier S. 7. C. Deschwanden (ed), *Die Rechtsquellen von Nidwalden (Altes Landbuch von Nidwalden)*, in «Zeitschrift für schweizerisches Recht», 6, 1857, S. 79-185, hier S. 80.

tokar von Böhmen verlor dieser seine Rechte in Österreich. Das war langfristig gesehen «ein weltgeschichtliches Ereignis, das den Umsturz der politischen Geographie des Hochmittelalters bewirkte: Der Weg war frei ... zum kommenden, jahrhundertelang modernen Gebilde der Großdynastie in Ostdeutschland»[21].

Trotz dieser Verlagerung habsburgischer Interessen an die Ostgrenze des Reiches muß man in der zweiten Hälfte des 13. Jahrhunderts von einer gezielten Territorialpolitik der Habsburger in der Schweiz sprechen. In zwei großen Transaktionen erwarb Rudolf 1264 und 1273 aus dem Erbe der Kyburger Lehen, Ämter und Vogteien: die Landgrafschaft im Thurgau und Besitzungen im Aargau, die Grafenrechte um Zürich, die Reichsvogtei über das Fraumünster und das Großmünster (und damit auch über deren Innerschweizer Besitz), die Reichsvogtei über Gaster und die Vogtei über Glarus, die Vogteirechte um Luzern, in Schwyz und Unterwalden. Mit dem Aussterben der Rapperswiler Grafen fiel 1283 die Vogtei über das Kloster Einsiedeln und das Ursenental an Rudolf.

Sicher ist mit Blick auf solche Erwerbungen das ältere Urteil richtig, unter Rudolf seien die Habsburger «die mächtigste Dynastie im deutschen Südwesten»[22] gewesen, doch bleibt ziemlich unklar, welche Kompetenzen mit diesen Vogteien, namentlich in der Innerschweiz verbunden waren. Das Habsburger Urbar, zwischen 1303 und 1308 angelegt und in beeindrukkender Weise die habsburgischen Besitzungen und Rechte im Südwesten des Reiches dokumentierend, verzeichnet überraschenderweise überhaupt keine habsburgischen Herrschaftstitel in Uri, Schwyz und Unterwalden[23]. Man hat gemutmaßt, jener Teil, der sich auf die Waldstätten bezog, könnte verloren gegangen sei, doch es gibt wenig Indizien, die eine solche Annahme zwingend erscheinen lassen[24].

Was tun Vögte? Generell gewähren sie Schutz, und zwar in der zweifachen Weise des militärischen Schutzes der Vogtleute gegen Angriffe von

[21] P. Moraw, *Von offener Verfassung zu gestalteter Verdichtung. Das Reich im späten Mittelalter, 1250-1490* (Propyläen-Geschichte Deutschlands, 3), Berlin 1985, S. 215.

[22] H.E. Feine, *Die Territorialbildung der Habsburger im deutschen Südwesten, vornehmlich im späten Mittelalter*, in H.E. Feine, *Territorium und Gericht. Studien zur süddeutschen Rechtsgeschichte*, Aalen 1978, S. 103-235, hier S. 115.

[23] *Das Habsburgische Urbar* (Quellen zur Schweizergeschichte 14, 15/1-2), 2 Bde., Basel 1894-1904.

[24] *Ibidem*, 2-2, S. 527. Für habsburgische Rechtstitel spricht allenfalls *QW* 1/2 Nr. 937, S. 478. Nach der Schlacht bei Morgarten versprachen die Eidgenossen, die habsburgischen Rechte (die Rede ist von Grundbesitz) zu respektieren.

außen und der Sicherstellung einer funktionierenden Rechtspflege nach innen. Im weiteren Sinn vertritt der Vogt die Rechtsansprüche seines Herrn, hebt Steuern ein, gewährt Geleit auf den Straßen oder nimmt stellvertretend die Huldigung entgegen.

Von einem Landvogt beziehungsweise *advocatus provincialis* hört man lediglich zwischen 1309 und 1331. Unter der Bezeichung «phleger des rômischen richs in dien Waldstetten» amtet 1309 Graf Werner von Homburg[25]. Als «landvogt ze Underwalden, ze Switz und ze Uren» nimmt 1323 Graf Johannes von Aarberg für Kaiser Ludwig den Bayern die Huldigung entgegen, wobei sie offenbar von den Landleuten aus Schwyz, Uri und Unterwalden an die Bedingung geknüpft wurde, sie nicht vor auswärtige Gerichte zu fordern, «noch enkeinen richter uber sie [zu] setzen wan einen lantman»[26]. Das entsprach dem Richterartikel im Bundesbrief von 1291 und war auch anderwärts im Reich, namentlich in den Reichsstädten, durchaus üblich. Der Landvogt konnte stellvertretend einen Vorsitzenden für das Gericht (in den Städten hieß er Schultheiß) bestimmen, aber dieser mußte einheimisch sein, wenn er nicht, was häufig vorkam, von der Gerichtsgemeinde selbst in Vorschlag gebracht wurde. Insofern mag es auch offen bleiben, ob der 1331 genannte «landvogt des rômschen riches ze Switz, ze Ura und ze Underwald», Graf Albrecht von Werdenberg[27], wirklich noch nennenswerte Rechte ausgeübt hat.

Angesichts der Vereinigung von Herrschaftsrechten der Habsburger mit denen des Reiches in der Hand Rudolfs von Habsburg sind Vögte für das Hausgut und solche für das Reichsgut schwer zu trennen. Die Terminologie der Urkunden ist oft zu unscharf, um wirklich eindeutige Zuordnungen zu erlauben. Man weiß, daß 1289 ein Konrad von Tillendorf vom Kyburgerhof aus die habsburgischen Gerichtsrechte in Schwyz verwaltete[28]. Kaiser Ludwig der Bayer entzog den Habsburgern, weil er von ihnen in seiner Position als Reichsoberhaupt nicht anerkannt wurde, mit dem Argument des Hochverrats 1316 mittels Gerichtsbeschluß eines Hoftags alle Rechtstitel in den drei Waldstätten[29]. Das kann auch eine theatralische Inszenierung kaiserlicher Macht gewesen sein, ohne daß dahinter eine

[25] *QW* 1/2, Nr. 483, S. 233 f.

[26] *QW* 1/2, Nr. 1175, S. 592 f.

[27] *QW* 1/2, Nr. 1572, S. 765.

[28] *QW* 1/2, Nr. 1582, S. 722 f.

[29] *QW* 1/2, Nr. 830, S. 424. Vgl. die Bestätigung von 1324 in *QW* 1/2, Nr. 1199, S. 604 f.

Realität gestanden haben muß. Jedenfalls fehlen stützende Quellen, die von starken habsburgischen Vögten sprechen würden.

Im Gegenteil. Die Archäologie des Mittelalters hat nachgewiesen, daß die berüchtigten Zwingburgen der Vögte wenig mehr als steinerne Häuser waren und im Vergleich mit zeitgleich errichteten Burgen des Adels eher von einer erbärmlichen Bescheidenheit. Für Tyrannen jedenfalls waren sie keine angemessen repräsentativen Behausungen. Größere Burganlagen fehlen, «die eine umfangreichere Besatzung hätten aufnehmen und damit auch taktische, geländebeherrschende Aufgaben hätten übernehmen können. Im Gebiet des Vierwaldstättersees – so lautet das abschließende Urteil von Werner Meyer – gab es keine Burgen, die den Habsburgern oder andern Herren als Stützpunkte für eine militärische Machtentfaltung und damit als Zwangsmittel zur Durchsetzung landesherrlicher Unterdrückungsmaßnahmen hätten dienen können»[30]. Auch fehlt nach dem Urteil der Archäologen für einen Burgenbruch jede Evidenz, vielmehr sind die Burgen über einen Zeitraum von 200 Jahre nach und nach aufgegeben worden[31].

Alles spricht dafür, daß die Habsburger, nicht anders als viele andere Dynastien im Reich auch, im 13. Jahrhundert versuchten, Besitz und Herrschaftsrechte abzurunden und sie, damit einer Mode im Reich folgend, auf der neu geschaffenen Basis von Vogteien und Ämtern verwalten zu lassen[32].

3.

Das 'Zusammenschwören', von dem das *Weiße Buch von Sarnen* weiß, hat eine urkundliche Entsprechung (und damit findet die 'Tradition' eine Stütze in den 'Überresten') im sogenannten Bundesbrief von 1291. Von zwei Akten der Verschwörung ist im *Weißen Buch von Sarnen* die Rede: zunächst sind es drei Männer aus verschiedenen Ländern, dann sind es alle Männer von drei Ländern, die sich verschwören. Daß zwei Sequenzen in dem Vorgang stecken, läßt sich im Bundesbrief von 1291 wiederfinden, wo von einer *conspiratio* und einer *coniuratio* die Rede ist.

[30] W. MEYER, *Siedlung und Alltag. Die mittelalterliche Innerschweiz aus der Sicht des Archäologen*, in H. ACHERMANN u.a., *Innerschweiz*, II, S. 266.

[31] Die Forschung zusammenfassend G.P. MARCHAL, *Die «Alten Eidgenossen»*, S. 320.

[32] Neuester Überblick bei E. SCHUBERT, *Fürstliche Herrschaft und Territorium im späten Mittelalter* (Enzyklopädie deutscher Geschichte, 35), München 1996, S. 14-19.

Einungen, wie sie 1291 die drei Länder um den Vierwaldstättersee schlossen, sind nicht einmalig – jedenfalls nicht in der ländlichen Gesellschaft und nicht im Spätmittelalter. Auch die zwei Akte, die der Landschreiber von Obwalden nennt, eine zuerst heimliche Verschwörung (*conspiratio*) und dann ein zweiter, eher öffentlicher Eidschwur (*coniuratio*), lassen sich anderwärts belegen.

Im Fürststift Kempten (heute Bayern) kam es 1491 zu einem Bauernaufstand. Die vorbereitende Organisation erfolgte in der Weise, daß sich zunächst 60 Bauern heimlich, also «konspirativ», verschworen, dann für ihre Sache warben und schließlich in einer mächtigen Versammlung, an der vermutlich mehrere Tausend Bauern teilnahmen, an der Gerichtsstätte des kaiserlichen Landgerichts der Grafschaft Kempten in Leubas, und das heißt öffentlich, als Bund konstituierten. Ein Bericht des Fürstabts von Kempten überliefert diese Vorgänge folgendermaßen:

«Sagt sein gnad [der Abt, P.B.], das im 1491. Jare umb Sant Martins tag ... sy [die Bauern, P.B.] *nättlich weyle*, Ir bei den 60 mannen uff dem wischberg genannt, nit weit von dem gotzhus gelegen, *haimlich* versamelt und haben sich bj den *aiden*, So sie in der *ainung* geschworen haben, zusammen verbunden, Also was ain under ine angang solle den andern auch angeen, und sollen ain ander handthaben, schützen und schirmen».

Diejenigen, die dem Bündnis beitraten, hätten daraufhin, berichtet der Abt weiter, «in annder pfarren geschickt, zu denen, do sie verhofft haben, sie werden irem fürnemen auch anhangen, und sind nachmalen in mins gnädigen Herrn Gravschafft hohen und Nidern gerichten von aine pfarr in die andern gezogen und haben sturm an allen orten angeschlagen und vil zu innen und in ir pondtnues gezogen ..., zwungen und genött, ... und haben sich an ainem andern ende zu Lubaß [zum zeitem Mal zu Leubas, P.B.] in ainer mercklichen Zall versamelt und sich der glichen wie ob gehört bi *aides pflicht zu samen verbunden*»[33].

Was der Abt von Kempten berichtet, liest sich – vertauscht man die Ortsnamen – streckenweise wie das *Weiße Buch von Sarnen*.

Auf ganz ähnliche Weise kam 1478 eine Einung der Kärntner Bauern zustande. Zuerst schließen 40 Bauern einen Bund und versichern sich der wechselseitigen Hilfe. Dieser «Pund wuechs in Kuerz als ain klains Wasser von ainem grossen Wolkhenpruch» und wurde schließlich von den meisten Bauern in Kärnten beeidigt[34].

[33] Zitiert bei P. BLICKLE, *Landschaften im Alten Reich. Die staatliche Funktion des gemeinen Mannnes in Oberdeutschland*, München 1973, S. 322.

[34] G. FRANZ (ed), *Quellen zur Geschichte des deutschen Bauernkriegs*, München 1963, S. 20 f.

Anfangs Februar 1525 beschworen einige Bauern im Allgäu heimlich eine Einung. Die rasche Ausdehnung der bäuerlichen Bewegung führt zur strafferen Organisation und zur Ausarbeitung einer Bundesordnung, die jedes Mitglied «in Aids Weise» bekräftigt. Jetzt wurde der Bund von den Bauern öffentlich gemacht, und zwar durch ein förmliches Schreiben an Erzherzog Ferdinand von Österreich in seiner Eigenschaft als Statthalter des Kaisers:

«Nachdem wir arme Leut diser Landart im Algew sich ainer christenlichen *Verainigung* zusamen veraint und *verpunden* ... zu furderung und Beistand dem götlichen Rechten, auch zur Merung des gemeinen Landtfriden, den der Almechtig auf Erden verlassen, auch von wegen bruderlicher Liebe».

Die coniuratio im Allgäu dient dem Landfrieden, wie die coniuratio in der Innerschweiz auch. Und folglich können die Allgäuer dem Erzherzog versichern, daß «wir arm Leut zuvor E[uer] f[ürstlichen] D[urchlaucht] als unserm gnedigsten Landfursten und Gubernator auch geistlicher und weltlicher Obrigkeit von götlichen Rechten zu tun schuldig sein, wellen wir uns kains Wegs widern oder spern, sonder Gehorsam halten»[35]. Auch das, die Rechte der Herren respektieren zu wollen, steht im Bundesbrief von 1291.

Die skizzierten Beispiele aus Kempten, Kärnten und dem Allgäu haben mit dem Bericht des *Weißen Buches von Sarnen* vielerlei gemeinsam. Hinsichtlich des Aufbaus und der Organisation von Einungen lassen sich in allen Fällen deutlich zwei Sequenzen unterscheiden:

Die erste Phase ist dadurch gekennzeichnet, daß ein immer kleiner Kreis von Männern sich auf gemeinsame Ziele verständigt, für deren Durchsetzung einzutreten alle einen Eid schwören. Die verfügbaren Berichte bestätigen durchgängig den heimlichen Charakter dieser Zusammenkünfte, die immer an entlegenen Plätzen und oft nachts stattfinden. Die Quellen nennen das eine Verschwörung oder *conspiratio.* Darauf folgt eine Zeit der Werbung, die, falls sie erfolgreich ist, in die zweite Phase überleitet. Jetzt bekennen sich viele zu den Zielen, die nun öffentlich gemacht werden durch die formale Gründung eines Bundes, dessen Absichten gelegentlich schriftlich fixiert und der Obrigkeit angezeigt werden. Im Mittelpunkt auch dieser zweiten Phase steht der Eid. Nur die Eidleistung begründet die Mitgliedschaft zu dem neugegründeten Bund. Die Quellen nennen das eine Vereinigung oder *coniuratio.* Mit anderen Worten: die *coniuratio* ist das «Öffentlichmachen» der *conspiratio.*

[35] *Ibidem*, S. 191 f.

4.

Läßt man das Tellmotiv (als aus der europäischen Sagenwelt geborgt) beiseite, dann lassen sich die drei Motivteile des *Weißen Buchs von Sarnen* (Freiheitsmotiv, Tyrannenmotiv und Verschwörungsmotiv) neu montieren. Aus ihrer Kritik ergibt sich eine andere Erzählung.

Das Verschwörungsmotiv deckt sich mit den Quellen der Überreste (Urkunden) am besten. Folglich gehört dieser Teil der Erzählung in die Mitte der Geschichte, er ist der Parameter, an dem die übrigen Motive gemessen und eingeordnet werden müssen. Dem Tyrannenmotiv geht jede Evidenz in den Quellen ab, dem Freiheitsmotiv fehlt sie jedenfalls für die Zeit, in der die Geschichte spielt. Die Verschwörung im *Weißen Buch von Sarnen* ist die erzählerische Ausgestaltung der Stiftung der *coniuratio* vom Sommer 1291. Gesichert ist nicht nur ihre rechtliche Positivierung durch den Bundesbrief (trotz der krampfhaften Versuche 1991, deraus eine Fälschung zu machen), gesichert durch Urkunden sind auch viele Namen der Beteiligten, wenn auch nicht alle. Das komparatistische Verfahren, dessen sich die Geschichtswissenschaft seit je mit Erfolg bedient, rückt selbst den Rütlischwur hart in die Nähe eines Faktums.

Wenn die Dinge so einfach liegen, stellt sich die Frage, weshalb man bei der Herausbildung dieser Tradition zu solch verwegenen Konstruktionen gegriffen hat.

Coniurationes waren im Verlauf des 14. Jahrhunderts reichsrechtlich zunehmend in die Illegimität abgedrängt worden. Zwar haben die Kaiser und Fürsten solche Verbindungen nie gerne gesehen, doch wurden sie geduldet, entweder, weil sie nicht zu verhindern waren (wie in Norditalien) oder dem Frieden des Reiches dienten, wie die Städtebünde. Kaiser und Fürsten entwickelten indessen im Verlauf des 14. Jahrhunderts eine rapid wachsende Aversion gegen coniurationes[36]. 1313 hat Heinrich VII. in Pisa ein Edikt zur Bändigung der italienischen Kommunen erlassen und ihm die sogenannte «Declaratio, quis sit rebellis» angefügt. Dieses Gesetz ging in die Extravagentensammlung des «Corpus iuris» ein und wurde 1355 im Auftrag Kaiser Karls IV. durch Bartolus von Sassoferrato umfassend kommentiert. Ein Jahr später wurden in der berühmten Goldenen Bulle Karls IV. durch Kapitel 15 «de conspirationibus» Bündnisse im Reich generell verboten.

[36] Zusammenstellung der einschlägigen Literatur bei R. BLICKLE, *Rebellion oder natürliche Defension*, in R. VAN DÜLMEN (ed), *Verbrechen, Strafen und soziale Kontrolle. Studien zur historischen Kulturforschung III*, Frankfurt a.M. 1990, S. 56-84, S. 281-286, besonders S. 76 f.

Rechtshistoriker sehen das Wegweisende dieser Vorgänge darin, daß damit Bündnisse, Einungen, *coniurationes* in den deutsch-rechtlichen Tatbestand des Treuebruchs eingearbeitet wurden. Treuebruch jedoch konnte man allein einem Herrn gegenüber begehen, der nach der europäischen Ständelehre nur ein Adeliger oder davon abgeleitet ein hoher kirchlicher Würdenträger sein konnte.

Durch die doppelte Perhorreszierung von *coniurati* als Rebellen und Feinde ihrer natürlichen Herren fehlte der Eidgenossenschaft 100 Jahre nach ihrer Gründung die theoretische Legitimation ihrer Existenz.

Damit mußte es Aufgabe einer Gründungsgeschichte sein, diesen Mangel zu beheben. Die Antwort war das Tyrannenmotiv. Wo sich eine politische Aktion gegen Tyrannen richtet, wird aus unerlaubter Rebellion legitimer Widerstand. Freilich muß, um den Schein von Mutwillen oder Willkür zu vermeiden, der Tyrann als solcher durch objektive Kriterien ausgewiesen werden können.

Das klassiche Tyrannenmotiv in Europa ist die Verletzung elementarer als verbindlich anerkannter Rechtsbestände[37]. Johannes von Salesbury räumte ein, «tirannum occidere non modo licitum est sed aequum et iustum»[38], wenn durch ihn das natürliche Sittengesetz, der christliche Glaube und die christliche Ethik verletzt werden. Durch Thomas von Aquin und die Scholastiker wurde diese Auffassung unter jeweils genauer umschriebenen Bedingungen und unter Rückgriff auf die antike Tyrannenlehre generalisiert. Kriterien, um eine Herrschaft als tyrannisch qualifizieren zu können, sind massive Eingriffe in die Freiheit der Bürger, sowohl bei den Griechen[39], als auch bei den Römern[40]. Die antike politiktheoretische Tradition ließ sich mühelos mit dem germanischen Rechtsverständnis verbinden. In artikulierter Form wurde schliesslich unrechte Gewalt «iede eigenwillige handlung [genannt, P. B.], damit eines andern leib oder haab und zugehörung ohne recht oder gerichtliche behebnuß ... angegriffen ...

[37] Vgl. H. MANDT, Artikel *Tyrannis, Despotie*, in O. BRUNNER - W. CONZE - R. KOSELLECK (edd), *Geschichtliche Grundbegriffe. Historisches Lexikon zur politisch-sozialen Sprache in Deutschland*, VI, Stuttgart 1990, S. 651-702.

[38] *Ibidem*, S. 662.

[39] «Tyrannis», so Aristoteles, «muß jene Monarchie sein, vermöge deren der Inhaber der Gewalt, ohne verantwortlich zu sein, über alle, die seinesgleichen und noch besser als er sind, lediglich zu seinem eigenen Vorteil und nicht zum Wohle der Beherrschten, regiert. Daher beruht sie nicht auf freier Zustimmung. Denn kein freier Mann erträgt freiwillig eine solche Herrschaft». ARISTOTELES, *Politik*, 1295 a 20-26.

[40] H. MANDT, *Tyrannis*, S. 659.

wirdet»[41]. Werden Leib und Hab (wie hier in der Sprache des 16. Jahrhunderts gesagt wird), Freiheit und Besitz wie der Obwaldener Schreiber sinngemäß dafür sagt, ohne rechtlichen Grund verletzt, herrscht Tyrannei.

Damit erklärt sich auch problemlos das Freiheitsmotiv im *Weißen Buch von Sarnen*. Wie die *coniuratio* theoretisch und ideologisch nur zu sichern war, indem man Tyrannen konstruierte, so mußte man auch die Voraussetzung schaffen, daß sie sich als solche überhaupt verhalten konnten, und das geschah über die Konstruktion der Freiheit als ein jedem Eidgenossen seit je zukommenden personenrechtlichen Status. Die Überzeugungskraft dieses Arguments war um so größer, als in der Tat in der Innerschweiz seit rund 1400 nur mehr Freie lebten, zuletzt hatten dafür Städte wie Luzern und Zürich gesorgt, die unbekümmert um alle reichsrechtlichen und kaiserlichen Verbote Tausende von Menschen aus ihrem Hinterland als Bürger aufnahmen und ihnen damit faktisch den Rechtsstatus von Freien gaben.

Ordnet und hierarchisiert man die Motive des *Weißen Buches von Sarnen* in der vorgeschlagenen Weise, dann sind die Widersprüche zwischen mittels Urkunden rekonstruierbarer Geschichte und Traditionsbildung entflochten.

[41] Zitiert bei K.-G. FABER, Artikel *Macht, Gewalt*, in O. BRUNNER - W. CONZE - R. KOSELLECK (edd), *Geschichtliche Grundbegriffe*, III, Stuttgart 1982, S. 842. Für den Kontext vgl. F. KERN, *Gottesgnadentum und Widerstandsrecht im frühen Mittelalter. Zur Entwicklungsgeschichte der Monarchie*, Darmstadt 1973[6], S. 170.

Neue Verhältnisse. Das eidgenössische Basel zu Beginn des 16. Jahrhunderts*

von *Claudius Sieber-Lehmann*

1. *Die Ausgangslage*

«Inclyta Basilea»[1] gehörte als Bischofstadt zu den «freien Städten» des Reichs und genoß damit besondere Privilegien: Für den Kaiser mußte die Stadt einzig den Romzug und Hilfe für den Kampf gegen die Ungläubigen leisten[2]. Gegenüber dem bischöflichen Stadtherrn versuchte der Rat – gleich wie in anderen Bischofstädten – seit dem Ende des 14. Jahrhunderts seine Stellung auszubauen, vor allem durch pfandmäßige Übernahme der Hoheitsrechte und der Gerichte[3]. Die städtische Obrigkeit befand sich dementsprechend in häufigen Auseinandersetzungen mit ihren bischöflichen Oberhäuptern, welche es deshalb seit der zweiten Hälfte des 15. Jahrhunderts vorzogen, auswärts der Stadt zu residieren[4].

* Der vorliegende Artikel entstand im Rahmen eines Projektes, das vom Schweizerischen Nationalfonds zur Förderung der wissenschaftlichen Forschung finanziert wird.

[1] Die Bezeichnung taucht in einem «Butterbrief» vom 22. Juni 1504 auf vgl. R. WACKERNAGEL, *Mitteilungen über Raymundus Peraudi und kirchliche Zustände seiner Zeit in Basel*, in «Basler Zeitschrift für Geschichte und Altertumskunde», 2, 1903, S. 171-273, hier S. 242.

[2] H.G. WALTHER, *Reichsbewußtsein und Reichsferne am Oberrhein in der 2. Hälfte des 15. Jahrhunderts*, in F. SEIBT - W. EBERHARD (edd), *Europa 1500. Integrationsprozesse im Widerstreit: Staaten, Regionen, Personenverbände, Christenheit*, Stuttgart 1987, S. 227-246.

[3] So kam 1385 das Schultheißengericht (niedere Gerichtsbarkeit) und 1386 das Vogtgericht (hohe Gerichtsbarkeit) an den Rat; seit 1372 besaß die Stadt auch das Zoll- und Münzrecht. Zur städtischen Gerichtspraxis H.-R. HAGEMANN, *Basler Rechtsleben im Mittelalter*, 2 Bde., Basel - Frankfurt a.M. 1981-1987.

[4] Die Bischöfe hielten sich vorzugsweise in Delsberg (40 km von Basel entfernt) und Pruntrut (70 km) auf. Streitpunkte zwischen Bischof und Stadt waren unter anderem die Besteuerung der städtischen Geistlichkeit, Konflikte zwischen dem bischöflichen Offizialat und den städtischen Gerichten in zivilrechtlichen Angelegenheiten und verfassungsrechtliche Fragen vgl. A. HEUSLER, *Verfassungsgeschichte der Stadt Basel im Mittelalter*, Basel 1860, *passim*. Die wirtschaftliche Lage des Bistums war desolat, es handelte sich um eine «permanente Misere»; vgl. K. WEISSEN, *«An der stür ist ganz nütt bezalt». Landesherrschaft, Verwaltung und Wirtschaft in den fürstbischöflichen Ämtern in der Umgebung Basels*

Im Gegensatz zu anderen, vor allem eidgenössischen Städten wie Bern besaß Basel bloß ein kleines Territorium, welches erst seit 1400 von der Stadt allmählich erworben wurde. Die entsprechenden Käufe und Pfandnahmen geschahen vor allem aus dem Bedürfnis heraus, den Weg über den Hauensteinpaß in das schweizerische Mittelland besser kontrollieren zu können[5]. In wirtschaftlicher Hinsicht verfügte die Stadt am Rheinknie nicht über ein nennenswertes Exportgewerbe[6]. Die ökonomische Stärke Basels beruhte auf seiner Funktion als Finanzzentrum, vor allem auch für die eidgenössischen Städte[7].

Die relativ selbständige Stadt sah sich im Verlauf des 15. Jahrhunderts allerdings durch eine Reihe kriegerischer Konflikte am Oberrhein bedroht. 1444 wurde Basel in die sogenannten «Armagnakenkriege» verwikkelt und lernte dabei die sowohl kriegslustigen als auch furchterregenden Eidgenossen kennen[8]. Im anschließenden «Großen Adelskrieg» nahm die Stadt Rache an den Adligen aus der näheren Umgebung, welche als habsburgisch-österreichische Parteigänger die französischen Söldnerbanden ins Land gerufen hatten[9]. In der Folge wandte sich Basel vermehrt den Eidgenossen in den «oberländischen Gebieten» zu; dies zeigt sich vor allem darin, daß die Stadt seit 1450 systematisch alle Kredite bei den nordwärts gelegenen Gläubigern zurückbezahlte[10]. Allerdings erwiesen sich die neu-

1435-1525 (Basler Beiträge zur Geschichtswissenschaft, 167), Basel - Frankfurt a. M. 1995, S. 501.

5 D. RIPPMANN, *Bauern und Städter: Stadt - Land - Beziehungen im 15. Jahrhundert. Das Beispiel Basel, unter besonderer Berücksichtigung der Nahmarktbeziehungen und der sozialen Verhältnisse im Umland* (Basler Beiträge zur Geschichtswissenschaft, 159), Basel - Frankfurt a. M. 1990.

6 F. EHRENSPERGER, *Basels Stellung im internationalen Handelsverkehr des Spätmittelalters*. Diss. Phil. I., Basel 1970, Zürich 1972.

7 H.C. PEYER, *Basel in der Zürcher Wirtschaftsgeschichte*, in H.C. PEYER, *Könige, Stadt und Kapital*, Zürich 1982, S. 140-155. H.-J. GILOMEN, *Die städtische Schuld Berns und der Basler Rentenmarkt im 15. Jahrhundert*, in «Basler Zeitschrift für Geschichte und Altertumskunde», 82, 1982, S. 5-64.

8 Zum Bild der Eidgenossen vgl. F. MEYER, *Die Beziehungen zwischen Basel und den Eidgenossen in der Darstellung der Historiographie des 15. und 16. Jahrhunderts* (Basler Beiträge zur Geschichtswissenschaft, 39), Basel 1951.

9 Vgl. dazu die Beiträge im Sammelband von W. GEISER (ed), *Ereignis - Mythos - Deutung. St. Jakob an der Birs, 1444-1994*, Basel 1994.

10 M.H. KÖRNER, *Solidarités financières Suisses au XVIe siècle. Contribution à l'histoire monétaire, bancaire et financière des cantons Suisses et des états voisins* (Thèse Université de Genève), Lausanne 1980, S. 306 f. Im Jahre 1450 betrug die Verschuldung Basels in den erwähnten Gebieten noch 44,5% der gesamten Schuldenlast; 1480 waren es 19,3 %

en Freunde als höchst unzuverlässige Rauhbeine, wie der Sundgauerzug von 1468 zeigte, als eidgenössische Söldnerbanden nun ihrerseits den Sundgau verwüsteten[11]. Ernsthafte Schwierigkeiten erwuchsen Basel aber vor allem während der sogenannten «Burgunderkriege» in den Jahren 1474-1477. Die erbittert geführten Auseinandersetzungen zwischen Karl dem Kühnen und seinen aggressiven Gegnern, den oberrheinischen Städten und den westlichen Orten der Eidgenossenschaft, belasteten nicht nur die städtischen Finanzen aufs schwerste, sondern bedrohten auch die Vormachtstellung des Rates, der sich nach 1477 wegen der mit dem Krieg verbundenen Mehrausgaben mit Steuerrevolten konfrontiert sah. Basel mußte in gleicher Weise wie Straßburg einsehen, daß ein derartiger Krieg die urbanen Ressourcen bei weitem überstieg[12]. Als nach dem «Schwabenkrieg» – der in der deutschen Forschung bekanntlich «Schweizerkrieg» heißt – in den Jahren 1499-1501 der adlige Kleinkrieg gegen die Stadt nicht abbrach, obwohl der Rat versucht hatte, während der Auseinandersetzungen neutral zu bleiben, entschloß sich die Basler Obrigkeit kurzfristig, ein Beitrittsgesuch an die Eidgenossen zu stellen. Der Vorschlag fand Anklang, und 1501 wurde Basel in den bestehenden Bund der zehn Orte (Uri, Schwyz, Unterwalden, Luzern, Glarus, Zug, Zürich, Bern, Freiburg im Üechtland, Solothurn) aufgenommen[13].

2. *Der Bundesbeitritt von 1501: Kontinuität oder Bruch?*

Basels bald fünfhundertjährige Zugehörigkeit zur Schweiz wurde zwar nie ernsthaft in Frage gestellt, aber die baslerische Geschichtsschreibung des

und 1510 noch 0,3%. Basels Gläubiger waren folgende Städte: Mülhausen, Altkirch, Colmar, Schlettstadt, Neuenburg, Tottnau und Freiburg im Breisgau. Bei eidgenössischen Orten hatte Basel bis 1500 keine Schulden.

[11] Zur Ereignisgeschichte vgl. *Handbuch der Schweizer Geschichte*, 2 Bde., Zürich 1980^2, 1, S. 312-315.

[12] C. Sieber-Lehmann, *Spätmittelalterlicher Nationalismus. Die Burgunderkriege am Oberrhein und in der Eidgenossenschaft* (Veröffentlichungen des Max-Planck-Instituts für Geschichte, 116), Göttingen 1995, S. 335. Allgemein fürchteten die städtischen Obrigkeiten sich vor Steuerrevolten und zogen die Finanzierung unvorgesehener Kriege durch Kredite vor. Vgl. dazu H.-J. Gilomen, *Anleihen und Steuern in der Finanzwirtschaft der spätmittelalterlichen Städte. Option bei drohendem Dissens*, in S. Guex - M.H. Körner - J. Tanner (edd), *Staatsfinanzierung und Sozialkonflikte, 14.-20. Jahrhundert* (Schweizerische Gesellschaft für Wirtschafts- und Sozialgeschichte, 12), Zürich 1994, S. 137-158.

[13] Zu den Beitrittsverhandlungen vgl. E Bonjour - A. Bruckner, *Basel und die Eidgenossen. Geschichte ihrer Beziehungen zur Erinnerung an Basels Eintritt in den Schweizerbund 1501*, Basel 1951.

ausgehenden 19. Jahrhunderts sah im Bündnis des Jahres 1501 vor allem eine Vernunftehe[14]. Die von den übrigen eidgenössischen Ständen im Jahre 1833 befürwortete Teilung des Kantons in zwei Halbkantone Basel-Stadt und Basel-Land hatte das regierende Basler Bürgertum schwer enttäuscht. Diese skeptische Haltung erfuhr in den Dreißigerjahren und während des Zweiten Weltkriegs eine grundlegende Änderung, als sich die städtische Bevölkerung entschieden als Schweizerinnen und Schweizer verstand. Dennoch fällt auf, daß es 1951 den Verfassern der Jubiläumsschrift zur 450-Jahrfeier Mühe bereitete, die Hinwendung Basels zur Eidgenossenschaft als schönes Ergebnis einer weitsichtigen und jahrhundertealten Politik zu beschreiben; die explizite Zurückweisung, daß es sich nicht «um einen plötzlichen Einfall» handelte, steht in einem deutlichen Gegensatz zu den vorangehenden Ausführungen[15]. Tatsächlich beruhte der Entschluß – wie im Folgenden noch zu zeigen sein wird – auf einer aus der Not geborenen Entscheidung, denn mit ihrem «Turning Swiss» wählten die Basler Räte eine politische Lösung, vor der andere urbane Obrigkeiten zurückschreck-

[14] Die Distanz der offiziellen Basler Geschichtsschreibung gegenüber der restlichen Schweiz zeigt sich besonders deutlich bei R. WACKERNAGEL, *Geschichte der Stadt Basel*, 4 Bde., Basel 1907-1924, 3, S. 3 f.: «Der Abschluß des Bundes zwischen Basel und der schweizerischen Eidgenossenschaft im Jahre 1501 war ein Stoß, der die politische Entwicklung der Stadt aufhielt und einer neuen Bahn zulenkte. Basel opferte eine halbtausendjährige Vergangenheit. Es warf von sich, was lebendige und verpflichtende Teilnahme am Dasein des deutschen Reiches war. Es gab seine bisherige Stellung am Oberrheine preis und wollte von jetzt an für diese Lande nur noch ein eidgenössisches Basel sein ... Basel gewann das Neue um einen hohen Preis. Es hatte sich in Fesseln zu fügen. Es verzichtete auf die Freiheit selbständiger Kriegführung und Verbündung. Nicht nur die alte Stellung am Oberrheine nahm ein Ende. Auch den großen Mächten gegenüber war es für die Stadt um die bisherige Art ihrer Existenz und die Möglichkeit freier internationaler Funktion geschehen. Welche Schule der Staatskunst war die Zeit von 1370 bis 1500 gewesen! Aufgaben solcher Art sollten den Baslern von da an nicht mehr gestellt werden. Sie hatten mit dem Bunde zu leben. Und während robustere Genossen ihr Wesen auch in diesem Connexe noch zur Geltung zu bringen vermochten, blieb dem feiner und schwächer gearteten Basel hier eine entscheidende Autorität versagt».

[15] E. BONJOUR - A. BRUCKNER, *Basel und die Eidgenossen*, S. 12: «Erst der von der [österreichischen] 'Herrschaft' und ihrer Bevölkerung nach dem Friedensschluß ununterbrochen weitergeführte kalte Krieg gegen Basel, das in isolierter Lage keineswegs mehr den Schutz der Schweizer hinter sich hatte, bewog schließlich den Rat zur Annäherung an die Eidgenossenschaft. In wenigen Monaten kam – da beide Teile in hohem Maße an einem Bunde interessiert waren – der Beitritt Basels zustande. Dieses Ereignis ist gleichsam der natürliche Abschluß einer langen, stetigen, gleichmäßigen sozialen, verfassungsmäßigen und staatspolitischen Entwicklung. Es ist nicht aus einem plötzlichen Einfall einiger Politiker geboren, sondern – alles zusammengenommen – die letzte klare Konsequenz der bisherigen Ausgestaltung des baslerischen Staatswesens».

ten, wie T. Brady überzeugend nachweist[16]. Der Rat stand demnach vor der Aufgabe, seinen Bruch mit der politischen Vergangenheit zu legitimieren, und zwar sowohl gegenüber einem Teil der eigenen Bevölkerung als auch gegenüber außenstehenden Mächten. Eine mikrohistorische Studie zu diesem Wechsel eignet sich deshalb gut, um spätmittelalterliche Traditionsbildung und Veränderung politischer Zugehörigkeiten an einem Fallbeispiel zu beobachten. Als Quellengrundlage dienen dabei weniger die bereits bekannten offiziellen Dokumente wie beispielsweise die Beitrittsverhandlungen von 1501, sondern für den vorliegenden Artikel wurde das reiche Material des städtischen Schultheißengerichts herausgezogen, dessen «Kundschaften» (Zeugenaussagen) praktisch lückenlos erhalten sind[17].

3. *Wird Basel 1501 eine Grenzstadt?*

Rückblickend kann die Frage zwar zustimmend beantwortet werden, aber in den Jahren nach 1501 war keineswegs klar, daß das baslerische «Turning Swiss» die Jahrhunderte überdauern würde. Dies zu betonen ist um so notwendiger, als in der gängigen Literatur hinsichtlich der herrschaftlichen Raumerfassung Ansichten vertreten werden, die einer kritischen Prüfung unterzogen werden müssen. So hat die schweizerische Geschichtswissenschaft in der ersten Hälfte des 20. Jahrhunderts unter dem Einfluß der modernen Militärstrategie und der geographischen Doktrin des «Naturraums» die territoriale Entwicklung der Eidgenossenschaft häufig als sinnvollen Akt der Selbstbeschränkung geschildert: Einmal am Rhein als einer «natürlichen Grenze» angekommen, seien die Altvordern mit dem Erworbenen zufrieden gewesen. Beeinflußt wurde diese These von der hitzigen Diskussion, welche in der Zwischenkriegszeit die französische und die deutsche Forschung zum Thema der Rheingrenze führten[18]. Erst nach

[16] T.A. BRADY, *Turning Swiss. Cities and Empire, 1450-1550*, Cambridge Mass. 1985. Die Parteinahme der ländlichen Untertanengebiete für die Eidgenossen verschärfte die heikle Situation der städtischen Obrigkeit; vgl. dazu E. BONJOUR - A. BRUCKNER, *Basel und die Eidgenossen*, S. 82 f.

[17] Zum Quellenwert von Kundschaften vgl. die aufschlußreiche Studie von H. MAURER, *Bäuerliches Gedächtnis und Landesherrschaft im 15. Jahrhundert. Zu einer oberschwäbischen «Kundschaft» von 1484*, in C. ROLL (ed), *Recht und Reich im Zeitalter der Reformation. Festschrift für Horst Rabe*, unter Mitarbeit von B. Braun und H. Stratenwerth, Frankfurt a.M. - Berlin - Bern - New York - Paris - Wien 1996, S. 179-198.

[18] Vgl. dazu das klassische Werk von L. FEBVRE, *Der Rhein und seine Geschichte*, Herausgegeben, übersetzt und mit einem Nachwort versehen von P. Schöttler, Frankfurt a.M. -

dem Zweiten Weltkrieg setzte sich die Meinung durch, daß natürliche Gegebenheiten wie Flußläufe oder Berge keinesfalls von sich aus grenzerzeugende Fähigkeiten besitzen[19]. Vielmehr sind es immer die Menschen, die sich ihre Grenzen jeweils in einem bestimmten sozialen Kontext konstruieren[20]. Das gilt auch im Falle Basels, wo sich erst im Verlauf der Zeit und im Zusammenhang mit sozialen Praktiken das Bewußtsein herausbildete, am Rande der Eidgenossenschaft zu leben.

Zwar begegnen auch im Falle Basels bereits um 1500 geostrategische Vorstellungen, wenn zum Beispiel die Stadt als «Schlüssel» bezeichnet wird und ihre kontrollierende Macht über wichtige Handelsstraßen hervorgehoben wird[21]. Es würde aber zu weit gehen, daraus die Existenz eines geschlossenen städtischen Territoriums abzuleiten, welches fortan zum eidgenössischen Herrschaftsgebiete gehörte, wie es die heutigen historischen Karten mit ihren einfarbigen Flächen nahelegen. Mit dem Beitritt Basels hatten die eidgenössischen Orte einen Stützpunkt, einen «festen Ort» gewonnen; ein neuer Knoten wurde dem eidgenössischen Bündnisgeflecht hinzugefügt[22]. Auch wenn man bei den Verhandlungen zum Bun-

Paris 1994, S. 160-185, wo bereits das Konzept der «natürlichen Rheingrenze» einer scharfen Kritik unterzogen wird. Neuerdings A. MATTIOLI, *«Volksgrenzen» oder Staatsgrenzen? Wissenschaft und Ideologie in der Debatte um die Hochrheingrenze (1925-1947)*, in G.P. MARCHAL (ed), *Grenzen und Raumvorstellungen (11.-20. Jh.) – Frontières et conceptions de l'espace (11e-20e siècles)* (Clio Lucernensis, 3), Zürich 1996, S. 285-314.

[19] Eine für damals typische Mittelstellung zeigt der Artikel von K. SCHIB, *Zur Geschichte der schweizerischen Nordgrenze*, in «Zeitschrift für Schweizerische Geschichte», 27, 1947, S. 1-35, wo einerseits die kluge Beschränkung der Eidgenossen auf «natürliche Grenzen» hervorgehoben wird, andererseits laufend Beispiele gebracht werden, welche dieser These widersprechen. Zum derzeitigen Diskussionsstand um die schweizerische Nordgrenze vgl. G.P. MARCHAL, *Die Eidgenossen, das Bistum Konstanz und die Rheingrenze im 15. Jahrhundert. Einladung zu einem Perspektivenwechsel*, in «Itinera», 16, 1994, S. 74-89.

[20] Vgl. dazu immer noch G. SIMMEL, *Soziologie. Untersuchungen über die Formen der Vergesellschaftung* (Gesamtausgabe 11), hrsg. von O. Rammstedt, Frankfurt a.M. 1992 [1908[1]], S. 697: «Die Grenze ist nicht eine räumliche Tatsache mit soziologischen Wirkungen, sondern eine soziologische Tatsache, die sich räumlich formt».

[21] Vgl. dazu R. VON LILIENCRON, *Die historischen Volkslieder der Deutschen vom 13. bis 16. Jahrhundert*, 4 Bde., Leipzig 1865-1869, 2, Nr. 222, S. 458: «Gemain aidgnossen haben sich recht besunnen, / daß sie Basel für ain ort gnumen, / den schlüssel hand sie empfangen, / damit sie ir land mögen bschließen, / das tůt manchen Oesterreicher verdrießen, / sie haben ir groß verlangen». Die Bezeichnung einzelner Orte als «Landesschlüssel» ist gängig, vgl. die Belege bei C. SIEBER-LEHMANN, *Spätmittelalterlicher Nationalismus*, S. 168 f.

[22] Zum eidgenössischen Netzwerk vgl. N. BÜTIKOFER, *Zur Funktion und Arbeitsweise der eidgenössischen Tagsatzung zu Beginn der Frühen Neuzeit*, in «Zeitschrift für Historische Forschung», 13, 1986, S. 15-141.

desbeitritt die Bischofstadt am Rhein als «Bollwerk» bezeichnete[23], so bedeutete dies keineswegs, daß nach 1501 aus dem neuen Mitglied der Eidgenossenschaft eine Grenzzitadelle wurde, der eine feindliche Nachbarschaft geschlossen gegenüberstand[24]. Der bunte Flickenteppich vieler, zum Teil völlig zersplitterter Herrschaftsgebiete rings um Basel blieb weiterhin bestehen und lud die Bevölkerung ein, die verschiedenen Obrigkeiten gegeneinander auszuspielen[25]. Der in den Quellen des 16. Jahrhunderts gut dokumentierte, überaus flexible und subtile Umgang mit bestehenden Scheidelinien macht den Reiz dieser baslerischen Grenzlage aus, wie die neuen Untersuchungen von W. Kaiser zeigen[26].

Im übrigen bildete die Stadt selber – gleich wie andere spätmittelalterliche Städte – keinen geschlossenen Herrschaftsraum. Zwar verpflichtete die Basler Obrigkeit mit dem Mittel des Stadtfriedens sowie des Eids die Untertanen zum Gehorsam und setzte alles daran, dem städtischen Recht Geltung zu verschaffen. Die bischöfliche Oberherrschaft blieb aber weiterhin bestehen, und dementsprechend mußte der Rat die Existenz von geistlichen Immunitätsbezirken zulassen. Es kam immer wieder vor, daß Verurteilte in derartigen «Freistätten» Aufnahme fanden, was die weltliche Obrigkeit verdroß[27]. Nach außen grenzte sich die Stadt in erster Linie

[23] Am 21. März 1501 sprachen die eidgenössischen und baslerischen Abgeordneten in ihren Verhandlungen über den Beitritt der Stadt von einem «pollwerk Ir aller gegen den nidern Orten» (Amtliche Sammlung der ältern Eidgenössischen Abschiede, Serie 1245-1798, verschiedene Erscheinungsorte, 1839-1890, 3/2, S. 105 f.). Gemeint ist mit den «nidern Orten» die «Niedere Vereinigung», deren prominentestes Mitglied, die Stadt Straßburg, am 23. Juni 1500 dem Schwäbischen Bund beigetreten war (A.W. MATZINGER, *Zur Geschichte der niederen Vereinigung* [Diss. Phil. Hist., Basel 1910], Zürich 1910, S. 520).

[24] Die Grenzsicherung des eidgenössischen Herrschaftsbereiches wurde in der Frühen Neuzeit in erster Linie durch die Neutralisierung angrenzender Gebiete angestrebt, vgl. A. NIETHAMMER, *Das Vormauernsystem an der eidgenössischen Nordgrenze. Ein Beitrag zur Geschichte der schweizerischen Neutralität vom 16. bis 18. Jahrhundert* (Basler Beiträge zur Geschichtswissenschaft, 13), Basel 1944.

[25] Einen guten Einblick in die verzwickten Grenzverhältnisse bloß einer einzigen Gemeinde in der Basler Umgebung bietet M. RAITH, *Gemeindekunde Riehen*, Riehen 1988, insbesondere S. 24-50.

[26] W. KAISER, *Vicini stranieri. L'uso dei confini nell'area di Basilea, XVI-XVII secolo*, in «Quaderni storici», XXX, 1995, 90, S. 601-630; DERS., *La naissance d'une ville frontière: Bâle aux XVIe-XVII siècles*, in D. MENJOT (ed), *Les villes frontières. Moyen Âge – Époque moderne*, Paris 1996, S. 165-176.

[27] Beispielhaft ist ein Fall von 1478, als ein zum Tode Verurteilter von seinen Freunden befreit wurde und sich unter Applaus der Bevölkerung in das Deutschordenshaus flüchtete (R. WACKERNAGEL, *Basel*, II/2, S. 745).

durch die «Kreuzsteine» des Stadtfriedens ab. Diese relativ klare Grenze wurde aber durch das städtische Geleit erweitert, welches das rechtliche Territorialprinzip wieder durch ein Personalprinzip aufhob; hinzu kam der «Zwing und Bann», das ursprünglich bischöfliche «dominium», welches seit 1386 pfandweise von der Stadt verwaltet wurde. Schließlich konnte sich die weltliche Verwaltung nur schwer gegen die älteren, kirchlichen Gebietseinteilungen – Kirchspielgrenzen oder Diözesangrenzen – durchsetzen, ja sie griff in bestimmten Fällen sogar auf diese Verwaltungseinheiten zurück, wie die Erhebung des «Gemeinen Pfennigs» in Basel zeigt[28].

Trotz diesen Schwierigkeiten ließ sich die städtische Obrigkeit bei ihrer Herrschaftsausübung von der Vorstellung leiten, einen geschlossenen Rechtsraum verwalten zu können[29]. Diese Projektion von Rechtsansprüchen auf eine umgrenzte und rechtlich nivellierte Fläche entsprach durchaus den Prinzipien, welche dem eidgenössischen Bündnisgeflecht zugrundelagen. Die neuere Forschung hat betont, daß es bei den ersten eidgenössischen Schwureinungen seit der 2. Hälfte des 13. Jahrhunderts nicht um «Freiheit», sondern um «Frieden» ging: Die Vertragspartner garantierten sich gegenseitig ihren Besitzstand und versprachen, gemeinsam für Sicherheit zu sorgen[30]. Diese rechtliche Definition eines gemeineidgenössischen Raums manifestierte sich in der bekannten inneren Sicherheit der spätmittelalterlichen Eidgenossenschaft[31]. Die Kehrseite dieser «guten policey» zeigte sich allerdings auch in den radikalen Sanktionen der eidgenössischen Bünde gegenüber Randgruppen – beispielsweise Menschen jüdischen Glaubens – und Randständigen[32]. Basels Angliederung an die

[28] Zu den städtischen Grenzen vgl. C. SIEBER-LEHMANN, *Grenzen im spätmittelalterlichen Basel*, im Druck. Zum «Gemeinen Pfennig», der auf dem Wormser Reichstag 1495 beschlossen worden war, vgl. B. DEGLER-SPENGLER, *Der gemeine Pfennig und seine Erhebung in Basel*, in «Basler Zeitschrift für Geschichte und Altertumskunde», 74, 1974, S. 237-258.

[29] Bezeichnenderweise bezieht sich eine der ersten Kartenskizzen im Basler Staatsarchiv auf einen Rechtsstreit zwischen Basel und der Gemeinde Riehen. Vgl. dazu C. SIEBER-LEHMANN, *Grenzen im spätmittelalterlichen Basel.*

[30] P. BLICKLE, *Friede und Verfassung. Voraussetzungen und Folgen der Eidgenossenschaft von 1291*, in HISTORISCHER VEREIN DER FÜNF ORTE (ed), *Innerschweiz und frühe Eidgenossenschaft. Jubiläumsschrift 700 Jahre Eidgenossenschaft*, 2 Bde., Olten 1990, 1, S. 15-204.

[31] R.W. AEBERHARD, *Die schweizerische Eidgenossenschaft im Spiegel ausländischer Schriften von 1474 bis zur Mitte des 17. Jahrhunderts*, Diss., Zürich 1941, S. 86-89.

[32] Vgl. dazu H.-J. GILOMEN, *Eine neue Wahrnehmung arbeitsloser Armut in der spätmittelalterlichen Eidgenossenschaft*, in «Traverse», 2, 1996, S. 117-128. Ein früher Beleg findet sich bei G.P. MARCHAL, *«Von der Stadt» und bis ins «Pfefferland». Städtische Raum- und Grenzvorstellungen in Urfehden und Verbannungsurteilen oberrheinischer und schweizeri-*

Eidgenossenschaft bedeutete deshalb, daß die Stadt nun zu einem Bündnisgeflecht gehörte, dessen Zusammenhalt auf gemeinsamen Interessen und auf der Durchsetzung eines einheitlichen Rechtsraums beruhte.

4. *«Friede», «Sicherheit» und «Schutz und Schirm»*

Friede und Sicherheit, Recht und Ordnung lassen sich aber nur dann aufrechterhalten, wenn diese Normen auch mit Gewalt durchgesetzt werden können. Die eidgenössischen Untertanen litten zwar weniger unter dem Phänomen der spätmittelalterlichen Söldner- und Räuberbanden, aber dieser «Schutz und Schirm» hatte seinen Preis, wie die Studie von G. Algazi zeigt. Das Wortpaar, welches seit den Forschungen von O. Brunner häufig angeführt wird, um die Verpflichtungen der Herren gegenüber ihren Untertanen zu verdeutlichen, besitzt einen doppeldeutigen Charakter. Algazi verdeutlicht dies anhand der Bedeutungsbreite des englischen Wortes «protection», worunter nicht nur Schutz als Fürsorge, sondern Schutz auch als Androhung von Gewaltausübung, als gewalttätige Erpressung, zu verstehen ist. Vor diesem Hintergrund verliert das Reden von «Schutz und Schirm» seine Unschuld: Die Herren bieten den Bauern vor allem Schutz vor der eigenen gewalttätigen Herrschaftsausübung an[33].

Der Entschluß des Basler Rates, der Eidgenossenschaft 1501 beizutreten, kann vor diesem Hintergrund verstanden werden. Die Eidgenossen garantierten Recht samt «Schutz und Schirm», notfalls unter Anwendung brachialer Gewalt[34]. Wie gut diese neue «protection» funktionierte, zeigt

scher Städte, in G.P. MARCHAL (ed), *Grenzen und Raumvorstellungen (11.-20. Jh.)*, S. 225-266, S. 244, wo bereits für 1383 ein Ausweisungsurteil «us aller Eitgnoschaft» belegt ist.

[33] G. ALGAZI, *Herrengewalt und Gewalt der Herren im späten Mittelalter. Herrschaft, Gegenseitigkeit und Sprachgebrauch* (Historische Studien, 17), Frankfurt a.M. - New York 1996. Auf das Einkaufen von gewalttätigem «Schutz» durch venezianische Kaufleute wies zum ersten Mal Frederic C. Lane hin. Eine Reihe von neueren Beiträgen beschäftigt sich mit dem Phänomen von «protection». Vgl. C. TILLY, *War making and state making as organized crime*, in P. EVANS - D. RUESCHMEYER - T. SKOCPOL (edd), *Bringing the State Back in*, Cambridge 1985, S. 169-191. W. KAISER, *Kaufleute, Makler und Korsaren. Karrieren zwischen Marseille und Nordafrika im 16. und 17. Jahrhundert*, in U. FUHRICH-GRUBER - A.H. JOHANSEN (edd), *Preußen - Deutschland - Westeuropa. Übersee. Festschrift für Ilja Mieck* (Berliner Historische Forschungen), Berlin 1997, S. 11-32.

[34] Wie sehr dies den Zeitgenossen bewußt war, läßt sich an der Anekdote ablesen, die bei Heinrich Brennwald überliefert wird: «Und als bald das geschach [der Bundesschwur der Basler vom 11. Juli 1501], da fieng man an mit allen glogen frộd lüten, und zog ieder man wider uff sin zunft, und ward den Eignossen gar vil eren bewisen. Si tatend ǒch von

der Fall Rieher. In der Weihnachtszeit des Jahres 1500 war Klaus Rieher als Basler Kaufmann überfallen, verwundet und um 580 Gulden erleichert worden, obwohl er einen Geleitbrief des Straßburger Bischofs auf sich trug. Die Proteste des Basler Rates beim Straßburger Bischof und bei der Niederen Vereinigung zeitigten allerdings keine Wirkung; erst nach vier Monaten geruhte die Niedere Vereinigung, sich mit dem Fall zu befassen. Bevor sie aber eine Entscheidung fällte, war Basel bereits der Eidgenossenschaft beigetreten und hatte den Bundesschwur geleistet. Als nun die Angelegenheit Rieher erneut auf der Traktandenliste der Niederen Vereinigung stand, wurde der anstehende Gerichtsfall plötzlich in ungewohnter Geschwindigkeit abgewickelt. Die eidgenössische Tagsatzung hatte nämlich den Bischof von Straßburg am 26. Juli unverblümt aufgefordert, den Schadenfall zu regeln. Ein derartiger Brief hatte eine deutliche Wirkung, denn am 1. September waren die Räte aus Ensisheim sofort bereit, die Sache auf einem Tag in dem nun eidgenössischen Basel zu regeln. Zwar versuchten die vorderösterreichischen Vertreter, sich kurzfristig wegen Unpäßlichkeit zu entschuldigen und damit den Termin platzen zu lassen, aber das behinderte die Eidgenossen in keiner Weise. Sie verlangten vom Straßburger Bischof, daß er innert eines Monats den entwendeten Betrag ersetze und daß die bischöflichen Anwälte sich offiziell entschuldigten. Angesichts dieses eidgenössischen «Schutzes» für Basel blieb dem Straßburger Bischof nichts anderes übrig, als zu gehorchen[35].

Der eidgenössische «Schutz und Schirm» konnte sich im übrigen auch ganz unauffällig, in stiller Präsenz manifestieren. Als 1505 die Basler ihre Grenzen mit den seit jeher feindseligen Nachbarn, den habsburgisch-österreichischen Rheinfeldern, abklärten, waren bezeichnenderweise eidgenössische Boten anwesend. Ihre Gegenwart zeigte, daß die Basler über eine Schutzmacht verfügten, mit der sich ein Konflikt gefährlich auswirken konnte[36].

stund ire tor uf, die vor beschlossen warend, und die hüter dar von. Und da si vor 20 man mit wer und harnisch hatend gehan, saztend si des selben tages an ir stat ein frow mit der kunkel; die span und vordert den zol. Das etlich lüt gar übel verdros» (H. BRENNWALD, *Schweizerchronik*, hrsg. von R. Luginbühl, 2 Bde. [Quellen zur Schweizer Geschichte, NF, I. Abteilung: Chroniken, 1 und 2], Basel 1908-1910, 1, S. 492). Das Offenlassen der Tore gehört zum Imponiergehabe der Eidgenossen vgl. die weiteren Belege bei L. ZEHNDER, *Volkskundliches in der älteren schweizerischen Chronistik*, Basel 1976, S. 169.

[35] A.W. MATZINGER, *Niedere Vereinigung*, S. 524-529.

[36] Zum Grenzumgang von 1505 vgl. ANTON SENTI, *Beiträge zum Grenzrecht der alten Herrschaft Rheinfelden mit besonderer Berücksichtigung von Rechtsbrauch und Symbolik*, in K.S. BADER (ed), *Grenzrecht und Grenzzeichen* (Beiträge zur Rechtsgeschichte und rechtlichen Volkskunde, 2), Freiburg i.Br. 1940, S. 113-133, hier S. 121. Zum gespannten Ver-

5. *Der Preis für eidgenössischen «Schutz und Schirm»*

Allerdings bezahlte der städtische Rat den Anschluß an die Eidgenossenschaft durch eine Einschränkung seiner politischen Handlungsfreiheit[37]. Zusätzlich sah er sich auch mit dem Verlust seiner Respektabilität und seines Ansehens konfrontiert, denn die einzelnen Herrschaften und deren Untertanen aus der näheren Umgebung Basels reagierten mit eigentlichen «Schimpfkriegen» auf die «Verschweizerung» der Stadt am Rheinknie[38]. Eine Reihe von Gerichtsfällen zeigt, daß die Basler nun häufig als «Kuhschweizer» tituliert wurden, eine Anspielung auf die sodomitischen Neigungen der Eidgenossen. Was heute als kulturgeschichtliches Kuriosum wirkt, bedeutete damals eine «Verketzerung» und den Ausschluß der Beschimpften aus der christlichen Gemeinschaft[39]. Zudem galten sie als «Verräter» des Kaisers und des Reichs[40] sowie der ständischen Ordnung insgesamt[41]. Am deutlichsten zeigt dies ein Basler Gerichtsfall, nämlich

hältnis zwischen Basel und Rheinfelden vgl. KARL SCHIB, *Geschichte der Stadt Rheinfelden*, Rheinfelden 1961, insbesondere S. 127 f., S. 140-143.

[37] E. BONJOUR - A. BRUCKNER, *Basel und die Eidgenossen*, S. 127.

[38] Zum gängigen Negativstereotyp der Eidgenossen vgl. C. SIEBER-LEHMANN - T. WILHELMI (edd), *In Helvetios – Wider die Kuhschweizer. Fremd- und Feindbilder von den Schweizern in antieidgenössischen Texten aus der Zeit von 1386 bis 1532*, unter Mitwirkung von C. Bertin, Bern 1998.

[39] Vgl. dazu C. REINLE, *Zur Rechtspraxis gegenüber Homosexuellen. Eine Fallstudie aus dem Regensburg des 15. Jahrhunderts*, in «Zeitschrift für Geschichte», 44, 1996, S. 307-326, S. 317-320: Bereits Thomas von Aquin hielt die «bestialitas», den Geschlechtsverkehr mit Tieren, für ein weit schlimmeres Vergehen als die gleichgeschlechtliche Liebe zwischen Menschen. Die weit verbreitete katechetische Literatur, in der Volkssprache verfaßt, vermittelte diese Einschätzung der breiten Bevölkerung. Dies zeigt sich inbesondere bei der vor 1390 entstandenen «Rechtssumme Bruder Bertholds», einer deutschen Übersetzung eines älteren Beichtspiegels, die in alphabetischer Anordnung den Laien die Grundzüge des Kirchenrechts vermittelte. In dieser «Hauptquelle des 15. Jahrhunderts für kanonisches Recht in deutscher Sprache» (P. Johanek) wird die scharfe Verurteilung der «bestialitas» durch Thomas von Aquin wieder aufgenommen und popularisiert. Das gleiche Verdikt findet sich auch in einem anonymen Traktat zum Dekalog mit dem Titel *Die zehen gepot gots*, wo beim 6. Gebot die Unzucht mit Tieren als übelste Sünde, die schlimmer als Homosexualität sei, gegeißelt wird.

[40] Insbesondere bei den elsässischen Humanisten. Vgl. dazu unten, Anm. 69 ff.

[41] In der neueren Forschung wird die auswärtige Kritik an den Eidgenossen als «aufmüpfigen Bauern», welche gegen die Ständeschranken verstoßen, bloß als Propagandakrieg innerhalb der Oberschicht beurteilt. Vgl. dazu M. WEISHAUPT, *Bauern, Hirten und «frume edle puren»: Bauern und Bauernstaatsideologie in der spätmittelalterlichen Eidgenossenschaft und der nationalen Geschichtsschreibung der Schweiz* (Nationales Forschungsprogramm: Kulturelle Vielfalt und nationale Identität), Basel 1992. Der nachfolgend ge-

der Streit zwischen Frau Margreth von Vach und dem jungen Hebdenring[42]. Der junge Mann beschimpfte seine Gegnerin als Hure und warf ihr vor, sich gefreut zu haben, als die Eidgenossen den kaiserlichen Truppen in der Schlacht von Dornach am 22. Juli 1499 eine empfindliche Niederlage zufügten. Margreth von Vach reagierte umgehend: 'Ja, sie sei sehr gern eine Hure gewesen, er solle sie nur schlagen. Sie bezeichnete Hebdenring, den Anhänger der kaiserlichen Partei, überdies ironisch als «edlen man» und behauptete schließlich, ihre Freunde, die Eidgenossen, würden sie jederzeit beschützen. Wir fassen in diesem Gerichtsfall also mehrere der vorher erwähnten Punkte: Eidgenössische «protection» auch für eine selbstbewußte Prostituierte, ergänzt durch den ständischen Gegensatz zwischen der eidgenössischen Partei und den «Edlen».

6. *Religiöse Legitimation*

Gegen Verleumdungen wie «Kuhschweizer» und «Verräter der ständischen Ordnung» ging der Rat streng vor[43]. Er beließ es aber nicht bei Sanktionen, sondern betrieb auch ein aktives «stigma management»[44], indem er

schilderte Gerichtsfall zeigt allerdings, daß ständische Kritik auch bei alltäglichen Streitigkeiten vorkommen konnte.

[42] Der Fall findet sich im Staatsarchiv Basel, (von nun an: StA Basel), Schultheißengericht Großbasel, Kundschaften D 17, 1498-1500, fol. 77v ff.

[43] Bezeichnend für die strengen Sanktionen des Rates ist die Art und Weise, wie er aus einem Studentenscherz eine Staatsaffäre machte. Im Mai 1501, kurz vor dem Anschluß Basels an die Eidgenossenschaft, schrieb der Ulmer Hieronymus Emser seinem während einer juristischen Vorlesung eingenickten Kommilitonen Gregor Bünzli von Glarus ein Spottgedicht gegen die Eidgenossen ins Kollegheft. Die Verse wurden einem weiteren Kreis von Studenten bekannt und kamen schließlich auch dem Rat von Basel zu Ohren. Emser geriet in arge Bedrängnis und verteidigte sich mit dem Hinweis, die Verse stammten vom bekannten Humanisten und Schweizerfeind Heinrich Bebel. Am 1. Mai 1502, nach langwierigen Untersuchungen, wurde Emser verhaftet. Bereits am 13. Mai befaßte sich die eidgenössische Tagsatzung in Luzern mit dem Gedicht, dessen Wortlaut sie zur Kenntnis nahm, und beschloß, der Anregung Basels folgend, daß Boten aus Zürich und Zug im Namen aller Orte an den Gerichtsverhandlung teilnehmen sollen. Das Basler Gericht verurteilte 1502 Emser für seinen unvorsichtigen Scherz beinahe zum Tod auf dem Scheiterhaufen. Dank der Fürsprache des Basler Geistlichen Christoph von Utenheim, der noch im gleichen Jahr Bischof von Basel wurde, ließ es das Gericht beim Schwören der Urfehde und dem Landesverweis bewenden F.X. THURNHOFER, *Hieronymus Emser und die Eidgenossen*, in *Briefmappe. Zweites Stück* (Reformationsgeschichtliche Studien und Texte, 40), Münster in Westfalen 1922, S. 1-22.

[44] Der Begriff nach E. GOFFMAN, *Stigma. Über Techniken der Bewältigung beschädigter Identität*, Frankfurt a.M. 1975, insbesondere S. 136-145.

bewußt die religiöse Legitimation des städtischen Gemeinwesens förderte. So ging er unmittelbar nach 1501 den päpstlichen Legaten, Kardinal Raimund Peraudi[45], um die Erlaubnis an, den eidgenössischen Gebetsgestus des Betens mit 'zertanen [ausgebreiteten]' Armen auch in Basel pflegen zu dürfen. Diese Bethaltung hatte sich im Verlauf des 15. Jahrhunderts zu einem religiösen Schibboleth entwickelt, dank dem sich die religiöse Praxis der Eidgenossen von ihrer Umgebung abhob[46]. Selbst die Gottesdienste in Basel erfuhren eine Veränderung. Im 1503 gedruckten Handbuch für Seelsorger, das der Pfarrer von St. Theodor, Johannes Ulrich Surgant, verfaßte und welches sowohl lateinische als auch deutsche Meßgebete enthält, lesen wir im Kapitel «De exhortatione ad orandum pro omni statu ecclesie» bei den Fürbitten:

«Für ein werde stat von Basel. Hic nobiscum addimus. Für ein gantz verein der eidtgnosschafft. Für die hóupter diser stat. Für ein gantzen rot / und für ein gantze gemeind. Das inen allen got verlyhen wólle vernunft / crafft und wyßheit, all ire gedenck wort und werck zů ordnen und zů verhandlend nach gottes lob und der selen heil»[47].

7. *Teilnahme Basels am eidgenössischen Beziehungsgeflecht*

Gleichzeitig vertiefte die städtische Obrigkeit die Beziehungen zu den eidgenössischen Orten. So bezogen sich im Zeitraum von 1501-1550 46% aller städtischen Gesandschaften auf Kontakte mit den Eidgenossen[48]. Zu diesem offiziellen Verkehr der Obrigkeiten kamen die bei der Bevölke-

[45] Zur Person Peraudis vgl. E. MEUTHEN, *Reiche, Kirchen und Kurie im späteren Mittelalter*, in «Historische Zeitschrift», 265, 1997, S. 597-637, S. 603 f.

[46] P. OCHSENBEIN, *Beten 'mit zertanen armen' – ein alteidgenössischer Brauch*, in «Schweizerisches Archiv für Volkskunde», 75, 1979, S. 129-172.

[47] J.U. SURGANT, *Manuale curatorum*, Basel 1503, Michael Furter, fol. LXXIXr. In einem Exemplar des «Manuale», das dem Kloster St. Leonhard gehörte (Universitätsbibliothek Basel, Signatur, B. V. 10. No. 1) findet sich – handschriftlich eingefügt – das Bittgebet für die Eidgenossen bereits an einer früheren Stelle und in einer prominenten Umgebung: «Für das weltlich houpt / unsern aller genedigsten herren den Rómischen keiser oder kúng: für all fürsten und herren und sunderlich für unser genedige herschafft von N. und fur ein lobliche gemeine eidtgnosschafft». Zu Johannes Ulrich Surgant (1449/50-1503) vgl. K. RUH (ed), *Die deutsche Literatur des Mittelalters. Verfasserlexikon*, in Zusammenarbeit mit G. Keil, Berlin - New York 1977[2] ff., 9: «Surgant, Johannes Ulrich», Sp. 544-547. Ich verdanke den Hinweis auf diese Stelle Mireille Othenin-Girard.

[48] H. FÜGLISTER, *Handwerksregiment. Untersuchungen und Materialien zur sozialen und politischen Struktur der Stadt Basel in der ersten Hälfte des 16. Jahrhunderts* (Basler Beiträge zur Geschichtswissenschaft, 143), Basel - Frankfurt a.M. 1981, S. 190.

rung beliebten gegenseitigen Besuche während der Fasnachtszeit. Berühmt ist die Entwendung der Luzerner Fasnachtsfigur des «Bruder Fritschi» durch Basler Fasnachtsbesucher im Jahre 1507[49]. Im Herbst 1508 wurde die Puppe von den Luzernern, begleitet von ihren innerschweizerischen Eidgenossen, im Verlauf einer virtuellen Fehde wieder nach Luzern zurückgeholt. Bei diesen Auseinandersetzung verloren immerhin 1764 Hühner, die bei den Festgelagen den eidgenössischen «Gegnern» vorgesetzt wurden, das Leben, und der ganze Spaß kostete den Basler Rat 650 rheinische Gulden. Die Kontrahenten hielten dabei streng die überlieferten Rechtsformen ein, allerdings in karnevalistischer Verkleidung. So schickten die Basler den Luzernern einen Fehdebrief, worin gezeichnete Weinkrüge als besonders erfolgreiche baslerische Fernlenkwaffen eine herausragende Rolle spielten. Nun beruht Ironie bekanntlich darauf, daß sie sich auf vertraute Tatsachen und Meinungen bezieht und diese gleichzeitig in ironischer Distanz bricht. Die martialische Inszenierung des Krieges um «Bruder Fritschi» verweist indirekt, aber dafür um so deutlicher auf die harte und gewalttätige Wirklichkeit der spätmittelalterlichen Gesellschaft, in der «Schutz und Schirm» nur allzu oft mit erpressischer Gewaltandrohung verbunden waren.

Es blieb aber nicht bloß bei simulierten Kriegen. Bereits im Frühjahr 1503 beteiligte sich Basel mit 679 Söldnern am erfolgreichen Zug der Eidgenossen nach Bellinzona, dessen Inbesitznahme von den innern Orten Uri, Schwyz und Unterwalden angestrebt wurde. Es folgten weitere kriegerische Unternehmungen: 1507 eroberten eidgenössische und somit auch baslerische Reisläufer im Auftrag des französischen Königs Genua; von 1510 bis 1515 fochten sie im Dienste des Papstes[50]. Die Basler Beteiligung an diesen oberitalienischen Kriegszügen veränderte sogar das äußere Erscheinungsbild der Baslerinnen und Basler, wie K. Simon-Muscheid zeigt. In den Basler Nachlaßinventaren tauchen seit 1500 immer häufiger Kleider im modischen «Schweizergelb» auf, wie es von den eidgenössischen Reisläufern getragen wurde. Sowohl Frauen und Männer der Oberschicht als auch junge, zumeist als Reisläufer arbeitende Männer sowie Prostituierte fanden Gefallen an dieser Farbgebung; ein wenig später

[49] Vgl. dazu N. SCHINDLER, *Willkommene Besucher und ungebetene Gäste. Besuchspraktiken im Karneval des 15. und 16. Jahrhunderts*, in P. SEGL (ed), *Mittelalter und Moderne. Entdeckung und Rekonstruktion der mittelalterlichen Welt*. Kongressakten des 6. Symposiums des Mediävistenverbandes in Bayreuth 1995, Sigmaringen 1997, S. 55-76.

[50] R. WACKERNAGEL, *Basel*, 3, S. 9-35.

schlossen sich auch die Frauen aus dem Handwerkerstand dieser neuen Kleidermode an[51].

8. *Wirtschaftliche und soziale Auswirkungen des Beitritts zur Eidgenossenschaft*

Söldnerdienst bedeutete aber immer auch Zufluß von Geld. Die kriegerischen Erfolge während der Auseinandersetzungen mit Karl dem Kühnen hatten den Marktwert der eidgenössischen Söldner seit 1477 erheblich gesteigert und die ökonomische Situation der Eidgenossenschaft verändert[52]. Kaiser, Papst, der französische König und weitere Fürsten Europas versuchten, mit den eidgenössischen Orten Abkommen zu treffen, in welchen erlaubt wurde, innerhalb der Eidgenossenschaft Reisläufer anzuwerben. Derartige Soldverträge konnten nicht geschlossen werden, ohne daß die jeweiligen Obrigkeiten, aber auch einflußreiche Privatpersonen, welche zwischen dem Söldnermarkt und den auswärtigen Mächten vermittelten, reich «beschenkt» wurden, und zwar in der Form von sogenannten «gemeinen» (öffentlichen) und «sunderigen» (privaten) «pensionen». Inwiefern konnte Basel als städtische Körperschaft sowie die einzelnen Häupter der Stadt nach 1501 von dieser Einnahmequelle profitieren? Gegenüber der älteren Forschung, welche davon ausging, daß in Basel «keine persönliche Bereicherung der Regenten aus Pensionen und Geschenken geduldet wurde»[53], zeigt die neue Untersuchung von V. Groebner, daß der Rat in Einzelfällen durchaus bereit war, Privatpersonen die Annahme von «sunderigen pensionen» zuzugestehen[54]. Außerdem bemühte

[51] K. SIMON-MUSCHEID, *«Schweizergelb» und «Judasfarbe». Nationale Ehre, Zeitschelte und Kleidermode um die Wende vom 15. zum 16. Jahrhundert*, in «Zeitschrift für Historische Forschung», 22, 1995, S. 317-343.

[52] Vgl. dazu C. SIEBER-LEHMANN, *Spätmittelalterlicher Nationalismus*, S. 228-230. Allerdings handelte es sich bei den «eidgenössischen» Söldnern sehr oft auch um Glücksritter aus den verschiedensten Gebieten Europas. Ein Luzerner Verzeichnis aus dem Jahre 1476, das die angeworbenen Söldner auflistet, die gegen Karl den Kühnen in den Krieg ziehen, führt bloß 33 Luzerner auf, daneben 124 Söldner aus Augsburg, Ravensburg, Nürnberg, München, Siebenbürgen, Ulm, Coburg, Wien, Frankfurt, Diessenhofen, Ingolstatt, der Leventina und der Lombardei (G.F. OCHSENBEIN [ed], *Die Urkunden der Belagerung und Schlacht von Murten*, Freiburg im Üechtland 1876, S. 591).

[53] R. WACKERNAGEL, *Basel*, 3, S. 104.

[54] Vgl. dazu und zum Folgenden die Untersuchung von V. GROEBNER, *«Schenck». Geschenke, Korruption und politische Sprache am Oberrhein und in der Eidgenossenschaft vom*

er sich mit Erfolg darum, an den «gemeinen pensionen» teilhaben zu können. Zwar wurden diese besonderen Einnahmen durch die seit 1510 massiv ansteigenden Ausgaben für Botenreisen wieder aufgehoben, und im Gesamtbudget Basels entsprachen die Pensionen höchstens einem Drittel der städtischen Einnahmen[55]. Entscheidender war die Tatsache, daß Basel dank des Geldzuflusses zum eidgenössischen Bankenplatz aufsteigen konnte, nachdem es 1504 einen öffentlichen «Wechsel» – eine öffentliche Bank – eingerichtet hatte[56]. Selbst die konfessionellen Gegensätze konnten in den Jahrzehnten nach der Reformation die Stellung der Stadt als «neutrale» Geldgeberin nicht erschüttern[57].

Der Aufstieg Basels zum angesehenen Finanzzentrum stand somit in einem direkten Zusammenhang mit dem Bund von 1501 und dem Anschluß an den eidgenössischen Söldnermarkt. Davon profitierten aber nicht nur reiche Wechsler und Financiers, sondern auch die breite Bevölkerung, denn für viele Menschen bedeutete die Arbeit als Reisläufer oder Marketenderin eine wichtige Einkommensquelle; obrigkeitliche Versuche, das ungeordnete Anwerben von Söldnern zu reglementieren, stießen auf entschiedenen Widerstand[58].

14. bis ins 16. Jahrhundert, Habilitationsschrift Philosophisch-Historische Fakultät der Universität Basel 1997.

[55] M.H. KÖRNER, *Solidarités financières*, S. 114 f.

[56] *Ibidem*, S. 331-350, wo das Funktionieren der Basler Bank und ihre «Modernität» eingehend beschrieben werden (S. 336): «La banque publique bâloise pouvait offrir à sa clientèle la stabilité d'une entreprise garantie par l'État, la sécurité des dépots, des prêts à des taux raisonnables et, déjà, le secret bancaire. Ces caractéristiques, qui parlent en faveur de la banque publique bâloise, marquèrent une bonne partie de la Suisse». Von 1500-1610 stammten 58,5 % der öffentlichen schweizerischen Anleihen aus Basel (S. 441). In der wirtschaftsgeschichtlichen Fachliteratur werden, wie Körner vermerkt, die öffentlichen Banken in Basel (und auch Straßburg) nicht zur Kenntnis genommen, obwohl sie bedeutend früher belegt sind als die klassischen Beispiele von Venedig, Genua, Barcelona und Valencia.

[57] *Ibidem*, S. 170-176, hier S. 440: «La banque bâloise peut être considérée comme un complément financier efficace de la neutralité que le pacte fédéral avait imposée à la ville de Bâle».

[58] Am Beispiel Zürichs zeigt dies in einer umfassenden Untersuchung H. ROMER, *Herrschaft, Reislauf und Verbotspolitik. Beobachtungen zum rechtlichen Alltag der Zürcher Solddienstbekämpfung im 16. Jahrhundert* (Zürcher Studien zur Rechtsgeschichte, 28), Zürich 1995. Für Basel vgl. die Hinweise bei K. SIMON-MUSCHEID, *Basler Handwerkszünfte im Spätmittelalter. Zunftinterne Strukturen und innerstädtische Konflikte*. Phil. Diss., Basel 1988, S. 273. Zum Söldnerwesen in anderen Gebieten des Reichs vgl. P. BURSCHEL, *Söldner im Nordwestdeutschland des 16. und 17. Jahrhunderts. Sozialgeschichtliche Studien* (Veröffentlichungen des Max-Planck-Instituts für Geschichte, 113), Göttingen 1994.

Was den alltäglichen Getreidehandel – den Lebensnerv einer spätmittelalterlichen Stadt – betrifft, so läßt sich keine grundlegende Veränderung nach dem Anschluß Basels an die Eidgenossenschaft feststellen. Weiterhin konnte der überwiegende Teil des Korns, das von der städtischen Bevölkerung verbraucht wurde, aus dem naheliegenden Elsaß, vor allem aus dem Sundgau bezogen werden. Als die Mißernte von 1502 zu einem Getreideausfuhrverbot aus dem Elsaß führte, wurde das von der vorderösterreichischen Regierung verhängte Embargo auf Zureden des Bischofs von Straßburg sowie der Eidgenossen umgehend aufgehoben[59]. Es fällt allerdings auf, daß seit 1500 die städtische Getreidepolitik eine Änderung erfuhr. Die von der Obrigkeit seit der ersten Hälfte des 15. Jahrhunderts betriebene Vorratshaltung von Brotgetreide wurde von 1500-1510 intensiviert. Die von W. Schoch ausgewerteten Kornrechnungen zeigen, daß in den Jahren 1444-1451 die obrigkeitlichen Getreidevorräte für die Basler Gesamtbevölkerung bloß für zwei Monate ausreichten, in den Jahren 1500-1510 aber bereits für sechs Monate[60]. Ob der Rat damit bewußt eine stärkere Unabhängigkeit vom zumeist vorderösterreichischen Umland anstrebte, kann nur vermutet werden. Immerhin konnte der Einkauf von Korn auf dem Basler Markt zu politischen Äußerungen führen. Als im Spätsommer 1499 Peter Verster aus Lörrach, das zur Herrschaft der Markgrafen von Baden gehörte, in Basel Getreide erwerben wollte, wurden nicht nur die gegenwärtigen «kriegsleuffe» diskutiert, sondern der Basler Burckhart Kornmesser, welcher das Getreide verkaufte, griff den Lörracher Peter Verster an und warf ihm vor, er «wer ouch ein Osterricher, und ir marggrafen hetten dißer statt nie kein guts getan». Ein weiterer Zeuge schildert die Szene allerdings so, daß Verster als erster den Kornmesser politisch verunglimpfte:

«Da hett Peter Vester korn koufft unnd da nem Burckhart Kornmeßer die schusseln in meinung, dz korn ze messen. Da griff Peter darnach und sagt, er messe im kein korn mer. Sprech Burckhart: Warum? Sagt Peter, er hett die Osterrycher gescholten. Daruf Burckhart wider wis er [gegen ihn] geredt, hett er inn schympffe im [Spass] getan und wer narren werk».

Die beiden Gegner einigten sich anschließend darauf, die Angelegenheit nicht hochzuspielen und die Tatsache, daß sie miteinander «wőrtelten», als bloßen «Spaß» zu behandeln[61].

[59] R. WACKERNAGEL, *Basel*, 3, S. 10.

[60] W. SCHOCH, *Aspekte der obrigkeitlichen Getreidepolitik im Basel des Spätmittelalters. Die Rechnungsbücher der Kornmeister von 1415 bis 1515*, Lizentiatsarbeit Historisches Seminar Basel 1989.

[61] StA Basel, Schultheißengericht Großbasel, Kundschaften D 17, 1498-1500, fol. 67r.

Die Fleischversorgung der Stadt wurde hingegen durch das «Schweizerwerden» von 1501 wohl stärker als die Kornzufuhr beeinflußt. Das Sinken der Getreidepreise als Folge des durch die Pest ausgelösten Bevölkerungsrückgangs – die berühmte und umstrittene «Agrarkrise»[62] – hatte in den alpinen Gebieten der Eidgenossenschaft die Viehhaltung als lohnendere Erwerbstätigkeit gefördert und den Ackerbau zurückgehen lassen[63]. Der Export von Schlachtvieh nahm zu, und es ist deshalb nicht verwunderlich, daß die Basler Metzger ausgesprochen eidgenossenfreundlich waren[64].

Schließlich zeigt die Untersuchung von H. Füglister, daß sich in den ersten Jahrzehnten des 16. Jahrhunderts in Basel ein «Handwerksregiment» durchsetzte. Die in der sogenannten «Hohen Stube» vereinigten Adligen und die reichen Kaufleute verloren seit 1515 an Einfluß; an ihre Stelle traten vermögende, zünftische Handwerker, die fortan die Geschicke der Stadt lenkten und später die Reformation betrieben. Auch wenn der Einfluß dieser neuen Führungsgruppe nur mittelbar mit dem Anschluß an die Eidgenossenschaft zusammenhängt[65], so scheinen die Handwerker doch

[62] Zur Agrarkrise in der spätmittelalterlichen Eidgenossenschaft vgl. H.J. GILOMEN, *Sozial- und Wirtschaftsgeschichte der Schweiz im Spätmittelalter*, in B. SCHNEIDER - F. PYTHON (edd), *Geschichtsforschung in der Schweiz. Bilanz und Perspektiven*, Basel 1992, S. 41-66. Kritische Einwände gegenüber Abels Konzept der Agrarkrise finden sich bei E. SCHUBERT, *Einführung in die Grundprobleme der deutschen Geschichte im Spätmittelalter*, Darmstadt 1992. Das Faktum der sinkenden Getreidepreise wird aber auch von Schubert nicht bestritten.

[63] Vgl. dazu die Fallstudie von D. ROGGER, *Obwaldner Landwirtschaft im Spätmittelalter* (Obwaldner Geschichtsblätter, 18), Sarnen 1989. Allgemein zur Veränderung der Wirtschaft im Alpenraum R. SABLONIER, *Innerschweizer Gesellschaft im 14. Jahrhundert. Sozialstruktur und Wirtschaft*, in HISTORISCHER VEREIN DER FÜNF ORTE (ed), *Innerschweiz und frühe Eidgenossenschaft*, 2, S. 11-236.

[64] F. EHRENSPERGER, *Basels Stellung im internationalen Handelsverkehr des Spätmittelalters* (Diss. Phil.-Hist. Fakultät Basel 1970), Zürich 1972, S. 147.

[65] H. FÜGLISTER, *Handwerksregiment*, S. 260 f.: «Nur mittelbar dürfte der Eintritt Basels in den eidgenössischen Bund Auswirkungen auf die beschriebenen verfassungsrechtlichen und strukturellen Wandlungen gehabt haben. Zwar mußten 1499, nachdem mit den Eidgenossen im Schwabenkrieg auch die eidgenössische Partei innerhalb der Stadt die Oberhand gewonnen hatte, die beiden letzten adeligen Bürgermeister, Hans Imer von Gilgenberg und Hartung von Andlau resignieren, an der Spitze der eidgenössischen Partei stand aber mit dem nachmaligen Bürgermeister Peter Offenburg ebenfalls ein Achtburger, und die Ratsmitglieder der Hohen Stube konnten sich bis 1515 entscheidend Einfluß, auch in der eidgenössischen Politik der Stadt sichern. Andererseits aber scheint in den italienischen Feldzügen 1512-1515, die das gemeineidgenössische Selbstverständnis der Stadt nicht unwesentlich stabilisiert haben dürften, durch das Verhalten der Achtburger [adlige Bürger], wie der Beratungsentwurf vom 12. Februar 1515 ausführt, 'das gemein guott des

eine besondere Affinität zu den «lieben, truwen Eidgnossen» jenseits des Juras entwickelt zu haben. Es fällt nämlich auf, daß diejenigen Räte, die zu den eidgenössischen Tagsatzungen geschickt wurden, mehrheitlich aus dem Handwerkerstand kamen, vor allem in den Jahren 1516-1525[66].

9. *Traditionsbildung und Veränderung der politischen Zugehörigkeit am Beispiel des eidgenössischen Basels*

Welche Erkenntnisse lassen sich hinsichtlich Traditionsbildung und Veränderung der politischen Zugehörigkeit[67] aus dieser Fallstudie gewinnen? Im Rückblick scheint es, als hätten Rat und eine Mehrheit der städtischen Bevölkerung es in verhältnismäßig kurzer Zeit, nämlich von 1501-1515 erreicht, sich als Ort des eidgenössischen Bündnisgeflechts zu etablieren. Gleichzeitig veränderte dieser Anschluß an die Eidgenossenschaft auch die politische Mächtekonstellation am Oberrhein.

Die Kurzfristigkeit des Vorgangs könnte dazu verleiten, die mit dem «Turning Swiss» verbundenen Schwierigkeiten zu unterschätzen. Die Stadt Basel befand sich in Tat und Wahrheit, wie aus den vorangehenden Passagen ersichtlich wurde, in einer heiklen Situation. Als urbanes Aggrega-

wenig trosts, es sy in kriegen oder andern dingen, als ougenschinlich gesehen, empfahen ...', die Achtburger scheinen sich ihren gemeineidgenössischen Pflichten weitgehend entzogen zu haben. Denselben Begründungszusammenhang griff der Rat 1521 im Ingress zur Verfasssungsänderung auf, als er die Auseinandersetzung zwischen Bischof respektive Hoher Stube und zünftisch dominiertem Rat unter dem Aspekt der außenpolitischen Orientierung darstellte: Die gegenwärtigen Verhältnisse könnten 'disem gegenwurtigen wesenn, so wir mit einer loblichen Eidtgnosschaft ingangen, nit bestan noch furer also gehalten werden ..., denn wissentlich wie ein bischoff unnd capitel unnd sine lehenman, so man nenntet Gotshus dienstmannen, bishar sich gegen die eidtgenossen gehaltenn ...'. Daß die Hinwendung zur Eidgenossenschaft unmittelbare Auswirkungen auf die soziale Struktur der städtischen Führungsschicht gehabt hätte, dafür gibt es keine Hinweise. Sie förderte hingegen die Vorbehalte gegen den politischen Führungsanspruch des Patriziats, was es dem zünftisch dominierten Rat seinerseits erlaubte, die Ausschaltung von Bischof wie Patriziat mit deren tatsächlicher oder angeblicher antieidgenössischer Haltung zu legitimieren».

[66] *Ibidem,* S. 205.

[67] Die Tagung in Trient stand bekanntlich unter dem Motto «Traditionsbildung und Veränderung politischer Identitäten im alpinen Raum». Der Begriff der «Identität» ist durch seine inflationäre Verwendung zu einem Allerweltswort geworden, das überdies eine konstante und eindimensionale Bewußtseinslage der Menschen suggeriert. Von größerem Nutzen scheint mir der Rollenbegriff zu sein, wie er vom Interaktionismus entwickelt wurde. Zum «Plastikwort Identität» vgl. S. KNECHT, *Schweizerische Identität: ein Phantombild. Die Wurzeln der sozialwissenschaftliche definierten Identität,* in «Ethnologia Helvetica», 13-14, 1989-1990, S. 7-22.

tionsmodell war sie gleich wie die anderen Städte des Reichs mit der Tatsache konfrontiert, daß die fürstlichen Herrschaften seit der zweiten Hälfte des 15. Jahrhunderts im Reich ihre Vormachtstellung konsolidierten, während die Städte ihre Unabhängigkeit kaum noch wahren konnten.[68] Mit dem Anschluß an die wenig respektierlichen eidgenössischen Bünde verschlechterte der Basler Rat noch zusätzlich sein Ansehen als weltliche Obrigkeit. Im vorliegenden Zusammenhang zeigt dies besonders deutlich die Polemik der damaligen «Intellektuellen»[69], der elsäßischen Humanisten, gegen das eidgenössische Bündnisgeflecht, dem Basel nunmehr angehörte. Der Schlettstadter Jakob Wimpfeling begründet in seinem *Soliloquium*[70] ausführlich, warum seines Erachtens die Eidgenossen eine atypische und damit verwerfliche Regierungsform repräsentieren, indem er erwartungsgemäß auf Aristoteles, «unseren Philosophen», verweist. Der griechische Philosoph hielt bekanntlich die Herrschaft eines Einzelnen, das Königtum, für die beste Verfassungsform, und dieser Meinung schlossen sich auch die spätmittelalterlichen Kommentatoren an[71]. Obwohl die «Politica» des Stagiriten erst spät ins Lateinische übersetzt wurden, erfreuten sie sich sofort einer großen Beliebtheit, wurden häufig kommentiert und gehörten zum Ausbildungsprogramm vieler Universitäten (Paris, Oxford, Prag, Wien, Köln, Heidelberg, Krakau, Leipzig, Erfurt, Greifswald)[72]. Daß den Fürsten die Herrschaft zustehe und nicht einer

[68] Zum großen «Städtetal», das bis 1800 dauern sollte, vgl. P. MORAW, *Von offener Verfassung zu gestalteter Verdichtung. Das Reich im späten Mittelalter 1250 bis 1490* (Propyläen Geschichte Deutschlands, 3), Berlin 1985, S. 274, S. 380. E. ISENMANN, *Die deutsche Stadt im Spätmittelalter 1250-1500. Stadtgestalt, Recht, Stadtregiment, Kirche, Gesellschaft, Wirtschaft*, Stuttgart 1988, S. 27. Zur «Renaissance» der Monarchien nach 1450 vgl. T. SCHIEDER (ed), *Handbuch der europäischen Geschichte*, 7 Bde., Stuttgart 1968-1987, 2, S. 165-169.

[69] Die Bezeichnung «Intellektuelle» nach J. LE GOFF, *Die Intellektuellen im Mittelalter*, Stuttgart 1986 (deutsche Übersetzung der 2. Aufl. Paris 1985).

[70] J. WIMPFELING, *Soliloquium pro pace Christianorum et pro Heluecijs ut resipiscant* (Druck in Straßburg?, 1505?). Vgl. dazu die neue Edition samt Übersetzung im Sammelband C. SIEBER-LEHMANN - T. WILHELMI (edd), *In Helvetios – Wider die Kuhschweizer*. Zur Person Wimpfelings vgl. D. MERTENS, *Jakob Wimpfeling (1450-1528). Pädagogischer Humanismus*, in P.G. SCHMIDT (ed), *Humanismus im deutschen Südwesten. Biographische Profile*, Sigmaringen 1993, S. 35-57.

[71] Vgl. U. MEIER, *Mensch und Bürger. Die Stadt im Denken spätmittelalterlicher Theologen, Philosophen und Juristen*, München 1994, S. 65: «Die Verfasser der mittelalterlichen Kommentare zur aristotelischen 'Politik' waren sich in einem Punkte einig: Das Königtum ist die beste der drei guten Verfassungsformen».

[72] Zur Rezeption der aristotelischen Schriften im Spätmittelalter vgl. *Lexikon des Mittelalters*, München - Zürich 1980 f., 1, Art. *Aristoteles*, Sp. 934-948. Der Einfluß des Stagiriten auf die volkssprachliche Literatur ist zwar wenig erforscht. Dennoch läßt sich beobachten,

«multitudo tyrannisans» betonte auch Peter von Andlau, der erste Rektor der Universität Basel, in seinem Traktat *De Cesarea Monarchia*[73].

Natürlich kannten die am städtischen Regiment beteiligten Handwerker die aristotelischen Staatstheorien höchstens vom Hörensagen, aber sie wußten sicher, daß die Eidgenossenschaft den damals gängigen Vorstellungen eines politisch korrekten Regiments, dem verfassungstheoretischen «common sense»[74] der damaligen Zeit widersprach. Selbst wenn sie sich um die akademische Fragestellung des «rechten Regiments» nicht kümmerten, so erfuhren sie dennoch regelmäßig von eidgenossenfeindlichen Beschimpfungen oder erlebten sie am eigenen Leibe, wie Heinrich Bittschin, ein Basler Krämer, der an der Kirchweihe in Rheinfelden teilnahm. Anschließend übernachtete er in einer Schenke, und zwar in der Mägdekammer. Nun brachte die Magd einen zweiten Gast in die gleiche Kammer, der Stucky hieß und von Säckingen kam.

«Unnd als derselb gesell zuͤ Bittschin in die kamer komm, da hett er ein wild leben angefangen mit boͤsen fluchen unnd sweren unnd insonnders zuͤ der junckfrowen geredt unnd ir ubel gefluͤcht, wie sy inn getoͤrr understan [wie sie es wage, ihn] ze legen in ein kamer, darinn Basler, die meineidigen beßwicht ligen, und er getorst [dürfe] ir wol ein arm ab dem lib houwen. Unnd were derselb wider uß der kamer von Bittschin ganngen und geredt, die von Basel were der merteil kúekyer [Kuhsodomiten], unnd were also hinab in die stuben ganngen. Da weren ettlich lantzknecht gewesen, die hett er mit im haruff bracht unnd geredt, es leͤg ein boßwicht von Basel oben, der hett in wellen rechtvertigen [angreifen], unnd an die Bitschis kamer kommen unnd zuͤ mereren molen daran gestossen unnd geredt: 'Du boßwicht, tuͤ uff.' Doch zuͤletzst wer die thúr geoffnet, da sy hinin kommen, hett derselb aber ubel geflucht unnd den von Basel ubel zuͤgeredt. Aber dem von Basel were nutzit bescheen, velicht uß ursach, daz die anndern im alle nit wolten bystan. Es weren ouch ettlich annder von Seckingen hinuff gelouffen unnd weren zornig uber den anndern worden unnd wolten in die stegen hinab han geworffen unnd hetten ein grossen mißual ab solichem hanndel gehept».

daß Zitate aus seinen Werken als Versatzstücke immer häufiger auftauchen. Einen Überblick über die zahlreichen Kommentare und die Lektüre der «Politica» an den Universitäten gibt C. FLÜELER, *Rezeption und Interpretation der Aristotelischen «Politica» im späten Mittelalter*, 2 Bde. (Bochumer Studien zur Philosophie, 19/1 und 2), Amster-dam - Philadelphia 1992, 1, S. 29-34.

[73] P. VON ANDLAU, *Libellus de Cesarea Monarchia*, hrsg. von Joseph Hürbin, in «Zeitschrift der Savigny-Stiftung für Rechtsgeschichte. Germanistische Abteilung», 12, 1891, S. 34-103; *ibidem*, 13, 1892, S. 163-219. Die Ausführungen zur Überlegenheit der fürstlichen und monarchischen Herrschaft über diejenige der städtischen Obrigkeiten finden sich in T. 1, S. 49, S. 65 f. Andlau stützt sich bei seinen Ausführungen auf «De regimine principum» des Thomas von Aquin, der seinerseits Aristoteles für seine Staatstheorie benützte.

[74] Zum Begriff des «common sense» als historischer Untersuchungskategorie vgl. C. GEERTZ, *Common Sense als kulturelles System*, in C. GEERTZ, *Dichte Beschreibung. Beiträge zum Verstehen kultureller Systeme*, Frankfurt a.M. 1987, S. 261-288.

Der rabiate Stucky setzte schließlich nur den Degen auf den Bauch von Bitschi, ließ sich aber von seinen Kumpanen davon abhalten, zuzustechen ...[75].

In den vorangehenden Abschnitten dieses Beitrags wurden die Mittel dargelegt, mit denen dem Verlust an öffentlicher Reputation begegnet und die Veränderung der politischen Zugehörigkeit bewerkstelligt wurde. Einerseits nutzte das städtische Regiment die handgreifliche «protection» seitens der Eidgenossen, um sich gegenüber feindlichen Aktionen und Beschimpfungen zu behaupten. Diese Zurückweisung von Feindseligkeiten wurde begleitet von wirtschaftlichen Veränderungen (Reislaufen, Pensionen, Basel als Bankenplatz, Fleischversorgung), welche eine positive Bewertung des neuen Bündnisses ermöglichten. Schließlich setzten sowohl Obrigkeit als auch Bevölkerung einen Prozeß der «Verschweizerung» in Gang, der auf verschiedenen Ebenen ablief und eine neue kulturelle Praxis etablierte: Festliche Verbrüderungen, Teilnahme an Kriegszügen, Übernahme des «Schweizergelbs» als neuer Modefarbe.

Für den Erfolg des baslerischen «Turning Swiss» war aber wohl entscheidend, daß das städtische Regiment die mit jeder Veränderung verbundene Krise erst durch eine Umgestaltung des religiösen Raums[76] auffangen und aufheben konnte. Seit 1501 durften Baslerinnen und Basler mit ausgebreiteten Armen beten, und während jeder Messe wurden sie während der Fürbitten daran erinnert, daß nicht bloß Kaiser und Bischof, sondern auch die Eidgenossenschaft als Ganzes für das Wohl der Stadt zuständig war. Zu diesen bereits erwähnten legitimatorischen Strategien aus dem kirchlichen Bereich traten weitere Vorkehrungen, welche eine religiös eingebette Traditionsbildung förderten, wie sie den Eidgenossen eigen war.

Die neuere Forschung zur Schweizer Geschichte im Spätmittelalter hat nämlich gezeigt, daß die – im übrigen häufig auf die Probe gestellte – Kohärenz des eidgenössischen Bündnisgeflechts nicht bloß auf verfassungsrechtlichen Elementen beruhte[77], sondern daß sich die «imagined

[75] Schultheißengericht Großbasel, Kundschaften D 17, 1498-1500, fol. 136r ff.

[76] Der «religiöse Raum» versteht sich als ein Aspekt des übergeordneten «sozialen Raums», wie er von P. Bourdieu und anderen Sozialwissenschaftlern beschrieben wird. Vgl. dazu P. BOURDIEU, *Sozialer Raum und «Klassen», Leçon sur la leçon. Zwei Vorlesungen*, Frankfurt a.M. 1985. G. CONDOMINAS, Art. *Spazio sociale*, in *Enciclopedia Einaudi*, 13, Torino 1981, S. 315-344.

[77] Das von P. Blickle entworfene Modell des «Kommunalismus» versucht neuerdings, die eidgenössischen Bünde mit den Mitteln der Verfassungsgeschichte zu beschreiben. Zur kritischen Diskussion des «Kommunalismus»-Konzeptes vgl. die Beiträge in P. BLICKLE (ed), *Landgemeinde und Stadtgemeinde in Mitteleuropa* (Historische Zeitschrift, Beiheft

community»[78] der Eidgenossen ebenso sehr auf ein Bündel von Vorstellungen, insbesondere auf die Annahme einer gemeinsamen Geschichte stützte, wie die Arbeiten von G.P. Marchal zeigen[79]. Dabei griffen die Eidgenossen auf gängige Vorstellungsmuster zurück, indem sie sich zum auserwählten Volk Gottes der Bibel stilisierten. Dieses Selbstverständnis führte zur eigentümlichen martialisch-kriegerischen Einfärbung der eidgenössischen Geschichtsschreibung, in der Kriege und Kämpfe einen wichtigen Platz einnahmen. Jede gewonnene Schlacht bedeutete nämlich, daß Gott «sein» eidgenössisches Volk schützte. Das ständige Aufzählen von blutigen Siegen verfolgte deshalb den Zweck, sich an Gottes Hilfe zu erinnern und sich ihrer gleichzeitig zu versichern. Diese religiöse und zugleich kriegerische eidgenössische Geschichte war auch der breiten Bevölkerung vertraut. Die einzelnen Orte begingen alljährlich einen Gedenktag, die sogenannte Schlachtjahrzeit, an der für die Gefallenen einer Schlacht gebetet wurde; im 16. Jahrhundert kamen Schlachtjahrzeiten für die gesamte Eidgenossenschaft auf[80]. Gegen Ende des 15. Jahrhunderts entstand auch das «Große Gebet», eine religiöse Feier, in der durch stundenlanges Beten der Schutz Gottes für den einzelnen Ort und – im 16. Jahrhundert – für die gesamte Eidgenossenschaft angerufen wurde[81].

Selbstverständlich konnten der Basler Rat sowie die städtische Einwohnerschaft nach 1501 diese religiös-historische Tradition nicht einfach über-

13), München 1991, S. 44-51, S. 128-131, S. 401, S. 405-409, S. 441 f., S. 451, S. 494, S. 501. Zur Problematik des Begriffs «Verfassungsgeschichte» überhaupt vgl. F. GRAUS, *Verfassungsgeschichte des Mittelalters*, in «Historische Zeitschrift», 243, 1986, S. 529-589.

[78] Vgl. dazu den Originaltitel *Imagined communities* des Buches von B. ANDERSON, *Die Erfindung der Nation. Zur Karriere eines folgenreichen Konzepts*, Frankfurt a.M. - New York 1988 (englisches Original, 1983).

[79] Vgl. zum Folgenden G.P. MARCHAL, *Bellum justum contra judicium belli. Zur Interpretation von Jakob Wimpfelings antieidgenössischer Streitschrift «Soliloquium ...»*, in N. BERNARD (ed), *Gesellschaft und Gesellschaften. Festschrift für Ulrich Im Hof, Quirinus Reichen*, Bern 1982, S. 114-137. G.P. MARCHAL, *Die Antwort der Bauern. Elemente und Schichtungen des schweizerischen Geschichtsbewußtseins am Ausgang des Mittelalters*, in H. PATZE (ed), *Geschichtsschreibung und Geschichtsbewußtsein im späten Mittelalter* (Vorträge und Forschungen, 31), Sigmaringen 1987, S. 757-790. G.P. MARCHAL, *Die «Alten Eidgenossen» im Wandel der Zeiten. Das Bild der frühen Eidgenossen im Traditionsbewußtsein und in der Identitätsvorstellung der Schweizer vom 15. bis ins 20. Jahrhundert*, in HISTORISCHER VEREIN DER FÜNF ORTE (ed), *Innerschweiz und frühe Eidgenossenschaft*, 2, S. 309-406.

[80] Zu den einzelnen Schlachtjahrzeiten vgl. die Auflistung bei L. ZEHNDER, *Volkskundliches in der älteren schweizerischen Chronistik*, S. 288 ff.

[81] P. OCHSENBEIN, *Das Große Gebet der Eidgenossen. Überlieferung - Text - Form und Gehalt* (Bibliotheca Germanica, 29), Bern 1989.

nehmen und sanktionieren lassen, wie dies im Falle des «Betens mit zertanen armen» möglich war; schließlich hatten sie an der eidgenössischen Geschichte die längste Zeit nicht teilgenommen. Erfolgversprechender war ein Anschluß an religiöse Praktiken, welche grundsätzlich allen Gläubigen, auch politischen Neophyten wie den Baslerinnen und Baslern, offenstanden. Am geeignetsten erwies sich dabei die Verehrung von Heiligen, welche beliebt waren und zugleich Neuzuzügern offenstanden. Besonderes Ansehen genossen bei den Eidgenossen einerseits die Thebäische Legion, andererseits die 10.000 Ritter, deren Kulte im Folgenden kurz beschrieben werden sollen.

Bei den «Thebäern»[82] handelte es sich der Legende nach um eine Legion von 6600 christlichen Soldaten, die aus Oberägypten, aus der Umgebung der Stadt Theben, stammten und vom Kaiser Maximian, dem Mitregenten Diokletians, nach Acaunus (heute: St. Maurice) im Wallis beordert wurden, um gegen die Christen Galliens zu kämpfen; die Anführer dieser römischen Legion hießen Mauritius und Candidus[83] sowie Exuperantius; weiter werden die Namen Ursus und Victor genannt. Die christlichen Legionäre weigerten sich aber, die gallischen Christen zu verfolgen und zu töten; zur Strafe ließ Kaiser Maximian alle 6600 Thebaner hinrichten. In der Folgezeit erfuhr Bischof Theodor von Octodurus (heute: Martigny) im Traum, wo die Gräber der Märtyrer lagen. Bald geschahen Wunder an der letzten Ruhestätte der Thebaner, und die Gläubigen errichteten zu Ehren der Legionäre eine Kirche. Aufgezeichnet wurde die Legende von Bischof Eucherius von Lyon, der um 450 nach Christus starb. Die Geschichte von den für ihren Glauben gestorbenen Legionären erfreute sich bald großer Beliebtheit, und die Abtei von St. Maurice verteilte großzügig einzelne Knochenstücke an verschiedene Kirchen; mit 6600 Gefallenen stand ihr ein großer Fundus zur Verfügung. So finden sich entsprechende Reliquien seit dem 4. Jahrhundert in Sion, in St. Gallen (631), Zürich, Einsiedeln (952), Basel (1019) und an vielen anderen Orten. In Savoyen genoß die thebanische Legion große Verehrung, aber auch im Reich stand sie in hohem Ansehen, denn die Heilige Lanze, welche zu den Reichsinsignien gehörte, galt seit dem 9. Jahrhundert nicht mehr als Waffe des

[82] Das Folgende nach B. WIDMER, *Der Ursus- und Victorkult in Solothurn*, in B. SCHUBIGER (ed), *Solothurn. Beiträge zur Entwicklung der Stadt im Mittelalter*, Zürich 1990, S. 33-82.

[83] Es fällt auf, daß zwei der Anführer wörtlich übersetzt «Schwarz» (griechisch «mavros») und «Weiß» heißen. Vielleicht beabsichtigte Bischof Eucherius, der Verfasser der Legende, die Märtyrer sowohl aus Afrika als auch aus Europa stammen zu lassen (D. THURRE, *Culte et iconographie de saint Maurice d'Agaune. Bilan jusqu'au XIIe siècle*, in «Zeitschrift für Schweizerische Archäologie und Kunstgeschichte», 49, 1992, S. 7-18, hier S. 7).

Hauptmanns Longinus, der Christus ins Herz stach, sondern als Wehr des Hl. Mauritius[84]. Der heldenhafte römische Hauptmann galt als Beispiel für jemanden, der seinem Glauben bis in den Tod treu bleibt; später diente er als Modell für diejenigen Ritter, die an einem Kreuzzug teilnahmen. Alljährlich wurde am 22. September des Todes von Mauritius und seiner Gefährten gedacht. Im Zusammenhang mit Basel ist vor allem zu beachten, daß Solothurn, die rivalisierende Nachbarstadt jenseits des Juras, sich seit ungefähr 900 rühmte, Begräbnisort von thebanischen Legionären, vor allem des Hl. Ursus, zu sein; seit dem 11. Jahrhundert teilten die Solothurner Ursus-Reliquien an andere Kirchen aus[85].

Die Legende der 10.000 Ritter, welche bereits unter Kaiser Hadrian wegen ihres christlichen Glaubens in Asien den Märtyrertod erlitten haben sollen, ist gegenüber der Geschichte von der thebanischen Legion jüngeren Datums und entstand nach 1200[86]. In ihr wird von einem Heereszug der Kaiser Hadrian und Antoninus berichtet, welche aufständige Völker jenseits des Euphrats bekämpfen wollten. Als es zur Schlacht kam und die Legionäre feststellen mußten, daß sie sich hoffnungslos in der Minderzahl befanden, erschien ein Engel, der ihnen riet, den heidnischen Glauben aufzugeben und sich zum Christentum zu bekennen. Nachdem die Soldaten unter ihrem Anführer Achatius wider Erwarten dennoch einen Sieg errungen hatten, traten sie alle zum neuen Glauben über. Die darüber erbosten Kaiser verlangten heidnische Dankopfer, was die Legionäre verweigerten. Nun veranlaßten die heidnischen Herrscher eine Reihe von ausgeklügelten Martern, um die Widerspenstigen zu bestrafen, aber alle Peinigungen scheiterten dank göttlichem Schutz. Am Ende bezahlten die 10.000 Ritter ihre Glaubensfestigkeit mit dem Kreuzestod auf dem Berg Ararat, ihre Seelen wurden aber von Engeln in den Himmel geleitet. Gedenktag der «decem milium martyrum crucifixorum» war der 22. Juni.

Obwohl relativ spät verfaßt, stieß die Heiligengeschichte der 10.000 Ritter auf großes Interesse bei der eidgenössischen Bevölkerung[87]. Vor allem

[84] D. THURRE, *Culte et iconographie de saint Maurice d'Agaune*, *ibidem*, S. 10.

[85] B. WIDMER, *Ursus- und Victorkult*, S. 49, wo die erste Passio des Hl. Ursus auf 900 datiert wird; zu den Reliquienausteilungen vgl. *ibidem*, S. 54.

[86] Vgl. zum Folgenden B. KURMANN-SCHWARZ, *Das 10.000-Ritter-Fenster im Berner Münster und seine Auftraggeber. Überlegungen zu den Schrift- und Bildquellen sowie zum Kult der Heiligen in Bern*, in «Zeitschrift für Schweizerische Archäologie und Kunstgeschichte», 49, 1992, S. 39-54.

[87] B. WIDMER, *Ursus- und Victorkult*, S. 56: «Die Legende [der 10.000-Ritter] besaß nicht allein den Reiz des Neuen, sie bot zudem ein derart abstruses Konglomerat unglaublicher Zufälle, Greuel, Himmelserscheinungen und Bravourstücke, daß kaum ein anderes Pro-

Die eidgenössische Wertschätzung für beide Kulte wird meistens mit der erfolgreichen Hilfe erklärt, welche die Heiligen den Reisläufern in der Schlacht zukommen ließen. Weniger beachtet wurde die Tatsache, daß sowohl Mauritius als auch Ursus mit ihren Getreuen in mancher Hinsicht eine Präfiguration der Eidgenossen bildeten und deswegen ideale Identifikationspersonen darstellten. Sie verkörperten eine große Schar frommer Christen, geführt von mehreren Personen, so daß – wie wir heute sagen würden – eine flache Hierarchie vorherrschte. Dies stand ganz im Gegensatz zu Landespatronen wie St. Michael oder St. Georg, die als Einzelheilige nach Art von himmlischen Fürsten ein Land und dessen Untertanen anführten. Gleichzeitig waren sowohl die Thebaner als auch die 10.000 Ritter bereit, für ihren Glauben zu sterben, wie es der Kreuzzugsgedanke nahelegte, der im 15. Jahrhundert bei den Eidgenossen, die sich als «propugnatores fidei» verstanden, immer noch seine Wirkung entfaltete[92]. Beachtenswert ist auch die Tatsache, daß es sich bei den heiligen Märtyrerscharen um fromme Rebellen handelte, die kaiserliche Befehle zurückwiesen, was angesichts der Spannungen, die zwischen den eidgenössischen Orten und dem habsburgischen Reichsoberhaupt seit 1440 bestanden, die Anziehungskraft der beiden Kulte nur erhöhen konnte. Schließlich ermöglichte die große Zahl der gestorbenen Heiligen, die bestehenden Reliquienfunde zu vermehren, so daß immer genügend Überreste zur Verfügung standen, welche ausgeteilt werden konnten: Der Kreis derjenigen, welche am heiligen Potential der Märtyrer teilnahmen, konnte erweitert werden, gleich wie das eidgenössische Bündnisgeflecht.

dukt der Hagiographie den Vergleich aushielt, das Volk aber vor Verwunderung und Begeisterung sich kaum fassen konnte».

[88] B. Kurmann-Schwarz, *Zehntausend Ritter*.

[89] B. Widmer, *Ursus- und Victorkult*, S. 56-63, wo die «Reliquienkonkurrenz» zwischen Solothurn und Bern anschaulich geschildert wird.

[90] Vgl. dazu *ibidem*; B. Kurmann-Schwarz, *Zehntausend Ritter*; B. Schubiger, *Der hl. Ursus von Solothurn. Beobachtungen zum Kult und zur Ikonographie seit dem Hochmittelalter. Der Stellenwert eines lokalen Märtyrers im Leben einer Stadt*, in «Zeitschrift für Schweizerische Archäologie und Kunstgeschichte», 49, 1992, S. 19-38.

[91] B. Widmer, *Ursus- und Victorkult*, S. 56, wo sich in Anmerkung 133 der Hinweis findet: «Daß die Zehntausend Ritter am 22. Juni gefeiert wurden, ist merkwürdig, wenn man bedenkt, daß das Fest der Thebäer auf den 22. September fiel. Es ergibt sich das Nebeneinander der lateinischen Ziffern 22. VI. und 22. IX., die sehr häufig verlesen worden sind».

[92] C. Sieber-Lehmann, *Spätmittelalterlicher Nationalismus*, wo gezeigt wird, daß die Eidgenossen zusammen mit den oberrheinischen Städten die Kämpfe gegen Karl den Kühnen als weltlichen Kreuzzug organisieren.

Das Ansehen von Mauritius, Ursus, Victor, Achatius und ihren Gefährten bei den Eidgenossen beeindruckte auch die baslerische Obrigkeit sowie die Bevölkerung. Es fällt nun auf, daß in den Jahren vor und nach dem Anschluß an die Eidgenossenschaft die Reliquientranslationen sowohl der thebäischen Legion[93] als auch der 10.000 Ritter zunahmen und ihr Kult gesteigert wurde[94]. Auch die Verehrung der 11.000 Jungfrauen erhielt durch neue Reliquienfunde ein höheres Ansehen[95]. Gleich wie im Falle

[93] E.A. STÜCKELBERG, *Geschichte der Reliquien in der Schweiz*, 2 Teile (Schriften der Schweizerischen Gesellschaft für Volkskunde, 1; Schriften der Schweizerischen Gesellschaft für Volkskunde, 5), Zürich 1902 - Basel 1908, T. 1, Nr. 301: September 1441, Im Kreuzgang der Kartause in Kleinbasel wird ein Altar geweiht und unter anderem mit Reliquien von St. Moritz versehen (StA Basel, Urk. Karthaus, Nr. 151); Nr. 322: 1459 liegen in der St. Andreaskapelle unter anderem Reliquien des Hl. Moritz (StA Basel, Pap. Hs. St. Andreas B, fol. 148-149; 155, 158); Nr. 357: 2. Juni 1474, «und darnach schenckten die von Solotorn gen Basel ein teil des obgenenten heilthůms [von St. Urs und seinen Getreuen]; und wart gebracht gen Basel uff donstag, der da was der ander tag im brachmonadt. Und wart ein erliche processz inen engegen geschickt von denen zů sanct Peter und zů sanct Martin zů Basel; und schetzt man, das inen engegen giengent von frowen und mannen by 1000 menschen und mer. Und wart disz heilthům geteilt, ein teil gen sanct Martin, ein teil gen sanct Peter» (Aufzeichnungen von Hans SINNER, in *Basler Chroniken* 4, Leipzig 1890, S. 361, vgl. auch *Monuments de l'histoire de l'ancien Évêché de Bâle*, publ. par Joseph TROUILLAT, 5 Bde., Porrentruy 1852-1867, 5, S. 856); T. 2, Nr. 2147: Ein Verzeichnis, das am 14. Juli 1504 erstellt wurde, weist für die Kirche St. Leonhard Reliquien von St. Moritz und seinen Gefährten nach; Nr. 2173: Im Inventar des Basler Münsters aus dem Jahre 1525 figuriert eine Monstranz mit den Gebeinen des Hl. Moritz. Ein Altar für Mauricius und seine Genossen wird im Münster am 17. März 1493 eingeweiht (R. WACKERNAGEL, *Bruderschaften und Zünfte zu Basel im Mittelalter*, in «Basler Jahrbuch», 1883, S. 244).

[94] E.A. STÜCKELBERG, *Reliquien in der Schweiz*, T. 1, Nr. 269: 25. April 1360, Bischof Johann Senn von Münsingen schenkt dem Münster von Basel unter anderem Reliquien der 10.000 Ritter (StA Basel, Urk. Domstift Nr. 119a und b; auch verzeichnet in der Urkunde Nr. 417 aus dem Jahre 1488); Nr. 398: 18. Januar 1491, Reliquien der 10.000 Ritter werden durch den Leutpriester Ulrich Surgant aus dem Kloster delle tre Fontane in Rom nach Basel in die Kirche St. Theodor gebracht (StA Basel, Urkunden St. Theodor, Nr. 57-59); T. 2, Nr. 2147: Ein Verzeichnis, das am 14. Juli 1504 erstellt wurde, weist für die Kirche St. Leonhard das Haupt des Königs Frondemius aus der Gesellschaft der 10.000 Ritter nach. R. WACKERNAGEL, *Kirchliche Zustände*, S. 237: Am 27. April 1504 erhält die «confraternitas beatae Mariae virginis» von Kardinal Raimund Peraudi einen Ablaß für den Altar der 10.000 Ritter im Münsterkreuzgang. Es handelt sich dabei um die angesehene, früher bloß Ritterknappen vorbehaltene Bruderschaft der Schildknechte; ihr Altar der 10.000 Ritter ist bereits 1492 belegt (R. WACKERNAGEL, *Bruderschaften und Zünfte*, S. 229, S. 244).

[95] E.A. STÜCKELBERG, *Reliquien in der Schweiz*, T. 1, Nr. 430: 1503, Kardinal Raimund Peraudi beglaubigt nach Prüfung der Wunder, die zu Eichsel in der Nähe Basels stattfanden, daß die dort gefundenen Überreste den heiligen Jungfrauen Kunigund, Mechtild und Wibrand gehören, und transferiert sie an einen heiligeren Ort; die drei Frauen gehören

des Betens mit «zertanen Armen» spielte dabei der päpstliche Legat, Kardinal Raimund Peraudi, eine wichtige Rolle, denn er unterstützte die Baslerinnen und Basler in ihrem Bedürfnis, Reliquien der von den Eidgenossen besonders verehrten Heiligen in ihrer Stadt anzusiedeln[96].

Offensichtlich benötigte die Basler Bevölkerung das Medium der Religion, um ihren früheren Status im bekannten dreifachen Sinne «aufzuheben» und ihre neue politische Zugehörigkeit bewältigen zu können. Der Anschluß an die Eidgenossenschaft bewirkte damit aber nicht bloß einen Machtwechsel auf politischer Ebene, sondern schwächte auch den Bischof als geistliches und – zumindest dem Namen nach – weltliches Oberhaupt der Stadt. Die Basler Obrigkeit gewann nämlich durch das «Schweizerwerden» einen wachsenden Einfluß auf den «religiösen Markt» der Stadt[97] und konnte ihr Regiment nun auch mit geistlichen Mitteln legitimieren[98]. Dem neuen Bischof Christoph von Utenheim[99], der am 1. Dezember 1502 vom Domkapitel gewählt worden war, blieb der religiöse Machtzuwachs des Rates nicht verborgen. Er ließ von seinem Freund Jakob Wimpfeling neue Statuten verfassen und berief im Oktober 1503 eine Diözesansynode ein. Anschließend erschienen sowohl die Statuten als auch die Ansprache, welche er auf der Kirchenversammlung gehalten hatte, im Druck[100].

zur Gesellschaft von St. Ursula; Nr. 431: 13. Juli 1504, Kardinal Raimund Peraudi schenkt dem Kloster St. Blasien Reliquien der Hl. Christina, Kunigund, Methund und Wibrand, deren Körper er bei Basel erhoben und transferiert hatte; T. 2, Nr. 2146: 16. und 17. Juni 1504 findet ein großes Elevationsfest für die Heiligen Christiana, Cunegundis, Mechtild und Wibrand in Eichsel und auf dem Chrischonaberg bei Basel statt. Zur spätmittelalterlichen Verehrung der 11.000 Jungfrauen vgl. B. KURMANN-SCHWARZ, *Zehntausend Ritter*, cit.

[96] Zu seinem Wirken in Basel vgl. R. WACKERNAGEL, *Kirchliche Zustände*, *passim*.

[97] Zum Vorschlag, das religiöse Leben einer Stadt mit der Metapher des Marktes zu erfassen, vgl. J. GERCHOW, *Volksreligion, Massenreligiösität oder Laienfrömmigkeit im Spätmittelalter?*, in «Sozialwissenschaftliche Informationen», 25, 1996, S. 12-18.

[98] Die Übernahme der ursprünglich der Geistlichkeit vorbehaltenen Seelenführung der Untertanen durch den städtischen Rat im 15. Jahrhundert zeigt sich besonders darin, daß die weltlichen Obrigkeiten abweichendes sexuelles Verhalten viel stärker bestraften als die geistlichen Gerichte; dabei handelte es sich nicht zuletzt um eine Überkompensation, welche die Anmaßung neuer Rechte verdecken sollte. Vgl. dazu H. PUFF, *Localizing Sodomy: The «Priest and Sodomite» in Pre-Reformation Germany and Switzerland*, in «Journal of the History of Sexuality», 8, 1997, S. 165-195.

[99] Eine Biographie Christophs von Utenheim, der als Bischof von 1502-1527 regierte, fehlt. Vgl. die Hinweise in «Helvetia Sacra», 1, Bern 1972, S. 199 f.

[100] *Statuta synodalia Basiliensia. Christophori episcopi Basiliensis ad clerum suum oratio. Inventarium in statuta et alia nonnulla ecclesiarum rectoribus ceterisque clericis opportuna.*

Obwohl sich die Ermahnungen des Bischofs in erster Linie an den Klerus richteten, finden sich in den Synodalstatuten auch Passagen, in denen auf die neuen religiösen Praktiken der Gläubigen angespielt wird. Es sind vor allem Prozessionen und liturgische Handlungen[101] – zu denken ist an das von Kardinal Peraudi 1502 gestattete «Beten mit zertanen Armen» – sowie Wallfahrten[102], die den Unmut des Christoph von Utenheim erregten.

Das Gesetzeswerk des Basler Bischofs blieb aber totes Papier und wurde nicht in die Praxis umgesetzt: Basel hatte sich einen weiteren Schritt von seinem geistlichen Oberhirten entfernt und war eine Stadt geworden, die sich inskünftig dem gewalttätigen Schutz der «frommen und getruwen» Eidgenossen anvertraute[103].

Indulgentie hec pia intentione se et alios specialiter edificandi lecturis aut audituris concesse, [Basel, Johannes Amerbach?] 1503.

[101] *Ibidem*, fol. 5r: «Laicis processiones instituere presumentibus clerici non obediant. Cum laicis de spiritualibus ordinandi nulla concessa sit auctoritas, quos obsequendi tenet necessitas, nihilominus quandoque certas processiones, certa officia tempore divinorum peragenda et alia huiusmodi ad eos minime spectantia clericis absque diocesani vel vicarii scitu et licentia propria auctoritate imponere attemptant, volumus et mandamus, ne de cetero quisquam sacerdotum vel curatorum nostrarum civitatis et diocesis tales ordinationes qualitercunque per laicos (ut prefertur) impositas sine nostra vel vicarii nostri speciali et expressa licentia, scitu et voluntate publice peragat vel quoquo modo intersit. Que, licet quandoque bone et legitime videantur, quia tum non bene in contemptum ecclesiastice superioritatis fieri presumuntur, idcirco sub pena unius marche argenti merito prohibentur».

[102] *Ibidem*, fol. 5r: «Novus populi concursus ad loca prophana cohibeatur, et de tali exorto mox episcopus certior reddatur. Et quoniam experientia teste hactenus quedam peregrinationes et frequens vulgi concursus ad quasdam imagines aut prophana quaedam loca in montibus et silvis abstrusa, non tam ex veris visionibus quam ex falsis somniis lese phantasie illusionibus et sensuum prestigiis, sicut vana et incerta principia, ita et leves et ridiculos exitus habuerunt, ideo, ne de cetero in nostra diocesi simplicem populum facili credulitate decipi fiet aut supersticiosis miraculis illudi, frustra fatigari, superfluos viarum sumptus pati et in idolatrie errorem labi contingat, mandamus sub pena excommunicationis, ut ubicunque huiuscemodi tumultuarius concursus quocumque eventu aut novo quodam aucupio exortus fuerit, ab eiusdem loci curato vel decano quam primum ad nos referatur, et interim (quantum fieri potest) concursus ille rationabiliter et discrete cohibeatur nec ulla miracula in cancellis, nisi per nos prius examinata fuerint et approbata, publicentur».

[103] In den ersten Monaten des Jahres 1500 hatte der einflußreiche Ratsherr Hans Bär auf der Zunftstube seinen Freunden geraten: «O lieben frund, land unns keren zů den frommen unnd getruwen, so will ich unns, als vil inn der zunfft ist, ein jar win und korn fursetzen». (StA Basel, Schultheißengericht Großbasel, Kundschaften D 17, 1498-1500, fol. 96v). Die Pointe von Bärs Rede liegt in der verstecken Anspielung auf die «frommen und getruwen», denn im innereidgenössischen Briefwechsel pflegten sich die Eidgenossen so anzusprechen; wer dies nicht tat, mußte Sanktionen gewärtigen. Vgl. dazu C. SIEBER-LEHMANN, *Spätmittelalterlicher Nationalismus*, S. 359 f.; zum emphatischen Umgangston der Eidgenossen *ibidem*, S. 233 f.

Protonationalismus – Konstrukt und gesellschaftlich-politische Wirklichkeit

von *Andreas Suter*

Mit Beginn der 80er Jahre vollzog die historische Forschung über den Nationenbildungsprozeß bzw. über die Herausbildung kollektiver politischer Ordnungsvorstellungen einen Perspektivenwechsel[1]. Während früher auf die zentrale Rolle realer, natürlicher und vermeintlich ahistorischer Faktoren wie Sprache, Geographie, Ethnie oder eines menschlichen, ja sogar biologisch gedachten Grundbedürfnisses nach sozialer Identität abgehoben wurde, betont die neuere Forschung gerade umgekehrt die Tatsache, daß kollektive politische Identitäten historische Konstrukte darstellen.

Danach sind Nationen, Nationalstaaten und andere anonyme politische Ordnungen – zum Beispiel Schichten und Stände, Regionen, frühneuzeitliche Territorialstaaten – als soziale «Konstruktionen» und «imaginierte Gemeinschaften» aufzufassen, um Schlüsselbegriffe der neuen Perspektive aufzunehmen[2]. Entsprechend erfolgt die politische Integration der Individuen in anonyme Ordnungen nicht aufgrund von vermeintlich natürlich vorgegebenen bzw. realen Faktoren, die gemeinschafts- und identitätsbildend wirken. Die Selbst- und auch Fremdzuschreibung von Individuen zu umfassenderen sozio-politischen Ordnungen basiert auf der Mitgliedschaft in einer oder mehreren «imaginierten Gemeinschaf-

[1] Einen wichtigen Anstoß zu diesem Perspektivenwechsel gab E.J. Hobsbawm - T. Ranger (edd), *The invention of tradition*, Cambridge 1983. Siehe dazu und zum folgenden den Forschungsüberblick von D. Langewiesche, *Nation, Nationalismus, Nationalstaat: Forschungsstand und Forschungsperspektiven*, in «Neue Politische Literatur», 40, 1995, S. 190-236. Speziell für den Zeitraum des Mittelalters und der Frühen Neuzeit siehe R. Stauber, *Nationalismus vor dem Nationalismus? Eine Bestandesaufnahme der Forschung zur «Nation» und «Nationalismus» in der Frühen Neuzeit*, in «Geschichte in Wissenschaft und Unterricht», 47, 1996, S. 139-165. Desgleichen C. Sieber-Lehmann, *Spätmittelalterlicher Nationalismus. Die Burgunderkriege am Oberrhein und in der Eidgenossenschaft*, Göttingen 1995, Einleitung, S. 12 ff.

[2] Zu Begriff und Konzept der «imaginierten Gemeinschaft» siehe Benedict Anderson, Die Erfindung der Nation. Zur Karriere eines erfolgreichen Konzepts, Frankfurt - New York 1996 (London 1983).

ten», die man im Verlauf eines Sozialisations- und Lernprozesses erwirbt. In diesem Prozeß erkennen oder lernen die Individuen, im Horizont von historisch produzierten Merkmalen und Gemeinschaftsvorstellungen, Eigenes und Fremdes zu unterscheiden. Sie bilden ein «Wir-Gefühl» aus, d.h. ihre Gruppenidentität bzw. ihre Gruppenidentitäten im Sinne der Zugehörigkeit zu einer oder mehreren umfassenden Ordnungen.

Der skizzierte Perspektivenwechsel ist zweifellos richtig und vermeidet Schwierigkeiten, die gerade am Beispiel der modernen Schweiz augenfällig werden. Er kann das Problem lösen, warum sich auf dem Gebiet der heutigen Schweiz trotz Diversität der Sprachen, der Ethnien, der geographischen Lebensräume und Lebensformen in alpinen, voralpinen und mittelländischen Zonen sowie dem weitgehenden Fehlen sogenannt natürlicher Grenzen im 19. Jahrhundert ein Nationalstaat ausbilden konnte. In der Tat hat denn auch die Schweizer Forschung mit Blick auf den Nationenbildungsprozeß des 19. und 20. Jahrhunderts seit jeher auf die wichtige Rolle ideeller Gemeinschaftsvorstellungen hingewiesen, die zumeist auf eine als gemeinsam vorgestellte Geschichte und Vergangenheit rekurrieren. Aus eben diesem Grund wird der schweizerische Nationalstaat oft und m.E. mit gutem Grund als eine historische «Willensnation» charakterisiert.

Allerdings wirft die neue Perspektive auch eine Reihe von Fragen auf. Eine wichtige Frage ist diejenige nach der Beziehung zwischen solch ideellen Konstrukten oder «Erfindungen» von politischen Ordnungsvorstellungen und dem, was Historiker mit Hilfe sozialwissenschaftlicher Methoden ex post als historische Wirklichkeit beschreiben und analysieren können[3]. Wie ist die Beziehung zwischen kulturellen Konstrukten und der wissenschaftlich zu beschreibenden «Wirklichkeit» herrschaftlicher, wirtschaftlicher und sozialer Strukturen zu bestimmen? Sind solche Identitätskonstrukte absolut beliebig und zufällig oder müssen sie nicht doch einen realen historischen Kern enthalten, um bei den Adressaten Akzeptanz zu finden? Hat man sich solch konstruierte Identitäten als bloße Vehikel vorzustellen, die von Zeitgenossen beliebig benutzt und instrumentalisiert werden, um ihre jeweiligen politischen, sozialen und wirtschaftlichen Interessen zu legitimieren und durchzusetzen? Oder besitzen solche Konstrukte umgekehrt, wenn sie einmal in die Welt gesetzt worden sind, doch auch ein Eigengewicht, eine eigene Geschichts-

[3] Ähnliche Fragen formuliert S.-L. HOFFMANN, *Mythos und Geschichte. Leipziger Gedenkfeiern der Völkerschlacht im 19. und frühen 20. Jahrhundert*, in E. FRANÇOIS u.a. (edd), *Nation und Emotion. Deutschland und Frankreich im Vergleich (19. und 20. Jahrhundert)*, Göttingen 1995, S. 111-132, hier S. 111 f.

mächtigkeit? Wie genau und auf welchen Wegen realisiert sich diese Geschichtsmächtigkeit, wenn es diese denn überhaupt geben sollte? Anders gefragt: Wie kann ein Identitätskonstrukt eine stückweit gesellschaftlich-soziale Wirklichkeit werden?

Nach der zentralen These dieses Aufsatzes besitzen ideelle Gemeinschaftsvorstellungen und im besonderen Fall der Alten Eidgenossenschaft das protonationale Konstrukt einer bestimmten historischen Identität dieses geographischen Raumes tatsächlich ein Eigengewicht und eine besondere Geschichtsmächtigkeit. Diese zeigt sich darin, daß das protonationale Konstrukt wiederholt als *modus operandi* politischen Handelns fungierte und die Resultate dieses Handelns mitbestimmte[4]. Am Beispiel des schweizerischen Bauernkriegs von 1653, dem größten sozialen Konflikt auf dem Gebiet der Alten Eidgenossenschaft im Zeitraum der Frühen Neuzeit, soll diese These in fünf Schritten empirisch entfaltet werden[5].

Im ersten Schritt wird das protonationale Konstrukt einer bestimmten historischen Identität der Alten Eidgenossenschaft inhaltlich vorgestellt. Im zweiten Schritt wird die Geschichtsmächtigkeit dieses Konstrukts auf die gesellschaftlich-politische Realität aufgezeigt, das heißt seine Wirkungsweise auf das kollektive Handeln der Akteure beim Bauernkrieg von 1653.

[4] Siehe zum Begriff des Protonationalismus O. DANN, *Einleitung des Herausgebers*, in O. DANN (ed), *Nationalismus in vorindustrieller Zeit*, München 1986, S. 10. C. SIEBER-LEHMANN, *Spätmittelalterlicher Nationalismus*, S. 11 kritisiert den Begriff des Protonationalismus mit dem Hinweis, daß damit eine gleichsam teleologisch-genetische Vorstellung der Entwicklung des Nationalismus verbunden werde, Nationalismus aus dem Protonationalismus notwendig folge. Mein Verständnis und meine Verwendung des Begriffs Protonationalismus dagegen schließen diese Vorstellung ausdrücklich aus. Betont wird mit dem Begriff des Protonationalismus lediglich, daß politische Identitätskonstrukte des Spätmittelalters und der Frühen Neuzeit – natürlich unter mannigfaltigen Umformungen und Anpassungen – unter bestimmten Umständen und Bedingungen zum Kern moderner Nationalitätskonstrukte werden können. Die bestehende vormoderne Tradition kann also den modernen Nationenbildungsprozeß inhaltlich stark mitprägen. Unter bestimmten anderen Bedingungen und Umständen wiederum können und müssen sich moderne Nationalitätskonstrukte zuweilen auch explizit von der Tradition der spätmittelalterlichen und frühneuzeitlichen Konstrukte abgrenzen. Sowohl in der Übernahme wie auch im expliziten Bruch mit früheren Ordnungsvorstellungen beweist sich m.E. die starke Wirkungsmächtigkeit protonationaler Ordnungsvorstellungen auf den Nationen- und Nationalstaatsbildungprozeß im 19. und 20. Jahrhundert, die in der aktuellen Forschung viel zu wenig Beachtung findet. Siehe ausführlicher A. SUTER, *Nationalstaat und die «Tradition von Erfindung» – Vergleichende Überlegungen* (Manuskript des Probevortrags an der Universität Bielefeld vom 24. 10. 1997; erscheint gedruckt in «Geschichte und Gesellschaft», 25, 1999).

[5] Vgl. zu diesem Konflikt die umfassende Darstellung von A. SUTER, *Der schweizerische Bauernkrieg von 1653. Politische Sozialgeschichte – Sozialgeschichte eines politischen Ereignisses*, Tübingen 1997.

Das besagte protonationale Konstrukt beeinflußte nicht nur die Deutung der Krise, die zum Konflikt führte, sondern orientierte auch die Formulierung des politischen Zukunftsentwurfs und die strategisch-taktischen Entscheide der beteiligten Akteure. Im dritten Schritt wird nachgewiesen, daß das protonationale Konstrukt einer bestimmten historischen Identität für das Widerstandshandeln im Bauernkrieg von 1653 nur deshalb geschichtsmächtig werden konnte, weil es für die kollektiven, durch die objektiv-gesellschaftlichen Rahmenbedingungen und Krisen strukturierten Erfahrungen, welche die beteiligten Akteure im Vorfeld und im Verlauf des Konfliktereignisses machten, in hohem Masse anschlußfähig war. Im vierten Schritt werden wichtige langfristige Folgen des Konfliktereignisses skizziert und gezeigt, daß das protonationale Konstrukt einer historischen Identität der Alten Eidgenossenschaft nicht nur im Konflikthandeln selber, sondern auch in den materiellen wie kulturellen Folgen des Konfliktereignisses gesellschaftlich-politische Wirklichkeit wurde. Im fünften und letzten Schritt wird gezeigt, daß die gesellschaftlich-politische Realitätswerdung protonationaler Konstrukte für die handelnden Akteure selber ein höchst problematischer und zuweilen sehr kostenreicher Vorgang darstellen konnte.

1. *Die Entstehung des eidgenössischen Protonationalismus im Spätmittelalter*

Worin bestanden die Vorstellungen von einer bestimmten historischen Identität der Alten Eidgenossenschaft, die beim Bauernkrieg von 1653 wirksam wurden? Ein spektakulärer Zwischenfall, der sich am Schluß dieser gescheiterten Revolution abspielte, führt uns auf direktem Weg zur Sache. Gemeint ist das Attentat vom 29. September 1653, das Luzerner Untertanen und Aufständische auf hohe politische Repräsentanten des Gegners ausübten. An einem unübersichtlichen Hohlweg in der Talschaft Entlebuch, dem Zentrum des Aufstandes, legten drei Männer einen Hinterhalt. Der Anschlag galt einer Gruppe von hohen Ratsherren aus der Stadt Luzern. Ein Ratsherr wurde dabei schwer verwundet, ein zweiter getötet. Wichtig ist folgende Einzelheit: Nach den später protokollierten Aussagen hatte sich der Todesschütze genau in dem Augenblick, als er den Erfolg seiner Tat beobachtete, lauthals gerühmt, «den Dellen Schuss gethan [zu] haben»[6].

[6] Staatsarchiv Luzern, 13/3825, 15. Juli 1654 und folgende Tage, Prozeßakten Hans Stadelmann, Schüpfheim.

Das historische Vorbild der drei Attentäter war demnach niemand anderer als der heroische und siegreiche Wilhelm Tell der eidgenössischen Gründungs- und Befreiungsgeschichte. Nach der bekannten Überlieferung hatte dieser auf sehr ähnliche Weise ein Attentat auf den Habsburger Vogt Gessler verübt und damit die Alte Eidgenossenschaft von dessen Tyrannei, vom «Joch» der Habsburger, wie die Aufständischen während des Bauernkriegs von 1653 sagten, befreit[7]. Durch merkwürdige historische Kostüme im Stil des Spätmittelalters, welche die Attentäter von 1653 bei ihrer Tat trugen, wurde diese historische Selbstverortung noch unterstrichen. Schliesslich bezeichneten sich die Männer auch selber stets als «die drei Tellen». Schon ganz zu Beginn des Konflikts traten die Betreffenden in dieser historischen Rolle auf und wurden von diesem Zeitpunkt an zu einem zunehmend wichtigeren Symbol der Bauernkriegsbewegung[8]. Und je mehr sich die Bewegung geographisch ausbreitete, je größer wurde die Zahl der Tellen. Die drei Entlebucher Tellen fanden in den Regionen, die sich dem Aufstand anschlossen, Nachahmer.

Dank neueren Forschungen weiß man heute über die Entstehung und Funktion der eidgenössischen Gründungs- und Befreiungsgeschichte im ausgehenden Spätmittelalter genauer Bescheid[9]. Die ersten schriftlichen Belege, welche die Überlieferung von der herrschaftlichen Willkür der Habsburger Vögte, vom Bundesschwur der drei Eidgenossen, vom Apfelschuß, vom Tyrannenmord, vom Burgenbruch und anderem mehr begründeten, stammen ausnahmslos aus dem Umfeld der damaligen eidgenössischen Eliten. Die Überlieferung diente diesen als eine ideologische Antwort und Gegenkonstruktion auf ebenso ideologische Angriffe der Reichspublizistik und allen voran des Kaisers Maximilian I. höchstpersönlich, die 1499 im sogenannten Schwaben- bzw. Schweizerkrieg gipfel-

[7] Zit. nach P.A. VON SEGESSER, *Rechtsgeschichte der Stadt und Republik Luzern*, 4 Bde., Luzern 1851-1858, hier 3, S. 215 f.

[8] Siehe dazu und zum folgenden ausführlich A. SUTER, *Der schweizerische Bauernkrieg von 1653*, S. 144, S. 240, S. 512 ff.

[9] Für den neuesten Stand der Forschung siehe G.P. MARCHAL, *Die Antwort der Bauern. Elemente und Schichtungen des eidgenössischen Geschichtsbewußtseins am Ausgang des Mittelalters*, in H. PATZE (ed), *Geschichtsschreibung und Geschichtsbewußtsein im späten Mittelalter*, Sigmaringen 1987, S. 757-790; DERS., *Die «Alten Eidgenossen» im Wandel der Zeiten. Das Bild der frühen Eidgenossen im Traditionsbewußtsein und in der Identitätsvorstellung der Schweizer vom 15. bis ins 20. Jahrhundert*, in HISTORISCHER VEREIN DER FÜNF ORTE (ed), *Innerschweiz und frühe Eidgenossenschaft, Jubiläumsschrift 700 Jahre Eidgenossenschaft*, 2 Bde., Olten 1990, hier 2, S. 309-439. Wichtig daneben H.-K. PEYER, *Die Entstehung der Eidgenossenschaft*, in *Handbuch der Schweizer Geschichte*, 2 Bde., Zürich 1980, hier 1, S. 193 ff.; J.F. BERGIER, *Guillaume Tell*, Fayard 1988.

ten. Wie praktisch alle modernen Vorstellungen von Nation und Nationalstaat war also auch die protonationale Vorstellung einer bestimmten Identität der Alten Eidgenossenschaft eine «Kriegsgeburt»[10]. Der Reichspublizistik zufolge hatten die Eidgenossen mit ihren kriegerischen Vorgehen gegen das Haus Habsburg, das die Selbstregierung durch den Dritten Stand installierte, die göttliche Ständeordnung aufs Gröbste verletzt. Die historische Gegenkonstruktion der eidgenössischen Eliten entkräftete jedoch diesen Vorwurf und gab ihn an die Urheber zurück. Das kriegerische Vorgehen der Eidgenossen gegen die an sich rechtmäßige Territorialherrschaft der Habsburger Dynastie und deren Vögte sei durchaus legitim gewesen. Denn die Herrschaft der Habsburger sei zuvor zu einer reinen Tyrannei degeneriert und die darauffolgende kriegerische Beseitigung folglich nichts anderes als eine legitime Emanzipation.

Später und vor allem im Jahr 1653 zeigte diese Geschichtskonstruktion dann überraschende Fernwirkungen: Die Untertanen der Eidgenossenschaft nahmen die Überlieferung auf, wendeten sie aber nun gegen innen, gegen ihre eigene Obrigkeiten und gegen die Nachkommen jener spätmittelalterlichen Eliten, welche die Geschichte einst erfunden hatten. Die spätmittelalterliche Konstruktion und insbesondere die Legitimationsfigur der zu einer Tyrannei entarteten Herrschaft wurde während der gesamten Frühen Neuzeit und ganz besonders stark während des Bauernkriegs von 1653 zu einem kulturellen Fundus, aus dem aufständische Untertanen wie städtische Bürgeroppositionen bei verschiedenen sozialen Konflikten Vorstellungen, Bilder, Argumente und Rechtfertigung für Herrschaftskritik, für politische Forderungen und für den gewaltsamen Widerstand schöpften.

2. *Wirkungsweisen des eidgenössischen Protonationalismus im Jahr 1653*

Wie kann man die Wirkungswege dieser Überlieferung beim Konflikt von 1653 genauer beschreiben? Zuerst beeinflußte die spätmittelalterliche Geschichtskonstruktion entscheidend die Deutung, welche die Aufständischen der aktuellen Krisenlage gaben. Wichtig ist in diesem Zusammenhang, daß dem Bauernkrieg von 1653 eine mehrdimensionale gesellschaft-

[10] Siehe zur fundamentalen Bedeutung von Kriegen für den Konstruktionsprozess nationaler bzw. protonationaler Vorstellungen M. JEISMANN, *Das Vaterland der Feinde. Studien zum nationalen Feindbegriff und Selbstverständnis in Deutschland und Frankreich 1792-1918*, Stuttgart 1992; D. LANGEWIESCHE, *Nation, Nationalismus, Nationalstaat*, S. 192 ff. U. FREVERT, *Nation, Krieg und Geschlecht im 19. Jahrhundert*, in M. HETTLING u.a. (ed), *Nation und Gesellschaft in Deutschland. Historische Essays*, München 1996, S. 151-170.

liche Krise zugrunde lag, die durch wirtschaftliche, konjunkturelle, währungstechnische, soziale, fiskalische und politische Entwicklungen verursacht wurde. Es ist mit allerdings großem Aufwand sehr gut möglich, diese Krise mit Hilfe objektivierender sozialgeschichtlicher Methoden, zum Beispiel mit Preiskurven, Schichtungsanalysen, Untersuchungen des Fiskalsystems, der Abschöpfungsquoten und anderem mehr, detailliert zu beschreiben[11]. Diese Analyse interessiert im Zusammenhang mit den hier diskutierten Fragen jedoch weniger. Worauf es ankommt, ist vielmehr folgender Befund: Für die Krisenlage von 1653, wie sie sich im Nachhinein objektivierend beschreiben läßt, findet man in den Quellen nicht nur eine einzige, sondern mehrere Deutungen. Die objektiv beschreibbaren Inhalte der Krise schrieben also den Untertanen die Interpretation, die sie sich davon machten, nicht eindeutig vor.

Vielmehr interpretierten die Untertanen die aktuelle Krise und insbesondere die krisenverschärfenden Maßnahmen der Herrschaft, die den offenen Konflikt schließlich auslösten, in sehr unterschiedlicher Weise. Insgesamt lassen sich fünf unterschiedliche Krisendeutungen unterscheiden. Untersucht man die politisch-sozialen Maßstäbe, an denen die Untertanen die Krise bzw. die krisenverschärfenden Maßnahmen der Herrschaft massen, wird eines rasch klar. Sie rekurrierten zumeist auf sehr grundlegende Konzeptionen von Herrschaft und Herrschaftskritik, wie man sie in vergleichbarer Weise in praktisch allen Unruhen und Revolten des frühneuzeitlichen Europas antrifft[12]. Dazu gehörte zum Beispiel der Rekurs auf die «Freiheiten und Privilegien» bzw. das «gute alte Recht» der Untertanen, das durch die obrigkeitlichen Gesetze und Mandate verletzt worden sei, dann der Rekurs auf die paternalistische, an der «Billigkeit» und dem «gemeinen Nutzen» sich orientierende Fürsorgepflicht, welche die Obrigkeit als «Landesväter» zu beobachten hätten, oder der Rekurs auf die Figur vom schlechten Beamten, der die gerechte Obrigkeit oder den gerechten König zum Nachteil der Untertanen hintergehe. Endlich findet man die schicksalsergebene, auf den divinen Ursprung der weltlichen Herrschaft rekurrierende Deutung, daß die Maßnahmen der Obrigkeit zwar ungerecht seien, aber trotzdem passiv erduldet werden müßten. Denn die Obrigkeit sei als die von Gott eingesetzte, natürliche und ewige Gewalt unangreifbar: Der, «welcher Gott, die Obrigkeit und dz wätter tadle, der sye ein Narr»[13].

[11] Vgl. A. SUTER, *Der schweizerische Bauernkrieg von 1653*, S. 317-404.

[12] Vgl. *ibidem*, S. 89 ff.

[13] Staatsarchiv Luzern, 13/3580, 22. Februar 1653.

Für die Lagebeurteilung eines gewissen Poley Christen dagegen trifft die Feststellung, die Maßstäbe der Herrschaftskritik hätten sich an verbreiteten europäischen Mustern orientiert, nicht mehr zu. Poley Christen argumentierte nämlich historisch und bezog die Maßstäbe seiner Kritik aus nichts anderem als aus der vorgestellten eidgenössischen Gründungs- und Befreiungsgeschichte. Entsprechend qualifizierte er die krisenverschärfenden Maßnahmen der Obrigkeit wie folgt: «Min Gnädige Herren wollen nur den Tellen mit uns spielen, aber es müsst nit mehr lang währen»[14]. Den «Tellen» mit den Untertanen «spielen»! Mit diesem einen, kurzen Satz, der die aktuelle Krise mit derjenigen aus der eidgenössischen Gründungs- und Befreiungsgeschichte parallel setzte, stellte Polei Christen augenblicklich die ganze etablierte Herrschaft radikal in Frage. Denn er beschwört damit nichts weniger als die Erinnerung der Untertanen an die Figur des Wilhelm Tell, an seine Geschichte und an die historische Situation, in der er angeblich gelebt hatte. Es ist die Situation von Untertanen, die unter der tyrannischen Herrschaft österreichischer Vögte leben mußten und deren geschriebene Rechte wie billige Ansprüche systematisch mißachtet wurden.

Daß die Deutung der Krise untrennbar mit Vorstellungen von Handlungsoptionen darüber verknüpft waren, wie man aus der Krise herausfinden könnte, machte bereits jenes Zitat klar, welches die krisenverschärfenden Maßnahmen der Herrschaft mit dem Unbill der Natur und des Wetters verglich, die passiv zu erdulden seien. Daneben gab es jedoch auch Vorschläge zur Selbsthilfe. Einige Untertanen schlugen vor, einfach auszuwandern und einem neuen Herrn zuzuziehen[15]. Der Befund wiederum, die Herrschaft habe alte Rechte und Privilegien der Untertanen verletzt, korrespondierte mit dem Vorschlag eines begrenzten Steuer- und Abgabenstreiks[16]. Die historisch argumentierende Situationsdeutung schließlich, man lebe 1653 neuerdings unter einer Tyrannei, radikalisierte den Tatbestand der Verletzung alter Rechte und Privilegien der Untertanen durch die Herrschaft zum sehr viel schwerwiegenderen Vorwurf einer umfassenden Willkürherrschaft. Diese Deutung wiederum eröffnete den Untertanen ganz neue, revolutionäre Denk- und Handlungsmöglichkeiten,

[14] Staatsarchiv Luzern, 13/3570, 12. Januar 1653.

[15] Staatsarchiv Luzern, 13/3571, 18. Januar 1653. Aussage Hans Emmenegger: «Sy wollend einen Fahnen uffrichten und einem frömden Herren zuziehen, sy muessend eben nit im Land syn. Die so uff ihnen zu forderen, sollend allsdann Ihren Underpfand nehmen und selbsten arbeiten».

[16] Staatsarchiv Luzern, 13/3580., 22. Februar 1653. Aussage von «Lenz».

die sie mit zunehmender Dauer und Radikalisierung des Konflikts auch wirklich beschritten.

Im weiteren Verlauf des Bauernkriegs wurde die historische Situationsdeutung zur Legitimationsquelle eines revolutionären Programms. Die Untertanen beanspruchten einen speziellen, in der eidgenössischen Geschichte bzw. in der Befreiungstat von Wilhelm Tell und den Alten Eidgenossen begründeten Status für sich. Es wurde argumentiert, daß die Vorfahren aus dem «Joch» des «Hus Österrichs sich geschwungen», «us erkauften lüten ... sich fry» gemacht und sich eine «mit blutigem schweiss erstrittene fryheit» erkämpft hätten[17]. Entsprechend behauptete man, sehr viel weiter gehende Rechte zu besitzen, «dan andere ..., die etwan fürsten und herren unterworfen» seien[18]. Und unter Berufung auf diesen historischen Status forderten die Untertanen während des Bauernkriegs nun alles Mögliche ein. Die erstrittene, historische «fryheit» übernahm für sie die Funktion eines auf die Geschichte gezogenen Blankoschecks, der auch noch die revolutionäre Forderung nach sehr weitgehenden politischen Rechten auf lokaler wie sogar auf eidgenössischer Ebene abdeckte. Also forderten die Untertanen nichts weniger als Versammlungsfreiheit, Bündnisfreiheit, Teilhabe am Gesetzgebungsprozeß der Herrschaft, souveräne Rechtssprechungsgewalt und ein Widerstandsrecht gegen die Obrigkeit[19]. Hätte man alle diese Forderungen durchgesetzt, wären aus den eidgenössischen Untertanen in einem für die europäischen Verhältnisse der Frühen Neuzeit beispiellosen Ausmaß politische Subjekte geworden; sie wären fortan an der bisher ungeteilten herrschaftlichen Souveränität beteiligt gewesen.

Aber nicht nur solche revolutionären Ziele wurden dank der historisch informierten Situationsdeutung denk-, legitimier- und forderbar, sondern auch revolutionäre Mittel zur Zielerreichung. Gemeint ist das offensive militärische Vorgehen gegen die an sich legale Obrigkeit. Der Vorwurf und Befund einer Tyrannei wogen natürlich schwer und rechtfertigten auch noch die gewaltsame Selbstbefreiung. Im Lichte der eidgenössischen Gründungs- und Befreiungsgeschichte, wie sie 1653 von den Aufständischen verstanden wurde, besaß dieser Vorwurf aber ein ganz besonderes Gewicht. Das neue Tellenlied – das wichtigste programmatische Selbst-

[17] Zit. nach P.A. von Segesser, *Rechtsgeschichte der Stadt*, 3, S. 215 f.

[18] Staatsarchiv Luzern, 13/3832, 17. Mai 1653.

[19] Siehe ausführlicher zu diesen Forderungen A. Suter, *Der schweizerische Bauernkrieg von 1653*, S. 390 ff.

zeugnis der Bauernkriegsbewegung – bringt dies ganz klar zum Ausdruck. Die Obrigkeit und Herrschaft habe durch ihr tyrannisches Verhalten ihre eigene und die Geschichte der Alten Eidgenossenschaft verraten und sich damit selber aus der historischen Schicksalsgemeinschaft ausgegrenzt. Sie seien im eigenen Land zu «fremden Gästen», ja zu blutsaugendem Ungeziefer und «Läusen» geworden[20]. Nach dieser verbalen Ausgrenzung aus der «imagined community» der Eidgenossen folgte umgehend die Aufforderung zur handgreiflichen Ausgrenzung: «Thuend's us dem Land verjagen alsbald mit g'wehrter Hand, um Frid und Ruh zu haben, in euerm Vaterland»[21].

Konnte dieses kühne revolutionäre Mittel der physischen Vertreibung der etablierten Obrigkeiten auch tatsächlich mit Aussicht auf Erfolg eingesetzt werden? Auch bei dieser strategischen Frage, welche die Aufständischen im Bauernkrieg so oder so beantworten mußten, half die spätmittalterliche Konstruktion einer besonderen historischen Identität weiter. Sie wurde ihnen zur wichtigen Quelle revolutionärer Hoffnungen und Siegesgewißheit. Denn die wichtigste Lehre aus der eidgenössischen Gründungs- und Befreiungsgeschichte bestand nicht nur darin, daß die Vertreibung und Vernichtung der zur Tyrannei entarteten legalen Obrigkeiten eine legitime politische Option sein konnte. Die Geschichte kündigte ebenfalls davon, daß diese Option schon einmal mit großem Erfolg verwirklicht worden war. Und wenn man das Vorbild der Vorväter nur genau genug nachahme, so die scheinbar logische Schlußfolgerung von verschiedenen Zeitgenossen, ließe sich dieser Erfolg durchaus wiederholen. Im Unterschied zum erfolgreichen Befreiungskampf gegen die Österreicher seien die vorangegangenen Revolten gegen die eigenen Obrigkeiten nur deshalb gescheitert, weil es «wol eins Wilhelm Tellen manglete» und man diesem Beispiel nicht genau genug gefolgt sei[22]. Diesen Fehler würde man dieses Mal jedoch ganz gewiß nicht mehr wiederholen, wie die Bauernkriegsbewegung durch bewußte und imitierende Anleihen bei den geschichtlichen Vorbildern immer wieder deutlich machte[23].

[20] Siehe den *Liedertext*, abgedruckt bei A. VOCK, *Der Bauernkrieg von 1653 oder der grosse Volksaufstand in der Schweiz*, Aarau 1831, S. 549

[21] *Ibidem.*

[22] Zit. nach K. MESSMER u.a., *Luzerner Patriziat. Sozial- und wirtschaftsgeschichtliche Studien zur Entstehung und Entwicklung im 16. und 17. Jahrhundert*, Luzern - München 1976, S. 70.

[23] Vgl. A. SUTER, *Der schweizerische Bauernkrieg von 1653*, S. 435 ff.

3. *Aktuelle Krisen- und Konflikterfahrungen als Voraussetzungen für die Wirkungsmächtigkeit der protonationalistischen Tradition*

Während in den beiden vorangegangenen Schritten die konstruktivistische Seite der Krisen- und Situationsdeutung betont und gezeigt wurde, daß die objektiv beschreibbaren Inhalte der Krise und der krisenverschärfenden Maßnahmen der Herrschaft auf verschiedene Weise interpretiert werden konnten, soll im folgenden die Kehrseite des Argumentes beleuchtet werden. In jenem Jahr 1653 war es nämlich auch nicht so, daß es unbegrenzt viele Möglichkeiten der Deutung gegeben hätte. Die Krisen- und Situationsdeutung war – wie grundsätzlich bei jedem Konflikt – nicht absolut beliebig. Um Akzeptanz zu finden, mußte die Deutung vielmehr in der Realität, genauer: in den Krisen- und Konflikterfahrungen der Zeitgenossen eine Stütze finden. Eine solche Abstützung ergab sich in der Situation von 1653 in mehrfacher Hinsicht.

Insbesondere waren verschiedene krisenverschärfende Maßnahmen der Herrschaft geradezu hervorragend geeignet, die von den Untertanen zunehmend ins Zentrum gerückte Deutung einer Tyrannei zu stützen. Angesprochen ist hier die systematische Instrumentalisierung der Justiz für Steuerzwecke. Wie sich statistisch gut belegen läßt, verwandelten die eidgenössischen Obrigkeiten im weiteren Vorfeld des Bauernkriegs das Justiz- und Gerichtswesen in eine sehr einträgliche Einnahmequelle. Die markant höheren Einnahmen aus Bussen und Gerichtsgebühren seit den 30er Jahren des 17. Jahrhunderts zeigen dies sehr deutlich[24]. Daß diese Praxis der fiskalistischen Instrumentalisierung von Recht und Gesetz den Untertanen die Erfahrung von einer Willkürjustiz vermittelte, ist durch verschiedene Stellen belegt. Insbesondere stößt man in Bauernkriegsquellen immer wieder auf den Vorwurf, die Obrigkeit habe in ihrer Geldgier nicht einmal die Ruhe der Toten mehr respektiert und sogar noch gegen verstorbene Personen Prozesse angestrengt, um aus den Nachkommen Geldbussen herauszupressen.

Die verbreitete Erfahrung von einer Willkürjustiz wiederum war eine wichtige Voraussetzung dafür, daß man die Situation von 1653 mit eben jener Situation gleichsetzen konnte, unter der Wilhelm Tell und seine Mitstreiter nach der Überlieferung angeblich gelebt hatten. Denn bekanntlich ist dem Tyranneibegriff die Tatsache der Willkürjustiz bzw. der Rechtlosigkeit konstitutiv und wird beispielsweise in der eidgenössischen Gründungs- und Befreiungsgeschichte durch die Apfelschußszene auf sehr

[24] *Ibidem*, S. 373 f.

eindringliche und dramatische Art und Weise ins Bild gesetzt. Im Lichte der geschilderten Zeiterfahrung lag die Deutung, daß es 1653 genau gleich, ja noch schlimmer als zu Tells Zeiten geworden sei, deshalb nahe und klang überzeugend[25]. Dies war ein wichtiger Grund dafür, daß die Deutung Akzeptanz finden und die große subversive Wirkung entfalten konnte, welche schließlich dazu führte, daß die Untertanen am Ende gar eine Revolution wagten.

Allgemeiner gesagt war es also ganz und gar nicht so, daß das im vorangegangenen Abschnitt geschilderte revolutionäre Programm, die revolutionäre Legitimation und die revolutionären Mittel in der Bauernkriegsbewegung von allem Anfang an mit dieser Kohärenz dagewesen und durch die Überlieferung der eidgenössischen Gründungs- und Befreiungsgeschichte gleichsam vorgezeichnet gewesen wären. Die Überlieferung wurde vielmehr in einem aktiven kulturellen Schöpfungsprozeß umgeformt, adaptiert und zusammen mit anderen kulturellen Bausteinen und insbesondere den Zeiterfahrungen zu einer neuen Sicht der Vergangenheit, Gegenwart und Zukunft «zusammengebastelt», wie man in Anlehnung an Claude-Lévi Strauß formulieren könnte[26].

Die zentrale Bedeutung der aktuellen Erfahrungen in diesem Konstruktionsprozeß läßt sich nicht nur am Beispiel der herrschaftlichen Justizpraxis zeigen. Die durch den aktuellen Konfliktverlauf vermittelte Erfahrung von ersten militärischen Erfolgen gegen die Herrschaft stärkte die aus der kollektiven Erinnerung an die eidgenössische Gründungs- und Befreiungsgeschichte geborene Zuversicht und Erfolgsgewißheit der Aufständischen ebenfalls nachhaltig. Von besonderer Bedeutung war in diesem Zusammenhang die von mehreren Obrigkeiten gemeinsam durchgeführte Militäraktion zwischen dem 26. März und dem 29. März 1653. Was als Demonstration militärischer Stärke gedacht war, scheiterte nämlich aus bestimmten, in strukturell-gesellschaftlichen Gegensätzen zwischen den einzelnen eidgenössischen Orten der Alten Eidgenossenschaft angelegten Gründen überaus kläglich. In der Folge mußten die herrschaftlichen Truppen unter entehrenden Umständen in ihre Quartiere zurückkehren und die Untertanen feierten diesen Rückzug als einen großen

[25] Nach dem Urteil eines Luzerner Untertanen, dem man in den Quellen in ähnlicher Weise wiederholt begegnet, habe der «Wilhelm Dell nur eine Ursach gehabt, des trangs zu wehren. Si aber haben viel mehr». Staatsarchiv Luzern 13/3681, 31. Mai 1653.

[26] Vgl. zum Konzept der «intellektuellen Bastelei» C. LÉVI-STRAUSS, *La pensée sauvage*, Paris 1962, hier S. 26-33. G.P. MARCHAL, *Das «Schweizeralpenland»: eine imagologische Bastelei*, in G.P. MARCHAL u.a. (edd), *Erfundene Schweiz, Konstruktionen nationaler Identität*, Zürich 1992, S. 37-49.

Sieg. Ja mehr noch: Wie ein zeitgenössischer Beobachter richtig feststellte, habe die mißglückte Militäraktion den Untertanen «ein Herz gemacht» und ihr Vertrauen in die eigenen militärischen Fähigkeiten nachhaltig gestärkt[27].

Wichtige Anfangserfolge erreichten die Aufständischen nicht nur auf militärischem, sondern auch auf organisatorischem Gebiet. Gemeint ist hier die Organisation in überregionalen, ja zuletzt überherrschaftlichen Bauernbünden, welche die lokalen Rebellionen zu einer weitgespannten, die Territorien von Luzern, Bern, Solothurn und Basel umfassenden Aufstandsbewegung zusammenfaßte. Diese organisatorischen wie militärischen Erfolge führten dazu, daß die Aufständischen ihre Handlungschancen und -möglichkeiten mit zunehmender Dauer des Konflikts immer größer einschätzten. Entsprechend gaben sie ihre anfänglich sehr beschränkten wirtschaftlichen Forderungen auf und stellten im Wissen um ihre eigene Stärke stets umfangreichere, ja zuletzt im eigentlichen Sinn systemverändernde, revolutionäre politische Forderungen. So wischte einer der Luzerner Aufständischen den ersten und noch sehr bescheidenen Klagekatalog mit der Bemerkung vom Verhandlungstisch, diese erste Fassung «sye nichts, wollten wol anders begären»[28]. Als Begründung führte er die Einschätzung an, daß man nach der erfolgreichen Gründung des Bauernbundes nunmehr viel energischer auftreten und gewichtigere Forderungen stellen könne. Denn «wan sy puren die köpf zusammenhalten», könne ihnen die Herrschaft «jez nichts abschlagen». Und ein anderer stimmte ihm sogleich mit einem Argument zu, daß die Sache der Untertanen mit der Gründung des Bundes weitgehend gewonnen sei und sie jetzt «allbereitt die Khatz im Sack haben»[29].

Die Einsicht, daß die Tradition des eidgenössischen Protonationalismus im Konflikt von 1653 nur deshalb Wirkung entfalten konnte, weil sie mit dem durch die Herrschaftspraxis und durch den Ereignisverlauf vermittelten Erfahrungshaushalt der handelnden Akteure korrespondierte, ist meines Erachtens sehr wichtig. Sie kann als Hinweis dafür genommen werden, daß HistorikerInnen bei der Analyse von kulturellen Phänomenen die materielle Seite und objektiven Hintergründe, die den Erfahrungshaushalt von Akteuren strukturieren und die Wirkungsmächtigkeit von kulturellen Traditionen wesentlich bestimmen, nicht vernachlässigen soll-

[27] Zit. nach G.J. PETER, *Zürichs Anteil am Bauernkrieg 1653*, Zürich 1909, S. 42.

[28] Staatsarchiv Luzern, 13/3792, ohne Datum, «Bericht betreffend Hans Ulrich am Stein». Folgende Zitate *ibidem*.

[29] Staatsarchiv Luzern, 13/3584, 26. Februar 1653.

ten. Zwar determinieren die objektiven Strukturen der Wirtschaft, der Herrschaft und der sozialen Ungleichheit das Handeln der Akteure keineswegs; Strukturen sind also nicht als Subjekte der Geschichte zu konzeptualisieren, wie die herkömmliche Sozialgeschichte lange genug meinte. Ebenso wenig aber ist die Kultur im Sinne von langdauernden Mentalitäten, Traditionsbeständen oder «Diskursen» Subjekt der Geschichte, wie die sich oft auf eine reine Diskursanalyse beschränkende neue Kulturgeschichte zuweilen unterstellt[30].

Subjekte der Geschichte sind allein die individuellen und kollektiven Akteure, die auf Grundlage der durch die objektiven Strukturen vermittelten Erfahrungen und im Horizont überlieferter kultureller Traditionen und Diskurse in bestimmten Grenzen kreative Deutungen von der Vergangenheit, Gegenwart und Zukunft machen und im Kontext dieser Deutungen zuweilen auch lernen können[31]. Als Ergebnis dieser Deutungen und dieses Lernens fällen sie dann in gewohnter, ähnlicher oder sehr außergewöhnlicher Weise Entscheide, kommunizieren diese Entscheide mit vorhandenen wie zuweilen auch sehr neuen Begriffen und Kommunikationsweisen und handeln endlich entsprechend. In Konsequenz dieses Handelns können schließlich die materiellen wie kulturellen Strukturen aufrechterhalten, variiert oder gar grundlegend neu strukturiert werden.

4. *Positive Folgewirkungen des eidgenössischen Protonationalismus für die nachgeborenen ländlichen Untertanen*

Für den überraschend heftigen, ja in seinen Zielsetzungen und Mitteln als revolutionär zu charakterisierenden Widerstand der ländlichen Untertanen im Bauernkrieg von 1653 war also zweierlei wichtig: Objektive Krisen-

[30] Siehe dazu die Einführung von P. SARASIN, *Subjekte, Diskurse, Körper. Überlegungen zu einer diskursanalytischen Kulturgeschichte*, in W. HARDTWIG u.a. (edd), *Kulturgeschichte heute. Geschichte und Gesellschaft. Sonderheft 16*, Göttingen 1996. S. 131-164. Nicht folgen möchte ich allerdings dem Vorschlag Sarasins, Kulturgeschichte in Diskursanalyse aufgehen zu lassen. Dieser Vorschlag – er ist heute weit verbreitet – wiederholt in gewisser Weise den Fehler der traditionellen Sozialgeschichte. Während diese die materielle Seite verabsolutierte, hypostatisiert jene die kulturelle Seite. Sie verbaut sich damit von vornherein die Möglichkeit für Antworten auf die m.E. heute eigentlich wichtige Frage, wie denn die Vermittlungsweisen und Wirkungsweisen zwischen diesen beiden Ebenen zu analysieren und zu bestimmen sind.

[31] Vgl. zu diesem Punkt und zum folgenden ausführlicher A. SUTER, *Histoire sociale et événements historiques. Pour une nouvelle approche*, in «Annales Histoire Sciences Sociales», 52, 1997, S. 543-567 (deutsche Fassung: *Theorien und Methoden für eine Sozialgeschichte historischer Ereignisse*, in «Zeitschrift für historische Forschung», 25, 1998, S. 209-243).

phänomene einerseits, die bestimmte Gegenwartserfahrungen strukturierten, und das Vorhandensein der kulturellen Tradition von der eidgenössischen Gründungs- und Befreiungsgeschichte andererseits. Beide Momente waren notwendig, um das Ereignis in dieser besonderen, revolutionären Qualität zu ermöglichen.

Der heftige Widerstand, der die eidgenössischen Obrigkeiten an den Rand einer vernichtenden Niederlage gebracht hatte, führte im Anschluß an den Bauernkrieg einen grundlegenden politischen Kurswechsel herbei. Tatsächlich waren in verschiedenen Orten der Alten Eidgenossenschaft seit den 20er Jahren des 17. Jahrhunderts ernsthafte Anstrengungen zu verzeichnen gewesen, die Stellung der Obrigkeiten im Sinne des Absolutismus zu stärken. Angestrebt wurde der Aufbau eines Steuersystems mit direkten Steuern, die Straffung und Zentralisierung der Verwaltung und die Stärkung des Militärwesens durch den Aufbau stehender Truppen. Im Unterschied zu anderen Staaten wie Frankreich und vielen Territorialstaaten des Alten Reiches mußten diese Bemühungen nach 1653 jedoch wieder eingestellt werden. Stattdessen hielt in den eidgenössischen Orten ein vergleichsweise weniger drückendes «paternalistisches» Regiment Einzug, das auf die absolutistischen Herrschaftsgrundlagen verzichten mußte und bis Ende des Ancien Régimes auf einem insgesamt schwach ausgebauten Grad der Staatlichkeit verharrte[32].

In Gestalt dieses «paternalistischen Regiments» hinterließ das Ereignis von 1653 also bleibende materielle Spuren. Es strukturierte die überkommenen Herrschaftsverhältnisse auf neue Weise. Mindestens ebenso wichtig waren jedoch die kulturellen Spuren des Ereignisses von 1653. Ähnlich wie die spätmittelalterliche Gründungs- und Befreiungsgeschichte wurde das Bauernkriegsereignis Bestandteil der populären Überlieferung. Zwar versuchten die Obrigkeiten mit verschiedenen Mitteln, die kollektive Erinnerung an den vergangenen Aufstand und vor allem die Erinnerung an den partiellen Erfolg dieses Aufstandes zu unterdrücken[33]. Zu

[32] Der Begriff des Paternalismus wird hier nicht als Quellen-, sondern als Theoriebegriff im Sinne von E.P. THOMPSON (1974), *Patrician Society, Plebeian Culture*, in «Journal of Social History», 7, S. 382-405; DERS., *Eighteenth-century English society: class struggle without class?*, in «Social History», 3, 1978, S. 133-168 verwendet. Thompson entwickelte diesen Begriff, um die Herrschaftsverhältnisse zwischen englischen Obrigkeiten und Unterschichten zu charakterisieren, die sich nach der englischen Revolution entwickelten. Diese gestanden den breiten Bevölkerungsschichten ähnlich wie in der Eidgenossenschaft vergleichsweise weitgezogene Autonomie und Handlungsspielräume zu.

[33] Vgl. zum folgenden ausführlich A. SUTER, *Der schweizerische Bauernkrieg von 1653*, S. 526 ff.

diesem Zweck wurden alle Gegenstände, Symbole und Schriftstücke, die von diesem Ereignis Zeugnis ablegten, zerstört oder mindestens in herrschaftliche Verwahrung genommen. So mußten die Untertanen etwa ihre selbstgefertigten oder herrschaftlichen Fähnrichen entwendeten Fahnen, mit denen sie 1653 in den Krieg gezogen waren, der Obrigkeit abliefern. Dasselbe galt für die Prügelwaffen, die zu einem Symbol des Widerstandes geworden waren und denen die Obrigkeiten aus diesem Grund besonders intensiv nachforschten.

Das Singen des aufständischen Tellenliedes, das 1653 auf der Grundlage älterer Tellenlieder neu geschaffen worden war, wurde ebenso verboten wie das Aussprechen der Rangbezeichnungen der Bauernkriegsarmee, das heißt der «Kriegsämter und Titul» oder des Begriffs des «Pundtsgnossen», mit denen sich die Aufständischen nach Gründung der revolutionären Untertanenbünde anzureden pflegten[34]. Ein weiteres wichtiges Anliegen der Obrigkeiten war die Konfiskation der schriftlichen Dokumente der Aufstandsbewegung, vorab der Bundesverträge, und der historischen Rechtsquellen, die zur Legitimation des Widerstandes gedient hatten. Dadurch sollten, wie beispielsweise die Berner Obrigkeit argumentierte, «künftiger Irrung, so hieraus entstehen möchte», von vorne herein vermieden werden[35].

Verschiedene Belege aus der zweiten Hälfte des 17. Jahrhunderts und dem 18. Jahrhundert zeigen allerdings, daß die kollektive Erinnerung an den Bauernkrieg von 1653 unter der ländlichen Bevölkerung trotz allem wach geblieben war. Der herrschaftliche Versuch, das Andenken daran auszulöschen, war demnach mindestens teilweise gescheitert. Unter diesen Umständen überrascht es denn auch nicht, daß die populären Erinnerungen an das Ereignis von 1653, genau gleich wie die eidgenössische Gründungs- und Befreiungsgeschichte, das Handeln kollektiver Akteure bei späteren Konflikten wiederum orientierte. Ein Beispiel für diesen Zusammenhang ist der Zweite Villmergerkrieg von 1712, ein konfessioneller Bürgerkrieg zwischen den katholischen und reformierten Orten der Eidgenossenschaft.

Die genauen Ursachen und Einzelheiten dieses Konflikts sind hier nicht zu schildern. Wichtig ist jedoch folgende Begebenheit: Nachdem die Luzerner Obrigkeit im Wissen um die militärische Unterlegenheit der katholischen Seite in Friedensverhandlungen mit den reformierten Städteorten

[34] Eidgenössische Abschiede, 6, Abt. 1, S. 178, Stanser Friede.

[35] Staatsarchiv Zürich, A 233.2, 18. Juli 1653.

eingetreten war, stellten sich die Luzerner Untertanen offen gegen die eigene Regierung. Zusammen mit den ebenfalls katholischen Länderorten der Zentralschweiz wollten sie den Krieg mit den reformierten Städteorten Zürich und Bern unbedingt weiterführen. In der Folge setzten die Luzerner Untertanen ihren Willen auf dem Wege einer eigentlichen Revolte gegen die Friedensabsichten der eigenen Obrigkeit tatsächlich durch, so daß es schließlich zu einem großen militärischen Kräftemessen zwischen einem Berner und einem Zentralschweizer Heer kam. Maßgeblichen Einfluß auf dieses Verhalten der Luzerner Untertanen hatte einmal mehr eine geschichtliche Reminiszenz, nämlich die aus der kollektiven Erinnerung an den Bauernkrieg von 1653 geschöpfte Erwartung, man könne den bevorstehenden militärischen Kampf siegreich bestehen und danach auch die Herrschaft der Stadt Luzern über die Landschaft endlich beseitigen.

Konkret faßbar wird dieses Geschichtsbewußtsein etwa in der folgenden Einschätzung der aktuellen Situation, wie sie ein Luzerner Untertan aus dem Dorf Root bei Luzern im Jahr 1712 machte:

«Ihre forfahren seien jm letsten bauernkrieg sötige narren gesin, das sie den krieg mit der oberkeit zue lucern angefangen, do Zürich, Bern und die Länder [Länderorte] mit ihnen [der Stadt Luzern] gehalten. Jetzt aber seye es zeit, jetzt seye es zeit, die Länder heben mit jhnen [den Luzerner Untertanen], jetzt müösse man mit den herren ... kriegen»[36].

Nach dieser durch die kollektive Erinnerung an den Bauernkrieg von 1653 zutiefst geprägten Einschätzung war den aufständischen Untertanen dieses Mal der Sieg nicht mehr zu nehmen. Denn die politisch-militärischen Konstellationen von 1653 und 1712 würden sich grundverschieden darstellen. Beim ersten Mal hätten die Länderorte Uri, Schwyz, Unterwalden und Zug die Luzerner Obrigkeit unterstützt und dieser Umstand sei der entscheidende Faktor der bäuerlichen Niederlage gegen die Truppen der Städte Luzern, Zürich und Bern von 1653 gewesen. Bei diesem zweiten Mal kämpften die Luzerner Untertanen und die Länderorte jedoch Seite an Seite und deshalb sei der Sieg gewiß.

Wie noch gezeigt werden wird, enthält diese Lagebeurteilung eine ganze Reihe von Irrtümern und falschen Einschätzungen gegenüber der Situation von 1653[37]. Aber ob falsch oder richtig, ob genau oder ungenau – was bleibt, ist die Tatsache, daß das Geschichtsbewußtsein, das die ländlichen Untertanen dieses historisch-geographischen Raumes besaßen, so-

[36] Zit. nach M. MERKI-VOLLENWYDER, *Unruhige Untertanen. Die Rebellion der Luzerner Bauern im Zweiten Villmergerkrieg*, Luzern - Stuttgart 1995, hier S. 191.

[37] Siehe weiter unten, Kapitel 5 dieses Aufsatzes.

wohl im Jahr 1653 wie im Jahr 1712 und auch noch bei anderen Gelegenheiten den kollektiven Entscheid zum offenen Widerstand entscheidend förderte. Während die Untertanen 1653 das Modell des erfolgreichen Kampfes gegen die habsburgischen Tyrannen zu wiederholen hofften, waren sie 1712 guten Mutes, daß die Kräftekonstellation nun ganz anders als 1653 sei. So betrachtet, bildete das Geschichtsbewußtsein von vergangenen Konflikten mit der Obrigkeit und insbesondere das protonationale Konstrukt der eidgenössischen Gründungs- und Befreiungsgeschichte neben den skizzierten, vergleichsweise schwach ausgebildeten Fiskal-, Verwaltungs- und Militärstrukturen des «paternalistischen Regiments» eine weitere wichtige und vorteilhafte Rahmenbedingung dafür, daß Unruhen und Revolten in der Alten Eidgenossenschaft im Vergleich zum Alten Reich auch noch im 18. Jahrhundert eine vergleichsweise häufige Erscheinung blieben. Zugleich wurden vorteilhafte Rahmenbedingungen für den Erfolg der liberalen Revolutionen von 1830 und 1848 geschaffen[38].

Die spezifische «politische Kultur des offenen Protests und Widerstandes», die diesen Raum seit dem Spätmittelalter von anderen regionalen politischen Kulturen in Europa unterschied, blieb mithin aufrechterhalten[39]. Sie ermöglichte es den Untertanen, mindestens auf dem indirekten Weg der Konfliktandrohung oder von wirklichen Konflikten einen relativ großen Einfluß auf die regierenden Eliten und damit auch auf die Gestaltung ihrer konkreten Lebensumstände auszuüben. In der Folge verteidigten die ländlichen Untertanen denn auch während des gesamten 18. Jahrhunderts und bis zum Ende des Ancien Régimes ihren hohen Grad an Autonomie und Selbstbestimmung, wie der langjährige Botschafter der englischen Krone in der Schweiz im Jahr 1714 betonte[40]. Nach ihm gehörte die ländliche Bevölkerung der Alten Eidgenossenschaft nämlich zu den «freiesten ... Untertanen, die es auf der Welt gibt».

Angesichts dieser langfristigen und für die politische, wirtschaftliche und soziale Position der nachgeborenen ländlichen Untertanen vorteilhaften Folgen des Ereignisses von 1653 kann man mit guten Gründen argumentieren, daß die Konstruktion der spätmittelalterlichen Gründungs- und Befreiungsgeschichte in der Frühen Neuzeit tatsächlich ein Stück weit

[38] Siehe dazu ausführlicher A. SUTER, *Der schweizerische Bauernkrieg von 1653*, S. 580 ff.

[39] Siehe ausführlicher zum Begriff und Konzept der «politischen Kultur des offenen Protests und Widerstandes» A. SUTER, *Regionale politische Kulturen von Protest und Widerstand im Spätmittelalter und in der Frühen Neuzeit. Die schweizerische Eidgenossenschaft als Beispiel,* in «Geschichte und Gesellschaft», 21, 1995, S. 161-194.

[40] A. STANYAN, *An Account of Switzerland*, London 1714.

politisch-gesellschaftliche Wirklichkeit geworden war. Zwar weiß die historische Forschung heute sehr genau, daß diese Geschichte über weite Strecken eine «Erfindung», genauer eine Fiktionalisierung der realen Prozesse und Ereignisse des Spätmittelalters darstellt. Aber im Jahr 1653 und bei anderen Konflikten der Frühen Neuzeit glaubten die Bauern und Untertanen der Alten Eidgenossenschaft unerschütterlich an diese fiktiven Helden und ihre ebenso fiktiven Taten. Und dieser starke Glauben machte aus der spätmittelalterlichen Fiktion zum Teil Wirklichkeit. Er verwandelte die Fiktion in einen starken kollektiven Widerstand der ländlichen Untertanen, der für die Nachgeborenen die geschilderten, sogar bis in die Moderne hinein nachwirkenden, materiellen wie kulturellen Folgen besaß.

5. *Nachteilige Folgewirkungen des eidgenössischen Protonationalismus für die zeitgenössischen Akteure*

Der Hinweis, daß der eidgenössische Protonationalismus oder allgemeiner gesagt: die kollektive Erinnerung an historische Konflikte für die Nachgeborenen durchaus vorteilhafte Wirkungen besaß, darf jedoch eines nicht vergessen machen: Für diejenigen Menschen, die in den jeweiligen Konfliktsituationen handelten und handeln mußten, besaßen diese Erinnerungen unter Umständen auch höchst nachteilige Folgen. Sie gaben Anlaß zu Selbsttäuschungen und Irrtümern, die nicht wenige mit dem Tod bezahlten.

Ein Beispiel dafür ist erneut die Schlacht bei Villmergen von 1712. Die vernichtende Niederlage der katholischen Länderorte und der Luzerner Untertanen zeigte, daß die vorausgegangene Siegesgewißheit auf einer fatalen Fehleinschätzung beruhte. Der Grund dieser Fehleinschätzung läßt sich folgendermaßen beschreiben: Wie schon angedeutet wurde, enthielten die geschilderten kollektiven Erinnerungen an die militärisch-strategische Lage von 1653, auf denen die Untertanen im Jahr 1712 ihre Siegeshoffnungen gründeten, eine ganze Reihe von Vereinfachungen und Fehlinterpretationen. Der größte Irrtum war, daß die katholischen Milizen der Länderorte mit der entscheidenden Niederlage, die das Bauernkriegsheer 1653 gegen die reformierten Truppen der Städteorte bei Mellingen erlitten hatte, überhaupt nichts zu tun hatten. Mehr noch: Anders, als es die kollektive Erinnerung erzählte, agierten die Länderorte während des Bauernkriegs von 1653 mehrheitlich nicht als Gegner der Aufständischen. Sie leisteten der rebellierenden Landbevölkerung sogar in verschiedenen Situationen Schützenhilfe und verhalfen mindestens den Luzerner Untertanen zu sehr vorteilhaften Friedensbedingungen.

Wie man nachträglich aus den Akten genau rekonstruieren kann, war die Niederlage des Bauernkriegsheeres bei Mellingen tatsächlich nicht auf ein zahlenmäßiges Untergewicht zurückzuführen. Die Bauerntruppen besaßen damals sogar mehr Soldaten in ihren eigenen Reihen. Kriegsentscheidend war vielmehr die materielle Überlegenheit der reformierten Städteorte, die den aufständischen Bauerntruppen an Ausrüstung, Bewaffnung und Versorgung weit überlegen waren. Die historische Parallele zwischen der militärischen Situation von 1653 und derjenigen von 1712, auf der die katholische Seite beim Villmergerkrieg ihre Siegesgewißheit gründete, war also fragwürdig, ja falsch. Die Meinung, daß damals allein die zahlenmäßige Unterlegenheit den Ausschlag gegeben habe und daß entsprechend das nunmehrige Zusammengehen von Luzerner und Zentralschweizer Truppen den sicheren Sieg garantiere, trügte. Die eigentliche militärisch-strategische Frage, die sich im Jahr 1712 stellte und auf deren positive Beantwortung die katholische Kriegspartei realistischerweise allein Siegeshoffnungen hätte bauen können, bestand vielmehr darin, ob die Zentralschweizer Milizen zusammen mit den Luzerner Truppen denjenigen der reformierten Städteorte nicht nur zahlenmäßig, sondern auch ausrüstungsmäßig ebenbürtig oder sogar überlegen wären.

Wie die Schlacht bei Villmergen von 1712 zeigte, war das ganz und gar nicht der Fall. Das reformierte Heer der Städteorte erwies sich als stark überlegen. Die Luzerner Obrigkeit, die unter anderem aus diesem Grund schon sehr viel früher in Friedensverhandlungen eintreten wollte, behielt recht. Tatsächlich hatten insbesondere die Truppen der Stadt Bern seit dem Bauernkrieg von 1653 einen wichtigen Modernisierungsschritt vollzogen. Sie wurden mit dem sogenannten «fusil» aus Frankreich ausgerüstet. Dabei handelte es sich um die erste Feuerwaffe in der Geschichte der Kriegstechnik, die einigermaßen einfach zu bedienen war. Sie konnte deshalb auch von schlecht ausgebildeten Miliztruppen, wie sie in der Alten Eidgenossenschaft überall typisch waren, effizient eingesetzt werden[41]. Unter diesen Umständen war die Niederlage der Truppen aus Luzern und aus den Länderorten, die wegen ihrer vergleichsweise sehr bescheidenen Wirtschafts- und Finanzmacht ausnahmslos auf diese kostspielige Ausrüstung mit modernen Waffen verzichten und am Übergewicht der blanken Waffe festhalten mußten, nur folgerichtig. Die Niederlage kam eigentlich nicht unerwartet.

[41] Vgl. A. ZESIGER, *Die erste Schlacht bei Villmergen am 14./24. Januar 1656*, in «Anzeiger für Schweizerische Geschichte», NF, 10, 1909, S. 464-472 und S. 478-490.

Die kollektive Erinnerung an das historische Konfliktereignis von 1653 vermittelte den Luzerner Untertanen im Jahr 1712 mithin sehr unpräzise historische Erfahrungen, welche sie dazu verführten, die aktuellen Kräfteverhältnisse falsch einzuschätzen und sich in einer unbegründeten Siegesgewißheit zu wiegen. Es wäre allerdings falsch, diesen Vorgang unter dem Begriff eines historischen Irrtums abzuhandeln. Der Vorgang der Täuschung durch die kollektive Erinnerung – er läßt sich sehr gut auch am Beispiel des Bauernkriegs von 1653 und im Rahmen sehr vieler anderer historischer Ereignisse nachweisen – darf nicht als ein individueller Fehler oder als ein Fehler der Luzerner Untertanenbewegung und Kriegspartei mißverstanden werden[42]. Vielmehr spricht vieles dafür, daß der Vorgang der Täuschung in den Bedingungen, die das kollektive Erinnern der Menschen an vergangene Ereignisse und Prozesse überhaupt erst möglich machen, bereits angelegt ist.

Damit nämlich historische Konflikte, andere historische Ereignisse und historische Prozesse, sofern sie nicht Gegenstand schriftlicher und wissenschaftlicher Abhandlungen sind, überhaupt über Generationen hinweg erinnert und immer wieder weitererzählt werden können, muß der erinnerte und weitererzählte Stoff bestimmte mnemotechnische Voraussetzungen erfüllen. Nach den Ergebnissen der historischen Anthropologie bzw. der Volkskulturforschung, die sich sehr intensiv mit der Leistungsfähigkeit und der Funktionsweise der populären Überlieferung befaßt, beinhalten solche Voraussetzugen mindestens und stets die sehr starke Vereinfachung und Dramatisierung der unendlich komplexen und vielfältigen Inhalte eines vergangenen historischen Ereignisses oder Prozesses[43]. Oft genug sind die Erinnerungen auch sehr lücken- und bruchstückhaft und an mehr oder weniger zufällig gestreute materielle Erinnerungsorte geknüpft, die bestimmte historische Inhalte in allerdings nur sehr selektiver Art und Weise gegen das Vergessen schützen. In der Situation von 1712 zum Beispiel erinnerten sich die Untertanen an das Ereignis von 1653 allein aufgrund von Jahrzeitstiftungen für hingerichtete Bauernführer, Liedern, Sagen, populären Endzeitprophezeihungen und vereinzelten schriftlichen Dokumenten, welche im Verborgenen weitergesungen und -erzählt wurden bzw. dem herrschaftlichen Zugriff entgangen waren[44].

[42] Vgl. A. SUTER, *Der schweizerische Bauernkrieg von 1653*, S. 437-449.

[43] Vgl. P. BURKE, *Helden, Schurken und Narren. Europäische Volkskultur in der Frühen Neuzeit*, Stuttgart 1981 (London 1978), S. 103-149; G.P. MARCHAL, *Das Meisterli von Emmenbrücke oder: Vom Aussagewert mündlicher Überlieferung. Eine Fallstudie zum Problem Wilhelm Tell*, in «Schweizerische Zeitschrift für Geschichte», 34, 1984, S. 521-539.

[44] Vgl. ausführlich A. SUTER, *Der schweizerische Bauernkrieg von 1653*, S. 535 ff.

Allerdings – und darin liegt das Heimtückische solcher kollektiver Erinnerungen – gehen im Zuge dieser starken Selektion, Vereinfachung und Dramatisierung zugleich die differenzierteren historischen Erfahrungen verloren – und zwar unwiderruflich. Genau diese differenzierteren Erfahrungen aber wären für eine adäquate Orientierung des Handelns in späteren Kontexten notwendig. Nur mit ihrer Hilfe kann es den Akteuren gelingen, die Unterschiede wie die Gemeinsamkeiten einer gegenwärtigen und vergangenen Situation präzise zu bestimmen, um aus dieser Differenzbestimmung schließlich eine verläßlichere Orientierung für Entscheide bezüglich der Zukunft zu gewinnen. Das kollektive Erinnern an vergangene Ereignisse und Prozesse ist mithin stets nur in einer Weise möglich, die aus wissenschaftlicher Sicht einseitig und undifferenziert ist. Aus diesem Grund kann es die Entscheide und das Handeln von Akteuren in der Gegenwart gar nie adäquat anleiten. Selbsttäuschungen sind ebenso unausweichlich wie menschlich.

Demnach trifft die Entscheidungsträger von 1712, 1653 und auch diejenigen von vielen anderen historischen Ereignissen keine individuelle Schuld. Die Fehlentscheide zeigen vielmehr auf, wie unvollständig, einseitig und selektiv die Menschen sich an ihre eigene Geschichte zu erinnern pflegen, wenn sie sich denn überhaupt erinnern können. Diese Einsicht in die Täuschungsmacht des kollektiven Erinnerns, die für die beteiligten Akteure zuweilen tragische Folgen zeitigt, ist gerade für die Bürgerinnen und Bürger des schweizerischen Nationalstaates sehr wichtig. Denn als Mitglieder einer historischen Willensnation holen sie sich aus ihrer als gemeinsam vorgestellten Geschichte auch heute noch oft und ebenso oft allzu unreflektiert Orientierung für vitale Zukunftsentscheide. Die Selbstisolierung der modernen Schweiz innerhalb der europäischen Gemeinschaft hat außerordentlich viel mit diesem unreflektierten Umgang mit der eigenen Geschichte zu tun.

Assassinated with the same ax? Jörg Jenatsch between biography, micro-history, and myth*

by *Randolph C. Head*

Late in January, 1639, a lively group gathered in the «Stäubiges Hüetli», a not altogether reputable pub in the town of Chur in the Republic of Graubünden. These military officers and influential politicians had done well since their bold betrayal of Duc Henri de Rohan and his masters, Richelieu and Louis XIII, in 1637: they were close to reaching beneficial alliances with Spain and Austria, which would return to the Republic its former subject territories in the Valtellina as well as its full internal freedom of religion. Most of the drinkers that day came from powerful local families, but among them sat one man who had risen far from his beginnings as a Reformed minister. Jörg Jenatsch[1] was now a colonel with his fingers on the reins of power in Graubünden, recently owner of his own castle near St. Gallen[2], and not least, a loyal convert to Catholicism. His request for ennoblement and an Austrian fief was still pending, but his

* A version of this paper was presented to the Sixteenth Century Studies Conference - Frühe Neuzeit Interdisziplinär, Atlanta, Oct. 23, 1997. My thanks for travel and research support from the Academic Senate, University of California, Riverside; and the Verein für Bündner Kulturforschung, Chur, Switzerland.

[1] There are two standard biographies of Jenatsch: E. HAFFTER, *Jörg Jenatsch. Ein Beitrag zur Geschichte der Bündner Wirren*, Davos 1894; and A. PFISTER, *Jürg Jenatsch: Sein Leben und seine Zeit*, Chur 1991[5] (1938[1]; 3rd edition, on which the 5th is based, 1951; earlier editions spelled the name Georg Jenatsch). Each of these is now accompanied by a volume of documents: E. HAFFTER (ed), *Georg Jenatsch: Urkundenbuch, enthaltend Exkurse und Beilage*, Chur 1895, (also appended to the 1894 biography); and A. PFISTER (ed), *Jürg Jenatsch: Briefe 1614-1639*, Chur 1983 (posthumously edited by various editors). For the relevant literature on Graubünden in this period, see R. HEAD, *Early Modern Democracy in the Grisons*, Cambridge 1995. An overview and excerpts of older literary texts about Jenatsch is found in B. GARTMANN, *Georg Jenatsch in der Literatur*, Disentis 1946. An update on the historical literature is provided by J. MATHIEU, *33 Jahre nach Pfisters Jenatsch-Biographie: Neue Forschungsergebnisse und -perspektiven*, in A. PFISTER, *Jürg Jenatsch*, 1991[5], pp. 491-510.

[2] Jenatsch purchased the castle Katzensteig in 1630, and sold it some time in 1637. J. MATHIEU, *33 Jahre*, p. 499.

bold and violent career pointed to further advance in the troubled waters of mid-seventeenth century Europe.

Jenatsch and his fellow officers drank all afternoon and evening, joined by musicians and entertainers celebrating Carnival. Around eleven, as they prepared to return to their lodgings, one last group of masked revelers asked permission to join them. «Certainly let them come», replied the colonels, «since we too are here to have fun»[3]. Immediately the revelers burst into the guest room: their leader, dressed as a bear, confronted Jenatsch, taking his proffered hand. The seeming conviviality, however, was a ruse to bring Jenatsch into position for a fatal shot. The bear's hidden pistol failed to discharge at the crucial moment, however; undeterred, the gang fell upon Jenatsch with axes and hammers «so that his brains ran out»[4], leaving all others in the room unharmed[5].

Although suspects were plentiful, the city magistrates in Chur did little to track down the murderers[6]. Jenatsch had become an uncomfortable presence, and few mourned his passing. Soon after his death, moreover, the rumor spread that his murder came as revenge for his own murder of Pompeius Planta with an ax, back in 1621 – and that Jenatsch's assassination had in fact been carried out with the very same ax![7] In subsequent centuries, the representation of Jenatsch's personality and his role in Bündner history have undergone substantial changes, but this one bit of story

[3] E. HAFFTER (ed), *Urkundenbuch*, p. 156: «Freilich soll man sie herauf lassen, dann sie eben auch solcher meinung da seyen, sich lustig zu machen.»

[4] *Ibidem*, p. 158: «... gleich kommt der dritt mit einem rythammer, schlagt Genatsch in den kopf, das ihme das hirne herausflüst.» The version in Bartholomäus Anhorn's necrology has the even bloodier «... dz das hirn an die wend sprützt» (*ibidem*, p. 172).

[5] All narrative descriptions of Jenatsch's life in this paper, unless specifically noted, are based on Pfister and Haffter's biographies.

[6] Not until morning, for example, were the city gates locked to prevent their flight. Contemporary observers already noted the far-from-rigorous investigation of the murder, (e.g. Venetian agent's letters in E. HAFFTER [ed], *Urkundenbuch*, p. 163). For further discussion see J. MATHIEU, *33 Jahre*, pp. 502-506.

[7] The first reference to the «same axe» also appears in Anhorn, cited in E. HAFFTER (ed), *Urkundenbuch*, p. 170: «Man sagt aber unverholen, das die rädlifürer gewäsen sygind des Pompeij Planten sön usz Domlesc, welcher vatter är ouch gehulffen erschalgen. Ja eben mit där ax, damitt ir vatter erschalgen, und um der Spanischen faction willen, darum der den vatter verfolget, sye er ouch erschlagen worden». Anhorn's reporter at this time was Jacob Wigeli, since Anhorn himself had moved to St. Gallen. (A. PFISTER [ed], *Jürg Jenatsch*, p. 12). Conradin von Moor's edition of Anhorn is extremely unreliable and should be avoided where possible; the original msc. is in Kantonsbibliotek St. Gallen in the Vadianische Sammlung.

persists, joined eventually by the fiction that the ax's wielder had in fact been Lucretia von Planta, daughter of the murdered Pompeius and Jenatsch's only true love[8].

Before moving back to Jenatsch's career, or forward to subsequent dramatizations of his life, I want to spend a moment framing my use of these stories. Whereas conventional biography, such as Alexander Pfister's *magnum opus*, presents Jenatsch in the context of his «Life and Times»[9], and writers of fiction (among whom Conrad Ferdinand Meyer is only the best known) reshaped the historical material for dramatic effect[10], my goal is to look away from constructed unities in Jenatsch's life, regarding it instead as a sequence of boundary-crossings and boundary-affirmations that reveal much about cultural order in early seventeenth century Europe. Jenatsch's career invites us to do so because of the many boundaries he actually touched upon: among the more obvious are language, confession, and estate. Born a Romansh speaker, he spoke and wrote German and especially Italian, as well as Latin and Greek. Son of a Reformed minister, he later converted to Catholicism and carried out a public debate with his former peers. Originating from a commoner family, his career led him through the clerical estate to the ramparts of nobility, much to the resentment of many contemporaries. In addition to such boundary-crossing within his own life, Jenatsch's stories have been used ever since in ways that undermine the boundary between history and myth. While the content of the Jenatsch-myth varied enormously until Conrad Ferdinand Meyer's novel invented a new «standard» version, the employment of Jenatsch as an icon in polemical programs ranging from the Counter-Reformation to liberal patriotism to National Socialism has continued unabated[11]. As contemporary depictions of Jenatsch in Graubün-

[8] The «Lucretia» story reached its canonical form in C.F. MEYER's, *Jürg Jenatsch: Eine Bündnergeschichte*. (All references to Meyer's work here refer to the Wilhelm Goldmann Verlag edition of 1984, which reproduces the text of the Leipzig edition of 1885.) Versions of this story date back to the mid-18th century, however. See B. GARTMANN, *Georg Jenatsch*, pp. 48-49. An interesting twist lies in the name of the woman involved, who is known in contemporary sources as Katherina von Planta-Travers, only becoming «Lucrezia» in later texts. Haffter names her «Lucrezia Katherina» (E. HAFFTER [ed], *Urkundenbuch*, p. 107).

[9] E.g. the subtitle of Pfister's biography, «Sein Leben und seine Zeit».

[10] Though Meyer's famous work is a novel, he too saw its potential for the theater; he attempted a dramatic rendition himself, and commissioned at least one author to undertake one. See B. GARTMANN, *Georg Jenatsch*, pp. 104-106.

[11] An overview of literary versions of Jenatsch's life is found in B. GARTMANN, *Georg Jenatsch*, including a brief discussion of National Socialist attempts to appropriate Jenatsch that Gartmann added after his initial dissertation was complete, pp. 128-136.

den show – he is to be found in texts ranging from hiking guides to wall-plaques to restaurant menus – his life has played an important part in the «invention of tradition»[12] in this region. As historians we can discuss the epistemological and substantive boundaries this process has engaged, as well.

Confronted by such disparate forms of boundary-crossing, the first step must be to define more clearly what I mean by 'boundary'. Various disciplines have come to use what was initially a spatial category as an important analytical tool: today, most of the boundaries under investigation are no longer geographical, but rather between conceptual spaces of various kinds[13]. In consequence of this metaphorical broadening, boundaries and their transgression have become ubiquitous in cultural history, recently, just as they remain important for much structurally-oriented social history. In both cases, I think, a closer look reveals that scholars use boundaries as a kind of 'sign' in a wide variety of contexts. For the social historian, boundaries are what separate individuals into groups or other data into categories, thus providing the analytical building blocks for historical reconstruction of the social order. Defining such boundaries reveals structures. For the cultural historian, boundaries have a different function: the embody the process through which a culture under study constitutes personhood and other cultural categories in the first place[14].

[12] This essay was not originally written with Eric Hobsbawm's category of «invention of tradition» in mind, but its examination of how Jenatsch's biography has become attached to various meta-narratives certainly fits in with Hobsbawm's concerns. Clearly, historical resonances from Jenatsch and the period of the «Bündner Wirren» have not become «traditions» in Hobsbawm's sense, but similar processes of reinventing history seem to have taken place in Graubünden in the nineteenth century. E. HOBSBAWM - T. RANGER (edd), *The invention of tradition*, Cambridge 1983.

[13] An important exception to this rule that shows how spatial boundaries, too, can be subject to fruitful historial analysis is P. SAHLINS, *Boundaries: The Making of France and Spain in the Pyrenees*, Berkeley - Los Angeles 1989, which cites extensive relevant literature. See also R.J. LAWRENCE, *The Multidimensional Nature of Boundaries: An Integrative Historical Perspective*, in D. PELLOW (ed), *Setting Boundaries: The Anthropology of Spatial and Social Organization*, Westport (CT) - London 1996, pp. 9-36.

[14] The essential boundary in this framework is that between «self» and «non-self» or «other». This boundary provides the starting point for a categorization of the world which includes (and thus in a sense constitutes) the self as well. Marcel Mauss's essay on the «category of the person» remains the standard introduction to these issues. See M. CARRITHERS - S. COLLINS - S. LUKES (edd), *The Category of the Person: Anthropology, Philosophy, History*, Cambridge 1985, which contains Mauss's essay and extensive commentary; and D. SABEAN, *Production of the Self in the Age of Confessionalism*, in «Central European History», 29, 1996, 1, pp. 1-18.

Cultural boundaries therefore serve historians as signs about identity formation; in addition, seen as signs of perceived difference[15], cultural boundaries help us understand how action and representation are linked in particular situations[16]. Clearly, most of the boundaries shaping Jörg Jenatsch's life – language, confession, estate – can be approached in either of these two ways[17].

A historical method that offers useful guidelines in this area is microhistory, which has focused explicitly on local stories and on individuals as a way of approaching larger historiographical concerns[18]. Through their emphasis on individual and community experience, microhistorical methods do justice to the role of boundaries in identity-formation, while at they same time they seek to link particular narratives and the signs encoded in them to the structures that shaped experience on a larger scale. Indeed, microhistorians have been especially concerned to demonstrate that their focus

[15] My thinking on the importance of boundaries in this context is much influenced by the work of Gregory Bateson: for a brief introduction see G. BATESON, *Mind and nature: a necessary unity,* New York 1979.

[16] Growing out of the fundamental boundary between «self» and «other», cultural boundaries taken in this context are both representations of and contituents of individuals and groups, through an ongoing dialectic whose operation becomes a key focus of study. Such identity-forming boundaries are always sharply marked in the social imagination and individual consciousness, regardless of any 'objective' measures contributing to them. Recent work on gender has often treated the boundary between male and female identities in this way, while studies of popular culture and political culture investigate the shaping of political action by identity formation – as in the partition of «müllerisch» and «salpeterisch» peasants in the 18th cenutry Hauenstein, for example. D. LUEBKE, *'His majesty's rebels': communities, factions, and rural revolt in the Black Forest, 1725-1745*, Ithaca (NY) 1997.

[17] As I have attempted to show in earlier publications, language, religious confession and estate can each be used to understand both social structure and identity-forming systems in seventeenth-century Graubünden (as across Europe); other authors have probed the way that estate – especially noble estate – shaped identity in the seventeenth century. On language, R. HEAD, *A plurilingual family in the sixteenth century: Language use and linguistic consciousness in the Salis correspondence, 1580-1610*, in «Sixteenth Century Journal», 26, 1995, 3, pp. 577-593. On confession, by the same author, *Religious coexistence and confessional conflict in the Vier Dörfer: practices of toleration in the early seventeenth century*, in J.C. LAURSEN - C.J. NEDERMAN (edd), *Beyond the Persecuting Society: Religious Toleration before the Enlightenment*, Philadelphia 1997, pp. 145-165. On estate, R. HEAD, *Early Modern Democrcacy*, pp. 220-223. On noble identities, see J. DEWALD, *Aristocratic Experience and the Origins of Modern Culture: France, 1570-1715*, Berkeley - Los Angeles 1993.

[18] My evocation of microhistory is much influenced by a recent conference at the William Andrews Clark Memorial Library in Los Angeles: «The Challenge of Microhistory and Its Macrohistorical Responses: A workshop arranged by Hans Medick», June 6-7, 1997.

on the particular does not imply a rejection of broader structural analyses, including the boundaries that make these possible. In a sense, moreover, biography – or at least the social biography attempted here – is the quintessential form of microhistory. It is no coincidence that individuals such as Menocchio and Martin Guerre stand at the heart of microhistory's paradigmatic studies[19]. My effort to understand Jenatsch as historical figure and historical icon uses his life in a related way, to investigate the social and cultural boundaries he lived within and constituted himself through. In addition to a microhistorical sensitivity to the particular, such an approach also requires undermining the unity that traditional biography assumes about its subjects: seeing a figure like Jenatsch as a nexus of boundary-crossings or -affirmations draws attention away from his life represented as a coherent whole[20].

Jenatsch: a chronicle

Born in the Upper Engadine in the mid-1590s, Zoartz Jenatz – to put his name in his first language, Romansh – was the son of the Reformed minister in Silvaplana[21]. His father and grandfather had both attended university, and served as Imperial notaries around Silvaplana, but the Jenatsch were not families of first rank. The family was well-established but not wealthy; in their home commune of Samedan, they occupied the fourth pew in the church, after the Salis, Scandolera, Planta, Polin, and Bifrun families[22]. A Romansh speaker in his childhood, Jenatsch received

[19] C. GINZBURG, *The Cheese and the Worms: The Cosmos of a Sixteenth Century Miller*, Baltimore 1980. N.Z. DAVIS, *The Return of Martin Guerre*, Cambridge (MA) 1983.

[20] This paper is the first stage of a larger project on social and cultural boundaries; in the larger version of this project, I hope to draw in parallel cases from the same region and period without undermining the coherence of my narrative. Moreover, this approach will help maintain critical perspective on the way Jenatsch's life has been mythologized by historians and writers of fiction alike since 1639.

[21] His exact location of birth is uncertain, since his father briefly took a clerical position in Schams around the time of Georg's birth.

[22] For an analysis of wealth-distribution in nearby Zuoz during this period, see P. BORINGHIERI, *Pussaunza, richezza e poverted a Zuoz 1521-1801*, in «Annalas de la Società Retorumantscha», 102, 1988, pp. 79-201, (abbreviated in *Geschlechter und Gesellschaft des alten Zuoz im Spiegel der Estims des 16. Jahrhunderts*, in «Bündner Monatsblatt», 6/7, 1983, pp. 165-98). The most sophisticated analysis of the region's society, though for a slightly later period, is J. MATHIEU, *Bauern und Bären: Eine Geschichte des Unterengadins von 1650 bis 1800*, Chur 1987.

instruction in Latin and perhaps some German before departing for secondary school in Zurich in 1610; he registered himself at school as «Georgius Jenatius, Engadino-Rhetus»[23]. His preparation, it seemed, had been inadequate, and his father soon mobilized a network of Reformed clerics to provide his son with a Greek tutor. During his first years, Jenatsch was a promising student, but soon proved himself to be a troublemaker as well. Employed as a tutor to four young von Salis gentleman, he got into numerous scrapes in Zurich and during one year at the University in Basel. He returned to Graubünden in mid-1617, where he was appointed minister in Scharans after passing his theological examination before the Reformed Synod.

Almost immediately he became involved in local politics; Graubünden at the time was torn between adherents of a Venetian alliance and those favoring connections with Spanish Milan. These violent factional disputes among the local elite, supported by substantial bribes from foreign ambassadors, also excited popular resentment. The combination culminated in a series of *Strafgerichte*, popular penal courts, that combined factional vendettas with populist hatred of the *Grosse Hansen* into explosive political moments[24]. In 1617, the Spanish faction was on top, but in 1618, the pro-Venetians allied with activists from the Reformed Synod to stage a *Strafgericht* in the village of Thusis that surpassed its predecessors in violence.

Jenatsch, just over twenty years old, became one of the Protestant «spiritual overseers» whom many Bündner blamed for the *Strafgericht*'s barbarism, including the death under torture of the Catholic Archpriest of Sondrio[25]. In the wake of Thusis, even the Reformed Synod censured Jenatsch and his more violent colleagues, cautioning them to remain within their estate[26]. Jenatsch soon after moved to Berbenno in the subject territories in the Valtellina, where he sought to increase the small Reformed congregation that lived there among a large majority of Catholic subjects.

[23] A. Pfister, *Jürg Jenatsch*, p. 27.

[24] See R. Head, *Early Modern Democracy*, pp. 147-155; on Thusis in 1618, pp. 188-191, citing the available secondary material.

[25] The Archpriest, Nicolò Rusca, is himself the subject of a complex historiography that ranges from disparagement to hagiography. See most recently, for example, G. da Prada, *L'Arciprete Nicolò Rusca e i cattolici del suo tempo*, Sondrio 1994.

[26] R. Head, *Rhaetian ministers, from shepherds to citizens: Calvinism and democracy in the Republic of the Three Leagues, 1550-1620*, in W.F. Graham (ed), *Later Calvinism: international perspectives* (Sixteenth Century Essays and Studies, 22), Kirksville 1994, pp. 55-69.

He stay was short: in 1620, he and his new wife only narrowly escaped with their lives from the anti-Protestant Valtellina uprising, and he was forced to flee back to Graubünden.

Biographers represent this flight as the moment when he resolved to take up soldiering; in any event, the refugee threw himself into politics on the side of the Salis-Venetian faction, and took a leading part in the ax murder of his party's worst enemy, Pompeius Planta of Rietberg in 1621[27]. Exiled during the following years, while Graubünden remained under alternating Austrian and French domination, Jenatsch served in the armies of Bernhard of Weimar, France, and Venice, rising eventually to the rank of colonel and leadership of his own regiment. Back in Graubünden, he fought under the French general Henri of Rohan, leading a regiment during the campaigns of the early 1630s in the Valtellina. By the mid-1630s, his military reputation was well-established, making him one of the few military entrepreneurs in this era to rise from commoner status[28].

Around 1620, he married a daughter of Paul Buol, a leading figure from Davos who was also a military man. Oddly enough, we are not certain whether he married Anna Buol in 1620, or perhaps her sister Katharina, only to marry Anna in second marriage around 1625[29]. This gap reveals how a religio-political focus has pushed Jenatsch's «private» life from most research. Only recently have historians begun to investigate the importance of Jenatsch's Davos connection more carefully[30]. Contemporaries, in contrast, were well aware of Jenatsch's personal life, and were not slow to describe him as a womanizer. His enemies charged that even as a student in Zurich, «he had known more whores than schoolbooks»[31],

[27] The murder is polemically described in *Blutige Sanfftmuet Der Caluinischen Predicanten. Warhaffte Relation auß einer Glaubwürdigen Person Sendschreiben / so den 6. Martij diß 1621. datirt. Was massen der Edel und Gestreng Herr Pompeius à Planta von dreyen Predicanten und andern Caluinischen Mördersbrüdern in Engadein in seinem Schloß unfürsehens uberfallen / unchristlicher weiß zu Todt geschlagen / und jämmerlich zerflaischt worden*, 1621. Planta's castle at Rietberg is not in the Engadine, but in the commune of Fürstenau in the Domleschg on the north side of the Alps.

[28] See the important study by A. WENDLAND, *Der Nutzen der Pässe und die Gefährdung der Seelen. Spanien, Mailand und der Kampf ums Veltlin 1620-1641*, Zürich 1995, p. 248.

[29] J. MATHIEU, *33 Jahre*, p. 495, note c.

[30] *Ibidem*, pp. 493-496.

[31] «Kurtz beschribne Pündtnerische Handlungen, deß 1618, 19. und 20. Jahrs». Attributed to Pompeius von Planta. Msc. copy inserted into Anhorn, «Pündtner Krieg», (Kantonsbibliotek St. Gallen, Vadiana Msc. 235), by the copyist Heinrich Spätt, St. Gallen.

while accusations of fornication were heard during his last years[32]. As to religion, Jörg was not the first in his immediate family to convert to Catholicism: his eldest sister's husband, Johann Joutsch, also a minister, converted publicly in 1623, leaving his wife[33]. Jenatsch himself followed only in early 1635, although he attributed his first impulses to convert to reading the Church Fathers in 1629-30.

Jenatsch's military prominence made him a crucial figure during the miniature «diplomatic revolution» that took place in Graubünden in 1636 and 1637[34]. He participated not only as a «patriot», but as a man using his power to climb the ladder of estates, as shown by repeated requests for ennoblement from the Habsburgs in Innsbruck as the negotiations proceeded. As the leader among the regimental commanders who abandoned French service, he came out of the diplomatic turnaround of 1637 as Governor of Chiavenna, Graubünden's most lucrative and important subject territory. When assassinated, he was back in Chur, poised to expand his influence over political affairs in the Freestate even further, much to the chagrin of his former Salis patrons as well as his enemies from the Planta faction.

A network of identities

During his life, Jenatsch displayed a frequently shifting constellation of identities, contingent not only upon his own background, but also upon his social location at any given moment. The young Reformed preacher in Scharans in 1617, to put it bluntly, was not the same man as the powerful Catholic colonel of 1637. Moreover, the sources that might reveal his most important identities and how they changed – that is, how he identified himself, and how he functioned in a society rich in boundaries – are typically fragmented and incomplete. Culled and selected by biographers, they thus allow the construction of divergent personas: the scheming politician depicted in Ernst Haffter's political biography, the tragically flawed

[32] Cfr. E. HAFFTER (ed), *Urkundenbuch*, p. 171 (from the critical but generally reliable commentator Anhorn).

[33] Pfister notes a number of other prominent conversions in 1623, when the Capuchins were active in the Engadine. The most noteworthy was that of Rudolf von Planta, head of the Spanish party in Graubünden and brother of the murdered Pompeius. Joutsch was minister in Pontresina; his name is often given in the Latinate form «Jodocus». A. PFISTER, *Jürg Jenatsch*, pp. 143-144.

[34] A. WENDLAND, *Nutzen*, pp. 191 ff.

patriot of Meyer, or (in a transmutation of Meyer's image) the hothead learning prudence of Pfister's *Jörg Jenatsch*[35].

In my project, in contrast, Jenatsch's personality or «essence» are displaced by the boundaries that Jenatsch moved within and across, with the goal of discovering where such boundaries actually lay in the seventeenth century, and how they functioned. My analysis begins with three sharply marked boundaries that stand out immediately: language, confession, and social estate. Other boundaries, important to modern scholarship, are harder to follow, partly because of how Jenatsch's life was represented in contemporary sources and subsequent accounts. This appears most clearly for issues of gender and family, but also for other potential modes of distinction such as class. Closer examination of Jenatsch's life, I also suggest, may reveal other boundaries that are not as obvious to the modern eye, but that may act as signs that help us gain a deeper understanding of seventeenth-century Europe, such as clientage/kinship networks and the boundaries of reciprocal violence.

Language is an obvious boundary that Jenatsch's life crossed – particularly to modern eyes shaped by a tradition of linguistically-based nationalism in Europe. Yet ironically, its importance in structuring his own circumstances and identity is far harder to ascertain: it is much easier to show how language has shaped recent interpretations of Jenatsch's life than it is to show it affecting that life itself. Still, Jenatsch's early career certainly raises the issue of language use in historical context. The local language of his native Engadine could be understood within only the most limited radius, and was ridiculed for its barbarism by outsiders[36]. As son of a minister, Jenatsch would have had close contact not only with the spoken version, but also with the Ladin Romansh catechism and New Testament translated by Joachim Bifrun in the late sixteenth century. That Jenatsch could and sometimes needed to write in Romansh is certain:

[35] For historiographical assessments of Jenatsch see B. GARTMANN, *Jenatsch*, and more recently J. MATHIEU, *33 Jahre*. I am indebted to Reto Hänny for pointing out the deep homologies between Meyer's and Pfister's constructions of Jenatsch, homologies suggesting that Pfister consciously or unconsciously allowed Meyer's vision to dominate the narrative and psychological structure of his biography. R. HÄNNY, *Giorgio, Guardati! Eine Kolportage*, Frankfurt 1988, esp. pp. 16-17, manuscript expanded from Hänny's «Nachwort» to the Insel Verlag edition of Jürg Jenatsch.

[36] E.g. by Charles Pascal, the French ambassador to Graubünden in the early seventeenth century, in his published memoirs: «Verum si ea lingua [scl. Romansh] origine Latina est, quo longius a suis initiis provecta est, eo plus Gallicae et Hispanicae peregrinitatis assumpsit». *Caroli Paschalii Regis in Sacro Consistorio Consilarii Legatio Rhaetica*, Paris 1620, ff. 148v-149r.

when he was mediating between the Capuchins and the Protestant villages of the lower Engadine in the 1620s and early '30s, he wrote a letter in Romansh that has survived[37]. Moreover, family correspondence from the Salis-Samedan family, richer and more prestigious than the Jenatsch, show that young men from even the most elevated Engadine families used Romansh within family circles in exactly the same years that Jenatsch was growing up[38].

As soon as Jenatsch left the immediate sphere of the Engadine, however, he needed – and soon learned – other languages. His education both as a boy in Silvaplana and as a student in Zurich was primarily in Latin, a language he needed to master as a clergyman. Despite his father's efforts to get the boy a Greek tutor, Jenatsch's knowledge of Greek, not to speak of Hebrew, is far less certain: no trace of it appears in his correspondence. Still his contemporaries praised his extensive knowledge of languages both as a student and later in his life, so it is possible he mastered at least the rudiments of some other Classical tongues[39]. Still, his surviving correspondence strongly suggests that he was far most comfortable writing in Italian. Of the fifty-four letters in his own hand that have survived, all but seven are in Italian[40]. Although he studied in Zurich and Basel, served in a German army, and married a German-speaking woman, Jenatsch avoided the German language in his letters, without a single autograph German letter surviving.

In fact, Jenatsch's letters reveal a man who was not as fluid a user of multiple language as other contemporaries; particularly revealing is the nearly complete absence of code-switching found in them[41]. Again, the

[37] A. PFISTER (ed), *Briefe*, pp. 121-125. On Raeto-Romansh printing, see R. BORNATICO, *L'arte tipografica nelle Tre Leghe (1547-1803) e nei Grigioni (1803-1975)*, Chur 1976[2].

[38] R. HEAD, *Plurilingual Family*, pp. 586-587.

[39] Praise of his early schoolboy accomplishments noted in A. PFISTER, *Jürg Jenatsch*, pp. 29-30. Anhorn described him after his death as «von sonderbarer und gleichsam miraculoser eloquentz», (E. HAFFTER, *Urkundenbuch*, p. 154).

[40] A. PFISTER (ed), *Briefe*, which contains the text of all 95 letters that are known. Of all his surviving correspondence, more than two thirds are in Italian. The bibliographical apparatus of the *Briefe* does not make it clear exactly which letters are autographs and which are not, however; in addition, a number of letters have survived only in copies, which I have not counted for this purpose. Of the 26 copies, 16 are in Italian, the rest in Latin.

[41] Code-switching is a shift to a different language during a sentence or paragraph, whether for individual words or more importantly, for phrases or entire sentences. See R. HEAD, *Plurilingual Family*, for more discussion and literature.

Salis correspondence, written by individuals from exactly the same region at the same time, provides a useful contrast. Johann Baptista Salis's letters to his sons routinely switched among German, Latin and Romansh; elsewhere he and his sons communicated interchangeably in German, Italian, and Latin[42]. The absence of such a phenomenon from Jenatsch's letters suggests less flexibility among languages: all the surviving documents suggest that he favored Italian – relatively similar to his native Romansh – above other languages that he used[43].

Jenatsch himself left us no commentary on how language skills shaped his career or identity. Some contemporaries were deeply concerned about linguistic style out of a desire to represent themselves as well-polished, but Jenatsch's correspondence – in Italian when possible, in other languages when necessary – shows that his use of language was mostly governed by functional criteria. Modern nationalism often assumes that language has a profound shaping force on individuals and groups, a view that was foreign to the seventeenth century in this particular form. Jenatsch's school enrollment as «Engadino-Rhetus» certainly revealed a distinct regional identity, but little more. One more concrete way to approach the connection between language and identity is to look at how an individual expressed his identity in different languages. Norbert Furrer, in a broader study of linguistic identities among Swiss mercenaries, lists twelve ways that Jenatsch signed his letters. These ranged from the Romansh «Zoartz Jenatz» to a Latinate «Georgius Jenatius». In Italian his first name was always written the same way, «Giorgio», whereas in German, «Georg, Geörg, Görg, and Jörg» all appeared; nevertheless, the overall variation is low[44]. At most, this evidence suggests that Jenatsch's personal identity was more firmly located in Italian than in other languages.

Far more interesting, in fact, are the mutations his name has undergone in subsequent centuries. In particular, the debate over a suitable title for Meyer's 1874 novel, and subsequent polemics, showed how naming and identity had become more closely linked by the nineteenth century. A

[42] *Ibidem*, pp. 586-589.

[43] The absence of code-switching does not in itself explain why an author chooses to remain in a single language at a time. For example, the Salis boys usually wrote their father exclusively in Latin, even though we know they could write in other tongues.

[44] N. Furrer, *Paroles de mercenaire: Aspects sociolinguistiques du service étranger*, in *Gente ferocissima: Mercenariat et société en Suisse (XVe-XIXe siècle)*, Lausanne - Zürich 1997, p. 312.

man who had generally been known as «Georgius» (the Latin name on his gravestone) or Georg (found in various German histories and biographies) became «Jürg» at the wish of Meyer's German publisher. In fact, even that name was a compromise with Meyer: the publisher had initially suggested that rebaptizing Jenatsch as «Jürgen» might help anemic early sales of the book[45]. Both of Jenatsch's major biographers at first rejected such a change, entitling their works *Georg Jenatsch*, but in the fourth edition of Pfister's book, the publishers once again intervened, changing the name to *Jörg Jenatsch* (another compromise), «taking account of the rootedness of the form 'Jörg' in popular consciousness»[46]. Such a change, taking place thirteen years after Pfister's death, reveals how modern mythologization of Jenatsch has taken on a linguistic dimension largely absent from Jenatsch's own experience.

Religious confession, far more than language, was a marked and highly contested boundary during the century from 1550 to 1650. Both as a Reformed clergyman early in his career, and as a convert to Catholicism at the end of it, Jenatsch contributed actively to the highlighting of confessional barriers, even as he himself violated them. Indeed, his life coincided with a crucial period during which the role of religious confession in Graubünden came to be redefined. The Republic contained Catholic and Protestant communes, as well as biconfessional communities, both before and after his life; but around 1610, confession shifted from a matter of collective public choice at the local level to a separate source of identity that often clashed with local and communal solidarities[47]. Three episodes from Jenatsch's life cast light on his careful negotiation of confessional boundaries: his role as a «spiritual overseer» in Thusis in 1618, his handling of confessional conflicts in the Lower Engadine in the late 1620s and 1630s, and of course his final conversion in 1635.

[45] R. Hänny, *Giorgio Guardàti!*, [p. 1], [p. 14].

[46] A. Pfister, *Jürg Jenatsch*, p. 5 («Vorwort zur 4. Ausgabe», 1984): «Der Buchtitel 'Georg Jenatsch' wurde in Anlehnung an denjenigen der Briefausgabe und unter Berücksichtigung der Verwurzlung der Namensform 'Jörg' im Volksbewusstsein in 'Jörg Jenatsch' abgeändert».

[47] This view is developed in R. Head, *Religious coexistence*. Greater detail, especially on the earlier period, in R. Head, *'nit alß zwo Gmeinden, oder Partheyen, sonder ein Gmeind': Kommunalismus zwischen den Konfessionen in Graubünden, 1530-1620*, in B. Kümin - P. Blickle (edd), *Pfarrei und Gemeinde*, Zürich, forthcoming.

When he joined the Rhaetian Synod in 1617, Jenatsch immediately joined a group of younger, confrontational pastors who advocated increasing pressure against the Catholic minority in the Republic, and against the Catholic majority in the subject territory of the Valtellina[48]. Indeed, his actions at this time contributed to, and illustrate, the sudden rise of potency that newly confessionalized identities had gained, as well as the reactions confessional arguments produced. Although little evidence survives of Jenatsch's personal role at the tumultuous *Strafgericht* in Thusis, the group of «spiritual overseers» he participated in were a novel phenomenon that pointed toward a new relationship between religion and politics in the Republic. But the group's existence became a spectacular political failure for the Reformed clergy, as well. Jenatsch's role in this and subsequent years shares in this ambiguity. In some documents – a letter from 1619 captures it well – Jenatsch exhorted others to act because «the most important things are at stake, the Church is in danger, the fatherland is in danger ...»[49]. There can be little doubt that he pursued overtly confessional goals at this time, despite his colleagues' repeated denials that this was the case.

Yet these denials are important clues as well: even at a time when confessional boundaries exercised a deep influence on both group formation and identity formation, confession rarely could claim a hegemonic role in shaping conflicts and the discourses these produced. Rather, the documents produced by the radical clerics, among them Jenatsch, reveal a duality that characterized confessional boundaries in the Rhaetian republic, and in many parts of Europe, at the time. Despite their clear identification with the Reformed cause, many of the radicals' public pronouncements, including the *Strafgericht*'s defense published in 1618, carefully

[48] The older pastors who controlled the Synod had grown up during a period of tension but coexistence between the confessions, and several of them came – notably Georg Saluz of Chur – came from communes heavily dependent on trade relations with Milan. In contrast, Johann à Porta, head of the firebrands, personally intervened in the biconfessional communes of Zizers, Trimmis and Undervaz, where a Protestant minority sought control of the local churches and their endowments after years of confessional coexistence; the activists' cause was strengthened when Caspar Alexius, a Bündner teaching in Geneva, was recalled to head a controversial Reformed school in Sondrio. On à Porta, see R. HEAD, *Religious coexistence*. In general on the complex diplomatic, family, and kinship struggles in this period, see A. PFISTER, *Il temps dellas partidas ella Ligia Grischa, 1600-1639*, in «Annalas de la Società Retorumantscha», 45, 1931, pp. 165-228; and 46, 1932, pp. 1-85.

[49] In the letter, which Jenatsch wrote in an attempt to regain the support of Jacob Ruinelli, he insists «De cardine rei iam iam agitur, periclitatur Ecclesia, periclitatur patria, periclitantur boni ...». A. PFISTER (ed), *Briefe*, pp. 59-61.

avoided confessional polemics, stressing instead the Republic's «liberty» and «democratic» constitution[50]. When speaking in this mode, Jenatsch and his peers insisted that they had no designs on Catholic communes, that they had invited priests to participate as «spiritual overseers», and that they sought only respect within a peaceful polity[51]. It would be too simple to label these alternatives «pragmatic» and «fanatical», or «political» and «religious». Rather, this duality reveals limits on the reach of confessional structures and identities even at this time: while religious confession became a sign of fundamental identity to a radicalized few, even most ministers recognized that appeals to confession alone were not effective, rhetorically and politically, in a confessionally mixed and politically divided republic.

By the late 1620s, Jenatsch was playing a quite different role in the ongoing struggles dividing the Rhaetian republic. During the Austrian invasion of 1620-24, Capuchins had been introduced into the Lower Engadine to convert the population to Catholicism. Most of their conversions evaporated, however, as soon as Austrian troops evacuated the area. The Capuchins remained, nevertheless, protected by the influence of Richelieu; moreover, they demanded and received continued access to the churches and resources of Lower Engadine villages, much to the anger of the local population and the Reformed Synod[52]. In 1627, when the French in turn evacuated the region, the Engadiners seized the churches and excluded the Capuchins. Into this context, Jenatsch came as a mediator. Still a Protestant and a former pastor, he enjoyed sufficient trust among the local population to gain concessions from them; at the same time, he was in the service of France, which wanted to avoid any Protestant gains in the region that Spain might use for propaganda effect[53].

[50] *Grawpündtnerische Handlungen des MDCXVIII Jahrs* (n.p, 1618), which appeared in many editions in several languages. See R. HEAD, *Early Modern Democracy*, chap. 7.

[51] Indeed, the radicals' demands that they be able to participate in politics was itself a bone of contention, rejected by the patricians who sought to control the Republic's foreign alliances in a way that utterly disregarded confessional interests. See for example the letter circulated by the Synod of Bergün in 1618 (a copy survives at the Kantonsbibliotek St. Gallen, Vadianische Sammlung, Msc. 233, [unpaginated]). Discussed among other similar documents in R. HEAD, *Rhaetian ministers*.

[52] The Lower Engadine in the 1620s is worth a new investigation; the best material relating to its history is found in F. MAISSEN, *Die Drei Bünde in der zweiten Hälfte des 17. Jahrhunderts in politischer, kirchengeschichtlicher, und volkskündlicher Schau*, 1: *1647-1657*, Aarau 1966, who concentrates primarily on later developments. My summary here based on A. PFISTER, *Jürg Jenatsch*, pp. 187 ff.

[53] A. PFISTER, *Jürg Jenatsch*, pp. 182-183, *passim*.

Jenatsch's mediation was evidently a trial for him. In one letter to a Catholic relative, he complained that:

«God knows I have done everything in my power to accommodate the Capuchin Fathers' affairs ... In Tschlins, where the women wanted to stone me, I had to tell them I wouldn't negotiate at all if they didn't make the women retreat ...»[54].

Six years later, he was still pleading with the Protestants to be patient:

«I would have thought you might show this grace to his Excellency [the French Ambassador] ... since you have only been asked to let the Fathers preach before you on Sunday mornings in the church; in the winter, you only hold services at ten in the morning, in any case»[55].

The tangled affairs in the Lower Engadine – the tenacious resistance the local population sustained against the Capuchins, as well foreign powers' desire to continue Catholic worship – had become tactical problems: rather than himself encouraging confession as a source of identity that could bind local communities, Jenatsch manipulated confessional identities as something that motivated others. This represented a profound shift in the kind of boundary that confession was, foreshadowing a similar shift all over Germany towards the end of the Thirty Years' War. Adherence to Catholic, Lutheran or Calvinist doctrine by no means vanished as an important source of divisions in this era, but the power structure of the Empire, as of the Rhaetian republic, increasingly encompassed confessional conflict rather than being disrupted by it.

And then, in 1635, Jenatsch converted. Jenatsch himself writes that he began reconsidering his faith as early as 1628-29, when a period of imprisonment in Venice gave him the opportunity to read deeply in the Bible and Church Fathers[56]. Augustine became his favorite author – but with opposite effects than had been the case with Luther a century before. What he saw in Augustine and in the Catholic church was certain authority, something that by the 1630s evidently appealed to him. Jon Mathieu describes Jenatsch's shift towards Catholicism as a process of acculturation as he himself rose in social rank: «He supported the traditional hierarchy, which no doubt came easier to him in 1635 than it would have

[54] *Ibidem*, p. 115.

[55] *Ibidem*, p. 122 (using Pfister's translation from Romansh): «haves bain crett vus havessses gratifichio Sia Excellentzchia in aquaist poick sainza l'g daier ad el et eir ad oters disturbo et fadia da quella vard, siand chia nun s'tscherchia das tegniar our d'baselgia, ma sulettamaing da yr aint dawo ils patres, chia in ogni möd nun s'predgia d'inviern avaunt las desch ...».

[56] E. Haffter, *Jörg Jenatsch*, pp. 235-226.

in 1620, as he had climbed astonishingly high on the social ladder in the intervening years»[57]. Such an approach avoids trapping Jenatsch's conversion in a sterile dichotomy between «interest» and «conviction», as earlier biographies have done[58].

That Jenatsch had very concrete political reasons for considering this shift – not least to make him a more acceptable negotiating partner for Madrid over the return of the Valtellina – does not mean that his statements defending it in spiritual terms should be regarded as mere cynical posturing. He defended his move in a series of letters to his formal peer in the Synod, Stephan Gabriel: these letters, too, encourage a nuanced view. On the one hand, such letters were often set-pieces in prominent conversions and the lively debates these engendered. It is worth noting that our copies of the letters come not from Gabriel's papers or Jenatsch's, but from the archive of Congregatio de Propaganda Fide in Rome. These were not the late-night musings of a wilful colonel, but probably carefully vetted set-pieces intended for wide circulation[59].

On the other hand, they are too idiosyncratic to be viewed as mere tracts, and contain considerable discussion of political issues in the Three Leagues along with doctrinal exegesis[60]. Even the theological points Jenatsch makes in the letters are expressed quite idiosyncratically: rather than staging Catholic virtue against demonic Protestantism, he easily admitted, for example, that certain popes had not only sinned, but were no doubt in hell right now[61]. It was on the issue of tradition, moreover, that Jenatsch showed real heat in his conversion letters; and as Mathieu points out, as a candidate for the nobility, tradition looked quite different to him than it had to a young impoverished minister two decades before.

[57] J. MATHIEU, *33 Jahre*, pp. 499-500; Cfr. A. WENDLAND, *Nutzen*, pp. 191-192.

[58] On approaches to this (false) dilemma, see H. MEDICK - D. SABEAN (edd), *Interest and Emotion: Essays on the study of family and kinship*, Cambridge - Paris 1984, especially the editors' opening essay.

[59] The letters' current location is given in A. PFISTER (ed), *Briefe*, pp. 290-291. The conversion of Friedrich von Salis in 1612 triggered a similar debate in long letters between him and his father, Johannes Baptista, some of which were eventually published. See N. VON SALIS, *Die Convertiten der Familie von Salis*, Lucerne 1892.

[60] E.g. letter 39, in A. PFISTER (ed), *Briefe*, pp. 145-147.

[61] «Dicitis Baronii confessione, multos papas horribilia fuisse monstra, sed dicam vobis amplius mea confessione multos papas haeredes futuros aeternae damnationis. Num praeterea vicistis?». *Ibidem*, p. 137.

That we are dealing with a different Jenatsch is also illustrated by his behavior in religious matters after 1635. He acted as anything but a religious zealot. Although he energetically defended his conversion to his former colleagues in the Synod, he put no pressure on his wife to convert, and allowed his two subsequent children to be baptized by Reformed ministers in Davos, where he had settled[62]. His eldest son was sent to the Capuchins to be educated just before Jenatsch's death, however. In political affairs, one of the key demands that Jenatsch and his allies made in Innsbruck was freedom of worship in the Lower Engadine and Prättigau, where Austria had nominal lordship over the Republic's citizens. The matter was a key sticking point, and required considerable tenacity from Jenatsch and his two fellow negotiators. In August of 1637, he even wrote Stephan Gabriel asking for political support, specifically disclaiming any religious influence on his current negotiations with the Spanish and insisting on religious freedom for all in Graubünden, including his immediate family[63]. He had taken on a Catholic identity by converting, which there is reason to take seriously. But as his actions in the Engadine in the 1620s already suggested, such an identity no longer moved him to conform to confessionalized structures. The earlier dualism – born of the genuine possibility around 1610 that confessional identities could produce new institutional or collective structures – had faded. Indeed, Jenatsch's main concerns in his last years were not about religion at all, but about moving into the nobility.

Social estate also played an enormous role in Jenatsch's career – both in terms of the structure of society as he experienced it, and in shaping his identity. Born from a family in the clerical estate and at first following its strictures, his career took him through military service towards the nobility – a goal that looked within reach by the time he died[64]. This multiple journey across estate boundaries set him apart in a world filled with anxiety and competition over estate. His contemporaries' reactions might

[62] A. PFISTER, *Jürg Jenatsch*, pp. 281-282. See J. MATHIEU, *33 Jahre*, p. 498, noting that the major change is that rather than asking Jenatsch to stand as godfather, the Protestant Davosers asked for his wife as godmother after his conversion.

[63] A. PFISTER (ed), *Briefe*, p. 225.

[64] The fact that his movement was from clergy directly into military service blurs his position in terms of the classical three estates. But by the seventeenth century, the common soldier or even the lower officers no longer participated in the «ennobling» aspects of military service, and high officers almost all came from noble backgrounds, whether they functioned as royal officers or independent entrepreneurs. See J. MATHIEU, *33 Jahre*, p. 507.

vary from threatened rage, as in the vituperative pamphlets that appeared in the wake of the Thusis *Strafgericht* in 1618, to cool calculation, as when the Spanish regent in Milan recommended holding off any *mercedes* to Jenatsch until Spain had obtained maximum service from him. But all seventeenth-century texts about Jenatsch are sensitive to the issue, in stark contrast to the nineteenth- and twentieth-century literary versions that tended to see «mere» estate overcome by patriotism or love.

The *Strafgericht* of Thusis in 1618 provoked a storm of texts, many of which conveyed the political and social views of their authors within the context of Graubünden[65]. The eight ministers who had participated in the *Strafgericht* came in for particular vituperation, much of which played directly or indirectly on them as representatives of the clerical estate: «Der Prädikanten standt, ist jetz, pfuy dich der schandt, Nit zum Jesuiten orden: Henckers knecht seind sie worden ...»[66].

Such verses established the corruption of the clerical estate by associating it with the most dishonorable of estates, the unclean executioner. The attacks from this genre that focused on Jenatsch himself picked up related themes, accusing him of having spent more times with whores than with books while a student in Zurich. Whatever the truth, such an accusation drew on a long tradition of anti-clericalism that focused on the sexual misbehavior of the clergy[67].

Jenatsch himself soon left the clergy, of course, and pursued a military path that appeared to be moving him towards ennoblement by the late

[65] See in general R. HEAD, *Early Modern Democracy*, chap. 7. Most of the texts are printed in P. ZINSLI, *Politische Gedichte aus der Zeit der Bündner Wirren 1603-1639*, in «Jahresbericht der historich-antiquarische Gesellschaft von Graubünden», 1910 and 1911 (with separate pagination).

[66] A. PFISTER, *Jürg Jenatsch*, p. 74; the original text can be found in P. ZINSLI, *Politische Gedichte*, p. 148.

[67] Of course, Protestant clergy were not formally celibate as their pre-Reformation predecessors had been, but their association with strong programs of social discipline, even in Graubünden, still lent sexual attacks on them a special spice that depended on widespread conceptions of the nature of various social estates. On social discipline and the clergy in Graubünden, see H.R. SCHMIDT, *Über das Verhältnis von ländlicher Gemeinde und christliche Ethik: Graubünden und die Innerschweiz*, in P. BLICKLE (ed), *Landgemeinde und Stadtgemeinde in Europa. Ein struktureller Vergleich*, München 1991, pp. 455-488; and U. PFISTER, *Reformierte Sittenzucht zwischen kommunaler und territorialer Organisation: Graubünden, 16.-18. Jahrhundert*, in «Archiv für Reformationsgeschichte», 87, 1996, pp. 287-333.

1630s. In 1636, he even requested the fief of Rhäzüns in Graubünden[68]: after enumerating the political benefits that would accrue to the Habsburgs, he also noted that other princes were seeking his services «with large sums of money» – and that he could more easily abandon such offers if he were given Rhäzüns[69]. A year later, in 1637, he was even more explicit, requesting not only the Arlberg lordship of Magdeburg but an explicit improvement of his coat-of-arms[70]. The issue of his ennoblement was sent from Innsbruck to Vienna, where nothing happened. Similarly, Jenatsch's requests for *mercedes* from the Crown of Spain were left pending. As the Milanese resident put it, «the state of that Republic does not permit any noteworthy partiality»[71].

The «state of the Republic» clearly referred to Jenatsch's increasing involvement in the affairs of the local patriciate, most notably his intervention in a long-running inheritance dispute among the Planta family[72]. Not only was he attempting to gain the fiefs that would allow him to demonstrate his new noble quality, but his power had allowed him to become the arbiter of patrician conflicts. The most likely planners of the ax-murder in 1639 were from the Planta family, who could list not only Jenatsch's murder of Pompeius in 1621, but also his long adherence to the Salis faction and his ability to threaten family inheritances as reasons. Here, social estate provided the context for struggles over both ambition and public identity, providing channels for advancement for a man like Jenatsch, but simultaneously throwing up hazards. In one sense, Jenatsch's drive towards ennoblement represented another step of internal acculturation, one consistent with his shift to Catholicism. At the same time, the «no-

[68] Rhäzüns was a lordship possessed by the Habsburgs that was also a member of one of the III Leages. It was routinely leased to leading Graubünden families – mostly the Planta – though always on a revocable basis to a single individual. Jenatsch's request was almost certainly futile, since aside from his common status and recent conversion, the Habsburg court sought continued support from the Planta faction in Graubünden. Discussed in A. PFISTER, *Jürg Jenatsch*, pp. 326-327.

[69] A. PFISTER (ed), *Briefe*, pp. 198-199, (Dec. 22, 1636). Strictly speaking, becoming the administrator of Rhäzüns would not have made Jenatsch noble; but the previous administrators from the Planta family had all been from ennobled branches or personally noble, and Jenatsch's position would have made him *de facto* noble, or at least patrician, from the perspective of the III Leagues (whatever the courts in Vienna, Madrid or Paris might have thought).

[70] A. PFISTER, *Jürg Jenatsch*, pp. 369-370; A. WENDLAND, *Nutzen*, p. 249.

[71] A. WENDLAND, *Nutzen*, p. 248.

[72] A. PFISTER, *Jürg Jenatsch*, pp. 379-381.

bility» defined a real group deeply concerned to defend its boundaries against interlopers just like Jenatsch. For the historian, therefore, this boundary, like the boundary of confession, acts as a sign pointing both to structures Jenatsch had to negotiate, and to identities he sought to adopt.

Conclusion: Further boundaries for Jenatsch as subject

This brief examination Jürg Jenatsch's relationship to three particular categories of boundary – language, confession, and estate – needs to be extended both in scope and by the addition of further boundaries. As we saw above, the way that family relations and sexuality helped shape Jenatsch's career, as well as his mythical personae since the seventeenth century, have hardly been touched by any author, even though there are some potentially interesting observations in this area. The transformation of political rogue into the star-crossed lover of nineteenth-century literature, for example, is a process that reveals not only the emergence of 'sentiment' among bourgeois authors, but also potentially the links between new models of sexual relations and changing views of «the fatherland»[73] – a term which remained part of the Jenatsch myth even as its meaning changed utterly. Similarly, our brief examination of confessional boundaries raises the deeper question of how Jenatsch's identity took shape in a world poised between the sacred and the profane: his move between confessions should not be conflated with the way he balanced secular and spiritual demands. I hope to explore these dimensions, as well as others, as I continue this project, but for the moment, I want to close the circle by returning to that tantalizing bit of myth: Jenatsch's murder with the same ax he used to murder Pompeius von Planta.

The «same ax» story appeared soon after the actual assassination, and has proved tenacious ever since: in literary versions, it usually takes a key place in closing the narrative, while biographers and historians also cannot resist adding it, usually with a wry comment – just as I am doing here. Aside from the question of its historical veracity[74], the story points in some interesting directions: whatever really happened, why did the story seem so true to commentators in the seventeenth and later centuries? What, in short, was the meaning of the story in cultural context?

[73] For a ground-breaking effort in this direction, see L. HUNT, *The Family Romance of the French Revolution*, Berkeley - Los Angeles 1992.

[74] It is not, in fact, impossible that the story is true. Jenatsch was murdered with an ax, as a 1959 examination of his skeleton showed (J. MATHIEU, *33 Jahre*, p. 503, *passim*).

It certainly points at boundaries that have been overlooked by the state-oriented historiography of the last century or so, such as factional networks and patterns of revenge. Biographers such as Haffter and Pfister treated Jenatsch's career in the context of a developing European state system, where the Rhaetian Republic was one member, however woefully disorganized. But as a recent brilliant study by Edward Muir has showed for the neighboring Friuli, the political structure of loosely-organized borderlands in the mountains often rested on rather different means of organizing and controlling power and violence[75]. Jenatsch's career, from his earliest student years to at least the early 1630s, associated him with the Salis faction in Graubünden; even when he came into conflict with the actual Salis family in his last years, he remained on the opposite side of most issues from the leading figures among the Planta. Jenatsch's murder of Pompeius Planta in 1621 can be portrayed in terms of international alliances, as Haffter did; but it is worth remembering that the band of murderers set out from Grüsch, a Salis stronghold, to do the deed[76]. The internal divisions among the Bündner elite, moreover, may have looked more like Muir's Friuli than most biographers recognize: in addition to the lasting importance of patron-client relations, ritualized violence on a substantial scale remained part of daily life through the seventeenth century, particularly in the Engadine[77]. Jenatsch had spent his life at odds with one faction centered around a branch of the Planta family: his spectacular action therefore benefited the standing of that faction, which may have helped provide the assassins as well as the protection from investigation they enjoyed after the fact. We currently know too little about the construction of factions and their exercise of power in Graubünden, though works by Alexander Pfister, Paul Grimm, and Silvio Färber provide an important first step[78].

On top of the factional dimension, we must consider the importance of revenge. In Bündner culture of the seventeenth century, it evidently seemed

[75] E. Muir, *Mad Blood Stirring: Vendetta and Factions in Friuli during the Renaissance*, Baltimore 1993.

[76] On the complexity of Bündner factions see esp. S. Färber, *Der bündnerische Herrenstand im 17. Jahrhundert: Politische, soziale, und wirtschaftliche Aspekte seiner Vorherrschaft*, Zürich 1983, pp. 168-176.

[77] See in general U. Pfister, *Politischer Klientelismus in der frühneuzeitlichen Schweiz*, in «Schweizerische Zeitschrift für Geschichte», 42, 1992, 1, pp. 28-68.

[78] S. Färber, *Der bündnerische Herrenstand*; P. Grimm, *Die Anfänge der Bündner Aristokratie im 15. und 16. Jahrhundert*, Zürich 1981; A. Pfister, *Ils temps dellas partidas.*

entirely plausible that such a murder would take place for such a reason, and the Plantas (as well as others close to Jenatsch's own victims) were the immediate suspects. In this context, the story of the same ax provided a entirely logical closure to Jenatsch's career: a servant of one faction who had outgrown his subservient role nevertheless died at the hands of his enemies in an assassination characterized by highly symbolic violence. For example, even after Jenatsch was dead on the floor, most descriptions recount that one of the murderers returned to smash in his face with a hammer. Some biographers have interpreted this as «making certain that he was dead»[79], but in light of Muir's study, we should be alert to the possibility that this was a symbolic defacement expressing disdain for an enemy. Again, my point is that the story is useful because it requires us to reassess the whole frame within which Jenatsch's life and death have been interpreted.

What then of the «same ax» in later centuries? Certainly, the immediacy of factional and symbolic violence had lost most of its force by the nineteenth century, yet the same bloody ax lived on in literary accounts. Partly, I think we should look to more widespread tropes of revenge and reciprocity. The story is a «good» story – in the sense that it encodes familiar ideas such as «he who lives by the sword shall die by the sword»[80]. Moreover, by the late eighteenth century, an additional set of associations had been added to the story by the attribution of the murder to «Lucretia» von Planta, daughter of Pompeius and secret lover of Jenatsch. This story represents an intrusion of entirely new sensibilities. The hard-driving officer is softened by a secret romance with the daughter of the man he killed. More, she is represented (as in Meyer's version) as an ameliorating and uplifting influence, one capable of taming his «wild» nature and turning his violent urges towards the preservation of the «fatherland». Her final act, then, of killing him with the same ax, turns what was probably a factional revenge-killing into a moment of national tragedy in a way that

[79] Even Anhorn, reporting shortly after Jenatsch's death, says that the murderes «habend einen zuoruck gschickt, im umzuokeren: ob er tod sye eigentlich zuo erfahren». E. HAFFTER (ed), *Urkundenbuch*, p. 161, cfr. also 158. E. HAFFTER, *Jörg Jenatsch*, p. 388, notes that one of the murderers returned to strike the corpse several times, while A. PFISTER, *Jürg Jenatsch*, p. 405 even gives the returnee a name. Jenatsch's skull is damaged by two severe blows, one each on the left and right sides of his head. J. MATHIEU, *33 Jahre*, p. 505.

[80] On historical mythmaking as «Imagologische Bastelei», involving a bricolage of recognizable referents that flexibly encode political conceptions, see G. MARCHAL, *Das 'Schweizeralpenland': Eine imagologische Bastelei*, in G. MARCHAL - A. MATTIOLI (edd), *Erfundene Schweiz: Konstruktionen nationaler Identität*, Zürich 1992, pp. 37-50.

would have been quite unrecognizable to the seventeenth-century actors themselves.

Yet the «mythologization» of Jenatsch is not only a process that took place in the eighteenth and nineteenth centuries. Even while he lived, his contemporaries fit him into schemes of interpretation that rested on cultural assumptions – and he himself constructed his identity through negotiating or sometimes violating the system of social and cultural boundaries he perceived. Meanwhile, historians' efforts to extract the 'real' Jenatsch from his myths risk falling into different, but equally powerful myth-forming patterns of their own[81]. A biography that focuses on the boundaries that 'made' the man will provide a different version of his life, one less centered on teleological connections to his church or his nation. It allows us to avoid the search for an essence of Jenatsch, seeing him rather as the locus for juxtaposing individual experience with identity-forming and structure-forming processes. Yet in the end, the grasp for unity, the desire to narrate a coherent story, makes it unlikely that this version of Jenatsch will be any more definitive than those that already exist. What it may do, though, is help us better understand the cultural boundaries that shaped the experiences and the minds of Europeans in the seventeenth century.

[81] For a study of a closely related case in the history of Graubünden, see H. SCHMID, *Das Bild Herzog Heinrich Rohans in der bündnerischen und französichen Geschichtsschreibung*, Chur 1966.

Parte IV

Piccola patria, grande patria: pluralità e uniformità

Esercizi di identificazione regionale: il Nord nella storia dell'Italia contemporanea*

di *Marco Meriggi*

«'E forse è anche un po' troppo rozzo nei modi, non ti pare Tom?'. 'Eh, che vuoi, è un meridionale!' disse il console soffiando il fumo nella stanza»[1].

Come ci lascia intendere questo brano, ambientato nella Germania dell'800, quella di una contrapposizione culturale tra Nord e Sud non è una problematica che riguardi soltanto l'Italia. Né il tema, per altro, si presenta come caratteristico soltanto dell'epoca più recente.

Basti pensare alle pagine dell'*Esprit des lois* nelle quali, a metà '700, Montesquieu formalizza la sua teoria dei rapporti tra il clima dei territori e le attitudini psicologiche, civili e sociali delle popolazioni che vi risiedono. Il problema, dunque, ha radici lontane. Ma, al di là dei luoghi comuni che in genere vi sono connessi, esso è anche contraddistinto da orientamenti mutevoli.

Nella versione suggerita da Montesquieu, ad esempio, il bipolarismo Nord-Sud rappresentava un pretesto per argomentare intorno all'insediamento climatico ed etnico a settentrione di valori come l'industriosità, l'operosità, il coraggio, l'amore per l'indipendenza e la libertà (e a mezzogiorno del loro contrario). Ma nella prima metà dell'800 per il fiore dell'intellettualità piemontese e lombarda impegnata nel dibattito sulla questione longobarda quel bipolarismo si giocò in termini rovesciati. Uomini come Balbo o come Manzoni reputavano il Nord germanico – quello storico dei longobardi e quello presente degli austriaci – come la sede dell'illibertà feudale e di una fisiologica arretratezza culturale e di costumi, cui erano fieri di contrapporre una eredità civile mediterranea intessuta dei lasciti congiunti della sapienza giuridica romana e della fioritura istituzionale e dottrinaria della Chiesa cattolica. E di quel Sud civile anche il Piemonte

* Si sintetizzano e rielaborano qui parte delle riflessioni che l'autore ha sviluppato in *Breve storia dell'Italia settentrionale. Dall'Ottocento a oggi*, Roma 1996.

1 Lo scambio di battute si trova in *I Buddenbrook* di Thomas Mann ed è citato in L. Campiglio, *Il costo del vivere. Nord e Sud a confronto*, Bologna 1996, p. 7.

sabaudo e la Lombardia operosa e urbana rappresentavano ai loro occhi parte integrante[2].

Nord e Sud – a prescindere dal loro rispettivo e relativo significato geografico – sono dunque categorie di classificazione di per sé cangianti, flessibili e indeterminate. Ed è sulla base di questo presupposto che conviene impostare una riflessione sul significato che la contrapposizione tra i due termini è venuta assumendo nell'ultimo secolo in un paese come l'Italia, dove ciascuna di esse identifica nella percezione comune un macroaggregato territoriale che raggruppa sotto una denominazione unitaria un insieme di regioni distinte.

Singolare, in prospettiva storica, è soprattutto il caso del Nord, ovvero dello spazio racchiuso, grosso modo, tra le Alpi e la linea appenninica che separa l'Emilia-Romagna dalla Toscana, dal momento che anteriormente all'unificazione nazionale esso era contraddistinto da appartenenze politico-istituzionali difformi e intensamente policentriche. Che si parli unitariamente di Sud è, al contrario, un fatto che non pare necessitare – sempre sotto il profilo storico – di spiegazioni particolari. Basti pensare all'esistenza – anche se sotto titolarità di potere diverse – di un unitario regno meridionale dal XII secolo normanno fino all'800 borbonico, grosso modo nei medesimi spazi oggi comunemente identificati come Sud.

Da un lato, dunque, secoli di storia corale, all'interno della medesima cornice politico-istituzionale (il Sud); dall'altro un plurisecolare policentrismo regionale o – qui il pensiero corre immediato alla riflessione di Carlo Cattaneo su «la città come principio ideale» – piuttosto cittadino *tout court* (il Nord).

Per le aree settentrionali della penisola la prima – e comunque parziale – esperienza unitaria, dopo secoli di divisione, data dall'età napoleonica, dura solo pochi anni, è subito contraddetta dagli assetti imposti dalla Restaurazione. Da questi, infatti, scaturisce un effetto di frammentazione in aree regionali, le quali, pur presentandosi nel segno di una semplificazione rispetto agli equilibri di fine '700 (ora Genova è soggetta a Torino, e Milano e Venezia sono unite in un nesso comune), non di meno disegnano un mosaico sotto molti profili conflittuale, alimentato da diffusi sentimenti di reciproca diffidenza e avversione da parte dei tasselli che lo compongono.

[2] Su questi temi cfr. i saggi di F. RIGOTTI, G. ABBATTISTA, I. PORCIANI, M. BOSSI, L. MASCILLI MIGLIORINI pubblicati nella sezione monografica dal titolo *L'Europa divisa: la formazione dello stereotipo del Nord nella cultura italiana tra Sette e Ottocento*, della rivista «Il Vieusseux. Giornale di scienze, lettere e arti», XIX, aprile-giugno 1983.

È vero che durante l'epoca della restaurazione – e ancora sino alle soglie dell'unificazione nazionale – emerge a più riprese, presso alcuni strati dell'opinione colta e possidente del Piemonte e della Lombardia, l'aspirazione a un regno dell'Alta Italia, come obiettivo da perseguire per riscattare le aree corrispondenti dal dominio o comunque dalla pesante tutela dell'Austria. Ed anzi, si può dire che in buona sostanza la stessa guerra di indipendenza del 1859 – da cui scaturisce poi come effetto in gran parte imprevisto la sorpresa unitaria – nasce con questi presupposti.

Ci si trova davanti, in questo caso, ad un esempio di comunità 'immaginata' che per un verso fa fatica ad attingere a una tradizione storica sedimentata (neppure nell'età napoleonica, infatti, le aree occidentali e quelle orientali dell'Italia settentrionale avevano conosciuto una esperienza unitaria, dal momento che le prime facevano parte dell'*Empire* e le seconde del Regno italico) per l'altro incontra fortissime resistenze non solo sul piano esterno, ma anche all'interno dei territori eventualmente chiamati a comporla.

Gli intellettuali piemontesi, quelli liguri, quelli lombardi sono tutti, infatti, impegnati in quel torno di lustri in esercizi di costruzione di una identità culturale regionale, che sfociano in stereotipi per molti versi reciprocamente conflittuali.

Rivelatorio, in tal senso, è soprattutto il caso della storiografia ligure, che attraverso la penna di uomini come Giovanni Battista Spotorno, Michele Giuseppe Canale, Gerolamo Serra, è coralmente protesa alla costruzione di una memoria regionale intesa essenzialmente come rimpianto e nostalgia per l'antica, libera repubblica marinara di fondazione medievale, tristemente consegnata dall'ingegneria politico-diplomatica della Restaurazione a un mortificante nesso di soggezione nei confronti della monarchica e feudale Torino[3]. Quella memoria regionale si visualizza nel simbolo del *mercator*, nel quale è dato di cogliere la percezione di sé di un ceto dirigente locale avvezzo alla navigazione e ai traffici e, per questo, incompatibile col suo feudal-burocratico alter ego piemontese. L'apologia della genovesità – dell'attivismo mercantile –, che prende corpo durante la restaurazione, è al tempo stesso rifiuto e disprezzo per la piemontesità.

Chiamati anch'essi a definire un «naturale» della propria regione, gli intellettuali raccolti attorno alla Deputazione subalpina di storia patria (tra gli altri Alessandro Saluzzo, Cesare Balbo, Ercole Ricotti) scrivono in quegli stessi anni storie del Piemonte che sono al tempo stesso dinastiche

[3] Cfr. E. GRENDI, *Storia di una storia locale. L'esperienza ligure 1792-1992*, Venezia 1996.

e militari, e che mostrano di pregiare soprattutto i valori dell'ordine, della disciplina, dell'obbedienza: quella che i sudditi «spontaneamente» e cordialmente tributano alla dinastia. Messi a confronto con gli altri italiani – argomenta per esempio Cesare Balbo –, gli abitatori del Piemonte dimostrano «meno ferocia, più valore militare, prima feodale, poi militare propriamente detto, meno mutazioni, quindi meno variabilità, più costanza, più fedeltà»; in altre parole: «Meno eccitamento di passioni, meno uso di ogni facoltà: in tutto più sodezza e meno vivacità». Poco importa che non godano di quel dono – la sensibilità per le lettere e per le arti – che altrove, nella penisola, è diffuso a profusione: «È la sodezza che fa gli uomini felici»[4].

Rispetto a questo «naturale» calato, per così dire, dall'alto, e intriso delle attitudini complementari del comando e dell'obbedienza, tutt'altra si configura l'identificazione regionale dei lombardi.

Ma si può parlare, poi, davvero, in questo caso, di costruzione di un regionalismo?

Carlo Cattaneo:

> «Il nostro popolo, nell'uso domestico e spontaneo, mai non diede a se medesimo il nome geografico e istorico di lombardo ...; mai non adottò famigliarmente quelle variabili divisioni amministrative di dipartimenti e di provincie, che trascendevano gli antichi limiti municipali. Il pastore di Val Camonica, aggregato ora ad uno ora ad altro compartimento, rimase sempre bresciano. Il pastore di Val Sàssina si dà sempre il nome di una lontana città che non ha mai veduta, e chiama bergamasco il pastore dell'alpe attigua, mentre nessun agricoltore si chiama parigino, nemmen quasi a vista di Parigi».

In questo brano il principio cittadino, considerato dall'*editor* di «Il Politecnico» come il tratto caratterizzante dell'intera storia d'Italia, mostra di fare aggio a tal punto su qualsiasi altro discrimine di aggregazione territoriale, da inibire la formalizzazione di un esercizio di identificazione regionale *tout court*. Ma questo autore non è sempre così drastico. E negli stessi anni durante i quali gli storici liguri lavorano ad una costruzione identitaria sostanzialmente antipiemontese, e quelli piemontesi all'apologia del «naturale» dinastico dei sudditi del regno subalpino, Cattaneo scrive una lunga introduzione a un volume che si intitola *Notizie naturali e civili sulla Lombardia*, e che dunque implicitamente è costruito a partire dal presupposto che, se non «nell'uso domestico», almeno in quello «geografico e istorico» di una regione lombarda – e di una corrispondente iden-

[4] Cfr. G.P. Romagnani, *Storiografia e politica culturale nel Piemonte di Carlo Alberto*, Torino 1985 e W. Barberis, *Le armi del Principe. La tradizione militare sabauda*, Torino 1988.

tità sintetica delle popolazioni insediate sul suolo insubre – è lecito parlare. Ma quali ne sono le caratteristiche?

La cifra tutta cittadina e urbana, per un verso, ma soprattutto le tradizioni di «industria e intelligenza», la ricchezza delle «relazioni mercantili», il gusto per la «libera concorrenza» e la «potenza del credito»: insomma, una vocazione tutta economica e un intenso attivismo civile, da riconoscere rispettivamente nell'attitudine diffusa a lavorare con applicazione e creatività «senza comandare né obbedire» e nella capacità di trasfondere la maturata consuetudine «di carteggio, di registri, di bilanci» nell'esercizio dell'autogoverno e delle virtù civiche.

«Senza comandare né obbedire»: non stupisce che sulla base di simili presupposti l'avvicinamento tra il «naturale» dei lombardi tratteggiato da Cattaneo e quello dei piemontesi fissato dagli uomini della deputazione subalpina di storia patria risultasse poco meno che impraticabile; quasi quanto quello tra la fantasia marinara e mercantile dei genovesi e il militarismo burocratico e un poco ottuso dei subalpini di Torino. Certo, la maggior parte delle testimonianze che abbiamo raccolto risale agli anni '40, e va perciò considerata all'interno della specifica costellazione di quel decennio.

Alla vigilia della guerra di indipendenza del '59 qualcosa, rispetto a questo quadro così intimamente dissonante, indubbiamente era mutato: nel Piemonte cavouriano i valori dell'economia, del mercato, dell'operosità imprenditoriale – gli emblemi cattaneani della regione insubre – avevano per esempio cominciato a fare breccia e all'attitudine plurisecolare all'obbedienza i subalpini erano venuti affiancando – primi ed unici in Italia – quel nuovo gusto di partecipazione civile che la civilizzazione liberale (anche nella sua versione monarchico-costituzionale) consentiva di sperimentare e di apprezzare. E tuttavia ancora nel 1858, nel suo saggio su *La città*, Cattaneo non si asteneva dal criticare vivacemente i «fratelli» della regione contermine, tacciandoli di quella mortificante ottusità che considerava propria dello spirito militare e della passiva mentalità burocratica. Certo, a motivare la perdurante ostilità del federalista milanese nei riguardi dei governanti del Piemonte era anche l'esperienza del '48, con tutti gli strascichi che questa s'era lasciata dietro nel decennio seguente. Nelle sue parole, però, si coglieva anche la spia di una diffidenza più profonda. Non era solo sotto il profilo politico-istituzionale che il progetto di uno stato dell'Alta Italia gli pareva inauspicabile. Non si trattava, insomma, ai suoi occhi, solo di una questione di alternativa tra repubblica e monarchia, che si sarebbe automaticamente e deprecabilmente sciolta nella seconda direzione qualora l'iniziativa piemontese avesse prevalso. Se al polemista mi-

lanese stava tanto a cuore il federalismo era perchè riteneva comunque poco praticabile – a prescindere dalla formula politica destinata a farsene garante – l'assimilazione tra due vocazioni regionali che riteneva intimamente contraddittorie e le cui radici gli parevano affondare assai lontano nel tempo, quasi confondersi con i dati del rapporto primario tra uomini e ambiente:

«Lo straniero vede chi noi siamo. I nostri padri furono più prodi che fortunati; e noi possiamo dire che la nostra generazione fu simile alle trapassate ... È una scortese e sleale asserzione quella che attribuisce ogni cosa fra noi al favore della natura e all'amenità del cielo; e se il nostro paese è ubertoso e bello, e nella regione dei laghi forse il più bello di tutti, possiamo dire eziandio che nessun popolo svolse con tanta perseveranza d'arte i doni che gli confidò la cortese natura».

In questo brano, tratto dall'introduzione alle *Notizie naturali e civili* (1844), i ceti dirigenti della Lombardia economica e civile avrebbero potuto riconoscersi ancora quasi integralmente quindici anni più tardi, alla vigilia di una annessione al Piemonte dalla quale non pochi paventavano disagi ancora più cospicui di quelli patiti sotto l'Austria.

E, tuttavia, a dispetto di questi contrasti, sintetizzabili con qualche forzatura nella contrapposizione tra una identità regionale intonata alla sudditanza, alla fedeltà, all'obbedienza (Piemonte) ed una ispirata al senso di cittadinanza, di autonomia, di attivismo economico e civile (Lombardia, ma anche Liguria), nei decenni post-unitari una nozione unitaria di Nord come area non solo geograficamente, ma anche culturalmente, compatta – come regione ex-novo, somma e contaminazione tra tradizioni regionali distinte preesistenti – prese forma in tempi piuttosto rapidi. Venne costruita, in parte, attingendo ai materiali offerti dalle tradizioni locali antiche e recenti; ma soprattutto si avvalse, come fattore motivante, della formazione, nel frattempo sopravvenuta, del manufatto nazionale e venne spesa prevalentemente nel segno di una contrapposizione a quella di Sud.

Il bipolarismo Nord-Sud, così caratteristico della storia italiana unitaria, e così agevolmente misurabile, del resto, sia in base a tutti i principali indicatori economici (reddito, consumi, ricchezza, istruzione) sia in termini di percezione collettiva e di fissazione culturale diffusa, presuppone insomma l'invenzione della nazione. Ma in che modo tutto ciò avvenne? Come fecero le regioni settentrionali, a dispetto delle rispettive vocazioni distinte, se non necessariamente conflittuali, a divenire, *tout court*, un Nord semiunitario?

Su questo punto ci permetteremo il lusso di essere piuttosto sbrigativi per quel che attiene alla descrizione dei fattori nei quali è dato di riconoscere i presupposti materiali dell'affabulazione intorno al Nord. La coinciden-

za, negli anni a cavaliere tra '800 e '900, tra industrializzazione, da un lato, e regioni come la Lombardia, la Liguria, il Piemonte (non però il Veneto, che infatti resta escluso dal nostro discorso), dall'altro, è di per sé evidente. E basti qui, in proposito, un riferimento esemplare, quello a Luciano Cafagna, che una quarantina di anni fa, nel cuore del boom economico del dopoguerra, impostò persuasivamente il suo *Il Nord nella storia d'Italia* come antologia di scritti commentati sulla nascita e lo sviluppo dell'Italia industriale[5]. Quel che cercheremo di fare, piuttosto, è di proporre qualche considerazione intorno ai modi in virtù dei quali la formazione del Nord come macro-regione industriale si realizzò.

Certo, ciascuna delle regioni che a partire dagli anni '90 dell'800 dettero vita al così detto «triangolo» industriale disponeva già alla vigilia dell'unificazione nazionale di solidi prerequisiti strutturali, psicologici e mentali per affrontare con successo la sfida industriale. Il «naturale» dei lombardi e dei liguri – così come esso era stato tematizzato durante i decenni anteriori all'unificazione – lasciava, per lo meno, sperare bene in proposito. E anche in Piemonte, nel decennio cavouriano, alla mentalità militar-burocratica e allo statalismo dinastico caratteristici dello stereotipo subalpino formalizzato tra gli anni '30 e quelli '40 s'erano venute affiancando tracce inequivoche di un diffuso spirito imprenditoriale orientato – piuttosto che verso la replica dei valori sedimentati dalla tradizione interna – verso l'imitazione dei modelli di comportamento proposti in tutta Europa dallo sviluppo della società borghese.

Ad unificazione realizzata, le *élites* lombarde, liguri, piemontesi tornavano a guardare intensamente a Nord; non, per altro, verso quello che nei decenni risorgimentali avevano identificato come Nord germanico, portatore di oppressione e arretratezza giuridica e civile; bensì in direzione di quello, fondamentalmente britannico, che coniugava al proprio interno i fasti dell'industrialismo e l'etica del liberalismo, la promessa di una diffusiva società del benessere e della libertà; un Nord borghese, costruito in ragione del primato della società civile sullo stato.

È, fondamentalmente, all'interno di questo ambito di raffigurazioni che dopo l'unità in alcune delle regioni settentrionali della penisola italiana lo stereotipo del Nord viene mutando di segno, di valore, di significato. Viene sfumando il Nord altro e subìto – quello dell'oppressione «tedesca» demonizzato durante il risorgimento – e si addensa invece un Nord invidiato, rivendicato e, almeno *in nuce*, fatto proprio: quello irradiato dall'Inghilterra della matura rivoluzione industriale e gradualmente trapian-

[5] L. CAFAGNA, *Il Nord nella storia d'Italia*, Bari 1962.

tato nell'Italia del «triangolo», in quell'area tra Torino, Genova e Milano che verso fine secolo comincia ad essere etichettata per l'appunto come Nord dai funzionari degli uffici di statistica del regno, impegnati a fotografare i tratti scostanti di una nazione come l'Italia, i cui territori, a quarant'anni dall'unificazione, si presentano percorsi, in misura assai maggiore di quanto non si desse al tempo degli stati preunitari, da drammatici dislivelli di reddito, cultura, risorse, dotazioni economiche e civili.

Che a favorire in modo determinante la concentrazione dei fattori di benessere e di prosperità economica in quell'area, e a renderne agevole l'adesione ai modi dello sviluppo civile ed economico caratteristici dell'Europa del progresso, sia non soltanto il lascito di una tradizione locale precedente – quella rispecchiata e condensata nei «naturali» regionali cui abbiamo già più volte fatto cenno –, ma anche e soprattutto il contributo offerto dallo stato nazionale unitario attraverso la sua politica di allocazione territorialmente mirata di risorse infrastrutturali e finanziarie, non meno che attraverso le sue scelte doganali, è scomoda verità che in genere gli apologeti del Nord – non solo alla fine del secolo passato, ma, ripetutamente, lungo l'intero corso di quello che si sta chiudendo – tenderanno a mettere volentieri in secondo piano.

Il fatto è che questo nuovo esercizio di identificazione territoriale presuppone, non diversamente da quelli nei quali ci siamo imbattuti in precedenza, la presenza di un contesto da cui differenziarsi; esso si configura, in ultima analisi, come l'approdo a quella che è stata efficacemente definita da un antropologo una «identità contrastiva»[6].

Facciamo un breve passo indietro, per meglio intendere ciò che ci sta a cuore.

Prima dell'unificazione nazionale, l'affabulazione intorno al «naturale» dei liguri si era offerta – come abbiamo visto – come una risposta critica all'autoritarismo dinastico-statalista piemontese, nel momento in cui Genova e il suo territorio, dopo secoli di autonomia, erano stati fatti oggetto di un processo di regionalizzazione.

Non diversamente, il racconto sull'«essenza» dei lombardi era nato in coincidenza con l'accentuarsi delle tensione statalizzante all'interno dell'Impero asburgico, cioè nel momento in cui la Milano di Cattaneo – assai più di quella dei Verri, di Parini, di Beccaria – s'era trovata a percepire come ingombrante ed inceppante la penetrazione all'interno delle proprie mura delle logiche centralistiche e uniformanti caratteristiche dello stato moderno. Nel '700 la Lombardia aveva goduto ancora almeno in parte

[6] U. FABIETTI, *L'identità etnica*, Firenze 1995.

dello status di regione autoreferenziale, situata com'era ai margini di un nesso sovraregionale che stava appena cominciando faticosamente a agglutinarsi. Altro il discorso nell'800, dal momento che ai benefici del centralismo amministrativo di matrice napoleonica – all'opportunità di istituire un coerente e sistematico rapporto verticale tra il centro e le località – l'Austria metternichiana non intendeva affatto rinunciare; con la conseguenza che nei decenni anteriori all'unificazione nazionale da un lato Vienna risultava nei fatti molto più incombente su Milano di quanto non fosse avvenuto prima dell'invasione francese di fine '700, dall'altro gli intellettuali lombardi avvertivano il bisogno di fissare i tratti di una identità regionale, ovvero di inventare una tradizione. La si sarebbe spesa in prima battuta contro Vienna, poi, nei lustri a cavaliere dell'unificazione nazionale, esternata in diffidente concorrenza con Torino, infine, a partire dagli anni '90 dell'800, sempre più spesso ostentata contro Roma.

Se il «naturale» di Liguria e Lombardia s'era insomma in epoca preunitaria venuto sedimentando essenzialmente nella forma di una identità antistatale, altro era però il caso – come abbiamo visto – di quello piemontese. In altre parole: il mito genovese del *mercator* e quello milanese dell'imprenditore industre ed indefesso si prestavano facilmente a fungere da materiale di costruzione per una affabulazione intorno alla specificità del Nord del triangolo nell'Italia unita; quello subalpino del suddito fedele ed obbediente chiaramente no.

Ma i lustri successivi all'unità testimoniano – in modo in apparenza alquanto sorprendente – di una sorta di mutazione genetica del «naturale» dei piemontesi, che è del resto bene emblematizzata nel trasferimento della capitale del regno da Torino a Firenze, avvenuta nel 1864.

Senza alcun dubbio la compagine sabauda aveva svolto durante la fase finale del risorgimento la funzione di polo 'statale' aggregante ai fini dell'unificazione. E agli esordi dello stato unitario – malgrado la torsione in direzione economico-civile sperimentata dalla società subalpina nel decennio cavouriano – l'identità piemontese aveva continuato a spendersi fortemente nel segno dinastico-statuale; al punto che il timore lombardo di una «piemontesizzazione» delle istituzioni e del ceto di governo del nuovo nesso nazionale s'era presto rivelato tutt'altro che infondato.

Almeno sino alla fine del secolo, infatti, i vertici e gran parte dei ruoli intermedi dell'apparato di stato del regno d'Italia risultano di fatto un quasi-monopolio piemontese[7]. Ma il fatto è che la capitale nella quale essi

[7] Cfr. G. MELIS, *Storia dell'amministrazione italiana 1861-1993*, Bologna 1996.

operano non è più Torino, bensì – dopo la breve parentesi fiorentina – Roma. E malgrado l'evidente perduranza del connubio tra stato e piemontesità – malgrado, cioè, il denso e inossidabile radicamento torinese tanto ai vertici del governo quanto negli uffici centrali romani almeno fino all'età crispina – anche in Piemonte, auspice lo sviluppo dell'industria, la 'poetica' della libera e indipendente società civile, insofferente dei fardelli burocratici e propensa a identificare lo stato come un ostacolo, come un anti-elemento sul cui rovescio modellare la propria identità, comincia a impiantare radici profonde e a favorire un più facile dialogo con il «naturale» dei liguri e dei lombardi. Da quando Torino non è più capitale, infatti, la sua regione si percepisce più come società che come stato; tende a pensarsi come un'area declassata, malamente integrata nello stato, in un certo senso contrapposta alla nazione che quest'ultimo incarna.

Accade così che le regioni della penisola italiana che – pur tra mille titubanze – più di tutte le altre hanno contribuito nella prima parte dell'800 al farsi del manufatto nazionale, intorno alla fine del secolo gli si rivoltino contro (si pensi allo «stato di Milano» in lotta contro Crispi[8]) e accantonino tradizioni reciprocamente ostili e diffidenti, formalizzate appena qualche decennio prima, per celebrarsi coralmente come tessuto civile, economico, antropologico unitario da contrapporre a un «naturale» degli italiani sempre più ritagliato sul profilo dell'arretratezza economica e civile del mezzogiorno o dell'infingardaggine della burocrazia ministeriale insediata a Roma. Ed ecco prendere forma il Nord; non fuori (prima come anti-elemento da cui prendere le distanze, poi come modello da imitare), ma dentro l'Italia unita.

Quanto profondo sia lo scarto tra il mito e la realtà (quanto, cioè, l'Italia del triangolo sia debitrice per il proprio sviluppo nei confronti per un verso dello stato, per l'altro delle risorse messe a disposizione dalla nazione tutta intera) è appena il caso di ricordare. Ma il fatto è che, per quanto falso nei suoi presupposti logici e debole sotto il profilo della coerenza della tradizione storica, il mito – forte dell'eloquenza dei valori materiali che lo sostanziano – si radica e diviene parte costitutiva della realtà e dei discorsi politici che la percorrono.

Lungi dal presentarsi come mera sommatoria di tradizioni locali preesistenti, nel caso italiano il processo di formazione di uno stato unitario tende insomma a filiarne di nuove, sincretiche e impreviste, offrendo materia di riflessione sulla intrinseca storicità (e transitorietà) degli esercizi di identificazione regionale collettiva tanto prima quanto dopo l'invenzione ottocentesca delle nazioni.

Nation, 'Heimat' und 'petite patrie' im Elsaß unter deutscher Herrschaft (1870/71-1918)

von *Stefan Fisch*

Gerade in den Grenzräumen zwischen zwei Nationen verlangt die Untersuchung der Entstehung und Ausprägung von territorial gebundenen kollektiven Identitäten einen vergleichenden Blick. In diesem Beitrag richtet er sich auf das Elsaß an der Grenze von Frankreich und Deutschland und damit auch auf diese beiden großen und in ihren Traditionen sehr verschiedenen Nationen.

1. *Zwei Begriffswelten: Deutsches 'Land' und französisches 'pays'*

Diese Unterschiede werden sehr deutlich daran, daß die französische Sprache keinen eigenen Begriff für die historisch gewachsenen deutschen 'Länder' als Gliedstaaten in einem föderalistischen Staatsaufbau kennt, was natürlich auch mit der französischen Tradition des Zentralismus zu tun hat. Nach 1871 fand der neue deutsche Nationalstaat für das annektierte Elsaß den eigenartigen Status eines 'Reichslands'.

Ohne eigene Dynastie, wurde das Land als Kriegsbeute und gemeinsamer Besitz aller Bundesstaaten angesehen und konnte schon deshalb nicht gleichberechtigt mit ihnen sein[1]. In französischer Übersetzung wurde und wird dieser besondere Status zumeist bezeichnet mit dem Begriff *Pays d'Empire*[2]. Das bedeutet den Rückgriff auf ein für das *Ancien Régime* typisches Wort, denn *pays* bezeichnet eine historisch gewachsene und eher kleinräumige Einheit, und man denkt dabei immer mit, daß sie im

[1] E.R. HUBER, *Deutsche Verfassungsgeschichte seit 1789*, V: *Struktur und Krisen des Kaiserreichs*, Stuttgart 1982², S. 437-479, bes. S. 474-476 (mit deutlichen nationalen Wertungen und nicht immer zuverlässig); H.-U. WEHLER, *Das «Reichsland» Elsaß-Lothringen von 1870 bis 1918*, in H.-U. WEHLER, *Krisenherde des Kaiserreichs*, Göttingen 1979², S. 23-69, 430-449 und 546-547.

[2] Z.B. bei F. IGERSHEIM, *L'Alsace des Notables 1870-1914. La bourgeoisie et le peuple alsacien,* Strasbourg 1981.

Jahre 1790 von der revolutionär-geometrischen Rationalität der neuen *Départements* überwunden wurde. Erst seit 1973 war in Frankreich wieder von *contrats de pays* die Rede, mit denen man die alltäglichen Lebensräume («espaces du quotidien») der ländlichen Provinz umgestalten wollte, um ihrer Entvölkerung Einhalt zu gebieten. Dabei wurden die *pays* neuer Art auch durch ihre *histoire locale* definiert[3]. Im Rahmen der seit 1982 verfolgten Dezentralisierungspolitik wurde schließlich 1995 durch ein grundlegendes Gesetz[4] der Begriff des *pays* als Bezeichnung einer territorialen Einheit in die französische Verwaltungssprache aufgenommen – erstmals wieder seit über 200 Jahren.

In einem *pays* soll sich in Zukunft eine freiwillige vertragliche Teilzusammenarbeit von Gemeinden mit dem Staat verwirklichen; es soll im Durchschnitt 60.000 bis 100.000 Einwohner rund um ein größeres Städtchen vereinen[5]. Für den Historiker fällt an der bewußt 'weichen' Abgrenzung der neuen territorialen Einheit auf, daß ein künftiges *pays* unabhängig sein kann von den Grenzen der *Départements*[6].

Als Ausdruck freiwilliger Solidarität zwischen Stadt und Land soll es bewußt auch an ältere Zusammengehörigkeitsgefühle anknüpfen können, die z.B. in den drei alten Provinzen des französischen Baskenlands alle revolutionär-zentralistische Zerschlagung überlebt haben[7]. – Was könnte die Bedeutung historisch geformter regionaler Identitäten 'unterhalb' des Bewußtseins nationaler Zusammengehörigkeit in der Gegenwart besser illustrieren als diese jüngste Entwicklung in Frankreich, das doch so lange als unitarisch und zentralistisch galt?

[3] M. ROUSSET, *La notion de pays et le renouveau de la politique d'aménagement du territoire en France*, in A. SEDJARI (ed), *Etat-nation et prospective des territoires*, Rabat 1996, S. 109-122.

[4] *Loi d'orientation du 4.2.1995 pour l'aménagement et le développement du territoire*, in «Journal Officiel de la République Française», 5.2.1995, S. 1973 ff.

[5] Zu den *pays-tests* siehe M. KOTAS, *Politique de Pays. Rapport de mission*, Paris 1997 (mit Karten nach S. 64); im Elsaß haben sich bereits der Sundgau im Süden und das Mittelelsaß zu einem *pays* zusammengeschlossen.

[6] Vgl. dazu die ganz diesem Thema gewidmete Seite *Régions* in «Le Monde», 16.1.1997, S. 10; DATAR [Délégation à l'aménagement du territoire et à l'action régionale], *Le pays: nouveau territoire du développement local. Actes du séminaire du 3 juillet 1996*, Paris 1997.

[7] *Le Pays basque devient un «pays», tel que la loi les définit*, in «Le Monde», 12.2.1997, S. 11.

2. *Macht und Raum: Das Elsaß zwischen Deutschland und Frankreich*

In Mittelalter und Früher Neuzeit[8] war das Elsaß besonders durch seine vielen Reichsstädte, unter denen vor allen anderen Straßburg zu nennen ist, zumeist fest im Heiligen Römischen Reich verankert. Im Süden des Elsaß gab es uralten habsburgischen Besitz mit dem vorderösterreichischen Regiment in Ensisheim (1651 nach Freiburg verlegt). Die Stadt Mülhausen jedoch war seit 1515 als Zugewandter Ort mit der Schweizer Eidgenossenschaft verbunden. Der Dreißigjährige Krieg, der Westfälische Friede 1648 und die erfolgreiche Expansion Ludwigs XIV. machten das Elsaß zu einer «province à l'instar de l'étranger effectif» innerhalb der sonst so zentralistisch-absolutistischen Monarchie Frankreichs. Wirtschaftlich blieb es nämlich durch die weiterbestehende Zollgrenze abgetrennt vom Westen, es orientierte sich weiterhin auf den alemannisch-rheinischen Raum. Kulturell blieb das Elsaß stark durch die deutsche Sprache geprägt und an vielen Orten auch durch die lutherisch-reformatorische Kirche, die nicht vom Widerruf des Edikts von Nantes durch Ludwig XIV. im Jahre 1685 betroffen war. Auch die zuvor reichsstädtische Universität Straßburg blieb protestantisch-deutsch geprägt bis zu ihrer Schließung im Jahre 1793. Französische Sprache und Kultur drangen jedoch allmählich in das Bürgertum der größeren Städte vor, wobei die neuen französischen Institutionen und die dort tätigen französischen Beamten und Offiziere vermittelten, besonders der *Intendant d'Alsace* (seit 1681 in Straßburg), der *Conseil Souverain d'Alsace* in Ensisheim und dann ab 1698 in Colmar und die *Préteurs* in den vormals freien Städten, die neben und über den Bürgermeistern und Räten standen.

Vor der Französischen Revolution war es bei Franzosen und Elsässern noch weithin üblich, die Bevölkerung des Landes als 'deutsch' zu bezeichnen; in Straßburg gab es sogar parallel organisierte Zünfte, u.a. für 'deutsche' und 'französische' Bäcker. Die Zweisprachigkeit war 1789 noch kaum ein Problem, als die *Cahiers de doléances* erarbeitet und den elsässischen Vertretern nach Paris mitgegeben wurden; sie war vielmehr aktiv gelebte Praxis bei dieser einzigartigen politischen Mobilisierung der brei-

[8] B. VOGLER - M. HAU, *Histoire économique de l'Alsace. Croissance, crises, innovations: vingt siècles de développement régional*, Strasbourg 1997; B. VOGLER, *Histoire politique de l'Alsace. De la Révolution à nos jours, un panorama des passions alsaciennes*, Strasbourg 1995; B. VOGLER, *Histoire culturelle de l'Alsace. Du Moyen Age à nos jours, les très riches heures d'une région frontière*, Strasbourg 1993; J. RITTER, *L'Alsace*, Paris 1985; geistesgeschichtlich P. SMITH, *A la recherche d'une identité nationale en Alsace (1870-1918)*, in «Vingtième Siècle», 1996, 50, S. 23-35.

ten Bevölkerung. Das setzte sich dann nach dem Ende der Zensur in einer Welle von neuen Zeitungen und Flugblättern in deutscher Sprache fort. Die *citoyens* der neuen *République Française* im Elsaß entfernten sich auf diese Weise in ihren politischen Vorstellungen von den Fürstenknechten und Untertanen am deutschen Ufer des Rheins, auch wenn sie deren Sprache noch teilten. Die freie politische Entscheidung für Frankreich gewann den Vorrang vor kultureller Determiniertheit. In der klassisch gewordenen Kontroverse der beiden Althistoriker Numa Denis Fustel de Coulanges und Theodor Mommsen von 1870 kam zum Ausdruck, daß der Rhein nun nicht nur eine neue wirtschaftliche, sondern auch eine nationale Grenze geworden war. Zugleich wurde der alte historisch-räumliche Zusammenhang durch die administrative Neueinteilung Frankreichs gebrochen; die gewachsene alte Provinz wurde im Jahre 1790 (bis zur Schaffung der *Région Alsace* 1982, von den Zeiten der Zugehörigkeit zu Deutschland abgesehen) aufgeteilt in die beiden *Départements Bas-Rhin* mit der Hauptstadt Straßburg und *Haut-Rhin* mit Colmar. Doch erst 1793 begann im Elsaß «la terreur linguistique», als der jakobinische Sprachnationalismus sich die Kirchen unterwarf und dann die ganze Bevölkerung des Landes, das vor kurzem noch österreichisch-preußisch besetzt war, kurzerhand wegen ihrer Sprache als besonders unzuverlässig betrachtete. Für die vielfach aus Innerfrankreich ins Elsaß gekommenen Jakobiner war das Deutsche die Sprache von Sklaverei und Feudalität. Sie sahen darin ein Vehikel des äußeren und inneren Feindes, und der Gebrauch des elsässischen Dialekts wurde zum Zeichen für einen Verrat an der Einheit des Französisch sprechenden Vaterlandes.

Napoleon Bonaparte hat die Integration des Elsaß in die französische Gesellschaft und Wirtschaft entscheidend vorangetrieben, durch religiöse Pazifizierung und straffe Verwaltung ebenso wie durch seine militärischen Erfolge in ganz Europa und die Ausschaltung der konkurrierenden britischen Industrie während der Kontinentalsperre. Nach einer längeren Phase des ungefähren sprachlichen Gleichgewichts hat Napoleon III. nach 1850 auch aus außenpolitischen Gründen begonnen, die in den ländlichen Gebieten des Elsaß immer noch vorherrschende deutsche Sprache durch Förderung des Elementarschulunterrichts in französischer Sprache zurückzudrängen[9]. Genau das Gegenteil geschah, als nach dem Deutsch-Französischen Krieg und dem Frieden von Frankfurt 1871 das Elsaß annektiert und als Reichsland Teil des neuen Deutschen Reiches wurde – nun wurde die Volksschule rein deutschsprachig, außer in den ganz we-

[9] B. VOGLER, *Histoire culturelle*, S. 277-294.

nigen elsässischen Gemeinden mit weniger als 50 Prozent deutschsprachiger Bevölkerung. Mit dem Waffenstillstand von 1918 kam das Elsaß sofort nach dem Ersten Weltkrieg wieder zu Frankreich, das mit dieser besonderen Wiedervereinigung freilich seine eigenen Probleme bekam, denn 48 Jahre unterschiedlicher Entwicklung ließen nicht so ohne weiteres ungeschehen und unerinnert machen[10]. 1940 wurde das Elsaß *de facto*, wenn auch nicht *de iure* in das nationalsozialistische Großdeutsche Reich integriert. Von der Bedeutungslosigkeit dieser völkerrechtlichen Feinheiten unter der Diktatur zeugt das traurige Schicksal der *malgré-nous* in Hitlers Wehrmacht und dann in Stalins Lagern. Es wurde im Elsaß, das 1944 befreit wurde und endgültig zu Frankreich zurückkehrte, noch lange verschwiegen.

3. *Theoretische Modelle zur Erfassung der «mémoire plurielle» in der elsässischen Gesellschaft*

Die unendlichen Auseinandersetzungen um die angemessene Rolle der deutschen oder französischen Sprache im Leben der elsässischen Gesellschaft sollen hier nicht weiter behandelt werden. Wichtiger erscheint im Blick auf das Thema der Tagung, daß im Elsaß anders als in anderen Grenzregionen eine ganze Gesellschaft noch bis heute von einer *mémoire plurielle* geprägt ist, wie es der treffende Titel einer soziologischen Untersuchung nennt[11]. Diese Erinnerungsvielfalt in der Region 'unterhalb' des nationalen Zusammengehörigkeitsbewußtseins soll hier im Mittelpunkt stehen.

Im Verständnis von Maurice Halbwachs ist die Erinnerung jenseits unseres persönlichen Gedächtnisses, das «kollektive Gedächtnis» (*mémoire collective*), als ein soziales Phänomen aufzufassen. Es ist für ihn gebunden an bestimmte Kollektive und ihre Milieus; er grenzt es damit noch deutlich gegen 'die' Geschichte ab, die von ihm noch als einheitlich verstanden wurde[12]. Eric Hobsbawm ist auf dem Weg der Relativierung einen

[10] S. FISCH, *Dimensionen einer historischen Systemtransformation. Zur Verwaltung des Elsaß nach seiner Rückkehr zu Frankreich (1918-1940)*, in K. LÜDER (ed), *Staat und Verwaltung. Fünfzig Jahre Hochschule für Verwaltungswissenschaften Speyer*, Berlin 1997, S. 381-398.

[11] F. RAPHAËL - G. HERBERICH-MARX (edd), *Mémoire plurielle d'Alsace. Grandeurs et servitudes d'un pays des marges*, Strasbourg 1991.

[12] M. HALBWACHS, *La mémoire collective. Edition critique établie par Gérard Namer*, Paris 1997 (1950).

Schritt weiter gegangen. Er hat bestimmte (nicht alle) gesellschaftlich-politisch wirksame historische Traditionen als reine Erfindungen (*invented traditions*) demaskiert, die dank ihrer Formalisierung und Ritualisierung und in wiederholtem Vollzug allerdings in kürzester Zeit den Anschein altehrwürdiger Herkunft annehmen konnten[13]. Peter Burke schließlich hat deutlich gemacht, daß auch 'die' Geschichtsbilder soziale Konstrukte sind und hat damit auch sie relativiert. Anders als Hobsbawm hebt er jedoch weniger die Konstruktion eines bestimmten, herrschenden Vergangenheitsbildes durch die herrschenden Gruppen hervor als vielmehr den Pluralismus von mehreren 'Erinnerungsgemeinschaften', die innerhalb einer Gesellschaft nebeneinander bestehen können[14]. Für den Fall des Elsaß scheint dies der umfassendste und treffendste theoretische Ansatz zu sein, wie im folgenden gezeigt werden soll.

In den letzten beiden Jahrhunderten bestimmte eine Mehrzahl von gleichzeitig identitätsstiftenden Erinnerungen die Identitäten der aus dem Lande selbst stammenden Elsässer: derselbe Ort gemeinsamen Lebens konnte für die einen die Heimat bedeuten, für die anderen aber ihre *petite patrie* sein; die Größe der beiden Gruppen schwankte dabei je nach den Umständen. Über diese zweifache Perspektive der Einheimischen lagerten sich dann noch die andersartigen Identitäten der Zugewanderten, zeitweise stärker die der Franzosen aus Innerfrankreich, dann wieder stärker die der Altdeutschen aus Deutschland. Die Zuwanderer waren als Verwaltungsbeamte, Professoren und Lehrer oft eng verbunden mit der jeweils herrschenden Staatsmacht. Sie brachten klare Vorstellungen von der *nation* oder von Volk und Nation mit; und davon ging ein werbender, fordernder oder auch zwingender Druck auf die Einheimischen aus, sich diesem Identitätsmuster anzuschließen. Nicht selten war er freilich gepaart mit Unsensibilität, Unverständnis oder Intoleranz gegenüber deren komplexeren Identitätsmustern.

4. *Abgrenzung durch national vorgeformte 'Identitätsmuster'*

Die folgenden Schemata sollen die verschiedenen 'Identitätsmuster', die im Elsaß in der Zeit des deutschen Kaiserreichs vorherrschten, verdeut-

[13] E. HOBSBAWM, *Introduction: Inventing Traditions*, in E. HOBSBAWM - T. RANGER (edd), *The invention of tradition*, Cambridge 1983, S. 1-14.

[14] P. BURKE, *Geschichte als soziales Gedächtnis*, in A. ASSMANN - D. HARTH (edd), *Mnemosyne. Formen und Funktionen der kulturellen Erinnerung*, Frankfurt 1991, S. 289-304, hier S. 298.

lichen und den Prozeß ihrer allmählichen Veränderung beleuchten. Wichtig an der Wahl des Begriffs der Identitätsmuster ist neben dem Plural, der die Koexistenz in der Vielfalt betont, daß diese Muster Modelle bestimmter sozialer Gruppen oder Milieus darstellen, die dann bei der Herausbildung individueller Identität notwendigerweise variiert und persönlich ausgeprägt wurden.

Das idealtypische Schema 1 legt die Grundlage zum Verständnis der beiden anderen, indem es die vier in den Jahren nach 1870 nach Herkunft und Sprache möglichen Kombinationen vorstellt und ihnen Gruppen und Milieus der elsässischen Gesellschaft zuordnet.

Schema 1: *Die Gruppen in der elsässischen Gesellschaft der Zeit nach 1870 nach den Kriterien der Herkunft und der Sprache*

	Zugewanderte	Einheimische
deutschsprachig	(Alt-)Deutsche	*Elsässer* (Landbevölkerung und städtische Unterschichten)
französischsprachig	(Inner)-Franzosen	*Alsaciens* (städtische Bourgeoisie)

Während die Alt-Deutschen und die (damals freilich kaum im Elsaß vertretenen) Inner-Franzosen wenig Möglichkeiten zu bewußter Wahl hatten und ihre mitgebrachten nationalen Identitätsmuster konservierten, stand die elsässische Bevölkerung in einem Spannungsfeld eigener Art.

Darin formten sich parallel zueinander zwei regionale, an den großen Nationen orientierte Identitäten der Einheimischen, die hier mit den Begriffen Heimat und *petite patrie* bezeichnet werden. Etliche Mitglieder beider Teilgruppen der Einheimischen übernahmen auch einfach weitgehend die Identitätsmuster der größeren Gesamtheit Nation / *nation*. Daher verkleinern im folgenden Schema 2 die Felder für Nation und *nation* den Raum für Heimat und *petite patrie*.

Schema 2: *Idealtypische Varianten von Identitätsmustern in der elsässischen Gesellschaft der 'mémoire plurielle' bis 1895*

	Zugewanderte	Einheimische
deutschsprachig	*Nation*	*Heimat*
französischsprachig	*nation*	*petite patrie*

Das führt mich zu meiner These 1: Die regionalen Identitäten im Elsaß waren zunächst geprägt von einer Parallelität zweier Erinnerungsstränge, die hier mit den Orientierungen an Heimat und *petite patrie* verdeutlicht werden. Als stereotype und ideologisierte Muster der Fremdwahrnehmung und Abgrenzung standen sie sich ähnlich schroff gegenüber wie die nationalen Symbole *Germania* und *Marianne.*

Die Kraft dieser beiden von außen, von den Nationalstaaten an die Region herangetragenen Identitätsmuster wurde augenfällig in der nach 1870 vielfach anzutreffenden Doppelung des elsässischen Vereinswesens nach nationaler Tendenz. Sie ist bei Studentenverbindungen und Freimaurerlogen, aber auch bei den breiter in der Gesellschaft verankerten Gesangs-, Turn- und Radfahrvereinen zu beobachten. Öffneten sie sich, was eher selten war, für die zugewanderten Altdeutschen, dann mußten sie sich weitgehend in den Kalender deutscher nationaler Feste fügen, etwa des Kaisergeburtstags (der Sedantag wurde in Elsaß-Lothringen nur zurückhaltend begangen). Erst 1907 konnte der Vorstand des Straßburger Männergesangsvereins beschließen, an den vom Kriegerverein ausgerichteten Feiern zum Kaisergeburtstag nicht mehr teilzunehmen und statt dessen eine Feier im eigenen Kreis zu veranstalten[15].

Die andere Möglichkeit war, sich gegen altdeutsche Mitglieder abzuschließen, indem man bewußt französische Traditionen und Symbole statt deutscher zu pflegen versuchte. Das war politisch freilich nicht einfach durchzusetzen. So ordnete 1875 der Straßburger Oberpräsident E. von Möller die Auflösung aller Turnvereine an, die an einem Turnfest in Paris teilgenommen hatten[16]. Regelmäßig wurde die gesellschaftliche Selbstorganisation

[15] Beschluß vom 8.2.1907, «Protokolle über die Vorstandssitzungen des Straßburger Männergesangsvereins [Juli 1906 bis Juli 1910]», Strasbourg, Bibliothèque Nationale et Universitaire, *Section des Manuscrits,* ms 3848.

[16] Zirkular des Oberpräsidenten vom 7.5.1875, Strasbourg, Archives Départementales du Bas-Rhin (von un an: ADBR), *D 414 (paquet 336, dossier 2361).*

in Vereinen durch die politische Polizei überwacht, die z.B. 1884 in den Freimaurern ein Sammelbecken des pro-französischen Protests in Straßburg identifizierte[17] oder 1894 eine 'schwarze Liste' derjenigen Vereine aufstellte, die sich nicht an der Huldigung für den scheidenden Statthalter und neuen Reichskanzler Chlodwig Fürst zu Hohenlohe-Schillingsfürst beteiligt hatten[18]. 1906 wurde der Pharmazeuten-Verein verwarnt und zwei seiner Mitglieder von der Universität Straßburg verwiesen, weil er sein Faschingsfest in blau-weiß-roten Dekorationen und unter Ausschluß der Altdeutschen gefeiert hatte[19]. Dieser Verein wurde dann im Juni 1914 aufgelöst, weil er die Herausgabe eines Kommersliederbuchs mit dem französischen Marsch *Sambre et Meuse* betrieben hatte[20].

Zwischenformen zur Zurücknahme des Konflikts waren zunächst sehr selten. Das neutralisierende Modell der Rede in einer dritten Sprache, der lateinischen, das die frühneuzeitlichen Stände Polens oder Ungarns oder, stärker eingeschränkt, die *Confoederatio Helvetica* boten, griff nicht, weil es nicht um Konflikt und Ausgleich unter Gleichgeordneten ging. Als 1883 in dem nur indirekt gewählten, beratenden 'Landesausschuß' von Elsaß-Lothringen das Französische dem Hochdeutschen als Verhandlungssprache weichen mußte, hielt der Zentrumsvertreter Dr. Windsback seine Rede lateinisch[21]. Das war ein Zeichen des Protests, nicht einer Suche nach Gemeinsamkeit. Ganz ähnlich trugen die Vereine der einheimischen frankophilen *alsaciens* vielfach lateinische Namen, weil französische nicht erlaubt und deutsche nicht erwünscht waren, wie etwa der Radfahrverein *Celeritas* in der kleinen Kreisstadt Molsheim. Seine polizeiliche Überwachung ergab 1888 das alarmierende Ergebnis, daß seine Mitglieder beim Radfahren weiße Mützen mit blauem Band und dazu irgendwo am Körper auch noch roten Stoff trugen – ganz anders als die des Konkurrenzvereins *Germania*[22].

[17] Geheime Aufstellung über die Tendenz aller 120 Straßburger Vereine vom 10.12.1884, Strasbourg, ADBR, *D 68 (paquet 1, dossier sans numéro).*

[18] Bericht der Polizeidirektion Straßburg vom 28.4.1894, Strasbourg, ADBR, *D 68 (paquet 4, dossier sans numéro).*

[19] Bericht der Polizeidirektion Straßburg vom 6.3.1906, Strasbourg, ADBR, *D 68 (paquet 1, dossier sans numéro).*

[20] Strasbourg, ADBR, *AL 132 (29).*

[21] Pressenotiz, Strasbourg, ADBR, *AL 132 (2 A).*

[22] Bericht der Kreisdirektion Molsheim an das Bezirkspräsidium des Unterelsaß vom 29.6.1888, Strasbourg, ADBR, *D 68 (paquet 2, vol. II).*

5. *Erklärung als «choice of our tradition» statt «invention of tradition»*

Die vorgestellten Beispiele haben belegt, daß die Inhalte der Identitätsmuster, an denen sich die Gruppen der elsässischen Gesellschaft nach 1870 orientierten, nicht frei und beliebig, aus einem Nichts heraus und 'von oben' konstruiert waren. Vielmehr erwuchsen sie aus nebeneinander bestehenden Bildern von der geschichtlichen Zugehörigkeit des Landes, die zunächst vornehmlich national geprägt waren. Das führt zu These 2: Die miteinander konkurrierenden regionalen Identitätsmuster wurden im Elsaß nicht frei erfunden, sondern durch bewußtes Auswählen aus Vorgegebenem gefunden. An die Stelle des Modells der *invention of tradition*, wie es Hobsbawm angeregt hat, trat hier eine Art *choice of our tradition*. Die bewußte Wahl eröffnete einen gewissen Spielraum für die Ausprägung eines spezifisch regionalen Identitätsmusters. Obwohl sich weiterhin nationale Einwurzelungs- und Abgrenzungsbestrebungen von Altdeutschen und Franzosen darüber legten, begann doch nach 1900 ein lebendiges Wechselspiel zu entstehen.

Zunächst lassen sich zahlreiche Vorgänge der Auswahl bei der Aneignung von Tradition beobachten. Dabei soll hier nicht auf das Weiterleben frühneuzeitlicher Mittel der Symbolisierung von Traditionen (wie Herkunftssagen, Wappen oder Fahnen) eingegangen werden; sondern es werden drei spezifisch moderne Mittel herausgegriffen, nämlich die 'Regional'denkmäler ohne den Rang der berühmteren 'Nationaldenkmäler', die Indienstnahme der Naturwahrnehmung und die alltäglich verwendeten Straßennamen.

Die 'Regional'denkmäler geben zwei Beispiele für eine gelungene Anknüpfung an bestimmte 'eigene', regionale Geschichtsstränge durch einen Akt des Auswählens, mit dem sich zugleich eine eigene Sicht der aktuellen politischen Lage öffentlich machen ließ. Im Verschönerungsverein von Straßburg waren die einheimischen Notabeln der Stadt zusammengeschlossen. Sie errichteten 1883 mit dem 'Zürcherbrunnen' ein Denkmal, das an die Reformationszeit erinnern sollte, in der Straßburg «in seinen inneren Einrichtungen als Muster bekannt war»[23]. Damit nahm dieses Denkmal vergangener Zeiten eine höchst aktuelle Funktion politischer Distanzierung von der herrschenden deutschen Staatsmacht an, denn seit dem Jahre 1873, bei Errichtung des Denkmals also seit zehn Jahren, war der letzte gewählte Straßburger Bürgermeister abgesetzt, der gewählte Gemeinderat aufgelöst und die Stadt einem preußischen Beamten mit

[23] *Jahresbericht des Straßburger Verschönerungsvereins 1883-84* (gedruckt), Strasbourg, ADBR, *AL 27 (192).*

diktatorischen Vollmachten unterstellt (der freilich seine Sache so gut machte, daß er 1886, als es erstmals wieder einen gewählten Gemeinderat gab, zum Bürgermeister gewählt wurde)[24]. Die besondere Pointe war, daß dieser Verein vom Statthalter Manteuffel, der auf Einbindung der regionalen Eliten setzte, 14.000 Mark an Zuschüssen angenommen hatte – mehr, als das Denkmal gekostet hat[25].

Einen ähnlichen Zuschuß erhielt wenig später durch den neuen Statthalter Hohenlohe-Schillingsfürst auch der Verschönerungsverein von Colmar für sein Rösselmann-Denkmal. Es war ein Werk des in Paris lebenden Colmarer Bildhauers Auguste Bartholdi, des Schöpfers des *Lion de Belfort* (1880) und der New Yorker Freiheitsstatue (1886), der nach 1871 für die französische Staatsangehörigkeit optiert hatte. Gegenüber der deutschen Verwaltung hob der Verschönerungsverein das Bündnis des Stadtschultheissen Rösselmann mit der Kaisermacht Rudolfs von Habsburg im Jahre 1261 gegen Herrschaftsansprüche des Straßburger Bischofs hervor; Rösselmann wurde einfach als ein «Freund» des Kaisers bezeichnet[26]. In der Denkmalsinschrift *Libertas civitati* war freilich nicht nur die damalige *Reichstreue* einer freien Stadt enthalten, sondern auch ihre Kampfansage gegen usurpierte Herrschaft – auch dies eine damals aktuelle politische Botschaft des Protests.

Zum lebendigen Wechselspiel zwischen den Traditionen gehörte, daß die Einheimischen durch eine von ihnen mitgedachte zweite, andere 'Lesart' als die offizielle ihre kulturelle Eigenart wahren konnten. Umgekehrt versuchten gelegentlich auch die deutschen Zuwanderer, an spezifisch regionale Traditionen anzuknüpfen. Als sie 1872 nach dem Modell des Alpenvereins den heute noch bestehenden «*Vogesenklub* / Vosgien Club» gründeten, sprachen sie die einheimische Bevölkerung dafür wegen ihres «germanischen Gemüts mit seiner reichen Empfindung für Naturschönheiten», insbesondere den 'deutschen' Wald an. Diese «eingeschlummerten» Gefühle müßten nur «wieder geweckt werden» – ein *risorgimento* eigener Art, dem der Erfolg nicht versagt blieb[27].

[24] A. DOMINICUS, *Straßburgs deutsche Bürgermeister Back und Schwander 1873-1918*, Frankfurt a.M. 1939.

[25] Strasbourg, ADBR, *AL 27 (192)*.

[26] Eingabe des Verschönerungsvereins Colmar vom 16.5.1887 und Bewilligung der Beihilfe am 24.4.1888 durch den Statthalter, Strasbourg, ADBR, *AL 27 (192)*.

[27] HALLBAUER, *30. Hauptversammlung des Vogesenklubs am 7. und 8. Juni ds. Jahres in Colmar bez. Drei Aehren*, in «Das Reichsland. Monatshefte für Wissenschaft, Kunst und Volkstum», I, 1902-03, S. 221-223, hier S. 221.

Die offizielle Benennung von Straßen liefert schließlich zwei instruktive Beispiele dafür, wie spezifisch elsässisch-regional bestimmte Auswahlentscheidungen in Widerspruch gerieten zu übergeordneten, national orientierten Identitätsmustern. 1891 wollte der Gemeinderat von Straßburg eine Straße nach Vauban benennen, dem Minister Ludwigs XIV., der auch die Straßburger Festung ausgebaut hatte. Das scheiterte am Statthalter, der nicht dulden wollte, daß «alte Erinnerungen von Neuem» hervorgerufen werden und seine Genehmigung verweigerte – auf Grund bewußter Erinnerung an alte französischer Rechtsvorschriften[28]. Doch auch die französische Verwaltung mußte 1935 ähnlich enttäuschende Erfahrungen machen, als sich herausstellte, daß sich im ganzen *arrondissement* Guebwiller erst 15 Gemeinden durch die Vergabe des Straßennamens *Rue Verdun* in die von den Elsässern so nicht geteilte kollektive Erinnerungskultur der französischen Nation einbezogen hatten[29].

6. *Wachsende Tendenz zu gemeinsamer «Doppelkultur / double culture» statt zweier exklusiver regionaler Identitäten um 1900*

1899 entstand um einen politisch liberalen Künstler- und Schriftstellerkreis die aufwendig gestaltete Zeitschrift «Revue Alsacienne Illustrée / Illustrirte Elsässische Rundschau». Von Anfang an zweisprachig, war sie zunächst ein Forum zur Artikulation einer durchaus frankophil ausgerichteten regionalen Identität, für die ihre leitenden Mitarbeiter, die Maler Charles Spindler und Gustave Stoskopf und der Straßburger Arzt Dr. Pierre Bucher standen. Allmählich trat nach der Jahrhundertwende jedoch die Überlagerung durch französische Identitätsmuster zurück, und die Zeitschrift wurde zu einer Plattform für Neudefinitionen eines regionalen elsässischen Identitätsmusters mit Elementen von beiden Seiten her. Der Nationalökonom Werner Wittich öffnete schon vor der Jahrhundertwende mit einem programmatischen und breit rezipierten Aufsatz die «Revue Alsacienne Illustrée / Illustrirte Elsässische Rundschau» und damit ein wenig auch das Milieu ihrer Leser nach Deutschland hin[30]. Über

[28] Statthalter an Ministerium vom 10.11.1891, Strasbourg, ADBR, *AL 27 (279)*.

[29] Die Antwort des Sous-Préfet de Guebwiller ist das einzige in den Papieren vermerkte Ergebnis einer Umfrage der Préfecture du Haut-Rhin, als der Député-Maire von Verdun am 22.7.1935 entsprechende Erkundigungen einzog, Colmar, Archives Départementales du Haut-Rhin, *AL 3204*.

[30] W. WITTICH, *Deutsche und französische Kultur im Elsaß*, in «Revue Alsacienne Illustrée – Illustrirte Elsässische Rundschau», II, 1899, S. 71-92, 113-140 und 177-216.

die 'Doppelkultur' oder *double culture* hinaus führte dann 1910 die dezidiert politische, nämlich demokratisch-liberale, an den Idealen von 1789 orientierte Sicht «elsässischer Eigenart», die Otto Flake 1910 in dieser Zeitschrift formulierte: «Das wird Elsässertum heißen können, Deutschland die moderne Freiheit zu geben»[31].

Auch junge Menschen, die von Altdeutschen abstammten, konnten an dieser Zeitschrift mitarbeiten; Bindeglied war, daß sie das Elsaß ebenso als ihre Heimat erlebten wie die einheimische Jugend als Heimat oder als *petite patrie*. So konnte die Tochter des Straßburger Professors für Nationalökonomie, Elly Knapp, die später die Frau des ersten deutschen Bundespräsidenten Theodor Heuß wurde, in dieser Zeitschrift zusammen mit ihrer elsässischen Freundin Elsa Koeberlé erste Gedichte veröffentlichen. Der jugendliche Kreis um diese Zeitschrift strahlte bis zu dem Pfarrer und Privatdozenten Dr. Albert Schweitzer und in die Straßburger Stadtverwaltung zu Bürgermeister Dr. Rudolf Schwander und seinen Beigeordneten Dr. Walter Leoni und Dr. Alexander Dominicus aus. Die «Revue Alsacienne Illustrée / Illustrirte Elsässische Rundschau» wurde so allmählich zu einem bedeutsamen Versuch, die Doppelkultur oder *double culture* im Alltagsleben des Landes zu verankern. Eingeleitet durch die größere Unbefangenheit der jüngeren, im Lande aufgewachsenen und in seinen Schulen erzogenen Generation, begann diese Idee dann auch in die Praxis auszustrahlen, etwa bei der gemeinsamen Formulierung denkmalschützerischer Interessen an den Bauten der Vergangenheit angesichts der modernisierenden Umgestaltung der Straßburger Innenstadt[32]. Die politische Verhärtung zwischen Frankreich und Deutschland in den Jahren vor dem Ausbruch des Ersten Weltkrieges brach diesen Versuch jedoch abrupt ab.

Mit dem Heranwachsen einer neuen, im Lande geborenen und aufgewachsenen Generation von altdeutscher Herkunft ist das ursprüngliche Schema 2 ein Stück komplexer geworden. Nach der Jahrhundertwende existierten nun sogar drei regional verankerte Identitätsmuster nebeneinander, die das folgende Schema 3 verdeutlicht. Daran wird die prekäre Situation der Vertreter einer Doppelkultur oder *double culture* zwischen den hergebrachten Gruppen der elsässischen Gesellschaft veranschaulicht.

[31] O. FLAKE, *Elsässertum*, in «Revue Alsacienne Illustrée – Illustrirte Elsässische Rundschau», XII, 1910, S. 145-156, hier S. 156.

[32] S. FISCH, *Der Straßburger «Große Durchbruch» (1907-1957). Kontinuität und Brüche in Architektur, Städtebau und Verwaltungspraxis zwischen deutscher und französischer Zeit*, in

Schema 3: *Erweiterte idealtypische Varianten von Identitätsmustern in der elsässischen Gesellschaft der 'mémoire plurielle' nach 1900 und vor 1914*

	Zugewanderte	Einheimische
deutschsprachig	*Nation*	*Heimat*
	Doppelkultur / double culture	
französischsprachig	*nation*	*petite patrie*

Unter allen Möglichkeiten der Bildung von «Erinnerungsgemeinschaften» (im Sinne von Burke[33]) war dieser bewußte Akt der Auswahl eines alte Grenzlinien überschreitenden Identitätsmusters durch intellektuelle Kreise vor allem der jüngeren Generation am wenigsten vorgeprägt – und er stieß am stärksten auf Widerstände. Wenn wir nämlich wieder auf die Überlagerung mit nationalen Identitätsmustern blicken, so spielte im deutschen nationalen Selbstverständnis die Kultur eine viel gewichtigere Rolle als im stärker egalitär-demokratisch politisierten französischen. Dementsprechend fiel die Kritik an der Doppelkultur von deutscher Seite um einiges kräftiger aus. Im ganzen boten ihr jedoch weder der deutsche Staat bis zur Übertragung der zivilen Gewalt auf die Militärbehörden im August 1914, mit der alles anders wurde, noch der französische nach 1918 einen angemessenen Freiraum zur Entfaltung – während es in der Wahrnehmung des Elsaß aus Berlin dort fast nur Französlinge gab, lebten dort dann aus Pariser Sicht vor allem *embochés*.

Als der elsässische und an der Sorbonne lehrende Germanist Henri Lichtenberger 1912 vorausschauend die damals vor allem deutschen Kritiker der Doppelkultur warnte, daß sie damit auch die Idee einer europäischen Kultur (*culture européenne*) für unmöglich hielten, blieb er weithin ungehört. Für ihn war aus seiner Sicht von seiner Heimat oder *petite*

C. CORNELISSEN - S. FISCH - A. MAAS, *Grenzstadt Straßburg. Stadtplanung, kommunale Wohnungspolitik und Öffentlichkeit 1870 - 1940*, St. Ingbert 1997, S. 103-204, hier S. 136-138.

[33] P. BURKE, *Geschichte als soziales Gedächtnis*.

patrie gerade der kultivierte Elsässer mit seinem Zugang zu den beiden großen nationalen Kulturen ein guter Europäer (*un bon Européen*); als solcher hätte er nichts zu gewinnen, wenn er dagegen einen exklusiven Nationalismus eintauschte[34].

[34] H. LICHTENBERGER, *Le problème de la culture européenne*, in «Cahiers Alsaciens», I, 1912, S. 273-294, hier S. 274 und 292.

L'«invenzione» delle regioni italiane

di *Lucio Gambi*

1. Ogni volta che si traccia un profilo di storia della regione (o del concetto di regione) in Italia – cioè nel paese designato per la prima volta con tale nome nel 42 a.C. – si parte da Augusto e dalla sua ripartizione dell'Italia in undici regioni, indicate da un numero d'ordine (non da un nome) e destinate a fini – così pare – statistico censitari[1]. Queste regioni sono state dunque intese come ripartizioni territoriali con funzioni politiche (*regio* da *regere* = governare). Nasce perciò il concetto di regione come spazio di governo, come ambito territoriale di una organizzazione con fini politici.

L'operazione di Augusto ha consistito in una articolazione territoriale molto ponderata, fondata su una buona cognizione delle situazioni reali, sia fisico ambientali che antropologico economiche, ma anche ispirata – a seconda delle diverse parti d'Italia – su criteri diversi.

Nel corpo della penisola vera e propria i criteri a cui s'informò il disegno furono di natura etnoculturale: ma con soluzioni territoriali diverse, in considerazione dei rapporti pacifici o non pacifici con Roma che i vari popoli avevano avuto nell'ultimo secolo – e così nel primo caso i maggiori complessi etnici si vedono più o meno identificati con una regione (i Piceni con la V, gli Umbri con la VI, gli Etruschi con la VII) e nelle estreme diramazioni della penisola più popoli sono aggruppati nella stessa regione (la II con Japigi e Messapi, la III con Lucani e Bruzi). Invece le aree dove si insediano le popolazioni più irrequiete e indomite e a lungo riottose alla autorità di Roma, vengono ritagliate fra regioni diverse: ad es. il Sannio fra la prima, la seconda e la quarta.

Diversamente nel bacino padoveneto, pure avendo riguardo per il tradizionale spazio dei Liguri nella parte occidentale, il disegno regionale è impostato soprattutto su elementi geografici (il Po, l'arco montano) e riverbera le fasi della conquista dal secolo III in avanti e le maglie urbane e viabili del conseguente popolamento coloniale.

[1] C. NICOLET, *L'origine des regiones Italiae augustiennes*, in «Cahiers du centre Glotz», II, 1991, pp. 73-97.

Con il mutare della situazione politica in epoca imperiale, la ripartizione di Augusto[2], avrà parecchie, salienti modificazioni fino al secolo V, ma anche le articolazioni che le subentrano, e che ora sono designate da un nome, conservano funzioni giurisdizionali e censitarie, e la loro eredità giuoca ruoli notevoli nella iniziale organizzazione regionale della chiesa romana.

2. Dopo il naufragio imperiale e gli otto-nove secoli del travaglio medievale, non fa meraviglia che in epoca umanistica si risvegli l'idea di una sistematica articolazione in regioni. E però neanche meraviglia che ora tale articolazione si presenti non in chiave e con funzioni politiche, ma con basi e fini culturali. La grande frammentazione territoriale delle realtà politiche non consente di confrontare le regioni augustee con le divisioni politiche in atto. E così una regionalizzazione nuova dell'Italia nasce con le più note opere umanistiche di illustrazione storico corografica della penisola: illustrazione che per essere ordinata e chiara – visto che non si può svolgere sulle ingarbugliate configurazioni politiche – ha un'unica soluzione razionale: quella di 'inventare' un ritaglio fondato su criteri geografici, elementari e di facile individuazione, che non contrastino – anzi si sforzino di combinare in qualche modo – con le eredità degli eventi storici di lungo periodo.

Su questi parametri Biondo Flavio[3] scrive a metà del secolo XV la sua incompleta opera di geografia storica intorno alle regioni italiane, che per lui sono 18 (restano al di fuori le isole). E un secolo dopo, pure con parecchie incisive varianti di disegno e con la giunta delle tre isole, per un totale di 22 regioni, Leandro Alberti redigerà la sua «Descrittione di tutta Italia». L'incomparabilità delle regioni di epoca umanistica con quelle di epoca romana, ed anche la disparità fra quelle di Biondo e di Alberti, prima ancora che ai diversi moduli di identificazione, sono dovute ai concetti indubbiamente molto moderni di regione che entrambi gli autori si formano e proclamano: cioè di regione come entità territoriale non stabile ma mutevole nel corso dei secoli. Biondo scrive, in apertura della sua opera, «regionum mutatio ter quaterque in aliquibus, et in quibusdam pluries facta»; Alberti, anch'egli iniziando il suo discorso, ripete che le

[2] R. Thomsen, *The italic regions from Augustus to the lombard invasion*, Copenaghen 1947.

[3] O. Clavout, *Biondos «Italia illustrata»: Summa oder Neuschöpfung?*, Tübingen 1990.

regioni mutano di elementi costitutivi e quindi di configurazione «secondo l'occorrentie dei tempi»[4].

Naturalmente nelle linee complessive le loro ripartizioni regionali lasciano sentire qualche volta, in filigrana, l'eco di alcuni perimetri delle regioni romane (uno dei casi più tipici è l'Etruria) e parecchie volte i nomi da loro conferiti alle regioni corrispondono a denominazioni che le regioni romane avevano ricevuto nel primo secolo dopo Cristo e che figurano nella descrizione d'Italia di Plinio[5]. Egualmente le loro illustrazioni regionali che privilegiano come assi coordinatori gli elementi oroidrografici, e che si svolgono di regola entro il quadro di un bacino fluviale risalito via via dal mare verso le sorgenti, è chiaro che riecheggiano i moduli descrittivi già usati da Plinio – ma l'avere scelto di disegnare le articolazioni interne e i perimetri regionali su elementi fisici bene riconoscibili, ignorando in genere le instabili confinazioni politiche, è una conseguenza del fatto che Biondo e Alberti potevano usare materiali geoiconografici a grandi linee già sufficientemente corretti per l'interno della penisola[6].

3. Questo disegno regionale di oculata, e in certo modo intellettualistica, invenzione (un recente analista di Biondo ha usato giustamente il termine di *Neuschöpfung*) non poté però resistere alla costituzione, da metà del secolo XVI in avanti, di uno stato moderno. Lo stato moderno fa sua l'idea che le partizioni territoriali, identificandosi con e quindi assumendo il valore di spazi di governo, sono l'unica forma di regionalizzazione. E questa tesi si riflette in alcune opere geopolitiche uscite intorno agli stessi anni: le «Relazioni universali» di Giovanni Botero (1596) e l'atlante «Italia» di Giovan Antonio Magini (1595-1620) aprono una tradizione statistico descrittiva, e di modo di intendere le articolazioni territoriali con funzioni politiche o giurisdizionali, che durerà fino alla unità nazionale. E infatti negli anni in cui questa unità inizia a realizzarsi, Carlo Cattaneo dirà che regione è «vocabolo troppo indeterminato» e «poco felice», e dirà «stati e non regioni»[7], indicando negli stati preunitari la base del suo disegno federalistico.

[4] Si vedano di BIONDO FLAVIO, *Italia illustrata*, Venezia, ed. Bernardinus de Vitalibus, 1503, p. A ii r, e di LEANDRO ALBERTI, *Descrittione di tutta Italia*, Bologna ed. Anselmo Giaccarelli, 1550, p. 3 v.

[5] PLINIO, *Naturalis Historia*, III, 46-74 e 95-131.

[6] R. ALMAGIÀ, *Monumenta Italiae Cartographica*, Firenze 1929, pp. 3-25.

[7] Le espressioni citate si trovano in *La circolare del ministro Farini sul riordinamento amministrativo*, in «Il Politecnico», IX, 1860, pp. 281-285, riedito in C. CATTANEO, *Scritti*

4. Ma in opposizione a quest'idea secondo cui la regionalizzazione consiste esclusivamente nelle ripartizioni territoriali politiche o giurisdizionali, si fa avanti in epoca risorgimentale più di una interpretazione diversa della regionalità, dovuta sia alla esplosione degli studi geomorfologici e fitogeografici che individuano delle regioni ambientali[8], sia al costituirsi entro la cultura romantica di quella che poi si chiamerà demopsicologia, e che riguarda lo studio degli idiomi e dei patrimoni ergologici[9]. Entrambe queste correnti di studio, che proiettano i loro risultati anche in termini territoriali, inventano nuovi disegni regionali: disegni che in una direzione – quella naturalistica – mirano ad una inquadratura di spazi ambientali, basata su elementi emergenti e facilmente identificabili come quelli oroidrografici, e in altra direzione – quella umanistica – vogliono metter in luce le organicità di contenuti economici o culturali di determinate aree. E così vediamo apparire nella prima direzione le prime formulazioni di un ritaglio dell'Italia in regioni fisiche, da parte di Carlo Frulli nel 1845[10], e nella seconda direzione un progetto di riorganizzazione e riconfigurazione delle province amministrative del regno di Napoli da parte di Carlo Afan de Rivera nel 1832, e delle province statistiche del granducato toscano da parte di Attilio Zuccagni Orlandini nel 1848[11], così come il primo riconoscimento nell'Italia padana di regioni linguistiche, da parte di Bernardino Biondelli nel 1853[12]. E a cavaliere di queste due direzioni c'è pure la invenzione, enunciata nel '51 da Frulli a nome anche di Biondelli, di una «geografica ed etnografica regione» emiliana, costruita unificando legazioni e ducati[13]: quella regione che poi nascerà effettiva-

Politici, a cura di M. BONESCHI, Firenze 1965, IV, pp. 89-95, e in *Prefazione* al vol. X de «Il Politecnico», 1861, pp. v-xii, riedito *ibidem*, IV, pp. 107-114.

8 Mi limito a ricordare di A. VON HUMBOLDT, *Ansichten der Natur. Mit wissenschaftlichen Erläuterungen*, Tübingen 1808 e in ultima ediz. Tübingen 1849, e il più noto *Kosmos - Entwurf einer physischen Weltbeschreibung*, 5 voll., Stuttgart - Tübingen 1845-1862.

9 G. TASSONI, *Arti e tradizioni popolari: le inchieste napoleoniche sui costumi e le tradizioni nel regno italico*, Bellinzona 1973.

10 C. FRULLI, *Fisiche regioni peninsulari e insulari dell'Italia*, in «Annuario Geografico italiano pubblicato dall'Ufficio di Corrispondenza Geografica in Bologna», 1845, pp. 92-104.

11 Si vedano di C. AFAN DE RIVERA, *Considerazioni su i mezzi da restituire il valore proprio a' doni che la natura ha largamente conceduto al Regno delle Due Sicilie*, 2 voll., Napoli 1832[1], 1833[2]; e di A. ZUCCAGNI ORLANDINI, *Ricerche statistiche sul granducato di Toscana*, 4 voll., Firenze 1848-1853.

12 B. BIONDELLI, *Saggio sui dialetti gallo-italici*, Milano 1853-1856.

13 C. FRULLI, *Del nome geografico delle Legazioni*, Bologna 1851.

mente, con le funzioni governative svolte da Luigi Carlo Farini nel '59[14]. Va però aggiunto che in quegli anni (lo dimostrano i dizionari corografici risorgimentali) non si acquisì la nozione e non si ebbe neanche la percezione che la maggior parte dei nomi territoriali in uso aveva le sue origini in gestioni politiche, laiche o religiose, e che il loro gran numero e groviglio – specialmente nelle aree centrosettentrionali della penisola – era dovuto alla frammentazione e instabilità della storia nazionale negli ultimi quindici secoli.

5. Da questi vari e difficilmente incrociabili e concordabili punti di vista relativi ai problemi della regionalizzazione, negli anni decisivi della unificazione ci si sforzò, mediando fra essi, di individuare e ricavare un disegno delle aree regionali più consolidate, da cui per assemblaggio avrebbe dovuto realizzarsi la edificazione del nuovo stato italiano. E anche la più nota di queste operazioni, quella schizzata da Cesare Correnti fra il '51 e il '55, consiste in una invenzione[15]. Ma invenzione non lucida e congrua, in una parola alquanto disinvolta e approssimata, che (a parte certe finali somiglianze con quella di Alberti, lontana di alcuni secoli) si fa guidare da parametri contraddittori: parametri che inizialmente si ispirano al disegno naturale («poiché l'Italia non è che una espressione geografica, non si deve badare alla etnografia e alla politica, e [si deve] seguire nelle circoscrizioni l'inviolabile diritto della terra e l'imparziale testimonianza dei fiumi e delle montagne») e più oltre invece richiamano le situazioni giurisdizionali in vigore («per evitare le soverchie complicazioni abbiamo studiato di ravvicinare [la ripartizione in regioni], per quanto era possibile, alle attuali divisioni politiche e amministrative») cercando in qualche modo di fare concertare il suo ritaglio con buona parte di esse, perché – scriveva Correnti – le «divisioni storiche dell'Italia coincidono in gran parte con le divisioni naturali». E qui c'è un equivoco che è durato fino ai nostri giorni.

[14] I. ZANNI ROSIELLO, *L'unificazione politica e amministrativa delle Provincie dell'Emilia*, Milano 1965.

[15] Si vedano di C. CORRENTI, *Fisionomia delle regioni italiane*, in «Il nipote del Vesta Verde», V, 1852, pp. 42-61; *La Sardegna, ibidem*, IV, 1851, pp. 19-27; *Dalla periferia al centro, ibidem*, V, 1852, pp. 75-83, 102-103 e VII, 1854, pp. 90-92; *Le frontiere italiane, ibidem*, VI, 1853, pp. 90-102; *Porta orientale, ibidem*, VII, 1854, pp. 74-86; *Ancora delle nostre regioni, ibidem*, VIII, 1855, pp. 114-163: riediti in C. CORRENTI, *Scritti scelti, in parte inediti e rari*, a cura di T. MASSARANI, Roma 1891-1892, II, pp. 372-406, 425-440, 444-457.

Qualche anno dopo, una volta conseguita l'unità nazionale ma abortito, fra il '61 e '62 il progetto di articolazione dello stato in consorzi regionali presentato da Farini e sostenuto da Minghetti, il disegno di Correnti sarà riesumato nel '63, per irrimandabili motivi statistici, dal coordinatore del neonato ufficio governativo di statistica, Pietro Maestri. Sarà riesumato con vari aggiustamenti migliorativi e una buona lisciviatura delle sue contaminazioni, ma anche con i condizionamenti dovuti alla scelta statistica – forse in quegli anni inevitabile – di ottenere il quadro delle regioni (che però venivano chiamate ora, più vagamente, «compartimenti») associando fra loro due o più province del nuovo stato «secondo la loro coesione topografica – diceva Maestri – che determina necessariamente una correlazione e corrispondenza economica»[16].

Anche quello di Maestri fu dunque un ritaglio nuovo sul corpo della penisola, dunque una invenzione, che – per il suo ricalcare i perimetri provinciali – in effetti solo sporadicamente poteva rispecchiare le omogeneità economiche, demografiche e insediative e poco si adeguava (tranne logicamente per le isole) a elementi discriminativi o fisici o culturali. E poiché l'articolazione in compartimenti di Maestri è stata fatta propria dalla costituzione repubblicana del '48 col solo cambio di denominazione (l'art. 131 ribattezza il «compartimento» col nome di «regione»), anche la regionalizzazione sopra cui si basa oggi la repubblica italiana è l'eredità di una invenzione vecchia di più di cent'anni, a cui la spinta del regionalismo ha solo aggiunto qualche elemento nuovo (Val d'Aosta, Tirolo meridionale)[17].

Ma se centotrent'anni fa il disegno inventato da Maestri – intorno a cui anche il suo autore nutriva franche perplessità, sottolineandone la provvisorietà – si poteva giudicare partorito da situazioni congiunturali che non rispondevano «ad una definizione scientifica e definitiva del territorio nazionale»[18], il suo perpetuarsi fino ad oggi, in un mondo così radicalmente diverso, dimostra la perdita della capacità e fors'anche del coraggio di inventare da parte delle nostre classi politiche. Logicamente: 'inventare' nella accezione di scoprire, di capire e di attivare disegni più adeguati e nuovi, e spazi più coerenti per i quadri che regolano politicamente la nostra quotidianità.

[16] *Statistica del Regno d'Italia: popolazione etc. nell'anno 1863*, a cura del Ministero di Agricoltura, Industria e Comm., Firenze 1864, Prefazione, p. vi.

[17] Rimando al mio articolo *L'equivoco tra compartimenti statistici e regioni costituzionali*, Faenza 1963; riedito in *Questioni di geografia*, Napoli 1964, pp. 153-187.

[18] *Statistica del Regno d'Italia*, cit., p. vii.

Geschichtsvereine in Italien zwischen regionaler und nationaler Historiographie

von *Gabriele B. Clemens*

Im 19. Jahrhundert steigt die Idee der Nation zur mächtigsten politischen Legitimationsideologie Europas auf. Die jüngere Forschung zur Geschichte des Nationalismus wendet sich diesem Themenkomplex seit einigen Jahren mit zunehmender Intensität zu. Zwei Thesen bestimmen dabei die Diskussion. Nach der einen handelt es sich um ein Phänomen, das mit der Entstehung der parlamentarischen Verfassung und der Demokratisierung der Gesellschaft in engem Zusammenhang stand. Die zweite beschreibt die Erfindung der Nation als das Werk intellektueller Eliten unabhängig vom demokratischen Diskurs[1]. Italien stellt für derartige Diskussionen ein besonders interessantes Forschungsfeld dar, da es dort – wie in Deutschland – erst in der zweiten Hälfte des 19. Jahrhunderts zur nationalstaatlichen Einigung kam, weshalb es im Vergleich zu seinen westeuropäischen Nachbarländern als unvollendete oder «verspätete» Nation bezeichnet werden kann. Anders als in Frankreich und England, wo zunächst die absolutistischen Herrscher regionale Unterschiede zu nivellieren suchten und im 17. beziehungsweise 18. Jahrhundert durch innerstaatliche Revolutionen moderne Nationen entstanden waren, überschnitten und überlagerten sich in Italien wesentlich länger lokale und regionale Orientierungen. Nachdem die Einheit militärisch und verfassungsrechtlich vollzogen war, mußten partikularistische und regionale Interessen in den neuen Staat eingebunden werden, wobei in Italien zentralistische Strategien bevorzugt wurden. Neben der staatlichen Einigung galt es auch einen «inneren» Nationsbildungsprozeß in Gang zu setzen; denn über Jahrhunderte hatten regionale und kommunale Traditionen und Identitäten das Zusammenleben der Menschen geprägt. Diese Problematik ver-

[1] Aus der Fülle der Literatur sei an dieser Stelle nur verwiesen auf: J. BREUILLY, *Nationalism and the State*, Manchester 1982; B. ANDERSON, *Die Erfindung der Nation – Zur Karriere eines erfolgreichen Konzepts*, Frankfurt am Main 1988; E. GELLNER, *Nationalismus und Moderne*, Berlin 1991; E.J. HOBSBAWM, *Nationen und Nationalismus. Mythos und Realität seit 1780*, Frankfurt a.M. 1991; O. DANN, *Nation und Nationalismus in Deutschland 1770-1900*, München 1993; H. SCHULZE, *Staat und Nation in der europäischen Geschichte*, München 1994; G. SPADOLINI (ed), *Nazione e Nazionalità in Italia*, Roma - Bari 1994.

sinnbildlicht die berühmte Sentenz Massimo D'Azeglios: «Fatta l'Italia bisogna fare gli Italiani»[2]. Dabei stellt die Schaffung einer nationalen Identität einen äußerst komplexen Vorgang dar. Er bedarf der Vermittlung und beständigen Vergewisserung durch nationale Leitbilder, Zielvorstellungen, Ideale und Mythen.

Auf verschiedenen Ebenen wurde seit 1870 der Versuch unternommen, Loyalitäten gegenüber dem neuen Nationalstaat zu schaffen. Mit Erfolg kam es dabei zur Vermittlung nationaler Werte in Schule und Militär. Durch Lieder, Gedenktafeln, Denkmäler, Bilder sowie Straßennamen, hauptsächlich aber mittels Lektüre ließen und lassen sich Geschichtsbilder und Mythen verbreiten. Die Forschung konzentrierte sich in letzter Zeit in besonderem Maße auf die vielfältigen Formen der Staatssymbolik, wobei die Denkmalkultur, politische Feste und politische Architektur sowie die Ikonographie im Mittelpunkt des Interesses standen[3]. Eine wichtige Möglichkeit der Herstellung nationaler Identitäten bestand aber vor allem darin, die Historiographie zu instrumentalisieren. So dominierten etwa in den Schulbüchern die Darstellungen der glanzvollen Führungsrolle Piemonts beim Einigungsprozeß.

Da das Fach Geschichte an den italienischen Universitäten noch kaum etabliert war, wurde die eigentliche Geschichtsforschung in den zahlreichen historischen Vereinen mit großem Engagement betrieben. Bemerkenswert ist, daß monarchische Regierungen auch in diesen Geschichtsvereinen ein geeignetes Werkzeug sahen, nationale Identitäten zu schaffen. Hier bestand bereits ein beträchtliches Potential entsprechend gebildeter und interessierter Personen, die befähigt schienen, eine Transmissionsfunktion bei der Vermittlung von Werten und Mythen zu übernehmen. Allerdings war man sich von obrigkeitsstaatlicher Seite auch bewußt, in

[2] Zu den grundlegenden Problemen der Suche Italiens nach seiner Nation vgl. C. DIPPER, *Italien 1861 bis 1915 – Nationalstaat ohne Nation*, in R. SCHULZE (ed), *Deutsche Rechtswissenschaft und Staatslehre im Spiegel der italienischen Rechtskultur während der zweiten Hälfte des 19. Jahrhunderts*, Berlin 1990, S. 335-345; T. SCHIEDER, *Italien und die Probleme des europäischen Nationalstaates im 19. Jahrhundert*, in T. SCHIEDER, *Nationalismus und Nationalstaat*, Göttingen 1991, S. 329-346 sowie M. MERIGGI, *Introduzione*, in M. MERIGGI (ed), *Dalla città alla nazione*, Bologna 1993, S. 7-19.

[3] W. HARDTWIG, *Bürgertum, Staatssymbolik und Staatsbewußtsein im deutschen Kaiserreich 1871-1914*, in «Geschichte und Gesellschaft», 16, 1990, S. 269-296; W. HARDTWIG, *Geschichtskultur und Wissenschaft*, München 1990; zur italienischen Forschung vgl. die neueren Arbeiten von B. TOBIA, *Una patria per gli Italiani. Spazi, itinerari, monumenti nell'Italia unita*, Roma - Bari 1991; M. ISNENGHI (ed), *I luoghi della memoria. Simboli e miti dell'Italia unita*, 2 Bde., Roma - Bari 1996/1997; I. PORCIANI, *Una festa per la nazione. Rappresentazione dello Stato e spazi sociali nell'Italia unita*, Bologna 1997.

den Vereinen auf passiven und aktiven Widerstand zu stoßen, da diese in ganz besonderem Maße von starken lokalen und regionalen Traditionen geprägt waren.

Geschichtsvereine waren während des 19. Jahrhunderts in zahlreichen italienischen Städten entstanden, die zu jener Zeit – in welcher der Staat in einem wesentlich geringeren Maße als heute wissenschaftliches Engagement förderte – Entscheidendes für den Aufbau und die Entwicklung einer modernen Historiographie leisteten. Die Initiativen zur Gründung von Gesellschaften zur Erforschung der vaterländischen Geschichte gingen von Historikern oder von besonders historisch interessierten Monarchen aus, denen es gelang, die städtischen Notabelnschichten zu motivieren. Es blieb aber nicht bei den Versuchen der Staatsoberhäupter, die Gesellschaften zur Schaffung eines ihnen genehmen Geschichtsbildes zu instrumentalisieren, vielmehr standen auf der anderen Seite gerade in Italien Patriziat und Bürgertum mit ähnlichen Plänen – wenn auch unter anderen Vorzeichen. Sie intendierten mit Hilfe der Geschichtsvereine, kommunale sowie regionale Geschichtsbilder zu etablieren und die eigene Vergangenheit zu glorifizieren. Neben und gegenüber den noch zu schaffenden nationalen Identitäten bestanden gerade in Italien starke lokale Traditionen, die sich entscheidend auf die Historiographie auswirkten. Aus diesen vielschichtigen Versuchen, die Geschichte jeweils für die eigene Selbstdarstellung zu vereinnahmen, ergaben sich natürlich zahlreiche Spannungen.

1834 gründete König Karl Albert von Sardinien den ersten italienischen Geschichtsverein in Turin. Es handelte sich hierbei um eine Gründung von oben, von staatlicher Seite: der Monarch und die Hauptinitiatoren Conte Prospero Balbo und Conte Luigi Cibrario bestimmten rigoros über Mitgliederaufnahme sowie Themenwahl dieser «Deputazione di Storia Patria»[4]. Die hier versammelten hohen Staats- und Hofbeamten, leitenden Archivare und Bibliothekare, Kultusminister und Denkmalpfleger bearbeiteten als glühende Anhänger der piemontesischen Monarchie vom König vorgegebene Quelleneditionen und Themenkomplexe. Umberto Levra hat in seinem 1992 erschienen Buch *Fare gli Italiani* glänzend analysiert, wie die führenden Männer der «Deputazione» gemeinsam und in Personalunion mit denjenigen der königlichen Akademie, der Archive und Bibliotheken die piemontesische Geschichtsschreibung entscheidend prägten, wie sie kulturelle Schlüsselpositionen besetzten und verteilten

[4] Zur Gründung der «Deputazione» vgl. die instruktive Arbeit von G.P. ROMAGNANI, *Storiografia e politica culturale nel Piemonte di Carlo Alberto*, Torino 1985, S. 81 f.

und über den Zugang zum Quellenmaterial entschieden; alles in allem wortwörtlich «Geschichte machten»[5].

Abgesehen von der Vereinsgründung in Parma-Piacenza (1854) entstand erst über 20 Jahre später ein weiterer bedeutender italienischer Geschichtsverein in Genua: die «Società Ligure di Storia Patria». Diesmal ergriffen genuesische Geschichtsforscher privat die Initiative, wobei man hier bezüglich der Mitgliedschaft – im Gegensatz zu Turin – von Anfang an nicht auf einen elitären Kreis abzielte, sondern möglichst viele Genuesen für die Mitgliedschaft zu gewinnen suchte[6]. In diesem Verein jedoch eine oppositionelle, antipiemontesische Spitze von Bürgern der erst seit 1815 zu Piemont gehörenden ehemals stolzen Seerepublik zu sehen, wäre verfehlt, da alle der Turiner «Deputazione» angehörenden Genuesen ebenfalls Mitglied der «Società Ligure» waren und auffallend viele Turiner Historiker zu Ehrenmitgliedern des genuesischen Vereins ernannt sowie gemeinsame Editionsprojekte durchgeführt wurden[7].

Von diesen frühen Gesellschaften abgesehen, kommt es zu einer eigentlichen Vereinsgründungsphase erst nach der nationalstaatlichen Einigung. Zwar hatte es auch in Genua, Neapel und Rom schon in den 40er Jahren des 19. Jahrhunderts Initiativen zur Gründung von Geschichtsgesellschaften gegeben, die aber entweder von staatlicher Seite verboten wurden oder von selbst wieder einschliefen[8]. Schließlich entstanden 1873 die «Società Storica Lombarda» in Mailand, drei Jahre später die «Società

[5] U. LEVRA, *Fare gli Italiani. Memoria e celebrazione del Risorgimento*, Torino 1992.

[6] Entsprechend äußerte sich der provisorische Präsident Vincenzo Ricci auf der Gründungsversammlung des Vereins: «Non è una vera Accademia di dotti che noi abbiamo immaginato, ma quasi una palestra di studiosi cittadini, amorevoli custodi ..., un'opera, un dovere civile che vi proponiamo»; in «Atti della Società Ligure di Storia Patria», I, 1858, S. XXX.

[7] D. PUNCUH, *I centodieci anni della Società Ligure di Storia Patria*, in «Atti della Società Ligure di Storia Patria», NF, VIII, 1968, S. 27-46; vgl. hierzu auch die neuere Arbeit von E. GRENDI, *Storia di una storia locale. L'esperienza ligure 1792-1992*, Venezia 1996.

[8] Obwohl es sich bei den von Carlo Troya 1842 gewonnenen Mitgliedern des ersten neapolitanischen Geschichtsvereins um moderate loyale Notabeln handelte, die zudem mit dem bourbonischen Hof in vielfältiger Weise verbunden waren, wurde dieser Verein polizeilich überwacht; vgl. hierzu D.L. CAGLIOTI, *Associazionismo e sociabilità d'élite a Napoli nel XIX secolo*, Napoli 1996. Mit dieser Arbeit von Caglioti zum Vereins- und Gesellschaftswesen in Neapel liegt neben dem Beitrag von M. MERIGGI, *Milano borghese. Circoli ed élites nell'Ottocento*, Venezia 1992, bereits für zwei italienische Großstädte eine umfassende, auf umfangreichen Archivalien beruhende Studie vor, wohingegen derartige Analysen zu einer deutschen Stadt bisher ein Desiderat blieben.

Romana di Storia Patria» und die «Società Napoletana di Storia Patria»[9]. Auch hierbei handelte es sich im Prinzip um private Initiativen, die aber teilweise auf staatliche Anregungen und Wünsche hin gegründet wurden. So ergingen beispielsweise mehrmals Aufforderungen seitens des Erziehungsministeriums an den Präfekten Neapels, doch auch hier endlich einen Geschichtsverein ins Leben zu rufen[10]. Um 1900 existierte dann in jeder größeren Stadt ein Geschichtsverein. Insgesamt kam es in Italien – verglichen mit Deutschland, wo zwischen 1818 und 1848 schon über 60 Geschichtsvereine bestanden[11], erst viel später zu einer derartigen Gründungswelle.

Einen Sonderfall bildete Florenz. Der Verleger und Intellektuelle Giovan Pietro Vieusseux gründete dort gemeinsam mit geschichtskundigen Freunden bereits 1841 die erste gesamtitalienisch ausgerichtete Geschichtszeitschrift: das «Archivio Storico Italiano»[12]. In ständigen Geldnöten wurde die Zeitschrift – nach einer ersten Phase privater Finanzierung – generös vom Großherzog unterstützt, dann von der 1862 nach piemontesischem Vorbild errichteten «Deputazione di storia patria per le province della Toscana, dell'Umbria e delle Marche» herausgegeben. Hier haben wir es also mit dem umgekehrten Fall zu tun, daß zuerst eine Zeitschrift und

[9] Zur Entstehung und Entwicklung der italienischen Geschichtsvereine vgl. den wichtigen Aufsatz von E. SESTAN, *Origini delle Società di Storia Patria e loro posizione nel campo della cultura e degli studi storici*, in «Annali dell'Istituto storico italo-germanico in Trento», VIII, 1981, S. 21-50. Sestans Beitrag blieb bislang der einzige Versuch, die italienischen Geschichtsvereine in ihrer Gesamtheit zu analysieren.

[10] Vgl. etwa den Brief des Erziehungsministers Scialoja vom 4.3.1873 in Archivio Centrale dello Stato, *Ministero dell'Istruzione pubblica, Accademie e Dep. di Storia Patria 1881-1894*, Busta 11.

[11] Vgl. zur Entwicklung der deutschen Geschichtsvereine H. HEIMPEL, *Geschichtsvereine einst und jetzt*, in *Geschichtswissenschaft und Vereinswesen im 19. Jahrhundert*, Göttingen 1972, S. 54-74; K. PABST, *Historische Vereine und Kommissionen in Deutschland bis 1914*, in F. SEIBT (ed), *Vereinswesen und Geschichtspflege in den böhmischen Ländern*, München 1986, S. 13-39; zur Anzahl der Vereine, J. VOSS, *Akademien, gelehrte Gesellschaften und wissenschaftliche Vereine in Deutschland, 1750-1850*, in E. FRANÇOIS (ed), *Sociabilité et Société bourgeoise en France, en Allemagne et en Suisse, 1750-1850*, Paris 1987, S. 149-166, hier S. 156.

[12] Ilaria Porciani veröffentlichte bereits 1979 zu dieser Initiative eine weiterführende Fragen aufwerfende Monographie; vgl. I. PORCIANI, *L'«Archivio Storico Italiano». Organizzazione della ricerca ed egemonia moderata nel Risorgimento*, Firenze 1979. Zur Entstehungsgeschichte siehe weiterhin F. BALDASSERONI, *Il primo ventennio dell'«Archivio Storico Italiano»*, in *L'Archivio Storico Italiano e l'opera cinquantenaria di storia patria*, Bologna 1916, S. 91-190 sowie A. PANELLA, *Gli studi storici in Toscana nel secolo XIX e l'opera cinquantenaria della R. Deputazione di Storia Patria*, in *ibidem*, S. 191-369.

danach der zur Zeitschrift gehörende Verein entsteht, bei allen anderen Beispielen verhielt es sich *vice versa*.

Im folgenden wird für sechs italienische Geschichtsvereine – in Genua, Florenz, Mailand, Neapel, Rom und Turin[13] – untersucht, ob und inwieweit sie dazu beitrugen, nationale und/oder regionale Identitäten zu schaffen. Dabei stehen zunächst die Mitglieder sowie die von ihnen bearbeiteten Projekte im Mittelpunkt, woran sich eine kurze Analyse der räumlichen Dimension ihrer historischen Arbeiten anschließt. Des weiteren werden die Schwerpunktthemen herausgearbeitet, weil sie Auskunft über das jeweilige Geschichtsverständnis geben. In einem nächsten Schritt wird das Verhältnis der Vereine untereinander analysiert. Abschließend wird der Versuch unternommen, das Selbstverständnis der Vereinshistoriker zu beleuchten, da es zugleich Rückschlüsse auf ihr jeweiliges Geschichtsbild zuläßt, was sich dann wiederum in den historischen Arbeiten spiegelt.

Wenden wir uns also zunächst den Mitgliedern zu. Wer waren sie, welchen Berufen sind sie nachgegangen, welche Positionen nahmen sie in den städtischen Gesellschaften ein? Wichtige Aufschlüsse für eine sozioprofessionelle Analyse sind zunächst den in den Vereinszeitschriften veröffentlichten Mitgliederlisten zu entnehmen, da hier meist Berufsangaben, Adels- und Ehrentitel publiziert wurden. Dabei ist grundsätzlich zwischen den wenigen Aktiven und der großen Menge derer zu unterscheiden, die sich lediglich darauf beschränkten, zahlendes Mitglied zu sein. Gemäß den in den Archiven Genuas, Mailands und Roms bearbeiteten Vorstandsprotokollen war für letztere eine möglichst hohe gesellschaftliche Stellung ohnehin das ausschlaggebende Kriterium für die Aufnahme in den Verein und erst in zweiter Linie die wissenschaftliche Reputation beziehungsweise das historische Interesse[14]. Die Ernennung zum Mitglied wurde in jedem Fall als Ehre betrachtet, abgelehnte Aufnahmegesuche hingegen als kränkend und ehrenrührig empfunden. Möglichst zahlreiche Vereinsmitgliedschaften steigerten das soziale und wissenschaftliche Ansehen beträchtlich.

[13] Die Gesellschaften dieser Städte bilden Teil einer umfangreichen komparatistischen Studie zu den Geschichtsvereinen in Italien und Deutschland, die Verf. derzeit vorbereitet.

[14] So wird etwa während einer der ersten Sitzungen des Mailänder Vereins beschlossen, daß die Auswahl der Mitglieder gemäß folgender Kriterien zu erfolgen habe: «... coll'avvisare ai mezzi più convenienti di invitare a far parte della Società Storica quelli fra i cittadini di Milano che più sarebbero a ciò adatti per la loro posizione sociale, per l'amore agli studii ...»; vgl. Protokoll der Vorstandssitzung vom 17.1.1874 im Mailänder Vereinsarchiv in Busta 33/4.

Ein auffallendes Phänomen ist die sehr starke Präsenz von Adeligen in allen italienischen Geschichtsvereinen. Von den Gründungsmitgliedern der «Società Storica Lombarda» in Mailand entstammten 73 Prozent alteingesessenen Adelsfamilien. 20 der insgesamt 49 Initiatoren führten den Conte-Titel[15]! Auch in Genua liest sich das Verzeichnis der Mitglieder wie das *Libro d'Oro* der *Superba*. Erwähnt seien an dieser Stelle nur Vertreter der Familien Doria, Durazzo und Grimaldi. Von den annähernd 1000 Mitgliedern der «Società Ligure» führen 119 den Marchesetitel, immerhin noch 32 den eines Conte[16]. Es drängt sich der Gedanke auf, daß sich der Adel – im wesentlichen seiner politischen und öffentlichen Funktionen beraubt – im besonderen Maße der Geschichte vergangener Epochen und vor allem der eigenen Genealogie zuwandte, um sein elitäres und wohl auch ein wenig angeschlagenes Selbstbewußtsein mit Hilfe der großen Bedeutung seiner Vorfahren wieder zu stärken und somit den eigenen Bedeutungsverlust zu kompensieren[17].

Greifen wir mit Genua und Rom zwei Gesellschaften für eine detailliertere Berufsanalyse heraus, als Beispiele für zwei unterschiedliche Vereinstypen. Die «Società Ligure di Storia Patria» zielte, wie bereits erwähnt, auf eine möglichst breite Beteiligung elitärer Kreise ab und machte keinen Unterschied zwischen den wirklich aktiven und denjenigen Mitgliedern, die den Verein nur finanziell unterstützten. Im Prinzip konnte in Genua jedes Mitglied an den Vereinsaktivititäten partizipieren. Für den Zeitraum von 1858-1914 lassen sich insgesamt 956 Mitglieder nachweisen. Mailand, Florenz und Neapel folgten diesem Beispiel. In Rom hingegen wurde die

[15] Vgl. die erste Mitgliederliste des Vereins in «Archivio Storico Lombardo», I, 1874, S. 76 ff. Darunter befinden sich auch Vertreter der auf jahrhundertealte Traditionen zurückblickenden mailändischen Adelsfamilien Borromeo, Trivulzio und Visconti.

[16] Gesamtzahl der Mitglieder und Adelsanteil beruhen auf eigenen Auswertungen der in der Vereinszeitschrift «Atti della Società Ligure di Storia Patria» abgedruckten Mitgliederlisten aus den Jahren 1858-1914.

[17] Es sei an dieser Stelle als Beispiel nur der Conte Paolo Vimercati Sozzi angeführt, in dessen Nekrolog ausdrücklich betont wird, daß er sich während der Fremdherrschaft in historische Studien flüchtete. «... che nei giorni della straniera signoria, consacrò al culto degli studi e d'ogni più utile disciplina quella forte operosità, che la animava e che non poteva esplicarsi nella vita politica». *Commemorazione* von B. PRINA, in «Archivo Storico Lombardo», X, 1883, S. 606-609, hier S. 606. Dabei handelt es sich bei Vimercati Sozzi nicht um einen Sonderfall, seine Reaktion entspricht durchaus einem weitverbreiteten Verhaltensmuster. Vgl. zu den verschiedenartigen Kompensationsstrategien des italienischen Adels auf seinen politischen Machtverlust in der ersten Hälfte des 19. Jahrhunderts, M. MERIGGI, *Società, istituzioni e ceti dirigenti*, in G. SABBATUCCI - V. VIDOTTO (edd), *Storia d'Italia*, 1: *Le Premesse dell'Unità*, Roma - Bari 1994, S. 119-228, hier S. 130 ff.

Mitgliedschaft *a priori* auf aktive Wissenschaftler beschränkt, so daß wir hier für den Zeitraum von 1878-1914, also für 36 Jahre, nur 121 Mitglieder inklusive der auswärtigen korrespondierenden Soci haben. Dieser grundlegende Unterschied spiegelt sich ebenfalls in der Berufsstatistik. Überwiegen in Genua zwar Universitätsprofessoren, Lehrer und Geistliche, so sind doch auch in einem beträchtlichem Maße die freien Berufe und die städtische Kaufmannschaft involviert, die in Rom überhaupt keine Rolle spielen. Bei der «Società Romana» handelt es sich um eine äußerst exklusive Gesellschaft von Wissenschaftlern, die den überwiegenden Teil ihrer Mitglieder aus den führenden Universitätskreisen rekrutiert. Lehrer und Pfarrer sind in ihren Reihen nicht zu finden[18].

Doch für alle Vereine kann man – unabhängig von Art und Anzahl der Mitglieder – dasselbe strukturelle Phänomen ausmachen: Der Vorstand ist der Verein. Er entscheidet über alle wesentliche Belange, die Publikationen, die Aktivitäten, Außendarstellung etc. Die Mehrzahl der Mitglieder erschien, wenn überhaupt, zu den Generalversammlungen. Da sie ohnehin nur schmückendes Beiwerk bildeten, war ihre soziale Reputation wichtiger als wissenschaftliches Interesse oder Qualifikation. Schaden anrichten konnten sich ohnehin nicht. Einsichten in die Versammlungsprotokolle belegen diesen Sachverhalt eindeutig. Nachdem in Genua die «Società Ligure» in den 70er und 80er Jahren gleichsam in einen Dornröschenschlaf versunken war, versuchte der im Jahr 1896 gewählte Präsident Marchese Cesare Imperiale dem Verein wieder neues Leben einzuhauchen. Die Zahl der Mitglieder stieg von 160 im Jahr 1896 auf 297 im darauffolgenden Jahr. Auch die Zahl der Versammlungen nahm zu. Anwesend sind hier jedoch durchschnittlich 20 Personen, also weniger als 10 Prozent aller Mitglieder, von denen 9 wiederum dem Vorstand angehörten[19].

In Rom findet sogar nur zwei bis dreimal jährlich eine allgemeine Versammlung statt, wohingegen der «Consiglio della Presidenza» etwa zweimal monatlich tagt. In den Räumen der Biblioteca Vallicelliana versammeln sich dann meist der Präsident, der Generalsekretär und eine Hand-

[18] Eine Mitgliederliste mit Berufsangaben liegt für den römischen Verein nicht vor. Aufgrund eigener Recherchen konnten bisher für 90 Personen Angaben ermittelt werden. Die Berufs- oder Tätigkeitsfelder verteilen sich wie folgt: 54 Universitätsprofessoren, 8 Bibliothekare und 7 Archivare – meist in leitender Position, 5 Historiker der außeruniversitären Forschung, 4 Geistliche, je 3 Rentiers bzw. Politiker, je 2 Museumsleiter bzw. leitende Denkmalpfleger, ein Archäologe und 1 Gymnasiallehrer.

[19] Vgl. im Vereinsarchiv der «Società Ligure di Storia Patria» das Protokollheft mit den *Processi Verbali delle Assemblee della Società Ligure di Storia Patria 1896-1911.*

voll aktiver Vereinsmitglieder. Zugespitzt kann man sagen, daß die «Società Romana» jahrzehntelang aus drei Personen besteht: Dem Senator Oreste Tommasini, dem Conte Ugo Balzani und dem Sapienza-Professor Ernesto Monaci[20]. Die übrigen Mitglieder beschränken sich darauf, die Beiträge für die Zeitschriften zu liefern und die Quellenbände zu bearbeiten. Unabhängig von der Zahl der Mitglieder spielt der Vorstand auch in den anderen Vereinen die entscheidende Rolle.

Untersuchungen zu den deutschen Geschichtsvereinen ist immer wieder zu entnehmen, daß Universitätsprofessoren hochmütig auf die in den Vereinen organisierten Laien herabblickten. Während die Spitze der deutschen Historiographie wenig oder kaum Interesse an den Aktivitäten der Geschichtsvereine zu zeigen schien, läßt sich diese Beobachtung auf die italienischen Vereine nicht übertragen. Hier treffen wir auf führende italienische Historiker des 19. Jahrhunderts. Genannt seien an dieser Stelle neben dem bereits erwähnten Ernesto Monaci, auch Benedetto Croce, Pasquale Villari, Gino Capponi, Cesare Cantù. Für Turin seien nur Ercole Ricotti und Carlo Cipolla hervorgehoben.

Weiterhin läßt sich für alle italienischen Vereine feststellen, daß sie darauf abzielten, die führenden Archivare und Bibliothekare der Stadt zu ihren Mitgliedern, wenn möglich zu den aktiven, zu zählen. In Rom waren involviert Domenico Berti, der langjährige Direktor der «Biblioteca Vittorio Emanuele», der heutigen Nationalbibliothek, sowie drei seiner leitenden Bibliothekare, weiterhin der Präfekt der «Biblioteca Casanatense» Ignazio Giorgi, der *Sovrintendente* der römischen Archive Enrico de Paoli, der *Primo-Archivista* des Archivio di Stato Alessandro Corvisieri usw. Für andere Vereine und Städte läßt sich diese Symbiose ebenfalls aufzeigen. In Mailand etwa zählen ebenfalls der Direktor des Staatsarchivs, die leitenden Bibliothekare der «Braidense» und der «Biblioteca di Brera» zu den Mitgliedern. Der Nutzen lag auf beiden Seiten. Die Vereinsvorstände hofften so, für ihre Mitglieder bevorzugten Zugang zu den Quellen zu erlangen, was ihnen auch häufig gelungen ist; die Bibliotheks- und Archivleiter wiederum suchten und fanden in den Vereinsmitgliedern teilweise hervorragende Forscher zur Bearbeitung ihres überaus reichen Materials. Außerdem handelte es sich bei diesen Direktoren – nehmen wir etwa Gasparo Bencini und Francesco Del Furia, die Leiter der berühmten

[20] In 24 Jahren wechselten sie sich gegenseitig als Präsidenten ab, (Tommasini 1883-1891 u. 1896-1897, Balzani 1891-1896 u. 1897-1907, Monaci 1907); sowohl was ihr wissenschaftliches Schaffen, ihre Bemühungen um die Wissenschaftsorganisation als auch die Nachwuchsförderung anbelangt, waren sie jahrzehntelang die wichtigsten Funktionäre des Vereins.

«Riccardiana» und «Laurenziana» in Florenz – um Männer, die schon seit Jahrzehnten in diesen traditionsreichen Instituten arbeiteten und deshalb ausgewiesene Experten für die Bestände und deren Quellenwert waren[21].

Ein Merkmal läßt sich ebenfalls für alle Vereine ausmachen. Die Präsenz mindestens eines der führenden Vertreter des Patriziats im Vorstand der Gesellschaft, der durchaus ein historischer Dilettant sein durfte, aber aufgrund seiner gesellschaftlichen Stellung und den damit verbundenen Beziehungen Entscheidendes zu leisten vermochte, vor allem bezüglich der ewig aktuellen und wenig erfreulichen Frage der Vereinsfinanzierung. Alle Vereine legten Wert darauf, eine möglichst stattliche Anzahl von Senatoren, wenn nicht sogar Erziehungsminister zu den ihrigen zählen zu können[22]. Denn in den Zuständigkeitsbereich letzterer fielen die Geschichtsvereine. Im Idealfall gewann man die hohen politischen Vertreter und Staatsdiener sogar für den Vorstand.

Wenden wir uns im folgenden den Aufgabenfeldern zu. Alle hier vorzustellenden Vereine haben sich in den ersten Jahrzehnten ihrer Existenz zunächst darum bemüht, die für die Geschichtswissenschaft notwendigen Grundlagen zu schaffen. Da Geschichte als Universitätsfach noch jung war, wurde die eigentliche Grundlagenforschung im wesentlichen von den Vereinen getragen[23]. Geschichte war im Verständnis der frühen italienischen Historiker fast durchweg gleichzusetzen mit mittelalterlicher Geschichte. Seltener widmeten sich die Vereine Themenkomplexen der Altertumswissenschaften oder etwa der Neuzeit. Der absolut überwiegende Teil der Arbeiten konzentrierte sich auf das Mittelalter und die Renaissance. Diese Einschränkung wurde meist nicht *expressis verbis* in den Satzungen der Vereine festgeschrieben, aber allein ein kurzer Blick auf die entstandenen Veröffentlichungen verdeutlicht diese Schwerpunktset-

[21] Zu Gasparo Bencini vgl. die Kurzbiographie von A. PETRUCCI, in *Dizionario Biografico Italiano*, 8, S. 207-208 sowie zu Francesco Del Furia, M. SCARLINO-ROLIH, *ibidem*, 36, S. 567-570.

[22] So war etwa der Erziehungsminister Cesare Correnti Mitglied in Mailand, Ruggero Bonghi gehörte dem neapolitanischen Verein an; Paolo Boselli und Pasquale Villari bekleideten sogar während ihrer Amtszeit jeweils das Präsidentenamt der Turiner bzw. der Florentiner «Deputazione».

[23] Zu den italienischen Universitäten vgl. den rezenten Tagungsband I. PORCIANI (ed), *L'università tra Otto e Novecento: i modelli europei e il caso italiano*, Napoli 1994; siehe auch den Beitrag von Mauro Moretti zur ersten Generation von Geschichtsprofessoren nach 1860 sowie zu den Schwierigkeiten, die Geschichtswissenschaft als Universitätsfach zu etablieren: M. MORETTI, *Storici accademici e insegnamento superiore della storia nell'Italia unita. Dati e questioni preliminari*, in «Quaderni storici», NF, XVIII, 1993, 82, S. 61-98.

zung[24]. In den Publikationsregeln des neapolitanischen Vereins hieß es sogar ausdrücklich «Le pubblicazioni storiche non andranno oltre il 1815 ...»[25]. Studien zum Risorgimento entstanden außerhalb der Geschichtsvereine, wobei es sich zunächst um Arbeiten der noch an den Geschehnissen aktiv beteiligten Politiker und Journalisten handelte, die mittels ihrer Memoiren und Monarchiegeschichten intendierten, die als unvollständig empfundene Nationalstaatsbildung zu vollenden[26]. Nicht vergessen werden darf dabei die Tatsache, daß nicht wenige der Vereinsmitglieder der Gründergeneration sich aktiv am Kampf für den Einheitsstaat beteiligt hatten, entweder auf den Barrikaden stehend[27], als Politiker[28]

[24] Beschränken wir uns zur Herausarbeitung der Schwerpunktsetzung auf eine Auswertung von drei Indexbänden des «Archivio Storico Lombardo» für die Jahre 1874-1893, 1894-1903 und 1904-1913. Der erste chronologische Index umfaßt die Seiten 83-159, die sich wie folgt verteilen: Auf das 8. Jh. entfällt 1 Titel, auf das 9. keiner, 10. Jh. – 2 Titel, für das 11. und 12. Jh. umfassen die aufgeführten Titel 1 Seite, auf das 13. Jh. entfallen 2 Seiten, auf das 14. schon 5. Dann werden aber für das 15. Jh. 38 Seiten lang Titel angegeben, für das 16. immerhin noch 14 Seiten. Danach fällt die Kurve wieder stark ab. Entfallen auf das 17. und 18. Jh. noch jeweils 6 Seiten, so kommen auf das 19. nur noch 3, davon die Hälfte auf die französische Epoche. Im nächsten Index-Band verhält es sich genauso, dem Zeitraum vom 14.-16. Jh. widmen sich etwa 75 Prozent aller Publikationen. Für den letzten Registerband kann man dann zwar ein abnehmendes Interesse für das 15. Jh. feststellen, die Schwerpunktsetzung bleibt aber dieselbe. Auffallend ist durchgängig, daß sich kaum Studien mit den berühmten *Cinque giornate* oder überhaupt mit dem Risorgimento beschäftigen.

[25] Vgl. *Norme per le pubblicazioni*, in «Archivio Storico per le province napoletane», I, 1876, S. X.

[26] Diese These wurde erstmals vertreten von F. VALSECCHI, *Appunti per una storia della storiografia sul Risorgimento*, in *Studi storici in onore di Gioacchino Volpe per il suo 80 compleanno*, II, Firenze 1958, S. 1063-1064. Umberto Levra griff sie wieder auf und hat sie für den Turiner Fall hervorragend dokumentiert und ausgeführt; vgl. U. LEVRA, *Fare gli italiani*, S. 58 ff.

[27] Verwiesen sei hier nur auf einige frühe Mitglieder des lombardischen Geschichtsvereins, die sich aktiv an den *Cinque Giornate* in Mailand beteiligten; dazu gehörten u.a. die Demokraten Cesare Correnti, Giuseppe Piolti de' Bianchi und Francesco Restelli, aber auch Adelige wie der Nobile Giovanni Visconti Venosta, der später seine Erlebnisse in einem Memoirenband festhielt (G. VISCONTI VENOSTA, *Ricordi di gioventù: cose vedute o sapute*, Milano 1906). Zu den revolutionären Ereignissen in Mailand vgl. die jüngere Studie von F. DELLA PERUTA, *Milano nel Risorgimento. Dall'età napoleonica alle Cinque giornate*, Milano 1992.

[28] Beschränken wir uns auf das Turiner Beispiel, wo führende Politiker und hohe Staatsbeamte die «Deputazione» dominierten, darunter Conte Prospero Balbo di Vinadio und sein Sohn Conte Cesare, Domenico Berti, Barone Domenico Carutti di Cantogno, Conte Luigi Cibrario, Conte Carlo Bon-Compagni, Baron Giuseppe Manno, Conte Ludovico Sauli d'Igliano sowie Conte Federico Sclopis di Salerano; vgl. zu dieser engen Symbiose von hohen Staatsbeamten, Adel und Geschichtsverein G.P. ROMAGNANI, *Storiografia*, S. 99 ff.

oder mit der Feder als Schriftsteller[29]. Den Quellen sind vermehrt Hinweise zu entnehmen, daß die Geschichte des Risorgimento als zeitpolitisches Phänomen betrachtet wurde, mit allen noch bestehenden aktuellen Problemen und Konnotationen, um die man sich auch publizistisch bemühte, indem man den Prozeß der staatlichen Einigung in zahlreichen Veröffentlichungen beschrieb, er- und verklärte. Das Risorgimento wurde jedoch nicht als der Historie zugehörig empfunden. Die eigentliche «reine» und als «heilig» verstandene Geschichtswissenschaft konnte nach ihrer Ansicht nur mittelalterliche und renaissancezeitliche Themen zum Gegenstand haben[30].

Die in den Vereinen aktiven Wissenschaftler edierten vor allem Herrscherdiplome und chronikalische Überlieferungen, etwa die Annalen Caffaros für Genua[31], aber auch Quellen zur Kirchen-, Rechts- und Wirtschaftsgeschichte, wie die Regesten der Abtei Farfa, das erste große Editionsprojekt des römischen Vereins[32]. Eine Ausnahme bildete der Turiner Verein, wo auf königliche Anordnung vor allem neuzeitliches Material ediert wurde, was natürlich damit zusammenhing, daß das Herrscherhaus erst ab dem 17. Jahrhundert seinen wesentlichen Machtzuwachs erfahren hatte. Neben den Editionsvorhaben bestand ein weiterer wichtiger Aufgabenbereich im Aufbau solider und möglichst umfassender historischer Bibliotheken für die Mitglieder, aber nicht ausschließlich für diese. Alle Vereinsbibliotheken verdanken ihren Zuwachs zunächst dem eifrigen Zeitschriften- und Buchaustausch zwischen den einzelnen Institutionen und in zweiter Linie privaten Schenkungen und öffentlichen Mitteln.

Insgesamt wollten sich die Geschichtsvereine mit ihrem Engagement ganz bewußt von den zahlreich in Italien bestehenden Akademien abheben. In den bedeutenden Akademien – genannt seien an dieser Stelle nur diejenige Turins oder die «Lincei» in Rom[33] – wurden zwar auch Arbeiten zur

[29] Erwähnt seien an dieser Stelle lediglich einige wenige berühmte Historiker und Schriftsteller wie Ruggiero Bonghi, Cesare Cantù, Gino Capponi, Ariodante Fabretti, Marco Tabarrini, Niccolò Tommaseo und Pasquale Villari, die sich auch im Geschichtsverein ihrer Vaterstadt in besonderem Maße engagierten.

[30] U. LEVRA, *Fare gli italiani*, S. 67.

[31] D. PUNCUH, *Centodieci*, S. 33.

[32] Zu den Publikationen des römischen Geschichtsvereins vgl. G. BATTELLI, *La Società Romana di Storia Patria*, in P. VIAN (ed), *Speculum Mundi. Roma centro internazionale di ricerche umanistiche*, Roma 1991, S. 733-768.

[33] Es seien an dieser Stelle nur zwei rezente Studien mit weiterführender Literatur zu den Akademien genannt; siehe, *I primi due secoli della Accademia delle Scienze di Torino.*

Geschichte protegiert und verfaßt, Preisgelder ausgelobt etc., aber die Förderung der Geschichtsforschung bildete nur ein Element neben anderen, vor allem naturwissenschaftlichen Themenkomplexen. Die italienischen Geschichtsvereine verstanden sich hingegen in erster Linie als Forschungsinstitute, Vorträge wie bei den Akademien gab es im 19. Jahrhundert kaum. Dagegen wurde das Hauptaugenmerk auf die Publikationen gelegt[34]. Dieser – im Gegensatz zu den Akademien und nach eigenen Aussagen – auf mehr Wissenschaftlichkeit beruhende Unterschied wurde von dem Präsidenten der römischen «Società di Storia Patria» Oreste Tommasini[35] während einer Vereinsversammlung sehr deutlich betont: «Per conto suo crede che debba gelosamente evitarsi che, contro le tradizioni della Società, queste riunioni assumano un carattere piuttosto accademico che scientifico. Sarebbe desiderabile che le proposte riunioni fossero manifestazioni di una vera vita sociale e scientifica»[36]. Als weiteres Beispiel seien die mahnenden Worte Cesare Cantùs in seiner Funktion als Vize-Präsident der «Società Storica Lombarda» aus einem Brief an die Vereinsmitglieder zitiert, in dem er diese zu besseren wissenschaftlichen Arbeiten anhielt: «Veramente questa Società non era istituita come Accademia, ma per contribuire a pubblicar lavori storici»[37].

Realtà accademica piemontese dal Settecento allo Stato unitario, Torino 1985; A. ALESSANDRINI, *L'Accademia Nazionale dei Lincei*, in P. VIAN (ed), *Speculum Mundi*, S. 532-571.

[34] Diese Schwerpunktsetzungen sind allein schon den Satzungen zu entnehmen. So heißt es im 1. Artikel des neapolitanischen Vereins: «È istituita una Società con lo scopo di pubblicare i documenti inediti e di promuovere gli studi di Storia Patria»; vgl. *Statuti della Società di Storia Patria per le provincie napoletane*, in «Archivio Storico per le province napoletane», I, 1876, S. VI. Oder vgl. den ersten Artikel der römischen Statuten: «La Società Romana di Storia Patria è istituita per promuovere la pubblicazione e la critica dei documenti storici della città e della Provincia di Roma, ..., in «Archivio della Società Romana di Storia Patria», II, 1879, S. 122.

[35] Zur Person Tommasinis, einem vermögenden Privatgelehrten, der sich nicht zuletzt durch sein großes Engagement als Stadtrat und Senator auszeichnete, vgl. seinen Nekrolog, in «Archivio della Società Romana di Storia Patria», XLII, 1919, S. 615-620 u. W. HOLTZMANN, *La corrispondenza fra Theodor von Sickel ed Oreste Tommasini*, *ibidem*, LXXIX, 1956, S. 89-143, hier S. 91.

[36] Vgl. das Versammlungsprotokoll in «Archivio della Società Romana di Storia Patria», XXI, 1898, S. 593.

[37] Der Brief vom 5.11.1884 befindet sich im Vereinsarchiv der «Società Storica Lombarda» in Mailand; vgl. Busta 13/20. Auch der Präsident der «Società Ligure di Storia Patria», Cesare Imperiale di Sant'Angelo, möchte den ligurischen Geschichtsverein deutlich von den alten Akademien abgehoben sehen. Vgl. seine Rede anläßlich der Einweihung des neuen Vereinssitzes über die Ziele der Gesellschaft «... ha un intento assai più vasto, più, dirò cosi, moderno, di quello che non avessero in altri tempi le cosi dette Accademie», in «Atti della Società Ligure di Storia Patria», XXVIII, 1896, S. XXIII.

In der Publikation von mittelalterlichem Quellenmaterial bestand also die Hauptaufgabe der Geschichtsvereine, wobei sich auch die räumliche Dimension ihrer Arbeiten sehr genau umreißen läßt. Die Gesellschaften betrachteten Geschichtswissenschaft als «Religione della Patria», aber was verstanden sie unter «Patria»? Auf jeden Fall ist dieser Begriff nicht als Synonym für Nation zu verstehen, sondern oszilliert zwischen sehr enger städtischer und regionaler Konnotation und der Nationsidee beziehungsweise dem geeinten Nationalstaat, dies vor allem im ausgehenden 19. und beginnenden 20. Jahrhundert. Die Vereinshistoriker verstanden darunter eindeutig die Geschichte ihrer Stadt (*Comune*), des städtischen Umfelds und der Region. Für die Turiner war der Bezugspunkt der Herrschaftsbereich des Hauses Savoyen-Piemont, für die Neapolitaner das Königreich beider Sizilien. Sie haben keine nationale Geschichte geschrieben – das geschah außerhalb der Vereine. Wie eminent wichtig dann die eigene Geschichte wiederum für die gesamtitalienische Entwicklung war, wurde von den Vereinshistorikern aber immer wieder geradezu gebetsmühlenartig betont. Oft ging man sogar so weit, die lokale Geschichte mit einer sogenannten nationalen gleichzusetzen. Die räumliche Dimension ihrer Arbeiten beschränkte sich folglich auf den *sui generis* gewählten Gegenstand.

Wenn die eigene lokale Geschichte so außerordentlich wichtig für die gesamte Nation ist, kann es logischerweise die der benachbarten Gemeinde nicht sein. Aus diesem für uns heute ein wenig schwer nachzuvollziehenden Bedürfnis, die eigene Superiorität triumphierend darzustellen, entstehen zahlreiche Konkurrenzen, Rangstreitig- und Empfindlichkeiten. Die Geschichtsvereine konzentrierten sich deutlich auf jene Epochen, in der die eigene Stadt oder Region eine herausragende Rolle spielte. So widmeten sich die Genuesen vor allem der Geschichte ihrer mächtigen Seefahrerrepublik, wobei der Mythos des «genovese mercante e il ligure navigatore» kreiert und gepflegt wurde[38]. Ein sehr beliebtes Themenfeld bildeten natürlich die genuesischen Kolonien in der Levante, sichtbares Zeichen hegemonialer Ansprüche der ehemals stolzen Handelsmacht. Herausgehoben wurde weiterhin die Überlegenheit gegenüber der ehemaligen Konkurrentin Pisa und immer wieder der rivalisierende Vergleich zu Venedig gesucht[39].

[38] Besonders deutlich wird diese Schwerpunktsetzung vom ersten Präsidenten Vincenzo Marchese betont, der in seiner Inauguralrede die Mitglieder nachdrücklich auffordert, die Handelsgeschichte Genuas zu schreiben; vgl. «Atti della Società Ligure di Storia Patria», I, 1858, S. LIII. Zur Problematik dieses Mythos vgl. E. GRENDI, *Storia*, S. 22.

[39] Von derartigen Vergleichen wird nicht einmal abgesehen, wenn man widerwillig zugeben muß, daß die Erzrivalin auf bestimmten Gebieten überlegen war. So der Jahresbericht

Neben den zentralen Epochen der größten Macht- und Prachtentfaltung schufen die Vereine lokale Identitäten ebenfalls, indem die großen Taten bedeutender Persönlichkeiten, eigentlich immer Männer, erzählt, gefeiert und verklärt wurden. Bösewichten, welche die *Comune* ins Unglück stürzten – etwa Il Moro in Mailand – wurde entsprechend der Prozeß gemacht. Alle Vereine pflegten ihre Lokalhelden, die im 19. Jahrhundert ohnehin der Konsensstiftung politisch-kultureller Gemeinschaften dienten. An dieser Stelle seien nur für Mailand Gian Galeazzo Visconti und Francesco Sforza[40] oder für Genua Andrea Doria und Cristoforo Colombo genannt[41]. Diesen historischen Persönlichkeiten wurden symbolische Charaktere verliehen, die sinnbildlich für die ganze Gemeinde, die Stadt stehen sollten. Eine profunde Forschung und Dokumentation, die auf 'wahren' Begebenheiten beruhte, sollte dabei dieser identitätsstiftenden Figur eine möglichst dichte Authentizität verleihen.

Einen weiteren Indikator für das jeweilige Geschichtsverständnis bildeten die Vereinsembleme. Die Mailänder wählten natürlich den *Carroccio*, das Symbol der starken, autonomen Kommune[42]. In Genua fiel die Wahl auf

über den Vortrag des Vereinsmitglieds Da Fieno in der historischen Sektion über Venedig und Persien: «Venendo poi a dire delle relazioni di Genova colla Persia, il socio Da Fieno osserva essere gravemente a dolore, che queste nè per importanza, nè per ordinata concatenazione, possano sostenere il confronto delle veneziane», vgl. L.T. BELGRANO, *Rendiconto dei lavori fatti dalla Società Ligure di Storia Patria negli anni accademici MDCCCLXV-MDCCCLXVI*, in «Atti della Società Ligure di Storia Patria», V, 1867, S. 59.

[40] Die Mailänder lobten zur Erforschung Francesco Sforzas sogar eigens einen Preis aus; vgl. *Relazione sul Concorso per una monografia intorno a Francesco I Sforza*, in «Archivio Storico Lombardo», IV, 1877, S. 975 ff.

[41] Auch bei den Symbolfiguren wird die Superiorität unterstrichen, um an erster Stelle zu stehen. «E Ligure è quell'Andrea Doria meraviglioso capitano di ventura, paragonabile soltanto, per ingegno a Francesco Sforza; più grande di lui, perchè seppe comprendere che troppo sangue ...»; so der Vereinspräsident Cesare Imperiale in seiner Rede während einer Vereinsversammlung, in «Atti della Società Ligure di Storia Patria», XXVIII, 1896, S. XXXIV.

[42] Nachdem der Vize-Präsident Conte Giulio Porro-Lambertenghi in einer Vorstandssitzung am 7.1.1874 zunächst die «vipera Viscontea, emblema sia della Lombardia, che dell'antico Ducato, essendosi stabilito che gli studi storici della Società debbano estendersi all'evenienza anche alle regioni che ebbero relazioni attinenti se politiche ed economiche colla Lombarda stessa, o che formarono parte del Ducato» vorschlug und damit zugleich die regionale Ausdehnung der Vereinstätigkeit ermöglichen wollte, entschieden sich die anderen Mitglieder dann doch für den *Carroccio* «come emblema e vessillo dei Comuni all'epoca dell'autonomia, propugnacolo ed ara sacra dei combattenti, segno di vittoria dei valorosi, pel quale vincevano e morivano»; vgl. Protokollbuch im Vereinsarchiv der «Società Storica Lombarda» in Mailand, Busta 13/1. Zur Bedeutung des *Carrocios* vgl. auch die neuere Arbeit von E. VOLTMER, *Il carroccio*, Torino 1994.

eine Darstellung Caffaros, jenes Chronisten des 12. Jahrhunderts, der in seinen Schriften die Glanzzeit der *Superba* verherrlicht.

Nicht zuletzt aufgrund der oben skizzierten Konkurrenzsituation waren eigentlich alle Versuche zu einer wie auch immer gearteten Kooperation im Grunde von vornherein zum Scheitern verurteilt. Es ist gewiß kein Zufall, daß die Bemühungen um eine gesamtitalienisch ausgerichtete Geschichtsforschung vor der nationalstaatlichen Einigung zum einen von der einzigen italienischen Großmacht – Piemont – und zum anderen von Italiens unangefochtenem kulturellen Zentrum der ersten Hälfte des Jahrhunderts – Florenz – ausgingen. Vorzugsweise vor der Gründung des Einheitsstaates, aber auch nach dieser, wurde von zahlreichen Historikern aller Regionen immer wieder der Wunsch geäußert, Initiativen zu einer Nationalgeschichtsschreibung zu ergreifen. Sobald aber Turin oder Florenz die vielfach beschworenen Ideen in die Tat umzusetzen versuchten, wurde dies als hegemoniales Gebahren verstanden, worauf eine wie auch immer geartete Zusammenarbeit höchstens noch partiell zustande kam.

Schon das erste, in die 40er Jahre fallende, idealistische Unternehmen Gian Pietro Vieusseux, in seinem «Archivio Storico Italiano» die wichtigsten Quellen zur gesamtitalienischen Geschichte zu publizieren, glückte nur teilweise. Untersucht man nämlich die in der Zeitschrift publizierten Beiträge, so fällt auf, daß sich über 50 Prozent aller Editionen und Artikel auf die florentinische Geschichte und die Toskana konzentrieren. Zum einen saß dort die Mehrzahl der Verantwortlichen des Archivs, zum anderen zogen es aber die Forscher in Turin, Genua und Neapel ohnehin vor, ihre Quellen in ihrer Stadt drucken zu lassen und das Material eben nicht nach Florenz abzuliefern[43].

Kaum daß die oberitalienischen Gebiete Teil des neuen Nationalstaates geworden waren, schlug der Vereinspräsident und Staatssekretär Conte Federico Sclopis im Februar 1860 dem Innenminister vor, gemäß dem Modell der Turiner «Deputazione» auch in anderen oberitalienischen Städten Filialen dieser Gesellschaft zu gründen:

«Ora coll'aggiungersi di nuove e preclare Provincie agli antichi Stati della Casa di Savoia, sorge spontaneo il desiderio di vedere compresa nel giro degli studi e delle pubblicazioni

[43] In Neapel warf man den Florentinern vor, daß sie glaubten, ein Monopol auf derartige Projekte zu haben. Anstatt gemeinsame Editionen durchzuführen, wurden sogar dieselben Quellen – etwa die *Tabula de Amalfa* – sowohl in Florenz als auch in Neapel publiziert; vgl. E. PONTIERI, *Nella ricorrenza del primo centenario della Società Napoletana di Storia Patria*, in «Archivio Storico per le province napoletane», XCIV, 1977, S. 17 f.

della R. Deputazione quella eletta parte d'Italia, che viene accomunando le sue sorti colle nostre»[44].

Noch am selben Tag verfügte Viktor Emanuell II. in einem Dekret die von Sclopis geplante Ausdehnung[45]. Mochte es sich auch bei den Turinern um einen spontanen Wunsch handeln, so stand man diesem Konzept in Mailand und in Florenz doch mit einiger Skepsis gegenüber. Vor allem der führende Mailänder Intellektuelle Cesare Cantù, obwohl zum Vize-Präsident der «Deputazione» ernannt, nahm von Anfang an eine kritische und zunehmend ablehnende Haltung ein. Schließlich wurde 1873 aufgrund seines Engagements ein eigener, als unabhängig verstandener Verein in Mailand gegründet, die «Società Storica Lombarda»[46].

Um einem derartigen als Angliederung empfundenen Schicksal zu entgehen, ergriffen die Leiter des «Archivio Storico Italiano», der traditionsreichen Florentiner Geschichtszeitschrift, die Initiative und gründeten mit Billigung Turins 1862 eine selbständige «Deputazione». Sie sahen ihren gesamtitalienischen Führungsanspruch von der neuen piemontesischen Geschichtszeitschrift, den «Miscellanea di Storia Italiana», gefährdet. Die Florentiner Historiker versuchten nun – da ihre nationale Präponderanz in der Historiographie nicht mehr unumstritten war – zumindest ein starkes Zentrum in der Mitte Italiens auszubilden. Zunächst vermochten sie ihre Aktivitäten aufgrund von Interventionen beim Innenministerium auf die Marken und Umbrien auszudehnen[47]. Aber ebenso wie Mailand und Florenz nicht geneigt waren, unter der Führung Turins ihre Geschichtsstudien zu betreiben, genau so wenig waren es die Nachbarregionen der Toscana. 1890 spalteten sich die Marken mit einer eigenen Vereinsgründung vom Gesamtverein ab, sechs Jahre später Umbrien[48]. Das Geschichtsver-

[44] Vgl. die *Relazione a S.M. del Ministro Primo Segretario di Stato per l'Interno* vom 21.2.1860, abgedruckt in A. MANNO, *L'opera cinquantenaria della R. Deputazione di Storia Patria di Torino*, Torino 1884, S. 13.

[45] *Regio Decreto col quale l'azione della Regia Deputazione sovra gli studi di Storia Patria è estesa alle Provincie della Lombardia* vom 21.2.1860 in *ibidem*, S. 14 f.

[46] Noch 1975 bezeichnet Franco Valsecchi die Ausdehnung der Turiner «Deputazione» als «atto politico» und «... la rivendicazione del compito di guida materiale e morale del Risorgimento d'Italia» sowie die Gründung eines eigenen Vereins in Mailand als «gesto di indipendenza»; vgl. seine Einleitungsrede auf dem «XIII Congresso Storico Lombardo» anläßlich des 100jährigen Vereinsjubiläums, in «Archivio Storico Lombardo», CI, 1975, S. XI f.

[47] Vgl. dazu ausführlich A. PANELLA, *Gli studi storici*, S. 272 f.

[48] E. SESTAN, *Origini*, S. 36.

einswesen entwickelte sich nach der Einigung nicht zentral, sondern vielmehr zentrifugal.

Auch das 1883 vom Erziehungsministerium in Rom gegründete «Istituto Storico Italiano», dessen Aufgabe es sein sollte, für Gesamtitalien relevante Quellen zu edieren, wurde von auswärtigen Vereinen eher mit Skepsis betrachtet. So war denn auch der ersten vom Minister Coppino einberufenen Versammlung, zu dem die Geschichtsvereine jeweils einen Delegierten schicken sollten, kein Erfolg beschieden. Aus einem Brief des Ministeriums an die einzelnen Vereine geht hervor, daß die Gründungsversammlung wegen mangelnder Beteiligung im darauffolgenden Jahr wiederholt werden mußte.

«Debbo significare a codesto sodalizio che la prima adunanza dell'Istituto Storico Italiano in Roma non ebbe alcun effetto a causa dello scarsissimo numero degli intervenuti. Onde ho deliberato di convocarlo nella prossima stagione di autunno»[49].

Allein die «Società Romana di Storia Patria» hob in jedem Jahresbericht die gute Zusammenarbeit mit dem «Istituto Storico» hervor, was wenig verwundert, da die Zusammensetzung des Vorstandes mit dem des Instituts doch recht bemerkenswerte Parallelen aufwies[50].

Natürlich hat es Historiker und Kulturschaffende wie Ruggero Bonghi und Pasquale Villari gegeben, die sich sehr aktiv für den neuen Nationalstaat einsetzten, und die regionale Belange den nationalen unterordneten. Die Masse der Vereinsmitglieder interessierte aber hauptsächlich die eigene Region und die eigene Stadt. Die Nation und der neue Nationalstaat

[49] S. Rundschreiben des Erziehungsministers vom 18.7.1884 im Vereinsarchiv der «Società Romana di Storia Patria», Korrespondenz, Busta 2.

[50] Jahrelang waren neben dem üblichen Deputierten des Vereins noch ein bis zwei weitere, von staatlicher Seite bestimmte Vertreter der Römer bei den Sitzungen des I.S.I. stimmberechtigt anwesend; vgl. etwa die Sitzung vom 6.2.1911: Tommasini war Präsident, Monaci und Balzani wurden als Delegierte aufgeführt, womit sie ein Viertel aller Anwesenden stellten; vgl. Protokoll der Vollversammlung in «Bullettino dell'Istituto Storico Italiano», XXXII, 1912, S. VIII. Zudem war der ehemalige Sekretär des römischen Vereins Ignazio Giorgi lange Zeit ebenfalls Sekretär des I.S.I. Erwähnenswert ist in diesem Zusammenhang noch das sehr gute Verhältnis von Oreste Tommasini und besonders von Ugo Balzanis zu dem Florentiner Professor und Politiker Pasquale Villari, der wiederum sehr lange als Präsident dem I.S.I. vorstand; vgl. die im Vatikanischen Archiv im Nachlaß Villari aufbewahrten Briefwechsel der betreffenden Personen. Alle hier genannten waren wiederum Mitglieder der geisteswissenschaftlichen Sektion der «Accademia dei Lincei», womit sie natürlich auch dort ein entsprechendes Gewicht hatten. Zugespitzt kann man sagen, daß in der römischen Mediävistik lange Zeit wenig ohne sie entschieden wurde, nicht zuletzt im Bereich der Nachwuchsförderung, da sowohl das I.S.I. als auch die «Società Romana» Stipendien für Nachwuchswissenschaftler vergaben.

waren demgegenüber von sekundärer Bedeutung, und man nahm auch sofort und ausschließlich Partei für das eigene Land oder die eigene Stadt, wenn es zu Interessenskonflikten zwischen der Peripherie und dem Zentrum kam.

Sahen sich die einzelnen Vereine häufig in Konkurrenz zueinander, so läßt sich aber für alle Vereine und deren Mitglieder gemeinsam ein ausgesprochen elitäres Bewußtsein konstatieren. Durch die intensive Beschäftigung mit einer schon fast als «heilig» empfundenen vaterländischen Geschichte fühlten sie sich indirekt wieder selbst aufgewertet. Bezüglich des eigenen Schaffens war kein Vergleich zu gewagt, vor keiner Vergleichsebene wurde zurückgeschreckt, wobei man natürlich nicht außer acht lassen darf, daß sich dahinter auch ein hohes Maß an pathetischer Rhetorik verbarg. Professor Amedeo Vigna, Mitglied des Vereins in Genua, schrieb etwa in der Einleitung zu einem Quellenband: «Cogli studii servire la patria altrettanto bene o meglio che il soldato nel campo»[51]. Noch höher griff der Vize-Präsident der Genuesen Vincenzo Ricci, indem er anläßlich der Vereinsgründung die Versammelten dazu aufrief, ein «civile sacerdozio tra i loro fervorosi cultori» zu bilden[52]. Zu dem Umgang mit der sakrosankten «Storia Patria» gesellte sich das Bewußtsein, einer Gruppe von eingeschworenen Auserwählten, ja einer vertrauten Familie anzugehören. Vor allem in der privaten Korrespondenz, aber auch in den zahlreich überlieferten Nekrologen häufen sich die Belege für dieses elitäre Selbstbewußtsein[53].

Hinzu kommt das Selbstverständis dieser Historiker, daß sie ihr gesamtes Leben der Geschichtsforschung und dem Vaterland opfern. Teilweise erfahren wir von diesen Männern, daß sie am Schreibtisch ihr Leben ausgehaucht haben, umringt von Büchern, Korrekturfahnen und Manuskripten, sozusagen der Traumtod eines jeden Historikers[54]. Natürlich stand

[51] «Atti della Società Ligure di Storia Patria», VI, 1868, S. XIV.

[52] *Ibidem*, I, 1858, S. XX.

[53] Stellvertretend sei an dieser Stelle die Äußerung von Michele Giuseppe Canale, Bibliotheksdirektor in Genua, in einem Brief an Ercole Ricotti über den 14 Tage zuvor verstorbenen Carlo Bon-Compagni, Exminister, Senator und hoher Justizbeamter sowie Vize-Präsident der Turiner «Deputazione», zitiert: «Egli era certamente uno degli ultimi superstiti di quella luminosa pleiade di uomini dotti, grandi ed onesti Piemontesi»; die Korrespondenz von Ricotti befindet sich heute in der Biblioteca Berio in Genua; vgl. *Archivio Ricotti*, m.r. Aut. III, 6.45 (111), Brief vom 28.12.1880.

[54] Sehr plastisch wird ein solcher «Opfertod» im Nekrolog für Professor Luigi Tommaso Belgrano, dem langjährigen Sekretär des genuesischen Geschichtsvereins, Archivar und

auch zuvor das gesamte Leben im Zeichen unermüdlicher Arbeit, des selbstlosen Opfern. Sie opfern sich auf dem Altar des Vaterlandes und gehören gleichzeitig aufgrund ihres außerordentlichen Engagements zu einer kleinen staatstragenden, hoch dekorierten Elite, die mit ihrer beruflichen und gesellschaftlichen Position, ihren Privilegien und zahlreichen Ehrungen sowie teilweise recht üppigen Gehältern entscheidend von diesem Staat profitiert. Alles in allem kommen sie aus diesem Elfenbeinturm nicht heraus und wollen es augenscheinlich auch nicht, womit ich bei meiner letzten These angelangt wäre: Dem Bewußtsein der eigenen Wirkungslosigkeit.

Denn unsere 'Helden' des Vaterlandes beschlichen in stillen Stunden Zweifel bezüglich der Wirkung ihres Schaffens. So schreibt sich Geschichtsprofessor Ercole Ricotti bereits 1861, bevor er nach Federigo Sclopis zunehmend zur grauen Eminenz der Turiner Historiographie wurde und von diesem sowohl die Präsidentschaft der «Deputazione» und als auch die der königlichen Akademie übernahm, seine Frustration in einem Brief an seinen Kollegen Girolamo Rossi von der Seele. Ihn beklemmt das Gefühl, von der Nation nicht beachtet, nicht gelesen, nicht rezipiert zu werden «Con questa persuasione in cuore, lo scrivere storia è tortura»[55].

So muß abschließend die Frage gestellt werden, wie weit die Vereine überhaupt in der Lage waren, nationale und/oder regionale Identitäten zu schaffen. Von populistischen Maßnahmen haben sie sich stets zurückgehalten, obwohl sich ihre Vertreter auch immer wieder Gedanken zur Jugenderziehung und zur Volksbildung gemacht haben. Dieses soziale Engagement – z.B. im Bereich der Schulreform – verlief aber parallel zur ihren Aktivitäten im Geschichtsverein und im Prinzip ohne Berührungspunkte zwischen diesen Sphären, sehen wir einmal von denen rein personeller Natur ab.

Wie wenig die von ihnen gepflegten Themen die Bevölkerung interessierten, belegt ein Zitat Ernesto Monacis, Professor an der Sapienza, und eines der führenden Mitglieder der «Società Romana» und des «Istituto

einem der führenden Mediävisten der Superba, geschildert: «... ricondottosi tutto solo nel suo studio della Civica Biblioteca, come un soldato nella trincea, cadde fulminato, per non più rialzarsi. I primi che accorsero, de' suoi familiari e colleghi di lavoro, trovarono l'ultimo tratto di penna segnato su quelle bozze di stampa che lo avevano chiamato, ...»; in A.G. BARRILI, *Commemorazione del Prof. Comm. Luigi Tommaso Belgrano*, in «Atti della Società Ligure di Storia Patria», XXVIII, 1896, S. LXX f.

[55] Biblioteca Berio, *Archivio Ricotti*, m.r. Aut. III, 428 (116), Brief vom 9.8.1861; zur Person siehe A. MANNO, *Ricordi di Ercole Ricotti*, Torino - Napoli 1886; E. FERRERO, *Della vita e degli scritti di Ercole Ricotti*, Torino 1888.

Storico Italiano» in einem Brief an Pasquale Villari bezüglich der Risorgimentofeiern im Jahr 1895:

«Per destare interesse a movimento in Roma, bisogna pensare non agli 'intellettuali' soltanto, ma al popolo. Nessuna festa fu tanto preparata e strombazzata e aiutata da comitati e dallo Stato quanto quella del 1 Cinquantennio dello Statuto e della inaugurazione del monum. a C. Alberto. Eppure, quello fu un fiasco solenne. Al contrario, la commemorazione del 20 settembre e la inaugur. del monum. a Garibaldi fatte nel 1895, benchè quasi impreparate, furono tali che resteranno indimenticabili per quanti le videro, anche pei romani, abituati ai grandi spettacoli. Perchè quella differenza? Perchè 20 sett. e Garibaldi sono due parole che fanno balzare il cuore del popolo, laddove Statuto e C. Alberto sono nomi che ormai interessano soltanto i cultori della storia»[56].

Mit Regestenwerken und Kaiserdiplomen erreicht man nun eben nur die kleine Schicht der Eingeweihten. Historiker schreiben nur selten die Bücher, die ein größeres Publikum braucht und liest, jedenfalls nicht, solange sie sich an die Regeln der Zunft halten. Haben die Historiker des «Archivio Storico Italiano» auch die Einleitungen der Quelleneditionen dazu genutzt, ihre politische Meinung mehr oder weniger versteckt zu äußern und wurden auch jene geschichtlichen Leistungen bevorzugt behandelt, in denen die Italiener ausländischen Besetzern und Aggressoren mutig die Stirn geboten oder selbige gar vertrieben haben[57], so muß man sich doch die Frage stellen, wer denn diese Arbeiten gelesen hat. Es ist wohl schon fast überflüssig, an die hohen Analphabetenraten Italiens im 19. Jahrhundert zu erinnern. Die Autoren von historiographischen Arbeiten versuchten zwar teilweise über den engeren Kreis der Gelehrten hinauszudringen, sie waren sich aber auch durchaus bewußt, daß sie ohnehin nur die gebildeten Schichten erreichen konnten[58]. Adressat war also die kleine Gruppe historisch interessierter adeliger und bürgerlicher Intellektueller – politisch meist konservativ-liberal ausgerichtet –, die ohnehin

[56] Vgl. den Brief Monacis vom 14.7.1902 im Briefnachlaß Villari in der Biblioteca Apostolica Vaticana, Busta 33/403-404.

[57] Vgl. etwa die 1847 erfolgte Publikation eines zeitgenössischen Briefes über die Vertreibung der «tedeschi» – sprich der Österreicher – aus Genua im Jahr 1746. Im Vorwort wird eindeutig Politik gemacht, indem man enthusiastisch Partei gegen die «tedeschi» ergreift, welche als brutale Unterdrücker bezeichnet werden, die Unabhängigkeit hingegen als «santa causa» darstellt. Besonders interessant ist in diesem Zusammenhang, daß man das Manuskript schon seit Jahren in der Verlagsschublade hatte und erst jetzt, kurz vor dem Ausbruch der Revolution, abdruckt; vgl. «Archivio Storico Italiano», Appendice V/20, 1847, S. 261 ff.

[58] Entsprechend sieht auch Cesare Balbo seine Rezipientengruppe, wenn er in der Einführung seiner Dante-Biographie darlegt, sie sei geschrieben, für «uomini colti sì e curiosi di particolari, ma non propriamente per gli eruditi»; C. BALBO, *Vita di Dante Alighieri*, Torino 1875, S. 11.

schon das entsprechende Staats- und Nationsbewußtsein besaß. Diesem Adressatenkreis boten sie mit ihren Publikationen Identifikationsmöglichkeiten und förderten ihr kulturelles und vielleicht auch politisches Selbstbewußtsein. Dagegen boten Zentenarfeiern und Jubiläen, wie die Dantefeiern in Florenz, der Bevölkerung einen leichteren – vor allem auch alle Sinne erfassenden – Zugang zu einer historischen Persönlichkeit, die zu einer identitätsstiftenden Symbolfigur stilisiert wurde, sowie einem damit verknüpften Mittelalterbild[59]. Der anspruchsvolleren Lektüre historisch wissenschaftlicher Texte unterzogen sich demgegenüber nur eine kleinere Zahl von Rezipienten.

Auf die Ausbildung lokaler und regionaler Identitäten in weiteren Teilen des Volkes übten die Vereine, wenn überhaupt, nur einen sehr indirekten Einfluß aus. Vielleicht haben noch am ehesten die zahlreich involvierten Pfarrer und Lehrer das von den Vereinen geprägte Geschichtsbild an breitere Schichten herangetragen. Zwar versuchten die Geschichtsvereine mit ihrem Engagement in der Denkmalpflege beziehungsweise -errichtung, mit Schulbuchwettbewerben und mittels Straßennamensgebung breitere Schichten anzusprechen und deren Geschichtsbewußtsein zu beeinflussen, aber das war nur ein Nebenschauplatz. Ihr eigentliches Betätigungsfeld bestand in der Aufarbeitung des überreichen, kommunalen Archivmaterials. Dabei entstanden aufgrund ihres außergewöhnlichen Einsatzes zahlreiche noch heute für die Mediävistik grundlegende Standardwerke.

Die führenden Vereinshistoriker sahen sich selbst als Priester eines Kultes für Eingeweihte. Daß sie im Prinzip keine über den engen Kreis der Fachgelehrten hinausgehende Wirkung anstrebten, mag abschließend ein kurzer Blick auf die von ihnen veranstalteten Historikerkongresse verdeutlichen. Seit dem ersten Kongreß, der 1878 in Neapel stattfand, veranstalteten die hier behandelten Vereine in unregelmäßigen Abständen bis zum Jahr 1895 weitere fünf Historikerkongresse. Behandelt wurden dort ausschließlich historiographische Probleme und Fragen der Wissenschaftsorganisation[60]. Zu den Präsidenten der einzelnen Sektionen wurden wiederum die einflußreichsten Vertreter der einzelnen Gesell-

[59] Vgl. dazu die jüngst erschienene Studie von Wolfgang KROGEL, *Dante und die italienische Nation. Untersuchung der 600-Jahr-Feiern zu Ehren Dantes in Florenz 1865-1921*, in «Archiv für Kulturgeschichte», LXXVII, 1995, S. 429-458.

[60] Vgl. die von den Vereinen gedruckten Protokolle zu den einzelnen Historikertagen, die entweder in der jeweiligen Zeitschrift oder als selbständige Publikation veröffentlicht wurden. Etwa die *Atti del primo congresso delle Regie Deputazione e Società Italiane di Storia Patria*, in «Archivio Storico per le province napoletane», IV, 1879, S. 601 ff. oder die *Atti del quinto congresso storico italiano*, Genova 1893.

schaften gewählt und ohnehin lesen sich die Teilnehmerlisten wie das «Who is who?» der italienischen Mediävistik vor der Jahrhundertwende. Anwesend waren zwischen 60 bis maximal 100 Personen, wobei der Zugang zu den Veranstaltungen keineswegs frei war. Die Vereine wurden eigens im Vorfeld aufgefordert, eine begrenzte Zahl von Delegierten zu nominieren. Wer darüber hinaus an diesen exklusiven Kongressen teilnehmen wollte, mußte über gute Beziehungen verfügen. Die große Zahl der in den Geschichtsvereinen organisierten zahlenden Mitglieder wurde nicht zur Teilnahme aufgefordert, geschweige denn eine größere Öffentlichkeit.

Kehren wir zurück zum Ausgangspunkt unserer Überlegungen, ob und inwieweit die Geschichtsvereine in der Lage waren, nationale oder regionale beziehungsweise lokale Identitäten zu schaffen, ob sie dies überhaupt beabsichtigten und ob von staatlicher Seite der Versuch unternommen wurde, sie dahingehend zu vereinnahmen und zu instrumentalisieren. Letzteres trifft in Italien nur für den Turiner Verein während der Regierungszeit Karl Alberts (1831-1849) zu. Der König – selbst dilettierender Historiker – plante von Anfang an, die «Deputazione» für seine ideologischen Pläne zu nutzen: 1.) sollte die Geschichte der piemontesischen Monarchie glorifiziert werden, wobei der *Principe* natürlich im Mittelpunkt aller Betrachtungen zu stehen hatte; 2.) sollten die italienischen Ursprünge und überhaupt die Italianität des Hauses Savoyen demonstriert und bestätigt werden, um die Vorherbestimmung Piemonts für eine gesamtitalienische Herrschaft ideologisch zu legitimieren[61]. Der König war bereit, Künstler und Intellektuelle, im besonderen Maße die Historiker der vaterländischen Studien zu unterstützen, solange sie sich an seine Direktiven hielten und seiner Prestigepolitik dienten. Die Mitglieder der «Deputazione» mußten sich auf die vom König vorgegebenen Quelleneditionen und Themenkomplexe beschränken. Gefüllt werden sollte vor allem die empfindliche Lücke im Werk Muratoris, der kaum Quellen zur Geschichte Savoyen-Piemonts vorlegen konnte, da alle seine Gesuche, im Hofarchiv in Turin recherchieren zu dürfen, vom Königshaus abgelehnt worden waren. Wissenschaftliches Leitbild waren die deutschen *Monumenta Germaniae historica*, angelehnt an dieses Vorbild wurde die eigene Quellenedition *Monumenta Historiae Patriae* genannt und nicht, wie zunächst vorgesehen: *Rerum Subalpinarum Scriptores* nach dem Vorbild von Muratoris *Rerum Italicarum Scriptores*. Deutlich wird hier die gewünschte Ausdehnung auf Gesamtitalien, wohingegen der zweite zur Diskussion stehende Titel eine regionale Einschränkung (*subalpina*)

[61] G.P. ROMAGNANI, *Storiografia*, S. 59 ff.

bedeutet hätte. Auch sollten das Vorwort, die Erläuterungen etc. der Quellenbände, abweichend vom üblichen Verfahren in der Diplomatik, derartige Ausführungen in lateinischer Sprache zu verfassen, in italienischer Sprache gehalten sein. Begründet wird dies im königlichen Gründungsdekret wie folgt: «... che un'impresa, comandata e favoreggiata da un Principe italiano, compaia in veste italiana»[62]. Italienisch sollte sich so zunehmend auch als Wissenschaftssprache durchsetzen. Insgesamt dienten die Quelleneditionen nach Auffassung des Königs vor allem dazu, seine hohe Beamtenschaft zu bilden «... come uno strumento per megliorare la conoscenza del presente e come una necessaria base per il lavoro politico»[63]. Schaut man sich die Publikationen bis zur nationalstaatlichen Einigung an, so betreffen fast alle nur die Geschichte Savoyen-Piemonts und des bereits annektierten Liguriens, nicht jedoch die anderer italienischer Regionen oder Länder. Da man aber davon überzeugt war, daß Piemont – dem nach eigener Darstellung «italienischsten» aller italienischen Länder – vorherbestimmt sei, ohnehin ganz Italien zu einigen und zu beherrschen, glaubte man aufgrund dieses ideologischen Spagats, nationale Geschichte zu betreiben, obwohl es doch eigentlich nur die regionale war. Anders als in Deutschland, wo von mehreren Landesfürsten versucht wurde, die Geschichtsvereine zur Schaffung der entsprechenden Loyalitäten und Identitäten zu instrumentalisieren[64], gibt es für Italien bis 1860 keine Parallelbeispiele. Alle anderen regierenden Souveräne werden sich dort davor gehütet haben, Geschichtsvereine im Zeitalter der National- und Befreiungsbewegungen zu fördern.

Nach der Nationalstaatsgründung unterblieben dann weitere Versuche von monarchischer Seite, die Vereine zur Schaffung nationaler Identitäten zu vereinnahmen. Gemäß der überlieferten Korrespondenz im «Archivio Centrale dello Stato» und der einzelnen Vereinsarchive haben auch die jeweiligen Erziehungsminister nichts in diese Richtung weisendes unternommen. Außerdem hinderten diese sowieso die kurzen Amtszeiten aufgrund häufiger Regierungsneubildungen an der Durchführung längerfristiger Projekte[65]. Dabei wären die Geschichtsvereine ohnehin kaum der

[62] A. MANNO, *L'opera cinquantenaria*, S. 7.

[63] G.P. ROMAGNANI, *Storiografia*, S. 95.

[64] Vgl. hierzu jüngst W. SPEITKAMP, *Die Verwaltung der Geschichte. Denkmalpflege und Staat in Deutschland 1871-1933*, Göttingen 1996, S. 114 ff.

[65] Zwischen 1848 und 1914 amtierten insgesamt 40 Erziehungsminister; vgl. die Zusammensetzung der einzelnen Kabinette in *Storia del Parlamento*, 20, Palermo 1984, S. 147-166.

richtige Adressat für derartige Wünsche gewesen. Analysiert man ihr Geschichts- und Selbstverständnis, die von ihnen abgesteckten Arbeitsfelder und bearbeiteten Aufgabengebiete, so wird deutlich, daß die Ergebnisse im besten Fall von einer elitären Gruppe geschichtsinteressierter Bürger und Adeliger rezipiert wurden. Zur Stärkung deren regionalen und kulturellen Identität werden sie mit ihren lokal- und regionalgeschichtlichen sowie biographischen Studien durchaus beigetragen haben. Die Mehrzahl der von den Vereinen publizierten Quelleneditionen, Monographien und Zeitschriften zielte jedoch exklusiv auf den engeren Adressatenkreis von Historikern. Einen Einfluß auf breitere Bevölkerungsschichten haben sie wohl kaum gehabt und auch nicht gesucht.

Finito di stampare nel dicembre 1998
presso le Arti Grafiche Editoriali Srl, Urbino

Pubblicazioni dell'Istituto storico italo-germanico in Trento

Annali

I, 1975
II, 1976
III, 1977
IV, 1978
V, 1979
VI, 1980
VII, 1981
VIII, 1982
IX, 1983
X, 1984
XI, 1985
XII, 1986
XIII, 1987
XIV, 1988
XV, 1989
XVI, 1990
XVII, 1991
XVIII, 1992
XIX, 1993
XX, 1994
XXI, 1995
XXII, 1996
XXIII, 1997

Quaderni

1. Il cattolicesimo politico e sociale in Italia e Germania dal 1870 al 1914, a cura di *Ettore Passerin D'Entrèves* e *Konrad Repgen*
2. Il movimento operaio e socialista in Italia e Germania dal 1870 al 1920, a cura di *Leo Valiani* e *Adam Wandruszka*
3. I poteri temporali dei vescovi in Italia e Germania nel Medioevo, a cura di *Carlo Guido Mor* e *Heinrich Schmidinger*
4. Il Concilio di Trento come crocevia della politica europea, a cura di *Hubert Jedin* e *Paolo Prodi*
5. Il liberalismo in Italia e in Germania dalla rivoluzione del '48 alla prima guerra mondiale, a cura di *Rudolf Lill* e *Nicola Matteucci*

6. Austria e province italiane 1815-1918: potere centrale e amministrazioni locali. III Convegno storico italo-austriaco, a cura di *Franco Valsecchi* e *Adam Wandruszka*
7. La dinamica statale austriaca nel XVIII e XIX secolo. Strutture e tendenze di storia costituzionale prima e dopo Maria Teresa, a cura di *Pierangelo Schiera*
8. Le città in Italia e in Germania nel Medioevo: cultura, istituzioni, vita religiosa, a cura di *Reinhard Elze* e *Gina Fasoli*
9. Università, accademie e società scientifiche in Italia e in Germania dal Cinquecento al Settecento, a cura di *Laetitia Boehm* e *Ezio Raimondi*
10. Federico Barbarossa nel dibattito storiografico in Italia e in Germania, a cura di *Raoul Manselli* e *Josef Riedmann*
11. La transizione dall'economia di guerra all'economia di pace in Italia e in Germania dopo la prima guerra mondiale, a cura di *Peter Hertner* e *Giorgio Mori*
12. Il nazionalismo in Italia e in Germania fino alla prima guerra mondiale, a cura di *Rudolf Lill* e *Franco Valsecchi*
13. Aristocrazia cittadina e ceti popolari nel tardo Medioevo in Italia e in Germania, a cura di *Reinhard Elze* e *Gina Fasoli*
14. Finanze e ragion di Stato in Italia e in Germania nella prima Età moderna, a cura di *Aldo De Maddalena* e *Hermann Kellenbenz*
15. Konrad Adenauer e Alcide De Gasperi: due esperienze di rifondazione della democrazia, a cura di *Umberto Corsini* e *Konrad Repgen*
16. Strutture ecclesiastiche in Italia e in Germania prima della Riforma, a cura di *Paolo Prodi* e *Peter Johanek*
17. Il Trentino nel Settecento fra Sacro Romano Impero e antichi stati italiani, a cura di *Cesare Mozzarelli* e *Giuseppe Olmi*
18. Le visite pastorali. Analisi di una fonte, a cura di *Umberto Mazzone* e *Angelo Turchini*
19. Romani e Germani nell'arco alpino (secoli VI-VIII), a cura di *Volker Bierbrauer* e *Carlo Guido Mor*
20. La repubblica internazionale del denaro tra XV e XVII secolo, a cura di *Aldo De Maddalena* e *Hermann Kellenbenz*
21. Fascismo e nazionalsocialismo, a cura di *Karl Dietrich Bracher* e *Leo Valiani*
22. Cultura politica e società borghese in Germania fra Otto e Novecento, a cura di *Gustavo Corni* e *Pierangelo Schiera*

23. Istituzioni e ideologie in Italia e in Germania tra le rivoluzioni, a cura di *Umberto Corsini* e *Rudolf Lill*

24. Crisi istituzionale e teoria dello stato in Germania dopo la Prima guerra mondiale, a cura di *Gustavo Gozzi* e *Pierangelo Schiera*

25. L'evoluzione delle città italiane nell'XI secolo, a cura di *Renato Bordone* e *Jörg Jarnut*

26. Fisco religione Stato nell'età confessionale, a cura di *Hermann Kellenbenz* e *Paolo Prodi*

27. La «Conta delle anime». Popolazioni e registri parrocchiali: questioni di metodo ed esperienze, a cura di *Gauro Coppola* e *Casimira Grandi*

28. L'attesa della fine dei tempi nel Medioevo, a cura di *Ovidio Capitani* e *Jürgen Miethke*

29. Enciclopedia e sapere scientifico. Il diritto e le scienze sociali nell'Enciclopedia giuridica italiana, a cura di *Aldo Mazzacane* e *Pierangelo Schiera*

30. Statuti città territori in Italia e Germania tra Medioevo ed età moderna, a cura di *Giorgio Chittolini* e *Dietmar Willoweit*

31. Il «Kulturkampf» in Italia e nei paesi di lingua tedesca, a cura di *Rudolf Lill* e *Francesco Traniello*

32. I concetti fondamentali delle scienze sociali e dello Stato in Italia e in Germania tra Ottocento e Novecento, a cura di *Raffaella Gherardi* e *Gustavo Gozzi*

33. Il Nuovo Mondo nella coscienza italiana e tedesca del Cinquecento, a cura di *Adriano Prosperi* e *Wolfgang Reinhard*

34. Visite pastorali ed elaborazione dei dati. Esperienze e metodi, a cura di *Cecilia Nubola* e *Angelo Turchini*

35. Il secolo XI: una svolta?, a cura di *Cinzio Violante* e *Johannes Fried*

36. Dalla città alla nazione. Borghesie ottocentesche in Italia e in Germania, a cura di *Marco Meriggi* e *Pierangelo Schiera*

37. L'organizzazione del territorio in Italia e Germania: secoli XIII-XIV, a cura di *Giorgio Chittolini* e *Dietmar Willoweit*

38. Le minoranze fra le due guerre, a cura di *Umberto Corsini* e *Davide Zaffi*

39. Origini dello Stato. Processi di formazione statale in Italia fra medioevo ed età moderna, a cura di *Giorgio Chittolini, Anthony Molho* e *Pierangelo Schiera*

40. Disciplina dell'anima, disciplina del corpo e disciplina della società tra medioevo ed età moderna, a cura di *Paolo Prodi*

41. Regioni di frontiera nell'epoca dei nazionalismi. Alsazia e Lorena / Trento e Trieste, 1870-1914, a cura di *Angelo Ara* e *Eberhard Kolb*

42. Saperi della borghesia e storia dei concetti fra Otto e Novecento, a cura di *Raffaella Gherardi* e *Gustavo Gozzi*

43. Il luogo di cura nel tramonto della monarchia d'Asburgo. Arco alla fine dell'Ottocento, a cura di *Paolo Prodi* e *Adam Wandruszka*

44. Strutture e trasformazioni della signoria rurale nei secoli X-XIII, a cura di *Gerhard Dilcher* e *Cinzio Violante*

45. Il concilio di Trento e il moderno, a cura di *Paolo Prodi* e *Wolfgang Reinhard*

46. Centralismo e federalismo tra Otto e Novecento. Italia e Germania a confronto, a cura di *Oliver Janz, Pierangelo Schiera* e *Hannes Siegrist*

47. Il vincolo del giuramento e il tribunale della coscienza, a cura di *Nestore Pirillo*

48. Comunicazione e mobilità nel Medioevo. Incontri fra il Sud e il Centro dell'Europa (secoli XI-XIV), a cura di *Siegfried De Rachewiltz* e *Josef Riedmann*

49. Per una banca dati delle visite pastorali italiane. Le visite della diocesi di Trento (1537-1940), a cura di *Cecilia Nubola*

Monografie

1. Il mais nell'economia agricola lombarda (dal secolo XVII all'unità), di *Gauro Coppola*

2. Potere e costituzione a Vienna tra Sei e Settecento. Il «buon ordine» di Luigi Ferdinando Marsili, di *Raffaella Gherardi*

3. Il sovrano pontefice. Un corpo e due anime: la monarchia papale nella prima età moderna, di *Paolo Prodi*

4. Stato assoluto e società agraria in Prussia nell'età di Federico II, di *Gustavo Corni*

5. Il laboratorio borghese. Scienza e politica nella Germania dell'Ottocento, di *Pierangelo Schiera*

6. Chiesa e potere nella Toscana del Quattrocento, di *Roberto Bizzocchi*

7. L'uomo di mondo fra morale e ceto. Kant e le trasformazioni del Moderno, di *Nestore Pirillo*

8. Disciplinamento in terra veneta. La diocesi di Brescia nella seconda metà del XVI secolo, di *Daniele Montanari*
9. Modelli politici e questione sociale in Italia e in Germania fra Otto e Novecento, di *Gustavo Gozzi*
10. I principi vescovi di Trento fra Roma e Vienna, 1861-1918, di *Sergio Benvenuti*
11. Inquisitori e mistici nel Seicento italiano. L'eresia di S. Pelagia, di *Gianvittorio Signorotto*
12. La ragione sulla Sprea. Coscienza storica e cultura politica nell'illuminismo berlinese, di *Edoardo Tortarolo*
13. La coscienza e le leggi. Morale e diritto nei testi per la confessione della prima Età moderna, di *Miriam Turrini*
14. Stato e funzionari nella Francia del Settecento: gli «ingénieurs» des ponts et chaussées», di *Luigi Blanco*
15. Il sacramento del potere. Il giuramento politico nella storia costituzionale dell'occidente, di *Paolo Prodi*
16. Dalla biologia cellulare alle scienze dello spirito. Aspetti del dibattito sull'individualità nell'Ottocento tedesco, di *Andrea Orsucci*
17. L'inventario del mondo. Catalogazione della natura e luoghi del sapere nella prima età moderna, di *Giuseppe Olmi*
18. Germania e Santa Sede. Le nunziature di Pacelli tra la Grande guerra e la Repubblica di Weimari, di *Emma Fattorini*
19. Legislazione e riforme nel Trentino del Settecento. Francesco Vigilio Barbacovi tra assolutismo e illuminismo, di *Maria Rosa Di Simone*
20. Conoscere per governare. La diocesi di Trento nella visita pastorale di Ludovico Madruzzo (1579-1581), di *Cecilia Nubola*
21. La sfida delle riforme. Costituzione politica nel liberalismo prussiano (1850-1866), di *Anna Gianna Manca*
22. Genealogie incredibili. Scritti di storia nell'Europa moderna, di *Roberto Bizzocchi*
23. Repubblica per contratto. Bologna: una città europea nello Stato della Chiesa, di *Angela De Benedictis*
24. Il governo dell'esistenza. Organizzazione sanitaria e tutela della salute pubblica in Trentino nella prima metà del XIX secolo, di *Rodolfo Taiani*

25. La scienza del cuore. Spiritualità e cultura religiosa in Antonio Rosmini, di *Fulvio De Giorgi*

26. Etica e diritto. La filosofia pratica di Fichte e le sue ascendenze kantiane, di *Carla De Pascale*

27. Il corpo eloquente. Identificazione del giurista nell'Italia liberale, di *Pasquale Beneduce*

28. La giustizia ai confini. Il principato vescovile di Trento agli inizi dell'età moderna, di *Marco Bellabarba*

29. Sotto l'occhio del padre. Società confessionale e istruzione primaria nello Stato di Milano, di *Angelo Turchini*

30. Ferdinand Tönnies sociologo hobbesiano. Concetti politici e scienza sociale in Germania tra Otto e Novecento, di *Maurizio Ricciardi*

31. La fine della 'grande illusione'. Uno storico europeo tra guerra e dopoguerra, Henri Pirenne (1914-1923). Per una rilettura della «Histoire de l'Europe», di *Cinzio Violante*

32. La libertà nel mondo. Etica e scienza dello Stato nei «Lineamenti di filosofia del diritto» di Hegel, di *Emanuele Cafagna*

Contributi / Beiträge

1. Italia e Germania. Immagini, modelli, miti fra due popoli nell'Ottocento: Il Medioevo / Das Mittelalter. Ansichten, Stereotypen und Mythen im neunzehnten Jahrhundert: Deutschland und Italien, a cura di/hrsg. von *Reinhard Elze - Pierangelo Schiera*

2. L'Antichità nell'Ottocento / Die Antike im neunzehnten Jahrhundert, a cura di/ hrsg. von *Karl Christ - Arnaldo Momigliano*

3. Il Rinascimento nell'Ottocento in Italia e Germania / Die Renaissance im 19. Jahrhundert in Italien und Deutschland, a cura di/hrsg. von *August Buck - Cesare Vasoli*

4. Immagini a confronto: Italia e Germania dal 1830 all'unificazione nazionale / Deutsche Italienbilder und italienische Deutschlandbilder in der Zeit der nationalen Bewegungen (1830-1870), a cura di/hrsg. von *Angelo Ara - Rudolf Lill*

5. Gustav Schmoller e il suo tempo: la nascita delle scienze sociali in Germania e in Italia / Gustav Schmoller in seiner Zeit: die Entstehung der Sozialwissenschaften in Deutschland und Italien, a cura di/hrsg. von *Pierangelo Schiera - Friedrich Tenbruck*

6. Gustav Schmoller oggi: lo sviluppo delle scienze sociali in Germania e in Italia / Gustav Schmoller heute: Die Entwicklung der Sozialwissenschaften in Deutschland und Italien, a cura di/hrsg. von *Michael Bock - Harald Homann - Pierangelo Schiera*

7. Il potere delle immagini. La metafora politica in prospettiva storica / Die Macht der Vorstellungen. Die politische Metapher in historischer Perspektive, a cura di/hrsg. von *Walter Euchner - Francesca Rigotti - Pierangelo Schiera*

8. Aria, terra, acqua, fuoco: i quattro elementi e le loro metafore / Luft, Erde, Wasser, Feuer: die vier Elemente und ihre Metaphern, a cura di/hrsg. von *Francesca Rigotti - Pierangelo Schiera*

9. Identità territoriali e cultura politica nella prima età moderna / Territoriale Identität und politische Kultur in der Frühen Neuzeit, a cura di/hrsg. von *Marco Bellabarba - Reinhard Stauber*

Schriften des Italienisch-Deutschen Historischen Instituts in Trient

1. Faschismus und Nationalsozialismus, hrsg. von *Karl Dietrich Bracher - Leo Valiani*, Berlin 1991

2. Stadtadel und Bürgertum in den italienischen und deutschen Städten des Spätmittelalters, hrsg. von *Reinhard Elze - Gina Fasoli*, Berlin 1991

3. Statuten Städte und Territorien zwischen Mittelalter und Neuzeit in Italien und Deutschland, hrsg. von *Giorgio Chittolini - Dietmar Willoweit*, Berlin 1992

4. Finanzen und Staatsräson in Italien und Deutschland in der frühen Neuzeit, hrsg. von *Aldo De Maddalena - Hermann Kellenbenz*, Berlin 1992

5. Der Kulturkampf in Italien und in den deutschsprachigen Ländern, hrsg. von *Rudolf Lill - Francesco Traniello*, Berlin 1993

6. Die Neue Welt im Bewußtsein der Italiener und der Deutschen des 16. Jahrhunderts, hrsg. von *Adriano Prosperi - Wolfgang Reinhard*, Berlin 1993

7. Fiskus, Kirche und Staat im konfessionellen Zeitalter, hrsg. von *Hermann Kellenbenz - Paolo Prodi*, Berlin 1995

8. Hochmittelalterliche Territorialstrukturen in Deutschland und Italien, hrsg. von *Giorgio Chittolini - Dietmar Willoweit*, Berlin 1996.

9. Die Wirtschaft der Lombardei als Teil Österreichs. Wirtschaftspolitik, Außenhandel und industrielle Interessen 1815-1859, von *Rupert Pichler*, Berlin 1996

10. Die Minderheiten zwischen den beiden Weltkriegen, hrsg. von *Umbeerto Corsini - Davide Zaffi,* Berlin 1997
11. Das Sakrament der Herrschaft. Der politische Eid in der Verfassungsgeschichte des Okzidents, von *Paolo Prodi,* Berlin 1997
12. Grenzregionen im Zeitalter der Naturalismen. Elsaß-Lothringen / Trient-Triest, 1870, 1914, hrsg. von Angelo Ara - Eberjard Kolb, Berlin 1998
13. Staatsräson und Eigennutz. Drei Studien zur Geschichte des 18. Jahrhunderts, von *Kalus-Peter Tieck,* Berlin 1998